1541085

Politische Geschichte

der

Gegenwart.

(ustalony)

Begründet von Wilhelm Müller

und fortgeführt

von

Dr. Karl Wippermann.

XXXI.

Das Jahr 1897.

Danziger Zeitung
Redaktion

Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1898.

Md 14912, 8°, B. 31.

UNIWERSYTET GDAŃSKI
INSTYTUT [illegible]
Gdańsk-Oliwa
ulica Wita Stwosza 58

1613

Biblioteka Główna
UNIWERSYTETU GDAŃSKIEGO
1100586810

Vorwort.

Der allgemeine Frieden blieb in diesem Jahre zwar erhalten, an mehrfachen Vorgängen und Erscheinungen zeigte sich jedoch, wie leicht er gestört werden kann.

Im deutschen Reiche trat durch die Feier des hundertjährigen Geburtstags Kaiser Wilhelms I. und, im Anschluß daran, durch die des Geburtstags des Fürsten Bismarck die fortdauernde Lebhaftigkeit des Nationalgefühls hervor. Die gleichwohl wieder steigende, sehr verbreitete Unzufriedenheit, welche auch des Reichstags Ablehnung einer Vermehrung der Kriegsschiffe zu Grunde lag, ließ erst nach, als gegen Ende des Jahres, unter fast allgemeiner Zustimmung und patriotischer Erhebung, nach einer schwungvollen Rede des Kaisers, ein deutsches Geschwader unter dem Prinzen Heinrich von Preußen, im Interesse des deutschen Handels und deutscher Macht nach Ostasien gesandt und ein von China abgetretenes Hafengebiet in Besitz genommen wurde. In Preußen wurde ein schärferer Ton gegen das übermütiger gewordene Polentum angeschlagen; ein Versuch jedoch, durch Änderung des Vereinsgesetzes die Elemente des Umsturzes weiter zurückzudrängen, scheiterte an der Besorgnis vor der hierin etwa liegenden Gefährdung anderer Parteien.

Die politischen Verhältnisse Österreichs wurden fast gänzlich beherrscht vom Nationalitätenstreite in Böhmen, indem das weite Entgegenkommen der Regierung gegen die Ansprüche der Czechen einen das Deutschtum ganz Österreichs gefährdenden Charakter annahm und eine gewaltige Auflehnung der Deutschen hiergegen bewirkte, welche auch die Frage der Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn, somit Grundfragen des Reichs in Mitleidenschaft zog. Sie führte einen gewissen Umschwung herbei, der jedoch von einer Wiedereinsetzung des deutschen Elements in die ihm naturgemäß gebührende führende Stellung noch ziemlich weit entfernt war. In Rußland sahen wir

eine innere Politik der Versöhnung, nach außenhin ein geschicktes Lavieren zwischen den ihm von einander feindlichen Mächten entgegengebrachten freundschaftlichen Beziehungen. Frankreich, vom Parteihader und steigender Unbehaglichkeit erfüllt, schwelgte in der bedenklichen Vorstellung, eine Allianz mit Rußland als Vorbedingung der Revanche gegen Deutschland endlich erlangt zu haben. In Großbritannien mißlang der Versuch, durch die Farce einer Untersuchung gegen einzelne Personen sich wegen des vorjährigen Anschlags gegen Transvaal in der Meinung Europas zu rehabilitieren, umsomehr, als sein Bestreben sich rücksichtslos als bestimmende Macht Südafrikas zu gerieren, offener hervortrat. Italien unternahm weitere Schritte, um die Kolonie in Afrika wieder los zu werden, an der es wenig Freude erlebt hatte, und sich statt dessen der Besserung der Finanzen zu widmen. Spanien dagegen ging auf in der Sorge um Erhaltung alter Kolonien; der Aufstand auf den Philippinen wurde niedergeschlagen und Kubas Beruhigung durch Gewährung großer Selbständigkeit angebahnt. Auch Portugal hatte Grund, um die Erhaltung der Kolonie in Ostafrika besorgt zu sein. Versuche in Belgien zur zeitgemäßen Umbildung des Heeres scheiterten, in Holland wurde eine umfassende soziale Gesetzgebung in Aussicht genommen. Dänemark geriet wieder nahe an einen Verfassungsstreit, die skandinavischen Reiche zu einer weiteren Lockerung ihrer Verbindung. Griechenland kam infolge seines Versuchs, sich Kretas zu bemächtigen, mit der Türkei in einen Krieg, in dem es unterlag; jedoch gelang es den Großmächten, die Ausdehnung des Kampfs auf die Balkanhalbinsel und damit einen allgemeinen Krieg zu verhüten. In Nordamerika wurden die Einfuhrzölle zum schweren Schaden der Industrie Europas bedeutend erhöht, Südamerika bildete wiederum den Schauplatz vieler Umwälzungen.

Groß-Lichterfelde, im März 1898.

Dr. Karl Wippermann.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Deutsche Reich.

Seite 1—242.

	Seite
Neujahrsempfänge	1
Erlaß wegen der Zweikämpfe	3
Soziale Fragen im Reichstage	5
Zolltarif-Angelegenheiten	7
Fragen bez. d. Handelsverträge	7
Etat der Reichsschuld	8
Etat der Reichspostverwaltung	8
Preußisches Abgeordnetenhaus	9
Erste Beratung des Etats	10
Die Polenfrage im Reichstage	15
Über die politische Polizei	17
Militäretat	19
Etat des Äußern	20
Novelle z. Unfallversich.-Gesetze	21
Umwandlung der Reichsanleihen	22
Handelsgesetzbuch	22
Organisation des Handwerks	23
Achtstündiger Arbeitstag	24
Margarine-Gesetz	25
Wahlrecht im Reichslande	27
Preuß. Abgeordnetenhaus	29
Auflösung v. Versamml. w. poln. Sprache	29
Lehrerbesoldungs-Gesetz	31
Staatsschuldentilgung	32
Ausgleichsfonds	32
Besoldungen der Richter	32
Ansprache d. Kaisers b. Übergabe russischer Fahnenbänder	33
Marinetabellen des Kaisers	34
Staatssekretär Hollmann über den Marineetat	34
Rede d. Kaisers an d. brandenb. Abgeordneten	35
Der Marineetat in d. Reichstagskommission	41
Derselbe im Reichstage	48
Die Parteien über d. Flottenfrage	51
Plan einer Gedenkhalle	54
Über die Bäckereiverordnung	57
Der preußische Eisenbahnetat	58
Die kaiserliche Hundertjahrfeier	59
Vorfeier und Kommerse	60
Mißtöne	61
Die Feier in Bayern	62
Deutsche Kokarde	63
Enthüllung des Nationaldenkmals	64
Trinkspruch des Kaisers	65
Denkzeichen	69
Begnadigungen	70
Die Feier im Reiche	71
Feier d. Geburtstages d. Fürsten Bismarck	76
Dritte Etatsberatung d. Reichstags	80

	Seite
Die Parteien über die Ablehnung von Kriegsschiffen	81
Die Marinetabellen an d. Magistrate	83
Prinz Heinrich	83
Der Reichshaushaltsetat	85
Die freisinnigen Parteien	86
Nationalliberale Partei	87
Kartell d. produktiven Stände	87
Konservative u. Centrumspartei	89
Polnisches im Reichstage	90
Die Frage des Jesuitengesetzes	91
Erledigung des Handelsgesetzbuches	92
Der Kaiser in Bremen und Karlsruhe	93
Der Kaiser in Straßburg u. Wiesbaden	94
Der Kultusetat im Abgeordnetenhause	95
Dritte Etatsberatung	99
Etatsberatung d. Herrenhauses	101
Die Handwerkerfrage im Reichstage	102
Novelle z. Invalidit.-Gesetze	103
Nordamerik. Zolltarif	103
Frage d. Majestätsbeleidigungen	104
Auswanderungswesen	107
Margarinegesetz	109
Vereinsgesetz-Novelle i. Abgh.	109
Vereinsgesetz-Frage im Reichstage	115
D. Parteien üb. diese Beratungen	117
Zweite Ber. d. Abgh. über d. Vereinsgesetz	119
D. Justiznovelle im Reichstage	120
Arbeiterschutzgesetz	121
Prozeß v. Tausch	121
Die kathedersoz. Professoren	122
Evangelisch-sozialer Kongreß	123
Nachwahlen z. d. Parlamenten	125
Rede d. Kaisers auf d. Sparrenburg	127
Rede desselben in Köln	128
Der Kaiser am Rhein und auf Helgoland	129
4. Ber. d. Abgh. üb. d. Vereinsgesetz	130
1. u. 2. Ber. d. Herrenh. darüber	132
Änderungen i. d. höchsten Reichsämtern	134
Oppositionelle Stimmung	138
D. Staatssekr. d. Reichspostamts	140
Professor Reinhold	141
Rede d. M. v. Miquel i. Solingen	142
Eingabe d. Bundes d. Landw.	143
Kundgebungen z. Vereinsgesetz	145
Entscheid. d. Landtags darüber	147
Reise d. Kaisers nach Norwegen	150
Der Kaiser in Magdeburg	151
Kaiserdenkmal in Koblenz	153
Rede d. Kaisers in Koblenz	154
Manöver bei Würzburg	155
Rede d. Kaisers in Nürnberg	156
Sein Trinkspruch in Homburg	157
Der Kaiser in Ungarn	158
Sein Trinkspruch in Pest	159
Ansprache bei Fahnenverleihung	161
Beim Denkmal f. K. Friedrich in Wiesbaden	161
Frage der Sammlung d. gemäß. Parteien	162
Konservative Partei	163
Freisinnige Parteitage	164
Centrum und Katholikentag	165
Sozialdemokratische Partei	166
Maifeier	167
Frage d. Beteil. an d. Landtagswahlen	168
National-sozialer Verein	169
Kirchlich-soziale Konferenz	173
Gustav Adolfs-Verein	174
Protest gegen Canisius-Rundschr.	174
Evangel. Bund	175
Generalsynode	177
Eröffnung des Reichstags	179
Konstituierung	181
Vorlagen aus d. Rechtsgebiete	181

	Seite
Vermehrung der Flotte	182
Gefahr d. Petroleumhandels	187
Reichshaushaltsetat	187
Militärstrafprozeßordnung	191
Beziehungen zum Auslande	193
Besetzung der Kiaotschaubucht	194
Rede des Kaisers in Kiel	195
Prinz Heinrich nach Ostasien	198
Streit mit Haiti	200
Der Kaiser bei Bismarck	201
Militärisches	202
Personal-Veränderungen	203
Totenliste	204
Die Schutzgebiete	205
Königreich Bayern	207
Bauernbund	208
Landtag	209
Königliche Familie	213
Totenliste	213
Königreich Sachsen	213
Parteien	214
Landtag	214
Königreich Württemberg	215
Landtag	216
Landessynode	221
Großherzogtum Baden	222
Neuwahlen zur 2. Kammer	223
Landtag	224
Die großherzogl. Familie	225
Großherzogtum Hessen	227
Landtag	227
Kirchliches	228
Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin	229
Großherzogtum Oldenburg	230
Herzogtum Braunschweig	231
Die sächsischen Herzogtümer	233
Die Fürstentümer Reuß	236
Schwarzburg u. Waldeck	237
Fürstentum Lippe	237
Entscheidung der Thronfolgefrage	238
Änderung der Regentschaft	239
Landtag	240
Schaumburg-Lippe	241
Hamburg	241
Elsaß-Lothringen	242

Österreich-Ungarn.

Seite 243—279.

	Seite
3. Session d. Reichsrats	244
Böhmischer Landtag	244
Wahlen z. Abgeordnetenhause	246
Neuer Reichsrat	246
Die parlament. Mehrheit	247
Sprachenverordnungen für Böhmen	248
Ministeranklage	251
Obstruktion u. Schluß d. Reichsrats	254
Volksbewegung in Böhmen	255
Gr. Badenis Ausgleichsversuch	257
Kundgebungen z. d. Sprachen-Ver.	258
Reichsrat	259
Budget	259
Über d. Sprachenverordnungen	260
Ministeranklagen	261
Ausgleich mit Ungarn	263
Obstruktion	264
Rücktritt d. Min. Gr. Badeni	268
Die Delegationen	269
Ministerium v. Gautsch	271
Verhandl. m. d. deutsch. Opposition	272
Verordn. bez. des Ausgleichs mit Ungarn	274
Die kaiserliche Familie	274
Totenliste	275
Ungarischer Reichstag	275
Fürstliche Besuche in Pest	277
Ausgleich mit Österreich	278

Rußland.

Seite 279—289.

	Seite		Seite
Innere Politik	279	Besuch des Präsidenten Faure	286
Äußere Politik	281	Die kaiserliche Familie	288
Besuch des deutschen Kaisers	284	Totenliste	289

Frankreich.

Seite 289—309.

	Seite		Seite
Neuwahlen zum Senate	289	Panama-Angelegenheit	298
Die Kammern	290	Landwirtschaftliche Not	300
Zuckersteuer	290	Etat	300
Ausweisung von Elsässern	291	Auswärtige Fragen	300
Über die vierten Bataillone	291	Reisen des Präsid. Faure	302
Über einen obersten Kriegsrat	292	Faure in Petersburg	303
Über Madagaskar	293	Empfang in Paris	305
Die Frage Egyptens	294	Katholische Kundgebungen	306
Bazar-Brand in Paris	295	Dreyfuß-Angelegenheit	307
Die Orléans	296	Vertrag mit England über Tunis	308
2. Session der Kammern	297	Unternehmungen in Afrika	308
Ansprachen der Präsidenten	297	Totenliste	309
Oberbefehl über das Heer	297		

Großbritannien und Irland.

Seite 309—327.

	Seite		Seite
Eröffnung des Parlaments	309	Jubiläum der Königin	321
Adreßberatung	310	Zoll- und Handelspolitik	322
Budget	310	Aufstand in Ostindien	323
Heeres- und Schul-Etat	311	Uganda und Zululand	324
Frage Egyptens	311	Die Kolonien in Westafrika	325
Über den türk.-griechisch. Streit	312	Australien	326
Fragen Transvaals u. d. Kaplands	315	Verträge mit dem Auslande	326
Parl. Unters.-Kommission	316, 319	Totenliste	327
Kundgebungen im Kaplande	318		

Italien.

Seite 327—341.

	Seite		Seite
Programm des Ministeriums	327	Änderung des Ministeriums	333
Wahlen zur Deputiertenkammer	328	Die erythräische Kolonie	334
Das Parlament	328	Heiligsprechung des Papstes	335
Über die Orientfrage	328	Der Papst gegen die Freimaurer	335
Gesetz zur Umbildung d. Heeres	328	Taxil-Schwindel	336
Die Kolonialfrage	329	Rundschreiben weg. Canisius-Feier	340
Mordanfall auf den König	331	Weihnachtsansprache	341
Finanzen	332		

Spanien und Portugal.

Seite 341—350.

	Seite		Seite
Reformen auf Kuba	342	Aufstand auf den Philippinen	346
Die Kubafrage in den Cortes	343	Spanische Königsfamilie	347
Ermordung Canovas'	344	Innere Lage Portugals	347
Ministerium de Azcárraga	345	Ministerium de Castro	348
Ministerium Sagasta	345	Cortes	348
Umschwung in der Kuba-Politik	345	Die Kolonie Mosambique	349

Belgien, Holland, Luxemburg.

Seite 350—357.

	Seite		Seite
Belgische Deputiertenkammer	350	Erbschaftssteuer in Holland	355
Vlämische Bewegung	351	Neuwahlen zur Kammer	356
Hazardspiele	352	Ministerium van der Linden	356
Heeresreform	352	Thronrede und Budget	356
Bürgerwehr	354	Die Königinnen	357
Sozialistenkongreß	354	Budget in Luxemburg	357
Internationale Kongresse	355		

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Seite 357—360.

	Seite		Seite
Budgetstreit in Dänemark	357	Regierungsjubiläum des Königs	359
Budget in Schweden	359	Storthing in Norwegen	359

Schweiz.

Seite 360—361.

	Seite		Seite
Bundesbank	360	Verfassungsänderungen	360
Eisenbahnfragen	360	Universität Freiburg	361

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Seite 361—371.

	Seite		Seite
Unruhen auf Kreta	361	Waffenstillstand	368
Einmischung Griechenlands	362	Friedensschluß	369
Maßnahmen der Großmächte	363	Bulgarien	369
Griechisch-türkischer Krieg	365	Rumänien	370
Systemwechsel in Athen	368	Serbien und Montenegro	871

Außereuropäische Staaten.

Seite 371—381.

	Seite
Egypten	371
Marokko	372
Kongostaat	372
Südafrikanische Republik	373
Oranje-Freistaat	375
Persien, Afghanistan, Siam	375
China und Japan	376
Gesellschafts-, Samoa-, Sandwichs-Inseln	377
Nordamerikanische Union	377
Mexiko	379
Mittelamerika	379
Haiti und Dominikanische Republik	380
Ecuador, Venezuela, Peru	380
Uruguay, Argentinien, Chile	381

Deutsches Reich.

Die erste Frage beim Ausblick auf das beginnende Jahr bildete auch diesmal wieder die nach Erhaltung des allgemeinen Friedens. Bei der Besorgnis vor dessen Störung hatte man lange Zeit nur oder vorwiegend Frankreich im Auge gehabt und man war in dieser Beziehung von Jahr zu Jahr beruhigter geworden; das vorige Jahr hatte jedoch gezeigt, daß die allgemeine Gefahr an anderen Stellen vielleicht eher als dort entstehen könne.

Soweit den Äußerungen bei den amtlichen Neujahrsempfängen festländischer Staatsoberhäupter überhaupt Gewicht beizulegen ist, konnte Deutschland sich nicht beunruhigt fühlen; zwar wurde die Friedensfrage nur an einer dieser Stellen ausdrücklich erwähnt, aber es war gerade Paris, und es geschah gerade seitens des Vertreters desjenigen Herrschers, dem Frankreich im vorigen Jahre den sehnlichen Wunsch nach gemeinsamer Bekriegung Deutschlands in prunkvoller, aber durchsichtiger Verschleierung begeisterungsvoll nahe gelegt hatte: wenn der beim Empfang im Eliséepalaste als Doyen des diplomatischen Korps auftretende russische Botschafter Baron v. Mohrenheim dem Präsidenten Faure, unter einer gewissen Bezugnahme auf dessen vorjährige Zusammenkunft mit dem Zaren, den Wunsch ausdrückte, Frankreich möge die Erfüllung seiner Bestrebungen „besonders in dem endgiltigen Obsiegen der heiligen Sache des Friedens finden", der es unaufhörlich und so edelmütig seine machtvolle Unterstützung geliehen und wodurch es für seinen Teil in reichem Maße dazu beigetragen habe, „der dankbaren Welt das hohe Gut des Friedens zu sichern", so klang dies eher wie eine Ablehnung jener

verblümten Zumutung; und wie Präsident Faure in seiner Antwort, so wird mancher Franzose es für klug gehalten haben, vorläufig diese goldene Brücke des Rückzugs scheinbar zu betreten, wo, wie ironisch, aus der Not, nicht vereinzelt losschlagen zu können, eine Tugend gemacht worden war. Daß in der That nicht Wert darauf gelegt werden konnte, wenn Faure in seiner Antwort ebenfalls für den Frieden auftrat, erschien auch äußerlich darin angedeutet, daß er sich nicht enthalten konnte, den „Gedanken der Gerechtigkeit", worunter man in Frankreich seit langer Zeit die Rückgabe Elsaß-Lothringens zu verstehen pflegt, mit der Sympathie für den Frieden zu verbinden. Solchergestalt erlangte diesmal der französische Neujahrsempfang eine Bedeutung, welche unwillkürlich die Erinnerung an diese unter dem dritten Napoleon stattgehabten Empfänge wach rief, nur mit dem großen Unterschiede, daß Frankreich nicht mehr an der Spitze der Großmächte steht. Der Empfang in Paris würde auch jetzt weniger hervorgetreten sein, wenn nicht ein solcher Vorgang an anderen hohen Stellen im Auslande aus zufälligen Gründen ausgefallen wäre. Daß Europa Zündstoff zu einem allgemeinen Brande in Menge enthielt, ja daß er seit Jahresfrist sich an manchen Stellen vermehrt und gefährlicher gestaltet hatte, war allgemein bekannt, und insofern erschien die allgemeine Lage nicht so günstig, obwohl damals ein die Welt befremdender Friedensbruch mit nachfolgender Spannung zwischen England und Deutschland vorlag.

Unter diesen Umständen wurde es dem deutschen Kaiser vielfach verdankt, daß er bei seinem Neujahrsempfange, namentlich bei dem der Botschafter, hinsichtlich der auswärtigen Politik Zurückhaltung beobachtete; nur an die in der Ruhmeshalle versammelten kommandierenden Generale richtete er sich, indem er ihnen gegenüber einige militärische Fragen berührte; insbesondere soll er, unwidersprochen gebliebener Nachricht zufolge, betont haben, daß es in nächster Zeit im Reiche ernste militärische Aufgaben zu lösen gebe; keine Einrichtung des Heeres sei vollkommen, jede einzelne Organisation müsse ständig weiter ausgedehnt werden, da auch andere Länder Fortschritte machten, mit denen wir Schritt halten müßten. Man glaubte, daß hiermit wirklich eine „Artillerie-Vorlage" gemeint sei, vor welcher dem ohnehin schon so sorgenvollen Steuerzahler bangte, seit im Dezember v. J. Nachrichten über eine Umgestaltung der französischen

Artillerie verbreitet waren, infolge deren eine Konkurrenz Deutschlands allerdings unter keinen Umständen, und um so weniger abzuwenden sein werde, als die Wichtigkeit dieser Waffe für die Entscheidung der Feldzüge durch die Vervollkommnung des Infanteriegewehrs noch zugenommen hatte. Indes stellte sich bald heraus, daß diese Frage nicht so enorm belastend auftreten werde, als jene Nachrichten hatten vermuten lassen.

Weit wichtiger erschien für den Augenblick, daß der Kaiser jene Generale fernerhin mit einem soeben vollzogenen Erlasse bezüglich des Zweikampfs bekannt machte, der sodann am 4. Januar veröffentlicht wurde. Er stellte sich dar als eine Ergänzung der Einführungsordre zu der am 2. Mai 1874 ergangenen Verordnung über die Ehrengerichte der preußischen Offiziere und enthielt in seinem Eingange einige überall mit der größten Befriedigung und Dankbarkeit aufgenommene Sätze. Beginnend mit den wie Erlösung klingenden Worten: „Ich will, daß Zweikämpfen meiner Offiziere mehr als bisher vorgebeugt wird," führte der Kaiser aus, daß die Anlässe oft geringfügiger Natur seien, bei denen ein gütlicher Ausgleich ohne Schädigung der Standesehre stattfinden könne; der Offizier müsse es als Unrecht erkennen, die Ehre eines Anderen anzutasten; habe er hiergegen in Übereilung oder Erregung gefehlt, so handele er ritterlich, wenn er an seinem Unrechte nicht festhalte, sondern zu gütlichem Ausgleiche die Hand biete. Nicht minder müsse derjenige, dem eine Kränkung widerfahren, die zur Versöhnung gebotene Hand annehmen, soweit Standesehre und gute Sitten es zuließen. Deshalb sei es, sagte der Kriegsherr weiter, sein Wille, daß der Ehrenrat hinfort grundsätzlich beim Austrage von Ehrenhändeln mitwirken solle, und er bestimmte, daß bei Streitigkeiten der Offiziere die Beteiligten, unter Unterlassung aller weiteren Schritte, ihrem Ehrenrate sofort Anzeige machen sollten. Über das hierbei einzuhaltende Verfahren enthielt der Erlaß nähere Bestimmungen; der Zuwiderhandelnde solle dem Kriegsherrn sofort namhaft gemacht werden.

Wohl in der gesamten deutschen Presse wurde aufs wärmste anerkannt, daß der Kaiser gegen den Duellunfug, der in letzter Zeit in den weitesten Kreisen tiefe Entrüstung hervorgerufen hatte, vorging und somit das vom Reichskanzler am 17. November 1895 bei der Verhandlung des Reichstags über den traurigen Fall v. Brüsewitz

gegebene Versprechen einlöste. Freilich sagte man sich ebenso allgemein, daß man nicht wagen könne, zu hoffen, die Ordre werde das Duell im Heere ausrotten, daß ferner das Maß ihrer einschränkenden Wirkung von der Schneidigkeit ihrer Handhabung abhängen und daß eine Lücke für den Fall verbleiben werde, wenn das Ehrengericht sich für unzuständig erkläre und dieser Spruch Bestätigung erhalte; auch wurde darauf hingewiesen, daß in der Ordre der wichtige Fall eines Streits zwischen dem Offizier und dem Zivilisten nicht eingehend berührt, ja daß darin wiederum von Standesehre und Standessitte geredet werde, deren Wahrung in der Verordnung von 1874 dem Offizier bei Meidung des Ausschlusses aus dem Heere zur Pflicht gemacht worden war. Wenn nun auch aus diesen Gründen die Ordre nur als Abschlagszahlung angesehen wurde, so trug dies doch der Dankbarkeit keinen Eintrag; man glaubte auch, daß Zweikämpfe wegen geringfügiger Ursachen nunmehr viel seltener vorkommen, und daß die Ordre einen tiefen moralischen Eindruck machen werde; der Berliner „Vorwärts" aber machte unter dem Rufe „Welch' ein Lärm!", sowie unter Hinweis darauf, daß Friedrich d. Gr. die Duellanten den Mördern gleichgestellt habe, in schärferen Tönen als gar manche andere Organe geltend, daß nur der Befehl des Kriegsherrn an die Offiziere, dem für alle Staatsbürger gemachten Gesetze sich zu unterwerfen, helfen könne. Wie zur Bestätigung dieser Auffassung mußte man gewahren, daß gerade ein solches durchgreifendes Mittel in gewissen Kreisen aus dem Grunde verworfen wurde, weil durch ein Verbot des Duells „unzählige brave Männer in schwere Gewissenskonflikte gestürzt und weil der Zusammenhang geschichtlicher Überlieferungen erschüttert werden würde", auf denen der Geist des Offizierkorps beruhe.

Beim Herannahen des Endes der parlamentarischen Weihnachtspause drängten sich bange Zweifel bezüglich einer gedeihlichen Wirksamkeit der großen gesetzgebenden Körperschaften aufs neue auf; und, wie seit einiger Zeit mit jedem jungen Jahre, so spähte auch jetzt der Patriot aus seiner Arche der Beklommenheit wohl aus, ob nicht endlich eine Taube ein Blatt vom Baume des Friedens unter den politischen Parteien bringe; aber die Sylvesternacht allein hatte eine Änderung nicht zu bewirken vermocht, es war vielmehr alles immer noch wüst und voll von kleineren Sorgen, sodaß ernste innere

Gefahren unter dem Schutze minderer Beachtung üppiger gedeihen konnten. Die den Staat regierende sozialdemokratische Partei saß fortwährend mit zu Tisch und bildete thatsächlich einen mitberatenden und beeinflussenden Faktor der öffentlichen Angelegenheiten. Aber wenn auch die die Verhältnisse aller Stände immer mehr durchdringende Macht sozialer Fragen manches erklärte, so konnte eigentlich doch von einem Volke, dem eine so große Zukunft eröffnet worden, erwartet werden, daß es aus den Zeiten des Kampfes um die Einheit sich ein hinreichendes Maß idealen Schwunges für die Zeiten des mühsamen Ausbaues seines prächtigen Neubaues bewahrt habe oder daß es, in einiger Selbstverleugnung, um großer Ziele willen Sonderbestrebungen in geeigneten Augenblicken zurückzustellen vermöge. Man hörte jedoch nicht, daß das Verhalten von Volksvertretern und von Fraktionen oder daß die Lässigkeit vieler Reichstagsabgeordneten im Besuche der Sitzungen ihnen selbst gegenüber seitens der Wähler getadelt worden wäre.

Das preußische Abgeordnetenhaus nahm seine Thätigkeit am 8., der Reichstag nahm sie am 12. Januar, und zwar dieser mit der zweiten Beratung des Etats für 1897—98, wieder auf. Die Verhandlungen hierüber waren, mit wenigen Ausnahmen, nicht von hervorragender Bedeutung, wenngleich der Nutzen einer Erörterung vieler bei den einzelnen Ressorts zur Sprache gebrachten Fragen sich nicht verkennen ließ. Bei dem die Tage vom 12. bis 15. Januar anfüllenden Etat des Reichsamts des Innern wurden verschiedene, auf dem sozialen Gebiete liegende Fragen ausführlicher als sonst besprochen. Dahin gehörten die Einrichtung der Fabrikinspektoren, die Hindernisse der Arbeiter-Organisation, die Bewegung in den sogenannten „Konfektionsbranchen", deren Mißständen man nur schwer und langsam zu begegnen vermag, ferner die noch nicht übersehbaren Wirkungen der vom Bundesrate im März v. J. erlassenen Bäckerei-Verordnung; weiterhin wurden die Versuche der Börsenmänner, das neue Börsengesetz, namentlich das Verbot des Getreide-Terminhandels zu umgehen und die beim großen Streik der Hamburger Schauerleute zutage getretenen Verhältnisse einer Besprechung unterzogen. Bezüglich letzteren Punktes wies der Staatssekretär Graf Posadowsky, auf Beschwerden sozialdemokratischer Abgeordneten hin, das Recht der Hamburger Behörden

nach, die von den Rhedern herbeigeholten Streikbrecher im Hamburger Freihafengebiet anzusiedeln, und Staatssekretär v. Boetticher schilderte die Lage des Rhedereigeschäfts als keineswegs so glänzend, wie man anzunehmen pflege. Alle diese Verhandlungen waren reichlich durchsetzt von zum Teil recht lebhaften Streitigkeiten über die Art, die Arbeiter zu behandeln, wobei es mehrfach zu Angriffen auf den Abg. v. Stumm kam, der jedoch die Antworten nicht schuldig blieb und seinerseits zu Angriffen auf die ihm entgegentretenden National-Sozialen überging, welche er als Brüder der Sozialdemokraten hinstellte. Recht munter ging es auch bezüglich der von Schönlank (soz.-dem.) vorgebrachten Beschwerde über die seiner Partei ungünstige Auslegung und Handhabung des Vereinsgesetzes seitens der sächsischen Regierung her. Dabei beriefen sich sozialdemokratische Abgeordnete auf Aeußerungen des Ministers v. Metzsch in der sächsischen zweiten Kammer, während der sächsische Bevollmächtigte Fischer die gerügten Mißstände gänzlich in Abrede stellte. Endlich wurde zum Etat dieses Reichsamts die Einführung einer allgemeinen Aufsicht über die Nahrungsmittel angeregt, wobei u. a. die Schwierigkeiten einer einheitlichen Kontrolle der Milch durch Schutzmänner recht deutlich vorgeführt wurden.

Die am 18. Januar in Gegenwart von bloß 20 Volksvertretern begonnene und bis zum 22. Januar fortgeführte Beratung des Etats des Reichsjustizamts führte zu derb vorgetragenen Klagen Auer's (soz.-dem.) über die lange Verzögerung der schon 1891 angeregten reichsgesetzlichen Regelung des Strafvollzuges, worauf der Staatssekretär Nieberding erwiderte, die Ansichten über die Art des Strafvollzuges hätten sich seit zehn Jahren dermaßen geändert, daß sie zu einer völligen Umgestaltung der Strafanstalten führen müßten, daß man also vorsichtig vorzugehen habe, bevor man sich zu den damit verbundenen großen Kosten, die für Preußen allein etwa 100 Millionen ausmachen würden, entschließe. Als sodann Munckel (freis. Vp.) die Härte des Zeugniszwanges für Redakteure zur Sprache brachte, legte der preußische Justizminister Schönstedt dar, daß dabei von einer Tortur keine Rede sein könne. Hiernach stellte Bielhaben (d. Resp.) die Anfrage, was den Bundesrat zu der so rücksichtslosen und unliebsames Aufsehen erregenden Einschiebung des von der Leitung der Kolonialabteilung des Auswärtigen

Amtes zurückgetretenen Rates Kayser zum Senatspräsidenten beim Reichsgericht bewogen habe. Staatssekretär Nieberding lehnte jedoch die Mitteilung der Gründe von Ernennungen als nicht üblich ab und bestritt, daß infolge dieser Ernennung Reichsgerichtsräte um Pensionierung gebeten hätten.

Zum Etat des Reichsschatzamtes (19.—21. Januar) wurde zunächst die Einsetzung von Behörden zur Auskunfterteilung über Zolltarif-Angelegenheiten und zur Entscheidung von Beschwerden über unrichtige Anwendung des Zolltarifs angeregt; die einen empfahlen hierfür einzelstaatliche, die anderen wünschten Reichs-Behörden, worauf der Reichstag sich im allgemeinen für letztere aussprach. Begreiflicherweise kam auch das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten aufs neue zur Sprache, wobei der Staatssekretär Graf Posadowsky den Standpunkt wieder geltend machte, daß angesichts der steigenden finanziellen Ansprüche des Reiches die Anforderungen an die Ueberweisungen sich nicht vermehren, sondern daß diese und die Matrikularbeiträge sich decken sollten. Bei dieser Gelegenheit wies Lieber (Zentr.) die Versuche des preußischen Abgeordnetenhauses, in dieser wie in anderen Fragen über die Politik des Reichstages zu Gericht zu sitzen, zurück. Endlich wurde die Einführung eines Zolles auf Quebrachoholz, trotz seiner Ablehnung durch den Bundesrat, mit ziemlicher Breite verlangt, worauf der Staatssekretär Graf Posadowsky ausführte, daß damit den Besitzern von Eichenschälwaldungen doch nicht wirksam aufzuhelfen sein würde; wie zu einer besseren Beruhigung der Agrarier gab er jedoch zu verstehen, daß die Regierungen diese Frage mit Rücksicht auf den dereinstigen Ablauf der Handelsverträge ernsthaft prüfen würden. Als hierauf Barth (freis. Ver.) diese Aeußerung bedauerte, weil die Agitation für den beregten Zoll und gegen die Handelsverträge nun erst recht einsetzen werde, erwiderte der Staatssekretär mit dem neutralen Hinweise, daß neue Handelsverträge doch niemals eine bloße Abschrift der bisherigen zu sein pflegten. Die beiläufige Berührung dieses ganzen Punktes gab sodann nicht nur ferneren Rednern Anlaß, sich über die Frage der Verlängerung der Handelsverträge zu streiten, sondern auch in der agrarischen Presse wurde die Gelegenheit ergriffen, mit erneutem Eifer gegen die bestehenden Handelsverträge aufzutreten. Die „Schlesische Ztg." feierte die Rede des Staats-

sekretärs als den „ersten Hoffnungsstrahl" der Landwirtschaft, und die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" sagte, sie wolle sich „dieser Stunde schönes Gut" nicht durch das begründete Mißtrauen gegen den Zickzackkurs der Regierung verkümmern lassen; weiter als Graf Posadowsky gethan, könne ein Regierungsvertreter „in der Preisgabe der bisherigen Handelspolitik" allerdings noch nicht gehen, man könne sich aber vorläufig an der Befriedigung und dem Stolze über die Thatsache genügen lassen, daß die in den Herzen aller Landwirte lebhaften Beifall findende Erklärung, dieser „Umschwung" der Ansichten in den Regierungskreisen, der agrarischen Aufklärungsarbeit zu verdanken sei. Ja, das agrarische Hauptorgan ging noch weiter, indem es aus jenem Vorgange sogar bereits den Schluß ziehen zu dürfen glaubte, daß die Regierung „im Prinzip nunmehr den Anspruch auf einen angemessenen Getreidepreis" anerkenne; „sie hat sich zu unserer wirtschaftspolitischen Weltanschauung bekehrt", und im nächstjährigen Wahlkampfe „müssen wir unter der Parole: Fort mit diesen Handelsverträgen! siegen".

Zu dem diesem Etat am 23. Januar sich anschließenden Etat der Reichsschuld stellte Lieber (Zentr.) die Behauptung auf, das Reich sei mit der Begebung 3% Anleihen zu früh vorgegangen, ihre Ausgabe zu nur $81^{1}/_{20}$ % habe einen Verlust von 123461537 M. herbeigeführt; in Preußen betrage aus gleichem Grunde der Verlust 95 Millionen. Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte, der Markt sei damals mit $3^{1}/_{2}$% Papieren übersättigt gewesen, und aus deren Durchschnitts-Begebungskurse lasse sich kein Schluß ziehen.

Zum Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung wurde vom 28. bis 30. Januar wiederum eine Reihe von Wünschen mit großem Eifer vorgetragen, aber mit ebenso großer Bestimmtheit zurückgewiesen. Auf eine Ermäßigung der Fernsprechgebühren und auf auch nur die geringste Gewichtserhöhung für einfache Briefe glaubte sich der Staatssekretär v. Stephan des großen Ausfalles wegen nicht einlassen zu dürfen, und gegenüber dem Verlangen nach ausgedehnterer Sonntagsruhe der Unterbeamten wurde festgestellt, daß diese bereits weit über das Maß dessen hinausgehe, was mit dem Reichstage vereinbart war; zudem sah der Etat 5000 neue Beamtenstellen vor. Erläuterungen bezüglich eines durch Vertrauens-

bruch an die Oeffentlichkeit gelangten Verbots der Beteiligung an Bittschriften und Agitationen gegen Regierungsvorlagen lehnte der Staatssekretär ab, dagegen gab er die großen Gefahren eines Erkenntnisses des Oberlandesgerichts Breslau zu, welches die Städte berechtigt, auf Grund ihres Besitzrechtes an Straßen Widerspruch gegen die Anlegung von Telegraphennetzen zu erheben. Schließlich sprach sich der Reichstag dahin aus, daß die Packetbestellung an Sonntagen auf Eilsendungen beschränkt werden möge, und lehnte einen Antrag, den Gemahlinnen und Witwen der regierenden Fürsten die Portofreiheit zu nehmen, ab.

Gleichzeitig mit den Etatsberatungen des Reichstages nahmen die des preußischen Abgeordnetenhauses ihren Verlauf. In dem gleich am 8. Januar vom Minister Miquel vorgelegten Etat für 1897—98 waren die Einnahmen mit 2046031385 M., die ordentlichen Ausgaben mit 1955855029 M., die außerordentlichen mit 90176356 M. veranschlagt, mithin 119660078 M. Einnahmen und 105374466 M. Ausgaben mehr als im laufenden Etatsjahre, ein erfreulicher Stand der Dinge, wie er kaum jemals vorher dagewesen war. In seiner Rede zur Einführung des Etats empfahl der Minister, in so günstigen Jahren wie in diesem, den außerordentlichen Etat möglichst reichlich zu gestalten, damit eine zu starke Belastung des ganzen Etats durch dauernde Ausgaben vermieden werde; der für das abgeschlossene Etatsjahr 1895—96 veranschlagte Fehlbetrag von 34 Millionen habe sich auf 20 Millionen verringert; statt dessen sei jedoch, weil sämtliche Betriebsverwaltungen, mit Ausnahme der der Domänen, bedeutende Mehrüberschüsse ergeben hätten, ein Ueberschuß von 60 Millionen erzielt worden, woran die Eisenbahnverwaltung mit 36 Millionen beteiligt sei. Für das laufende Etatsjahr werde sogar ein Ueberschuß von 80 Millionen anzunehmen sein; infolgedessen könnten mehrere bisher zurückgestellte Bedürfnisse befriedigt, namentlich die 20 Millionen (durchschnittlich 10%) betragende Gehaltserhöhung für die mittleren und einen Teil der oberen Beamten, im ganzen für 73500 Beamte vorgenommen werden. Der außerordentliche Aufschwung im Verkehr, bemerkte der Finanzminister, sei so plötzlich gekommen, daß selbst diejenigen, die mitten im Verkehrsleben und in der Produktionsthätigkeit ständen, ihn nicht hätten voraussehen können; daraus erkläre sich auch die viel zu hohe

Veranschlagung des Fehlbetrags im Etat 1895—96. So sei denn der Irrtum verzeihlich, denn wenn man sich irre, sei es immer besser, man irre sich zu seinem Vorteile als zu seinem Nachteile.

Die allgemeine Beratung des Etats in Verbindung mit der ersten Beratung eines Gesetzentwurfs über die Regelung der Richtergehälter nahm die Tage des 18., 19. und 21. Januar in Anspruch. Bachem (Zentr.) hielt es für einen Fehler, daß hinsichtlich der Besoldungsaufbesserungen die Verhältnisse im Reiche nicht berücksichtigt und nicht feste Grundsätze befolgt worden seien, wie es doch bei dieser nicht bloß finanziellen, sondern zugleich eminent politischen Frage nötig sei. Der hiernach auftretende Graf Limburg-Stirum erregte mit seinen Darlegungen größeres Aufsehen. Er hatte schon am 7. Januar in einer Parteiversammlung der Konservativen zu Breslau, anscheinend namens der Parteileitung, die fortdauernde Uebereinstimmung der konservativen Partei mit dem Bunde der Landwirte aufs nachdrücklichste betont, eine überraschende Eröffnung, weil sie in geradem Gegensatze zu der Erklärung stand, welche der Abg. v. Manteuffel erst am 19. Nov. v. J., ebenfalls anscheinend namens der Parteileitung, auf dem Berliner Delegiertentage dieser Partei offenbar nur im Hinblick auf die Agrarier abgegeben hatte, und wonach man fortan jeder Demagogie aus dem Wege gehen wollte. Die Gährung unter den Konservativen schien also nun doch noch nicht beendet zu sein, ja die hierauf gebauten Hoffnungen schienen wieder rückgängig werden zu müssen. Wohl wie zum Zeichen des Erstarkens dieser wieder obenauf gelangten Richtung unternahm nunmehr Graf Limburg beim preußischen Etat einen Angriff gegen den Staatssekretär v. Marschall, einen Hauptvertreter der Handelsverträge, indem er mit bezug auf den im Dezember v. J. in Berlin verhandelten politischen Sensationsprozeß v. Lützow-Leckert, das Verhalten des Auswärtigen Amtes des Reichs zur Presse und ihren Vertretern einer ungünstigen Kritik unterzog und die Regierung ermahnen zu müssen glaubte, in ihrem nicht zu vermeidenden Verkehre mit der Presse sich nur an anständige und gediegene Elemente zu halten; namentlich riet er dem Auswärtigen Amte Vorsicht an, damit es nicht etwa mit einer Zeitung in Verbindung trete, welche in ihrer ganzen Haltung den Verdacht erregen könne, daß sie die aus einem Ministerium kommenden Mitteilungen gegen ein anderes verwende. Damit verband der Redner „im Auftrage" seiner

Freunde den Hinweis, daß die Vorgänge bei jenem Prozesse auf einen schlimmen Mangel an Einheitlichkeit im Staatsministerium und auf den Mangel einer notwendigen starken Zentralstelle hindeuteten. Der Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe erwiderte, der Prozeß gegen die zwei unbedeutenden Journalisten sei notwendig gewesen, weil es sich um verleumderische Beleidigung von Beamten des Hofes und des Auswärtigen Amtes gehandelt habe; Verhandlungen unter den Ressorts würden nicht haben genügen können, und der Staatssekretär v. Marschall sei in dem ganzen Prozesse nicht vorgegangen, ohne fortlaufend das Staatsministerium in Kenntnis zu setzen, dessen Zustimmung er erhalten habe. Wie man daraus einen Mangel an Einheitlichkeit des Ministeriums herleiten wolle, sei unerfindlich, vielmehr herrsche in demselben in allen politischen Grundanschauungen volle Uebereinstimmung. Die meisten der folgenden Redner ließen sich, neben ihren Aeußerungen zum Etat, mit Vorliebe über das vom Grafen Limburg berührte Thema vernehmen, v. Zedlitz (freikons.) mit dem Verlangen nach Reform der politischen Polizei, Richter (freis. Vp.) mit dem Rate, die Regierung solle „die Tarnkappe der offiziösen Presse" wegwerfen, und mit Bestreitung der Einheitlichkeit des Ministeriums, wenigstens hinsichtlich der Frage einer Aenderung des Vereinsrechts. Der Minister Freiherr v. d. Recke beklagte die vorgekommenen Mißgriffe der politischen Polizei, stellte ihre Reform, sowie die der Kriminalpolizei in Aussicht und erklärte, das Versprechen des Reichskanzlers wegen landesgesetzlicher Regelung des Koalitionsrechts werde gehalten werden. Friedberg (nat.-lib.) vermißte immer noch eine Aufklärung darüber, wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes jahrelang von Beamten der politischen Polizei habe belästigt werden können. Stöcker (b. k. Fr.) meinte, die deutsche Presse maße sich zuviel Einfluß an und sei im Punkte der persönlichen Ehre die schlechteste der Welt; der deutsche Geist müsse wieder in sie einziehen. v. Puttkamer-Plauth (kons.) endlich glaubte, daß durch die Erklärung des Ministerpräsidenten das Ansehen der Regierung nicht befestigt worden sei. In demselben Sinne sprachen sich einige Tage später konservative und nationalliberale Organe dahin aus, es sei doch in jenem Prozesse das Vorhandensein von Spannungen unter einigen Ministerien festgestellt und es hätte schon vor Jahren dem vom Polizeikommissar v. Tausch getriebenen Unfuge gesteuert werden sollen.

Zum Etat selbst ist nur die Bemerkung Richter's (freis. Vp.) hervorzuheben, daß der Finanzminister sich im Budget stets zu seinen Gunsten verrechne, um Millionen über Millionen aufzuspeichern, und daß sowohl Friedberg (nat. lib.) als Brandenburg (Centr.) in den Vorschlägen zu den Besoldungsaufbesserungen keine Beseitigung der bestehenden Ungleichheiten erblickten, worauf der Justizminister Schönstedt in seiner Begründung des Richterbesoldungsgesetzes hervorhob, daß in dem Maße der Besoldung der Land- und Amtsrichter ein Sicherheitsventil gegen den Andrang zum Justizdienste geschaffen werden müsse. Minister Miquel verwahrte sich gegen die Annahme, daß er dem Richterstande nicht gebührende Wertschätzung entgegenbringe.

Wenn hierauf die Polenfrage vor der Landesvertretung ausführlicher zur Erörterung kam, so war dies allerdings hoch an der Zeit und im Staatsinteresse sehr erwünscht, denn die Polen in Posen und Westpreußen hatten in letzter Zeit eine geradezu drohende Haltung gegen das Deutschtum angenommen; einzelne Vorgänge hatten das Hochbedrohliche dieses Zustandes offengelegt. Obwohl der Minister des Innern sich entschieden gegen die polnische Agitation ausgesprochen hatte, erklärte der Posener „Orędownic", daß demnach alles beim alten bleiben und im Fall einer Beschränkung der Vereine die Bewegung im polnischen Volke zwar eine Zeit lang langsamer strömen werde, aber nur um später um so breiter und kräftiger emporzusprudeln; der „Kuryer poznanski" hatte sogar geäußert, der Germanisierungseifer habe einen so starken Grad erreicht, daß die Polen nun bald der allgemeinen bürgerlichen Rechte beraubt werden würden; aber der Druck sei schließlich gut; man habe überlaut beraten und polternd gebeten, das Geflüster jedoch sei die Sprache der unterjochten Völker, und eine verschworene Nation, deren Stimme nach außen nicht mehr vernommen werden könne, bilde eine unangreifbare Macht. Wo eine der Hauptquellen polnischer Aufhetzung zu suchen sei, hatten aufs neue verschiedene Vorfälle gelehrt. Ein am 15. Januar auf Antrag des Erzbischofs v. Stablewski vor der Strafkammer in Posen gegen den Kreisschulinspektor Rudenek aus Jarotschin und den Lehrer Wenzel in Jaratschewo wegen Beleidigung des Propstes Szadzinski in Witaszyce verhandelter Prozeß endete mit Freisprechung, weil der Beweis erbracht war, daß diesem Propst mit vollem Rechte

„Verhetzung gegen die Oberen und Vergiftung der Seelen der Kinder" öffentlich vorgeworfen war, denn er hatte dem Lehrer Wenzel barsch vorgehalten, daß er auf höhere Weisung in der Schule das deutsche „Vater unser" habe beten lassen, wodurch „dem Volke die Zunge aus dem Munde und die Religion aus dem Herzen gerissen" werde. Darauf hatte der Erzbischof v. Stablewski gleich am 17. Januar „den Jahrestag seiner Weihe" zum Anlaß genommen, die Geistlichen seines Sprengels zur Vorsicht in ihren Äußerungen zu ermahnen, weil jede solche Unüberlegtheit „die erwünschte Gelegenheit" abgeben könne, „Kirche, Geistliche und Glauben im allgemeinen anzuschwärzen." Stablewski hielt es auch für angebracht, die Geistlichen „besonders nachdrücklich vor Schürung des nationalen Hasses" zu warnen; sie sollten vielmehr in einer Gegend, in der zwei Nationalitäten leben, die infolge übermäßiger Gefühlsaufwallung leicht in Zwist geraten könnten, als „Engel des Friedens" auftreten. Nach allem Bisherigen war es aber sehr zweifelhaft, ob die polnische Geistlichkeit in dem Sinne handeln werde, aus welchem geflossen zu sein dieser Erlaß sich den Anschein gab, und man vernahm Stimmen starken Mißtrauens gegen Herrn v. Stablewski, der 1891 in seiner Rede zu Thorn für die polnischen Unterthanen Preußens das Recht in Anspruch genommen hatte, im Kriegsfalle zu entscheiden, auf welcher Seite sie fechten wollten. Sein jetziger Erlaß und der Ausgang jenes Prozesses machten unter den Polen so wenig Eindruck, daß der „Orędownic" am 21. Januar die Beseitigung jenes aufhetzenden Propstes als „Anfang eines zweiten Kulturkampfes" ausgab, welcher gegen die Gläubigen gerichtet sei und „die Lockerung der alten traditionellen polnischen Bräuche" bezwecke.

Sehr dreist brachte nun bei der Etatsberatung des Abgeordnetenhauses der Pole Motty die Beschwerde vor, daß wiederum Mittel zur Unterstützung des Deutschtums im Osten ausgesetzt seien, die nur zur Unterdrückung der polnischen Nationalität dienten. Der Kultusminister Bosse wies dies mit dem Hinweise zurück, daß das Polentum von Jahr zu Jahr angreifender gegen die Deutschen werde und daß es hinsichtlich des Schulwesens besser sei, ein Kind gehorche, als daß es polnisch lerne, denn nur damit werde es ein preußisches Kind; die Regierung werde in der Polenfrage zielbewußt ihren Weg weiter gehen. Über diese Bemerkungen regte sich v. Czarlinski (Pole)

dermaßen auf, daß er sie, wenn sie nicht bewiesen werden könnten, für eine niederträchtige Verleumdung halten zu müssen erklärte. Der Vicepräsident Kruse (nat. lib.) ließ es natürlich am Ordnungsrufe nicht fehlen, Minister v. Miquel stellte aber nunmehr fest, daß die polnische Presse in wachsender Stärke, Bitterkeit und Bosheit den preußischen Staat nicht blos als fremden, sondern sogar als feindlichen behandele. Minister Bosse fügte hinzu, die polnischen Abgeordneten hätten oft genug die Geduld dieses Hauses gemißbraucht und betonte die nationalen Aufgaben, welche die Regierung dem Polentum gegenüber mit Gerechtigkeit, aber auch mit Strenge zu erfüllen habe. Fast täglich lese man in der polnischen Presse, daß es nur darauf ankomme, die polnische Nationalität zu sammeln und zu stärken, um sie auf eine größere Aktion vorzubereiten; in einer im Auslande gehaltenen Versammlung habe sich ein polnischer Redner gegen das Duell mit dem Grunde gewandt, man dürfe auf diese Weise kein polnisches Blut vergießen, da es vielleicht noch in einer wirklich heiligen Sache gebraucht werde. „Wir sind es nicht gewesen", fuhr der Minister fort, „die eine neue und unnöthige Schärfe in diese Dinge hineingebracht haben; es sind polnische Agitatoren, welche diese Verhältnisse in einer Weise behandelt haben, die das deutsche Gefühl mit der tiefsten Entrüstung erfüllen mußte. Wir werden nicht aufhören, die preußischen Unterthanen polnischer Zunge mit voller Gerechtigkeit zu behandeln, aber wir werden ungesetzlichen Bestrebungen mit allen uns durch Recht und Gesetz gegebenen Mitteln unnachsichtlich entgegentreten. Mögen die Angriffe kommen, von welcher Seite sie wollen; weder Lockungen noch sentimentale Redensarten, noch aufreizende Kundgebungen in der polnischen Presse, noch die feindseligen Nadelstiche einzelner Polnischgesinnter werden uns hierin beirren. Schwankungen der Staatsregierung sind nicht vorhanden, sie ist sich ihrer Pflicht in dieser Beziehung vollkommen bewußt".

Diese kräftige Zurückweisung der Polen war wohl das Wichtigste in der ganzen Etatsberatung. Hatten sie vielleicht noch gehofft, daß sie es nur mit dem strengen Vorgehen eines Ressorts zu thun hätten, so war ihnen dieser Hoffnungsschimmer nunmehr genommen, denn es trat deutlich hervor, daß die scharfen Erklärungen der Minister auf besonderen Beschlüssen der Staatsregierung beruhten. Diese Wendung fand natürlich in allen deutsch gesinnten Kreisen den größten Beifall,

dessen Äußerungen sich fast durchgängig mit dem Hinweis verbanden, daß die polnische Geistlichkeit die Seele der großpolnischen Bewegung bilde. Bestätigung fand dies in der Haltung von Organen der Centrumspartei, deren jetzt angesehenstes, die „Köln. Volks.-Ztg“., nunmehr von einem stillen Kulturkampfe redete. Die deutschen Katholiken, meinte dieses Blatt, müßten mehr als verblendet sein, wenn sie ruhig zuschauen wollten, wie zuerst die Katholiken polnischer Zunge untergebuttert würden, bis zuletzt der Versuch der Unterbutterung aller deutschen Katholiken von neuem wiederholt werde; „den ministeriellen Regionen werde deshalb die schärfste Opposition nicht erspart bleiben“. Katholikenfeindliche Polenhetze und verfassungswidrige Reaktion auf dem Gebiete des Vereinsrechts, das sei mehr, als das moderne Rechtsbewußtsein ertragen könne; die Katholiken müßten mit den Polen im neuen Kampfe zusammenstehen.

Endlich gedachten bei der allgemeinen Etatsberatung mehrere Redner des neuen Reichsbörsengesetzes und seiner bisherigen Ausführung. Die vom Minister Brefeld hierzu erlassenen Bestimmungen hatten auf Seiten der Gegner dieses Gesetzes großen Widerspruch erfahren; sie sollten über den Buchstaben desselben hinausgehen, und der Verkehr könne sich mit ihnen nicht abfinden, da sie geradezu den Versuch darstellten, alle allmählich entstandenen Formen des Großhandels zu zerstören, in denen er sich bisher bewegt habe. Im Handelsstande sträubte man sich, der Börse nicht angehörende Personen in den Börsenvorstand zuzulassen; an mehreren Hauptorten des Landes wurden die Börsen fast gar nicht mehr besucht, dagegen private Börsenversammlungen errichtet, über deren Eigenschaft als Handelsbörsen sodann Meinungsverschiedenheiten entstanden. Minister Brefeld behandelte im Abgeordnetenhause diese Fragen sehr vorsichtig, und der von ihm angeschlagene Ton schien anzudeuten, daß er darauf ausgehe, eine allmähliche Beruhigung sowie die Rückkehr zu einer zweckmäßigen Form des Getreidehandels herbeizuführen.

Nach Verweisung des Etats an die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wenden wir uns der oben verlassenen Einzelberatung des Etats im Reichstage wieder zu, wo zum Titel über den Reichskanzler und die Reichskanzlei am 5. und 6. Februar interessante Verhandlungen über die Polenfrage und über den oben erwähnten politischen Prozeß stattfanden. Die kräftigen Zurückweisungen, welche

die Polen im preußischen Abgeordnetenhause von drei Ministern erfahren hatten, ließen sie erst recht nicht ruhen, sondern im Namen der polnischen Fraktion klagte v. Komierowski aufs bitterste, daß seine Landsleute, obwohl sie sich „gegen den Umsturz" gewandt und die Regierung unterstützt hätten, von den Behörden unterdrückt und verfolgt würden, wodurch ein den Staatsinteressen zuwiderlaufender Erbitterungszustand entstanden sei. Darauf erwiderte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, die Polenfrage gehöre als eine ausschließlich preußische eigentlich nicht in den Reichstag, und die preußische Regierung sei die Antwort auf die polnischen Beschwerden nicht schuldig geblieben; zum Überfluß aber bemerke er, daß den polnisch sprechenden Preußen die verfassungsmäßigen Rechte niemals gekürzt worden seien, vielmehr habe sich ihre materielle Wohlfahrt unter der preußischen Regierung gehoben, auch für ihr Bildungsbedürfnis sei in ausgiebigster Weise Sorge getragen worden; ohne die Erziehung eines früher nicht vorhanden gewesenen polnischen Mittelstandes durch Gründung von Schulen würde „die polnische Aggressivkraft" vielleicht nicht so stark geworden sein; neben ihren Rechten hätten die Polen auch Pflichten, namentlich die, sich ganz und gar als preußische Staatsangehörige zu fühlen; leider aber werde vielfach eine Art nationaler Propaganda gepflegt, die in bewußtem Gegensatze zum preußischen Staate stehe; dem entgegenzutreten, erfordere die Staatsweisheit und das Interesse der Polen selbst, die sonst bittere Enttäuschungen erfahren würden. Dem Reichskanzler gegenüber gab Lieber dem Mitgefühle der Centrumspartei, deren deutsche Gesinnung doch über jeden Zweifel erhaben sei, für den polnischen Volksstamm Ausdruck, während v. Jazdzewski in der beabsichtigten Germanisierung der Polen eine Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte erblickte, und endlich Hasse (nat.-lib.) seine Freude über die Rückkehr der Regierung zu den Grundsätzen v. Grolman's in der Polenfrage aussprach.

Hiernach wurde zu diesem Etat von Ancker (freis. Vp.) und Genossen dem Staatssekretär v. Marschall eine treffliche Gelegenheit geboten, den, wie oben erwähnt, vom Grafen Limburg-Stirum im preußischen Abgeordnetenhause unternommenen sog. Vorstoß der Konservativen noch gründlicher, als es bereits dort geschehen war, zurückzuweisen. Der Antrag auf ein Ersuchen an den Reichskanzler,

das preußische Staatsministerium zu Vorkehrungen zu veranlassen, welche Verdächtigungen der obersten Reichsbehörden durch Organe der politischen Polizei, wie sie im Prozeß Leckert-v. Lützow zu Tage getreten seien, ausschließen, wurde von Munckel (freis. Vp.) eingehend begründet. Davon ausgehend, daß das öffentliche „Waschen dieser schmutzigen Wäsche" im Reichstage geschehen müsse, schilderte er die Bedenklichkeit des Umstandes, daß Leute, wie der vom Reichskanzler als nicht hoffähig bezeichnete v. Lützow und der um die baldige Erledigung einiger Ministersitze besorgte Untertertianer Leckert vermöge ihrer Verbindung mit der politischen Polizei die halbamtliche Presse bloß deshalb zur Beleidigung hoher Reichsbeamten benutzt hätten, um sagen zu können, diese Beleidigungen gingen vom Staatssekretär des Äußern aus; gar keine Polizei sei einer solchen vorzuziehen, deren Mitglied v. Tausch eben diejenigen, welche jene Artikel geschrieben, mit Ermittelung der Verfasser betraut habe; wenn die politische Polizei, die allerdings mit Menschen verkehren müsse, mit denen anständige Leute nicht gern zu thun haben, erhalten bleiben müsse, so möge man sie unter Zucht und Ordnung in den Käfig setzen, in dem man gefährliche Tiere zu bewahren pflegt. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe billigte in seiner Erwiderung zunächst, daß eine die Gemüter des deutschen Volks bewegende Sache wie diese im Reichstage zur Sprache gebracht werde, wenngleich dem Reichskanzler eine Einmischung in die Verwaltung eines Einzelstaats nicht zustehe; die politische Polizei sei wegen des notwendigen Schutzes der Bürger gegen verbrecherische Unternehmungen unentbehrlich, und es sei Übertreibung, wegen der von ihr in der Wahl von Agenten begangenen Mißgriffe die ganze Einrichtung zu verurteilen; der preußische Minister des Innern habe gleich nach den Enthüllungen alle Maßregeln getroffen, um solche Vorgänge für immer unmöglich zu machen. Nun kam der Staatssekretär v. Marschall an die Reihe, um die vom Grafen Limburg-Stirum im preußischen Abgeordnetenhause vorgebrachten Behauptungen, hinter welchen die ganze konservative Partei stehen sollte, unter Bezugnahme auf die Verhandlungen jenes Prozesses, im Einzelnen zu widerlegen: die Helden desselben seien im Auswärtigen Amte niemals empfangen, die Ränke zur Erregung von Spannung unter einzelnen Ministerien seien gerade vom Auswärtigen Amte durchkreuzt worden, und es sei

eine Forderung der öffentlichen Moral gewesen, angesichts der systematischen Verdächtigung von Beamten, einen Schurkenstreich begangen zu haben, die Schuldigen auf die Anklagebank zu bringen und so die Integrität von Beamten klarzustellen; vor dem Prozesse wäre eine Entlarvung der Thäter unmöglich gewesen, nachher sei die Entfernung des Kriminalkommissars v. Tausch beim Minister des Innern angeregt, ein Schluß auf Mangel an Einheitlichkeit im Staatsministerium könne also nicht gezogen werden. Nach der ganzen überlegenen Art und Weise, wie der Staatssekretär die Sache im Einzelnen behandelte, ging ziemlich allgemein die Ansicht dahin, in diesem Turniere sei Graf Limburg samt dem ihm zu Hülfe springenden Grafen Mirbach von der Lanze des Freiherrn v. Marschall dermaßen niedergestreckt worden, daß beide völlig bestaubt und unter Bücklingen gegen den Sieger die Arena verließen; man hatte den Eindruck, daß sie mit dem Vorstoß der Sache ihrer Partei geschadet hätten. Graf Mirbach versicherte bei seinem Rückzuge noch, unter dem Fürsten Bismarck würden solche Dinge nicht in die Öffentlichkeit gekommen sein. Bebel (soz.) dagegen meinte, die Machenschaften eines v. Tausch entsprächen gerade dem Bismarck'schen Systeme. Richter (freis. Vp.) rühmte das Verdienst des Badensers v. Marschall, einen in Preußen leider hoch gekommenen Unfug aufgedeckt zu haben; auch Rickert (freis. Ver.) sprach dem Staatssekretär seine Anerkennung aus, v. Hodenberg (Welfe) endlich bezeichnete Herrn v. Tausch als Produkt der Politik der ersten 20 Jahre des Reichs.

Endlich wurde beim Etat des Reichskanzlers von Barth (freis. Ver.) und Genossen ein Ersuchen um baldigste Vorlegung einer Denkschrift über die erkennbaren volkswirtschaftlichen Wirkungen der Handelsverträge von 1892 und 1894 gestellt und vom Reichstage angenommen, nachdem der Staatssekretär v. Marschall es als Irrtum bezeichnet hatte, wenn aus der obigen Äußerung des Reichsschatzsekretärs auf einen Zwiespalt in der Reichsregierung über diese Verträge geschlossen werde; die Ausarbeitung eines autonomen Tarifs sei eben auch für den zu erhoffenden Fall einer Fortsetzung der Handelsverträge notwendig.

Bei dem vom 12. bis 17. Februar beratenen Militäretat wurde eine Anzahl von Wünschen und Beschwerden vorgebracht, letztere vorzugsweise von Sozialdemokraten. Herrn Bebel (soz.),

welcher eine sozialdemokratische Agitation in den Kasernen in Abrede stellte, trat der preußische Kriegsminister v. Goßler mit ähnlicher Schärfe, wie einst sein Vorgänger, entgegen; wenn die Heeresverwaltung sich gegen diese Agitation zu schützen suche, so sei dies angesichts der Beschlüsse der Londoner sozialdemokratischen Konferenz wohl gerechtfertigt. Diese Zurückweisung gab wiederum Bebel (soz.) Stoff zu ausführlichen Auseinandersetzungen über die Unstatthaftigkeit der „Verhetzung", welche im Heere gegen die Sozialdemokraten getrieben werde, und über das Programm seiner Partei, welches der Kriegsminister nicht verstehe. v. Goßler andererseits wollte in Bebels Worten ein neues Bekenntnis zur internationalen Revolutionspartei finden. Das Redeturnier der Beiden endete damit, daß der eine die deutsche Republik in sichere Aussicht nahm, der andere sie als Phantom bezeichnete. Als sodann Peus (soz.) die Boykottirung von Lokalen durch die Militärbehörden bekämpfte, suchte der Minister v. Goßler, unter Bezug auf die Verhandlungen des Gothaer Parteitages der Sozialdemokraten, die sittlichen Anschauungen derselben zu kennzeichnen, während auch v. Vollmar (soz.) die völlige Rechtsgleichheit für die Sozialdemokraten im Heere in Anspruch nahm. Im übrigen erfuhr man durch den Minister v. Goßler, daß der badische Lieutenant v. Brüsewitz, dessen rohe Handlungsweise so großes Aufsehen erregt hatte, in dem geheimen Militärstrafprozesse wegen Todschlags und unberechtigten Gebrauchs der Dienstwaffe zu Dienstentlassung und 3 Jahren 20 Tagen Gefängniß verurteilt worden sei. Hasse (natlib.) wies die Äußerung des englischen Staatssekretärs für den Krieg, daß das englische Heer keine Rekruten bekommen würde, wenn diese einer Sklaverei wie die deutschen Rekruten unterworfen werden sollten, gebührendermaßen als Unverschämtheit und Lächerlichkeit zurück. Im übrigen wurden von der zur Vermehrung der Reserven an Verpflegungsmitteln verlangten Summe zwei Millionen vom Reichstage gestrichen.

Beim Etat des Pensionsfonds setzten sich am 18. und 20. Februar die Angriffe gegen die Militärverwaltung fort, welche eine zu große Zahl von Offizieren in den Ruhestand zu versetzen pflege. Als Generalleutnant v. Viebahn dieser Behauptung mit der ziffermäßigen Nachweisung entgegentrat, daß in den letzten Jahren die Zahl dieser Pensionierungen abgenommen habe, erwiderte

Galler (südd. Vp.), auch dieser kunstvolle Zahlenaufbau stoße die Thatsache nicht um, daß sich 1887—88 die Ausgaben für Offizierpensionierungen verdoppelt hätten; Redner bestritt ferner, daß die Gründe dieser Pensionierungen den Reichstag nichts angingen, der vielmehr darauf zu sehen habe, daß mit den Geldern der Steuerzahler kein Mißbrauch getrieben werde. Dagegen machte der Minister v. Goßler geltend, daß in dieser Frage auch der Kaiser unantastbare Rechte besitze. Schließlich sprach sich der Reichstag für Feststellung allgemeiner Grundsätze über Stellenbesetzung durch Militäranwärter aus.

Zum Etat des Reichsinvalidenfonds wurde am 23. Februar behufs Erhöhung der Pensionen von Kriegsteilnehmern der Dispositionsfonds des Kaisers um 960000 Mark erhöht.

Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amts gab der Staatssekretär v. Marschall, auf Anregung von Hasse (natlib.), Aufschluß über Deutschlands Haltung in der die Großmächte grade beschäftigenden Frage Kreta's. Im Orient habe Deutschland keine Sonderinteressen zu verfolgen; um so rückhaltloser könne es sich daher der Aufgabe widmen, zur Erhaltung des Friedens beizutragen, der durch Griechenlands völkerrechtswidriges Vorgehen, wegen der Rückwirkung auf andere Völkerschaften gefährdet sei; es komme darauf an, diese Gefahr zu beseitigen und auf Kreta einen die Forderungen der christlichen Bevölkerung befriedigenden Zustand herzustellen, ohne den Bestand des türkischen Reichs zu beeinträchtigen. Diese Richtung der Politik wurde von den Rednern verschiedener Parteien vollständig gebilligt, von Lieber (Centr.) mit der Nutzanwendung, daß Deutschland leider 1871 in der römischen Frage vom Grundsatze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates abgewichen sei. Der Vergleich war nicht passend, weil dieser Grundsatz gerade durch die Ablehnung des auf Einmischung gerichteten damaligen Centrumsantrags gewahrt worden war.

Neben den Beratungen des Reichstags über den Etat gingen in den zwei ersten Monaten die einiger nicht unwichtiger Gesetzentwürfe und selbständiger Anträge her. Auf Anregung von Lenzmann (freis. Vp.) wurde, im Hinblick auf neuere, Aufsehen erregende starke Mißstände auf dem Gebiete des Irrenwesens, am 16. Januar ein Ersuchen an die Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs

beschlossen, welcher Grundsätze aufstelle, nach denen die Aufnahme, die Aufenthaltsverhältnisse und die Entlassung von Geisteskranken in die und aus den Anstalten reichsgesetzlich geregelt werde. Der Staatssekretär v. Boetticher hatte zwar die Zuständigkeit des Reichs nicht bestritten, aber auch angedeutet, daß einzelne Bundesstaaten die von ihnen erlassenen Vorschriften bisher für ausreichend gehalten zu haben schienen; sollte jedoch hierdurch nicht die nötige Sicherheit geboten werden, so könnte allerdings das Reich wohl eingreifen. Übrigens trat in dieser Sitzung die Saumseligkeit der Abgeordneten gewaltig hervor; sie begann in Anwesenheit von nur zwölf Mitgliedern, dann waren es ihrer 20; als sich aber bei Lenzmann's Rede über diese wichtige Frage, in welche er den Prozeß gegen die Alexianer hineinzog, der lange Zeit alle Gemüter erregt hatte, die Zahl der Volksvertreter kaum vermehrt hatte, gab er seinem Unmute hierüber Ausdruck, unter vorzugsweisem Tadel der Centrumsfraktion, die doch besonderen Anlaß gehabt hätte, einer dem Ultramontanismus etwa ungünstigen Ausbeutung jenes Prozesses entgegenzutreten, aber nur in Stärke von zwei Mann erschienen sei. Dem Redner konnte nur erwidert werden, daß von seinen Parteigenossen noch weniger zur Stelle wären.

Am 20. Januar fand im Reichstage eine aufklärende Verhandlung der Frage statt, ob Deutschland an der Übung, daß alle Seeschiffe den Fischereifahrzeugen ausweichen, festhalten oder sich einer internationalen Vereinbarung über Verhütung des Zusammenstoßes der Schiffe auf See anschließen solle. Man zog schließlich letzteres vor, weil ein gegen unsere Übung verstoßender ausländischer Segler nicht belangt werden könne.

Von Gesetzvorlagen kam am 23. Januar zuerst eine Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetze von 1884 und dem Ausdehnungsgesetze von 1885 an die Reihe. Die 440 Paragraphen dieser beiden Gesetze waren um etwa 100 von meist untergeordneter Bedeutung vermehrt; grundsätzliche Tragweite hatte nur die Versicherung gegen Unfälle bei Nebenbeschäftigungen, die Ausdehnung des Kreises der entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen auf die Enkel und Geschwister des Getöteten, die Versicherungspflicht der mit Bauarbeiten sich beschäftigenden Betriebe in ihrer ganzen Ausdehnung und der gesamten Thätigkeit der jetzt schon teilweise versicherten Schlächtereien und Apotheken

sowie des mit einem Handelsgewerbe verbundenen Lager- und Fuhrwerksbetriebes, auch der Anschluß der gesamten Seefischerei an die See- und Berufsgenossenschaft. Die Vorlage wanderte nach längeren Verhandlungen natürlich erst an eine Kommission, auf deren Vorschlag am 10. Februar die Regierungen ersucht wurden, vor der weiteren Beratung der Vorlage im Plenum einen Gesetzentwurf wegen Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen vorzulegen.

Ein Gesetzentwurf wegen Umwandlung des 4% Zinsfußes der 440 Millionen Reichsanleihe in $3^1/_2$% fand am 3. und 18. Februar, nach dem Vorgange von Bayern, Württemberg und Baden, an sich keinen Anstand; es würde nur, und zwar von Rednern aus den verschiedensten Parteien, einer jährlich $2^1/_4$ Millionen Mark ausmachenden Festsetzung von bloß 3% und einer Beschränkung der vorgeschlagenen 8-jährigen Schonzeit der Konvertierenden der Vorzug gegeben worden sein, wenn nicht der Staatssekretär Graf Posadowsky Gründe sozialpolitischer Humanität und finanzpolitischer Klugheit dagegen eingewandt hätte.

Nachdem am 3. Februar eine Grundbuchordnung ohne weiteres genehmigt war, wurde, nach einer Verhandlung vom 8. bis 10. Februar, einem Handelsgesetzbuche zugestimmt, zu dessen Begründung der Staatssekretär Nieberding zeigte, daß man bei der Ausarbeitung des bestehenden Handelsgesetzbuchs über die Grenzen des eigentlichen Handelsrechts hinaus in Gebiete des bürgerlichen Rechts hinübergegriffen habe, um in den Zeiten der Zersplitterung wenigstens auf diesem Felde Einheitlichkeit herbeizuführen, daß aber nach dem Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuchs eine neue Fassung um so notwendiger geworden sei, als in der Zwischenzeit neue gewerbliche Betriebsformen und Geschäfte zu größerer Bedeutung aufgewachsen seien; auch habe sich der Kreis der dem Handelsgesetzbuche unterworfenen Personen erheblich vermehrt; es wolle nicht mehr ein Gesetzbuch für Handelsgeschäfte, sondern für Handelsgewerbe und ihre Unternehmer, die Kaufleute, sein. Weiterhin ging am 8. und 23. Februar der Entwurf eines Gesetzes glatt durch, wonach die Zivilprozeßordnung und das Gesetz wegen Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes zu Gunsten der unehelichen, alimentationsberechtigten Kinder gegenüber dem Vater geändert wird.

Ferner wurde am 23. Februar einem Gesetzentwurfe zugestimmt wonach, ähnlich wie für das laufende Rechnungsjahr, für 1897—98 Vorsorge getroffen wurde, daß die Hälfte der aus den sog. Überweisungssteuern zu erhoffenden, die aufzubringenden Matrikularbeiträge etwa übersteigenden Mehreinnahmen zur Verminderung der Reichsschuld verwendet werden soll. Dadurch gestaltete sich zwar der an sich schon reichlich verwickelte Apparat der Überweisungen und Matrikularbeiträge noch sehr viel verwickelter; aber es wurde damit den Einzelstaaten entgegengekommen, welche es, angesichts des für 1896—97 erlassenen, gewöhnlich nach dem Urheber, dem Abg. Lieber, benannten Gesetzes für unzulässig hielten, daß ihnen nur die Vorteile der Überschußjahre geschmälert, die Nachteile der Defizitjahre aber in unverminderter Höhe aufgeladen bleiben sollten. Von freisinniger Seite wurde dieses Gesetz für einen Automaten erklärt, die Zentrumsleute fanden in ihm nur den Keim zu einem Automaten, andere aber vermuteten, es bedeute einen Anker, an dem das Schiff der Zentrumspartei, welche diesen Weg zur Reichsfinanzreform eröffnet habe, für die nächstjährigen Reichstagswahlen festgelegt werden solle.

Am 18. Februar drang v. Levetzow (kons.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Organisation des Handwerks damit die Beteiligten endlich wüßten, woran sie seien. Staatssekretär v. Boetticher teilte diesen Wunsch, dessen Erfüllung jedoch große Schwierigkeiten entgegenständen, denn von einer einzigen Regierung seien beim Bundesrate nicht weniger als 60 Abänderungsanträge eingegangen. Während dieser Beratung, gerade zur Faschingszeit, fand sich Ahlwardt im Reichstage wieder ein, dem er wegen seines Aufenthalts in Amerika seit Monaten ohne Entschuldigung fern geblieben war, ein Verhalten, das schon längst den Ausschluß aus der Volksvertretung verdient hätte, für das aber die Geschäftsordnung keine Bestimmung enthielt, wahrscheinlich weil man dergleichen nicht für möglich gehalten hatte. Nachdem er seine Rückkehr den Anhängern bereits mit den Worten mitgeteilt hatte, „die Verhältnisse in Deutschland" erforderten dringend seine Gegenwart, wurde er jetzt vom Präsidenten v. Buol aus Versehen mit Händedruck begrüßt, worauf er das Wort ergriff, um die Ursachen der Not der Handwerker klarzulegen; dabei erregte er einen Skandal derselben Art wie bei seinem

vorigen parlamentarischen Auftreten; wie er damals von Gesindel sprach, so redete er jetzt von der Notwendigkeit einer Reinigung des germanischen Hauses vom jüdischen Ungeziefer. Leider bedurfte es erst der Mahnung Richter's (freis. Vp.), bis der schwerhörige Präsident v. Buol (Centr.) den Ordnungsruf erließ, worauf Ahlwardt erklärte, eine beleidigende Absicht habe ihm ferngelegen; wenn er aber das Ungeziefer beleidigt haben sollte, so entschuldige er sich bei dieser Tierklasse. Wegen dieser verstärkten Beleidigung rief ihn der Präsident unter lebhaftestem Beifall des Hauses „wiederholt und aufs nachdrücklichste" zur Ordnung. Einige Tage später suchte er in einer Volksversammlung zu Berlin seinen Weggang nach Amerika damit zu begründen, daß die antisemitische Bewegung in Deutschland sich in nutzlosen Kämpfen zersplittert, während sich in Amerika ein günstiger Boden für seine Agitation gezeigt habe. Er schilderte Amerika als von Juden aufs jämmerlichste geknechtet, wie er von ihnen in Versammlungen mit faulen Eiern beworfen sei, wie aber die Anständigen ihm geholfen hätten, Amerika antisemitisch zu machen; er habe dort in verschiedenen Städten 17 Klubs und 2 Zeitungen gegründet, ja die Bewegung sei schon nach den Samoa- und den Gilbert-Inseln verpflanzt, sodaß er wohl sagen könne: „Ich habe in Amerika den Antisemitismus dauernd begründet". Diesen von den Zuhörern mit stürmischer Heiterkeit aufgenommenen Vortrag schloß der Redner mit einem Vergleiche zwischen Juden und Affen und mit der Frage: „Was ist denn in Wirklichkeit an mir auszusetzen?" Später erfuhr man aus einer vom Polizeipräsidenten von New-York zur Eröffnung des Hebrew Technical Institute gehaltenen Rede, daß er dem Ahlwardt nach jeder von ihm gehaltenen Versammlung eine Leibgarde von 40 jüdischen Polizisten zu seinem Schutze erfolgreich habe angedeihen lassen.

Der Reichstag beschäftigte sich ferner am 4. Februar, auf Anregung von Auer (soz.) und Genossen, mit der Frage des Achtstündigen Arbeitstages und sprach sich zum Schluß dieser Verhandlungen, am 19. Februar, auf Antrag von Hitze (Centr.), für Anstellung von Erhebungen aus, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet werde, und für eine alsdann durch Verordnungen vorzunehmende Regelung der Arbeitszeit.

Die Novelle zum Margarinegesetz vom 12. Juli 1887 war im Juli v. J. an den vom Reichstage beschlossenen verschärfenden Maßregeln gescheitert; die Ablehnung seitens des Bundesrates war von den Agrariern sehr ungnädig aufgenommen, und ihre Agitation schien hauptsächlich wegen dieses Punktes die frühere Heftigkeit wieder annehmen zu sollen. In der schon oben erwähnten konservativen Versammlung zu Breslau am 7. Januar, in der Graf Limburg-Stirum die nachdrückliche Unterstützung des Bundes der Landwirte durch die Konservativen verkündigt hatte, war der Abg. v. Plötz, unter Zustimmung der Versammlung, wieder mit sämtlichen weitgehenden agrarischen Forderungen aufgetreten. Die Generalversammlung dieses Bundes, welche sodann am 15. Februar in Berlin tagte, benahm sich zwar äußerlich etwas zurückhaltender als ihre drei Vorgängerinnen, verlangte aber, stolz auf das vom Bunde bereits Errungene, nämlich auf die Gesetze über unlauteren Wettbewerb und über die Börse, größeres Vertrauen der Regierungen, entschiedenere Durchführung des Börsengesetzes und Hülfe bei allem, was zu einer blühenden Landwirtschaft nötig sei; einzelne Redner hielten sogar ein Gesetz gegen „die Judeneinfuhr" für so nötig, wie ein Viehseuchengesetz. Die Derbheit, welche die Versammlung sich diesmal versagt hatte, wurde vom Organe des Bundes nachgeholt, das von der Verteidigung der Landwirte gegen die auf sie loshackenden „Krallen des Drachens der goldenen Internationale", einen gefährlicheren Feind als die Franzosen 1813 u. 1870 gewesen, und von der „trockenen Guillotine des Hungers" sowie von dem drohenden Hinauswandern der Landwirte in's Elend sprach. In der an diese Versammlung am 16. Februar in Berlin sich anschließenden Versammlung der „Steuer- und Wirtschaftsreformer" gab der Abg. v. Manteuffel zu, daß die preußischen Behörden sich hülfbereit gezeigt hätten, behauptete aber, von Seiten des Reichs sorgten gewichtige Faktoren dafür, daß jeder Versuch einer Verbesserung der Lage im Keime erstickt werde, wie ja „die Forderungen der Landwirtschaft bezüglich des Margarinegesetzes in wirklich schnöder Weise abgewiesen worden" seien. Der hierauf am 19. Februar von der „Köln. Ztg." geäußerte Wunsch, daß der Grad, welchen der Übermut der Agrarier erreicht, den Regierungen doch endlich die Augen öffnen und sie veranlassen müßte, mit größter Entschiedenheit

dagegen Front zu machen, ging gerade hinsichtlich des Margarinegesetzes nicht in Erfüllung; immerhin zeigte sich der Bundesrat zu einem Entgegenkommen bereit, als von Konservativen und gleichzeitig aus der Centrumspartei Gesetzvorschläge im Reichstage eingebracht wurden, in welchen die im vorigen Jahre verlangten Bestimmungen ein wenig gemildert waren. Was den einen der damaligen Streitpunkte betrifft, so wurde jetzt an der Trennung der Verkaufsräume für Butter und Margarine wenigstens für Städte über 5000 Einwohner festgehalten; der andere Streitpunkt, das Färbeverbot, wurde von den Antragstellern zwar festgehalten, sie deuteten jedoch an, daß sie auch jedes andere, ihren Zwecken entsprechende Auskunftsmittel gutheißen würden. In der That glaubte der Bundesrat, wie der Staatssekretär v. Boetticher bei der am 19. Februar stattfindenden ersten Beratung dieser Gesetzvorschläge mitteilte, infolge von Versuchen, die er im Reichsgesundheitsamt hatte anstellen lassen, ein Mittel gefunden zu haben, durch welches das Vorhandensein von Margarine bei Butterfälschungen festgestellt werden könne, nämlich das Dimethylamidoazobenzol. Dessen einfache Bezeichnung als Buttergelb würde vielleicht weniger Zutrauen erweckt haben, als das Geheimnisvolle dieses großartigen Namens, wogegen derselbe freilich bei anderen gerade Mißtrauen in die Lösung der großen Frage erzeugte. Hinsichtlich der Trennung der Verkaufsräume wurde in der Presse eingewandt, daß sich die Polizeiaufsicht alsdann nur noch auf das Buttergeschäft richten würde, weil es eben niemandem einfallen würde, Margarine durch Butter zu „verfälschen". Durch die reichliche Besprechung dieser Fragen schien mancher Abgeordnete unschlüssig geworden zu sein, und so stellte sich sowohl am 19. Februar als auch am 3. April der Reichstag bei der Abstimmung als beschlußunfähig heraus. Aber auch vorher schon war der Besuch des Reichstages äußerst spärlich, sodaß die Beschlußunfähigkeit sich schon gar manchmal gezeigt hätte, wenn ein Antrag auf Auszählung eingebracht worden wäre. Die Sache wurde so arg, daß der Restaurateur im Reichstage Schadenersatz für die bei ihm nicht genossenen Speisen verlangte. Die Verhandlungen selbst zogen sich mühselig, langsam, wie des Markes und der Kraft entbehrend, öde und endlos, ohne Verhältnis zur Wichtigkeit des Gegenstandes, die Aufmerksamkeit kaum fesselnd, hin. Weniger die Kraft der Über-

zeugung, die Wärme der Empfindung, die Macht der Persönlichkeit schien beherrschend und bestimmend zu sein, als die Routine, die parlamentarische Mache. Zur Gewinnung eines raschen Überblicks über die Beschlußfähigkeit pflegten wohl, wenn auch nicht offiziell, die Hüte in der Garderobe gezählt zu werden; für den armen Restaurateur kam aber noch längst nicht auf jeden Hut ein Beefsteak, während doch sonst gerade die Langweiligkeit langatmiger Reden dazu eingeladen hatte.

Mit scharfer Teilung wurde im Reichstage Stellung genommen zu der hierauf sich nahenden Anfrage wegen Gewährung des allgemeinen, direkten, geheimen Wahlrechts für die Wahlen zum Landesausschusse der Reichslande. Die am 25. Februar von den elsaß-lothringischen Abgeordneten Winterer und Preiß zur Begründung dieses Verlangens aufgestellten Behauptungen der Machtlosigkeit und Unbeliebtheit dieser Landesvertretung wurden von verschiedenen Rednern unterstützt. Bueb (soz.) hielt den Landesausschuß für eine nur nach der Pfeife der Regierung tanzende Körperschaft, Lieber (Centr.) sprach von Kirchhofsruhe in den Reichslanden als Folge ihrer Behandlung mit Zuckerbrot und Peitsche, Lenzmann (fr. Vp.) glaubte, die Politik der Polizeiwillkür habe uns von Elsaß-Lothringen eher noch mehr entfernt, und Werner (Antis.) tadelte, daß die dortigen Beamten nicht verstanden hätten, die Herzen der Bevölkerung zu gewinnen. Dagegen suchte der Bundesratsbevollmächtigte Halley nachzuweisen, daß im Landesausschusse alle intelligenten Elemente und unabhängigen Berufsstände vertreten seien, ja gerade das tüchtige, gebildete Bürgertum in allen seinen Arten überwiegend zur Geltung gelange. Graf Stolberg (kons.) hob hervor, daß bei Befolgung des Antrags ein unentbehrliches Erfordernis ersprießlicher Entwickelung der reichsländischen Politik genommen würde, und v. Marquardsen (nat.-lib.) sah keinen Grund, gerade diesem Lande mehr zu gewähren, als irgend ein anderer Einzelstaat im Reiche besitze. Der Antrag wurde zwar in erster und zweiter Lesung angenommen, es machte aber den Eindruck, daß durch das ganz offenbar völlig aussichtslose Verlangen eines unzweifelhaft gefährlichen Versuchs lediglich agitatorische Zwecke verfolgt würden. Gemäßigte Politiker sprachen in der Presse die Überzeugung aus, daß in der Behandlung der Reichslande der Wechsel von Härte und übelgelohnter Liebkosung nicht wieder auf-

kommen und den unversöhnlichen Widersachern des Reiches nicht, wie durch jenes Verlangen, gestattet werden dürfe, die erlöschende Flamme französischer Sympathie immer von neuem anzublasen, daß vielmehr deren Erlöschen in Ruhe abgewartet werden müsse.

Inmittelst war der preußische Etat aus der Kommission an das Abgeordnetenhaus zurückgelangt, welches sich nun mit großer Langsamkeit und Weitschweifigkeit an die nähere Besichtigung der einzelnen Titel begab. Bei dem des Ministeriums des Innern rief am 10. Februar Jaeckel (freis. Vp.) eine erregte Verhandlung über die Polenfrage hervor, indem er, zu vielseitiger Verwunderung, als Deutscher das Vorgehen der Behörden und den „deutschen Chauvinismus" im Posen'schen für die eingetretene Verschärfung dieser Frage verantwortlich machte, wobei ihn der Pole v. Jazdzewski unterstützte. Der Minister Freiherr v. d. Recke wies den Vorwurf der Verhetzung entschieden zurück, führte Äußerungen der Presse als Beweis dafür an, daß von polnischer Seite gegen die Beamten gehetzt werde, und sagte, es handele sich darum, den Polen mit Festigkeit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie Preußen seien. Graf Limburg-Stirum (kons.) betonte, der Agitationsstoff sei dadurch vermehrt worden, daß ein Geistlicher, der im Abgeordnetenhause die schärfsten Reden gegen die Regierung gehalten habe, zum Erzbischof von Posen ernannt sei. Andererseits beschwerte sich Szmula (Centr.) über Auflösung von Versammlungen wegen Gebrauchs der polnischen Sprache. Auf eine Frage Rickert's (freis. Ver.) wegen Reform der politischen Polizei erwiderte der Minister Freiherr v. d. Recke, eine alte, wohlbegründete Einrichtung dürfe auf ein Geschrei in der Presse hin nicht gleich umgestürzt werden; an Verbesserungen werde es nicht fehlen, einzelne Fehler von Beamten würden aber nie aus der Welt geschafft werden können. Auf Stöcker's (b. k. Fr.) Beschwerde, daß der Professor Thumajan über die Verfolgung armenischer Christen nicht habe öffentlich reden dürfen, entgegnete der Minister, die Ausweisung sei demselben nur wegen der Angriffe auf den uns befreundeten Sultan angedroht worden.

Zum Justizetat legte der Minister Schönstedt am 15. Februar, auf Anregungen Munckel's (freis. Vp.), dar, in welcher Weise die neue Prüfungsordnung dem bürgerlichen Gesetzbuche

im Rahmen der akademischen Lehre Platz schaffen solle. Minister Schönstedt lehnte ferner grundsätzliche Erörterungen über das Begnadigungsrecht mit dem Bemerken ab, daß die Zahl der abgewiesenen Begnadigungsgesuche so groß als die der bewilligten und ein Fall seiner Einsprache gegen eine Begnadigung nicht vorgekommen sei, Äußerungen, für welche Rickert (freis. Ver.) und Porsch (Centr.) dem Minister Dank aussprachen.

Bei der am 23. Februar begonnenen Beratung des Etats der öffentlichen Bauten warnte v. Heydebrand (kons.) vor weiteren kostspieligen Kanalbauten; als hierauf der Ministerialrat Schulz mitteilte, daß die Kosten des Dortmund-Ems-Kanals um 15 Millionen Mark überschritten seien, sprach Graf Kanitz (kons.) den Wunsch aus, daß man mit dem Bau dieses Kanals lieber aufhören möge; Minister Thielen hielt aber die Vollendung dieses Werkes für selbstverständlich. Ihm stimmte besonders v. Plettenberg (Reichsp.) bei, damit die Marine unabhängig von der englischen Kohle werde.

Die Beratung des Etats im preußischen Abgeordnetenhause, soweit wir sie bis dahin verfolgt haben, wurde von der einiger anderer wichtigen Gegenstände mehrfach begleitet oder unterbrochen. Am 8. Januar stellte Stephan (Centr.) eine Anfrage bezüglich der in Oberschlesien wegen Gebrauchs der polnischen Sprache stattgehabten Auflösung von Versammlungen, wodurch die Verfassung verletzt sei; ungerechtfertigt sei es auch, führte der Redner aus, daß der die Verbindung politischer Vereine unter einander verbietende § 8 des Vereinsgesetzes noch angewandt werde, obwohl der Reichskanzler im Reichstage die Aufhebung dieser Bestimmung in Aussicht gestellt habe. Der Minister des Innern, Freiherr v. d. Recke, erwiderte, in den drei hier in Betracht kommenden Fällen sei die Auflösung erfolgt, weil die überwachenden Beamten das in diesen Versammlungen an Stelle der wasserpolnischen Volkssprache angewandte Hochpolnisch nicht verstanden hätten, das Überwachungsrecht nicht illusorisch gemacht werden dürfe, die Polizeibeamten aber unmöglich polyglott ausgebildet werden könnten. Die am 9. Januar sich hieran schließende Besprechung der Angelegenheit führte zu scharfen Reden. Munckel (freis. Vp.) meinte, die Beamten müßten eine so verbreitete Sprache verstehen, Stephan (Centr.) stellte einen erheb-

lichen Unterschied jener beiden polnischen Idiome in Abrede und behauptete, die großpolnische Agitation, welche sich übrigens gar nicht auf die Losreißung von Preußen richte, sei nur durch verkehrte Maßregeln der Regierung hervorgerufen. Motty (Pole) behauptete, die Behandlung der Polen in den letzten Jahren fördere nicht das friedliche Zusammenleben, und die polnischen Vereine bildeten einen Damm gegen die Sozialdemokratie, Dasbach (Centr.) hielt die Bekämpfung einer Muttersprache für ein Mittel, die Bevölkerung aufs äußerste zu empören. Auf der anderen Seite bezweifelte v. Heydebrand (kons.), daß das geltende Recht ausreiche, der großpolnischen Bewegung mit genügender Schärfe entgegenzutreten; v. Zedlitz (freikons.) verlangte ebenfalls eine Ergänzung des bestehenden Vereinsrechtes, was von Rickert (freis. Ver.) bekämpft wurde. Schließlich stellte der Minister Freiherr v. d. Recke anheim, die Entwicklung der Dinge bezüglich des Vereinsgesetzes abzuwarten, und erklärte, die Regierung sei entschlossen, die augenscheinlich im Wachsen begriffene großpolnische Bewegung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Obwohl mit dieser Verhandlung die Frage erschöpft zu sein schien, wurde sie bereits am 29. Januar vom Polen v. Czarlinski wie etwas ganz Neues nochmals vorgebracht. Er ging davon aus, daß das Vereins- und Versammlungsrecht, weil es in der Verfassung gewährleistet ist, über dem Überwachungsrechte der Regierung stehe, die mithin für die Sprachenkenntnis der Beamten sorgen müsse. Der Minister Freiherr v. d. Recke hoffte dagegen, das Oberverwaltungsgericht werde der Auffassung beitreten, daß ein Grund zur Auflösung einer Versammlung vorliege, sobald das Überwachungsrecht infolge Gebrauchs einer fremden Sprache undurchführbar sei; andernfalls werde die Regierung den Weg der Gesetzgebung beschreiten, denn entschiedene Maßregeln seien infolge der wachsenden Gefahr der polnischen Agitation notwendig, welche besonders von den seit der pelpliner Konferenz von 1894 wie Pilze aus der Erde geschossenen polnischen Vereinen getrieben werde. Für die polnische Seite traten Mizerski sowie die Centrumsleute Koeren und Porsch auf; auch Rickert (freis. Ver.) vermißte einen Nachweis der behaupteten Staatsgefährlichkeit; dagegen traten Gerlich (freikons.), Sattler (nat.-lib.) und Graf Limburg-Stirum (kons.) für die Ansicht des Ministers auf, letzterer mit dem Wunsche nach einer Regelung durch Gesetz. Ein im Sinne

scharfen Vorgehens gehaltener Gesetzentwurf wegen Änderung des Gesetzes über die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen wurde am 9. und 14. Januar genehmigt.

Dem Schicksale des Lehrerbesoldungsgesetzes wurde, nach dem Scheitern des vorjährigen Entwurfs, mit bangen Hoffnungen entgegengesehen. Nachdem die Kommission, an welche es am 27. November v. J. vom Abgeordnetenhause gewiesen war, ihren Bericht erstattet hatte, fand die zweite Beratung am 11. und 16. Januar statt, bei der die Centrums- und konservative Partei die von den Nationalliberalen und von der linken Seite gestellten Anträge ablehnten, wie es schien, in dem Glauben, das von dem 1892 gescheiterten Schulgesetzentwurfe des Ministers Grafen Zedlitz verfolgte Ziel später doch noch erreichen zu können. Die Minderheit blieb zwar dabei, daß den großen Städten Unrecht geschehe, wenn man ihnen die Zuschüsse des Staates zum größten Teil nehme, sie stimmte aber um der Lehrer willen schließlich doch dafür. Im allgemeinen blieb die Empfindung vorherrschend, daß die langjährigen Arbeiten nun zum Abschluß gebracht werden müßten, um den Volksschullehrern endlich die gesetzliche Sicherung ihres Einkommens zu verschaffen, welche ein großer Teil von ihnen so schwer vermißt und die eine Grundlage für einen späteren weiteren Ausbau ihrer Besoldungsverhältnisse schafft. Am 22. Januar und 18. Februar passierte die Vorlage auch glücklich das Herrenhaus, freilich nicht ohne daß die Bürgermeister der großen Städte noch einmal für deren Interesse aufgetreten waren; ein ferneres Bedenken derselben, daß in dem Zwang zum Eintritt in die Alterszulageklassen ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht liege, wurde vom Minister Bosse zerstreut. Zum Troste der Konservativen, welche, wie die Grafen v. d. Schulenburg-Beetzendorf und Zieten-Schwerin, bedauerten, daß 1892 die Krone „dem Ansturme der liberalen Parteien gewichen" sei, wurde beschlossen, die Staatsregierung um baldigste Vorlegung eines allgemeinen, auf christlicher und konfessioneller Grundlage beruhenden Volksschulgesetzes zu ersuchen. Wegen einiger vom Herrenhause vorgenommener Änderungen mußte das Gesetz an das Abgeordnetenhaus nochmals zurückgehen. Nachdem hier am 22. Februar Rickert (freis. Ver.) das Gesetz, mit dem die Lehrer nicht ganz zufrieden sein würden, als Abschlagszahlung bezeichnet, Minister Bosse aber erwidert

hatte, die Lehrer müßten anerkennen, daß ihnen alle Parteien unter schweren Opfern entgegengekommen seien, wurde der Entwurf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der ebenfalls bereits im November v. J. an eine Kommission gewiesene Gesetzentwurf wegen obligatorischer jährlicher Tilgung der Staatsschulden und die Errichtung eines Ausgleichsfonds wurde nach längeren Beratungen in der Art angenommen, daß die Tilgung im Etatsjahr 1897—98 mindestens $^1/_2\,\%$ der Staatskapitalschuld und von da an $^3/_5\,\%$ betragen soll; der Ausgleichsfonds von 80 Millionen wurde abgelehnt; statt dessen wurde ein Artikel eingeführt, wonach ein nach der Jahresrechnung sich ergebender Überschuß im vollen Betrage zur weiteren Tilgung von Staatsschulden bezw. zur Verrechnung auf bewilligte Anleihen zu verwenden ist. Ein Antrag, für unvorhergesehene Ausgaben der Eisenbahnverwaltung einen Dispositionsfonds bis zur Höhe von 20 Millionen zu bilden, wurde auf Einsprache des Ministers v. Miquel zurückgezogen, wie derselbe auch schon in der Kommission diejenigen bekämpft hatte, welche sich gegen die jetzt übliche Verwendung der Eisenbahnüberschüsse zur Deckung der etatsmäßigen Ausgaben des allgemeinen Staatshaushalts gewandt hatten. Das Herrenhaus stimmte der geänderten Vorlage am 19. Februar zu, nachdem Minister v. Miquel auf den Ausgleichsfonds verzichtet hatte, da dessen Zwecke sich bis zu einem gewissen Punkte auch durch eine gute Ausstattung des außerordentlichen Etats in guten Jahren erreichen ließen.

Der schon bei der Etatsberatung zur Sprache gekommene Gesetzentwurf wegen der Besoldungen der Richter wurde nach Beratungen vom 22. Januar und 24. März angenommen. Hiernach wird, an Stelle der getrennten Etatsverbände für die einzelnen Oberlandesgerichtsbezirke, ein gemeinsamer, die ganze Monarchie umfassender Etatsverband der Land- und Amtsrichter gebildet, in den auch die Staatsanwälte, unter völliger Gleichstellung im Gehalte mit den Richtern, aufgenommen sind; für die übrigen höheren Justizbeamten gilt das Dienstaltersstufen-System. Der durch die Vorlage in Verbindung mit dem Gehaltsaufbesserungsplane erforderte Mehrbetrag beläuft sich auf 2366600 Mark. Hiernach folgte die Genehmigung eines Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten; die Bezüge

wurden allgemein erhöht, insbesondere die der Hinterbliebenen um 20%. Daran schlossen sich Ersuchen des Abgeordnetenhauses für eine strengere Quarantäne des vom Auslande eingeführten Viehs und für Einführung der Staffeltarife sowie eine Zustimmung des Herrenhauses zu dem im Reichstage vorliegenden Margarinegesetze in der Fassung, welcher jetzt die Regierung zustimmte.

Während dieser ersten zwei Monate der parlamentarischen Verhandlungen wurde die öffentliche Aufmerksamkeit durch Kundgebungen des Kaisers mehrmals abgelenkt. Er hatte am 4. Februar im Lustgarten beim Berliner Schlosse eine besondere Feierlichkeit veranstalten lassen behufs Übergabe von Fahnenbändern, welche der Czar dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regimente, dessen Inhaber er ist, verliehen hatte, und bei der hiernach im Schlosse stattfindenden Frühstückstafel hielt der Kaiser, als Antwort auf einen Trinkspruch des russischen Obersten und Flügeladjutanten Nepokoitschitzkij, eine politisch bemerkenswerte Ansprache. Dem Danke, den er im Namen der ganzen deutschen Armee abstattete, fügte er hinzu, dieser neue Beweis der Huld des Czaren reihe sich an die dem Regimente von seinen früheren Chefs zu Teil gewordenen Gnadenzeichen, welche auf Daten zurückführten, an denen besonders der Februar so reich sei hinsichtlich der Beziehungen der Waffenbrüderschaft beider Heere; das Regiment werde sich auch mit besonderer Freudigkeit der Tage entsinnen, an denen der Czar aus eigener Entschließung sich an die Spitze der Regimentsfahnen gesetzt und sie unter dem Jubel der Bevölkerung nach Breslau geführt habe, eine Stadt, deren Namen dauernd die Beziehungen der Vorfahren des Czaren mit denen der preußischen Könige verkörpern werde. Diese Worte glaubte man, nach Lage der Dinge, dahin deuten zu dürfen, daß die Vorgänge bei des Czaren vorjährigem Besuche in Frankreich, welche seinem Besuche in Breslau gefolgt waren, ungeachtet einiger Punkte, welche damals in Deutschland einiges Befremden hervorriefen, unser gutes Verhältnis zu Rußland nicht beeinträchtigt hätten. Zum mindesten war nun ja die Waffenbrüderschaft mit dem russischen Heere, wie damals im Lager bei Chalons, so auch jetzt hier versichert, wo man nun ein Zeichen russischer Sympathie mehr als dort besaß.

Einige Tage später wurde in der Presse von Seiten, auf denen man es genau zu wissen schien, mitgeteilt, der Kaiser habe am

8. Februar, bei einem vom Finanzminister v. Miquel gegebenen Diner, im Gespräche mit einigen Abgeordneten sehr entschieden die Notwendigkeit einer Verstärkung der Flotte betont und ein Zusammengehen der Konservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen im Reichstage als das Mittel zur Erfüllung großer patriotischer Aufgaben befürwortet. Damit habe er die Vorzeigung von Tabellen verbunden, auf welchen von ihm die Entwicklung der Kriegsmarinen Deutschlands, Frankreichs und Rußlands zusammengestellt war. Es schien hierdurch veranschaulicht werden zu sollen, wie sehr Deutschland, obwohl sein überseeischer Handel nur noch dem Englands nachstehe, von seinen Nachbarn hinsichtlich der Entwicklung der Flotte überflügelt worden sei, und daß auch das im jetzigen Marineetat Geforderte nur das Allernotwendigste bilde. In seinen weiteren Erläuterungen habe der Kaiser als Aufgabe der deutschen Flotte im Kriegsfalle nicht bloß die Behauptung der Ostsee, sondern auch die der Nordsee hingestellt; es handele sich nicht um uferlose Flottenpläne, sondern um ganz bestimmte, durch die Lage Deutschlands bedingte Ziele, deren Erreichung eine Lebensfrage des Reichs bilde und an deren nachdrückliches Anstreben er immer wieder zu mahnen sich verpflichtet fühle.

Die im Marineetat enthaltenen Forderungen, auf welche sich diese Einwirkung des Kaisers bezog, betrafen eine erste Rate für ein Panzerschiff erster Klasse, das im Jahre 1901 den alsdann 33 Jahre alten „Kaiser Wilhelm" ersetzen sollte, und die Mittel für den Ersatz des Aviso's „Falke", des Kanonenboots „Hyäne" wie auch des untergegangenen „Iltis; ganz neu war nur die Forderung von zwei ersten Raten für zwei Kreuzer zweiter Klasse, eine erste Rate für ein Torpedo-Divisionsboot und für Torpedoboote; alle übrigen Forderungen waren zweite und weitere Raten für im Bau befindliche bereits bewilligte Schiffe. Ferner war im außerordentlichen Etat eine Rate von einer Million Mark zum Bau eines großen Torpedodocks auf der Werft in Kiel enthalten, sodaß für einmalige ordentliche Ausgaben 31750927 Mark, für die des außerordentlichen Marineetats 38683341 Mark verlangt waren.

Die Kundgebung des Kaisers für den Marineetat schloß sich unmittelbar an die vom Staatssekretär Hollmann in der Rechnungskommission des Reichstags abgegebene Erklärung, daß der baldigste

Ersatz von zehn der größten, aber veralteten Kriegsschiffe von höchster Dringlichkeit sei, und daß unverzüglich Maßnahmen zu ihrem Umbau ergriffen werden müßten, damit sie wenigsteus bis zu ihrem Ersatz eine beschränkte Verwendbarkeit im Kriege erlangten; auf Geheimhaltung dieser Angaben werde kein Wert gelegt, weil der Zustand unserer alten Schiffe allen interessirten Nationen bekannt sei. Die Kommission nahm diese Eröffnungen in den von ihr am 25. Februar über die Reichsausgaben- und Einnahmen für 1895—96 erstatteten Bericht mit dem Bemerken auf, daß die Marineverwaltung durch Überschreitung der Bewilligungen behufs Umbaues des „König Wilhelm" um 767706 M. „nach der Sachlage pflichtgemäß" gehandelt habe. Dieser Kommissionsbericht in Verbindung mit der Mahnung des Kaisers wurden später vielfach in den Kreis sehr erregter öffentlicher Besprechungen gezogen, welche die Verhandlungen der Budgetkommission und dann die des Reichstages selbst über den Marineetat begleiteten.

Wie der obige Ausspruch des Kaisers über Deutschlands Verhältnis zu Rußland, so wurde es, namentlich im Hinblick auf die im Orient entstandenen Wirren, allgemein mit großer Befriedigung aufgenommen, daß er am 8. Februar in einer Antwort auf den Geburtstagsglückwunsch der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, neben der Freude über den von Handel und Gewerbe im letzten Jahre genommenen Aufschwung, das Vertrauen aussprach, es werde der Friede nach außen und innen dem Vaterlande noch lange erhalten bleiben.

Eine vierte Kundgebung des Kaisers fand bei einem vom Oberpräsidenten v. Achenbach den Mitgliedern des brandenburgischen Provinziallandtags am 26. Februar in Berlin gegebenen Mahle statt. Auf eine Ansprache des Gastgebers erwiderte nämlich der Kaiser: Aus der märkischen Heide, wo er von alten Kiefern und Eichen umrauscht gewesen, sei er zu deren lebendem Ebenbilde, den märkischen Männern, gekommen, mit denen zu verkehren ihm stets wie ein belebender Trunk sei. Die ganze jetzige Zeit stehe schon unter dem aufgehenden Frührote des anbrechenden Morgens des hundertjährigen Geburtstags Wilhelm's I, den die Vorsehung geschaffen habe, um das seit Barbarossa's Zeiten zersplitterte Vaterland zu einigen. Herangereift in schwerer Zeit der Prüfung, habe er sich

Jahre lang auf seinen Beruf vorbereitet und die größten Gedanken bereits in seinem Haupte fertig gehabt; er habe zuerst das Heer aus den dinghaften Bauernsöhnen zu einer kräftigen, waffenglänzenden Schar zusammengereiht und dann mit ihr Brandenburg-Preußen allmählich an die führende Stelle in Deutschland gesetzt. Hätte dieser König im Mittelalter gelebt, er wäre heilig gesprochen, und Pilgerzüge aus allen Ländern wären gekommen, um an seinen Gebeinen Gebete zu verrichten. Es müsse etwas besonderes bedeuten, daß Gott sich einen Märker zu der großen Aufgabe ausgesucht habe, und solange der märkische Bauer noch zum Hohenzollernhause stehe, werde dieses an seiner Aufgabe nicht verzweifeln. Schwer genug sei die uns Allen aufgebürdete Aufgabe des Kampfes gegen den Umsturz mit allen zu Gebote stehenden Mitteln; die Partei, welche es wage, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die gegen die Religion sich erhebe und „selbst nicht vor der Person des Allerhöchsten Herrn Halt macht", müsse überwunden werden. Freuen werde er sich, jedes Mannes Hand in der seinigen zu wissen, wenn ihm nur geholfen werde in diesem Gefechte, das wir nur in der ständigen Erinnerung an den siegreichen Mann durchführen könnten, dem wir das Reich verdankten und „in dessen Nähe durch Gottes Fügung so mancher brave, tüchtige Ratgeber war, der die Ehre hatte, seine Gedanken ausführen zu dürfen, die aber alle Werkzeuge seines erhabenen Wollens waren". Dann würden wir richtig wirken und im Kampfe nicht nachlassen, um das Land von dieser Krankheit zu befreien, die nicht nur unser Volk durchseuche, sondern auch das Familienleben zu erschüttern trachte. Hoffentlich, so schloß der Kaiser, werde er seine Märker um sich sehen, „wenn die Flammenzeichen sich enthüllen".

War auch diese Rede kein Staats-, ja nicht einmal ein öffentlicher Akt, so wurde sie ihrer Bedeutung nach in der Öffentlichkeit doch gleich einer solchen aufgenommen und behandelt; hatte ja doch auch das amtliche Telegraphenbureau und der „Reichsanzeiger" sogleich für ihre Verbreitung gesorgt. Die Erörterungen in den Parteiorganen waren recht lebhaft und zum Teil sehr kritisch gehalten. Wie gewöhnlich in solchen Fällen, suchte jede Partei das ihr Zusagende aus der Rede heraus- oder auch wohl in sie hineinzulesen. Die Besprechungen drehten sich vorwiegend um die sogenannte Umsturzfrage und um gewisse Äußerungen über Kaiser Wilhelm I. Die „Kreuz-

zeitung" war vor allem von der Erwähnung des Bauernstandes und von der Bezeichnung der in ihm als Bedingung allen Gedeihens lebenden Kraft entzückt und sah die Rede als ein die Märker adelndes köstliches Wort an, das mit goldenen Lettern in das Buch der Geschichte des Reichs eingetragen zu werden verdiene. Blätter der Centrumspartei glaubten, die Rede finde den richtigen Kampf darin, daß des alten Kaisers Ausspruch: „Dem Volke muß die Religion erhalten werden" bei der Schule und in den kirchenpolitischen Verhältnissen Anwendung finde. Das Organ der Christlich-Sozialen sagte, der Trompetenstoß zum Sammeln gegen die Sozialdemokratie sei schon oft erklungen, aber noch sehe man die Kugel nicht rollen; von wem sollten die Truppen für diesen Kampf gestellt werden? Der Kaiser könnte allerdings einen großen Heerbann um sich sammeln, wenn er nur erst dem Kriegsrufe den Kriegsplan folgen ließe; wenn einmal, an Stelle der hergebrachten Militärvermehrungs-Parole, bei Neuwahlen der Schlachtruf: „Für Christentum und Deutschtum" erschallte, würde der Kaiser mit einem Schlage auch zum geistigen Herzoge aller Deutschen werden. Das Organ der National-Sozialen warf die Frage auf: „Was mag der Kaiser wollen?" Denn daß er seine Rede ohne grundlegenden Plan gehalten habe, daß ein solcher Aufruf an das deutsche Volk nicht auf Vorarbeiten innerhalb der Regierung zurückschließen lasse, sei fast undenkbar; und da es scheine, daß der Kaiser auf einen Streit mit der Reichstagsmehrheit rechne, so müsse man rufen „O deutscher Kaiser, nein und abermals nein!", aber schon rolle es in den Wolken, und die Hundertjahrfeier Wilhelm's I drohe, zur Agitation gegen den Umsturz zu werden. Dies konnte jedoch die „National-Ztg." aus der Rede nicht folgern, vielmehr meinte sie, diese Feier werde einfach den seltenen Mannes- und Herrschertugenden des alten Kaisers gelten, zu denen vor allen die gehört habe, große und geniale Männer an die Stellen zu bringen, wo sie das Höchste leisten konnten. Von anderen Seiten wurde darauf aufmerksam gemacht, daß des Kaisers Ruf noch immer verhallt sei gleich der Stimme des Predigers in der Wüste; selbst das zündendste Feldgeschrei bedeute noch keine gewonnene Schlacht; welche Folgerung sei aus der Sedanrede gezogen? Die Sozialdemokratie habe vielmehr neue Siege erfochten, sie herrsche im Parlamente, und die Regierung sehe ruhig zu; harte Thatsachen hätten

gelehrt, den Dingen pessimistisch zuzuschauen und abzuwarten, was da kommen werde; noch sei es unvergessen, wie die Umsturzvorlage unter dem Lachen der Nation in das Grab gesunken sei und wie die dem Kaiser im Kampfe am nächsten Stehenden müßig das Schwert in der Scheide gelassen hätten. Die freisinnige „Vossische Ztg." wollte das Heilmittel in einer unumwundenen Erklärung des Staates erblicken, daß er weder Kraft noch Pflicht habe, einen Teil der Gesellschaft, wie z. B. die Agrarier, vor dem anderen zu begünstigen oder zu bereichern; das agrarische Hauptorgan indessen meinte am 4. März, das Volk müsse irre werden, wenn die Regierung das Heilmittel nicht in der Festigung, Kräftigung und Schirmung des Mittelstandes erblicke. Die „Hamburger Nachr." kamen am 3. März auf ihre schon oftmals geltend gemachte Ansicht zurück, daß eine Aktion gegen die Umsturzpartei nur dann Erfolg haben könne, wenn die Regierung sich an die Spitze stelle und unzweideutig die zu erreichenden Ziele bezeichne; daß mit volltönenden Worten etwas zu erzielen sei, vermöchten nur die christlich-sozialen Pastoren zu glauben; ein Spezialgesetz wäre nicht zu umgehen. In demselben Sinne bedauerten am 4. März die „Berliner Neuesten Nachr.", daß anscheinend halbamtlich in der „Nordd. Allgem. Ztg." vom 2. März „die Gedanken der leitenden Kreise der Reichsregierung" dahin entwickelt seien, der praktische Politiker müsse sich, da mit dem jetzigen Reichstage eine nationale Politik nicht getrieben werden könne, und keine Aussicht auf Besserung sich eröffne, darauf beschränken, „unter den gegebenen Verhältnissen die Aufgaben des Staats zu erfüllen, so gut oder schlecht es eben gehe". Die wenigsten der Antworten auf des Kaisers Mahnung zeugten von gutem Willen, ihr zu folgen.

Am meisten aber beschäftigte sich die Presse mit der kaiserlichen Abschätzung des persönlichen Anteils Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck an den großen Erfolgen, ja sie nahm sogar größtenteils Stellung dagegen; jedoch nicht mangels Anerkennung der Verdienste des alten Kaisers, sondern weil sie das vom jetzigen Kaiser entworfene Bild desselben nicht für zutreffend hielt. Die betreffenden Ausführungen der Presse erschienen unwillkürlich und meist sehr gegen den Wunsch ihrer Urheber in einer Art oppositionellen Gewandes, ein Zug, der am 1. März noch Verstärkung erhielt

infolge der Mitteilung der freisinnigen „Berliner Ztg.", daß die Worte des Kaisers vom 26. Februar zum Teil weit schärfer gelautet hätten, als sie durch das amtliche Telegraphenbureau und den „Reichsanzeiger" verbreitet worden waren; die Sozialdemokratie habe der Kaiser eine bis auf den letzten Stumpf auszurottende Pest genannt, ferner habe die Wendung von „jedes Mannes Hand" den Zusatz gehabt „er sei edel oder unfrei" und die Ratgeber des alten Kaisers seien nicht als die Werkzeuge, sondern als die Handlanger seines erhabenen Wollens bezeichnet. Wenn auch kein Grund vorlag, diese Angaben über die Kaiserrede für glaubwürdiger zu halten als die amtlichen, und wenn auch ein Organ wie das freisinnige „Berliner Tageblatt" sich gegen den „Karnevals-Übermut, tiefe Mißstimmung in das Volksgemüt zu tragen", entrüstungsvoll wandte, so wurden sie doch in den öffentlichen Besprechungen vielfach verwendet, vermutlich, weil sie keine Ableugnung erfuhren. Nur eine namenlose Korrespondenz in mehreren Blättern berichtete von großem Mißfallen in der Umgebung des Kaisers, wie über dessen Trinkspruch eine andere Lesart als die halbamtliche habe verbreitet werden können, worauf die „Berliner Ztg." versicherte, jene Mitteilungen seien nicht bloß ihr gemacht worden und sie beruhten nicht auf Indiskretion von Teilnehmern am Gastmahle, die, wie nunmehr wiederum von anderer Seite verlautete, gleich nach dem Mahle von v. Levetzow und v. Manteuffel ersucht sein sollten, nicht selbständig etwas über die Ansprache verlauten zu lassen.

Die Kritik wandte sich vor allem gegen die Auffassung, als ob alle leitenden politischen Ideen vom alten Kaiser persönlich ausgegangen und von den damaligen Staatsmännern in seinem Sinne nur ausgeführt worden wären. Man berief sich u. a. auf v. Sybel's Werk über die Entstehung des deutschen Reiches, aus dem zur Genüge hervorgehe, daß Fürst Bismarck alles eher als ein gefügiges Werkzeug oder gar ein bloßer Handlanger gewesen, daß derselbe vielmehr in entscheidenden Augenblicken Lagen zu schaffen gewußt habe, die dem Könige unwiderstehlichen Zwang auferlegten, und daß er sich der Personen und Dinge als Hülfsmittel bedient habe, um dem Herrscher seinen Willen zu suggerieren. Eine Anzahl politischer Blätter berief sich ferner auf die gerade um diese Zeit erschienene, vom Professor Oncken in Gießen auf Veranlassung des Kaisers

zur Hundertjahrfeier verfaßte Festschrift, insbesondere auf die darin enthaltenen näheren Angaben über das vom König Wilhelm im Babelsberger Parke mit Herrn von Bismarck gehabte Gespräch, infolgedessen ersterer seine schon aufgesetzte Abdankungsurkunde zerrissen und an Bismarck die Führung durch das Wirrsal des Verfassungskonflikts übergeben hatte. Andere beriefen sich auf die Werke von Busch und dem königlichen Vorleser Hofrat Schneider zum Beweise, wie schwer es dem alten Könige überhaupt geworden, sich mit der Kaiseridee zu befreunden. Mit solchen und ähnlichen Gegenbeweisführungen pflegte sich der Hinweis auf die Selbstlosigkeit des alten Kaisers, sein einsichtsvolles Eingehen auf die kühnen Gedanken des großen Staatsmannes und seine wandellose Treue zu dem Manne seines Vertrauens zu verbinden. Ein Beispiel wurde herausgegriffen: des alten Kaisers Widmung einer Nachbildung des Niederwald-Denkmals an den Fürsten Bismarck mit den Worten: „Das gehört Ihnen, das ist doch eigentlich ein Denkmal, das mehr Ihnen als mir gilt!" Die „Leipziger Neuesten Nachr." hoben am 2. März hervor, Kaiser Wilhelms I. Größe liege gerade nicht in der Genialität seines Geistes, in dem vorausschauenden Blicke, in der Energie der Ausführung; sie liege vielmehr in seinem schlichten, allem unnützen Prunke abholden und doch innerlich vornehmen Wesen, in seinem sicheren Takte und in der Entsagung, die er selbst in der Verfolgung seiner Lieblingsgedanken geübt habe; er hätte nicht zu denen gehört, die neue Gedanken denken und mit ihnen die Welt entzünden, ihm habe die Phantasie, die Leidenschaftlichkeit, das Dämonische gefehlt, ihm bleibe das Menschliche, Königliche. Im Sinne höchst loyaler Empfindungs-Opposition sprachen die „Münchener Neuesten Nachr." am 2. März von der schmerzlichen Wahrnehmung, vom kaiserlichen Herrn Sätze vernommen zu haben, die „den Anschauungen der ungeheueren Mehrheit unserer Nation so sehr zuwiderlaufen, wie der Geschichte". Und, während andere Blätter „den Kaiser der Legende" einfach abwiesen, glaubte das nationalliberale „Leipziger Tageblatt" am 7. März einer Bedrückung der Patrioten Ausdruck geben zu sollen durch die Bemerkung, die Rede des Kaisers enthalte, natürlich unbeabsichtigt, den Keim eines Konflikts in den Gemütern, indem sie die Frage habe anregen müssen, ob die Dankbarkeit für den Fürsten Bismarck in deutschen Herzen nicht sträflichen Raub an den gleichen Gefühlen

für Wilhelm I. bedeute; allein das deutsche Volk sei sich völlig klar darüber, daß der Ruhm des Einen dem des Anderen nichts zu nehmen vermöge; bestehen bleibe aber eine andere Gefahr: dadurch, daß dem Kaiser die jüngste Geschichte Deutschlands anders gelehrt worden zu sein scheine, als die Wissenschaft sie lehre, so viel anders, daß selbst die leidenschaftlichsten Hasser des Fürsten Bismarck es ängstlich vermieden, dem kaiserlichen Urteile beizutreten, fielen den Gegnern der monarchischen Autorität Waffen in die Hände; Kundgebungen dieser Art in einem fast als intim anzusehenden Kreise berührten, zumal im Falle ihrer halbamtlichen Veröffentlichung, das Gebiet ministerieller Verantwortlichkeit. Die demokratische „Frankfurter Zeitung" wünschte daher, daß solche Kundgebungen hinfort nicht mehr halbamtlich mitgeteilt werden möchten; bezüglich des „Sanges an Ägir" und des Bildes vom h. Michael sei es ja auch nicht geschehen. Dagegen trat am 18. März der Landrat v. Löbell als einer der Teilnehmer an jenem Diner öffentlich in Rathenow mit der Erklärung auf, daß solche Äußerungen des Markgrafen von Brandenburg die Politik wohl eigentlich nichts angingen; die Verdienste Bismarck's, Moltke's und Roon's, für die jetzt plötzlich auch die oppositionellen Blätter aufträten, seien vom Kaiser bei früheren Gelegenheiten in so überwältigender Weise anerkannt und gefeiert worden, daß man sich vergeblich unterfange, ihm Unterschätzung dessen vorzuwerfen, was in den Tafeln der Geschichte an erster Stelle glänze; als Ohrenzeuge bezeichne er es als Mißverständnis, daß in des Kaisers Äußerungen eine Herabsetzung der Verdienste jener Männer erblickt werde. Alles in allem konnte man sagen, daß diese zum Teil peinliche öffentliche Besprechung, die leider schwerlich zu vermeiden gewesen wäre, im ganzen den Charakter einer wohlwollenden Appellation an den besser zu unterrichtenden Kaiser trug.

Vor dem Ende dieser eifrigen Erörterungen begann die sog. Flottenfrage sich in den Vordergrund zu schieben. Die Beratung des schon oben erwähnten Marineetats begann in der Budgetkommission des Reichstages am 5. März, und zwar wandte man sich auf Wunsch Lieber's (Centr.) zunächst dem Etat der einmaligen Ausgaben zu, um den auf ihm lastenden allgemeinen Alp in irgend einer Weise zu beseitigen. Lieber wies auf das große Erstaunen hin, welches die Höhe dieses Etats und die damit zusammenhängenden

Anleiheforderungen von 57 Millionen Mark hervorgerufen hätten, und verlangte wegen der Forderung erheblicher Schiffsneubauten die Vorlegung einer in Aussicht gestellten Denkschrift, zumal da nichtamtliche Kundgebungen den neuen Etat, zur Beunruhigung der Bevölkerung, sogar nur als den Anfang uferloser Pläne erscheinen ließen. Hierauf legte der Staatssekretär Hollmann diese Denkschrift mit etwa folgender Begründung vor. „Wir müssen reinen Wein einschenken"; nicht um uferlose Pläne handele es sich, sondern um ganz bestimmte Absichten; alles, was für die nächsten Jahre werde gefordert werden, habe der Reichstag schon 1873 im Flottengründungsplane bewilligt. Redner schilderte alsdann das Alter und die Mängel der drei zu ersetzenden Panzerschiffe. Die Verwendung der Schiffe überhaupt hänge von der obersten Kriegsleitung ab, und diese sei der Meinung, daß Deutschland imstande sein müsse, auch zur See sehr stark zu kämpfen; die Kreuzer dienten nicht bloß dem überseeischen Dienste, sondern seien auch für die heimische Schlachtflotte ganz unentbehrlich, weil sie den Schlachtschiffen Seitendeckung gewähren müßten; allerdings sollten vom nächsten Jahre an sieben Kreuzer gebaut werden, dies genüge aber noch nicht, sondern es fehlten dann noch zehn Kreuzer erster bis vierter Klasse, fünf Avisos und einige Kanonenboote zum Gebrauch in den chinesischen Gewässern und in unseren Kolonien; auf den Ersatz des absterbenden Materials durch neues nicht hinzuweisen, würde ein Verbrechen gegen die Marine und das Reich sein; für den Küstenschutz brauchten wir gar keine Marine; aber wir müßten, um nicht zu verhungern, jede Blockade zur See verhindern; wie Frankreich sich eine starke Flotte baue, um eine Machtstellung in der Welt einzunehmen, so könnten auch wir eine solche Stellung nicht ohne eine starke Flotte behaupten; das Ansehen unserer Macht gehe zum Teufel, wenn wir nicht auch „in den exotischen Gewässern" den Daumen auf das Auge drücken könnten. „Was wir in der Entwicklung von Plänen vorzeigen, reicht nur bis 1900." Diese Äußerungen des Admirals Hollmann machten den größten Eindruck. Lieber glaubte, aus der Denkschrift folgern zu müssen, daß hiernach in diesem Jahre und in den nächsten Etatsjahren 328 Millionen für Schiffsneubauten zu bewilligen wären, wodurch die Schulden des Reiches sich um jährlich 100 Millionen vermehren würden, und Richter wünschte, daß der

Reichskanzler zur nächsten Sitzung „vorgeladen" würde, damit man erfahre, ob er und der Schatzsekretär von dieser Denkschrift Kenntnis gehabt hätten; der Plan von 1873 sei antiquiert und nur künstlich herangezogen als Unterlage für die neuen Forderungen; bisher sei vielmehr förmlich und feierlich festgestellt worden, daß bis zum Ende des Jahrhunderts für kein Panzerschiff, außer für „König Wilhelm", eine neue erste Rate zum Ersatz gefordert werden sollte. Die ganze Weiterberatung wurde infolge dieser Wendung ausgesetzt.

In der Presse wurde sogleich für und gegen die durch die Denkschrift der Marineverwaltung eröffneten Aussichten Partei ergriffen. Die „Freisinnige Ztg." rechnete aus, daß die Ausgaben für Militärzwecke in den letzten 23 Jahren sich um 409 Millionen vermehrt hätten, insbesondere die für die Marine von 21 Millionen im Jahre 1872 auf 91 Millionen im Jahre 1895—96 gestiegen seien und daß, der neuen Denkschrift zufolge, für die nächsten drei Jahre 328 371 000 M. für Schiffsneubauten in Ausgabe kommen sollten, insbesondere für jedes dieser Jahre 75, statt bisher 59 Millionen M., die Forderung neuer Steuern folge daraus von selbst. Hiergegen vernahm man Stimmen, welche darauf hinwiesen, daß der ähnliche, der großen Heeresvermehrung von 1893 gemachte Vorhalt, das deutsche Volk könne diese Lasten nicht tragen und würde wirtschaftlich ruinirt werden, sich nicht bestätigt habe, daß vielmehr gar keine neuen Steuern nötig geworden seien und die Finanzen des Reichs wie der Einzelstaaten sich sogar erheblich gebessert hätten. Dazu kam der Hinweis, daß die gegenwärtige schlimme Zuspitzung der Orientfrage eine starke Mahnung enthalte. Auch wurden die Ausführungen des englischen Wochenblattes „Spectator", wie schlimm es dem deutschen Reiche in einem Kriege mit England gehen würde, verwendet; dabei ging man nun aber viel zu weit und setzte sich der Bemerkung der Gegner aus: Da sehe man, wo hinaus es mit den Flottenplänen wolle, Deutschland solle neben seinem großen Landheere eine der englischen ebenbürtige Marine bauen und unterhalten. Auf Seiten der gemäßigten Parteien wurde der Marineverwaltung vollständig darin Recht gegeben, daß die bescheidenen maschinellen Einrichtungen der hölzernen, gepanzerten Schiffe von 1873 nicht im entferntesten in Vergleich gestellt werden könnten mit den Anforderungen, welche der großartige Aufschwung der Technik an die heutigen Stahlschiffe

stelle, und daß ferner der Schutz der Nord- und Ostseeküsten auf der hohen See liege.

Als die Budgetkommission des Reichstages ihre Beratung des Marineetats am 8. März fortsetzte, wandte sich der Berichterstatter Lieber (Centr.) gegen die neue Denkschrift; er bestritt die Behauptung, daß alles, was jetzt gefordert werde, schon früher bewilligt worden sei, und hob hervor, daß die Ansichten über den Wert der einzelnen Marineeinrichtungen erheblich geschwankt hätten; früher seien die Kreuzer Selbstzweck für den überseeischen Dienst gewesen, heute sehe man sie als Hilfsschiffe für die Panzer an; derartigen Wandlungen in den Anschauungen könne der Reichstag nicht folgen; auffallend wäre ferner, daß der jetzige Staatssekretär in seiner Meinung über die Bedeutung der Küstenverteidigung von der seiner Vorgänger gänzlich abweiche; zudem befinde sich die ganze neue Denkschrift in größtem Widerspruch mit der vorjährigen Sachlage und Auffassung. Redner schloß mit der Frage, was der Reichskanzler zu den neuen Marineforderungen sage. Fürst zu Hohenlohe verlas hierauf eine Erklärung, in der es hieß, das in voriger Sitzung übergebene Schriftstück solle weder eine neue Regierungsvorlage noch eine Denkschrift zum vorliegenden Etatsentwurf wie etwa die über den Flottengründungsplan von 1873 darstellen, sondern sie trage nur einen informatorischen Charakter, und zwar solle damit der rechnungsmäßige Schiffbestand nach dem Plane von 1873 und seinen Ergänzungen nachgewiesen werden gegenüber dem jetzigen thatsächlichen Schiffbestande; ferner solle damit der Nachweis erbracht werden, welche Mittel für den Zeitabschnitt in Anspruch zu nehmen seien, welcher zur Vollendung der im vorliegenden Etatsentwurf beantragten Schiffsneubauten erforderlich sei; unabweislich sei die Aufgabe des Reiches, nach Maßgabe der in jenem Schriftstücke enthaltenen thatsächlichen Angaben eine den Bedürfnissen der Landesverteidigung, den Anforderungen des auswärtigen Dienstes und dem Schutze des deutschen Handels genügende Flotte zu schaffen und zu erhalten; wann und in welchem Umfange die Zustimmung des Reichstags nachgesucht und erteilt werde, müsse sich selbstverständlich nach der gesamten Finanzlage richten.

Staatssekretär Hollmann ergänzte sodann seine neulichen Darlegungen durch eine Tabelle über den Marineetat, die Bevölkerungs-

zahl und die Küstenausdehnung von Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn, Großbritannien, Frankreich, Rußland und Nordamerika; daran knüpfte er folgende Bemerkungen: Das Schwergewicht liege in der Notwendigkeit, das jetzige Material aufzufrischen; gehe es so fort wie bisher, so löse sich die Marine ganz von selbst auf; von „uferlosen Plänen" könne vielleicht einmal nach etwa 10 Jahren die Rede sein, jetzt handele es sich nur um Erhaltung des bisher Geschaffenen; leider lägen infolge von Abstrichen, die der Reichstag vorgenommen, große Versäumnisse vor, die sich nun rächten und wieder gut gemacht werden müßten; hinsichtlich der Armierung hätten die Ansichten der maßgebenden Personen über die militärische Bedeutung der einzelnen Typen wechseln müssen; wir ständen eben nicht allein in der Welt und müßten auch dem Rechnung tragen, was an Marine-Erfahrungen überall gesammelt wird; die Verwaltung könne nichts für die geradezu entsetzlichen Fortschritte der Technik, die man nicht aufhalten könne, sondern denen man trotz aller Kosten folgen müsse. Dagegen machte Richter (freis. Vp.) geltend, Deutschland habe seit einigen Jahren das $1^1/_2$fache von dem geleistet, was unsere Verbündeten, Österreich-Ungarn und Italien, aufgebracht; die Anschauungen des Admirals Hollmann seien die eines Generals, nicht die eines Staatsmannes, und durch die Erklärung des Reichskanzlers sei man nicht klüger geworden; bedauerlich sei, daß die wirklich maßgebenden Personen nicht vor dem Reichstage erschienen; die Zerfahrenheit und Planlosigkeit in den regierenden Kreisen sei groß. Hammacher (nat.-lib.) erkannte zwar die Schwierigkeiten der Finanzlage an, meinte jedoch, diese Bedenken müßten schweigen, wenn das Interesse der Landesverteidigung es verlange; die Ausführungen des Admirals Hollmann machten den Eindruck tiefster Überzeugung und hätten im Volke das Märchen von den uferlosen Plänen beseitigt; Hollmann habe dankenswerter Weise mit offenen Karten gespielt, von Vertuschen könne nicht mehr die Rede sein. Graf Holstein (kons.) verlas den Artikel des englischen „Spectator", der sich über unsere Kreuzerflotte lustig machte, und meinte, in einem Kriege mit England würde unsere Kriegs- wie Handelsflotte bald vernichtet sein. Lieber (Centr.) legte den Artikeln englischer Blätter keine Bedeutung bei und führte aus, die fortdauernden Ausgaben für die Marine seien seit 23 Jahren um 130, die einmaligen um 323% gestiegen, und an

der gesamten Reichsanleihe sei die Flotte mit 13,38% beteiligt. Wie lange könne das noch fortgehen, wie lange würde man uns für unproduktive Zwecke noch Kredit geben? „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende!" Alle nationalen Redensarten seien hier wertlos, die wahre Vaterlandsliebe liege gerade im Maßhalten.

Zwar sprach sich am 12. März die Budgetkommission für Bewilligung des verlangten Panzerschiffes aus; um so größeren Widerstand setzte aber der Vertreter des Centrums, Lieber, der Bewilligung der ersten Raten von je einer Million für zwei Kreuzer zweiter Klasse entgegen. Admiral Hollmann that sein Äußerstes, um sie durchzusetzen: mit Zahlen, sagte er, suche man dem friedlichen Staatsbürger Grusel zu bereiten, wobei verschwiegen werde, auf wie viele Jahre die Summe berechnet sei; das Reich würde die Kreuzer, wenn sie abgelehnt würden, im auswärtigen Dienste sehr vermissen; die in Ostasien müßten wegen Ausbesserungsbedürftigkeit zurückberufen werden; zu Paraden würden die Schiffe nicht vergeudet, der kommandierende General sehe wegen Mangels an Aufklärungsschiffen seine gänzliche Ohnmacht ein, und es werde der Tag kommen, an dem man die Ablehnung der Kreuzer sehr bedauern werde. Gleichwohl wurden sie und der Aviso „Ersatz Falke" abgelehnt, und nur der Ersatz für „Hyäne" und „Iltis" genehmigt.

Während dieser Verhandlungen und nach ihnen summte es aufs neue in der Presse wie in einem Bienenkorbe. Alles rechts Stehende war für die Flottensache, Centrum, Freisinnige und Sozialdemokratie dagegen. Die Widersacher ließen sich am lautesten vernehmen. Da wurde vor allem Front gemacht gegen die Absicht, Deutschland zu einer ersten Seemacht wie Frankreich zu erheben und gegen die Vorstellung, daß unser Ansehen zum Teufel gehen werde, wenn wir z. B. nicht dem japanischen Reiche mit einer großen Flotte imponieren könnten. In der Centrumspresse hieß es, die Centrumswähler würden an ihren Abgeordneten gänzlich irre werden, wenn sie auch nur annähernd vollständig die Marineforderungen bewilligten; auch sei es schwer, zu glauben, daß der Kaiser solchen Plänen die Zustimmung gegeben hätte, wenn seine Berater ihn über die notwendige Rückwirkung auf den Steuerbedarf völlig aufgeklärt hätten. Auf demokratischer Seite hörte man, das, was bis zum Ende des Jahrhunderts für die Flotte gefordert werde, übersteige bereits so sehr

alles besonnene Maß, daß wirklich von einer Uferlosigkeit gesprochen werden müsse; Deutschland bilde seiner ganzen Lage nach eine Landmacht, und Fürst Bismarck habe vor einem Wirtschaften auf Prestige gewarnt; die Einmischung in alle möglichen Streitigkeiten würde dem deutschen Handel nur zum Schaden gereichen, die in den „Grenzboten" verlangte deutsche Besitzergreifung Syriens gebe bereits einen Vorgeschmack, auf welche Klippen man mit diesem Weltmachtstreben zusteuere. In Verbindung mit diesen Betrachtungen pflegte die Anschauung hervorzutreten, daß innerhalb der Regierung die nötige Einheit fehle; die „Frankf. Ztg." vom 10. März meinte sogar, die unverantwortlichen Stellen gingen einfach über die verantwortlichen hinweg, und die „Vossische Ztg." vom 11. März wünschte, daß das deutsche Volk nicht „unablässig durch sensationelle Überraschungen" beunruhigt werden möchte; nach Ansicht des katholischen „Westfäl. Merkur" in Münster zeigte es sich jetzt „mit erschreckender Deutlichkeit, wie innerhalb der Regierung der Widerstand gegen die riesigen Gelüste der Marineschwärmer vollständig in die Brüche gegangen" sei. Zwischen den Freunden und den Gegnern der Vorlage standen Einige, welche wohl mit sich reden lassen wollten, wenn der Handel vorzugsweise zu den Kosten herangezogen, z. B. allen Seeschiffen im überseeischen Handel eine nach dem Tonnengehalt umzulegende Steuer aufgebürdet würde, denn dies sei recht und billig. Die Freunde der Etatsforderung zeigten sich befriedigt, daß die Regierung endlich klar zum Gefecht gemacht habe und den Reichstag zwinge, vor der Nation offen und frei zu bekennen, ob er die Bedeutung einer Flotte für Deutschlands Zukunft begreife oder nicht; der Handel, hieß es hier, hat den größten Aufschwung genommen, kann sich aber auf dem Weltmarkte nur halten, wenn er geschützt wird; die Flottenfrage sei als Parole für die nächsten Reichstagswahlen zu begrüßen; die über See auswandernden Deutschen dürften uns nicht verloren gehen, sondern müßten durch feste Bande an das Mutterland gekettet werden; immer noch pflegten sie schüchtern und behutsam aufzutreten, weil sie der Zuversicht auf genügenden Schutz von der Heimat aus entbehrten. Die „Köln. Ztg." sprach sich voll Dankbarkeit darüber aus, daß Admiral Hollmann die Hoffnungen derjenigen Kolonialkreise zerstört habe, deren Pläne auf eine deutsche Seeherrschaft in fernen Meeren gingen; lehne der Reichstag die

Ersatzbauten für abgängige Schiffe ab, so gebe er klar zu verstehen, daß er die Marine unter den Rang herabdrücken wolle, den sie nach dem alten Flottenplan einnehmen solle. Infolge der Kommissionsbeschlüsse bat Admiral Hollmann um Entlassung vom Amte eines Staatssekretärs des Reichsmarineamts.

Die Beratung des Marineetats im Plenum des Reichstags begann am 18. März damit, daß der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe gegenüber dem Widerstreite der Meinungen noch einmal die allgemeinen Gesichtspunkte zusammenfaßte, aus denen jene Forderungen für die Marine erhoben worden seien. Ernsthafte Politiker, sagte er, würden unzweifelhaft die Zeit nicht zurückwünschen, in der es keine deutsche Flotte gab; sie sei das Ergebnis der politischen Entwicklung Deutschlands, das vermöge seines in der Welt errungenen Ansehns gewissermaßen ohne eigenes weiteres Zuthun den anderen Großmächten gegenüber in die Stellung eingerückt sei, die, einmal erworben, ohne Gefährdung der Lebensinteressen der Nation nicht wieder aufgegeben werden könne. Die Forderungen für die Marine müßten von dem Standpunkte beurteilt werden, daß Macht und Ansehen eine Vorbedingung bilde, um für die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes eine sichere und ungestörte Grundlage zu schaffen. Wir müßten nun der Thatsache Rechnung tragen, daß die deutsche Industrie seit 1879 einen außerordentlich starken Aufschwung erfahren habe; es müsse die Möglichkeit der Ausfuhr auf friedlichem Wege gesichert und es müsse Vorsorge getroffen werden, daß es niemand als leichte Aufgabe zu betrachten vermöge, die freie Fahrt auf unseren Meeren und in unseren Häfen zu stören. Daraus folge die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Flotte, zumal im Hinblick auf die deutschen Kolonien. Der Begriff einer solchen Flotte könne, der Natur der Sache nach, kein ganz feststehender sein. Wie die Finanzlage sich darstelle, gingen die Forderungen keineswegs über die Kräfte des Reiches hinaus. Diesen Erklärungen des Reichskanzlers fügte der Staatssekretär v. Marschall längere Auseinandersetzungen hinzu. Im Lande, sagte er, tobe ein Streit über die Marine, der mit persönlicher Bitterkeit geführt werde, als ob es sich darum handele, zwischen den Parteien und den Gruppen der Bevölkerung eine unüberbrückbare Kluft zu schaffen. Dem gegenüber wolle er nachweisen, daß es zwischen den uferlosen Plänen und dem praktischen

Bedürfnisse eine breite Mittelstraße gebe, welche zu wandeln die Kommission nicht verstanden habe. Der Popanz einer Weltpolitik sei erfunden, um Schrecken zu erregen, allein „bange machen gilt nicht!" Niemand werde imstande sein, unsere Politik auf die Bahn von Abenteuern zu führen, aber fordern müsse man, daß das deutsche Schwert zu Wasser und zu Lande scharf und schneidig sei, um jederzeit deutsches Recht und Interesse zu schützen. 1873 sei der Bau von 32 Kreuzern in Aussicht genommen, jetzt aber würden wir nach Vollendung aller Ersatzbauten bloß 22 Kreuzer besitzen; das Bedürfnis des Schutzes der Deutschen im Auslande sei gestiegen, aus Mangel an Schiffen könnten wir ihn jedoch nur in geringem Maße angedeihen lassen; die Ausfuhr nach überseeischen Plätzen habe sich auf hunderte von Millionen erhoben, und die Regierung sei zu der Erkenntnis gelangt, daß die Auswanderung in solche Bahnen gelenkt werden müsse, daß der Deutsche im Auslande dem Deutschtum erhalten bleibe. Heute hätten wir jedoch nur 15 fertige Kreuzer; dadurch müsse ein unhaltbares Mißverhältnis entstehen. Im vorigen Jahre habe der Reichstag beigetragen, diesen Rückgang aufzuhalten, der Beschluß der jetzigen Kommission aber reiße eine neue Lücke; sie wolle mit dem Umbau von Kreuzern ein Jahr lang pausieren, aber der auswärtige Dienst könne nicht pausieren, in Ostasien und vor Kreta habe das Auswärtige Amt mit dem Mangel an Kriegsschiffen zu kämpfen gehabt. Als dritter Vertreter der Regierungen wiederholte der Staatssekretär Hollmann seine schon in der Kommission gemachten Ausführungen.

Von den Abgeordneten ergriff zunächst v. Kardorff (Reichsp.) das Wort, um das Ausreichende der Finanzlage hervorzuheben, wogegen Müller aus Fulda versicherte, das Centrum werde nur das zum Ersatz alter oder untergegangener Schiffe Erforderliche bewilligen; bei weiterem Nachgeben würde bald die Forderung für Kreuzer zweiter Klasse folgen; wo keine deutschen Kriegsschiffe sich sehen ließen, blühe der deutsche Außenhandel am besten. Am zweiten Verhandlungstage suchte der Staatssekretär Graf Posadowsky darzulegen, daß hinsichtlich der Finanzlage jeder Abgeordnete es auf sein Gewissen nehmen könne, für die Forderungen zu stimmen. Dagegen wandte sich v. Vollmar (soz.-dem.) gerade aus finanziellen Gründen wider die Vorlage; außerdem behauptete er, der Reichskanzler habe

vor dem Einbringen der Denkschrift nichts von ihr gewußt, und er wunderte sich, daß man nicht offen sage, alles das sei der Wunsch des Kaisers; der Schutz der Deutschen im Auslande bilde offenbar nur Vorspann für eine Weltpolitik; unfähig sei eine Diplomatie, die nur dann vorzugehen vermöge, wenn sie die Kanonen hinter sich wisse; man scheine mit Konflikt zu drohen. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe versicherte hierauf, er habe die bewußte Denkschrift vorher gekannt und ihr zugestimmt, der konstitutionelle Grundsatz sei mithin keineswegs durchbrochen. Für die Nationalliberalen erklärte v. Bennigsen, sie wollten mit ihrer Zustimmung keine Verpflichtung für weitere Forderungen in den nächsten Jahren übernehmen und gingen von der Voraussetzung aus, daß es sich nicht um Schaffung einer Marine ersten Ranges handele. Das Ansehen des Reichstags sei übrigens im Rückgange und nur dadurch aufrecht zu erhalten, daß die großen Parteien wieder, wie in früheren wichtigen Momenten, den Vorurteilen der Menge entgegenträten. Richter (freis. Vp.) wiederholte im wesentlichen seine schon in der Kommission erhobenen Einwände und meinte, wir könnten doch nicht an jedem Punkte der Erde Schiffe haben, um irgendwen in Grund zu bohren; „man" glaube, überall dabei sein zu müssen, wo irgend etwas los sei, die Zweckbestimmung der Kreuzer sei nun schon dreimal geändert. Diese Bemerkungen veranlaßten den Staatssekretär v. Marschall zu der Bemerkung, wenn wir nicht mehr unsere Interessen in kritischen Fragen, z. B. in Transvaal, schützen dürften, dann könnten wir unsere Kriegsflotte und auswärtige Politik ruhig an den Nagel hängen. v. Plötz, erklärte, die Minderheit der Konservativen, welche im vorigen Jahre gegen die Marineforderungen gestimmt habe, werde jetzt für die neuen Forderungen eintreten, ein Zeichen, daß sie nicht eine Politik der Rache gegen diejenigen treibe, welche die Schuld an dem durch die Handelsverträge eingetretenen Niedergange trügen. Bei der Fortsetzung der Verhandlung am 20. März trat Barth (freis. Ver.) für die Forderungen auf, da es sich doch nur um Bewilligung in diesem oder im nächsten Jahre handele. Staatssekretär Hollmann wies dem Abg. Richter gegenüber darauf hin, daß die Handelswelt bezeugen könne, wie schon sehr oft das Erscheinen eines Kreuzers ihr großen Nutzen gebracht habe. v. Stumm (kons.) verglich das Verhalten der Gegner mit dem Verkaufe der

früheren deutschen Flotte durch Hannibal Fischer; die jetzigen größeren Kosten könnten viel leichter getragen werden, als 1873 die geringeren; das eine Schiff sei im Interesse des Weltfriedens nach Kreta geschickt, es sei aber unser letztes, das hierfür verfügbar gewesen, sodaß, falls es Havarie leiden sollte, wir uns eine unglaubliche Blamage zuziehen würden. Bachem (Centr.) hielt es für an der Zeit, den hochfliegenden Marineplänen ein Ende zu machen, denn mit der Steigerung der indirekten Steuern wären wir am Ende; wenn wir aber alles auf Anleihen nähmen, wäre das nicht ein Frevel an unseren Söhnen und Enkeln?

Die Verhandlung endete damit, daß in der That, den Kommissionsvorschlägen entsprechend, zwar der Panzer-Ersatz „König Wilhelm" genehmigt wurde, und zwar mit 245 Stimmen gegen 91 Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten, Polen, Elsässer und süddeutschen Volkspartei, dagegen der Kreuzer O mit 204 gegen 143 Stimmen der Konservativen, der Reichspartei, der Nationalliberalen, der Reformpartei und eines Teiles der freisinnigen Vereinigung, der Kreuzer P sowie der Aviso „Falke" in einfacher Abstimmung abgelehnt, auch die ersten Raten für die Torpedoboote sowie bei den 4 zweiten Schiffsbauraten je eine Million gestrichen wurden.

Dieser Ausgang einer der wichtigsten Reichsangelegenheiten rief das größte Aufsehen hervor. Solange die weiteren Flottenpläne noch nicht erkennbar waren und ihre sog. Uferlosigkeit noch wie drohend vorschwebte, mochten auch die Freunde der jetzigen Forderungen weniger zahlreich gewesen sein; aber nach den klaren und beruhigenden Darlegungen der berufensten Sachverständigen und der Vertreter des Bundesrats hatte sich in der Bevölkerung die Stimmung erheblich zu gunsten der Vorlage gewandt; nur im Parlamente selbst war sie nicht hinreichend vorgedrungen. Da doch feststand, daß der Reichstag nicht die Absicht hatte, eine Verkümmerung in der schon ohnehin langsamen Entwickelung dieses Zweigs der nationalen Wehrkraft herbeizuführen, so fragte man wohl, welcher Beweggrund denn eigentlich die Entscheidung beherrscht habe. Und da hieß es auf einer Seite, kleinliche Rechthaberei und tendenziöse Fraktionspolitik sei bestimmend gewesen; viele indes meinten, es handele sich um eine Machtfrage, indem Mißstimmung über verschiedene andere Angelegenheiten zu dem

Bestreben geführt hätten, eine Krisis in der Regierung hervorzurufen. In der demokratischen Presse war allerdings eine gewisse Befriedigung über die Möglichkeit eines „Konflikts" nicht zu verkennen, und das Entlassungsgesuch des Admirals Hollmann wurde bereits als ein Zugeständnis an das konstitutionelle Prinzip angesehen. Um so stärker und öfter vernahm man dagegen dringende Warnungen vor einem schwächlichen Zurückweichen der Regierung, der Reichstag müsse aufgelöst und nötigenfalls nochmals aufgelöst werden, wobei die Presse einer gewissen Richtung es sich nicht entgehen ließ, auf das frühere angebliche schwache Zurückweichen der preußischen Regierung in der Schulgesetzfrage als auf ein mahnendes Beispiel hinzuweisen. Der Budgetkommission wurde es wohl zum Vorwurf gemacht, der steten Betonung der schlechten Finanzlage nicht entschiedener entgegengetreten zu sein; habe doch selbst der freisinnige Rechenkünstler Richter festgestellt, die finanziellen Ergebnisse des Jahres 1896—97 bestünden darin, daß den Einzelstaaten 15 Millionen über die Matrikularbeiträge herausgezahlt, Anleihekredite nicht in Anspruch genommen, 24 Millionen zur Schuldentilgung erübrigt und auf die folgenden Jahre wenigstens $21\frac{1}{2}$ Millionen M. Überschuß übertragen werden würden. In der That stellte sich schon Ende Mai heraus, daß dieses Jahr mit 100 Millionen Überschuß abschließe. Die „Vossische Ztg." blieb jedoch dabei, es handele sich nur um das Geld; Deutschland sei schon jetzt genötigt, jeden Nerv anzustrengen, um das Landheer in gehörigem Zustand zu erhalten; da sei es unmöglich, für die Flotte gleiche Anstrengungen zu machen. Gegner des Centrums versicherten, es würde, und wenn der Reichskanzler samt den Staatssekretären mit Engelzungen geredet hätten, starr bei der Ablehnung verblieben sein aus Rücksicht auf die aus anderen Gründen verstimmten Wähler in Rheinland, Westfalen und dem Süden sowie auf das nahe Ende der Legislaturperiode; das Centrum habe eben seinen Ruf als Volkspartei nicht einbüßen mögen, in den Reden seiner Führer und in den Auslassungen seiner Presse suche man vergeblich etwas vom Gefühl der Verantwortlichkeit, man spiele die Entschiedenen, denen die Zukunft keine Sorge mache und beliebe, die Freunde der Flottenverstärkung als Hurrahpolitiker u. dergl. hinzustellen. Endlich spielte in diese Betrachtungen der Presse die Erzählung hinein, ein Abgeordneter habe vor der Abstimmung seinen

Kollegen die Folgen der Ablehnung der Kreuzer mit den schwärzesten Farben ausgemalt und gerade dadurch ungünstig eingewirkt. Die „Magdeb. Ztg." meldete hierüber des näheren, Freiherr v. Stumm sei es gewesen, der am 17. März im Reichstagsgebäude erzählt habe, der Kaiser habe bei einem Spaziergange im Tiergarten ihn beauftragt, im Reichstage zu verbreiten, er hätte geäußert „Wenn mir der Reichstag meine Schiffe nicht bewilligt, giebt es einen Kladderadatsch, wie er noch nicht da war". Dieselbe Mitteilung verbreitete das „Berliner Tageblatt", und zwar mit dem Zusatze, v. Stumm habe hinzugefügt, alle Minister würden die Kosten einer Ablehnung der Marinevorlage mit ihren Portefeuilles zu bezahlen haben. Das Blatt selbst fügte hinzu, in solchen Äußerungen würde „ein Rückfall in die Anschauungen aus der Zeit Ludwigs XIV. liegen". Die „Vossische Ztg." erging sich in langen Ausführungen über die Bedauerlichkeit einer solchen Einwirkung, wie die v. Stumm's, auf parlamentarische Kreise, und fragte, wohin man kommen sollte, wenn der Anschein eines persönlichen Gegensatzes zwischen dem Träger der Krone und dem Parlamente bei Reichstagswahlen die politische Erörterung beherrschen würde. In der „Post" wurde endlich zugegeben, daß v. Stumm seinen politischen Freunden Äußerungen des Kaisers über die Marinefrage mitgeteilt habe, unwahr sei aber die Darstellung des „Berl. Tageblatts". Wie nun auch die durch Herrn v. Stumm mitgeteilten Äußerungen gelautet haben möchten, sagte nunmehr am 20. März die „Nat.-Ztg.", so habe doch dieser Vorgang so ungünstig eingewirkt, daß es Herrn v. Stumm zuzuschreiben wäre, wenn die etwa vorhanden gewesenen Aussichten auf eine Verständigung sich weiter vermindert hätten; dieser Herr habe in den letzten Jahren schon so großen Schaden durch seine Berufung auf angebliche Äußerungen des Kaisers angestiftet, daß er sich doch endlich entschließen möchte, seine Zunge besser zu hüten. Übrigens wurde der Grund der Entscheidung des Reichstags auch auf Seiten einiger Flottenfreunde in Verstimmungen erblickt. In dem nationalliberalen „Leipziger Tageblatt" z. B. hieß es, in der letzten Zeit habe sich, während noch vor vier Wochen die Aussichten der Marineforderung keineswegs ungünstig geschienen hätten, in weiten Volkskreisen eine gewisse allgemeine Mißstimmung geltend gemacht, die sodann von den Gegnern jener Forderungen für ihre Zwecke erfolg-

reich ausgenutzt worden sei. Den ersten Anlaß hätten Äußerungen bei obigem Diner des Ministers v. Miquel gegeben; da sie jedoch nicht mit Bestimmtheit als richtig hätten festgestellt werden können, würde die Mißstimmung darüber rasch verwischt worden sein, wenn nicht bald darauf die Rede an die Mitglieder des brandenburgischen Landtags gefolgt wäre; es gelte, „einen stillen, aber sich mehr und mehr vertiefenden Gegensatz zwischen dem Träger der Kaiserkrone und einem namhaften Teile des Volkes zu beseitigen"; der Ausgleich könne nur durch offene Aussprache erfolgen, die der Kaiser ja liebe. Gesetzt, diese Auffassungen wären begründet, so würden sie doch gerade den Beweis unsachlicher Beweggründe für die Entscheidung des Reichstags enthalten.

Außer dem seltsamen Flottenvorspiel gingen während des März der kaiserlichen Hundertjahrfeier fernerhin einige bemerkenswertere parlamentarische Vorgänge voraus. Am 11. März beschloß der Reichstag auf Antrag von Lenzmann (freis. Ver.) ein Ersuchen an die Regierungen um baldigste Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andererseits reichsgesetzlich geregelt werden. Das Ersuchen dürfte aber wohl aussichtslos sein, weil die Verhältnisse des Gesindes sich je nach dem landschaftlichen und dem Volkscharakter in Deutschland so verschiedenartig entwickelt haben und auf so vielen von einander abweichenden Eigentümlichkeiten des Gewohnheitsrechts wie der Stammesnatur beruhen, daß sie sich schwerlich in gedeihlicher Weise über einen Kamm werden scheeren lassen. Auch schien eine Übertragung des Gewerberechts auf ein dem Rechte der Familie und des Hauswesens angehörendes Gebiet viele Gegner zu finden, welche davon nur eine weitere Erschütterung des Ansehns der Herrschaft über das Gesinde erwarten zu müssen glaubten. Dagegen erhoben sich Stimmen für eine Regelung des Gesinderechts im Wege der einzelstaatlichen Gesetzgebung.

Am 7. März ließ der Bundesrat an den Reichstag einen Gesetzentwurf gelangen über die Errichtung einer Gedenkhalle zu Ehren der im Feldzuge gefallenen oder schwer verwundeten deutschen Krieger. Die Halle sollte in Berlin errichtet, und zur Ausarbeitung eines Bauplans sowie für sonstige Vorarbeiten sollte eine Summe

von 50000 Mark zur Verfügung gestellt werden. In der Begründung der Vorlage war von der bevorstehenden Hundertjahrfeier Kaiser Wilhelm's I. ausgegangen, welche die der Gründung des Reichs vorangegangenen großen Ereignisse lebhaft ins Gedächtnis rufe. Da gezieme es sich und entspreche es dem hehren Sinne des für das Heer väterlich besorgt gewesenen verstorbenen Kaisers, das Andenken an die für Deutschlands Wiedergeburt in den Tod gegangenen Krieger durch ein unvergängliches Zeichen zu ehren. Zu diesem Zwecke solle, nach dem Wunsche des Kaisers, in Gestalt eines monumentalen Bauwerks eine Halle errichtet werden, in deren Innern die Namen der im Feldzuge von 1870—71 gebliebenen sowie der infolge der dort erhaltenen Wunden verschiedenen oder dauerndem Siechtum verfallenen Krieger verzeichnet werden sollten. Das Bauwerk selbst würde etwa zwei Millionen Mark kosten. Gleichzeitig empfahl die „Nordd. Allg. Ztg." die Anlegung eines solchen, wie sie sagte, architektonischen Namensbuchs in künstlerischem Zusammenhang mit der Umgebung, namentlich mit anderen Denkmälern, „die sich auf die Großthaten unserer Väter und der noch lebenden Generation beziehen". Die „Köln. Ztg." ergänzte am 9. März die Mitteilungen, indem sie sagte, es sei in Aussicht genommen, das Halbrund zwischen dem Brandenburger Thor und dem Tiergarten mit schönen Bogenhallen einzufassen, in deren Innern die Tafeln mit den Namen aller Gefallenen aufgestellt werden würden.

In der sogleich an alle diese Angaben sich knüpfenden öffentlichen Besprechung trat zwar die Bereitwilligkeit zur Erfüllung eines Wunsches des Reichsoberhaupts hervor, und es wurde dessen pietätvoller Gedanke dankbar anerkannt; der Vorschlag selbst begegnete aber auf allen Seiten, mit seltener Übereinstimmung der Parteien, einer vollständigen Abneigung. Man hob hervor, es würde sich um die Verzeichnung von 130- bis 150000 Namen nebst Truppenteil handeln, denn zu dem vom Grafen Moltke in seiner Geschichte des deutsch-französischen Kriegs angegebenen Verluste von 6247 Offizieren und 123453 Mann würden billiger Weise auch noch die Namen aller kommen müssen, die, ohne verwundet zu sein, den Strapazen des Feldzugs zum Opfer gefallen sind; die Halle im Berliner Invalidenpark, welche die Invalidensäule umgiebt, und an deren Innenseite die Namen aller 1848—49 gefallenen Krieger verzeichnet sind, biete nur

ein abschreckendes Beispiel. Richtiger sei es wohl, die Namen der Gefallenen an ihren Geburtsorten oder da wo sie gedient hatten, zu verzeichnen, wie das auch bisher allgemein üblich gewesen, indem die Zahl der Kriegerdenkmale, selbst an zahlreichen kleinen Orten, bereits übergroß sei, wogegen die Vereinigung aller Namen an einem Orte nicht nur künstlerisch unschön erscheinen, sondern auch praktisch unzweckmäßig wirken würde, weil bei einer solchen Menge unmöglich sich jemand zurecht finden könne. Ferner hielt man es nicht für geschmackvoll, dem aus jenem Thore Schreitenden durch eine ausgedehnte architektonische Anlage den schönen Einblick in den hier beginnenden ausgedehnten Park zu entziehen. Statt eines neuen toten Denkmals wäre es wohl richtiger, den Hinterbliebenen die 2 Millionen zuzuwenden. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, welchen verwirrenden, geradezu abschreckenden Eindruck die enormen Felder mit Massen aufmarschierender Schriftzeichen machen würden; es wäre eine Leichenhalle an einer von Berlins schönsten Stätten und ein riesiges Adreßbuch oder eine von Kleinschrift angefüllte große Zeitung auf Stein; weihevoll wirkten solche Tafeln nur an den Sockeln der Denkmäler; der Plan sei zu plötzlich hervorgetreten, besser hätte zuvor mit den Volksvertretern vertrauliche Fühlung genommen, es hätten sachkundige Männer mit künstlerischem Urteil herangezogen werden sollen. Als die Vorlage am 12. März im Reichstag zur ersten Beratung stand, hatte man den Eindruck, daß überhaupt nichts Neues mehr darüber zu sagen und daß sie durch die stattgehabte öffentliche Besprechung bereits hinlänglich abgethan sei. Zur Sache ergriff denn auch nur der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe das Wort, um festzustellen, daß hier zwei Anschauungen, eine praktische und eine ideale sich gegenüber ständen, und um die Meinung zu vertreten, daß die den verdienstvollen Streitern in ihrer Heimat bereits gesetzten Denkmäler nicht genügten, sondern eine Zusammenfassung ihrer Namen in der Hauptstadt nötig sei. Wie es schien, wurde aus Höflichkeit und im Hinblick auf die nahe Hundertjahrfeier die Vorlage nicht ohne weiteres abgelehnt, sondern ihr durch Verweisung an eine Kommission ein stilles Begräbnis bereitet, nachdem aus dem Reichstag niemand für sie aufgetreten war. In der Presse wurden ihr auch jetzt noch einige kräftige Worte nachgeschleudert; Provinzialblätter erklärten, Berlin brauche nicht auf Kosten des Reichs um ein

neues Bauwerk bereichert zu werden; andere hielten die Höhe des Kyffhäuser für die richtige Stelle; wieder andere sagten, die Auswahl der Namen würde eine kaum zu bewältigende Arbeit gewesen sein, denn die Grenzlinie zwischen leichter und schwerer Verwundung sei fließend, wie denn auch nicht festzustellen sei, ob ein Krieger seit dem Friedensschluß infolge von Verwundung oder aus anderen Ursachen verstorben sei. Es wurde im einzelnen ausgerechnet, daß 1112 Tafeln von 4 m Höhe und 1 m Breite nötig gewesen sein würden. Anstatt des steinernen Albums sei immer noch ein Denkmal des eisernen Kanzlers in Berlin zu vermissen, obwohl längst ein Komitee und alle Mittel dafür vorhanden, auch zahlreiche Entwürfe ausgestellt gewesen seien, und selbst jetzt wolle die Arbeit nicht fortschreiten, wo doch gerade aus den Briefen des ersten Kaisers die Worte bekannt geworden, in denen er von dem Adler gesprochen habe, den der Kanzler neu geschaffen, und in denen er bewegt die Pläne gepriesen, die ihm „der Genius seiner schöpferischen Kraft" eingegeben habe.

Ein wichtiger Punkt der Sozialpolitik, die am 4. März v. J. vom Bundesrate erlassene Verordnung über die Bäckereien, wurde am 17. März im Reichstage zur Sprache gebracht. Die infolge derselben entstandenen Mißstände sollten so erheblich sein, daß v. Manteuffel, v. Kardorff und v. Stumm ein Ersuchen um Änderung beantragten. Die Konservativen wären, wie Graf Stolberg ausführte, am liebsten für Beseitigung der Verordnung, würden sich jedoch mit einer Beschränkung auf die großen Betriebe in den Städten begnügen. Aus dem hierauf vom Staatssekretär v. Boetticher mitgeteilten Ergebnisse der von einer besonderen Reichskommission angestellten Prüfung ging allerdings hervor, daß für einige Bezirke Bayerns und Thüringens sowie für Hamburg schwere Schädigungen eingetreten seien; da aber die Regierungen von Preußen, Bayern, Württemberg, Hessen, Braunschweig und einigen Kleinstaaten noch kein Urteil hätten abgeben können, andere sich gegen sofortige Änderung ausgesprochen, auch die Mehrzahl der preußischen Regierungspräsidenten die vollständige Bewährung der Verordnung anerkannt hätte, so halte der Bundesrat jegliche Änderung für zu früh. Gleichwohl waren manche Redner für Aufhebung der Verordnung; der Nachweis der Nachteile in der Hälfte oder einem Drittel der Betriebe genüge dazu. Vielhaben (soz.) und v. Kardorff glaubten

sogar, daß durch solche Anordnungen die Sozialdemokratie groß gezogen werde; der Direktor im Reichsamt des Innern Woedtke wies dies zwar zurück, Bebel (soz.) aber hielt die Verordnung für eine Notwendigkeit. Zum Schluß wurde der Antrag durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Das preußische Abgeordnetenhaus setzte während des März die zweite Beratung des Etats fort. Bei der über den Eisenbahn-Etat machte Minister Thielen die ebenso erfreuliche als interessante Mitteilung, daß die Einnahmen im abgeschlossenen Etatsjahr sich auf 1033 Millionen belaufen hätten, gegenüber dem Anschlag von 980 Millionen; an den Mehreinnahmen sei der Personenverkehr mit 16, der Güterverkehr mit 31 Millionen beteiligt; die etatsmäßigen Ausgaben seien um 800000 Mark gegen den Anschlag herabgegangen; während der letzten 5 Jahren wären die Verkehrseinnahmen ständig gestiegen und die Ausgaben trotz Steigens der Besoldungen und Löhne gesunken; das Ergebnis des laufenden Etatsjahrs werde sich noch günstiger gestalten; gegenüber einem Vorschlage der Einnahmen auf 1020 könne man auf 1092 Millionen Mark rechnen, und der Überschuß werde nahezu eine halbe Milliarde betragen. Beim landwirtschaftlichen Etat kam es zu Zusammenstößen zwischen Agrariern und Freisinnigen, die Graf Limburg-Stirum (kons.) für die Verhetzung des Bauernstandes verantwortlich machte, während Graf Kanitz, v. Heydebreck, Frentz und Fischer (sämtl. kons.) Angriffe der Freisinnigen auf die Landwirtschaftskammern und den Bund der Landwirte zurückwiesen. Beim Etat der Finanzverwaltung wurde der Titel, in dem $19^1/_2$ Millionen zur Verbesserung der Gehälter der mittleren und höheren Beamten ausgesetzt waren, sowie die zur Begründung beigefügte Denkschrift, unter Beifügung einiger Erklärungen zu weiteren Gunsten der Beamten, genehmigt. Vom Etat abgesehen, beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus im März meistens mit minder wichtigen Fragen. Am 1. u. 2. März wurden, auf Anregung von konservativer Seite, wiederum Angelegenheiten zur Sprache gebracht, die zunächst das Reich angehen. Auf die Frage wegen eines Schutzzolles auf Quebrachoholz erteilte Minister v. Brefeld eine Antwort, wie sie bereits im Reichstage gegeben war, nämlich daß es während der Dauer der Handelsverträge zu einer Änderung nicht kommen dürfe, und auf eine Anfrage wegen Vor-

legung eines Gesetzentwurfes über Organisation des Handwerks auf den von der Regierung am 3. August v. J. im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Grundlagen verschaffte der Minister Brefeld einiges Licht über die Stellung der Regierung zur Handwerkerpolitik, ein Punkt, mit dem sich der Landtag des näheren erst im Mai zu beschäftigen hatte. Ein von Virchow (freis. Vp.) und Genossen gestellter Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, noch in dieser Tagung einen Gesetzentwurf über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats (Komptabilitätsgesetz) vorzulegen, wurde, unter Zustimmung des Ministers v. Miquel, am 19. März angenommen. Ein Gesetzentwurf zur Regelung der Reisekosten und der Tagegelder der Beamten auf Dienstreisen fand gleich am 24. März Zustimmung, wenn er auch erst später endgültige Annahme fand.

In Hinblick auf die dankbaren Gefühle des deutschen Volks für Kaiser Wilhelm I. verstand es sich ganz von selbst, daß dessen hundertjähriger Geburtstag wie ein nationaler Festtag gefeiert werde. In allen Teilen Deutschlands hatte man dies schon frühzeitig ins Auge gefaßt, namentlich seit Jahresanfang hatte von vielen Vorkehrungen hierzu verlautet. In einigen Kreisen wurde der Jahrestag nicht erst abgewartet. So veranstaltete „der Kyffhäuser-Verband der Vereine deutscher Studenten" bereits am 14. Januar in Berlin eine Feier, an welcher Vertreter aus allen deutschen Universitäten, an denen dieser Verein besteht, teilnahmen. Dieser großen Zahl schlossen sich Studierende aus Österreich, der Schweiz, den Ostseeprovinzen und aus Siebenbürgen an. Sie alle unternahmen in langem Zuge eine Wagenfahrt nach Charlottenburg, wo sie im Mausoleum am Sarge Kaiser Wilhelms Kränze niederlegten und ihre Fahnen senkten. Von hier begaben sie sich auf den Berliner Kreuzberg zu dem den Streitern im Befreiungskriege gewidmeten Denkmale, wo nach dem Gesange des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ" der Vorsitzende des Verbandes, Kandidat Peisker, in einer warmen Ansprache an die Zeit erinnerte, da die Hand des korsischen Eroberers schwer auf unserem Vaterlande lastete, aber auch an die Worte, mit denen die Königin Luise ihre Söhne ermahnte, die verloren gegangenen Güter der Nation wieder zu erkaufen, Worte, welche der damalige Prinz Wilhelm in großartigster Weise erfüllt

habe. Der Fortführung des so Erlangten gelobten die Anwesenden sich zu weihen, die begeisterungsvoll, unter den Klängen der Musik und der Schläger, ein Hoch auf das ruhmreiche Hohenzollernhaus ausbrachten. Bei dem unter Teilnahme hoher Militärs sich daran schließenden Festkommerse gab Redakteur Eichler einen Ausblick auf die Zukunft und sprach über nationale Zusammengehörigkeit, Zusammenhang der Kultur und des Geistes und über Vergrößerung der Kriegsmarine. Mit größtem Jubel wurde ein Hoch auf den Fürsten Bismarck ausgebracht. Am 21. Januar genehmigten sodann die Berliner Stadtverordneten eine Magistratsvorlage wegen Einsetzung eines Ausschusses für die städtische Festfeier und Beschaffung einer an die Schüler der städtischen Schulen zu verteilenden Festschrift. Damit verknüpfte sich der erste einer Reihe von Mißtönen, welche der Parteigeist in verschiedenen Formen leider in die Festlichkeiten hineinklingen ließ. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten erhoben Verwahrung gegen diese Verwendung der „von der Allgemeinheit" aufgebrachten städtischen Mittel, da es unverantwortlich sei, dem Personenkultus so hohe Summen zu opfern, die weit besser zur Linderung des Elends in der Großstadt verwendet würden. Der Protest richtete sich ferner gegen die Festschrift für die Schulen, weil man nicht das Vertrauen zu einer der geschichtlichen Wahrheit entsprechenden Darstellung des Lebensbildes des Kaisers hegen könne. Die Protestierenden behaupteten, sich eins zu wissen mit allen freiheitliebenden Elementen der Stadt, welche jährlich der im März 1848 in Berlin Gefallenen und der damals vom Prinzen von Preußen gespielten Rolle sowie des mit seiner Zustimmung zu Stande gekommenen Gesetzes gedächten, das zwölf Jahre lang die arbeitende Bevölkerung entrechtet und geächtet habe. Der Protest wurde in der Versammlung gebührend zurückgewiesen und in der Öffentlichkeit als ein neues, wahrhaft erschreckendes Zeichen von Unverbesserlichkeit und Gefährlichkeit der Umstürzler behandelt. Insbesondere wurde es auch zurückgewiesen, daß die Sozialdemokraten sich den Anschein gaben, als ob die Märzkämpfer von 1848 Vorläufer der heutigen revolutionären Propaganda gewesen seien. Es gab aber auf demokratischer Seite Verteidiger jenes Protestes, der, wie die „Frankfurter Ztg." ausführte, das gute Recht seiner Urheber, also weder Vaterlandslosigkeit noch Anarchismus, gewesen sei. Auf diesen ersten

Mißton folgten um Mitte Februar zwei andere: die Abneigung gegen Zulassung einer Landesfeier im Fürstentum Reuß ä. L. und eine Kundgebung des welfischen Hauptorgans in Hannover gegen eine Festteilnahme der Mitglieder dieser Partei, und zwar wegen der Behandlung des hannoverschen Königshauses durch Wilhelm I. sowie „im Hinblick auf das dadurch für die Allgemeinheit wie für zahllose Einzelne herbeigeführte Elend".

Diese Mißtöne gingen zwar bald unter in der allgemeinen Festfreude der Patrioten; sie bildeten aber doch eine Mahnung, daß man unter keinen Umständen und zu keiner Zeit die inneren Gefahren unterschätzen solle. Um so erhebender war der Eindruck eines am 22. Februar vom Prinz-Regenten von Bayern an sein Staatsministerium gerichteten Erlasses mit dem Ausdruck der Befriedigung über die von zahlreichen Gemeinden, Vereinen und Komitees in Bayern vorbereitete würdige Gedenkfeier, und mit der Erklärung, es sei sein Wunsch, daß an dieser Feier auch die staatlichen und kirchlichen Behörden sowie das Heer teilnehmen. Damit schien jedoch der Bischof von Regensburg nicht sehr einverstanden zu sein, denn in einem Erlasse des bischöflichen Ordinariats Regensburg v. 8. März sprach sich der Unmut darüber ziemlich deutlich aus. Der Bischof habe „in Erfahrung gebracht", daß, einem Wunsche des Regenten zufolge, alle übrigen bayerischen Oberhirten einen Hinweis auf jene Feier zu erlassen gedächten; deshalb werde auch hier „geziemend darauf aufmerksam gemacht"; in den bewußten 100 Jahren habe die Geschichte viele Ereignisse verzeichnet, welche wahre Freude und bitteres Leid bedeuteten, von denen viele schon bei der Hundertjahrfeier der Geburt Ludwigs I. „und des Papstes Pius IX. heiligen Andenkens" in die Erinnerung gekommen seien; so ragten auch „im Leben des genannten Kaisers Wilhelm" der Krieg mit Frankreich, die Gründung des Reichs und die Thatsache hervor, daß „nach dem unheilvollen Kulturkampfe" Wilhelm I. dem Papste die Hand gereicht habe; freilich bedrohten gegenwärtig im fernen Westen neue schwarze Wolken den Frieden der Völker, aber gerade beim bevorstehenden Anlasse müßten wir Gott bitten, uns vor Pest, Hunger und Krieg zu bewahren, Bayern, Deutschland und das mit ihm stammverwandte Oesterreich zu segnen und Bayerns angestammtes Königshaus zu erhalten. Es waren vor allem bayerische Blätter,

welche diesen Erlaß einer vernichtenden Kritik unterzogen; die „Augsb. Abend-Ztg." z. B. sagte, es lasse sich kaum eine raffiniertere Vereitelung, ja geradezu Verhöhnung der Anordnung des Staatsoberhaupts denken, und vermutlich habe man in Regensburg eine Kesselprobe veranstalten wollen, um zu ermitteln, wie weit man gegenwärtig in der Nichtachtung der Staatsgewalt gehen dürfe, ohne Gegenmaßregeln befürchten zu müssen. Solche Auswüchse gab es jedoch nur wenige; vielmehr gipfelte die auch in Bayern herrschende patriotische Stimmung in dem am 6. März zu München, unter Teilnahme der Prinzen Ludwig und Rupprecht von Bayern sowie der Minister v. Crailsheim, v. Riedel und v. Leonrod stattgehabten Festkommers der dortigen Korpsstudenten, bei dem der Reichsrat Ritter v. Maffei in seiner Festrede den alten Kaiser als den Heros der deutschen Einheit begrüßte, dem die Anwesenden freudigen und ehrerbietigen Sinnes ihre Dankbarkeit zu Füßen legten, ohne übrigens seines treuesten Dieners, seines besten Beraters, des Fürsten Bismarck, vergessen zu wollen. Hiernach führte der Universitätsrektor Geh. Rat v. Kupffer noch aus, daß es unmöglich sei, den Kaiser Wilhelm I. ohne seine treuen Berater zu feiern, sondern er und seine Paladine müßten unbedingt als ein geschichtliches Ganzes betrachtet werden; das Volk habe den Kaiser auch nicht den Großen genannt, weil seine Heldengestalt dem Volke viel zu nahe gestanden habe, sondern liebkosend als den „Alten" oder den Heldenkaiser bezeichnet, der nicht bloß dem Feinde gegenüber, sondern auch im Kampfe mit sich selbst ein Held gewesen sei.

Diese Auffassung von einer gewissen untrennbaren Einheit des jetzt zu feiernden Kaisers und seiner hervorragenden Ratgeber fand man gerade um dieselbe Zeit neu bestätigt durch 17 bisher nicht bekannt gewesene Briefe desselben an den Fürsten Bismarck, welche Professor Kohl in Leipzig im 4. Bande seines „Bismarck-Jahrbuchs" veröffentlichte. Es ging aus diesen zum Teil 1883 geschriebenen Briefen namentlich hervor, daß der Kaiser den günstigen Umschwung der öffentlichen Meinung allein als das Werk der großen Voraussicht seines Kanzlers angesehen hat und daß eine Mitfeier der Verdienste des letzteren der gegenwärtigen Huldigung für den alten Kaiser nur zu gute komme.

Eigentümlicher Weise kamen vor der eigentlichen Kaiserfeier

noch fernere Gegner verschiedenster Art mit ihren Mißtönen zum Vorschein. So gestand die nordschleswig'sche Dänenpresse mit größtem Unmute, daß zahlreiche ihrer vermeintlichen Gesinnungsgenossen an der Feier teilzunehmen gedächten. Was die Polen betrifft, so erließ zwar der Erzbischof v. Stablewski am 14. März eine äußerlich unanfechtbare Aufforderung zu einer kirchlichen Feier; Blätter aber, wie der „Goniec Wielkopolski" erinnerten daran, daß der alte Kaiser in dem Jahre geboren sei, in welchem Dombrowski die Legionen bildete, daß er ferner schon mit 9 Jahren von der Gründung eines unabhängigen Herzogtums Warschau habe hören müssen und daß er 1830—31 sicherlich viel von den Heldenkämpfen der Polen gegen die Russen gehört habe.

Der 20. März sah wiederum Festfeiern an mehreren deutschen Universitäten; in Berlin begaben sich wiederum Vertreter der Studentenschaft mit Bannern zur Niederlegung von Kränzen nach dem Mausoleum. Eine hervorragende Feier fand, in Gegenwart der Kaiserin Friedrich, des Prinzen Friedrich Leopold und der früheren Generaladjutanten des verstorbenen Kaisers in der Königlichen Akademie der Künste zu Berlin statt, wo der Oberpräsident von Westpreußen, Minister a. D. v. Goßler eine Rede über die Verdienste des Gefeierten um die Entwicklung der deutschen Kunst hielt. Eine eingehende Betrachtung, so führte der Redner aus, lasse erkennen, daß wir nach 1870 nichts erwarben, was nicht in der Stille vorbereitet und schon innerer Besitz war. Renaissance und Plastik seien zu hoher Vollendung erblüht, und in rascher Aufeinanderfolge hätten wir die Museen für Kunstgewerbe, Völkerkunde, Urgeschichte, griechische Altertümer und die Nationalgallerie entstehen sehen; kein Staat sei so reich an provinziellen Kunst- und Gewerbemuseen geworden als der preußische; der Kirchenbau sei zu neuem Leben erwacht, die Hohenzollern- und die Marienburg wären wieder erstanden. An demselben Tage richtete der Prinz-Regent von Bayern einen Erlaß an das bayerische Heer, wonach, um dem ehrenden Gedächtnis besonderen Ausdruck zu geben und das in opfervollen Kämpfen begründete Gefühl der Zusammengehörigkeit aller deutschen Truppen auch nach außen hin zu kennzeichnen, das Heer, außer der bayerischen, auch eine deutsche Kokarde anlegen solle, die auch die anderen deutschen Regierungen, nach gemeinsamem

Beschluß, ihren Truppen verleihen würden. Dieser, wie sich später herausstellte, vom König von Sachsen angeregte Akt wurde vielfach als ein geschichtlicher von nicht hoch genug anzuschlagender moralischer und praktischer Bedeutung gewürdigt.

Der Glanzpunkt der kaiserlichen Hundertjahrfeier bereitete sich in Berlin vor. Zur Vorfeier fand hier am 21. März Gottesdienst in der Garnison- und in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche statt; in der Aula der Universität hielt Professor Brunner eine Rede über das Leben und die Bedeutung Kaiser Wilhelms I. in Bezug auf die politische, wirtschaftliche und geistige Entwicklung des deutschen Volks; der Reichskanzler gab ein Festmahl; bei dem der Reichstagsmitglieder hielt Präsident v. Buol die Festrede. Für die zahlreich angelangten Fürstlichkeiten war Festmahl im königlichen Schloß und Festvorstellung im Opernhause.

Der Festtag des 22. März begann damit, daß der Kaiser und seine Gemahlin das Mausoleum in Charlottenburg besuchten, während die Großherzogin Louise von Baden das Standbild ihres Vaters im Zeughause schmückte. Nach einer unter den Linden abgehaltenen Parade kam es zur feierlichen Enthüllung des vom deutschen Volke dem Kaiser Wilhelm I. gewidmeten Denkmals, welches der regierende Kaiser, nachdem ihm einst vom Reichstage das Nähere über die Ausführung überlassen worden war, in Gestalt eines Reiterdenkmals des zu Feiernden vor den Haupteingang zum königlichen Schloß, diesem zugewendet und nach hinten mit einer Halle umgeben, hatte errichten lassen. Der Festplatz mit den rot ausgeschlagenen Tribünen, Fahnenmasten und Laubgewinden füllte sich bereits um 9 Uhr vormittags, die umliegenden Häuser waren bis auf das Dach mit Menschen besetzt; das Denkmal selbst war verhüllt mit einem Vorhang von Segeltuch, auf ihm ein großer Adler, umgeben von einer Borte von Kornblumen. Davor standen laubgeschmückte Kanonen und eine Ehrenwache. Die Schulkinder trafen in langem Zuge ein, die Studentenschaft in „Wichs" und mit Bannern, die Rektoren in Talaren, die Abordnungen russischer Regimenter in Pelzmützen, österreichische Husaren mit silbernen Kränzen, die Botschafter, die Johanniterritter, im ganzen 5000 Personen. In drei rot drapierten Pavillons gegenüber dem Denkmal nahmen zahlreiche Fürstlichkeiten Platz; es erschienen die beiden Kaiserinnen, die

preußischen Prinzen und Prinzessinnen, der Prinzregent von Bayern, die Könige von Sachsen und Württemberg, die Großherzöge von Baden, Hessen, Sachsen, der Herzog von S.-Altenburg, die Fürsten von Waldeck, Schaumburg-Lippe, beider Schwarzburg, der Regent von Lippe-Detmold, die Erbprinzen von Meiningen, Anhalt, Reuß j. L., Oldenburg, Baden und S.-Koburg-Gotha, ferner der Fürst von Hohenzollern, Prinz Friedrich Karl von Hessen, die Bürgermeister von Hamburg, Bremen, Lübeck, Herzog Friedr. Ferdinand zu Schleswig-Holstein, der Kronprinz von Schweden, Erzherzog Friedrich, die Herzöge von Genua und von Connaught, Großfürst Wladimir, Prinz Ferdinand von Rumänien und Prinz Thomas von Savoyen, ein großer Teil der Genannten mit ihren Gemahlinnen; die Regentin der Niederlande hatte zu ihrer Vertretung zwei Militärs gesandt. Um 11 Uhr erschien der Kaiser in der Uniform der Garde du Corps an der Spitze der Fahnenkompagnie des ersten Garderegiments unter den Klängen des York'schen Marsches. Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich marschierten bei der Fahnenkompagnie. Nach einem vom Generalsuperintendenten Faber gesprochenen Gebete ließ der Kaiser durch Matrosen die Denkmalshülle fallen, während die Truppen das Gewehr präsentierten, die Glocken läuteten, die Kanonen donnerten, die Musik die Nationalhymne anstimmte und ein vieltausendstimmiges Hoch erscholl. Nunmehr begaben sich die Fürstlichkeiten zu einem Rundgang um das Denkmal, an dem zahlreiche Kränze niedergelegt wurden. Die Großherzogin von Baden sah mit den jüngeren kaiserlichen Kindern den Vorgängen aus einem Fenster des Schlosses zu. Von $^1/_2$12 bis 1 Uhr dauerte der Vorbeimarsch der Truppen der Berliner Garnison. Hiernach versammelte der Kaiser die früheren Flügeladjutanten seines Großvaters in dessen Sterbezimmer und verlieh ihnen in einer Ansprache das Recht, das Namenszeichen desselben auf den Achselschnüren zu führen; dasselbe werde er selbst und der jeweilige Erbe der Krone Preußens zum ewigen Angedenken und zur lebendigen, aneifernden Erinnerung an die Regierungszeit Wilhelm's I. tragen. Als sodann die vielen Fürstlichkeiten im königlichen Schlosse zum Festmahle versammelt waren, brachte der Kaiser etwa folgenden Trinkspruch aus: Ein Geist tief empfundener und hoher Festesfreude ziehe durch das deutsche Volk; ihm entsprechend hätten die Fürsten sich zusammengefunden, um

das Andenken des verewigten Kaisers zu feiern; dafür spreche er aus bewegtem Herzen tiefgefühltesten, innigsten Dank aus; er wolle hier nicht seines Großvaters Verdienste feiern; das Verhalten des deutschen Volkes zeige bereits, wie lebendig diese gesamte Persönlichkeit vor Aller Augen stehe; sein Geist schreite heute durch das Volk, und wir gedächten seiner in seiner Demut, schlichten Einfachheit und Pflichttreue, der gesagt habe, daß er mehr durch seine Demütigungen, als durch seine Erfolge gelernt habe; das Andenken an ihn solle für die Fürsten ein erneuter Ansporn sein, für die Völker zu leben und zu arbeiten, wie er; „wir aber", so schloß der Kaiser, „indem wir uns von neuem zu innigem Bunde fester Freundschaft und Waffenbrüderschaft versprechen, wollen mit dem Ruf auf das Wohl des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes ihm und unseren Fürsten Gruß entbieten".

Die Stadt Berlin that ihr Äußerstes, um den Tag als einen festlichen erscheinen lassen. Die Feststraße mit ihren 15 m hohen vergoldeten Obelisken, ihrem Schmucke von Blumen, symbolischen Zierraten, duftigem Tannengrün und durch Laubgewinde verbundenen Bannermasten vom Denkmal Friedrichs d. Gr. an bis zum neuen Denkmal gewährte einen prächtigen Anblick. Ein anmutiges Bild bot das Denkmal der Kaiserin Augusta zu Seiten dieser Feststraße dar, ebenso der dekorative Hintergrund für die Denkmäler der Helden aus den Freiheitskriegen. Auf der anderen Seite der Feststraße schien die „Neue Wache" durch hohe, mit Kriegstrophäen bekrönte Pylonen erweitert. Außerdem zeigten wohl alle, auch die entlegensten Straßen der Reichshauptstadt den schönsten Schmuck, zum Teil in üppigster Weise. An zahlreichen Festmahlen sah Berlin seine Bürger vereinigt; bei einem derselben feierte der Universitätsprofessor Schmoller den alten Kaiser als Reformator des Heeres und fügte hinzu: was uns an der Art des großen Kaisers besonders anzog, war seine tiefe Geistes- und Gemütsanlage, er haßte Phrase und äußeren Schein, war von unbedingtem Gottvertrauen und furchtlos bei jeder Gefahr; „er war empfänglich für jeden Rat, aber er ließ sich nicht in dem Recht der Krone, an der Staatsleitung mitzuwirken, in irgend einer Weise beeinflussen; da war es vor allem die unvergleichliche Staatskunst eines Bismarck, die ihm den Mut gab, das Staatsschiff über alle Fährnisse hinwegzuleiten".

Nachdem am ersten Festtage Vertreter des Heeres durch Vorbeimarsch vor dem Nationaldenkmal dem gefeierten Kaiser gehuldigt hatten, geschah dies an einem zweiten Festtage, dem 23. März, durch die Berliner Bürgerschaft als Vertreterin des denkmalstiftenden deutschen Volkes. Die fürstlichen Herrschaften hatten wieder dem Denkmal gegenüber in den Pavillons vor dem Schlosse Platz genommen, zu Seiten des Kaisers der Regent von Bayern und Großfürst Wladimir. Unter den Klängen der Nationalhymne nahte der Bürgerfestzug. Ein Prunkwagen mit der „Germania" hielt vor dem Fürstenzelte, worauf diese, von einer Schauspielerin dargestellt, bald zum Kaiser links, bald zum Denkmal rechts gewandt, eine dichterische Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. Die Menge stimmte lebhaft ein, die Musik spielte „Heil Dir im Siegerkranz" und vom Lustgarten her ließen sich die Kanonen vernehmen. Inzwischen legte das Festkomitee einen silbernen Kranz am Denkmal nieder, worauf der Weitermarsch der festlichen Menge in ziemlich raschem Tempo erfolgte, die Augen programmmäßig, wie bei Militärs, nach links, also dem Denkmale gerade abwärts gerichtet. Die zahlreichen, festlich geschmückten Gruppen riefen sichtlich überall großes Wohlgefallen hervor, die alten Ritter, die zahlreichen Banner und Abzeichen der vielen Innungen, die Turner, die Radfahrer mit ihren blumenumwundenen Rädern, die Pracht des die Wagen der Studenten zierenden Blumenschmucks und die zahlreichen, mit Kornblumenkränzen bedeckten weiß gekleideten Jungfrauen.

Das Reiter-Denkmal Kaiser Wilhelms I. erhebt sich mit dem Bronzepostament bis zur Höhe von 20 m über dem Straßenniveau auf einem elliptischen Granitunterbau, dem sich vier diagonal vorspringende Löwengruppen angliedern. Die in Erz gegossene Reiterfigur ist 9 m hoch; der Kaiser ist auf vorwärts schreitendem Pferde dargestellt, welches der Friedensgenius, in der Linken die Palme, geleitet; der Kaiser trägt über der einfachen Uniform mit aufgeschlagenem Generalskragen den offenen Mantel, der herabfallend auch den Rücken des Pferdes umschließt; der Kopf ist mit dem Helm bedeckt, die Linke faßt den Zügel, die Rechte stützt sich auf den Kommandostab, der 6 m hohe Friedensgenius, dessen Haar Lorbeerzweige umwinden, blickt zum Kaiser hinauf. Das Postament trägt an den Seiten Reliefdarstellungen des Kriegs und des Friedens. Die

vordere Inschrifttafel trägt die Worte „Wilhelm der Große, deutscher Kaiser, König von Preußen 1861—1888", die hintere enthält die Worte „In Dankbarkeit und treuer Liebe das deutsche Volk". Das Denkmal mit Zubehör ist nach der Seite der Straße „Unter den Linden" von einer Sandsteinhalle in Breite von 80 und einer Tiefe von 45 m umrahmt, auf deren Endpunkten sich aus Kupfer getriebene Quadrigen erheben. Das Ganze ist von Professor Begas ausgeführt und kostet 4 Millionen Mark.

Wie wohl jedes Denkmal seine Kritiker findet, so wurden auch gegen dieses Denkmal alsbald tadelnde Stimmen laut, besonders lobende nicht. Von einer Seite wurde ihm Mangel an Einheit und Monumentalität vorgeworfen und in dem Fachblatte „Kunstwart" wurde gesagt: „Da steht es nun, eine Art von Vorbau vor dem Schloß, von keiner Stelle, als von den Schloßfenstern aus, gut zu sehen, ungroß und uneinfach, beinahe stumpfsinnig im Wiederholen derselben abgebrauchten Motive; kunstgewerblich, wo monumentale Kraft am Platze ist, in seinem Besten von theatralischem Schwunge, grundfremd dem Geiste nach ihm, den es feiern soll, als Ganzes ein Prachtstück etwa à la Louis XIV; man nenne die Dinge beim rechten Namen: Das Nationaldenkmal ist verfehlt". In ähnlicher Weise wurde in dem im Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen „Centralblatt der Bauverwaltung" gesagt: „All' dieses in realistisch-malerischer Bewegung sprudelnde Leben ist nicht dienstbar gemacht denjenigen Kunstgesetzen, die für ein solches Denkmal gefordert werden müssen; die Anmut ist geschmeidige Grazie, die männliche Kraft ist lautes Pathos geworden; eins fehlt dem Werke, das ist die ruhige, ernste, architektonische Gebundenheit, die tiefe denkmalmäßige Strenge". Der „Reichsbote" hielt die Gestalt des Friedens für verfehlt, die wie ein Lazzarone mit ihren ungefügen Gliedmaßen an den Stufen lagere, nichts ausdrückend von dem, was das Wort Frieden bedeute, es wäre denn ein fauler Frieden. Wohl allgemein war man übrigens der Meinung, daß die Verhältnisse des Reiters wegen der mangelnden Perspektive, also wegen der ganzen Wahl des Platzes vor dem Schlosse, nicht als die richtigen erscheinen, da er nunmehr auf dem Pferde zu hucken scheine. Auffallend erschien manchem der dem Kaiser in die Hand gegebene Marschallsstab, den er niemals geführt, und der Mangel eines Degens,

wobei der Einwand, daß sich derselbe unter dem Mantel, aber jedenfalls ohne die Konturen zu zeigen, befinde, nicht aufzukommen vermochte. Unschuldig war der nie ausbleibende Berliner Witz, daß der Kaiser auf dem Begasus reite. Endlich fand die Bezeichnung Wilhelms I. als „der Große" mehrfachen Widerspruch. Man konnte wohl die hohe Pietät verstehen, die den Kaiser veranlaßt haben mochte, schon jetzt durch den Gebrauch dieser Bezeichnung sozusagen bei der Geschichte den Antrag auf ihre Verleihung zu stellen; andere Patrioten aber hielten diese Bezeichnung für eine Überschätzung und sprachen von einem Mißtone; auch wurde berichtet, Fürst Bismarck habe gesprächsweise, unter Hervorhebung von des alten Kaisers Heldenmut, Hingebung, Arbeitsamkeit und Pflichttreue, geäußert „nicht der Große, wohl aber ein Held". Die „Heidelb. Ztg." sagte, in Wemut darüber, daß Professor Oncken aus Gießen in einem zu Konstanz über den alten Kaiser gehaltenen Vortrag ihn den Großen genannt hatte, „das Volk und die Geschichte läßt sich darin nicht kommandieren; solche ehrende Beinamen sind und müssen sein ein Werk freiwilliger, nicht erzwungener und gemachter Anerkennung". Und so wiederholten sich einige schon bei der öffentlichen Besprechung der kaiserlichen Rede vom 26. Februar vernommene Aussprüche.

Die nationalen Festtage brachten ferner einige patriotische Erlasse des Kaisers. Zunächst einen an das preußische Heer bezüglich der Anlegung einer deutschen Kokarde, die nach einmütigem Beschlusse der verbündeten Regierungen zu derselben Stunde allen deutschen Truppen verliehen werde „als Wahrzeichen der errungenen Einheit und als eine für alle Zeiten sichtbare Mahnung, einzustehen für Deutschlands Ruhm und Größe, es zu schirmen mit Blut und Leben". Dankerfüllt und voller Zuversicht, sagte der Kaiser weiter, ruhe sein Blick auf dem Heere, dem die fürsorgende Liebe des großen Kaisers gewidmet gewesen; deshalb bestimme er an erster Stelle für das Heer ein zur Erinnerung an den Tag gestiftetes Denkzeichen. Durch einen besonderen Erlaß wurde näheres über die Anlegung der Kokarde verfügt. Die in Württemberg und Baden ergangenen Erlasse bezüglich der Kokarde waren in ähnlichen patriotischen Tönen gehalten wie die für Bayern und Preußen. Die Stiftung der deutschen Kokarde wurde wiederholt in allen Schichten der Bevölkerung als ein neuer großer Fortschritt aufs wärmste

begrüßt und weckte nebenbei die Erinnerung an die von 1848—1851 eingeführt gewesene schwarz-rot-goldene Kokarde, Farben, gegen die Herr v. Bismarck sich am 6. September 1849 so heftig ausgesprochen und die er nach Errichtung des norddeutschen Bundes abgewiesen hatte, beide Male weil sie 1848 „in revolutionärem Dienste" dem Heere gegenüber verwendet wären. Jetzt trat gegen das neue Einheitszeichen nur ein Mann wie Sigl im „Bayer. Vaterland" auf mit den Worten, daß diese Kokarde einige wenige Leute noch verrückter machen werde, „als sie es so schon sind", und daß es dabei auf „die langsame Einsackung Süddeutschlands, vor allem Bayerns" abgesehen sei.

Das Nähere über die Stiftung der Erinnerungsmedaille wurde vom preußischen Staatsministerium bekannt gemacht. Sie sollte aus Bronze von eroberten Geschützen angefertigt werden, auf der Vorderseite das Brustbild Wilhelm's I. mit Inschrift enthalten und an orangefarbenem Bande getragen werden. Nachträglich wurde verfügt, daß die Medaille, deren Kosten der König aus eigenen Mitteln bestritt, auch den Veteranen der Feldzüge von 1864, 1866 und 1870 bis 1871 zu Teil werden solle. Weiterhin erfolgte eine Anzahl von Auszeichnungen, Gnadenbeweisen und Beförderungen. Die Großherzogin von Baden erhielt das Großkreuz des Louisenordens, die Staatssekretäre v. Boetticher und v. Stephan sowie Prediger Hülle in Berlin den Wilhelmorden, Professor Esmarch in Kiel sowie die Schloßhauptmänner von Wusterhausen und Benrath wurden Exzellenz. Der Schwarze Adlerorden wurde nicht verliehen; ihn hatten zuletzt am 27. Januar Minister Miquel und der Vorstand des Zivilkabinets, v. Lucanus erhalten. Besonders bemerkenswert endlich erschien die Begnadigung mehrerer wegen Duells zu Festungshaft Verurteilten, so des in Glatz sitzenden Zeremonienmeisters v. Kotze, der Herren Borchert, v. Sprenger und Ritter. Mit Rücksicht hierauf tauchten in der Presse Zweifel auf, ob der obige Erlaß gegen das Duellwesen im Heere die erhoffte Wirkung haben könne.

Das Nationalfest wurde in zahllosen Orten des Reiches und in vielen des Auslandes, einschließlich der anderen Erdteile würdig gefeiert. In Württemberg allein dürfte es wohl keinen einzigen Ort gegeben haben, der nicht sein Fest gehabt hätte. In weiten

Bevölkerungskreisen, selbst in politisch weit nach links stehenden, wurde es übrigens schmerzlich empfunden, daß in diesen Festtagen von oben her öffentlich des Fürsten Bismarck nicht gedacht war. Als Grund, warum seine Figur wie die der übrigen Paladine Wilhelm's I. nicht am Nationaldenkmal angebracht waren, ließ sich annehmen, daß der Reichstag einst nur die Hälfte der verlangten Kosten verwilligt hatte; der Grund jener seiner Außerachtlassung aber erschien unklar, da ihm doch der Kaiser schon vor einigen Jahren seine Gnade wieder zugewandt und ihn sehr hoch geehrt hatte. Bei vielen Festlichkeiten im Reiche wurde dagegen des Fürsten in einer Weise gedacht, daß man seiner und des alten Kaisers als einer selbstverständlich untrennbaren Einheit gedachte. Dies that vor allen Prinz Ludwig von Bayern, des Regenten ältester Sohn, bei der Feier der Offiziere des Beurlaubtenstandes in München, indem er insbesondere die Menschenkenntnis des gefeierten Kaisers pries, mit der er hervorragende Männer an den rechten Platz gestellt und durch die er einen Erfolg nach dem andern erlangt habe, so namentlich „das Dreigestirn Bismarck, Moltke, Roon". Am stärksten wurde Fürst Bismarck bei der Festfeier in Leipzig durch eine Rede des Professors Kohl in den Vordergrund gerückt. Nimmer, sagte dieser, wäre ohne Bismarck das Reich erstanden, ja ohne ihn wäre das Königtum in Preußen vielleicht zu einem wesenlosen Schatten zusammengeschmolzen; das habe Wilhelm I. bei jeder Gelegenheit freudig anerkannt und so durch aktenmäßige Zeugnisse selbst am besten jeder Verdunkelung der Geschichte durch den Nebel höfischer Geschichtsklitterung vorgebeugt. In diesem Sinne war die ganze lange Rede gehalten, die mit dem Schmerzausdrucke schloß, daß abermals Fürst Bismarck als ein Geächteter gelte, dessen Verdienste an Wilhelms I. Gedächtnistage hervorzuheben, nunmehr eine besondere Pflicht des deutschen Volkes bilde. Auch die konservative Fraktion des Reichstags ließ ihr Festmahl am 23. März nicht vorübergehen, ohne des Fürsten Bismarck warm zu gedenken; ihr Festredner v. Levetzow bemerkte in der Festrede, Kaiser Wilhelm I. habe es verstanden, Herr zu bleiben und Heroen zu treuen Dienern zu haben. Auf den Gruß der Fraktion sprach der Fürst seinen verbindlichsten Dank aus. Außer 1400 Begrüßungstelegrammen gingen zu diesem Tage dem Fürsten zahlreiche briefliche, darunter manche poetische Grüße zu. In einem derselben hieß es:

„Was Du ihm warst, ihm war's bewußt, Er trug es still in seiner Brust, Der alte Kaiser! Geziert mit eignem Heldentum, Litt gern er Deinen Weltenruhm, Ein Fürst, ein Weiser". Ein anderes Gedicht begann also: „Er sprach das Wörtchen Niemals! Dess' Fest wir heut begehen, Das soll wie Flammenzeichen in deutschen Herzen stehen". In Friedrichsruh selbst brachten 2000 Personen der Umgegend dem Fürsten einen Fackelzug. Bald darauf erließ er eine öffentliche Danksagung für „die vielen ehrenvollen Begrüßungen", die er in Anknüpfung an den Geburtstag des verewigten Kaisers aus allen Teilen Deutschlands erhalten habe.

Ein Fackelzug wurde auch dem Kaiser am zweiten dieser nationalen Festtage gebracht, und zwar von Berliner Studierenden, deren Abordnung er sodann empfing, und der gegenüber er seinem Danke die Mahnung beifügte, das, was der alte Herr vermacht habe, stets treu zu bewahren, auch vor allem dafür zu sorgen, „daß im Volke nicht so genörgelt werde, wie es jetzt leider der Fall ist". Nörgeleien im weitesten Sinne kamen allerdings leider sogar an diesen patriotischen Gedenktagen vor. Am auffallendsten waren wieder Vorgänge im Fürstentum Reuß ä. L., in dessen Hauptstadt Greiz das Festkomitee keine Antwort auf die Bitte um Erlaubnis zur Abhaltung eines Gottesdienstes erhalten hatte; der Festredner, Geh. Rat Stier erwähnte dies mit dem Ausdrucke großen Bedauerns. Ferner kam das Unerhörte vor, daß die von einem preußischen Unterthan in Greiz zur Feier des 22. März ausgesteckte preußische Fahne auf Veranlassung des Landratsamts entfernt wurde. Nach der Erklärung des Bürgermeisters Roesler in der „Greizer Ztg." hatte er das Ersuchen des Landratsamts, die Fahne entfernen zu lassen, weil sonst politische Gegenkundgebungen und damit Störung der öffentlichen Ordnung eintreten könnten, nicht befolgt, worauf der Stellvertreter des Landrats selbst die Fahne habe einziehen lassen. Die Bevölkerung des Landes zeigte sich, wie immer, so patriotisch wie nur irgend jemals zuvor; sie würde daher auch selbst dann nicht anders beurteilt sein, wenn sie etwa, ähnlich wie im Preußenliede, gesungen hätte „ich bin ein Reuße ä. L., will ein Reuße ä. L. sein"; jener amtliche Akt trug aber das offenkundigste Zeichen preußenfeindlicher Gesinnung, die, wie sich nun ergab, durch eingewanderte „Welfen" in Kreisen verbreitet war, in denen man sie am wenigsten suchen sollte.

Diesen Elementen, zu welchen der Vertreter des Landrats, Herr v. Uslar-Gleichen, gehörte, wehte im Geiste immer noch die Fahne weiß und gelb voran, weil sie in diesem Ländchen noch nach 32 Jahren im stillen die hohe Wonne ganz fühlen zu können wähnten, Welfen zu sein. Die von ihnen „befürchteten" Gegenkundgebungen hätten doch nur in ihrem eigenen Aushängen hannöverscher Fahnen bestehen können. Außer der allgemeinen Entrüstung in Deutschland hatte diese am politischen Horizonte plötzlich aufgestiegene Wolke glücklicher Weise keine üblen Folgen; es entwickelte sich aus ihr sogar ein reinigendes Gewitter, denn der Erbprinz Heinrich von Reuß j. L. verurteilte in einem veröffentlichten Schreiben an den Stadtrat von Gera „aufs entschiedenste das antinationale Gebahren der Regierung zu Greiz", welches er als den guten uralten reußischen Namen herabwürdigend schmerzlichst empfunden habe; alle Mitglieder des Hauses Reuß j. L. würden an deutsch-nationaler Gesinnung von niemandem übertroffen, die Fahnenaffäre aber sei eine Infamie und unerhörte Beleidigung Preußens, durch die er sich verletzt fühle. Nun richtete der Fürst von Reuß ä. L., gleich nach seiner Rückkehr von der kurz vor der Nationalfeier angetretenen italienischen Reise, an den Kaiser ein Schreiben mit lebhaftem Bedauern über das Verfahren jenes Beamten, der sofort seiner Stellung enthoben sei. Der Fürst that sogar noch ein übriges, indem er nachträglich am 9. April bei Hofe eine Kaiser Wilhelm-Feier veranstaltete. Den Kokarden-Erlaß hatte er übrigens gleich am 22. März bekannt gemacht. Die reußische Frage war somit überraschend schnell, noch bevor es zu diplomatischen Erörterungen und zur Aufstellung eines Weißbuchs kommen konnte, gelöst.

Ferner wurde die Nationalfeier in gewissen ultramontanen Kreisen, von einem Teile der Sozialdemokraten und von Dänen im Schleswig'schen feindselig behandelt. Die großen klerikalen Tageszeitungen hielten sich leidlich zurück, nicht aber die kleinen, in das Volk dringenden Organe dieser Richtung im Rheinlande. Die unter den Bauern an der Mosel, in der Eifel und auf dem Hunsrück verbreitete „Koblenzer Volks-Ztg." z. B. erkannte ironisch an, daß der alte Kaiser ein frommgläubiges Gemüt „zur Schau trug", meinte aber, trotzdem hänge seiner Regierung ein unauslöschlicher Makel an, und die „Trier'sche Landes-Ztg." des Abg. Kaplans

Dasbach wollte vermöge falschen Zitats aus dem Tagebuche der Gräfin Voß glauben machen, Kaiser Wilhelm I. sei einst katholisch getauft worden. Die Bestimmungen, welche der Erzbischof von Posen zur Hundertjahrfeier angeordnet hatte, nahmen sich recht bescheiden aus neben seinen weitgehenden Anordnungen zur 900jährigen Feier des Martyriums des h. Adalbert. Ein Teil der Sozialdemokraten ließ sich durch die Führer nicht von der Nationalfeier abziehen; um so schlimmer trieb es die andere Seite; die „Sächsische Arbeiter-Ztg." in Leipzig z. B. sprach von dem großen Spektakel, dem Gestank zahlloser Talglichter, gemachten Blumen und gemachter Begeisterung. Ähnlich sprach das Dortmunder Organ dieser Partei von den in allen Straßen benebelt umherschwankenden Patrioten mit dem Gesange „Deutschland, Deutschland hat den Dalles". Während in den Städten des Herzogtums Schleswig die Feier großartig und die Teilnahme ziemlich allgemein, an vielen ländlichen Orten sogar glänzend war, bemühte sich die dänische Presse in Nordschleswig, gegen die Feier zu eifern und zu hetzen. Darin zeichnete sich namentlich die vom Abg. Hanssen herausgegebene Zeitung „Heimdal" in Apenrade aus. Alle diese Feindseligkeiten waren glücklicherweise nicht von großer politischer Bedeutung und trugen schließlich nur dazu bei, das Großartige und Erhebende der gesamten Feier noch mehr hervortreten zu lassen, welche unwiderleglich bewies, wie tief der Reichsgedanke Wurzel geschlagen und wie einmütig die Persönlichkeit Wilhelms I. beurteilt und verehrt wird. Trotz aller politischen Gegensätze und Verstimmungen trat die Freude, ein Deutscher zu sein, und das hehre Bewußtsein von unserm großen schönen Vaterlande in begeisterungsvollen Reden und in den mannigfachsten Kundgebungen hervor. Es nahm sich die Feier im ganzen aus wie ein einziges jubelndes Bekenntnis nimmer verglühender Dankbarkeit und des Bewußtseins der wiedergewonnenen nationalen Kraft in festgefügter Zusammengehörigkeit von Fürst und Volk. Die anscheinend beliebteste der zahllosen dichterischen Verherrlichungen Wilhelms I. war wohl die von den Professoren Hans Meyer und Krause, welche mit den Worten beginnt: „Es kam vor hundert Jahren, Der uns auf Gottes Ruf Mit deutschen Heldenscharen Ein Vaterland erschuf." Die letzte dieser Festfeiern bestand in der Huldigung der Studierenden der technischen Hochschule in Hannover am Kaiserdenkmale auf dem

Wittekindsberge der Westfälischen Pforte. Einen würdigen Abschluß erhielt die gesamte Feier durch einen Erlaß des Kaisers vom 26. März, worin er dankbar bekundete, daß sie von allen deutschen Patrioten ohne Unterschied des Bekenntnisses, der Parteistellung und des Berufs in Nord und Süd, Ost und West des großen Vaterlandes und überall, wo Deutsche weilen, mit Begeisterung begangen sei; allen, welche zur Verherrlichung dieses nationalen Festtages beigetragen haben, spreche er seinen wärmsten Dank aus, besonders denen, welche Standbilder errichtet oder Stiftungen begründet hätten; die schönste Ehrung erblicke er jedoch in dem gemeinsamen Gelöbnis, allezeit mit unermüdlicher Pflichttreue dem erhabenen Beispiele des verehrten Kaisers nachzueifern.

Die allgemeine Befriedigung über diese neue Kundgegung des nationalen Geistes wurde, wie schon erwähnt, für viele nur durch eins getrübt: durch die Nichtberücksichtigung des Fürsten Bismarck seitens des Kaisers. Die, wie oben erwähnt, schon während der festlichen Tage laut gewordenen Äußerungen des Bedauerns setzten sich noch weiter fort, je näher der 83. Geburtstag des Fürsten heranrückte. Die Gefahr liegt vor, sagte ein Augsburger Blatt, daß von der nationalen Feier als vorherrschende Nachwirkung ein bitterer Nachgeschmack übrig bleibt, und zwar gerade in den besten Kreisen des Volks. „Was will der Handlanger da! Man ignoriere ihn und er wird nicht mehr sein; der königliche Wille hat ihn ja zu dem erhoben, was er war und ist, er kann ihn auch zunichte machen; leider stimmt das aber nicht, das Genie ist unüberwindlich; die Weltgeschichte wird auch über die bismarcklose Enthüllungsfeier ehernen Fußes hinwegschreiten und den Namen Otto von Bismarck stabilisieren wie einen Bronzefelsen und das deutsche Volk wird ihr Recht geben und nach wie vor seine begeisterte Huldigung darbringen, wie Wilhelm dem Dankbaren, so Otto dem Großen. Das wird sich am 1. April wieder zeigen." Mit derselben Bitterkeit sagte ein Leipziger Blatt: „Der Schmerz steigt tief empor aus jenem Schachte der Vergessenheit, in den das amtliche Berlin den großen Kanzler zu werfen das Bedürfnis empfand; ein tiefer und trauriger Blick des Schicksals gleitet über das Fest und der Mut des Volkes sinkt; der Erbe des bayerischen Thrones hat preisend des Fürsten Bismarck gedacht, der Wittelsbacher sprach und der Hohenzoller schwieg, welch'

melancholisches Bild! Aber dem Prinzen Ludwig sei es doppelt gedankt."

In der That trat am 1. April die Begeisterung für den Fürsten wieder mächtig hervor. Auch diese Kundgebungen sind nicht zu zählen, die Wärme der Empfindung, die Anhänglichkeit an den Liebling des Volkes zeigte sich eben in einem Maße ähnlich wie im Jahre 1892 bei des Fürsten Reise nach Wien und Süddeutschland und wie 1895. In der Festrede bei einer Feier in Berlin schilderte der Abg. Hahn, wie vor Bismarcks Berufung das monarchische Gefühl gering geworden, wie er aber für die Monarchie alles gethan und gewagt, allen Haß, der zu tragen war, auf seine Schultern genommen habe als „der Apostel der monarchischen Gesinnung in Deutschland". Bei einem großen Feste in München führte Professor Stieve aus, daß die Geschichte keine Verbindung kenne, wie die des Fürsten Bismarck mit seinem König, den nicht zu überwältigen, sondern zu überzeugen, der Titanenkraft des ersteren gelungen sei, „ein wunderbar edles Verhältnis, durch das allein die nationale Einigung ermöglicht wurde"; wie dem Bauherrn, so werde das Volk auch dem Baumeister die Treue halten. Das Äußerste in edlem, erhabenem Schwung zeigte die auch rednerisch vollendete Rede des Professors Wex bei der Gymnasialfeier in Dortmund. „Was er geleistet, dem lohnet kein Lohn . . .; er hat gezeigt, daß die Geschichte nicht von einer Mechanik gemacht wird, sondern daß es der Genius des großen Mannes ist, dem alles Geschehene entströmt; in ihm atmete die urgeborene Kraft des deutschen Volkes, in ihm ballte sich das Drängen des Jahrhunderts zum entscheidenden Wirken zusammen; sein Genius schritt sicher durch die tiefsten Finsternisse der Zeit, sein Auge war schärfer, sein Blick reichte weiter, sein Ohr hörte das Flüstern der voranschreitenden Geister der Geschichte."

Nach diesen und vielen ähnlichen erhabenen Aussprüchen, von denen noch ein Aufsatz des Professors Lorentz in der „Tägl. Rundschau" über „Held und Genie" hervorzuheben ist, zuckte es überall freudig auf, als durch das amtliche Telegraphenbureau in Berlin die Nachricht verbreitet wurde, unter den zahlreichen, dem Fürsten zugegangenen Glückwunschtelegrammen befinde sich auch ein in sehr herzlichen Ausdrücken abgefaßtes Telegramm des Kaisers. Um so betrübender aber wirkte der Rückschlag durch die Mitteilung der

„Hamburger Nachrichten" vom 5. April, daß ein solches Telegramm in Friedrichsruh nicht eingetroffen sei, in Verbindung mit der Mitteilung des Berliner „Volk" vom 6. April, vor wenigen Wochen, bei der Hochzeitfeier des Grafen von Bismarck-Bohlen mit der Tochter des Hausministers v. Wedell habe der Kaiser diesen veranlaßt, den schon eingeladenen ältesten Sohn des Fürsten Bismarck wieder „auszuladen", und es sei „ganz ausdrücklich" der Toast auf die Familie v. Bismarck aus der vorgelegten Liste der hochzeitlichen Redner gestrichen worden. Schon wagten sich Gegner des Fürsten in der Presse mit der Meinung hervor, die Nachricht des Telegraphenbureaus sei von Friedrichsruh ausgegangen, um sodann in Abrede gestellt werden zu können; das Bureau machte jedoch am 7. April bekannt, es sei mit jener Nachricht, die es vom Hofrat de Grahl mit dem Bemerken, sie sei durchaus zutreffend, erhalten habe, getäuscht worden. Es war dies dieselbe Person, welche schon im vorigen Jahre durch eine Aufsehen erregende falsche Fassung des Breslauer Czarentoastes Unheil angerichtet hatte. Nun gab es in der Presse ein Suchen und Verlangen nach den „Hintermännern" des Hofrats, nach den Urhebern der „Intrigue", nach der Stelle, von der nicht zum ersten Male derartige Manöver ausgegangen wären, die, wie ein Braunschweiger Blatt meinte, darauf berechnet seien, den Kaiser und den Fürsten gleichzeitig zu verletzen. Dieser eifrigen Suche wurde jedoch ein plötzliches Ende gemacht, indem der wohl minder heilige Grahl, wie in einer Flucht vor der Öffentlichkeit, in einer Nervenheilanstalt verschwand.

Es schien also nunmehr kein Zweifel mehr obwalten zu können, daß Fürst Bismarck aufs neue in Ungnade gefallen war. Schmerz und Trauer überkam die Vaterlandsfreunde. „Jetzt liegts wie ein dumpfer Albdruck auf den Seelen!" rief das Organ des Bundes der Landwirte. „Es ist nicht gleichgiltig für die Entwicklung des Reiches, ob zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Vertrauen oder Abneigung besteht", hieß es an anderen Stellen, denn es liege die Gefahr vor, daß das reiche Gut an nationalem Empfinden, welches der Fürst gehäuft habe, dem Kaisertum und dem monarchischen Gedanken verloren gehe, und daß aus dem Zwiespalt, in den ohne Wunsch und Willen die treuesten Söhne des Vaterlands versetzt würden, eine tiefe Mißstimmung geboren werde; so weit sei es gekommen, daß überall

bis tief in die Kreise des Kleinbürgertums die bitterste Kritik geübt werde. Ebenso hielt der „Hannoversche Courier" vom 9. April für ausgemacht, daß zwischen „dem königlichen Schloß in Berlin und Friedrichsruh eine ernste nachhaltige Verstimmung" bestehe; es wäre zwecklos, diese Thatsache zu verschleiern, die Ursache könne aber nur in den vorjährigen Enthüllungen über den deutsch-russischen Geheimvertrag und seine Nichterneuerung liegen; die jetzige Unterlassung einer kaiserlichen Ehrung für den Fürsten habe so großes Erstaunen hervorgerufen, weil die Hundertjahrfeier ein Staatsakt, die Enthüllung des von der Nation gesetzten Denkmals eine Regierungshandlung gewesen sei, daher auch das Reichsamt des Innern die Arrangements geleitet habe. Das „Leipziger Tageblatt" endlich sprach sich am 18. April mit größter Betrübnis und Bitterkeit aus. Alle Liebe, die der erste Kaiser hinterlassen, sei seinem Enkel entgegengebracht worden und jede im Sinne des Volkes vollbrachte That desselben sei mit freudiger, auch jetzt unverminderter Bereitwilligkeit aufgenommen, und dennoch habe sich infolge mehrerer Vorgänge der Nation eine tiefe Besorgnis wegen der Zukunft bemächtigt; es greife eine Empfindungsopposition im Reiche um sich, wodurch die natürliche Gruppierung der Streiter in den notwendigen politischen Kämpfen verwirrt und die Sammelpunkte der Getreuen des Kaisertums unzugänglich gemacht würden. Was not thue, sei ein Erstarken der Selbständigkeit, des Unabhängigkeitssinnes nationalgesinnter Männer, Tugenden, die sich am Fürsten Bismarck emporrankten, wie der 22. März und der 1. April gezeigt habe.

Unter den 3000 an diesem Tage in Friedrichsruh eingegangenen Depeschen befanden sich zahlreiche aus den kleinsten Orten aller Teile des Reichs; sie gingen aus von Festversammlungen, akademischen Körperschaften, Kollegien von Lehrern und Lehrerinnen, Schulen, Gesellschaften, Gemeinderäten, Kolonialabteilungen, Jungfrauenkränzchen, Krieger-, Sänger-, Sportvereinen, besonders vielen aktiven Militärs, pensionierten und Reserve-Offizieren, zahlreichen Unteroffizierskorps und Beamtenvereinigungen. Sie alle sprachen sich, neben aller Verehrung, in einem durch das höchste Vertrauen hervorgebrachten kordialen Tone aus. Es war ein buntes Rufen von Hurrah, Hoch, Heil, Gutheil, Allheil, Glückauf, Glückzu, Horridoh Schlauch und sogar Gut Holz des Keglers. Was die Telegramme

aus dem Auslande betrifft, so mögen als Absendungsstätten nur herausgegriffen werden: Rio de Janeiro, Bahia, Costa Rica, Jerusalem, Pretoria, Valdivia, Peking, Bogota, Mexiko, Göteborg, Riga, Bilbao, Barcelona, Orsova, Baltimore, Johannesburg, Theben. In den dichterischen Zusendungen kam das Vermissen des Fürsten bei der Nationalfeier vielfältig zum Ausdruck. Da hieß es z. B. „Kein Mensch soll uns Dein Bild verdunkeln, Und wär er noch so hoch gestellt. Im hellsten Glanze wird es funkeln, So lang noch Deutsche auf der Welt!" Eine andere begann mit den Worten „Jubelnd rings in deutschen Landen grüßten wir den alten Herrn. Der am nächsten ihm gestanden, blieb der stolzen Feier fern". Begeisterungs-, sehnsuchts-, herzvoll klangen die sichtlich aus den tiefsten Gefühlen emporgestiegenen Zurufe. Reichsschmied, Einiger, Gründer, der wahre, große Begründer, der rechte Bauherr, der größte Handlanger der Weltgeschichte, Du Einzigstmann, Du Leewster, der unerreichte Kapellmeister im europäischen Konzert, Friedensfürst, größter Kolonialpolitiker, Vater der Bauern, Schöpfer der Nationalflagge, der erste Maschinist des Reichs, scharfäugiger Hüter der stolzesten Güter, Lehrmeister des Volks wurde der Fürst vertraulich angeredet. Den ihm zum 1. April zugedachten Fackelzug nahm er erst am 10. Mai entgegen, wo er in seiner Erwiderungsrede seines vor jetzt 50 Jahren erfolgten „Eintritts in die parlamentarische Politik" gedachte. In dieser langen Zeit habe er viel Liebe und viel Haß erfahren, er betrachte es aber als einen Vorteil des Alters, daß man gegen Haß, Beleidigungen, Verleumdungen gleichgiltig, während die Empfänglichkeit für Liebe und Wohlwollen stärker werde. Den Eindruck der in Friedrichsruh erhaltenen Beweise der Liebe seiner Landsleute werde er aus diesem Leben mitnehmen, wenn er es verlasse.

Nach diesem Verlaufe patriotischer Feste ging's wieder an die saure Tagesarbeit und an die weitere Auskämpfung der politischen Gegensätze, die in ungeschwächtem Maße aufs neue hervortraten. Zunächst in betreff der Forderungen für die Marine. Denn es stand ja eine nochmalige Entscheidung hierüber bei der dritten Lesung des Etats im Reichstage bevor. Auf Seiten der gemäßigten Parteien hörte man wohl, der Gegensatz zwischen den bei der Nationalfeier wieder lebendig gewordenen Erinnerungen und der traurigen Gegenwart, wie sie durch die Marinebeschlüsse des Reichstags zum

gemeinverständlichen Ausdruck gebracht worden, sei allzu klaffend, als daß nicht der patriotische Unmut in vielen Tausenden deutscher Herzen hell auflodern sollte; aber, nüchtern betrachtet, könne man an der ferneren geschlossenen Haltung der entscheidenden Centrumsfraktion nicht zweifeln, die ja versichert habe, nicht aus Handelsleuten zu bestehen und nicht um Schiffe Jesuiten einkaufen zu wollen, freilich aus dem einfachen Grunde, weil es diesen Preis nicht gab; man glaubte, sie wolle bloß herrschen im deutschen Reiche, Machtproben ablegen, wozu selbst eine so große Angelegenheit wie die Flotte herhalten müsse. Von anderer Seite wurde versichert, das ganze Geheimnis dieser Haltung des Centrums bestehe darin, daß es durch Zustimmung zu Ausgaben, welche die Notwendigkeit einer Vermehrung der Reichssteuern nach sich zu ziehen drohten, sich die breite demokratische Schicht entfremden würde, auf welche es sich mehr und mehr gegründet, und daß dies mit Sicherheit den Zerfall der Partei herbeiführen würde. In der That riefen die Organe des Centrums alle Mann herbei; auf Seiten seiner freisinnigen Genossen zeigte sich zwar eine entfernte Geneigtheit, den Marineforderungen noch zuzustimmen, aber nur unter der ausgesprochenen Bedingung, daß der Reichskanzler „dem Fortschritt hold" werde; denn es genüge nicht, daß er, wie man wohl glauben wolle, aller Reaktion abgeneigt sei; sondern er müsse, statt mit Gedenkhallen und Automatengesetzen, mit Vorlagen kommen, die dem Geiste der Zeit entsprechen; dann würde er bald eine Mehrheit hinter sich haben. In Verbindung damit wagte sich die Behauptung hervor, der vorige Reichskanzler habe einmal den Fortschrittsmann Richter als Staatssekretär des Reichsschatzamts ins Auge gefaßt.

In der vom 26. bis 29. März stattfindenden dritten Etatsberatung des Reichstags versicherte zum Marineetat Liebermann (dtschsoz. Resp.), daß die Mehrheit der Abgeordneten nicht die des Volks hinter sich habe, daß die Flottenpläne die Leistungsfähigkeit des Volks nicht überstiegen und daß jedenfalls das heranwachsende Geschlecht opfermutig diese Lasten auf sich nehmen werde. Förster (dtschsoz. Resp.) betonte sogar, eine Großmacht wie Deutschland müsse Weltpolitik treiben, und da befinde man sich bezüglich der Beschaffung neuer Schiffe geradezu in einer Notlage. Endlich legte der Staatssekretär Hollmann nochmals einige günstige Worte für

die geforderten Kreuzer ein: Prinz Friedrich Karl habe 1878 gesagt, in der Marine liege die Zukunft des Reichs, sie müsse uns die vom Landheere geschaffene Lage festhalten. Es half aber alles nichts, die Kreuzer wurden aufs neue abgelehnt.

Darob großer Jubel auf sozialdemokratischer und Triumph auf Seiten der Centrumspartei. „In den Grund gebohrt", frohlockte der „Vorwärts", „ist die deutsche Zukunftsflotte, die jahrelang in dem uferlosen Wolkenkuckucksheim der christlich-germanischen Welt- und Nebelpolitik herumschwamm", weil sie den nationalen Interessen ebenso schroff widerspreche wie dem nationalen Empfinden. Und die katholische „Köln. Volks-Ztg." äußerte: „Was ist nun aus dieser mit so großem Elan begonnenen Marine-Affäre geblieben? Unlust, Vermehrung der Verstimmung, Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Centrum und Reichsregierung und Erschwerung der Fortführung der Geschäfte; alles das hätte man sich überlegen sollen, ehe man diese Affäre anfing, und das Centrum hätte man doch füglich schon vorher kennen dürfen; die Marine-Enthusiasten und die deutschen Weltpolitik-Phantasten haben eine jämmerliche Rolle gespielt." Die Rolle und die Beweggründe der Centrumsfraktion wurden jedoch in der Presse der Parteien der Reichstagsminderheit anders aufgefaßt; es habe, hieß es hier, der Anlaß mißbraucht werden sollen, um eine bestimmte Stelle die Macht des Centrums fühlen zu lassen; wie eine Drohung habe die Äußerung von dessen Wortführer Lieber geklungen, das Centrum werde seinen Mantel niemals nach dem Sturme, sondern nur nach der Sonne drehen. Es ist und bleibt, hieß es in der Berliner „Börsen-Ztg.", ein unnatürlicher Zustand, daß die drei- bis viermal stärkere protestantische Bevölkerung des protestantischen Kaiserreichs von der katholischen Minderheit majorisirt wird. Die Frage, wo das hinaus wolle, wurde namentlich in nationalliberalen Blättern behandelt. Da hieß es u. a.: „Drei Tage lang haben wir in rauschenden Festen das Andenken Wilhelms I. gefeiert; überall Worte und keine Thaten"; die That liege nur auf Seiten der Reichstagsmehrheit; die regierenden Parteien, sagten die „Berliner Neuste Nachr.", sind bei uns die regierenden geworden und sie treten mit um so größerer Rücksichtslosigkeit auf, als sie genau wissen, daß sie es ungestraft thun können"; denn zur Auflösung des Reichstags könne die Regierung sich wegen des unsicheren

Erfolges nicht entschließen. An solche Betrachtungen reihten sich anzügliche Bemerkungen, wie diese: War aber Friedrich d. Gr. des Erfolges sicherer, als er die schlesischen Kriege begann, oder Wilhelm I., als er nach Böhmen und an den Rhein zog? Unverblümter fragten Blätter, wie z. B. die „Rheinisch-Westfälische Ztg." in Essen, ob nicht endlich der große Augenblick nahe, in dem sich erweisen müsse, ob Wilhelm II. versuchen werde, in die Fußstapfen Kaiser Wilhelms I. zu treten und die moralische Verantwortung für die Flottenreorganisation auch gegen den Willen des Volks zu übernehmen? Warum werde nicht wenigstens das einfachste Mittel ergriffen, die Auflösung des Reichstags? Keine bessere Wahlparole werde es geben, als „Für die deutsche Kriegsflotte!" Selbst ein Blatt wie der „Schwäbische Merkur" in Stuttgart warf die Frage auf: „Soll und kann die Regierung die Niederlage, welche sie mit voller Wucht trifft, ruhig hinnehmen, nachdem sie die Bewilligung der in Rede stehenden Forderungen mit allem Nachdruck als eine Lebensfrage unserer nationalen Zukunft hingestellt hat?" In diesem Ideen-Zusammenhange wagte sich der Gedanke vom Nahen eines besonderen Planes hervor, als Ende März dem Staatssekretär Admiral Hollmann ein längerer Urlaub erteilt und der Chef der ostasiatischen Kreuzer-Division, Kontre-Admiral Tirpitz, in einer Weise zu seiner Vertretung bestellt wurde, daß man darin den Nachfolger erblicken mußte. Wenigstens wurde gleichzeitig an die Stelle Tirpitz's, der schon lange als organisatorische Kraft ersten Ranges gelten sollte, der Kontre-Admiral v. Diedrichs ernannt. Der Name Tirpitz galt mehrseitig als Bürgschaft für eine energische Aufrechterhaltung des Marineprogramms, der „Konflikt" galt für aufgeschoben, und es mußte sich bei den nächstjährigen Reichstagswahlen herausstellen, ob das Centrum seines „See-Siegs" froh werden würde.

Wenn es noch eines Zeichens bedurft hätte, daß die Regierung diese Marinefrage nicht etwa versumpfen, sondern bei erster günstiger Gelegenheit aufs neue in den Vordergrund zu schieben gedenke, so konnte es darin gefunden werden, daß der Kaiser am 27. April durch den Korrespondenz-Sekretär seiner Schatull-Verwaltung, Geh. Reg.-Rat Meißner, an die Magistrate der preußischen Städte eine von ihm selbst angefertigte vergleichende Marine-Tabelle übersenden ließ, welche die Flottenverhältnisse des Reichs

von 1886 und 1896 veranschaulichte. Aus der „Einst und jetzt" überschriebenen Tabelle ging hervor, daß das Reich damals 27 Schiffe mit 343 Geschützen hatte, während ihm jetzt nur 14 Schiffe mit 168 Geschützen zur Verfügung stehen, insbesondere, daß die gesamte Kreuzerflotte des Jahres 1886 allmählich aus der Liste für den auswärtigen Dienst ohne jeden Ersatz verschwunden, mit diesem vielmehr erst im vorigen Jahre begonnen ist. Zu dieser unbestreitbar rein sachlichen Darstellung warf die „Freisinnige Ztg." die Frage auf, was der Geh. Rat Mießner mit dieser Wiederaufnahme der „Agitation für die Flottenvermehrung" bezwecke. In gleichem Sinne fragte die demokratische „Frankfurter Ztg.", wie man dazu komme, mit politischen Dingen die Magistrate zu behelligen, die doch nach früheren Ministerial-Entscheidungen als Kommunalbehörden keine Politik treiben dürften. Andererseits nahm die sog. Bismarckpresse Anlaß, das kaiserliche Rundschreiben als „beredte Anklageschrift gegen den neuen Kurs" und als Ruhmeslied der Amtsführung des ersten Kanzlers zu bezeichnen, der nicht aus Rücksichten bequemerer Führung der parlamentarischen Geschäfte nach schwächlichem Kampfe die Zipfelmütze über die Ohren gezogen und sich zu Bette gelegt habe, „wie es andere gethan".

Fast gleichzeitig mit der Nachricht über die kaiserliche Versendung der Marinetabellen an die Städte, wurde in der gesamten Presse folgende Nachricht der „Leipziger Neusten Nachr." verbreitet: Als der Kontre-Admiral Prinz Heinrich vom Kaiser den Befehl erhalten habe, ihn beim Regierungsjubiläum der Königin von England zu vertreten, habe er die Mannschaft seines Flaggenschiffs „König Wilhelm" antreten und ihr eine Depesche verlesen lassen, in welcher der Kaiser sage, er bedauere, daß er zu der Feier kein besseres Schiff als jenes zur Verfügung stellen könne, während andere Staaten mit ihren neusten, stattlichsten Kriegsschiffen glänzen würden. Dies sei die traurige Folge des Verhaltens jener vaterlandslosen Gesellen, welche die Beschaffung der für das deutsche Reich notwendigsten Kriegsschiffe zu hintertreiben wüßten. Er werde aber nicht rasten in dem Bestreben, seine Marine auf die gleiche Höhe zu bringen, deren sich die Armee erfreue. Ein Berliner Blatt bestritt diesen Wortlaut der Depesche mit der Versicherung, es sei nur das Bedauern ausgesprochen worden, nicht ein modernes Schiff senden zu können.

Die Presse geriet in große Aufregung über diese angeblichen Äußerungen. Auf einer Seite hielt man es für ganz unmöglich, daß der Kaiser sich in dieser oder einer ähnlichen Weise geäußert haben könne, weil es in Widerspruch mit den Thatsachen stehen und eine Beleidigung des Reichstags enthalten würde; dieser habe auch keinen Panzer abgelehnt, es seien deren vier neue vorhanden, mithin sei es keineswegs notwendig, den 32-jährigen „König Wilhelm" nach England zu senden, und um so weniger, als gerade für Repräsentationszwecke die „Hohenzollern" erbaut worden sei; jedenfalls lasse sich über die Richtigkeit der Anschauungen über den Wert der Marine für Deutschland streiten, die amtlichen Denkschriften der Marineverwaltung ständen mit einander in Widerspruch und es lasse sich doch nicht behaupten, daß die Mitglieder der Reichstagsmehrheit gegen ihre Überzeugung gestimmt hätten. Ein anderer Teil der Presse zeigte sich höchst aufgebracht darüber, daß das Volk dem Kaiser nicht an die Hand gehe, und es wurde gefragt, wie es nur möglich sei, daß Kaiser und Volk, die doch dasselbe wollten, nicht dasselbe beschlössen. Und nun kam, wie schon bei früheren Gelegenheiten, ein nervöses Drängen nach amtlicher Veröffentlichung des Wortlauts jener Depesche. Der Einwand, daß es sich um eine Korrespondenz mit einem königlichen Prinzen handele oder daß deren Verlesung an Bord eines Kriegsschiffs keinen öffentlichen Vorgang bilde, sollten in unserer Zeit der Öffentlichkeit nichts gelten, die Sache müsse im Reichstage zur Sprache gebracht werden. Manche meinten aber doch, bei ruhiger Überlegung könne man es gar nicht verwunderlich finden, wenn der Kaiser seinem Unwillen wirklich einen starken Ausdruck verliehen hätte; genieße denn dieser Reichstag überhaupt noch Achtung? Kein Wunder, wenn die Nation sich von ihm abwende und wenn ein starker Wille nichts von dieser Art von Volksvertretung mehr erwarte; es hätte sich eher schon längst erwarten lassen, daß der Monarch seinem Unmute über die Versagung dessen, was ihm am meisten am Herzen liege, in irgend einer Weise Luft mache. Eine amtliche Richtigstellung erfolgte schließlich nicht, die freisinnige Presse erging sich aus diesem Anlasse in den düstersten Betrachtungen über die gesamte innere Lage und in der Voraussagung radikalen Ausfalls der nächstjährigen Wahlen, während das Hauptorgan der Centrumspartei, die von ihrem Führer Lieber im November v. Js. als Schutztruppe des Kaisers hingestellt

war, unter dem Vorgeben einer ungenügenden Preßfreiheit sich der Besprechung der Sache entzog.

Außer den Marinefragen beschäftigten den Reichstag bei der dritten Lesung des Etats nur wenige Gegenstände. Ein Antrag auf Gewährung von Tagegeldern für die Reichstagsabgeordneten wurde mit 179 gegen 49 Stimmen angenommen, während gleichzeitig der schwache Besuch des preußischen Abgeordnetenhauses den Beweis zu liefern schien, daß auch dieses Mittel nicht vor ständiger Verödung der Parlamente schütze. Zum Etat des Auswärtigen Amts erhoben Bebel (soz.) und Liebknecht (soz.) Beschwerden wegen grausamer Behandlung eines in Barcelona verhafteten deutschen Anarchisten; Staatssekretär v. Marschall wies jedoch nach, daß unsere Regierung sich dieses Mannes, eines deutschen Deserteurs, angenommen habe und daß von Tortur gegen ihn und seine Genossen keine Rede sein könne. Als die Budgetkommission zum Etat des württemberg'schen Kontingents eine Erklärung für Unterbringung der zwei neuen württemberg'schen Infanterie-Regimenter in Weingarten statt in Ulm beantragte, legte der württemberg'sche Kriegsminister Schott v. Schottenstein unter humoristischen Wendungen dar, daß aus Verwaltungsrücksichten dem Wunsche nicht nachgegeben werden könne. Damit kam er jedoch übel an beim Centrumsführer Lieber, der unter der Darstellung, daß es sich nunmehr um eine hochpolitische Angelegenheit, um die Berücksichtigung der Reichstagsbeschlüsse, handele, der beantragten Erklärung zum Siege verhalf.

Der am 29. März vom Reichstag endgültig genehmigte Etat wies in Einnahme und Ausgabe 1 307 576 039 Mark auf. Daran schloß sich im April und Mai die Genehmigung von drei Nachtragsetats. Der erste betraf die Mittel für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, nämlich für Einführung des Schnell-Ladegeschützes, tragbarer Schützengräben und der Schießlanze als Einheitswaffe der Kavallerie. Bei der Beratung hierüber suchte Bebel (soz.) die Ablehnung seitens seiner Partei mit dem oben erwähnten angeblichen kaiserlichen Ausspruche zu begründen. Der zweite Nachtragsetat enthielt 61000 Mark für Vermehrung des Personals beim Reichsversicherungsamt und 100000 Mark für die Beteiligung des Reichs an der Pariser Weltausstellung; der dritte Nachtragsetat betraf 60000 M. zur Verstärkung des Vergütungsfonds des Auswärtigen Amts.

Die allgemeinen Betrachtungen über Vorgänge in der inneren Politik hatten bereits mehrfach damit geendet, daß sich die Folgen bei den nächstjährigen Parlamentswahlen zeigen würden, von denen ein Teil der vielen Unzufriedenen eine gründliche Umwandlung der Lage erhoffte, der andere befürchtete. Daß ein gedeihlicheres Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung erst von der Bildung einer großen, echt national gesinnten Mehrheit des Reichstags zu erwarten stehe, lag zwar auf der Hand und wurde auch von allen Seiten zugegeben; es unterblieben aber fortwährend alle hierzu nötigen Vorbereitungen der Parteien. Auf freisinniger Seite wurde schon im Januar ein Versuch angestellt, wenigstens beide Parteien dieser Richtung einander näher zu bringen. Der geschäftsführende Ausschuß des „Wahlvereins der Liberalen" oder der „Freisinnigen Vereinigung" wandte sich an den der „Freisinnigen Volkspartei", um eine Klärung mit Rücksicht auf den bevorstehenden schweren Reichstagswahlkampf herbeizuführen, da eine rechtzeitige Verständigung über die aufzustellenden Kandidaten „angesichts der Gefahr, mit welcher die extrem-agrarische Agitation unser öffentliches Leben bedroht", ein dringendes Gebot sei. Es wurde daher eine Verständigung auf Grundlage der Aufrechthaltung des gegenwärtigen Fraktionsbesitzstandes vorgeschlagen. Die Geschäftsleitung der Freisinnigen Volkspartei, vertreten durch den Abg. Richter, machte jedoch Schwierigkeiten; es sei „stets" ihr oberster Grundsatz, die freien Entschließungen der Wähler als maßgebend anzusehen, nicht ihnen durch solche Abkommen vorzugreifen, nicht von oben herab zu dekretieren, von unten herauf müßten die Entschließungen sich aufbauen. Im übrigen schien aus der ablehnenden Antwort die Besorgnis hervorzugehen, auf jene Weise Mandate am Ende an die Bruderfraktion zu verlieren. In einem Teile der Presse der Freisinnigen Volkspartei wurde „dieser Streit um drei oder vier Mandate" für allzu kleinlich gehalten; es könne dadurch die Thatkraft des Bürgertums gelähmt werden und man würde an der Zukunft verzweifeln, wenn die Linke nicht einmal unter sich einig werden könne; ihr Hader um ein halbes Dutzend Mandate könne ein halbes oder ganzes Hundert anderer Mandate kosten. Nun wurde von dritter Seite eingeworfen, ohne Heranziehung der gemäßigt Liberalen würde für die liberale Sache überhaupt nichts erzielt werden können,

eine Auffassung, welcher jedoch die Thatsache entgegenstand, daß die beiden äußersten Flügel der Liberalen schon längst sich gegenseitig nicht mehr als Liberale anerkannten. Die Freisinnige Vereinigung setzte trotz der Richter'schen Ablehnung ihren Annäherungsversuch fort und betonte vor allem, daß infolge dieses Streits in einer Reihe von Wahlkreisen Konflikte entstehen und infolgedessen beiden freisinnigen Richtungen Mandate verloren gehen würden. Endlich kam es am 19. Februar zu einer Besprechung zwischen den Vertrauensmännern beider Richtungen; sie endete jedoch aussichtslos, weil die Männer der schärferen Tonart eine gemeinsame allgemeine Erklärung rundweg ablehnten, und die Herren von der milderen Richtung von einer vorgeschlagenen provinzenweisen Erörterung der Verhältnisse der Wahlkreise nur eine Verschärfung der etwa vorhandenen Gegensätze besorgten. Dieser Erfolg, meinte nunmehr die Richter'sche „Freisinnige Ztg.", sei leider bereits jetzt, und zwar „gerade durch das ganze Vorgehen der Freisinnigen Vereinigung" eingetreten; das Organ der letztern, das „Reichsblatt" aber sagte pikiert „Herr Richter will nicht; nun, dann läßt ers eben bleiben; die Verantwortung haben die Leute zu tragen, welche, als es noch Zeit war, das Mahnwort zur Einigkeit nicht sprechen und nicht hören wollten". Der ganze Verständigungsversuch hatte also nur zu einer noch weiteren Trennung der feindlichen Brüder geführt, deren Gegner daher von einer „Auseinanderverständigungs-Aktion" derselben sprachen. Zum Schluß kam der Abg. Barth am 21. Februar in einer großen Versammlung von „Liberalen" zu Greifswald auf die Theorie zurück, welcher die That so kläglich versagt hatte, nämlich, daß die einzelnen Gruppen der Liberalen das, was sie trennt, bei Seite stellen und nur auf das, was sie einige, sehen müßten; im übrigen suchte er allen Haß beider Fraktionen gegen „die Agrardemagogen, eine Beulenpest, gefahrbringender als die Influenza", abzulenken.

Eine zweite für die nächsten Wahlen wichtige Wendung wurde vorübergehend für möglich gehalten, nämlich eine bis zur Auflösung der nationalliberalen Partei gehende Annäherung derselben an die Agrarier. Es waren allerdings einige seltsame Dinge in dieser Richtung vorgekommen; aber es zeigte sich anfangs Mai, daß Verständigungsversuche, welche lediglich in der Provinz Hannover zwischen beiderseitigen Vertrauensmännern vorgekommen und überdies

gescheitert waren, von Gegnern, namentlich auf freisinniger Seite, vorzeitig und grundlos Übertreibung und Verallgemeinerung erfahren hatten. Die „Vossische Ztg." konnte somit ihre am 23. April begonnene Verhöhnung der Nationalliberalen, die Behauptungen vom angeblichen Wahlbündnis der Partei v. Bennigsens mit denen, welche einst gesagt hatten, dieser Herr und andere könnten ihnen „schnuppe sein oder sonst was", nicht fortsetzen.

Ein auf die nächsten Wahlen bezüglicher gesunder, aber vereinzelter Vorgang war zu erblicken in einer am 6. März zu Mörs in der Rheinprovinz stattgehabten vorbildlichen Versammlung nationaler Parteien d. h. von Wählern der konservativen, der freikonservativen, der nationalliberalen Partei und des Bundes der Landwirte. In der That trat hier nur hervor, was die nationalen Parteien einigt. Man erkannte an, daß der Hauptgrund der Not der Landwirtschaft in der durch die Dampfkraft erleichterten Einfuhr ausländischen Getreides liege, war aber weit entfernt, Getreidemonopol, Antrag Kanitz und Beseitigung der Handelsverträge zu verlangen; die Parole für die Reichstagswahlen wollte man dagegen in einer Verständigung zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft über diese Verträge, sowie in Bekämpfung der Sozialdemokratie, der polnischen wie der dänischen Bewegung finden. Vielleicht veranlaßt durch die Vorgänge in dieser Versammlung, stellten die „Hamburger Nachrichten", das Blatt, dem fortwährend nähere Beziehungen zum Fürsten Bismarck nachgesagt wurden, den Plan eines „Kartells der produktiven Stände" auf. Es liege durchaus im Interesse aller Produzenten, sich zu vereinigen, um denjenigen Einfluß auf die Gesetzgebung zu erlangen, der ihnen gebühre und den sie jetzt wegen ihrer Uneinigkeit und deshalb nicht besäßen, weil im Parlamente so viele Leute das große Wort führten, die an der nationalen Arbeit nicht beteiligt seien, und weil dort Fraktionsinteressen den Ausschlag gäben, die alles andere, nur nicht der Ausdruck der Bedürfnisse des praktischen Lebens unseres Volkes wären.

Von der konservativen Partei als solcher ließ sich schon nach dem, was bereits oben (S. 69) von ihr gesagt wurde, nichts ernstliches im Sinne eines Zusammenschlusses der nationalen Parteien erwarten. Nicht bloß hatte sie die begonnene Abschwenkung von den Agrariern wieder aufgegeben, sondern sie geriet aus Anlaß der am

8. April im Reichstagswahlbezirke Torgau-Liebenwerda stattgehabten Ersatzwahl in Streit mit den Alt-Christlich-Sozialen, so daß sie den von ihr beim vorjährigen Ausscheiden des Hofpredigers a. D. Stöcker verkündigten Grundsatz, zwar getrennt von dieser Partei marschieren, aber vereint mit ihr schlagen zu wollen, schon bei diesem ersten Anwendungsfalle wieder aufgab. An dem glänzenden Siege des freisinnigen Kandidaten Knörcke gab das Stöcker'sche „Volk" den Konservativen die Schuld, weil sie sich vom falschen Liberalismus hätten umstricken lassen. Hierunter verstand das Blatt schon bloß das Einstehen der Konservativen für den freikonservativen Kandidaten Bussenius in Torgau. Freilich war dieser ein Agrarier; deren Organ schob die Schuld an diesem Wahlausfall der Regierung zu, „gegen die nun einmal ein tiefer, im Herzen sitzender Unmut" begründet sei. Auf freisinniger Seite hieß es dagegen, diesen Sieg verdanke die freisinnige Wählerschaft sich selbst, nicht unnatürlichen Bündnissen, und er sei überhaupt das Zeichen eines allgemeinen „Zuges nach links", sodaß das liberale Bürgertum mit der besten Aussicht den allgemeinen Wahlen entgegen gehen könne. Allerdings ging durch diesen „Torgauer Marsch nach links" den Konservativen, neben Plauen, Kolberg, Halle, Löwenberg, Schlettstadt und Mörs, in kurzer Zeit das siebente Reichstagsmandat an minder rechts stehende Richtungen verloren.

Auf die Centrumspartei war bezüglich eines Parteien-Zusammenschlusses am wenigsten zu rechnen. Ihre Anhänger stimmten anfangs April bei der Reichstags-Ersatzwahl im Bezirke Schwetz für den hierdurch zum Siege über den deutschen Kandidaten gelangten Polen Saß-Jaworski, wie von dem Centrumsblatte „Schlesische Volks-Ztg." zugegeben wurde. Die Gefährlichkeit dieses Spiels trat recht deutlich darin hervor, daß polnische Arbeiter, die erhitzt von der Wahl zurückkehrten, den deutschen Lehrer Grütter aus Luschkowko auf der Eisenbahnfahrt von Schwetz nach Terespol töteten, und daß der „Orędownik" diesen Wahlsieg als „Illustration der elementaren Bewegung" feierte, welche jetzt das ganze polnische Volk von Putzig bis Myslowitz durchwühle. Man müsse, sagte das Blatt weiter, sich mit der Thatsache zufrieden geben, daß das nationale Erwachen des polnischen Volkes unter preußischem Szepter auf organischem Wege vor sich gehe. Vor allem aber kündigte die

katholische „Köln. Volks-Ztg." am 9. April ein „noch sachlicheres Auftreten" des Centrums im Reichstage und damit die Herbeiführung einer Verschärfung des Gegensatzes zur Regierung an; die Zeit sei vorbei, wo die Reichstagsmehrheit geneigt sei, „besondere Opfer zu bringen, um die Weiterführung der Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe oder irgend eines sonstigen Reichskanzlers zu ermöglichen"; die Verantwortung dafür falle auf die Instanzen, welche es nicht verstanden hätten, das bisherige große Entgegenkommen des Centrums zu verstehen und zu würdigen. Das Ergebnis dieser Umschau über die Haltung der Parteien bestand also darin, daß nirgends sich die Aussicht auf einen Zusammenschluß nationalgesinnter Parteien für die nächsten Reichstagswahlen eröffnete, sondern daß fast jede nur darauf ausging, wie bisher, den anderen möglichst viele Vorteile wegzuschnappen.

Die nächsten politischen Vorgänge drehten sich wieder um die Verhandlungen der großen Parlamente. Im Reichstage wiederholten die Polen am 29. und 30. März die Klagen, mit denen sie bereits im preußischen Abgeordnetenhause gründlich abgewiesen waren. Wie schon dort, waren es besonders v. Czarlinski und v. Jazdzewski, welche in der wegen Gebrauchs der polnischen Sprache stattgehabten Auflösung von Versammlungen Rechtsverletzungen erblickten. Hiergegen blieb dem Staatssekretär v. Boetticher nur übrig, die im Abgeordnetenhause ertheilten Antworten zu wiederholen und auf die vom preußischen Minister des Innern gegebenen Anweisungen zu verweisen. Unterstützung fanden die Polen von den Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei, Pachnicke und Lenzmann. Ersterer brachte vor, daß kürzlich in Hinterpommern bäuerliche Versammlungen in jeder Weise erschwert und daß damit unnötig Aufregung hervorgerufen sei; das sei nicht die Art, wie man zu germanisieren habe. Lenzmann hielt ein Reichsvereins- und Versammlungsrecht für nötig, bezüglich dessen die Regierungen ihr Versprechen nicht erfüllt hätten. Diesen Vorwurf wies der Staatssekretär v. Boetticher mit dem Bemerken zurück, daß er sich doch nur gegen die preußische Regierung richten könne, diese aber nicht treffe, da sie sich soeben mit Fertigstellung eines Gesetzes zur Beseitigung des die Verbindung der politischen Vereine unter einander verbietenden § 8 des Vereinsgesetzes beschäftige.

Nachdem der Reichstag sodann am 2. April einen Antrag von Liebermann (d. Resp.) für Wiedereinführung der konfessionellen Eidesformel angenommen hatte, beschäftigte er sich am 2. und 3. April mit dem von der Centrumsfraktion abermals eingebrachten Antrage auf Aufhebung des Jesuiten-Ausweisungs-Gesetzes von 1872. Dabei ereignete sich das Merkwürdige, daß von konservativer und von freisinniger Seite, vom Grafen Limburg-Stirum und Rickert, beantragt wurde, nur den § 2, also die Bestimmung aufzuheben, wonach ausländische Jesuiten aus dem Reichsgebiete ausgewiesen, inländischen aber Aufenthaltsbeschränkungen innerhalb des Reichsgebiets auferlegt werden können. Namens des Centrums bestanden zwar Graf Hompesch und Lieber auf der Abschaffung des ganzen Gesetzes, sie erklärten sich aber mit jenem Antrage als einer Abschlagszahlung dankbar einverstanden. Rickert meinte, § 2 habe für die katholische Bevölkerung entschieden etwas Verletzendes. Bei der Abstimmung wurde nicht nur der Hauptantrag, und zwar gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien, der Nationalliberalen und einiger Freisinnigen, sondern auch der Antrag auf Aufhebung nur des § 2 angenommen. Über diese Beschlüsse frohlockten die Anhänger der Centrumspartei, während sich auf anderen Seiten großes Bedauern zeigte; es fehle, hieß es hier, dem Messer der Stiel, falls der Bundesrat letzteren Beschluß annehmen sollte, denn es bleibe alsdann zwar der Jesuitenorden vom Reichsgebiete ausgeschlossen und die Errichtung von Niederlassungen untersagt, aber die Jesuiten selbst würden zugelassen sein und könnten dann wegen Verstoßes gegen § 1 nicht mehr ausgewiesen oder interniert, § 1 selbst aber würde wirkungslos oder zu einer Quelle fortwährender Streitigkeiten werden, in welchen der Staat eine geradezu lächerliche Figur spiele. An solche Urteile knüpften sich sodann in der Presse noch einmal eingehende Darlegungen der friedenstörenden Natur der Jesuiten und ihrer stiftungsmäßigen Aufgabe des Kampfes gegen die evangelische Kirche. Die Münchener „Allgemeine Ztg." sah in den Beschlüssen ein neues Zeichen der „Centrumsherrschaft" und der Widerstandslosigkeit des Reichstags gegen eine wehrlose Auslieferung des Staats an eine herrschbegierige Klerisei, gleichwie der ganze Reichsgedanke nicht mehr im Parlamente, sondern in den Fürsten seine festeste Stütze habe. Große Verwunderung hörte man ferner über

die Abstimmung eines Teiles der Nationalliberalen für Aufhebung des § 2, während bis dahin gerade diese Partei am entschiedensten ultramontanen Gelüsten gegenübergetreten sei. Hr. v. Bennigsen habe allerdings schon bei der Beratung des Reichstags vom 17. Juni 1896 angedeutet, daß sich über die Preisgebung des § 2 unter Umständen vielleicht reden ließe. Jetzt war er nicht erschienen und die Namen seiner Meinungsgenossen sind nicht bekannt geworden. Im ganzen sah man in den neueren Beschlüssen eine weitere Abbröckelung des ganzen zum Schutze des Staates erlassenen Gesetzes. Im übrigen wurde vor den Osterferien des Reichstags nur noch das schon oben erwähnte Handelsgesetzbuch erledigt, und zwar fand trotz seiner Wichtigkeit und Ausdehnung die zweite und dritte Lesung vom 5. bis 7 April in rapider Eile statt. Bei dieser Treibjagd lief der Handelsstand die große Gefahr einer Verschlechterung seiner Verhältnisse, denn die Kommission hatte alle lediglich auf dem Grunde von Treue und Glauben im Handelsverkehr beruhenden Ausnahmen von dem sonst geltenden Rechte beseitigt, und der Reichstag zeigte, trotz der laut gewordenen Entrüstung der Kaufleute und der Warnungen der beiden Vertreter Hamburgs, Neigung, die Kommissionsbeschlüsse zu genehmigen, da man augenscheinlich keine Lust hatte, auf die Sache näher einzugehen. Nur die Drohung eines Abgeordneten mit Auszählung des spärlich besuchten Hauses und das Schreckmittel, nach Ostern noch einige Sitzungen auf die Vorlage verwenden zu müssen, übte Wirkung und erzwang die Annahme jener Bestimmungen.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich bis zur Osterpause nur noch (am 5. April) mit einem von Motty (Pole) vorgeschlagenen Gesetzentwurfe, wonach Grundstücke behufs Hebung der Landeskultur mit bevorrechtigten Meliorationsdarlehen sollten belastet werden können, am 6. April mit einem später zur endgültigen Annahme gelangten Gesetzentwurfe wegen Aufwendung von 16 Millionen M. für den Umbau des Charitee-Krankenhauses in Berlin und die Verlegung des dortigen Botanischen Gartens, der schon ganz in das Häusermeer hineingeraten war, nach dem bisherigen Gute Dahlem am Grunewald, und endlich wurde am 6. April eine Aufforderung an die Regierung beschlossen, dem gewerblichen, insbesondere auch dem kaufmännischen und dem ländlichen

Fortbildungsschulwesen, unter voller Wahrung seines Charakters als einer Gemeinde-Einrichtung, eine weitergehende Förderung zu teil werden und zu diesem Zweck vom nächsten Etatsjahr an ein bestimmtes Beitragsverhältnis des Staat eintreten zu lassen.

Der Kaiser hatte am 4. März der Vereidigung der Marinerekruten in Wilhelmshaven beigewohnt und folgenden Tags mit seinem Bruder der Stadt Bremen einen Besuch abgestattet. Als am 8. April dem Reiche einer seiner verdienstvollsten Männer, der Staatssekretär des Reichspost- und Telegraphenamts, Dr. v. Stephan, durch den Tod entrissen wurde, ehrte der Kaiser das Andenken an ihn durch persönliche Teilnahme an der Trauerfeier und durch ein an die Wittwe gerichtetes Schreiben, in welchem er sagte: „Wie die Geschichte die Erinnerung seiner genialen Schöpfungen bewahren wird, so werden mir die hohen Verdienste, die er sich um das Vaterland erworben, und die unentwegte Treue, die er unter vier Königen und drei Kaisern bis zum letzten Athemzuge bethätigt hat, allezeit unvergessen sein". Die am 21. April erfolgte Ankunft des Kaisers in Wien wurde allgemein als ein erfreuliches Zeichen des Einverständnisses der drei Ostmächte in der wieder aufgelebten Orientfrage angesehen, und um so mehr, als dieser Aufenthalt der Reise des Kaisers Franz Joseph nach Petersburg unmittelbar vorherging. Kaiser Wilhelm nahm im Offizier-Kasino der Josephstädter Kavallerie-Kaserne zu Wien an einer Frühstückstafel teil, wobei er in einer Erwiderung auf die Ansprache des Obersten v. Ströhr seine Zufriedenheit über die Leistungen seines österreichisch-ungarischen Husarenregiments aussprach, das er sodann bei einer Parade auf der Schmelz dem Kaiser Franz Joseph vorführte. Von Wien begab sich der Kaiser am 23. April nach Strehlen bei Dresden zur Feier des Geburtstags des Königs von Sachsen, wozu auch die Kaiserin sich eingefunden hatte. Folgenden Tags in Karlsruhe eingetroffen, gedachte der Kaiser in seiner Antwort auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Schnetzler, an die kaiserliche Hundertjahrfeier anknüpfend, in warmen Worten der Mitwirkung des Großherzogs von Baden am Zustandekommen der deutschen Reform. Weiterhin sprach er die Hoffnung aus, daß, soweit er die Lage übersehe, der Friede für Deutschland, ja wohl auch für Europa gewahrt bleiben werde, zu dessen Erhaltung aber eine starke Armee und Marine erforderlich sei, ein bei der Lage

der Orientfrage immerhin wertvoller und mit Dank aufgenommener Ausspruch. Ende April hielt sich der Kaiser bei seiner Mutter zu Kronberg im Taunus, sodann in Schlitz auf und am 4. Mai erschien er auf der Werft des „Vulkan" in Bredow bei Stettin, wo er, von einer dichtgedrängten Menge freudig begrüßt, beim Stapellauf des für den „Norddeutschen Lloyd" in Bremen bestimmten Doppelschrauben-Schnelldampfers anwesend war, welcher Einrichtungen besitzt, um als Hülfskreuzer der Marine zu dienen, und für das größte Schiff der Welt galt, denn es ist 648 Fuß über Deck lang, besitzt eine Breite von 66 Fuß und vom Hauptdeck bis zum Kiel eine Tiefe von 43 Fuß; die Masse wiegt mehr als 170 000 Zentner und sein Inhalt beläuft sich auf nahezu 14 000 Register-Tonnen. Der Taufakt wurde von der Gemahlin des Präsidenten des Aufsichtsrats des Lloyd, Plate, mittelst einer in Versen gehaltenen, schwungvollen Ansprache vollzogen, die mit der Benennung des Schiffs „Kaiser Wilhelm der Große" schloß. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft „Vulkan", Geh. Kommerzien-Rat Schlutow, wurde vom Könige ins Herrenhaus berufen. Wie schon bei früheren Frankreich bewegenden unpolitischen Vorgängen, gab der Kaiser seine Teilnahme an dem großen Pariser Brandunglück vom 4. Mai zu erkennen; er erschien zu diesem Zweck im französischen Gesandtschaftshotel zu Berlin und sandte dem Präsidenten Faure telegraphisch den Ausdruck seines Mitgefühls. Vom 11. bis 14. Mai weilte das Kaiserpaar nebst zwei Söhnen in Schloß Kurzel bei Metz, am 15. hielt es feierlichen Einzug in Straßburg, an den nächstfolgenden Tagen nahm es Aufenthalt in Wiesbaden.

Nach den Osterferien hatte der preußische Landtag nichts eiligeres zu thun, als sich der endlichen Erledigung des Etats zu widmen, der füglich bereits seit 4 Wochen, zum Beginn des neuen Etatsjahres von dem schon seit dem 20. November v. J. versammelten, seit dem 8. Januar mit dem Etat befaßten Landtag hätte fertig gestellt sein müssen. Die Beratung des Kultusetats, des einzigen, um welchen es sich bei der zweiten Beratung im Abgeordnetenhause noch handelte, wurde hier vom 28. April bis 8. Mai behandelt. Hierbei traten mehrere interessante Episoden ein. Zunächst führte Roeren (Centr.) Beschwerde darüber, daß noch immer nicht mit dem Reste der kirchenpolitischen Gesetzgebung

aufgeräumt sei, denn fortwährend würden die Katholiken auf dem Gebiete des Volksschulwesens ungleich behandelt; wenn tausende von Kindern ohne Religionsunterricht aufwachsen müßten, so entstehe daraus Material für diejenige Partei, deren Anwachsen den Kaiser veranlaßt habe, zum Kampfe gegen sie aufzufordern; auch die Germanisierung in den östlichen Landesteilen bedeute ein gutes Stück Protestantisierung; ungerecht seien auch die den katholischen Ordensniederlassungen und Vereinen auferlegten Beschränkungen. Die Antwort hierauf übernahm erstlich v. Eynern (nat.-lib.), welcher darauf hinwies, daß das Centrum da, wo es ihm passe, Sozialdemokraten bei der Wahl zu unterstützen pflege, daß ferner, wie bereits im vorigen Jahre nachgewiesen worden, eher die Evangelischen zur Beschwerde über ungleiche Behandlung berechtigt seien; daß aber die Ordensniederlassungen nicht zu klagen hätten, zeige das Kloster Maria Laach, welches im Begriff stehe, durch die Ausdehnung seiner wirtschaftlichen Betriebe den ganzen Bauernstand der Umgegend aufzusaugen. Sodann wies auch Minister Bosse die Behauptung ungleicher Behandlung der Katholiken entschieden zurück; die katholischen Orden würden nirgends so gut behandelt wie bei uns und nähmen auch an Zahl bedeutend zu. Um so schärfer ging hierauf v. Jazdzewski vor indem er vor allem die Erhaltung der auf göttlicher Ordnung beruhenden polnischen Nationalität forderte, die Versetzung polnischer Oberlehrer in andere Provinzen tadelte und die Errichtung einer polnischen Universität in Posen verlangte. Minister Bosse hingegen erwiderte, die polnische Agitation beschränke sich nicht bloß auf die Erhaltung der Muttersprache, sondern richte sich gegen das Deutschtum sowie gegen das Ansehn und den Bestand des preußischen Staates; eine polnische Hochschule und die Zurückversetzung polnischer Oberlehrer würden nur dieser Bewegung zu gute kommen; wenn die Polen ihre staatsbürgerlichen Pflichten nicht gutwillig erfüllten, so müßten und würden sie dazu gezwungen werden. Graf Limburg-Stirum (kons.) bedauerte am 29. April, daß das Centrum seinen grundsätzlichen Standpunkt wieder habe hervorkehren lassen, da doch die Ansprüche der katholischen Kirche an den Staat an und für sich unannehmbar seien; ihre geistlichen Oberen hätten hinsichtlich des Religionsunterrichts in der Volksschule niemals wesentliche Beschwerden vorgebracht. Mit aller Schroffheit

entgegnete hierauf der Kaplan Dasbach (Centr.): So lange unsere Wünsche nicht erfüllt werden, werden wir sie alle Jahr hier zur Sprache bringen, manchmal in gemäßigtem Ton, manchmal in schärferem. Ferner bemerkte der Redner, die Aufhebung des Ordensgesetzes unterbleibe aus einem ganz hinfälligen Grunde; er führte sodann eine Anzahl von Fällen angeblich ungleicher Behandlung der Katholiken an, wünschte, daß der Minister den Berichten seiner untergeordneten Beamten über katholische Angelegenheiten etwas mehr Mißtrauen entgegenbringe, und führte als Autorität für die Falschheit der jetzigen Polenpolitik den Schriftsteller Delbrück an, der in den „Preußischen Jahrbüchern" behauptet habe, auch wohlthätiger Zwang erbittere und die stets uneins gewesenen Polen wären durch falsche Politik einig geworden. Minister Bosse erwiderte, der Kaplan habe in seinen einzelnen Angaben eine Menge von Thatsachen wie Kraut und Rüben durcheinander gemengt, und wenn man alles auf Parität und Konfessionalität stellen wollte, so wäre dies ein Verhältnis, über das die Evangelischen sich mit Grund beklagen könnten. Nunmehr brachte Beumer (nat.-lib.) zur Sprache, daß in dem für die evangelischen Schulen im Regierungsbezirk Arnsberg vorgeschriebenen Riemenschneider'schen Lehrbuche gute Gedichte aus angeblich sittlichen Gründen verstümmelt worden seien; gestrichen sei z. B. unbegreiflicherweise eine in Westfalen bei allen Festen und Familienfeiern frisch und fröhlich gesungene Strophe, welche mit den Worten schließe: „Glückselig, wessen Arm umspannt Ein Mädchen aus Westfalenland". Wenn der Minister dem gegen dieses Verfahren gerichteten ernsten Protest der westfälischen Frauen nicht nachgeben sollte, so wäre ihm dringend abzuraten, nach Westfalen zu kommen, weil er sonst einen Empfang gewärtigen könnte, der ihn nicht entfernt an jene Thätigkeit der Arme im Westfalenliede erinnern würde. Leider finde man auch in dem in Westfalen eingeführten Lesebuche recht sonderbare Sachen; so heiße es in einer begeisterten Schilderung des Schweins „Aus seinem Rachen glänzen blendend weiß die Zähne, in seinem Gesicht blitzt aus schief geschlitzten Augenhöhlen ein kleines, aber entschlossenes Augenpaar". Für so etwas sei die Jugend im Lande des westfälischen Schinkens doch zu gut. Daß der betreffende Schulrat endlich aus der Stelle der „Wacht am Rhein": „Auf blickt er, wo der Himmel blaut, wo Vater Hermann niederschaut" die

letzteren Worte gestrichen habe, lasse sich wohl nur daraus erklären, daß er mit dem Cheruskerfürsten den Namen Hermann gemein habe. Zur Beruhigung versicherte Geheimrat Vater, es solle Sorge getragen werden, daß das Westfalenlied im Lesebuche wieder vollständig hergestellt werde, denn in einer solchen philiströsen Art, die ein naturwüchsiges Lied nicht in ursprünglicher Fassung vortragen könne, liege allerdings nicht der Höhepunkt pädagogischer Gedanken. Der Pole Motty versicherte, daß seine Landsleute sich nicht zu Deutschen umstempeln lassen würden, und verlangte Rückkehr zur Polenpolitik des Grafen Caprivi. Sattler (nat.-lib.) antwortete auf die Klagen der Centrumspartei in der eingehendsten Weise. Er suchte im einzelnen alle Angaben Dasbachs zu widerlegen, die Beweise für die Unterstützung der Wahl von Sozialdemokraten durch das Centrum zu führen, den Polen ihre feindseligen Angriffe auf den Staat nachzuweisen, und Herrn Roeren nahe zu legen, daß das Centrum nicht wohl thue, die rauhe Seite wieder hervor zu kehren; von einer gleichartigen Behandlung der Orden und Vereine zu reden, sei unsinnig, der Fall in Mariaberg zeige, wie sehr der Staat über die Orden wachen müsse, deren ganze Organisation einen Angriff auf den Protestantismus enthalte; endlich kam der Redner auf die Gefährlichkeit des Jesuiten-Ordens und den „Diana Vaughan-Schwindel", eine Art welthistorischen Ulk's, zu reden, über welchen das Nähere unten, unter „Italien" und der Rubrik „Papst" enthalten ist, weil dieser und Personen seiner Umgebung davon berührt wurden und die Angelegenheit mehr die römische Kirche als solche, weniger einzelne Länder angeht. Dem Abg. Sattler erwiderte Porsch (Centr.), einen Vorwurf gegen die deutschen Katholiken könne man wegen des Falles der Vaughan nicht richten; wenn eine Blamage durch Taxil stattgefunden habe, so hätten daran auch die Freimaurer Anteil; in der protestantischen Presse fänden sich ebenfalls Leute, die das Unglaublichste glaubten, z. B. in Bezug auf das katholische Volk, endlich sei es ein deutscher Jesuit, welcher den Taxil-Schwindel entlarvt habe. Bei der ferneren Beratung des Kultusetats führte v. Sanden (nat.-lib.) die neueste Bewegung in Litthauen und Masuren als Beleg der polnischen Bewegung an. Als sodann v. Jazdzewski das deutsche Schulwesen im Posen'schen als verfehlt schilderte, erklärte es der Minister Bosse für eine ungeheuere Härte, in diesem

Stadium der Beratung noch einmal auf die Polenfrage einzugehen, und teilte zum weiteren Beweis der politischen Tendenz jener Agitation Proben aus der polnischen Presse mit. Bei der weiteren Fortsetzung dieser Verhandlungen vertrat am 3. Mai zum Titel der Universitäten Virchow (freis. Vp.) die bisherige Art der Kollegiengelder-Erhebung, während Ministerialdirektor Dr. Althoff die geplante neue Art rechtfertigte, wonach die ein gewisses Maß übersteigenden Beträge zu einem Ausgleichsfonds verwendet werden sollten. v. Zedlitz (frei-kons.) fand es unverständlich, daß ein sozialdemokratischer Agitator, wie Arons in Berlin, als Dozent an einer staatlichen Hochschule lehren dürfe, und schlug eine Übertragung der Staatswissenschaften von den philosophischen an die juristischen Fakultäten vor. Minister Bosse erwiderte, die Fakultät habe Arons verwarnt, es fehle aber der Rechtsboden, um gegen einen Privatdozenten disziplinarisch einzuschreiten; eine Monopolisierung bestimmter volkswirtschaftlicher Richtungen finde nicht statt; die realistische Theorie, die man richtiger Katheder-Antisozialismus nenne, und die meisten Professoren ständen mit dem „Verein für Sozialpolitik" auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft, ihre Arbeiterfreundlichkeit sei nicht gleichbedeutend mit Feindschaft gegen die Unternehmer, und die soziale Gesetzgebung habe eine Anzahl wissenschaftlich tüchtiger Kräfte gezeitigt. Hierauf warf Schmieding (nat.-lib.) dem Kathedersozialismus Feindschaft gegen das Kapital vor und führte als Beweis eine Rede des Berliner Professors Wagner in Bochum an. Minister Bosse erwiderte, diese Rede habe keine Überschreitung der Amtspflichten enthalten. Am 7. Mai wurde eine Aufforderung an die Regierung beschlossen, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die im Etat zur Bestreitung eines ausreichenden Einkommens der Geistlichen ausgeworfenen Mittel wesentlich erhöht werden. Zum Titel „Errichtung von Gebäuden auf der Berliner Museumsinsel zur Erweiterung von Kunstmuseen" hielt v. Kröcher (kons.) es für schwer, in einer Periode des wirtschaftlichen Notstands außerordentliche Aufwendungen für Kunstzwecke gutzuheißen, erklärte jedoch die Bereitwilligkeit seiner Partei, für das vom Kaiser an dieser Stelle geplante Denkmal seines Vaters die Mittel zu bewilligen, obgleich der Notstand noch durch die Unthätigkeit der Reichsregierung gegenüber der nordamerikanischen Zollpolitik verschärft werde. Gegen

diesen Vorwurf bezeichnete Rickert (freis. Ver.) es als vom Zaune gebrochen, hier ein absprechendes Urteil über die Handelspolitik des Staatssekretärs v. Marschall zu fällen. Auch Minister v. Miquel bedauerte, daß v. Kröcher die pietätvolle Erklärung seiner Partei mit jenem Vorwurfe verbunden habe. Dagegen betonte Graf Limburg-Stirum, daß die beanstandete Äußerung durchaus einer im Lande verbreiteten Stimmung entspreche; eine Spitze gegen v. Marschall besitze sie um so weniger, als dieser kein verantwortlicher Träger der Reichspolitik sei und bei seiner dialektischen Geschicklichkeit eben so gut eine andere Richtung derselben vertreten würde, ein persönlicher Angriff, der von Minister v. Miquel und von Rickert (freis. Vp.) zurückgewiesen wurde.

Die zweite Beratung des Etats endete am 8. Mai mit dem Beschluß nachträglicher Genehmigung der seit dem Beginn des Etatsjahrs innerhalb seiner Grenzen geleisteten Ausgaben und mit der Mahnung des Ministers v. Miquel, künftig Verhältnisse zu meiden, welche das rechtzeitige Zustandekommen des Etats hindern. Die am 10. Mai im Abgeordnetenhause stattgehabte dritte Beratung des Etats zeichnete sich nur durch Erörterungen über die Frage des Vereinsgesetzes aus. Rickert (freis. Ver.) wünschte Auskunft, wie es mit einer Vorlage wegen dessen Änderung stehe; es sei dies für alle Parteien die brennendste Angelegenheit, denn das in der reaktionärsten Zeit entstandene Vereinsgesetz werde in einer Weise gehandhabt, daß Gesetz und Recht mit Füßen getreten würden. Im Westen und Süden halte man Dinge für unmöglich, wie sie in den letzten Wochen im Wahlkreise Stolp-Lauenburg vorgekommen seien, wo der Landrat v. Puttkamer ungesetzlicher Weise neue Grundsätze über die Teilnahme an Versammlungen aufgestellt, einen liberalen Berichterstatter einfach vor die Thüre gesetzt, in Erlassen den Reichstag herabgesetzt und die freisinnige Partei als eine offen revolutionäre dargestellt habe. Auf die eigentliche Frage Rickerts erwiderte der Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe, die Staatsregierung sei, nach längeren Erwägungen, zwar bereit, auf das Verbot einer Verbindung der politischen inländischen Vereine unter einander zu verzichten, glaube jedoch, die Revision des Vereinsgesetzes gleichzeitig auf einige andere Punkte ausdehnen zu sollen; ein entsprechender Gesetzentwurf habe die königliche Ermächtigung zur

Vorlegung an den Landtag erhalten, sodaß das Staatsministerium sich alsbald werde schlüssig zu machen haben, ob es angezeigt erscheine, ihn noch in dieser vorgerückten Session vorzulegen; ihm, dem Redner selbst, sei es zweifelhaft, ob es möglich sein werde, den Entwurf noch in gegenwärtiger Session zum Abschluß zu bringen. Hierauf wandte sich der Minister Freiherr v. d. Recke gegen die Ausführungen Rickerts über den von ihm in Pommern hervorgerufenen „Sturm im Glase Wasser"; ein Landrat habe das Recht und die Pflicht, allen Bewegungen auf politischem und sozialem Gebiete im Kreise nachzuforschen und sich zu überlegen, was er ihnen gegenüber, wenn sie ihm gefährlich erscheinen, zu machen habe, und das zu thun, was er im Interesse der guten Sache für erforderlich halte, bezüglich einzelner Handlungen und Ausdrücke jenes Landrats sei demselben das Erforderliche schon eröffnet worden; aus Berichten gehe hervor, daß die Auffassung über die Anwendung des Vereinsgesetzes in Pommern nicht überall ganz geklärt sei; ehe Rickert von einer reaktionären Vereinsgesetzvorlage rede, möge er diese doch erst abwarten, anstatt sich um ungelegte Eier zu kümmern. Weiterhin wurde über die Vorgänge in Pommern noch manches hin und her geredet; im übrigen erklärte Rickert (freis. Ver.), wenn hier keine Reform zu stande kommen sollte, würde der Reichstag mit einem Notgesetze vorgehen müssen; Friedberg (nat.-lib.) verlangte, daß die Änderung des Vereinsgesetzes so schnell als möglich bewirkt werde, und Graf Limburg-Stirum bezeugte, daß die Konservativen nur einer solchen Änderung zustimmen würden, durch welche der Regierung die notwendigen Waffen gegen die Umsturzbestrebungen gewährt würden.

Bei der die Tage vom 25. bis 28. Mai ausfüllenden Beratung des Etats im Herrenhause gaben Freiherr v. Maltzahn und Graf v. Königsmarck dem Bedauern Ausdruck, daß die Frage der Besoldungsverbesserungen, obwohl sie nicht eine reine Finanzfrage bilde, in den Hauptetat aufgenommen sei; dahin führe doch die Verfassungsbestimmung, daß Finanzvorlagen zuerst dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden müssen, nicht; wäre es in einem Nachtragsetat geschehen, so hätte der Etat rechtzeitig fertig gestellt werden und das Herrenhaus dabei mitwirken können. Minister v. Miquel entschuldigte die Staatsregierung, die in gutem Glauben

gehandelt habe und die Rechte des Herrenhauses nicht beschränken wolle, in drei früheren Fällen sei ähnlich verfahren; wären die 20 Millionen Besoldungsaufbesserungen aus dem Hauptetat fortgelassen, so hätten sie gesetzlich als Überschuß zur Schuldentilgung mit verwendet werden müssen. Man zeigte sich hierauf zwar beruhigt; beschlossen wurde jedoch eine Aufforderung, künftig nicht wieder in ähnlicher Weise das Recht des Herrenhauses zu beschränken. Aus dessen eigentlicher Etatsberatung ragten drei Punkte hervor: Graf v. Hutten-Czapski empfahl mehrere wichtige Anordnungen für die Provinz Posen, worauf der Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe seine große Befriedigung darüber zu erkennen gab, daß der Graf sich nicht auf den Standpunkt des polnischen Nationalitätsgrundsatzes gestellt habe. Ferner legte, auf eine Anfrage des Grafen v. Klinkowstroem, der Minister Brefeld das Verhalten der Staatsregierung bezüglich der Ausführung des Börsengesetzes dar, welche viele Schwierigkeiten biete; man möge auf beiden Seiten ruhig und objektiv vorgehen, damit etwas Brauchbares zu stande komme. Endlich wandte sich Freiherr v. Stumm gegen die obigen Ausführungen des Ministers Bosse im Abgeordnetenhause über die Kathedersozialisten. Diese hätten sich allmählich aus Sozialpolitikern zu demagogischen Sozialisten entwickelt, welche den Klassenkampf verkündigten und eine Hetze gegen Kapital und Arbeit betrieben; der Minister habe sich auf den Fürsten Bismarck berufen, dieser aber habe den Redner beauftragt, zu erklären, daß niemand die Kathedersozialisten so scharf verurteile wie er; die dieser Richtung zugethanen Professoren der Nationalökonomie seien leider in letzter Zeit sehr begünstigt worden. Minister Bosse erwiderte, der Vorwurf der Aufhetzung sei nicht gerechtfertigt, die Professoren Schmoller und Wagner hätten stets ihren Gegensatz zur Sozialdemokratie betont und seien zweifellos Gelehrte von streng nationaler wie monarchischer Gesinnung.

Das am 31. Mai verkündigte preußische Etatsgesetz für 1897—98 wies in Einnahme und Ausgabe 2046031385 Mark auf. Ein Nachtragsetat von 1 Million Mark sollte die erste Rate zur Erweiterung der Bahnhofsanlagen in Aachen sowie der Bahnhöfe von Bochum und Dortmund darbieten.

Bis gegen Pfingsten hin wurden ferner vom Landtage nur wenige Angelegenheiten erledigt. Beide Kammern richteten, auf

Anregung von Agrariern, an die Staatsregierung das Ersuchen, ihren Einfluß im Bundesrate dahin geltend zu machen, daß er dem vom Reichstage angenommenen Antrage, betreffend die Aufhebung von Zollkrediten bei der Einfuhr von Getreide, die Zustimmung erteile. Zu den Antragstellern im Abgeordnetenhause gehörte, zu vielfacher Verwunderung, eine erhebliche Zahl nationalliberaler Abgeordneten. Der oben erwähnte Gesetzentwurf wegen Mehraufwendung für den Dortmund-Ems-Kanal wurde im Mai genehmigt, ebenso Gesetzentwürfe über das Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und über Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes durch Aufwendung von 59,416 Millionen für Sekundärbahnen, 8 Millionen für Beteiligung des Staats am Bau von Kleinbahnen und 2 Millionen zur Errichtung landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser.

Zwischen Ostern und Pfingsten beschäftigte sich der Reichstag wieder mit mehreren wichtigen Angelegenheiten. Die in der obigen Verhandlung vom 18. Februar angeregte Vorlage wegen Organisation des Handwerks ging dem Reichstage im März zu und bestimmte hinsichtlich der Zwangsinnungen, daß die Mehrheit der beteiligten Gewerbtreibenden der Einführung des Beitrittszwangs zustimmen und der Innungsbezirk so abgegrenzt sein müsse, daß kein Mitglied durch die Entfernung seines Wohnorts vom Sitze der Innung behindert sei, an dem Genossenschaftsleben teilzunehmen; ferner sollte die Zahl der bisher im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreichen. Nachdem die Vorlage vom 30. März bis 1. April der ersten Beratung unterzogen war, nahm der am 27. April in Berlin versammelte „Allgemeine Handwerkertag" eine ablehnende Stellung gegen sie ein, weil er die Zwangsinnung nur als Grundlage für den demnächst zu fordernden Befähigungsnachweis wollte. Die zweite Beratung zog sich vom 20. bis 25. Mai unter mehrfacher Beschlußunfähigkeit des Reichstags ohne entscheidenden Erfolg in die Länge, worauf die Sache vorläufig liegen blieb. Eine vom Bundesrate vorgelegte Novelle zum Alters- und Invaliditätsgesetze vom 22. Juni 1889 behielt die Grundsätze, auf welchen dieses aufgebaut ist, bei, wollte aber eine Reihe von Änderungen einführen, die sich in der Praxis als wünschenswert herausgestellt hätten. Neu war z. B. die Bestimmung, daß

diejenigen Personen, welche Lohnarbeit nur in bestimmten Zeiten unter 12 Wochen übernehmen, im übrigen aber ihren Unterhalt selbstständig erwerben, befreit sein sollten; auch sollte der Bundesrat Ausländer, welchen der Aufenthalt im Inland nur für eine bestimmte Dauer behördlich gestattet ist, von der Versicherungspflicht befreien können. In der vom 28. bis 30. April stattgehabten ersten Beratung handelte es sich zunächst um zwei vorentscheidende Anträge von Rösicke (Agr.) und v. Plötz (Agr.). Ersterer ging davon aus, die Durchberatung der Vorlage werde soviel Zeit in Anspruch nehmen, daß an eine Verabschiedung in dieser Session nicht mehr zu denken sein würde, und schlug daher ein Notgesetz vor, in welchem die wichtigsten Punkte der Bundesratsvorlage herausgegriffen waren, während v. Plötz eine radikale Änderung anstrebte, z. B. das unbeliebte Markenkleben ganz fortfallen lassen, dagegen die Beiträge auf die einzelnen Staaten nach der Kopfzahl ihrer Einwohner verteilen und hier durch Zuschläge zur Einkommensteuer erhoben wissen wollte. Die erste Lesung verlief nun in einer Weise, daß an eine Erledigung in dieser Session nicht zu denken war.

Am 3. Mai stellten Graf Kanitz (kons.) und Genossen im Reichstage die Anfrage, ob die verbündeten Regierungen angesichts der bevorstehenden Erhöhung wichtiger Sätze des Zolltarifs der nordamerikanischen Union, insbesondere der verschärften Differenzierung der deutschen Zuckereinfuhr, an dem durch Notenaustausch vom 22. August 1891 getroffenen Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten festzuhalten gedächten. Der Graf legte dar, daß durch diese seit wenigen Jahren zum dritten Male geplanten tiefeingreifenden Veränderungen des amerikanischen Zolltarifs neue schwere Gefahren für die deutschen Ausfuhrindustrien erwüchsen und daß die Gewerbetreibenden in Österreich bereits eine europäische Koalition gegen Nordamerika angeregt hätten. Der Staatssekretär v. Marschall legte in seiner Antwort dar, wie das deutsche Reich auf zollpolitischem Gebiete zu Nordamerika eigentlich stehe, daß nämlich der mit Preußen vereinbarte, auf das Reich übergegangene Vertrag von 1828 das unbedingte Zugeständnis der Meistbegünstigung enthalte, was auch von beiden Teilen durch schlüssige Handlungen, durch Beanspruchung von Rechten und Pflichten anerkannt sei. Damit wurde die Ansicht zerstört, daß nur jener Notenaustausch von 1891 zu

Grunde liege, bei dem es sich um Aufhebung des Schweineeinfuhrverbots von 1883 handelte, und an den sich Verhandlungen über Zollerleichterungen geschlossen hatten. Der Staatssekretär bezeichnete es sodann als bedauerlichen Irrtum der Nordamerikaner, daß wir ein größeres Interesse an dem bestehenden Verhältnisse hätten als sie, und glaubte daß die auf dieser Grundlage etwa vorzunehmenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu Enttäuschungen führen würden; auf den Protest Deutschlands hin habe der Präsident der Union anerkannt, daß im Zuschlagszoll auf Zucker eine Beeinträchtigung unseres Rechts liegen würde. Die Sache befinde sich aber noch in Schwebe, und da möge der Reichstag zur Regierung das Vertrauen hegen, daß sie sich der Schwierigkeiten bewußt sei und ihre Beschlüsse mit der Festigkeit fassen werde, zu der unser Recht uns vollen Anlaß gebe. Barth (freis. Ver.) und Heyl zu Herresheim (nat.-lib.) drückten in der That ihr Vertrauen zur Regierung aus; auf des letzteren damit verbundenen Wunsch nach Aufhebung der Handelsverträge erwiderte jedoch der Staatssekretär v. Marschall mit der Frage, was an deren Stelle gesetzt werden solle. Richter (freis. Vp.) meinte, Graf Kanitz und Heyl verträten nur ihre Interessen und appellierte an den gesunden Verstand der Amerikaner, die einsehen müßten, daß sie durch hohe Zölle sich selbst schaden würden. v. Kardorff (Reichsp.) verlangte eine entschiedene Sprache gegen Amerika und Graf Limburg-Stirum (kons.) warf der Regierung allzu große Bescheidenheit vor.

Größeres Aufsehen machte die Verhandlung vom 12. Mai über einen von Auer und sozialdemokratischen Genossen vorgeschlagenen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der die Majestätsbeleidigung betreffenden fünf Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuchs. Bebel, welcher die Begründung übernahm, gab eine Statistik über die Zunahme der Bestrafungen wegen Majestätsbeleidigung, von denen eine große Anzahl auf Angebereien beruhten, die, wie in den Prozessen festgestellt worden, auf gemeine Rachsucht zurückzuführen seien. Die Zunahme dieser Beleidigungen bilde kein erfreuliches Zeichen, wenn man den Schilderungen des Tacitus über die Zeiten des Tiberius und Caligula Glauben schenken dürfe; Luther würde, wenn zu seiner Zeit solche Bestimmungen bestanden hätten, aus dem Gefängnisse nicht herausgekommen sein; auch Friedrich d. Gr. habe von solchen Beleidigungen nichts wissen wollen; die Schärfe der Urteile gegen

Majestätsbeleidiger erkläre sich aus dem raschen Aufrücken der betreffenden Staatsanwälte und Richter, die dabei zu den seltsamsten Auslegungen der Gesetze kämen und so die öffentliche Meinung beunruhigten. Besonders die Presse gerate in Gefahr, denn gegenwärtig wisse eigentlich niemand zu sagen, was eine Majestätbeleidigung ist, denn schon die Ehrverletzung eines Fürsten werde so angesehen, ja es sei sogar eine mittelbare Majestätsbeleidigung erfunden, es sei z. B. ein Redakteur verurteilt wegen seines Protestes gegen die Bezeichnung Kaiser Wilhelms I. als des Großen; dieses Verbrechen werde auch in Äußerungen über verstorbene Monarchen gefunden, und die Fälle der bedingten Arglist würden angewandt, obwohl die größten juristischen Autoritäten sich dagegen erhöben. In ganz besonderem Maße spreche für die Aufhebung der betreffenden Bestimmungen die Provokation, welche von Stellen ausgehe, von denen man es nicht erwarten sollte. Aus der unverantwortlichen Stellung des Monarchen folge, daß er sich allen Eingreifens in die Parteipolitik enthalten müsse; dies sei um so notwendiger, als der Angegriffene nicht antworten könne, weil das Gesetz es verbiete. Man habe sich vieles gefallen lassen müssen, so 1889 die Bezeichnung jedes Sozialdemokraten als Vaterlandsfeind, dann die Äußerung, daß die Soldaten nötigenfalls auf ihre Eltern und Brüder schießen müßten, ferner die gegen die Nörgler, womit wohl die Herren von der Rechten gemeint gewesen seien, sodann der scharfe Tadel des Reichstags wegen Nichtbegrüßung des Fürsten Bismarck, der Bezeichnung der Sozialdemokraten als einer Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, endlich die Aufforderung an die Pastoren, von der Politik zu lassen. Das gehe so nicht weiter, dagegen müsse der ganze Reichstag wie Ein Mann aufstehen. Als Redner sodann auch die angebliche Äußerung von vaterlandslosen Gesellen heranzuziehen im Begriff stand, wurde er vom Präsidenten v. Buol mit der Mahnung unterbrochen, die Person des Monarchen auch bei diesem eigentümlichen Verhandlungsgegenstande möglichst unerwähnt zu lassen. Bebel erwiderte, er habe keinen Namen genannt, und bestritt die hier zum Muster genommene Gepflogenheit des britischen Parlaments, keine regierende Person in die Verhandlung zu ziehen. Redner schloß damit, es dürfe nicht auf die Dauer zweierlei Recht bestehen, wonach für gewisse Personen eine besondere Stellung geschaffen werde. Wie heute solche Prozesse entständen, seien sie ein

Denkmal von unserer Zeiten Schande. Lieber bemerkte, das Centrum sei einer ruhigen, sachlichen Verbesserung der Materie durchaus zugänglich; der Gedanke, die Verfolgung der Majestätsbeleidigungen von einem Antrage oder wenigstens einer Genehmigung abhängig zu machen, habe den Reichstag schon öfter beschäftigt; durch Einführung des Begriffs der bedingten Arglist hätten diese Prozesse allerdings einen Umfang angenommen, der nicht im Sinne der Gesetzgeber gelegen habe; es lasse sich aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Richter (freis. Vp.) war der Ansicht, es solle die Anregung benutzt werden, um eine Kommission niederzusetzen behufs Erwägung, in welcher Richtung eine Änderung des Strafgesetzbuchs vorzunehmen sei. v. Levetzow (kons.) folgerte aus der Zunahme dieser Prozesse die Notwendigkeit einer Erhöhung der Strafen und hob hervor, daß auf verletzende Äußerungen von hoher Stelle nicht notwendig mit Beleidigungen geantwortet zu werden brauche. Friedberg (nat.-lib.) hielt eine Änderung in der Richtung angezeigt, daß Kleinigkeiten nicht vor den Richter gebracht werden, daher zu prüfen sei, ob die Beleidigungen in einem größeren oder in einem vertraulichen Kreise vorgekommen seien. Munckel (freis. Vp.) endlich hielt eine Bestimmung für nötig, wonach es zur Strafverfolgung der Genehmigung des Staatsministeriums bedürfe. Mit der schließlichen Ablehnung einer Kommissionsberatung war der Gegenstand erledigt.

Der solcherart abgethane sozialdemokratische Antrag stammte zwar noch aus dem Herbst 1895 und war damals hauptsächlich als Antwort auf den Majestätsbeleidigungsprozeß gedacht, in welchen Liebknecht infolge seiner Rede auf dem Parteitage in Breslau verwickelt war; gegenwärtig aber schien er der Reichstagsmehrheit eine Gelegenheit haben bieten zu sollen, ihrem Unmut über das angebliche Telegramm des Kaisers an den Prinzen Heinrich Luft zu machen. Daß durch diesen parlamentarischen Vorgang im Grunde die Massen wieder aufgehetzt werden sollten, wurde dadurch bestätigt, daß die sozialdemokratische Parteileitung den stenographischen Bericht über die Reichstagssitzung vom 12. Mai in Broschürenform ausgab. Bei der allgemeinen Besprechung dieser Verhandlungen fiel es übrigens auf, daß die königlich sächsische „Leipziger Ztg." kein Hehl daraus machte, es würde „im hohen Grade im Interesse unserer monarchischen Einrichtungen liegen, wenn in unserer überkritischen Zeit möglichst wenig

Gelegenheit geboten würde, an Äußerungen, die von unverantwortlicher Stelle über Parteiverhältnisse fallen, Kritik zu üben". In gleichem Sinne sagte die „Münchener Allg. Ztg.": „Verhandlungen wie die des Reichstags vom 12. Mai sind für eine monarchisch gerichtete Gesinnung unerfreulich, am unerfreulichsten bleibt, daß sie überhaupt möglich geworden sind."

Eine reichsgesetzliche Regelung des Auswanderungswesens war schon lange als notwendig anerkannt worden, damit die Auswanderer bei den Agenturen nicht Schwindlern in die Hände fallen. Zum Schutz vor diesen bestanden bisher in den Bundesstaaten nur einzelne Verordnungen, in dieser Session kam es jedoch zur Vorlegung des Entwurfs eines umfassenden klaren Gesetzes. Hiernach soll derjenige, welcher die Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Ländern betreiben will, der nach Anhörung eines sachverständigen Beirats von 14 Personen zu erteilenden Erlaubnis des Reichskanzlers bedürfen, die in der Regel nur an Reichsangehörige oder an Gesellschaften, welche ihren Sitz im Reichsgebiete haben, gegen Bestellung einer Sicherheit von 50000 Mark und nur für bestimmte Länder, Teile von ihnen oder bestimmte Orte sowie nur für bestimmte Einschiffungshäfen erteilt und jeden Augenblick soll beschränkt oder widerrufen werden können. Der Unternehmer darf Auswanderer nur auf Grund vorher abgeschlossenen Vertrags befördern, der auf Beförderung und Verpflegung bis zur Landung im außereuropäischen Landungshafen gerichtet sein muß. Verträge über Beförderung Wehrpflichtiger sind verboten. Jedes Auswandererschiff unterliegt vor Antritt der Reise einer Untersuchung über seine Seetüchtigkeit, Einrichtung, Ausrüstung und Verproviantierung. Zur Überwachung sind an den Hafenplätzen, für welche Unternehmer überhaupt zugelassen sind, von den Landesregierungen besondere Behörden zu bestellen. Unternehmer werden bei Übertretungen mit Geldstrafe von 150 bis 6000 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Von einer besonderen Auskunftsstelle für Auswanderer wurde Abstand genommen, weil das Auswärtige Amt, das bisher schon diese Aufgabe reichlich erfüllte, auch ferner in der Lage dazu sein wird. Die Vorlage hatte schon gleich bei ihrer ersten Beratung am 16. März vielen Beifall gefunden, namentlich durch Fortlassung des langwierigen, chikanösen Anmeldezwangs, der auf die Kolonien bezüglichen

Bestimmungen der gescheiterten Entwürfe von 1878 und 1892 und wegen Durchführung des schon in den Verfassungen der meisten Einzelstaaten gewährleisteten Grundsatzes der Auswanderungsfreiheit anstatt der früher verfolgten Aufgabe, Reichsangehörige, welche günstigere Bedingungen für ihr Fortkommen in fremden Ländern zu finden glauben, von diesem Vorhaben abzuhalten. In der zweiten Beratung am 5. und 6. Mai wurde die Vorlage von der einen Seite als nationales Werk gerühmt, von einer anderen als unnötig und kaum etwas neues bringend, wiederum von anderen als lästige Polizeimaßregel dargestellt. Widerspruch erhob sich namentlich gegen die Widerrufbarkeit jener Erlaubnis und gegen deren Erteilung nur für bestimmte Länder, eine Bestimmung, die einem Redner so vorkam, als wenn den Berliner Sommerausflüglern der Besuch der Schweiz untersagt werde, weil auch Perleberg landschaftliche Schönheiten besitze. Anträge, welche in diesem Sinne gestellt wurden, bezeichneten die Vertreter der Regierungen als unannehmbar, weil dadurch das ganze System der Vorlage grundsätzlich umgestaltet werden würde, sie wurden daher auch mit großer Mehrheit abgelehnt; beigefügt wurde jedoch die Bestimmung, daß Beschränkung und Widerruf der Erlaubnis ebenso an die Zustimmung des Beirats geknüpft sei, wie ihre Erteilung. Einsprachen der Rhedervereinigungen in den Auswanderungshäfen gegen die Hauptbestimmungen des Entwurfs wurden von freisinniger Seite geltend gemacht, jedoch mit großer Mehrheit zurückgewiesen. Der Genehmigung des Entwurfs in dritter Lesung fügte der Reichstag am 19. Mai den Wunsch der Bestellung zahlreicher Konsuln in den Ausschiffungshäfen und Besiedelungsgebieten sowie die Erleichterung der Wehrpflicht für die Deutschen im Auslande bei. Am 9. Juni ist das Gesetz vollzogen worden.

Am 7. Mai wurde zum ersten Male wieder seit dem 20. März die Beschlußfähigkeit des Reichstags in der unerhörten Zahl von 248 Abgeordneten festgestellt. Diese Kraftanstrengung galt der Fortsetzung der am 3. April wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochenen Beratung des Margarinegesetzes, insbesondere der damals viel umstrittenen, vom Führer des Bundes der Landwirte, v. Plötz, beantragten Bestimmung einer Trennung der Verkaufsräume für Margarine und Butter in Orten von 5000 oder mehr Einwohnern. Diesmal wurde der Paragraph mit 142 gegen 100 Stimmen angenommen,

und obwohl dies einer der Punkte war, wegen deren der Bundesrat schon einmal das ganze Gesetz hatte scheitern lassen, machte es nunmehr den Eindruck, daß er zustimmen werde. Die Agrarier im Reichstage gerieten übrigens dermaßen in Eifer, das Gesetz in ihrem Sinne zu stande kommen zu lassen, daß sie selbst einen Antrag mit annahmen, welcher die Händler mit Margarine von der Pflicht befreit, ihren Betrieb polizeilich anzumelden. Sie waren daher recht unangenehm berührt, als ein Redner ihnen klar machte, daß nach den gefaßten Beschlüssen zwar Butter und Margarine nicht in denselben Räumen feilgehalten werden dürfen, auch nicht Butterkäse und Margarinekäse, wohl aber Butter und Margarinekäse sowie Margarine und Butterkäse. Doch, die Beschlüsse waren endgiltig, konnten nicht mehr geändert werden und so wurde am 19. Mai der Entwurf als Ganzes mit 186 gegen 101 Stimmen angenommen und am 15. Juni als Gesetz vollzogen. Als später der Bundesrat eine Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes erließ, war er so mitleidig, daß er als das Mittel, welches der Margarine beigemischt werden soll, um sie für chemische Untersuchungen leicht nachweisbar zu machen, keins der Chemikalien mit obigem unaussprechlichen Namen, sondern Sesam-Öl bezeichnete.

Durch den weiteren Verlauf der Vereinsgesetzfrage rückte nunmehr für beide großen Parlamente eine wichtige Angelegenheit näher heran. Das preußische Staatsministerium hatte inmittelst den von Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe am 10. Mai im Abgeordnetenhause angedeuteten Zweifel nicht geteilt und trotz weit vorgerückter Session den Entwurf einer Novelle zum Vereinsgesetz am 28. April dem Abgeordnetenhause zugehen lassen. Die Vorlage enthielt zunächst die Aufhebung des im § 8 des Vereinsgesetzes ausgesprochenen Verbotes, wonach Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten dürfen. Abgesehen hiervon bestimmte der Entwurf, daß Versammlungen, welche den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die öffentliche Sicherheit, insbesondere die des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden, von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden können. Auch sollen die Landespolizeibehörden befugt sein, Vereinen, deren Zweck oder Thätigkeit den Straf-

gesetzen zuwiderläuft oder die öffentliche Sicherheit gefährdet, zu schließen. Die Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen sollte dahin geregelt werden, daß Minderjährige von Vereinen, welche politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern bezwecken, ausgeschlossen sind und Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert oder beraten werden, nicht beiwohnen dürfen, ohne Unterschied, ob diese Versammlungen von politischen Vereinen veranstaltet sind oder nicht. Die Vorlage war, der ihr beigefügten Begründung zufolge, aus der Überzeugung hervorgegangen, daß der gegenwärtige Rechtszustand nicht genüge, um alle mißbräuchlichen Auswüchse des in schnell fortschreitender Entwicklung gesteigerten Vereins- und Versammlungswesens zu treffen und zu verhüten. Das Bedürfnis zur Feststellung und Verstärkung der staatlichen Machtmittel mache sich daher um so dringlicher geltend, je eifriger und umfassender das Versammlungs- und Vereinswesen unter der Leitung geschickter Agitatoren dazu benutzt werde, die staatliche und soziale Ordnung anzugreifen und Propaganda für staatsfeindliche Bestrebungen zu machen. Als besonderer Übelstand werde es empfunden, daß die gesetzlichen Vorschriften häufiger versagten, wo die Auflösung von Versammlungen geboten sei, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährden. In dieser Beziehung dürfe an die zahlreichen öffentlichen Anarchistenversammlungen erinnert werden. Ebenso lückenhaft sei das geltende Recht darin, daß es keine ausdrückliche gesetzliche Befugnis zur Schließung von Vereinen gewähre, welche zwar die Strafgesetze nicht nachweisbar verletzten, wohl aber unter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit das freie Vereinsrecht mißbrauchten. Die Vorschläge des Entwurfs, hieß es weiter, stellten sich nicht als Neuerungen dar, weil sie dem von der Verwaltung bereits in Anspruch genommenen, aber nicht unangefochten gebliebenen Rechtszustande entsprächen und sich den Gesetzen in Bayern und Sachsen anschlössen.

Die Vorlage wurde sofort in der gesamten Presse eingehend und zum Teil mit außerordentlicher Lebhaftigkeit besprochen. Der „Kreuz-Ztg." erschien die einfache Aufhebung der Verbindung der Vereine unter einander allerdings nicht als zulässig, sondern sie meinte, es bedürfe Kompensationen, als welche jedoch das Verbot der Teilnahme Minderjähriger nicht gelten könne. Andere konservative Organe

schränkten ihre Zustimmung dahin ein, es müßten die Begriffe „staatsgefährlich" und „friedenstörend" klar und bestimmt umschrieben werden; sonst werde man, wie der „Reichsbote" sagte, aufs neue erleben, daß gerade die Unterdrückung der Reformbestrebungen allezeit die wirksamste Förderung der Revolution gewesen sei. Die „Deutsche Tages-Ztg." wünschte eine solche Änderung, daß auch der Schein und die Möglichkeit eines Mißbrauchs des neuen Gesetzes durch untergeordnete Organe vermieden werde. Die Agrarier und die verschiedenartigen Christlich-Sozialen schienen eben eine Anwendung des Gesetzes auf ihre eigenen Versammlungen zu befürchten. Auf Seiten der Nationalliberalen, aller Freisinnigen und des Centrums wurde der Entwurf vollständig zurückgewiesen. Nach der „National-Ztg." sollte es für alle, welche den staatsbürgerlichen Rechten und einem gesicherten öffentlichen Rechtszustande Wert beimessen, nur eine Antwort geben: unbedingte Ablehnung, ohne auf irgend welche Änderungsversuche einzugehen, und die „Nationalliberale Correspondenz" versicherte, in ihrer nach Lage der Dinge zur Entscheidung berufenen Partei, deren Vertreter schon bei einer im Ministerium vorangegangenen vertraulichen Besprechung dieses Entwurfs sich völlig ablehnend verhalten hätten, sei man sich der Pflicht, die Sache des gebildeten, staatstreuen Bürgertums zu führen, voll bewußt. Die „Köln. Ztg." erblickt in der Vorlage einen neuen unmöglichen Versuch, die Bestimmungen so klar und deutlich zu fassen, daß gegen ihren Mißbrauch wider die bürgerlichen Parteien genügende Bürgschaft geschaffen werde; untergeordnete und politisch wenig geschulte Organe würden mit der Aufgabe belastet werden, eine sehr dehnbare und deutungsfähige Bestimmung praktisch zu handhaben, wodurch soviel Unzufriedenheit hervorgerufen werden würde, daß der Schaden, den man hier und da damit verhindere, dagegen kaum in Vergleich gestellt werden könne. Hiergegen verwies die „Post" darauf, daß das Verwaltungsstreitverfahren immer noch als Zuflucht für den Fall einer zu Unrecht erfolgten Vereinsschließung offen bleibe. Nach Ansicht der freisinnigen und der demokratischen Presse würden durch dieses Gesetz alle Vereine und Versammlungen unter die Diktatur der Polizei gestellt werden, sie sprach daher von Kautschuk-Paragraphen, von Übertreffung der schlimmsten Befürchtungen, von Vernichtung des ganzen Versammlungsrechts, von der „kleinen Umsturz-

vorlage", die jedoch über die frühere große noch hinausgehe, von einem Attentat auf die politischen Freiheiten, von Reaktion ja von Zurückschraubung des Rechts um etwa hundert Jahre, und vom Vorspiel zur Aufhebung des Reichstagswahlrechts. Nach der „Allgem. Ztg." beruhte die Novelle auf völliger Verkennung der politischen Zustände Deutschlands und Preußens und wurzele in Anschauungen, welche in der modernen Welt nie und nimmer verwirklicht werden könnten. Die Berufung auf ähnliche Bestimmungen in süddeutschen Staaten wollte man nicht gelten lassen, weil sie dort ein unschädliches Stillleben auf dem Papier führten, während sie in Preußen leicht zur Unterdrückung gegnerischer Parteien mittels Mißbrauchs der Amtsgewalt benutzt werden könnten, insbesondere enthalte allerdings das unter dem liberalen Ministerium Jolly zu Stande gekommene badische Gesetz von 1867 gleiche Bestimmungen; deren Bedeutung sei jedoch, wie sich aus den dortigen Landtagsverhandlungen und der Praxis eines Menschenalters ergebe, eine ganz andere als die der jetzt in Preußen vorgeschlagenen Bestimmung. Allen diesen Einwendungen gegenüber wies die „Kreuz-Ztg." am 16. Mai darauf hin, daß die Opposition sich doch einer großen Selbstüberschätzung hingebe, wenn sie meine, mit der revolutionären Strömung, unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, allein auf die Trefflichkeit ihrer Programme gestützt, ohne alle äußeren Hülfsmittel fertig werden zu können; die Regierung wolle ihnen diese bieten; anstatt sie aber zu unterstützen, falle alles mit ohrenbetäubendem Geschrei über sie her, und Ruf Reaktion! gelle durch die Straßen. Die „Hamburger Nachrichten" waren gegen die Novelle, weil sich sonst die Vorstellung festsetzen könne, als ob damit allen berechtigten Forderungen genug gethan sei, während die Lösung nur auf dem vom früheren Sozialistengesetze eingeschlagenen Wege einer scharfen Spezialgesetzgebung gesucht werden müsse.

Die Vorlegung dieser Novelle im Abgeordnetenhause hatte als nächste Folge die Einbringung eines von Rickert (freis. Ver.) und Genossen im Reichstage gestellten Antrags, auf Aufhebung des Verbindungsverbots für alle politischen Vereine im Reiche. Die erste Beratung der Vereinsgesetz-Novelle fand im Abgeordnetenhause am 17. und 18. Mai statt und wurde mit einer Erklärung des Ministerpräsidenten Fürsten zu Hohenlohe eröffnet, daß der vielfach

hervorgetretene Vorwurf, die Vorlage stehe mit der von ihm am 27. Juni 1896 im Reichstage abgegebenen Erklärung nicht im Einklange, unbegründet sei; die preußische Regierung glaube eben mit dieser Vorlage den geeignetsten Weg zur Einlösung des von ihm gegebenen Versprechens eingeschlagen zu haben, denn ein lediglich die Aufhebung des Koalitionsverbots betreffender Gesetzentwurf würde bei mangelnder Zustimmung eines Hauses oder beider Häuser des Landtags auf eine leere Kundgebung, eine nur formelle Erfüllung einer Zusage hinausgelaufen sein. Im übrigen stehe er nicht an, zu erklären, daß er das Vereins- und Versammlungsrecht als eine der wertvollsten Errungenschaften betrachte, „als ein schlechthin unentbehrliches Mittel, um die politische Entwicklung und Erziehung eines Volkes zu fördern"; anderseits werde aber auch von einem sehr vorgeschrittenen liberalen Standpunkte aus zugegeben werden müssen, daß ein absolut unbeschränktes Vereinsrecht große Gefahren in sich berge und selbst in einem hochzivilisierten Lande zu argen Mißständen, ja unter Umständen zu einer Erschütterung des Staatsorganismus führen könne. Es müsse daher die Aufgabe sein, zwischen Unterdrückung und Schrankenlosigkeit des Vereinsrechts die richtige Mitte zu finden. Das geschehe durch die Vorlage, bei der es sich nicht um einen willkürlichen Eingriff, sondern um Ausgestaltung des Vereinsrechts im Sinne der Verfassung und entsprechend den Bedürfnissen der Zeit handele. Hierauf hielt es Krause (nat.-lib.) für zweifellos, daß der Reichskanzler sein Versprechen erfüllt und auch in gutem Glauben gehandelt habe; der Erwartung des Reichstags aber werde mit der Novelle nicht entsprochen, denn an „Kompensationen", und gar solcher Art, habe niemand gedacht, und deshalb sei materiell jenes Versprechen nicht erfüllt; den für Aufhebung einer völlig wertlosen Bestimmung, die sich überlebt habe, verlangten Ersatz könne man gar nicht mehr Kompensation nennen; zu einer Zeit, wo bereits von ministerieller Seite das Vereinsrecht bedroht werde, solle man nicht noch eine andere Gestaltung desselben vornehmen; ein so wichtiges Recht solle man überhaupt so wenig als möglich in die Hand untergeordneter Behörden legen; so dehnbare Begriffe wie „den öffentlichen Frieden gefährden" könnten nicht die Grundlage zu einem Thatbestande abgeben. Die Regierung solle die Ordnungsparteien zum Vorgehen gegen die Umsturzbestrebungen sammeln, anstatt sie durch ein solches Gesetz in Zwist zu bringen und

ihre Aktion zu lähmen. Dagegen erklärte v. Heydebrand die Zustimmung der Konservativen zu dem rechtlich und sachlich durchaus berechtigten Vorgehen der Regierung; ein Einbruch in die Verfassung werde nicht beabsichtigt, aber die bürgerliche Freiheit müsse sich mit der öffentlichen Sicherheit abfinden, deren jetzige Gefährdung man zur Zeit der Entstehung der Verfassung noch nicht gekannt habe. Für diese Unterstützung dankte der Minister Frhr. v. d. Recke, wogegen er die Angriffe Krauses zurückwies, die wohl von vielen Parteifreunden desselben mit Kopfschütteln würden aufgenommen sein; die Anschauung, daß der Staat dem Kampfe gegen seine Grundlagen thatenlos zuschauen müsse, sei veraltet; das Verbindungsverbot bilde einen Baustein im Gebäude des Vereinsrechts, bei dessen Entfernung das Gebäude auf seine Solidität im Ganzen geprüft werden müsse. Fritzen (Centr.) war der Meinung, daß die Vorlage das Volk aufs höchste beunruhige; selbst wenn sie nicht Gesetz würde, habe sie doch Unheil genug angerichtet, weil sie einen großen Teil des Volks mit Mißtrauen gegen die Regierung erfüllt habe; schon auf Grund der im kirchenpolitischen Kampfe gemachten Erfahrungen müßten die bedenklichen Bestimmungen ohne weiteres abgelehnt werden; die Anarchisten wären nicht zu fürchten, und die Sozialdemokratie, wenn sie auch in die Breite gegangen sei, habe sich gespalten. Minister Schönstedt trat der Behauptung entgegen, daß Fürst Hohenlohe sein Versprechen nicht erfüllt habe. v. Zedlitz (freikons.) behauptete gegen Fritzen, die sozialdemokratische Bewegung besitze noch dieselbe Stärke wie früher, ihre in der Vorlage gegebene Abwehr sei notwendig und habe mit der bürgerlichen Freiheit nichts zu thun, vielmehr solle gerade verhütet werden, daß diese leide, wenn die Regierung zur gewaltthätigen Abwehr von Angriffen genötigt werde. Rickert (freis. Ver.) suchte an Beispielen darzuthun, daß die Polizeiorgane häufig nicht gesetzmäßig handelten. Stöcker (b. k. F.) hielt das Gesetz für untauglich zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, welche wohl stärker, aber nicht mehr so bösartig wie früher sei; die jetzige Schwäche der Regierung sei durch die frühere Kartellpolitik verschuldet. Klasing (kons.) hielt die von der Vorlage gebotenen Machtmittel des Staats gegenüber der Sozialdemokratie, die fortgesetzt den Sozialismus als Machtfrage behandele, für unentbehrlich, damit die Bahn für eine ruhige zielvolle Sozialpolitik freigemacht werde. Motty (Pole) wandte sich gegen

die Vorlage, welche das wichtigste Volksrecht auf Gnade und Ungnade der Polizei überliefere, unter der die Polen ohnehin zu leiden hätten, Oswalt (nat.-lib.), meinte, daß die Gleichgültigkeit und Lässigkeit weiter Volkskreise gegen die sozialdemokratische Gefahr durch ein solches Gesetz nur vermehrt werden würde. Schließlich wurde die Vorlage an eine besondere Kommission gewiesen.

Am zweiten dieser Verhandlungstage des Abgeordnetenhauses, am 18. Mai, beschäftigte sich der Reichstag mit demselben Thema, nämlich mit dem oben erwähnten, eben durch die preußische Vereinsvorlage hervorgerufenen Antrage auf Aufhebung des Verbindungsverbotes für alle politischen Vereine im Reiche. Rickert (freis. Ver.) als Antragsteller schilderte jene Novelle als eine Kriegserklärung gegen die Reichsgesetzgebung, indem man auf Umwegen ein „Umsturzgesetz" einführen wolle; dazu habe Preußen, nach dem Geiste der Reichsverfassung, nicht das Recht, der Reichstag sei mithin verpflichtet, dieses Gebiet der Gesetzgebung für das Reich in Anspruch zu nehmen. Dagegen versicherte der Staatssekretär v. Boetticher, die preußische Regierung hege gar keine Neigung, mit dem Reichstage Krieg zu führen, sondern sie mache nur von dem Rechte Gebrauch, das preußische Vereinsgesetz zu verbessern; ein Reichstagsbeschluß werde schwerlich Einfluß auf sie üben und ebensowenig die Zustimmung des Bundesrates finden. Lieber (Centr.) glaubte, daß es eine herausforderndere Kriegserklärung nicht geben könne, als die preußische Vereinsvorlage, welche keine Einlösung des dem Reichstage gegebenen Versprechens enthalte, infolgedessen auch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch unterblieben sei. v. Kardorff (freikons.) sagte, der Reichstag dürfe nicht glauben, mit diesem Antrage das preußische Abgeordnetenhaus einschüchtern zu können, und begrüßte die preußische Novelle als ein wohlthuendes Zeichen des Wiedererwachens des alten preußischen Geistes, denn der Fonds monarchischer Gesinnung befinde sich stark in Abnahme. Singer (Soz.) hielt die preußische Vereinsnovelle für den Anfang des Staatsstreiches und war für Einstellung aller Geschäfte des Reichstags bis zur Aufhebung des Verbindungsverbotes. Staatssekretär v. Boetticher konnte eine derartige „Schauermalerei" nicht begreifen; im preußischen Staatsministerium befinde sich niemand, der sich auch nur zum Versuche eines Staatsstreiches hergeben würde; sehe er selbst etwa wie ein

Reaktionär aus? Man möge doch den Ausgang der Sache in Preußen abwarten; erst wenn sie dort scheitern sollte, könne man ja im Reichstage wieder anfangen. v. Levetzow (kons.) hielt den Antrag für unzeitgemäß, weil, da das Reich in dieser Sache noch nicht vorgegangen sei, den Einzelstaaten die Pflicht obliege, die Regelung des Vereinsrechts in die Hand zu nehmen. Richter (freis. Vp.) führte aus, es handele sich um eine Brüskierung des Reichstags; man spiele Landtag gegen Reichstag, Dreiklassenwahlrecht gegen Reichswahlrecht aus; die preußische Vorlage habe wenigstens das Verdienst, daß sie auch den Gutgläubigsten die Binde von den Augen reiße; wolle man etwa die Sozialdemokratie dadurch bekämpfen, daß man die bürgerlichen Parteien durch eine solche Vorlage auseinander reiße? v. Kardorff habe Recht, daß die monarchische Gesinnung abnehme, das sei aber nicht die Folge sozialdemokratischer Agitationen, sondern die unserer ganzen jetzigen Verhältnisse. Gerade in Deutschland habe das monarchische System die Anwartschaft auf eine längere Dauer, als irgendwo in Europa, weil hier die Monarchie mit dem Wachsen des Staates eng verwachsen sei und wirklich verdienstvolle Monarchen der Vergangenheit die ihnen entgegengebrachte Gesinnung noch auf ihre Nachkommen der Gegenwart fortpflanzten; umsomehr sei zu bedauern, daß die monarchische Gesinnung seit zehn Jahren sich nicht nur nicht vermehrt habe, sondern daß von dem Kapital dieser Gesinnung in einer Weise gezehrt werde, wie er es damals nicht für möglich gehalten habe, und zwar infolge von Vorgängen, die sich der parlamentarischen Erörterung entzögen und nicht bloß im Bürgertum, sondern bis tief in das Beamtentum und Offizierkorps hinein die Kritik herausforderten. Deutschland sei ein monarchisch-konstitutionelles Land, aber mit dem Programm „Sic volo, sic iubeo!" und „Suprema lex regis voluntas!" möge man vielleicht in Rußland noch eine Zeit lang regieren können, das deutsche Volk aber lasse sich auf die Dauer nicht so regieren. Zum Schluß dieser vom anwesenden Staatssekretär v. Boetticher unbeantwortet gelassenen Rede verzeichnete der Parlamentsbericht „stürmischen Beifall und Händeklatschen links und im Centrum, lautlose Stille rechts." Der Beifall der Tribünen war während der Rede vom Präsidenten v. Buol gerügt worden. Hierauf verkündete Bassermann die einmütige Zustimmung der Nationalliberalen zu dem Antrage, ebenso Fürst Radziwill die der Polen, Haußmann die der

süddeutschen Volkspartei, worauf der Antrag gleich in zweiter Lesung mit 207 gegen 53 Stimmen angenommen und dieser Beschluß am 20. Mai in dritter Lesung wiederholt wurde.

Diese Verhandlungen der beiden großen Parlamente über die Vereinsgesetzfrage fanden lauten Widerhall in der Presse der Parteien; was die des Abgeordnetenhauses betrifft, so waren die konservativen Organe geneigt, der Opposition eine Förderung der Umsturzelemente vorzuwerfen; die „Kreuz-Ztg." meinte sogar, es sei ein Ton angeschlagen, welcher den unverkennbaren Zweck verfolge, „eine neue Auflage des Entrüstungsrummels" vorzubereiten. Die „Kölnische Volks-Ztg." wollte den Fürsten Hohenlohe nicht als überzeugten Anhänger der Novelle anerkennen; er könne seiner politischen Vergangenheit nicht untreu geworden sein und habe sich wohl nur berufen gefühlt, so lange als irgend möglich auszuharren, um das Schlimmste zu verhüten. Die „National-Ztg." erblickte in der Novelle thatsächlich eine Spitze gegen den Reichstag und meinte, sie atme ein wenig den trotzigen Geist des ultrapreußischen Junkertums, welcher das Vordringen liberalerer süddeutscher Einflüsse nach Preußen als das Ende des guten alten Preußentums verabscheue, und sie trage unverkennbare Ähnlichkeit mit dem Bundestags-Reaktionsbeschlusse vom 13. Juli 1854, der in Preußen nicht einmal verkündigt worden sei. Daß Stöcker es in dieser Frage nicht mit den Konservativen gehalten und, was noch nie dagewesen, seine Rede gegen die Novelle auf der Linken Beifall hervorgerufen hatte, wurde auf konservativer Seite sehr übel vermerkt. Pfarrer Naumann schilderte in einer Berliner Versammlung die Bedrohung der Volksrechte durch die Novelle, deren Grundgedanke darin bestehe, die Masse sei zu dumm, sie brauche nicht zu reden, die da oben wollten regieren, weil sie meinten, sie könnten es, ein Rückfall in die Zeit der Schlagbäume und Kleinstaaterei werde beabsichtigt. In demselben Sinne erhoben am 20. Mai 15 sozialdemokratische Versammlungen in Berlin Protest gegen die Novelle mit dem Wunsche nach baldigstem Beginn der Vorbereitungen für die nächstjährigen Wahlen, die alle reaktionären Elemente aus der Volksvertretung entfernen sollten. In einer dieser Versammlungen brachte Bebel die Idee einer Beteiligung der Sozialdemokraten an den nächsten preußischen Landtagswahlen auf. Dieser Vorschlag fand jedoch in Bebels Partei sehr geteilte Aufnahme, um so mehr aber bei den Freisinnigen Anklang

in der Unterstellung, daß die Sache thatsächlich nur ihnen zu Gute kommen könne.

Eine erregtere Wirkung übten die Verhandlungen des Reichstags aus, hauptsächlich infolge der Rede Richters, über die in den freisinnigen Organen gesagt wurde, daß sie enthalten hätte, „was allen auf den Lippen lag, daß sie einen Glanz und Triumph hervorgebracht habe, wie er nur selten im parlamentarischen Leben einer Nation vorkomme, daß ihre Wirkung die eines reinigenden Gewitters gewesen sei, denn was Tausende sich ängstlich zugeraunt hätten, was Millionen dächten, das habe er unerschrocken ausgesprochen, fast in jedem seiner Sätze habe ein zündender Blitz gezuckt. Die „Deutsche Ztg." warf der Regierung Mangel an Mut, Verantwortlichkeitsgefühl und Entschlossenheit vor; nach der „Zeit" sollte das moralische Ansehn des Reichskanzlers durch diese Verhandlung so schwer geschädigt sein, daß er sich nicht wieder erholen werde. Die „Volks-Ztg." nannte diese ganze Reichstagsverhandlung „einen feierlichen, grandiosen Protest des Reichsgedankens" gegen die engherzigste partikularistische Reaktion des sogenannten führenden Bundesstaats". Die „Post" dagegen glaubte, daß „das Schreckgespenst absolutistischer Tendenzen" ungescheut an die Wand gemalt werde, bloß um den Angriff auf das persönliche, monarchische Regiment zu Gunsten eines Scheinkönigtums zu maskieren, und die „Kreuz-Ztg." sprach von Demonstrationszwecken der Opposition, die neben der antimonarchischen Seite auch die antijunkerliche im Interesse des Judentums und der Börse angeschlagen habe. Die „Allgem. Ztg." hatte den Eindruck, daß sämtliche Parteien tief verstimmt, die Beziehungen der Reichsregierung zum Reichstage gründlichst verdorben seien, und man nach Kräften einen Gegensatz zwischen der preußischen Regierung und dem Reiche gesucht habe. Dasselbe Gefühl hatte die „Konservative Korrespondenz", die es jedoch so ausdrückte, die Demokratie habe nichts Geringeres im Sinne, als Preußen unter die Vormundschaft des Reichs zu bringen, ein thörichtes Beginnen, denn der nach unbedingter Volkssouveränetät strebende Reichstag werde, wenn er mit Preußen fertig sei, an der Mainlinie nicht Halt machen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses war mit der Vereinsgesetz-Novelle rasch fertig geworden. Ihr von Oswalt (nat.-lib.) erstatteter Bericht empfahl die Annahme der Artikel über

das Verbindungsverbot und die Minderjährigen, während er alles andere verwarf. In der zweiten Beratung des Abgeordnetenhauses am 28. Mai stellten Graf Limburg-Stirum (kons.) und Genossen den Antrag auf Einschaltung eines Artikels, wonach Versammlungen, von denen auf Grund von Thatsachen anzunehmen sei, daß sie die öffentliche Sicherheit, insbesondere die des Staats, oder die öffentliche Ordnung gefährden würden, von der Landespolizeibehörde sollten verboten werden können. Minister Freiherr v. d. Recke bemerkte hierzu, daß die Gewährung des sogenannten Präventivverbots der Regierung willkommen sein würde. Ferner stellten v. Dziembowski (freikons.) und Genossen den Antrag, die angegriffenen Artikel so zu fassen, daß Versammlungen und Vereine, in welchen anarchistische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die des Staats gefährdenden Weise zu Tage treten, von den Abgeordneten der Polizeibehörde sollten aufgelöst oder geschlossen werden können. Dies würde also auf ein preußisches Sozialistengesetz hinausgekommen sein. In der Beratung aller dieser Vorschläge ergriffen verschiedene Redner das Wort, im wesentlichen, um die Stellung ihrer Partei zu bezeichnen. Minister Freiherr v. d. Recke sagte, die Kommission habe nur die Rosinen aus dem Kuchen gepickt, nur die Erleichterungen angenommen, die meisten der Bestimmungen aber, auf welchen das Hauptgewicht liege, abgelehnt; das Bedürfnis, die Machtmittel der Regierung zu verstärken, könne nur denen nicht nachgewiesen werden, welche von vornherein nicht die Absicht hätten, sich überzeugen zu lassen. v. Zedlitz empfahl den Antrag der Freikonservativen, welcher „sozial- und nationalrevolutionäre Bestrebungen" treffe. Sattler (nat.-lib.) hielt es nicht für richtig, ins Land hineinzurufen, daß die monarchische Gesinnung schwinde. In der hierauf folgenden Abstimmung wurde in der That alles abgelehnt, außer der Aufhebung des Verbindungsverbots und der Bestimmung über die Minderjährigen. Die dritte Beratung am 31. Mai hatte im wesentlichen dasselbe Resultat, worauf der Präsident v. Köller unter Zustimmung des Hauses feststellte, daß die Vorlage eine Verfassungsänderung enthalte und deshalb nach 21 Tagen nochmals darüber abgestimmt werden müsse. Ohne diese Vorschrift

wäre der Landtag wegen Erledigung der Geschäfte geschlossen worden, nun aber mußten die Pfingstferien bis zum 22. Juni ausgedehnt und auch während dieser Zeit täglich 6495, also für diese arbeitslose Zeit rund 389 700 Mark bezogen werden, und für den Fall, daß nach dieser die bisherigen Beschlüsse bestätigt werden würden, eröffnete sich wegen der vom Herrenhause alsdann ebenfalls zu beobachtenden Frist die Aussicht auf Ausdehnung der Session bis in den August, ihren neunten Monat, hinein.

Der Reichstag stand Ende Mai ebenfalls im Begriff, die Pfingstferien anzutreten, als, vielleicht ermutigt durch den unerwartet starken Besuch der Versammlung bei Beratung der Vereinsgesetzfrage, von Adt (nat.-lib.) und Genossen der Versuch unternommen wurde, die am 15. Dezember v. J. als aussichtslos abgebrochenen Verhandlungen über die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozeßordnung, die sogen. Justiznovelle, nochmals in Gang zu bringen, wegen deren der Reichstag frühzeitiger als gewöhnlich einberufen worden war. Nachdem damals die Durchberatung daran gescheitert war, daß in den Fragen der Berufung in Strafsachen und der Besetzung der Strafkammern die Gegensätze nicht hatten ausgeglichen werden können, ging der jetzige von 118 Mitgliedern unterzeichnete Antrag dahin, daß die Strafkammern in der Hauptverhandlung auch dann mit nur drei Mitgliedern besetzt werden sollten, wenn Vergehen und Übertretungen sowie solche strafbare Handlungen, welche sich nur deshalb als Verbrechen darstellen, weil sie im Rückfall begangen sind, den Gegenstand der Untersuchung bilden. Eine zweite neue Aufgabe ward dem Reichstage in diesem eigentümlichen Momente zu teil in Gestalt eines neuen Arbeiterschutzgesetzes wegen Abänderung der Gewerbeordnung und des Krankenversicherungsgesetzes. Aus Anlaß der großen Arbeitseinstellung im Konfektionsgeschäfte, welche im Februar 1896 die allgemeine Aufmerksamkeit auf die traurige Lage der hierin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen lenkte, war eine Reichskommission für Arbeiterstatistik eingesetzt worden, nach deren Erhebungen der größte Teil der über die Mißstände in dieser Branche laut gewordenen Klagen völlig unbegründet gewesen sein sollte; sie hatte jedoch gleichwohl erklärt, daß ein Eingreifen der Gesetzgebung erforderlich sei. So entstand diese Vorlage, welche der großen Masse der Hausgewerbetreibenden die Wohlthat der

staatlichen Krankenversicherung zu gute kommen lassen wollte. Es sollen hiernach nicht bloß statutarisch durch die Gemeinden die Hausindustriellen in die Krankenversicherung einbezogen werden können, sondern es soll dem Bundesrate das Recht zustehn, diese Pflicht zu verallgemeinern. Dabei soll als Arbeitgeber der Fabrikant gelten, nicht der Zwischenmeister. Ferner soll der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorzuschreiben befugt sein, in denen Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit die Stückzahl, sodann die Lohnsätze und Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten vom Arbeitgeber zu bekunden sind. Weiterhin soll für bestimmte Gewerbe durch Beschluß des Bundesrats angeordnet werden können, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sofern ihre tägliche Beschäftigung in der Fabrik sechs Stunden übersteigt, Arbeit nicht mit nach Haus gegeben werden darf. Zuwiderhandlungen sollen mit hohen Geldstrafen belegt werden. So freudig dieser neue Beginn einer sozialpolitischen Aktion allgemein begrüßt wurde, so seltsam mutete es an, daß der Reichstag, in dem voraussichtlich viele Kämpfe hierüber stattfinden würden, gerade am Ende seiner Session und zu einer Jahreszeit, wo die Müdigkeit der Abgeordneten bereits übergroß zu sein pflegt, damit befaßt wurde. In der That trat der Reichstag gerade jetzt seine Pfingstferien an, und zwar beschloß er, auf Anregung von Lieber (Centr.), ohne ersichtlichen Grund, sich auf die lange Zeit bis zum 22. Juni zu vertagen. Viele Mitglieder folgten im Verein mit den Mitgliedern des Bundesrats der Einladung der Stadt Hamburg auf den 29. Mai zum Besuche der dortigen Gartenbau-Ausstellung und wurden hier vom Bürgermeister Mönckeberg durch eine Ansprache begrüßt. Es fiel auf, daß bei dem Festmahle ein Trinkspruch auf den Kaiser unterblieb, wie wohl behauptet wurde, im Hinblick auf die unter diesen 350 Größen befindlichen sozialdemokratischen Abgeordneten. Dagegen bemerkte der Staatssekretär v. Boetticher in der Dankrede, unter allgemeiner Heiterkeit, daß Hamburg zu Stande gebracht habe, was in Berlin oft schwer sei, nämlich den Reichstag beschlußfähig zusammenzubringen.

Die große Pause der Parlamente wurde durch einige interessante Vorgänge ausgefüllt. Zunächst erregte der Prozeß gegen den Polizeikommissar v. Tausch, der als Nachspiel zu dem im Dezember v. J.

stattgehabten Prozeß v. Lützow-Leckert vom 24. Mai bis 1. Juni vor dem Berliner Landgericht I verhandelt wurde, die größte Aufmerksamkeit. Es handelte sich zwar nur um Anklagen wegen Amtsverbrechen und wissentlichen Meineid; mit großer Spannung aber erwartete man im Publikum, daß, was in jenem Prozesse nicht gelungen war, nunmehr die „Hintermänner" an den Tag kommen würden, von welchen die in verschiedenen öffentlichen Blättern enthalten gewesenen schweren Angriffe auf hohe Staatsbeamte eingegeben sein mochten. Indeß brachte der Prozeß nichts hierüber zum Vorschein, und die Enttäuschung bei v. Tauschs Freisprechung war um so größer, als sehr große Anstrengungen zur Ermittelung der Thatbestände gemacht, wieder eine Reihe hoher Personen als Zeugen vernommen und mehrere Journalisten zur Aufdeckung einer Preßthätigkeit genötigt waren, die dem unschuldig die Tagesblätter lesenden Publikum ganz neu und seltsam erschien. Das Ergebnis des Prozesses bestand nur in der allgemeinen Überzeugung von der Notwendigkeit einer Umgestaltung der politischen Polizei und einer Fernhaltung unsauberer Preßpiraten von den politischen Blättern.

Sodann fanden in der Presse recht lebhafte Verhandlungen über das Auftreten des Freiherrn v. Stumm in der Sitzung des Herrenhauses vom 28. Mai statt. Nachdem er hier Vorwürfe gegen die akademische Lehre der sog. kathedersozialistischen Professoren erhoben und vom Minister Bosse entschieden zurückgewiesen war, wurde dieser Feldzug in der „Post" mit Heftigkeit fortgesetzt. Der Kultusminister, hieß es hier, habe sich bedauerlicher Weise nicht zu der Entschiedenheit aufgerafft, welche der von der Regierung verkündigten und auf anderen Gebieten nachdrücklich kundgegebenen Absicht, den sozialrevolutionären Bestrebungen entgegenzutreten, entspreche, sondern er beharre in einer schwächlichen Halbheit, welche der Ernst unserer Zeit nicht vertrage; wer im Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen unserer Zeit seine Stelle ausfüllen wolle, müsse Kraft und Mut zu ganzer Arbeit haben. Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" nahm hieraus Veranlassung, mit Genugthuung anzuerkennen, daß der Kathedersozialismus, nach seinen Wirkungen beurteilt, allerdings eine Hülfstruppe des Sozialismus bilde. Dagegen führte die „Norddeutsche Allg. Ztg." am 9. Juni aus, daß die Herrenhausrede v. Stummis allerdings ein schwerer Schlag für die Partei der Revolution gewesen

sei, weil sie den Mut der Königstreuen mächtig geweckt und gestärkt habe, sodaß es der vermummten Revolution sehr erschwert sein werde, ihr Gewerbe der Untergrabung des monarchischen Staats ungestört fortzusetzen.

Die Gelegenheit, hierauf zu antworten, nahmen sich katheder-sozialistische Lehrer auf dem am 10. und 11. Juni in Leipzig stattfindenden Evangelisch-sozialen Kongreß. Die Ansprache des Vorsitzenden, des Landesökonomierats Nobbe, lief darauf hinaus, die Gegner des Kongresses würden zugeben, daß er sich mit den großen wirtschaftlichen Fragen beschäftige, um die wirtschaftliche Bewegung in die richtigen Bahnen zu leiten und dem christlichen Gefühle anzupassen. Nach dem hierauf erstatteten Jahresberichte hatte die Gründung des national-sozialen Vereins die Stellung des Kongresses nicht verändert, dem auch die Mitglieder dieser Richtung willkommen seien. Die vom Aktionskomitee beschlossenen nationalökonomischen Kurse in Berlin seien von 110 Personen besucht gewesen, und die Frauengruppe habe eine rege Thätigkeit entfaltet. Zum ersten Beratungsgegenstande „Das Eigentum nach christlicher Beurteilung" sprachen Geh. Kirchenrat Prof. Wendt und Pfarrer Naumann. Dieser sagte u. A: Der Begriff des Eigentums sei zweifellos in früheren Zeiten ein anderer gewesen, als heute; das Eigentum finde mißbräuchliche Anwendung, und gegenüber solchen Verhältnissen stehe das Christentum vor der Entscheidung, ob der Satz „Du sollst nicht stehlen" doch nicht eigentlich für andere Verhältnisse Geltung gehabt habe, als die unserigen. Diesen Ausführungen trat Prof. Wagner mit der Bemerkung entgegen, unter allen Umständen müsse daran festgehalten werden, daß der Diebstahl, gleichviel in welchem Wirtschafts- oder Staatsgebilde, sittlich und rechtlich straffällig sei. Die Versammlung beschloß hierauf, zu erklären, es sei ihre Überzeugung, daß die christliche Beurteilung des Eigentums weder auf asketische, noch auf kommunistische Ideale verpflichte, auch ihrer Art nach nicht geeignet sei, ohne weiteres in die Rechtsordnung überzugehen; daß aber das Evangelium es jedem Christen zur Pflicht mache, Besitz und Genuß des Eigentums grundsätzlich dem ewigen Gut unterzuordnen und in den Dienst der Liebe sowie der gemeinsamen sittlichen Aufgaben zu stellen. Privatdozent Oldenberg aus Berlin, einer der Katheder-sozialisten, hielt hierauf einen mehrstündigen Vortrag über „Deutschland als Industriestaat", worin er, zur Freude aller

Agrarier, ausführte, der allgemeine Rückgang der Landwirtschaft sei darauf zurückzuführen, daß das Kapital die führende Rolle in der Volkswirtschaft übernommen habe. Dagegen trat Prof. Weber aus Heidelberg mit dem Nachweise auf, daß wir in erheblichen wirtschaftlichen Nachteil geraten würden, wenn wir uns nicht an dem großen Austausch von einem Lande zum anderen beteiligten. Prof. Wagner meinte, die Menge der Kinder in Deutschland sei es, die das Kapital aufzehre und besonders den kleinen Mann nicht zu einem Besitz kommen lasse. Prof. Schmoller aus Berlin hielt einen Vortrag über die Frage: „Was verstehen wir unter dem Mittelstand? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?", worauf der Kongreß die Ansicht aussprach, daß die volkswirtschaftliche Entwicklung der Neuzeit nicht mit innerer Notwendigkeit zur Auflösung eines für die Vermittlung sozialer Gegensätze wichtigen und für das sittlich-religiöse Volksleben erfahrungsmäßig hochbedeutsamen Mittelstandes führen müsse; daß vielmehr zwar gewisse Teile des bisherigen Mittelstandes voraussichtlich verschwinden, dagegen andere sich erhalten und neu sich bildende die alten niedergehenden ersetzen würden; dieser heilsame Prozeß müsse durch Hebung der Schul- und technischen Bildung sowie durch Stärkung der moralischen Kräfte des ganzen Volks befördert werden. In besonderen Abteilungen des Kongresses wurden Vorträge gehalten und „Resolutionen" gefaßt über die Grenzlinien der Frauenbewegung, über das Arbeitergenossenschaftswesen und über „Malthusianismus und Christentum". Die Mehrzahl der öffentlichen Urteile war diesem Kongresse nicht günstig. Am schärfsten trat ihm die „Konservat. Korresp." entgegen, welche ihre Partei als Gegner der Tendenzen bezeichnete, die seit der Uebernahme des Generalsekretariats durch den jetzt kaltgestellten Herrn Göhre sich dort entwickelt hätten; die aus dem Kongreß entstandene national-soziale Richtung habe ihn fast absolut beherrscht, Naumann habe sich sogar direkt zu dem Grundsatze „Eigentum ist Diebstahl" bekannt, eine Behauptung, welcher dieser Pfarrer in seiner „Zeit" mit dem Bemerken entgegentrat, „wir fordern, daß man Eigentumsrechte zu schaffen sucht, die nicht die Menge des Volkseigentums losmachen." Die „Dresdner Nachrichten" bezeichneten den Kongreß ebenfalls als eine „Filiale" der Naumannschen Richtung. Nach der „Badischen Landespost" zeigt die Bunt-

lappigkeit dieses Sprechsaals seine thatsächliche Unfruchtbarkeit in mehr als drastischer Weise; Naumann brauche diese Professoren als Anschlagsäulen für national-soziale Reklame. Nach den „Berliner Neusten Nachrichten" waren die Quellen, aus denen der evangelisch-soziale Strom anfangs gespeist sei, teils versiegt, teils abgelenkt, und ergössen jetzt ihr Wasser auf Mühlen, die rascher arbeiten. „Vorwärts" meinte, die Glanzperiode dieses Kongresses sei vorbei, Heldenthaten werde er wenigstens nicht verrichten. Hr. Göhre klagte in der „Sozialen Praxis", daß diesmal alle höheren Staats- und städtischen Beamten auf dem Kongresse gefehlt hätten, daß demselben die Kirchen versagt seien und daß ihn der Argwohn, die Angst, Geringschätzung, Gleichgültigkeit wie eine kalte Luft umfächelt habe. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." war nunmehr mit Prof. Schmoller zufrieden und meinte, sobald man die Wissenschaft zu Worte kommen lasse, werde sie beinahe immer das Gegenteil von dem aussagen, was die Agitation behaupte. Ein Frankfurter Blatt endlich sagte, aus den Verhandlungen des Kongresses habe es wie ein belebender frischer Lufthauch in unsere sozialen Kümmernisse hineingeweht.

Als ein nicht unwichtiges Ereignis wurde in dieser Parlamentspause auch der Ausfall dreier Wahlen angesehen: Bei der Reichstagsersatzwahl im Bezirke Wiesbaden-Rheingau-Obertaunus, welche durch den Tod des Abg. Köpp (freis. Ver.) nötig geworden war, behielten für die Stichwahl die meisten Stimmen die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei und des Centrums, wobei sich ergab, daß auf den Freisinnigen 1700 Stimmen mehr als voriges Mal gefallen waren, ein Ergebnis, welches mehrere freisinnige Organe zu dem Ausrufe veranlaßte, dies sei der „Beginn der Abrechnung" für die Vereinsgesetzvorlage. Auch die am 10. Juni in Königsberg stattgehabte Reichstagsersatzwahl, in der, zum erstenmal ohne Stichwahl, die Sozialdemokratie siegte, wurde auf derselben Seite als symptomatisch für die nächstjährigen Neuwahlen angesehen. Was die ebenfalls am 10. Juni im Wahlbezirke Berent-Pr. Stargardt-Dirschau stattgehabte Ersatzwahl zum preußischen Abgeordnetenhause betrifft, so siegte leider der polnische Kandidat lediglich dadurch über den Deutschen, daß fünf freisinnige Wahlmänner im zweiten Wahlgange sich der Abstimmung enthalten hatten, und zwar, wie sie infolge vieler Angriffe öffentlich erklärten, nur deshalb, weil sie nicht

die Verantwortung hätten übernehmen wollen, daß durch ihre Stimmen ein Abgeordneter gewählt werde, der möglicherweise für die Vereinsgesetznovelle stimmen könne. Übereinstimmend erblickte man auf Seiten aller Parteien in diesen drei Wahlergebnissen eine Bestätigung der großen allgemeinen Unzufriedenheit.

Unter dem Druck mancher Mißlichkeiten in den innerpolitischen Zuständen wurde um Mitte Juni die gesamte Presse in große Bewegung gesetzt durch einige Anzeichen einer in der Regierung sich vollziehenden Änderung. Es war schon aufgefallen, daß der Staatssekretär v. Marschall sich für $2^1/_2$ Monate, eine so lange Zeit auf Urlaub begeben hatte, daß man diesen als Vorläufer seines Rücktritts anzusehen geneigt war. Dazu kam, daß nach des Kaisers Rückkehr von einer Reise nach Marienburg und Danzig mehrfache Konferenzen von Ministern sich rasch folgten: am 31. Mai hatte der Reichskanzler beim Kaiser in Potsdam Vortrag, am 3. Juni wiederum, am 4. hielt das Staatsministerium Sitzung, am 10. Juni meldete sich der aus Ostasien angelangte Kontreadmiral Tirpitz beim Kaiser, am 11. Juni traf Admiral Knorr, seine Flottenbesichtigung in Kiel unterbrechend, in Berlin ein, sodann mußte Minister v. Miquel seine Badekur in Wiesbaden unterbrechen und hatte am 14. eine Besprechung mit dem Reichskanzler, am 15. mit dem Kaiser und dem Reichskanzler, worauf die Admirale Knorr und Tirpitz in Potsdam Vortrag hatten. Wiewohl nichts bestimmtes über diese Besprechungen verlautete, nahm man doch als sicher an, daß es sich um demnächstige neue Forderungen für die Flotte und, weil für diese nur bei einer günstigeren Zusammensetzung des Reichstags Aussicht sein konnte, um Beseitigung von Gründen der herrschenden Mißstimmung handele. Die Presse erging sich in vielen Vermutungen über eine bevorstehende Umbildung in den höchsten Reichs- und Staatsämtern sowie über die Schwierigkeiten einer Vizekanzlerschaft, bis schließlich die „Nordd. Allg. Ztg." dies alles für bloße Kombinationen erklärte.

Während in Berlin die neuen Pläne weiteren Besprechungen unterzogen wurden, wohnte der Kaiser nebst seiner Gemahlin am 16. Juni der Grundsteinlegung zu einem Denkmale Kaiser Wilhelms I. in Liegnitz bei, und dann unternahmen sie eine Reise nach Westfalen und Rheinland. Am 18. Juni erschienen sie

in den ihr Jubiläum feiernden Pastor v. Bodelschwingh'schen Anstalten Bethel bei Bielefeld, der Kaiser auch in der nahe gelegenen Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf auf der Senne-Ebene. Im Walde trugen 1600 Posaunenbläser und 6000 Sänger aus Minden-Ravensberg, Lippe und dem Wupperthal vor dem in einem Zelte weilenden Kaiserpaare Lieder vor, worauf es feierlichen Einzug in Bielefeld hielt. Auf der alten Veste Sparrenberg wurde es von den Vertretern der Stadt begrüßt, der Kaiser nahm hier einen Ehrentrunk entgegen und hielt eine programmartige Ansprache. Gleich wie, sagte er, der große Kurfürst einst an dieser Stelle Rat gepflogen und Entschlüsse gefaßt habe, welche die wehrhaften Brandenburger in ruhmvolle Thaten umsetzen sollten, so habe auch er sich Rat, Mut und Zuversicht geholt zu einem anderen Kampfe als dem mit Waffen. Mit staunender Bewunderung habe er die überwältigenden Leistungen und Erfolge jenes gottbegnadeten Mannes gesehen, dessen Segen man im ganzen Vaterlande und darüber hinaus spüre. Tief durchdrungen vom siegreichen Erfolge evangelischer Liebesthätigkeit, erhebe er den Pokal in der Hoffnung, daß Westfalens Söhne nicht zurückstehen würden mit ihrer Hülfe zur Ausführung seines Programms: „Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jedes Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern." An demselben Tage traf das Kaiserpaar in Köln ein, begrüßte hier die gerade auf der Durchreise nach London befindliche Kaiserin Friedrich und fuhr, unter den lebhaftesten Zurufen einer großen Volksmenge, nach dem Festplatz am Ring, wo es, umgeben vom Erbgroßherzog von Baden, dem Reichskanzler und mehreren Ministern, der Enthüllung eines Denkmals Kaiser Wilhelms I. beiwohnte, welches die Inschrift trägt: „Wilhelm dem Siegreichen, erstem Kaiser des neuerstandenen Deutschen Reichs die dankbare Stadt Köln"; auf der entgegengesetzten Seite stehen die Worte „Fest steht und treu die Wacht am Rhein." Am Postamente des Denkmals war auf der einen Seite die Colonia, auf der anderen Vater Rhein mit dem Dreizack in der Hand angebracht. An die Feier schloß sich ein Prunkmahl im Gürzenichsaale, in welchem vor 49 Jahren Friedrich Wilhelm IV. den Mitgliedern der deutschen

Nationalversammlung, die ihn zum Kaiser machen wollten, zugerufen hatte: „Bedenken Sie, daß es in Deutschland auch Fürsten giebt, und daß ich einer von ihnen bin." Nun stand sein Großneffe als Kaiser hier und erwiderte auf den Trinkspruch des Oberbürgermeisters Becker mit einer Rede, die sich, ihrer Bedeutung nach, seiner Bielefelder Rede in gewisser Weise anschloß. Der Kaiser sprach seinen Dank „für den zu Herzen gehenden Empfang" und den Glückwunsch dafür aus, daß die Stadt sich in bewunderungswürdiger Weise entwickelt habe. Sodann kam er auf die am Postament des Denkmals angebrachten Figuren zu reden: Köln mit dem Ölzweig in der Hand, das Bild des Friedens, in dem der Gewerbefleiß des Bürgers unter dem Schutz der Monarchie sich entwickele; „auf der anderen Seite der Meergott mit dem Dreizack in der Hand, ein Zeichen dafür, daß, seitdem der große Kaiser unser Reich von neuem zusammengeschmiedet, wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben, Deutsche aller Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Auslande aufrecht zu erhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust, und ich denke, die Kölner Bürgerschaft ist eine von denen, die dies am besten verstehen." Gott möge ihm verleihen, in den Bahnen seines Großvaters zu wandeln, der Welt den Frieden zu erhalten, der ja erst existiere, seit das Deutsche Reich wieder da ist, ebenso nach außen die Ehre des Reichs in jeder Weise hochhalten zu können, unserer vaterländischen Arbeit und der Industrie der produzierenden Stände die Absatzgebiete zu sichern und zu erhalten, die wir brauchen.

Der in der Bielefelder und in dieser Kölner Kaiserrede enthaltene neue Mahn- und Warnruf sowie der in ihnen sich ausprägende tiefe Ernst eines unausgesetzt um die Wohlfahrt des Reichs sich absorgenden Monarchen fanden die Zustimmung aller urteilsfähigen Politiker und Patrioten; allein wohl wegen der Allgemeinheit der Ausdrücke fand eine Übereinstimmung nur in der Theorie statt, während auf Seiten der einzelnen Parteien gar verschiedenes aus den Reden herausgelesen wurde, je nach dem, was man unter Schutz der nationalen Arbeit verstand. Die einen freuten sich der angeblich angekündigten Erhaltung der bisherigen Handelsvertragspolitik, die anderen glaubten nun der Genehmigung des Antrags Kanitz und einer systematischen Einschränkung der Industrie entgegensehen zu

dürfen. Ebenso verschieden waren die Ansichten je nach dem, was man unter Kampf gegen den Umsturz verstand. Auch hieß es wohl, mit den schwersten Strafen gegen den Streik könnten doch wohl nicht die Todesstrafe und das Zuchthaus, wahrscheinlich also nur das gemeint sein, was in der Regierungsvorlage des Strafgesetzbuchs enthalten war. Im ganzen liefen die Urteile darauf hinaus, daß man nun wohl Thaten der Regierung erwarten dürfe.

Von Köln aus trafen der Kaiser und die Kaiserin am 19. Juni über Niedermendich in Maria Laach ein, wo sie bei der Kirche der uralten Benediktiner-Abtei vom Abte Benzler empfangen wurden, der in seiner Ansprache erwähnte, daß die Majestäten hier an der „Glanzstätte der christlichen Kultur deutscher Lande" ständen und daß das Gotteshaus durch des Kaisers Entschließung seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgegeben sei. Sodann geleitete der Abt die Gäste in die Kirche, wo die Mönche einen Gesang anstimmten. Die Benediktiner verehrten dem Herrscherpaare eine goldene Medaille, der Kaiser aber kündigte ihnen an, daß er aus eignen Mitteln der Abteikirche einen Hochaltar zu stiften gedenke. Von der Höhe herabgekommen, bestiegen die Majestäten in Andernach einen Dampfer und stiegen in dem im Festgewande prangenden Neuwied aus, zum Besuche der fürstlichen Familie von Wied. Sodann wurde die Reise wieder rheinabwärts fortgesetzt; nach der Landung in Bonn begab sich die Kaiserin gleich weiter nach Schloß Brühl, während der Kaiser durch die festlich geschmückten Straßen der Universitätsstadt fuhr und bei der Studentenverbindung der Borussen, welcher er einst angehört hatte, speiste. Am 20. Juni traf er in Brunsbüttel ein und fuhr auf der Yacht „Hohenzollern" nach Cuxhaven weiter. Am 22. Juni, dem großen Jubiläumstage seiner Großmutter, der Königin Victoria, traf er auf Helgoland ein, wo er einige Tage weilte und den Besuch des Königs der Belgier erhielt. Am 26. Juni fuhr er durch den Nordostseekanal und wohnte mit der Kaiserin und dem Kronprinzen einer Segelregatta des „Norddeutschen Regattavereins" in der Kieler Bucht bei.

Nach dem Ende der sehr lang ausgedehnten Pfingstpause traten die großen Parlamente am 22. Juni wieder zusammen. Der Reichstag erledigte nur noch die Handwerkervorlage, und zwar in einer Weise, mit welcher man eigentlich auf keiner Seite recht zufrieden war.

Am 25. Juni wurde die Session geschlossen, nachdem sie vom 2. Dezember 1895 bis 5. Juli 1896 7 Monate und 4 Tage, sodann vom 10. November v. J. an 7 Monate und 18 Tage, zusammen 14 Monate und 22 Tage gedauert und 39 Gesetzentwürfe genehmigt hatte, während 11 Entwürfe unerledigt geblieben waren. In der Presse wurde dem Reichstage fast durchgängig ein schlechtes Zeugnis ausgestellt; von dem, was er nach vielen Mühen und Umständen fertig gebracht hatte, wurde nur weniges als erfreulich bezeichnet.

Länger als der Reichstag hatte der preußische Landtag während der Sommerhitze auszuharren. Nach Ablauf der von der Verfassung vorgeschriebenen 21-tägigen Frist wandte sich das Abgeordnetenhaus der Vereinsgesetznovelle wieder zu, um die Abstimmung vom 31. Mai zu wiederholen. Namens der ausschlaggebenden nationalliberalen Partei erklärte Hobrecht, daß diese an der beschlossenen Fassung festhalten und jede etwaige Zumutung einer weiteren Änderung des Vereinsrechts einstimmig ablehnen werde. Richter (freis. Vp.) bedauerte, daß diese Partei nicht kurzer Hand die Vorlage verwerfen wolle; eine Ausdehnung der Session in den für Erholungsreisen bestimmten Hochsommer grenze fast an Grausamkeit, auch werde man, angesichts der geringen Mehrheit, Gefahr laufen, daß der Entwurf doch noch in einer auch den Nationalliberalen nicht zusagenden Gestalt angenommen werde. Die Regierung möge zu wissen thun, ob sie die Session schließen oder die Vorlage zurückziehen oder dem Herrenhause gegenüber die Fassung des Abgeordnetenhauses vertreten wolle. Man wisse überhaupt nicht, was jetzt Regierung sei; da Personalveränderungen innerhalb derselben im Gange wären, wobei der Minister v. Miquel in den Vordergrund trete, sei die Vornahme einer Verfassungsänderung bedenklich; die Ansicht des Ministers des Innern, daß in dieser Frage die Mehrheit des Volks auf Seiten der Regierung stehe, sei durch die oben erwähnten letzten Wahlen widerlegt worden; endlich halte er eine Verfassungsänderung für unzulässig, die nicht im Gesetze ausdrücklich angeführt sei. Darauf meinte Graf Limburg-Stirum (kons.), Richter behandle die Frage nicht als Parlamentarier, sondern als Journalist, der immer neuen Stoff haben wolle; in dem Verfahren der Regierung erblicke die konservative Partei den Anfang einer besseren, energischen Politik, die

hoffentlich nachhaltig sein werde. Rickert (freis. Ver.) fragte, welche Stellung die Regierung einnehme, namentlich möge sie sich über die sehr bedenkliche Frage eines Verfassungsbruchs nicht ausschweigen. Minister v. d. Recke erwiderte, die Angriffe auf Mitglieder des Staatsministeriums berührten die Regierung nicht, die sich in erster Linie als Hüterin der Verfassung betrachte; die von Richter vorgeschlagene Form der Verfassungsänderung sei allerdings auch gangbar, die Regierung habe sich aber, unter besonderer Zustimmung des Justizministers, nicht für sie entschieden. Richter (freis. Vp.) antwortete dem Minister, daß schon mancher Minister, der sich nicht berührt gefühlt, habe weichen müssen; die Konservativen witterten Morgenluft, da Herr v. Miquel obenauf kommen solle und den Agrariern vielleicht die Doppelwährung bringe. Redner kam auch auf seine obige Reichstagsrede über die Vereinsgesetzfrage mit dem Bemerken zu sprechen, die Konservativen hätten gewußt, daß diese Rede nicht den Staatssekretär v. Boetticher getroffen, sondern höher hinauf gezielt, die ganze politische Lage nach der Überzeugung der weitesten Kreise des Landes bis tief in die konservativen Kreise gekennzeichnet habe; gegen diese Rede hätten die Konservativen nicht den Mund aufgemacht, und er sei über das ihm darüber aus dem Lande zurückgeschallte Echo erstaunt. v. Zedlitz (freikons.) führte das von Richter erwähnte Mißfallen darauf zurück, daß wir auf Grund des vom Kaiser in Bielefeld verkündigten Programms zu einer einheitlichen Regierung kämen, deren Tendenz der Linken nicht zusage. Nichts wäre verkehrter, als die großen, Deutschland zugefallenen Aufgaben wegen einer gegenwärtigen verblendeten Reichstagsmehrheit bei Seite zu stellen. Über diese Äußerung entstand ein solcher Lärm, wie er wohl noch nie zuvor im Abgeordnetenhause vorgekommen war. Richter wurde wegen eines Zwischenrufes vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Schließlich wurde die Vorlage in derselben Fassung wie in der dritten Lesung vom 31. Mai gegen die Stimmen des Centrums, der beiden freisinnigen Parteien und der Polen angenommen, worauf sie dem Herrenhause zuging, das am 24. Juni darüber in Beratung trat. Hier erhob sich zunächst der Oberpräsident von Pommern, v. Puttkamer, für den Entwurf, mit dem die Regierung ihr Versprechen bezüglich des Vereinsgesetzes erfüllt und den nach dem Sozialistengesetze fallen

gelassenen Faden dankenswert wieder aufgenommen habe. Die Frage werde jetzt keinenfalls mehr aus der Welt verschwinden; hunderttausende patriotischer Männer bedauerten, wie man den von den Umsturzparteien drohenden Gefahren mit verschränkten Armen zusehe; wir wollten es aber nicht machen wie andere Staaten, die erst nach Eintritt der Gefahr mit Gewaltmaßregeln kämen, sondern vorbeugend vorgehen. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes, welches verhältnismäßig ruhige und ordentliche Zustände geschaffen, habe die Gefahr lawinenartig zugenommen, und es sei ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, die Sozialdemokratie habe zwar an Breite zu-, aber an Stärke abgenommen; gelinge es ihr auch noch, den Bauernstand zu gewinnen, so würde dies der Anfang vom Ende sein. Es empfehle sich, das allerdings in alle Parteiverhältnisse eingreifende Gesetz auf die Umsturzparteien zu beschränken. Oberbürgermeister Giese von Altona war ebenfalls der Ansicht, daß dem Staate ein Mittel an die Hand gegeben werden müsse, dem Umsturze wirksam entgegenzutreten; sehr gefährlich sei es, daß die Sozialdemokraten den politischen Kampf in das wirtschaftliche Leben hineinbrächten, wie der große Streik in Hamburg beweise, der den Arbeitern nichts genützt, aber den Sozialdemokraten viele neue Anhänger verschafft habe. Graf v. Klinkowström sah in dem Entwurf, wie er an das Haus gelangt ist, einen Torso ohne Kopf und Beine und meinte, alle von den Gegnern des Gesetzes angeführten Gründe zeigten nur, daß sie das Wesen der Sozialdemokratie nicht verständen oder nicht genug Wert auf das Wohl des Vaterlands legten; die Bewegung gegen dieses Gesetz sei wieder von den großen Städten ausgegangen, die doch am meisten Grund zur Bekämpfung der Sozialdemokraten hätten. In Königsberg wären diese mit Dreschflegeln in eine Versammlung gekommen, um jeden Gegner am Reden zu hindern. Angesichts solcher Thatsachen sei nicht einzusehen, wie die bürgerlichen Parteien dazu kommen sollten, das Versammlungsrecht der Sozialdemokraten besonders zu schützen; kämen sie gar aufs Land, so würden Raub, Brand, Mord die Folge sein. Minister Frhr. v. d. Recke erklärte sodann, die Staatsregierung lege Wert darauf, die Reform des Vereinsrechts zum Abschluß zu bringen, und wenn aus diesem Hause ein ihrer gesetzgeberischen Absicht entsprechender Entwurf hervorgehe, so werde sie noch in dieser Session dem Abgeordnetenhause Gelegenheit

zu einer anderweitigen Beschlußfassung geben. Oberbürgermeister Zelle von Berlin war der Meinung, daß dieses Gesetz gegen den Geist der Reichsverfassung verstoße und daß das frühere Sozialistengesetz nur noch mehr Öl in die Flammen gegossen habe. v. Manteuffel (kons.) bedauerte, daß die meisten Parteien die Bundesgenossenschaft der Sozialdemokraten bei den Wahlen nicht unbedingt abstießen, und glaubte, die Zurückziehung der Vorlage würde den Eindruck machen, daß die Regierung den Mut verloren habe. Dagegen meinte Oberbürgermeister Westerburg von Kassel, die Vorlage, deren Einbringung viel Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie getrieben habe, sei ein totgeborenes Kind, denn auf die Nationalliberalen könne, angesichts ihrer im Abgeordnetenhause abgegebenen bestimmten Erklärung, nicht für weitere Änderungen gerechnet werden. v. Stumm (kons.) führte aus, die Opposition im anderen Hause habe weit über das Ziel hinausgeschossen, und der Standpunkt, daß die Sozialdemokratie durch jede Bekämpfung gestärkt werde, sei falsch. Oberbürgermeister Becker von Köln war zwar für Bekämpfung der Sozialdemokratie, glaubte aber, daß es immer nur auf die schneidige Exekutive ankomme, daher der Torso für jetzt genüge. Graf Pfeil aus Hausdorff hoffte immer noch auf Änderung der Ansicht der Nationalliberalen. Oberbürgermeister Bender von Breslau glaubte, es sei seit Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht schlimmer geworden, und statt der Vorlage bedürfe es vielmehr eines Gesetzes zum Schutze des Vereinsrechts. Endlich wurde der Entwurf an eine besondere Kommission gewiesen, die am 28. Juni sich für die auf ein Ausnahmegesetz gegen Sozialdemokraten und Anarchisten hinauslaufenden Vorschläge der Konservativen aussprach. Bei der zweiten Beratung des Herrenhauses am 30. Juni stellte zunächst der Berichterstatter Graf zu Stolberg die Anfrage an die Regierung, wie sie sich zum Kommissionsvorschlage stelle, worauf der Minister Freiherr v. d. Recke erwiderte, daß es nach Ansicht der Regierung am richtigsten gewesen wäre, die Reichsgesetzgebung in Anspruch zu nehmen, und nur dadurch, daß dieser Weg unter den jetzigen Umständen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben würde, sei sie gegen ihren Willen auf den Weg der Landesgesetzgebung gedrängt worden; sie gebe nach wie vor dem Wege des allgemeinen Rechts den Vorzug, aber bei der dringenden

Notwendigkeit, die Macht- und Abwehrmittel des Staats zu verstärken, halte sich die Regierung für verpflichtet, jene Bedenken zurücktreten zu lassen, zumal nach dem Kommissionsvorschlage das getroffen werde, was nach der Tendenz der Vorlage getroffen werden sollte. Nach kurzer Verhandlung nahm darauf das Herrenhaus den Entwurf nach den Vorschlägen der Kommission, insbesondere den kritischen Artikel mit 128 gegen 22 Stimmen, an, ein Beschluß, der verfassungsmäßig nach 21 Tagen wiederholt werden mußte. Abermals müssen wir daher, um den inneren Zusammenhang der Dinge besser hervortreten zu lassen, die Darstellung des Verlaufs der Vereinsgesetzfrage unterbrechen.

In der letzten großen Pause der Verhandlungen des preußischen Landtags traten in der That Änderungen, deren Anzeichen sich schon einige Wochen zuvor bemerklich gemacht hatten (S. 126), in den höchsten Reichsämtern ein. Als der Finanzminister v. Miquel seine Kur in Wiesbaden plötzlich unterbrach und mit dem Reichskanzler am 15. Juni vom Kaiser empfangen wurde, floß die gesamte Presse über von allerlei Vermutungen über die sich vorbereitenden Gestaltungen; es kam jedoch zunächst am 17. Juni nur zur endlichen Genehmigung des Rücktrittsgesuchs des Admirals Hollmann und zur Ernennung des Kontreadmirals Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamts, ferner am 18. Juni zur Erteilung des erbetenen Abschieds an den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts, den Wirkl. Geh. Ober-Reg.-Rat Dr. Bödiker, unter Verleihung des Wilhelm-Ordens. Da er sich auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung die größten Verdienste erworben hatte, so wurde sein Ausscheiden allgemein sehr bedauert, und um so mehr, als es gerade in den Zeitpunkt fiel, da der Rücktritt seines Vorgesetzten, des Staatssekretärs des Innern, v. Bötticher, bevorstand, dessen Meinungsverschiedenheit mit Bödiker schon lange allgemein als Hindernis freierer und gedeihlicherer Wirksamkeit des Präsidenten gegolten hatte. v. Böttichers im Laufe der Jahre so oft schon vermutetes und von einigen Parteien ersehntes Ausscheiden wurde als sicher bevorstehend angenommen. Die „Post" und andere Organe wünschten die Bildung einer von großen praktischen Gesichtspunkten geleiteten, in sich geschlossenen, festen Regierung, da bisher die Leitung der inneren deutschen Politik nicht das Maß von stetiger

Kraft und Entschlossenheit gezeigt habe, welches den parlamentarischen Versammlungen gegenüber notwendig sei. Von den vielen Voraussagungen über die bevorstehenden Änderungen erregte das meiste Aufsehen die Versicherung des „Hamburgischen Correspondenten", daß Fürst zu Hohenlohe von der Verantwortung für die innere Politik durch Übertragung der Geschäfte an den Minister v. Miquel entbunden werden, dieser also die Stellvertretung des Reichskanzlers, das Reichsamt des Innern und die Vizepräsidentschaft des preußischen Staatsministeriums übernehmen solle. Es schien aber, daß eine derartige Frage wohl in Erwägung gezogen, jedoch wegen einiger sachlichen und persönlichen Schwierigkeiten bald wieder aufgegeben worden sei. Während der in der That entstehenden Vertagung der sog. „Regierungskrisis" zeigten sich die Organe der politischen Parteien sehr erregt in der Annahme, daß es sich um einen Systemwechsel handele, eine Vermutung, die sich namentlich auf die nun ebenfalls als sicher geltende Entlassung v. Marschalls, des Staatssekretärs des Äußern, stützte. Er und v. Bötticher, sagte die „National-Ztg.", wichen zwar nicht einem Ansturme der Gegner, deren leidenschaftlichen und gehässigen Angriffen sie lange Zeit widerstanden; der eine, ohnehin amtsmüde, gehe infolge der Meinungsverschiedenheit darüber, ob es richtiger gewesen wäre, auf die Reichstagsrede Richters vom 18. Juni (S. 127) zu erwidern, anstatt darauf zu schweigen; der andere sei ernstlich krank; immerhin aber stehe das Ausscheiden derjenigen beiden Minister bevor, denen aus dem agrarisch-reaktionären Feldlager beständig von neuem bezeugt worden sei, „daß ihre Wirksamkeit als Hindernis des Triumphs der durch Graf Limburg und v. Plötz vertretenen agrarischen Politik betrachtet werde."

Die Entscheidung trat erst Ende Juni während des Aufenthalts des Kaisers in Kiel ein, und zwar wurde zunächst am 28. Juni halbamtlich bestätigt, daß der Gesundheitszustand v. Marschalls seine Ersetzung notwendig gemacht und daher der Botschafter in Rom, v. Bülow, stellvertretungsweise für die Zeit eines längeren Urlaubs v. Marschalls mit der Leitung des Auswärtigen Amts betraut worden sei. Der Rücktritt dieses Mannes, der in der That die auswärtigen Geschäfte in geradezu vollendeter Weise glanzvoll und für Deutschland höchst würdevoll geführt, dazu die Regierung im Reichstage mit ungemeiner Geschicklichkeit vertreten hatte, bot den

Parteiorganen längere Zeit vielen Stoff zu den lebhaftesten Erörterungen. Daß er als früherer Mitführer der konservativen Fraktion des Reichstags dennoch die Notwendigkeit der bestehenden Handelsverträge erkannt und den sog. „ostelbischen Junkern" gegenüber kraftvoll vertreten hatte, wurde ihm von dieser Seite ebenso sehr verdacht, als auf Seiten der liberalen Parteien verdankt. Hier hieß es jetzt, die Träger der Politik, welche dahin ging, die Herrschaft der Agrarier durch die offene Gewalt demagogischer Verhetzung des Landvolks und durch geheime Mittel der Intrigue in Preußen dauernd zu befestigen und über ganz Deutschland auszudehnen, hätten alles darangesetzt, Herrn v. Marschall aus der Herbeiführung der Prozesse v. Lützow-Leckert und v. Tausch einen Strick zu drehen; die Hinausdrängung des stärksten Talents aus der Reichsregierung und der Sieg der agrarischen Reaktion über ihren entschiedensten Gegner werde aber als ein Fanal wirken, das viele Träge und Vertrauensselige aufrütteln würde. Die „Kreuz-Ztg." gab zu, v. Marschalls Stellung zu den wirtschaftlichen Fragen habe seinen Rücktritt zur „politischen Notwendigkeit" gemacht. Daneben wurde von diesem Blatte wie vom freikonservativen Organe die verletzende Schroffheit hervorgehoben, mit welcher er die konservativen Gegner behandelt habe. Von anderen Seiten wurde ihm eine Annäherung an die Centrumsfraktion verdacht, und endlich vernahm man, er habe sich dadurch bloßgestellt, daß er nicht selten die Unterstützung der radikalen Linken habe mit in den Kauf nehmen müssen. Die Gegner dieser Personalveränderungen wurden jedoch etwas stutzig, als der Reichskanzler samt dem ausersehenen neuen Leiter des Auswärtigen Amts unmittelbar nach ihrer in Kiel mit dem Kaiser stattgehabten Unterredung, also wohl mit dessen Zustimmung, dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch abstatteten. Bedeutete derselbe auch wohl nicht, wie man wohl vorübergehend behaupten hörte, eine Rückkehr zum sog. „alten Kurs", so mußten jene Opponenten sich doch sagen, daß es, trotz des Fürsten bekannter Abneigung gegen die Handelsverträge, so schlimm nicht gemeint sein könne. Indes ließ sich die Opposition nicht bewegen, ihre Unterstellungen zu sistieren und ihre Angriffe einzustellen. Sehr bemerkt wurde jedoch, daß, unwidersprochener Versicherung in der „Allgem. Ztg." zufolge, der Reichskanzler dem Fürsten Bismarck Grüße des

Kaisers überbracht habe, sodaß also die neue Ungnade, in die der Fürst geraten zu sein schien, als wieder aufgehoben angesehen werden konnte.

Am 1. Juli teilte der „Reichsanzeiger" den Rücktritt v. Boettichers mit, sowie die Ernennung des Grafen Posadowsky-Wehner, bisherigen Staatssekretärs des Reichsschatzamts, zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern und preußischen Staatsminister; an dessen bisherige Stelle wurde der Gesandte in Washington, v. Thielemann, berufen; ferner die Ernennung des preußischen Finanzministers v. Miquel zum Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, endlich die des Generalleutenants z. D. v. Podbielski zum Staatssekretär des Reichspostamts. v. Boettticher erhielt ein Schreiben des Kaisers mit dem Ausdruck besonderen Dankes für die hingebende Treue, mit welcher er seine verantwortungsvollen Ämter so erfolgreich verwaltet habe, und am 2. Juli wurden v. Boettticher nebst den drei neu Ernannten vom Kaiser auf der Yacht „Hohenzollern" vor Lübeck empfangen.

Hiernach beschäftigte sich die Presse eine längere Zeit hindurch mit den Personen der Abgetretenen wie der neu Ernannten und der ganzen Bedeutung dieses Wechsels. Während der gesamte Liberalismus darin nur Grund zu ernster Besorgnis erblickte und von einem Siege der „Agrarkonservativen" sprach, sah die „Kreuz-Ztg." darin einen Grund zur Hoffnung, daß die inneren Verhältnisse einer besseren Zukunft entgegengehen könnten; auch das Organ der Agrarier sprach sich zurückhaltend aus und wollte erst die Thaten der neuen Männer abwarten, deren „gesunde Anschauungen" und warmes Interesse für die Landwirtschaft es anerkannte. Da vielfach die Frage über die Stellung des Reichskanzlers zur Frage der Militär-Strafprozeßordnung aufgeworfen war, so versicherte die „Nordd. Allg. Ztg." am 2. Juli, derselbe werde keiner Fassung zustimmen, welche mit seiner im vorigen Jahre im Reichstage abgegebenen Erklärung unvereinbar wäre. In dieser Notiz glaubte man allgemein die Andeutung sehen zu müssen, daß der Fürst im entgegengesetzten Falle zurücktreten wolle. Den jetzt Zurücktretenden wurde noch mancher Stein nachgeworfen: sie sollten die Oberbefehlshaber der Leibgarde Caprivis gebildet haben, nach dessen Abgang sie kleben geblieben seien, und dies sollte den Grund gebildet haben,

warum es dem Fürsten Hohenlohe nicht hätte gelingen wollen, das Reich in die Geleise des alten Kurses zu schieben, endlich aber habe der Monarch sich entschlossen, das unfruchtbare Tätscheln der jetzigen Reichstagsmehrheit nicht mehr zu dulden. Auf liberaler Seite dagegen, selbst unter den Gemäßigtsten, war man sehr aufgebracht über die Änderungen. Da hieß es im „Hamburgischen Correspondenten", der Kaiser sei sein eigener Kanzler und Minister, wähle aber zu seinen Zielen Wege, auf denen ihm zur Zeit die Mehrheit des Volkes nicht folge. Die „Köln. Ztg." fragte: „Wohin treiben wir?" und beantwortete sich dies dahin: Die bösartigsten Umstürzler seien diejenigen, welche in den letzten Jahren durch Intriguen den nationalen Staat in seinen Grundfesten erschüttert, das monarchische Bewußtsein verwüstet und Preußen dem Gespötte Deutschlands wie der Welt preisgegeben hätten; unmöglich aber vermöge eine selbstbewußte Nation den vom Junkertum angestrebten Zustand zu ertragen, wo ihre bedeutendsten Männer zur Seite geschoben oder genötigt würden, durch einen Kniefall vor verkrachten ostelbischen Beutepolitikern, Kanitzleuten, Bimetallisten, Kanalgegnern und Reaktionären um Gnade zu flehen; die nächsten Wahlen würden sich, wenn nicht in Berlin eine gänzliche Umkehr erfolge, „zu einem vulkanischen Ausbruch des Volkszorns, zu einem furchtbaren Gottesgericht über das Junkertum gestalten"; man könne wirklich auf den Gedanken kommen, der leitende Gedanke bei den letzten Verschiebungen müsse der sein, die Todeszuckungen des Junkertums abzukürzen und eine Entscheidungsschlacht zwischen der gesamten Heeresmacht des Bürgertums und den Ostelbiern, die den Staat auf die Knie bringen wollten, herbeizuführen. In demselben Sinne meinte das nat.-lib. „Leipziger Tageblatt", die gegenwärtigen Zustände Preußens erinnerten in mehr als einer Hinsicht an die Zustände in Preußen nach Olmütz. Auch die bayerisch-halbamtliche „Augsb. Abend-Ztg." faßte den Wechsel in den höchsten Ämtern als durchaus agrarisch-reaktionär auf. Ferner führte die „National-Ztg." aus, die Flut der „moralischen Eroberung" Deutschlands durch Preußen, die bis zum Tode Kaiser Friedrichs in siegreichem Fortschreiten gewesen, fange bedenklich zu ebben an, und zwar nicht durch die Künste der Schwarzen und Welfen, sondern durch die Schuld des führenden Staates; wenn in Deutschland die partikularistischen Stimmen

wieder Boden gewönnen und in Stuttgart der Ausspruch „Gottlob, daß wir keine Preußen sind!“ gethan sei — niemand als Preußen selbst, die Männer hinter den Kulissen, die Führer der Agrarier, die Heißsporne des Herrenhauses seien dafür anzuklagen; unvergessen sei es, daß die konservative Partei in Preußen mit der Gründung des Reichs nicht einverstanden gewesen; die 20 Millionen Deutschen außerhalb Preußens bedankten sich aber für die Eroberung, mit der Ostelbien sie bedrohe; das deutsche Volk habe seine wichtigsten nationalen Güter zu verteidigen. Die „Vossische Ztg.“ erinnerte daran, daß die Haltung des preußischen Junkertums während dieses ganzen Jahrhunderts eine frondierende gewesen sei und mit dem Schlachtrufe begonnen habe: lieber noch drei Schlachten von Jena verlieren, als die Aufhebung der Erbunterthänigkeit zugestehen. Die „Allgemeine Ztg.“ sodann glaubte feststellen zu können, daß jene Personalveränderungen nur Wasser auf die demokratischen Mühlen geschöpft hätten, während die Organe des Centrums ihre stille Freude über das Scheitern der Hoffnung auf ein einheitliches Ministerium nicht verbergen konnten. Nach Ansicht der „Weser-Ztg.“ habe die agrarische Politik „noch die furchtbar nachteilige Nebenwirkung“ des Anschwellens der Umsturzpartei.

Die Organe der anderen Seite suchten dieser ganzen Opposition keinen Wert beizulegen oder sie als Beweis demokratischer Verhetzung hinzustellen. Die „Kreuz-Ztg.“ fragte: „Was ist denn eigentlich geschehen?“ und meinte, in Wirklichkeit seien es wesentlich mammonistische Interessen, die sich bedroht fühlten; sie gab ihren Gegnern jedoch darin Recht, daß sich in der Handelspolitik ein Umschwung vorbereite; deshalb zitterten eben alle Freunde einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Ein anderes Blatt sprach von Schwarzmalerei und von der Sucht, die Erregung zu steigern, indem man dem deutschen Michel eine Gänsehaut nach der andern über den Rücken jage. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ tadelte die „Übertreibungen“ und stellte die Anzeichen einer neuen Ära mit anderen Zielen als die bisherigen in Abrede, während die „Kreuz-Ztg.“ in der Opposition gegen die Änderungen in den höchsten Ämtern einen neuen Beweis erblickte, wie sehr „dem Liberalismus von je her die geschichtlich gewordene Eigenart Preußens verhaßt“ sei, und die Klagen über Rückgang der sog. moralischen Eroberungen als ein

unendlich kümmerliches Gerede, womit in Süddeutschland Stimmung gegen Preußen gemacht werden solle, bezeichnete; nicht der preußische Junker habe Preußen dort unbeliebt gemacht, sondern „der überall sich vordrängende, witzelnde Berliner Jude." Diese Worte erschienen dem konservativen „Reichsboten" giftig, er führte aber in demselben Sinne aus, im preußischen Adel lebe thatsächlich ein kräftigeres Staatsbewußtsein als in vielen Kreisen des Bürgertums.

Ganz besonders erregt zeigte sich ein Teil der Presse durch die Ernennung v. Podbielskis zum Nachfolger v. Stephans. Schon als sie bloß erst in Aussicht zu stehen schien, war sie den „Hamb. Nachr." so wenig wahrscheinlich, wie etwa die Übertragung eines militärischen Kommandos an Fischer, den Unterstaatssekretär des Reichspostamts. Der Sohn des früheren General-Quartiermeisters, dessen viele Telegramme aus 1870—71 „Nichts neues vor Paris" fast sprichwörtlich geworden waren, stand im 54. Lebensjahre, hatte einst die Ziethen-Husaren, später die 34. Kavallerie-Brigade befehligt, war sodann zur Verfügung gestellt, hatte 1896 den Charakter als Generalleutenant erhalten und vertrat seit 1893 als Mitglied der konservativen Fraktion den ersten Potsdamer Wahlkreis im Reichstage. Man hatte nun auszusetzen, daß er kein Fachmann, seine Ernennung also ein gefährliches Experiment sei, und daß es nun sehr schwer halten werde, der deutschen Reichspostverwaltung die führende Rolle in den Fragen des Weltpostvereins zu erhalten. Auf der anderen Seite wurde geltend gemacht, die Hauptsache bliebe stets die persönliche Tüchtigkeit, und die Ernennung eines postalischen Fachmanns würde zahlreiche Rücktrittsgesuche von unter v. Stephan herangewachsenen, dem Staate aber möglichst zu erhaltenden Beamten zur Folge gehabt haben. Die Bedenken wurden jedoch aufs neue aufgerüttelt, als die „Kreuz-Ztg." am 5. Juli ein Programm zur Reichspostreform aufstellte, wonach der 50-Pfennig-Tarif für Packete anderweitig reguliert, der Tarif für Eildepeschen erhöht und von der Reichspostverwaltung die Selbstkosten vergütet werden sollten, welche den Eisenbahnen aus der Beförderung des Postverkehrs entstehen. In diesen Forderungen, denen v. Stephan angeblich Widerstand geleistet habe, wollte man um so mehr v. Podbielskis Programm erblicken, als er im Reichstag für den Antrag v. Kanitz und andere rein agrarische Forderungen gestimmt habe. Als infolge dessen allerlei

derbe Ausdrücke fielen, meinte das Organ der Konservativen, diese Kritiken grenzten wegen der Anmaßung, die Urteilskraft des Kaisers anzuzweifeln, an Majestätsbeleidigung.

Indeß setzte sich der Streit über die Gesamtheit dieser Personaländerungen mit ungeminderter Heftigkeit fort. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" sprach ihre Genugthuung über v. Marschalls und v. Boettichers Ausscheiden aus, während ein gemäßigtes Blatt wie der nationalliberale „Hannoversche Courier" sagte, es halte wirklich schwer, nach alle dem, womit die Nation von Berlin aus überrascht werde, den schwärzesten politischen Pessimismus für unberechtigt zu erklären, und das Hauptorgan des Centrums meinte, man müsse eben jetzt auf alles gefaßt sein, namentlich sei diese Partei nun mit den Liberalen einig in der „Wahrung der Freiheit".

Gegen Mitte Juli kamen diese Erörterungen in neuen Schwung durch zwei Aufsehen erregende Reden: Der Amtsrichter Dr. Reinhold in Wiesbaden, welcher nach Berlin versetzt war und dabei eine außerordentliche Professur der Nationalökonomie an dortiger Universität erhalten hatte, hielt in Wiesbaden eine Abschiedsrede, in welcher er der Darlegung seines Programms, wonach das wirksamste Mittel zur Lösung der volkswirtschaftlichen Aufgaben in der Freiheit bestehe, folgende politische Betrachtungen anfügte: Es sei so weit gekommen, daß ungefähr Alles im Lande jetzt in der Opposition stehe; aber man regiere nicht ungestraft mit innerlicher Schwäche und äußerem Schwanken, mit beständiger Reizung aller Volkskreise; die nächsten allgemeinen Wahlen würden in Deutschland einen ungewohnten Zug von Einmütigkeit in einem Gedanken ergeben: „die erklärte Frontstellung eines verärgerten Volkes gegen die Regierungsgewalt". Beides, die beleidigende Verkümmerung der formalen Freiheit wie die wohlgemeinte Beglückung durch büreaukratische vormundschaftliche Fürsorge, werde von der reifen Nation mit steigendem Unmut abgelehnt; man sei der Staatseinmischung in alle Gebiete allmählich müde geworden; er sei tief erschüttert über die Stimmung in Süddeutschland, wo man einen kaum glaublichen Widerwillen gegen Preußen hege, das vielmehr alle werbende Kraft verloren habe; ja in der Pfalz werde das Wort „dann lieber französisch" laut. Diese Rede wurde auf Seiten der gegen die Änderung in den hohen Ämtern gerichteten Opposition als ein Warnungsruf, als ein ernstes

Wort eines Patrioten hochgeachtet, welcher der Stimmung der Nation machtvollen Ausdruck verleihe; auf der entgegengesetzten Seite aber diente diese Rede als neuer Beweis für die Gefährlichkeit von „Professoren-Politik", die sich namentlich in Reinholds Satze zeige, daß die Sozialdemokratie eine der harmlosesten Erscheinungen der Gegenwart bilde.

Die andere Aufsehen erregende Rede wurde am 15. Juli vom Minister v. Miquel in Solingen bei einem Festmahle gehalten, welches sich an die Feier der Eröffnung der zwischen Remscheid und Solingen das Thal der unteren Wupper überspannenden Eisenbahnbrücke, eines der größten Bauwerke der Neuzeit, anschloß. Anknüpfend an die Großartigkeit der Industrie des Westens, stellte der Minister in Gegensatz zu ihr die mit unzufriedenen Gesichtern bekämpften Schwierigkeiten im Osten und führte dann aus, Deutschland sei ein Land der Industrie und des Ackerbaus, beide in gleicher Weise notwendig; der Staat aber habe die Aufgabe, denjenigen vor allem seine Fürsorge zuzuwenden, welche sich in schwieriger Lage befinden und unter besonderer Ungunst der Zeiten litten; hierzu gehörten jetzt die Mittelklassen in Stadt und Land, vor allen die landwirtschafttreibende Bevölkerung; natürlich dürfe der Staat nicht durch einseitige Berücksichtigung der Interessen eines Berufszweiges die Lebensbedingungen der anderen gefährden; im ganzen aber seien die Interessen aller arbeitenden und erwerbenden Klassen gemeinsam und wesentlich die gleichen; diese große Gemeinsamkeit der Interessen sollte bei allen Kämpfen und Meinungsverschiedenheiten der Gegenwart nicht vergessen und von allen Teilen beachtet werden. Selbst Opfer des einen Berufszweiges seien nicht verloren, sondern kämen schließlich doch allen zu gute. Darum hoffe die Staatsregierung, der es vor allem an Versöhnung der Gegensätze liegen müsse, zur Hoffnung auf Ausgleich der Meinungen, wenn alle Maß hielten und auf Erweiterung der Gegensätze verzichteten. Wir alle müßten zusammenhalten und könnten, ebenso wenig als die anderen Festlandsstaaten, die Landwirtschaft, „diese festeste Säule von Staat und Gesellschaft", nicht so gleichgültig behandeln als England. Kein Volk habe so viel Ursache, mit seiner Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vollauf zufrieden zu sein als das deutsche.

Dieser Rede v. Miquels wurde auf der einen Seite

programmatische Bedeutung beigelegt, indem darin das Bielefelder Programm des Kaisers weiter entwickelt sei, andererseits glaubte man in dem Gesagten gar nichts neues oder zu wenig Inhalt finden zu können und darauf hinweisen zu sollen, daß die Schwierigkeiten der inneren preußisch-deutschen Politik nicht am wenigsten durch die Schuld der Regierung zu groß und scharf geworden seien, als daß sich mit allgemeinen Mahnungen zum Ausgleich etwas erreichen ließe.

Wie sehr schon vor der Solinger Rede des Ministers v. Miquel die Agrarier von einer Neigung der Regierung, den landwirtschaftlichen Wünschen mehr als bisher entgegenzukommen, überzeugt waren, ging in überraschender Weise hervor aus einer vom 13. Juli datierten Eingabe des Bundes der Landwirte an den Reichskanzler, die Staatssekretäre des Innern und Äußern sowie an die preußischen Minister. Darin war sehr umständlich ausgeführt, die für die Landwirtschaft gefahrdrohende Lage habe sich zu einer solchen Schärfe entwickelt, wie sie kaum schlimmer gedacht werden könne; es sei deshalb eine außerordentliche Regierungsmaßregel nötig, die sich nur erblicken lasse in einem sofortigen Einfuhrverbote gegen ausländisches Brotgetreide, zunächst für die Dauer von 6 Monaten und mit der Bedingung, daß das Verbot außer Wirkung trete, sobald der Preis für das inländische Getreide eine zu bestimmende mäßige Höhe erreicht habe. Die Veröffentlichung dieser Eingabe am 17. Juli, dem Tag nach v. Miquels Rückkehr nach Berlin, machte den Eindruck, als sollten dessen für die Landwirtschaft freundlichen Worte sofort in eine That umgesetzt werden, jedoch in eine solche, welche des Ministers Aufforderung zum Begraben der Streitaxt durchaus nicht entsprach. Die Eingabe fand sogleich auf allen Seiten entschiedenen Widerspruch: die „Bank- u. Handels-Ztg." in Berlin suchte alle Gründe derselben ausführlich zu widerlegen und führte den zahlenmäßigen Nachweis, daß die behauptete starke Getreideeinfuhr in diesem Jahr geringer sei als in den beiden Vorjahren, wie auch, daß der Getreidemarkt keineswegs mit alten Beständen überfüllt sei; im übrigen wiesen die Organe aller Parteien, insbesondere auch die der konservativen, darauf hin, daß der in der agrarischen Eingabe angesonnene Bruch der Handelsverträge nicht statthaft sei und sofort die Eröffnung eines Zollkriegs mit Rußland zur Folge haben müsse. Die Leiter der agrarischen Agitation seien, so hieß es, entweder so urteilslos durch Fanatismus,

daß sie es im Ernst für zulässig hielten, durch Bruch der Handelsverträge einen großen Teil der deutschen Industrie zu zerstören, oder so gewissenlos, trotz eigner Überzeugung von der Vergeblichkeit ihrer Forderung, diese behufs weiterer Verhetzung der ländlichen Bevölkerung aufzustellen. Die „Germania" nannte die Eingabe „in der innerpolitischen Lage ein Unternehmen, das nahezu an Tollheit grenzt." Für die Forderung sprachen sich die „Hamb. Nachr." aus, jedoch nur insofern, als sie meinten, auch sie müsse einer Prüfung unterzogen werden; unbedingt dafür war, außer den agrarischen Organen, nur die „Rheinische Volksstimme" in Kempen a. Rh., ein Centrumsblatt. Die „Kreuz-Ztg." hob hervor, daß zwar nach § 5 des Handelsvertrags mit Rußland ein Einfuhrverbot zulässig sei aus Rücksicht auf die Gesundheit, die Veterinärpolizei, die öffentliche Sicherheit „und aus anderen schwerwiegenden Gründen", daß aber zu diesen die in der Eingabe geltend gemachten Gründe nicht gehören könnten, weil sonst der Handelsvertrag überhaupt keinen Wert hätte. Hierüber geriet jedoch die Leitung des Bundes der Landwirte mit der konservativen Partei einmal wieder in Streit, und es verband sich damit ein Streit über die im Wahlkreise Westpriegnitz an Stelle v. Podbielskis vorzunehmende Reichstagswahl; wenn das amtliche Organ des Bundes unwirsch sagte, dieser stehe nicht in Lohn und Brot der Konservativen, so erwiderte deren Organ, die konservativen Bundesglieder würden es nicht länger gleichmütig hinnehmen, daß die Bundespresse sich jedesmal scharf gegen die Konservativen wende, wenn diese ihre berechtigten Ansprüche machten. Darauf erfolgte die Erwiderung, die konservativen Politiker fürchteten, vom Bund der Landwirte auf ihre Entschiedenheit für die agrarischen Forderungen kontroliert zu werden, dieser Bund sei aber keine Kommandite der konservativen Firma und werde es auch ferner nicht sein. Die wieder aufs neue hervorgekehrte demagogische Art und Weise dieses Bundes verstieß eben aufs neue gegen echt konservativ Gesinnte: hatte doch die ostpreußische Ausgabe des Bundesorgans, in Wiederholung der Parole „Kein Kanitz, keine Kähne", der Regierung Unterstützung in der Flottenfrage für den Fall in Aussicht gestellt, daß sie ernst und entschlossen zum Schutz der heimischen Arbeit zurückkehre; hatte ferner die „Deutsche Tages-Ztg." an obige Eingabe des Bundes die Bemerkung geknüpft: „Sollte das leise

wieder aufkeimende Vertrauen nochmals getäuscht werden, dann dürfte es nur sehr schwer wieder Wurzel fassen"; aber gerade diese Eingabe war nun ohne Besinnen überall so scharf verurteilt, daß ein süddeutsches Blatt darauf hinweisen konnte, nichts habe deutlicher als jene Eingabe aller Welt vor Augen führen können, in welche Sackgasse die Agrarier geraten seien. Und als die Regierung am 22. Juli im „Reichsanzeiger" kundgeben ließ, daß der Eingabe schon wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den Handelsverträgen nicht stattgegeben werden könne, hätte mancher eine derbere Zurückweisung gewünscht. Stärker wurden die Agrarier gedämpft durch den Landwirtschaftsminister v. Hammerstein, der am 30. Juli in einer beim Festmahle der landwirtschaftlichen Akademie in Poppelsdorf gehaltenen Rede die Behauptung zurückwies, der Staat allein müsse die Landwirtschaft in kritischen Zeiten über Bord halten; er sagte vielmehr, der Landwirt, welcher nicht verstehe, sich selber zu helfen, verdiene weder Landwirt, noch ein Deutscher zu sein.

Während der abermaligen langen und teuren Pause in der Vereinsgesetz-Angelegenheit wurden einige schwache Versuche unternommen, um, trotz der namens der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses feierlich abgegebenen, ganz bestimmten Erklärung, einen Teil derselben von der gegen die Vorlage eingenommenen Haltung abwendig zu machen. Am 5. Juli sprach sich in Düsseldorf der Vorstand der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen für die Novelle in der Fassung der Herrenhausbeschlüsse aus; dagegen wurde am 9. Juli namens des Kohlenbergbauvereins im Oberbergamtsbezirk Dortmund erklärt, daß dieser das Verlangen keineswegs teile und es sehr bedauern würde, wenn die auch von ihm gewählten national-liberalen Abgeordneten sich einschüchtern ließen. Andererseits trat am 15. Juli eine Reihe der bedeutendsten Industriellen des Bezirks Köln der Düsseldorfer Erklärung bei. Auch eine vom national-liberalen Abg. Schoof nach Stade berufene Versammlung von Wählern dieses Bezirks sprach sich, mit besonderer Rücksicht auf die verführerischen Agitationen der Hamburger Sozialdemokratie in den ländlichen Kreisen des nördlichen hannoverschen Landes, in demselben Sinne aus. Hiergegen wurde von der Leitung der national-liberalen Partei wiederholt der ablehnende Standpunkt mit größter Bestimmt-

heit und mit der Begründung aufrecht erhalten, daß eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Aktion, deren Notwendigkeit zur Stärkung der staatlichen Macht nicht geleugnet werde, nur im Wege der Reichsgesetzgebung zulässig sei.

Als endlich mitten in der Zeit der Hundstagshitze die Zeit für Wiederaufnahme der Sitzungen des Landtags gekommen war, fanden sich die Mitglieder, ihre Sommerfrische unterbrechend, zahlreich in Berlin wieder ein. Aus dem Harz, aus Thüringen, von der Ostsee, von Italiens entlegener Küste, von allen Seiten kamen sie, das Kampfspiel wieder aufzunehmen. Nachdem das Herrenhaus am 22. Juli, bei ungewöhnlich zahlreich besetzten Zuschauertribünen, mit 112 gegen 19 Stimmen die Abstimmung für die von ihm in ein sogen. kleines Sozialistengesetz umgewandelte Vereinsgesetznovelle einfach wiederholt hatte, sah Alles mit größter Spannung den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses entgegen, an welches die geänderte Vorlage nunmehr zurückging. Man befaßte sich hier zuvörderst am 23. Juli mit dem vom Herrenhause geänderten Handelskammergesetze, jedoch in der Art, daß sich die Beratung fast nur um oben (S. 143) erwähnte Eingabe des Bundes der Landwirte drehte. Rickert (freis. Ver.) wollte in der zahmen Weise, wie der „Reichsanzeiger" dieser agrarischen Zumutung entgegengetreten sei, einen Beweis der schwächlichen Haltung der Regierung gegenüber der demagogischen Hetzerei des Agrariertums erblicken. Minister v. Miquel erwiderte, die Regierung, deren Aufgabe es sei, eine Politik der Sammlung zu treiben, werde nicht in den Ton verfallen, den Rickert zu vermissen scheine, und sie könne nicht mit Parteien über Änderung von Gesetzen verhandeln. Gamp (freikons.) wollte den Bund der Landwirte nicht als revolutionär bezeichnet wissen. Nach Genehmigung der Änderungen dieses Gesetzes war der 24. Juli der große Tag, an dem sich das Schicksal einer Frage entscheiden sollte, die seit einem Vierteljahre bis weit über die Grenzen Preußens hinaus weite Kreise in großer Spannung erhalten hatte. Unter enormem Andrang des Publikums begannen, nach einem kurzen Vorspiel über die Verpflichtung der Gemeinden in Hessen-Nassau und Schlesien zur Bullenhaltung, die Verhandlungen über das Vereinsgesetz. Der Minister des Innern, Frhr. v. d. Recke, empfahl die Beschlüsse des Herrenhauses, weil das dringende Bedürfnis, die staatlichen Machtbefugnisse auf

dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts zu vermehren, sich daraus ergebe, daß seit Aufhebung des Sozialistengesetzes die sozialdemokratischen Bestrebungen zur Untergrabung der Staats- und Gesellschaftsordnung einfach geduldet werden müßten; sobald diese als unerlaubt und verwerflich gesetzlich gekennzeichnet würden, werde sich ein großer Teil der Bevölkerung sofort davon zurückziehen; ganz besonders ließen militärische Rücksichten die Regierung wünschen, die erhöhten Machtbefugnisse zu erhalten, weil das Liebeswerben der Sozialdemokratie um das Heer, insbesondere um die Reservisten und Landwehrmänner, täglich stärker werde. Namens der Nationalliberalen trat Hobrecht auf, der, unter Zurückweisung aller Versuche, ihnen unlautere Beweggründe beizumessen, erklärte, sie verhielten sich ablehnend, weil das in den Vorschlägen gegebene Mittel gegen die wirkliche Gefahr ganz nutzlos sei. Dies sei hier von vielen Rednern höchst maßvoll, sachlich und ohne alle Leidenschaft dargelegt, habe aber leider nicht die verdiente Würdigung erfahren. Die Entscheidung darüber, was unter den die Sicherheit des Staats gefährdenden Bestrebungen zu verstehen sei, dürfe nicht in die Hände untergeordneter Polizeiorgane gelegt werden, ohne daß das Gesetz ihnen auch nur den leisesten Anhalt für ihre Entscheidung gebe; der Artikel über die Schließung von Vereinen ferner sei gar zu allgemein gehalten und entbehre der die reine Willkür ausschließenden Bestimmungen; die Beschränkung auf sozialdemokratische und anarchistische Bestrebungen sei ungeeignet, weil der Staat alle auf seinen Umsturz gerichteten Bestrebungen, gleichviel von wem sie kommen, bekämpfen müsse, und weil gerade durch diese Beschränkung die Unwirksamkeit eines Landesgesetzes und eines nur auf das Vereins- und Versammlungsrecht gerichteten Gesetzes besonders klar zu Tage trete; auch würde die Verhetzung der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber durch dieses Gesetz nicht getroffen werden. Graf Limburg-Stirum (kons.) hielt die Beschlüsse des Herrenhauses für das Geringste, was man annehmen müsse; scheitere jetzt das Gesetz, so möge die Regierung die Sache nicht als abgethan ansehen. Lieber verkündete die Ablehnung seitens des Centrums, das keine Partei der Polizeiwillkür preisgeben wolle; auch biete das Gesetz keine Handhabe gegen Bearbeitung von Soldaten durch Flugschriften. v. Zedlitz (freikons.) deutete an, die Regierung möge das Abgeordnetenhaus auflösen und an ein neues

appellieren. Nachdem sich noch Rickert (freis. Ver.) gegen das Gesetz ausgesprochen hatte, ergriff der Minister v. Miquel das Wort, um als nunmehriger Vizepräsident des Staatsministeriums eine Art von Programm aufzustellen. Er glaubte nicht mehr an das Zustandekommen dieses Gesetzes, hoffte aber auf eine spätere Verständigung, deren Vorbedingung in einer genauen Kundgebung dessen, was die Regierung wolle, bestehe, und da liege ihr jede reaktionäre Tendenz fern; der preußische Staat habe sich zur Aufgabe gestellt, den Schwachen zu helfen, die sozialen Verbesserungen dürften jedoch nicht überstürzt werden, und die soziale Frage könne nur durch Zusammenwirken des Staats mit allen Volksklassen, namentlich den besitzenden, gelöst werden; zu den stärksten Bollwerken des Staats gehöre der Mittelstand, Handwerkertum und bäuerlicher Besitz; Furcht vor der Sozialdemokratie hege die Regierung nicht, ihr Wahlspruch sei jedoch: „Beuget vor!", ein Gedanke, der die Vereinsgesetzvorlage beseele. Den Schluß der allgemeinen Beratung machte ein Angriff Hahns (b. k. Fr.) auf die Nationalliberalen, der von Krause (nat.-lib.) kräftig zurückgewiesen wurde. Bei Beratung des Art. 1 protestirte Motty namens der Polen gegen die Vorlage und Richter (freis. Vp.) hielt die Ausführungen des Ministers v. Miquel für ganz unbestimmt, zumal man keine Zuversicht zur Dauerhaftigkeit der Minister hegen könne; seit Friedrich Wilhelms IV. Tode habe jede Regierung mehr Ansehn besessen als die gegenwärtige. Hierauf erwiderte Minister v. Miquel, dieses Urteil mache auf das Ministerium nicht den geringsten Eindruck, und die von der Regierung verfolgte Politik der Sammlung werde durch Ablehnung der Vorlage nicht geändert werden. Hierauf wurde Art. 1 in namentlicher Abstimmung mit 209 gegen 205 Stimmen, die übrigen Artikel sowie das Gesetz im ganzen in einfacher Abstimmung abgelehnt. Von den Nationalliberalen hatte nur v. Sanden sich der Abstimmung enthalten, Bueck und Schoof für die Vorlage gestimmt, worauf letzterer von der Fraktion ausgeschlossen wurde. In gemeinsamer Sitzung beider Kammern wurde sodann die Session des Landtags, durch Verlesung einer aus Helgoland datierten königlichen Botschaft, vom Minister v. Miquel geschlossen.

Diese vierte und vorletzte Session des 18. preußischen Landtags hatte eine Dauer von 8 Monaten gehabt, aber wenigstens die Hälfte

dieser Zeit durfte als vergeudet angesehen werden; denn, abgesehen von den bezüglich der Vereinsgesetzfrage verfassungsmäßig vorgeschriebenen zweimal dreiwöchentlichen Vertagungen, wurde die Session so vielfach durch Aussetzung von Plenarsitzungen unterbrochen, wie keine frühere, und außerdem wurde gar viel Zeit durch Erörterung von Reichsangelegenheiten sowie durch Wiederholung immer derselben, durch Polen und Agrarier veranlaßten agitatorischen Verhandlungen verbraucht. Trotzdem wurde der Etat erst lange nach Beginn des Etatsjahres erledigt. Als das wichtigste Ergebnis der Session wurde die Verbesserung der Beamtenbesoldungen und das Gesetz über die Besoldungen der Volksschullehrer angesehen.

Das Schicksal der Vereinsgesetznovelle und die Rede des Ministers v. Miquel beschäftigten die Parteien noch eine geraume Zeit lang. In der Presse der Gegner der Novelle hieß es, „Ende gut, alles gut!" es habe eine befreiende That stattgefunden, es sei vom Lande ein drückender Alp genommen, die Regierung habe eine große Niederlage erlitten, eine Wiederholung eines solchen Versuchs sei im Landtage unmöglich u. s. w. Die „Germania" spendete der ihr von jeher feindlichsten Fraktion, der nationalliberalen, Lob wegen ihrer Festigkeit und meinte, aus dieser Haltung ergebe sich vielleicht „eine weitere Gemeinsamkeit der Abwehr weiteren Vorgehens des neusten Kurses". Nach den Äußerungen von der anderen Seite hatte der Fall der Novelle das Ansehn der Regierung unzweifelhaft erhöht; die Fraktionspolitik habe sich als Hemmschuh für die Befriedigung eines unabweislichen Staatsbedürfnisses erwiesen, aufgeschoben sei nicht aufgehoben, und die Geringfügigkeit der Mehrheit lade zur Wiederholung ein. Wichtiger war die Aufnahme der sogen. „Programmrede" v. Miquels. Die „Kreuz-Ztg." meinte zwar, jeder Konservative möchte deren Inhalt wohl unterschreiben; allein sobald man sich in die rauhe Wirklichkeit mit ihren widerstreitenden Interessen zurückversetze, müsse man sich vergegenwärtigen, daß bisher noch alle Versuche zu dauernder Sammlung der Parteien, deren gesamte Weltanschauung eine grundverschiedene ist, gescheitert seien, und die „Post" gestand, die Rede habe gerade wegen Mangels eines besonders energischen Grundtons vielfach auf der äußersten Rechten enttäuscht; jedoch habe sie namentlich die Abdrängung der Nationalliberalen in die Opposition verhindert. Im allgemeinen wurde auf seiten aller

Gemäßigten der beruhigende Eindruck von Minister v. Miquels Versuch hervorgehoben, über die Streitfrage des Tages hinaus die Grundrichtung der Gesamtpolitik Preußens zu zeichnen, wenn man sich auch freilich noch keine Vorstellung machen konnte, wie der Frieden unter den Parteien entstehen sollte.

Der Kaiser hatte Ende Juni während seines Aufenthalts in Kiel mehrere Ausflüge zur See in Gemeinschaft mit dem Könige der Belgier unternommen, der sich sodann am 1. Juli verabschiedete und auf seiner Dampf-Yacht „Clementine" unter dem Salut der deutschen Kriegsflotte den Hafen verließ, um der großen englischen Flottenschau vor Spithead beizuwohnen; der Kaiser dagegen segelte am 2. Juli auf dem „Meteor" nach Travemünde, wo er sich für eine Seeregatta interessierte, im Kurhause die Verteilung der Preise an die Sieger selbst vornahm und den Wunsch äußerte, Lübeck möge versuchen, in der zu Wettfahrten besonders geeigneten Travemünder Bucht internationale Segelregatten zu veranstalten. Am 5. Juli trat der Kaiser von Travemünde aus auf der „Hohenzollern" eine Reise nach Norwegen an, die jedoch schon am Sonntag den 11. Juli eine empfindliche Störung erlitt. Als nämlich die „Hohenzollern" vor Odde am Südende des Sörfjord vor Anker lag und der Kaiser nach dem Gottesdienste sich nach dem Hinterteile des Schiffs begab, um die Aussicht anzusehen, fiel ein Teil der die Masten gegen den Schornsteinrauch schützenden Segel rascher, als vorhergesehen war, von beträchtlicher Höhe mit großer Gewalt auf das Deck hinab, und während es vom Winde weiter nach hinten geweht wurde, schlug ein kurzer zum Befestigen dieses Segels dienender Strick dem Kaiser heftig auf das linke Auge. Nach ärztlicher Behandlung schien zwar keine Gefahr für das Auge vorzuliegen, für alle Fälle aber begab sich der als Augenarzt bekannte Herzog Karl Theodor in Bayern, nach einer Rücksprache mit der an seinem Wohnorte Tegernsee seit einiger Zeit weilenden Kaiserin, am 18. Juli nach Norwegen, und schon am 20. Juli konnte der „Reichsanzeiger" die Mitteilung des kaiserlichen Leibarztes Dr. Leuthold veröffentlichen, daß, nach Untersuchung durch den Herzog, das Sehvermögen des Kaisers in keiner Weise gestört sei. Infolge dessen wurde die Reise fortgesetzt, von welcher der Kaiser, dem ursprünglichen Plane gemäß, erst am 30. Juli in Kiel wieder eintraf. Schon am

4. August trat er mit seiner Gemahlin von hier aus auf der „Hohenzollern" und begleitet von der „Gefion", eine Reise nach Petersburg an, von der im näheren unter „Rußland" die Rede ist. Nach der Heimkehr begab sich das Kaiserpaar nach Magdeburg, wo in Gegenwart einer zahlreichen Menge ein von der Stadt gestiftetes Denkmal des Kaisers Wilhelm I. mit großer Feierlichkeit enthüllt wurde. Vom Denkmalsplatze begaben sich der Kaiser und die Kaiserin nach dem Rathause, in dessen großem Saale Magistrat und Stadtverordnete versammelt waren. Der Oberbürgermeister Schneider wies in einer Ansprache auf die hohe Blüte hin, die Magdeburg durch die Fürsorge der preußischen Herrscher zu teil geworden seit den Tagen, da der Große Kurfürst die aus vielen Wunden blutende Stadt dem brandenburg-preußischen Staate angegliedert habe, und überreichte einen Ehrentrunk der Stadt aus einem für diese Feier von den Bürgern gestifteten Becher. Der Kaiser ergriff ihn, dankte für den herrlichen Empfang und sagte, der Ton der Begrüßung durch die Bürgerschaft zeige, durch welche altbewährten Bande die Stadt mit seinem Hause verknüpft sei; Magdeburg habe viel gelitten, aber groß stehe es in der Geschichte da, und große Ehre habe ihm einst gegolten, wie nur je einer deutschen Stadt; vor allem habe sie im Märtyrergeiste und in edler Hingabe für ihren Glauben gelitten und ein ehernes Denkmal der Geschichte des protestantischen Glaubens gesetzt. Zum Schluß sprach der Kaiser die Überzeugung aus, daß die Stadt unter seiner Regierung und bei dem unter dem Kaiseraar ruhenden Frieden sich zu hoher Blüte weiter emporschwingen werde. Hiernach besichtigte der Kaiser Panzertürme und Modelle von Panzerungen im Grusonwerke. Nach Potsdam zurückgekehrt erhielt er am 27. August in Schloß Friedrichskron den Besuch des Königs von Siam, dem zu Ehren bei der Mopke das Lehr-Infanterie-Bataillon vorgeführt wurde. Am folgenden Tage erschien dieser Fürst in Begleitung des Kaisers bei der großen Herbstparade des Gardekorps. Bei der sich hieranschließenden Paradetafel im Berliner königlichen Schlosse hieß der Kaiser in englischer Sprache den König mit dem Bemerken herzlich willkommen, daß es ihn dränge, allen den großen Unternehmungen, welche der König in seinem Reiche begonnen habe, und allen den Reisen, die er im Interesse seines Volks unternehme,

Glück und Gedeihen zu wünschen. König Chulalongkorn dankte in seinem Trinkspruche für diese gütigen Worte, für die ihm bezeigte Gastfreundschaft, für die seinem Sohne und seinen Brüdern erwiesene Güte und für den ihm bei der Errichtung von Post, Telegraphen und Eisenbahnen vom Kaiser geliehenen Beistand, der ihm hoffentlich auch ferner in allen den Fortschritt seines Landes fördernden Angelegenheiten zu teil werde. Abends wurde dem Könige im Opernhause das Ballet „die Puppenfee" vorgeführt.

Am 30. August, 9 Uhr Vormittags, trafen der Kaiser und die Kaiserin auf der Station Urmitz bei Koblenz ein; von hier begaben sie sich sogleich nach dem nahen Paradefeld, einer Ebene, von der aus man die Höhen am rechten Rheinufer, die Türme von Koblenz und die Fabrik-Schornsteine von Neuwied erblickt. Hier war das achte oder rheinische Armeekorps aufgestellt, an dessen Spitze der Erbgroßherzog Friedrich von Baden mit seinem Generalstabe hielt. Der Kaiser erschien in Generalsuniform, die Kaiserin in der Uniform ihrer Pasewalker Kürassiere, in weißem Koller mit schwarzem Seydlitz-Dreispitz auf einem prächtigen Rappen. Von Fürstlichkeiten waren ferner anwesend Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe nebst Gemahlin, die Großherzogin von Baden, der Fürst und die Fürstin zu Wied und der Herzog Georg von Cambridge. Nach zweimaligem Vorbeimarsch der in zwei Treffen aufgestellten Truppen ritt der Kaiser an der Spitze der Fahnenkompanie zur Stadt. Kurz nach 12 Uhr erschien er mit der Kaiserin, unter dem Geläute der Kirchenglocken und dem Kanonendonner von Ehrenbreitstein, an der Moselbrücke, wo sie vom Oberbürgermeister von Koblenz begrüßt wurden, der sodann dem Kaiser einen Ehrentrunk darbot. In seiner Erwiderung auf die Ansprache wies der Kaiser auf das enge Verhältnis hin, in welchem Kaiser Wilhelm I. und Kaiserin Augusta lange Zeit zur Stadt Koblenz gestanden, die nun die Hüterin des Standbildes seines Großvaters werden solle. Im Trinkspruche bei der Paradetafel im königlichen Schlosse schilderte der Kaiser seine Gefühle bei der herrlichen Heerschau am Ufer des Rheinstroms, einerseits seine Freude beim Anblick der Truppen, andererseits eine tiefe Wehmut, denn Koblenz sei Zeuge einer großen Zeit und erinnere an große Namen und Gestalten; der hiesige Aufenthalt seines kaiserlichen Großvaters sei von grundlegender Bedeutung geworden,

weil derselbe hier in stiller Zurückgezogenheit seine so viel angefeindete, oft mißverstandene und so glänzend bewährte Heeresorganisation ausgearbeitet habe. Nach einer Anrede an den neuen Befehlshaber des 8. Korps, den Erbgroßherzog von Baden, und einem Danke für das Erscheinen des Herzogs von Cambridge schloß der Kaiser mit den Worten: „Es liegt an uns, das Werk des großen Kaisers, die Armee, in allen ihren Teilen zu erhalten, gegen jeden Einfluß und Einspruch von außen zu verteidigen." Abends 9 Uhr brachten alle Musikkorps des 8. Armeekorps auf dem elektrisch erleuchteten Schloßplatze einen Zapfenstreich. Der folgende Tag, der 31. August, brachte die Feier der Einweihung des von der Rheinprovinz am sog. „Deutschen Eck", der Landspitze, an welcher sich die Mosel in den Rhein ergießt, errichteten Denkmals Kaiser Wilhelms I. Auf einem mächtigen, halbkreisförmigen Unterbau aus hellgrauem Granit erhebt sich ein rechteckiges Postament und auf diesem das Reiterstandbild: der Kaiser reitet in wallendem Mantel dem Rheine zu, an seiner Linken von einem weiblichen Genius begleitet, welcher die Reichsabzeichen trägt. Am Fuße des Postaments sind, außer dem Namen des Kaisers, die Schenkendorfschen Worte eingemeißelt: „Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn Ihr einig seid und treu!" Um 4 Uhr nachmittags bestieg das Kaiserpaar vom Schlosse und den mit dem Standbilde der Kaiserin Augusta geschmückten Rheinanlagen aus ein festlich geschmücktes Schiff, auf dem es, unter dem Donner der Geschütze von Ehrenbreitstein und Oberstein, stromabwärts fuhr. Vor der Insel Niederwerth wandte sich das Schiff zum Denkmal zurück. Zum Beginn der Feier kam eine Begrüßungshymne durch die Koblenzer und Kölner Männer-Gesangvereine zum Vortrag, worauf Fürst Wilhelm zu Wied eine längere Ansprache an den Kaiser hielt, die in ein Hoch ausklang, in welches die gesamte Festversammlung einstimmte. Nach dem Gesang der Nationalhymne machten die Fürstlichkeiten einen Rundgang um das Denkmal, an dem sodann die Garnison von Koblenz und Ehrenbreitstein sowie das Bonner Husarenregiment vorbeizogen. Bei dem von der Rheinprovinz dem Kaiserpaar gegebenen Festmahle hielt der Kaiser eine längere Rede. Er begann mit einem Danke an die Rheinprovinz für die unvergeßlich schönen Tage, die ihm in Köln, auf seinem Zuge durch das Land und insbesondere in dem stillen Heim

am Laacher See beschieden gewesen, „wo die Söhne St. Benedikts ihr frommes Werk treiben und der Welt zeigen, daß seinem Gott dienen, zu gleicher Zeit erlaubt, Königstreue und Vaterlandsliebe in der Bevölkerung groß zu ziehen und zu pflegen." Mit schwungvollen Worten auf das Denkmal übergehend hob der Kaiser hervor, daß schöner noch als Erz und Stein der Jubel der Bevölkerung, der Dank eines Volkes für seinen heimgegangenen Herrscher zum Herzen spreche; gerade in Koblenz gehe ein solcher Festeston besonders tief zum Herzen, denn wie der große Kaiser hier vorbereitend und vorschauend die Umbildung des Heeres ausgearbeitet, ebenso habe er auch auf dem Gebiete des Staatslebens und der Staatskunst Arbeiten geleistet, die ihren Erfolg gezeitigt hätten, als er in hohem Greisenalter den Thron bestiegen; „er trat aus Koblenz, wie er auf den Thron stieg, hervor als ein ausgewähltes Rüstzeug des Herrn, als welches er sich betrachtete"; allen, besonders den Fürsten, habe er ein Kleinod wieder zu hellem Strahlen emporgehoben, das wir hoch und heilig halten möchten: „das Königtum von Gottes Gnaden mit seinen schweren Pflichten, seinen niemals endenden, stets andauernden Mühen und Arbeiten, mit seiner furchtbaren Verantwortung vor dem Schöpfer allein, von der kein Mensch, kein Minister, kein Abgeordnetenhaus, kein Volk den Fürsten entbinden kann." Für ihn selbst, so fuhr der Kaiser fort, solle es eine hohe Pflicht sein, in den von dem großen Herrscher gewiesenen Wegen zu wandeln und in der Fürsorge für das Land die Hand „über dieses herrliche Kleinod" zu halten. Der Trinkspruch klang in einem Hoch auf die Rheinprovinz aus. Nach Aufhebung der Tafel, abends 9 Uhr, unternahm das Kaiserpaar eine Rheinfahrt zur Besichtigung der Beleuchtung der Rheinufer, welche an Pracht noch die vom Jahre 1893 übertraf. Die Beleuchtung aller Schiffe und Ortschaften von Horchheim bis Niederwerth, besonders das Licht- und Farbenspiel des bengalisch erleuchteten Ehrenbreitsteins und der anderen Uferberge gewährte einen prächtigen Anblick.

Die Koblenzer Reden des Kaisers gaben den Organen der sog. oppositionellen Parteien Anlaß zur Erörterung der Frage, wie sich die Worte vom Gottesgnadentum und der höheren Verantwortlichkeit des Herrschers mit der konstitutionellen Theorie von der Verteilung der Verantwortung vertrügen, ferner ob es die Absicht

des Kaisers sei, das verfassungsmäßige Recht der Volksvertretung in Bezug auf die Regelung des Militärwesens zu beseitigen, oder ob er auch nur habe andeuten wollen, die schwebende Reform des Militärgerichtsverfahrens werde nicht zugestanden werden. Der Anlaß zur Aufwerfung dieser Fragen kam den Organen der erwähnten Richtung um so erwünschter, als sie bisher ohnehin schon wiederholt den Staatsstreich als einziges Mittel, um aus verschiedenen Wirren herauszukommen, beliebt hatten, besorgnisvoll an die Wand zu malen, ja der Ruf „Wider den Absolutismus!" schon als Wahlparole vorgeschlagen war. Auf der andern Seite suchte die Presse der gemäßigten Parteien zu zeigen, daß die kaiserlichen Worte nicht zu einer Auslegung nötigten, wonach sie sich auf derartige Absichten bezögen, vielmehr den Beweis lieferten, daß der Kaiser nicht geneigt sei, sich mit dem formalen Schutz der Unverantwortlichkeit abzufinden.

Am 31. August trafen der Kaiser und die Kaiserin in Würzburg ein, von wo sie sich am 1. September in Begleitung des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern, des Königs Wilhelm von Württemberg und des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen zur Parade des bayerischen zweiten Armeekorps nach dem nahen Biebelried begaben. Die genannten Fürsten ritten, begleitet auch vom Prinzen Albrecht von Preußen sowie den Prinzen Leopold und Ludwig Ferdinand von Bayern und dem Herzog Karl Theodor in Bayern, gefolgt von der Kaiserin mit der Prinzessin Ludwig von Bayern zu Wagen, die Front der in zwei Linien aufgestellten Truppen ab, der Prinz-Regent führte das ganze Armeekorps vor, die einzelnen Regimenter mit ihren fürstlichen Chefs an der Spitze. Bei der Rückkehr nach Würzburg wurden die Fürstlichkeiten von den städtischen Behörden und von Ehrenjungfrauen in fränkischer Tracht, welche Wein und Weintrauben darboten, begrüßt. Abends fand im königlichen Schloß eine Paradetafel statt, an welcher auch der inzwischen angelangte König Albert von Sachsen teilnahm. Der Prinz-Regent brachte ein Hoch auf seine hohen Gäste aus, das der Kaiser, unter Hervorhebung der vorzüglichen Haltung des Armeekorps und mit dem Ausdruck der Überzeugung erwiderte, daß es genau wie an diesem Tage vor 26 Jahren, wenn es not thun sollte, allzeit bereit sein werde, für die Herrlichkeit des Reiches einzustehen. Am Sedantage begaben sich alle jene Fürstlich-

keiten von Würzburg nach dem Paradefelde bei Schweinau, wo der Prinz-Regent von Bayern das bayerische erste Armeekorps dem Kaiser vorführte. Die Prinzen Ludwig, Leopold, Rupprecht und Alfons von Bayern führten einzelne Regimenter, Prinz Arnulf von Bayern befehligte das erste Treffen. Nun ging es nach Nürnberg, wo vor dem Spittler Thore die Stadtbehörden unter einem prächtigen Baldachin die Fürstlichkeiten begrüßten. Der Bürgermeister Dr. v. Schuh betonte in seiner Ansprache an den Kaiser, daß Nürnberg als alte Pflanzstätte deutscher Kultur und Sitte zu allen Zeiten die natürliche Vermittlerin zwischen dem deutschen Norden und Süden gewesen sei, und daß von der Nürnberger Burg aus der Hohenzollernaar seinen Flug genommen habe. Der Kaiser reichte dem Bürgermeister die Hand mit der Versicherung, daß er dem Ort, an dem einst die Wiege seiner Ahnen gestanden, das größte Interesse entgegenbringe. Beim Festmahle in der alten Hohenzollernburg begrüßte der Prinz-Regent das Kaiserpaar im Namen der Bürgerschaft Nürnbergs, „dessen alte Geschichte durch den Burggrafen von Nürnberg so eng verflochten war mit dem glanzvollen Hause Hohenzollern." Der Kaiser sprach in der Antwort hierauf seinen Dank dafür aus, daß es ihm durch die Einladung des Regenten endlich vergönnt sei, in dieser herrlichen kerndeutschen alten Stadt zu weilen und auf der Burg zu sein, die jahrhundertelang seine Vorfahren in altbewährter Treue für die deutschen Kaiser verwaltet und erhalten hätten; mit ganz besonderer Andacht blicke er auf das ehrwürdige Gemäuer, wenn er sich daran erinnere, daß gerade in Nürnberg und auf der Burg die innigsten Beziehungen des Hauses Wittelsbach zu dem Hause Hohenzollern zu finden seien; sein Vorfahre Friedrich V. und der nachherige deutsche Kaiser Ludwig von Bayern seien vor Rom zu Rittern geschlagen und der erstgenannte habe als treuer Mann bei Mühlberg letzterem geholfen, die Krone zu befestigen. Abends begaben sich alle Fürstlichkeiten, welche am Manöver teilgenommen hatten, nach Würzburg zurück und folgenden Tags, den 3. September, nach Homburg v. d. H., empfangen von der Kaiserin Friedrich und dem Großherzog von Mecklenburg-Strelitz. Nachmittags 5 Uhr trafen auch der König Humbert von Italien und seine Gemahlin hier ein, worauf alle diese zahlreichen fürstlichen Personen am 4. September der Parade des 11. Armeekorps

bei Obereschbach beiwohnten. Nach der Parade ritt König Humbert in der Uniform seines 13. Husarenregiments mit dem Kaiser an der Spitze der Fahnenkompagnie nach Homburg zurück. Bei der Paradetafel im Kurhause sprach der Kaiser in einer Rede seine Anerkennung für die Leistungen des Armeekorps aus und knüpfte daran seinen, des Herres und des gesamten deutschen Vaterlandes Dank für den Besuch des Königs von Italien, welcher dadurch der Welt von neuem zeige, „daß unerschütterlich und fest das Band des Dreibunds besteht, der im Interesse des Friedens gegründet wurde und je mehr und je länger, desto fester und inniger in dem Bewußtsein der Völker Wurzeln schlagen und Früchte tragen wird." In gleich herzlicher Weise hieß der Kaiser die Königin Margherita willkommen, welche den Deutschen ganz besonders lieb und wert sei, weil der Künstler, der Weise, der Musiker, der Gelehrte stets freien Zutritt zu ihr habe. König Humbert erwiderte, er sei glücklich gewesen, die Einladung des Kaisers annehmen zu können, um ihm hier laut seine Gefühle auszudrücken und von neuem Zeugnis abzulegen „für die zwischen beiden Regierungen und Staaten bestehenden Beziehungen herzlicher Freundschaft und Allianz." Der Kaiser habe sich eine edle Aufgbe gestellt, indem er seine beständigen Anstrengungen der Sache des Friedens in Europa widme, die auch seinen, des Königs, heißesten Wunsch bilde; er werde immer glauben, der Aufgabe seines Landes treu zu bleiben, wenn er der Vollendung dieses größten und für das Glück der Völker sowie für die Fortschritte der Zivilisation heilsamsten Werks seine ehrliche Unterstützung leihe. Die politische Bedeutung dieser Reden war nicht zu unterschätzen: war doch in den letzten Jahren wiederholt die Frage aufgeworfen, ob Italien noch ferner dem Dreibunde treu bleiben werde, da dort weite Volkskreise, besonders die radikalen Gruppen, Frankreich begünstigten; andererseits erschien es wohl nicht überflüssig, so bald nach der russischen Reise des Präsidenten Faure festzustellen, daß der Dreibund auch trotz der russisch-französischen „Allianz" seine Aufgabe weiter erfüllen werde, und Frankreich sich stark verrechne, wenn es Italiens Loslösung vom Dreibunde erwarte.

Die nächsten Tage waren den umfangreichen Manövern gewidmet, welche die Armeekorps, die bei Würzburg, Nürnberg und Homburg v. d. H. paradiert hatten, sowie das achte Korps in der

Gegend der Nidda, der Nidder, der Kinzig und des Mains gegen einander ausführten. Den 7. September brachten die hohen Herrschaften, nach der Rückkehr vom Manöver, in Wiesbaden zu, wo ihnen im königlichen Theater ein „Salve" betiteltes Festspiel von Lauff, dem Verfasser des Stücks „Der Burggraf", vorgeführt wurde, welches die Einigkeit Deutschlands und Italiens im Sinne des Friedens symbolisch zur Darstellung brachte. Nachdem sich am 10. September das italienische Königspaar, der Prinz-Regent von Bayern, die bayrischen Prinzen, Großfürst Nikolaus und der König von Siam vom Kaiserpaare verabschiedet hatten, begab sich der Kaiser nach Ungarn. Ohne Wien zu berühren, traf er am 12. September im gräflich esterhazyschen Kastell Totis, ungarisch Tata Tovaros genannt, unweit der Festung Komorn zum Besuche des Kaisers Franz Joseph ein, mit dem er am 13. und 14. September Manövern des 4. und 5. österreichisch-ungarischen Armeekorps beiwohnte und sich am 16. September zum Erzherzog Friedrich nach Mohacs sowie in das diesem gehörige Revier von Bellye zur Jagd begab, welches einst dem Prinzen Eugen von Savoyen nach seinem vor 201 Jahren bei Zenta über die Türken erfochtenen Siege vom Kaiser Leopold I. geschenkt war. Am 20. September hielt Kaiser Wilhelm, unter dem lebhaftesten Beifallrufen der Bevölkerung, festlichen Einzug in das mit Fahnen und Blumen prächtig geschmückte Pest. Der Zug ging zunächst nach der Burg, in deren Festsaale die ungarischen Bannerherrn die Majestäten begrüßten; hiernach besichtigte Kaiser Wilhelm die Mathiaskirche, machte eine Fahrt auf der elektrischen Untergrundbahn und besuchte die landwirthschaftliche Ausstellung. Die Soiree in der Hofburg bot ein interessantes buntes Bild durch die Anwesenheit der Magnaten in ungarischen Galauniformen, der Hunderte hochgestellter Zivil- und Militärpersonen sowie der Geistlichkeit. Die Musikkorps spielten alte ungarische Lieder aus dem 18. Jahrhundert. Am folgenden Tage besichtigte der Kaiser das neue Parlamentsgebäude, welches ihm sehr zu gefallen schien, die Zentralmarkthalle, das kunstgewerbliche und das Nationalmuseum. Die politischen Tischreden beim Prunkmahle fielen sehr im Sinne der Bevölkerung aus: nachdem nämlich Kaiser Franz Joseph den Kaiser Wilhelm als treuen Freund und Bundesgenossen sowie als beharrlichen Mitarbeiter am großen Friedenswerke begrüßt hatte, antwortete

dieser mit dem Danke für die kaiserliche Einladung und für den großartigen Empfang in dieser herrlichen Stadt. „Mit sympathischem Interesse", so fuhr er fort, verfolgen wir daheim die Geschichte des ritterlichen Ungarnvolkes, dessen Vaterlandsliebe sprichwörtlich geworden ist, das in seiner kampfesreichen Vergangenheit Gut und Blut für die Verteidigung des Kreuzes zu opfern nicht gezögert hat. Namen wie Zrinyi und Szigeth lassen noch heute die Herzen eines jeden deutschen Jünglings höher schlagen; mit sympathischer Bewunderung haben wir die Feier des tausendjährigen Geburtstags begleitet, den das getreue Ungarnvolk, um seinen geliebten König geschaart, in überraschender Herrlichkeit gefeiert hat". Den tiefsten Eindruck habe ihm die begeisterte Hingabe der Ungarn an ihren König gemacht, zu dem auch er, nach Sohnes Art, als zu seinem väterlichen Freunde aufblicke; dank seiner Weisheit bestehe fest und unauflöslich der Bund der beiderseitigen Reiche, der Europa den Frieden schon lange bewahrt habe und auch ferner bewahren werde; die begeisterte Hingabe für ihren König lodere auch jetzt in den Herzen der Söhne Arpads, wie damals, als sie dessen großem Ahnherrn zuriefen „Laßt uns für unsern König sterben!" In diesem Gefühle rufe auch er „Es lebe der König!" Am Abend war Pest aufs prächtigste erleuchtet, im Opernhause fand eine glänzende Festvorstellung statt. Von den beiderseitigen Ordensverleihungen trat besonders die eines hohen preußischen Ordens an den Grafen Theodor Andrassy, den Sohn des verstorbenen Ministerpräsidenten, hervor als Zeichen dankbaren Gedenkens an diesen Mitschöpfer des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses vom Jahre 1879. Im Gespräche mit Andrassy soll der deutsche Kaiser, Wiener Berichten zufolge, gesagt haben, die parlamentarischen Verhältnisse Ungarns seien günstiger als die Deutschlands, die Ungarn besäßen ungemein viel politischen Instinkt, sie seien in großen Augenblicken stets einig, und Doktrinäre hätten hier keinen Einfluß.

Am 22. September traf der Kaiser in Breslau ein, begrüßt von seiner Gemahlin, die schon einige Tage im Interesse der Überschwemmten Schlesiens hier geweilt hatte, sodann begab er sich zur Jagd nach Rominten in Ostpreußen. Von hier aus beglückwünschte er am 25. September telegraphisch den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh zu dem an diesem Tage in Kiel erfolgten Stapellaufe

des Panzerkreuzers „Fürst Bismarck", wodurch, zu seiner Freude, des Fürsten Name für alle Zeiten in engste Beziehung zur Flotte trete. Die Taufe des Schiffs war, nach einer Rede des Staatssekretärs Tirpitz, von der Gräfin W. Bismarck vollzogen. Das Telegramm an den Fürsten erschien als abermaliges erfreuliches Zeichen, daß die vermeintliche neue Ungnade des Monarchen gewichen oder vielleicht gar irrtümlich als vorhanden angenommen worden sei. Jedenfalls schien der Kaiser gewisse Äußerungen, welche neuerdings dem Fürsten öffentlich nachgesagt waren, nicht verübelt zu haben.

Der Fürst hatte am 1. Juli den Besuch des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar erhalten, der auf der Rückreise von Schwerin, wo er seinen 79. Geburtstag gefeiert, in Friedrichsruh vorgesprochen und beim Abschied zum Fürsten gesagt hatte: „Ich danke Ihnen für Alles, was Sie dem Vaterlande gethan haben!" Anfang September hatte sich der König von Siam in Friedrichsruh eingefunden und dem Fürsten die erste Klasse des siamesischen goldenen Familienordens verliehen, ein Vorgang, welchen Kaiser Menelik von Abessynien bald darauf durch Verleihung des Sterns des ersten Ordens von Äthiopien nachahmte. Unter den mancherlei Veröffentlichungen über Tischgespräche des Fürsten, die wesentlich den Zweck haben sollten, falsche Darstellungen geschichtlicher Vorgänge zu berichtigen, befand sich im September die Notiz, daß die verstorbene Kaiserin Augusta, welche eine Neigung für alles Katholische und Französische gehabt, den Bestrebungen des Fürsten Schwierigkeiten bereitet habe, sodaß dieser langjährige Damenkrieg seine Gesundheit mehr angegriffen hätte, als alle offenen Gefechte im Parlament und im diplomatischen Dienst. Als nun der Kaiser am 30. September, zur Widerkehr des Geburtstags der verstorbenen Kaiserin, ein für das Andenken an sie sehr ehrenvolles Telegramm an ihre Tochter, die Großherzogin von Baden, richtete, machte es unwillkürlich den Eindruck, als solle hierdurch ein Widerspruch gegen jene Bismarckschen Äußerungen hervortreten, denn der Kaiser sagte, in unwandelbarer Treue und Dankbarkeit schwebe das Bild derjenigen in seinem Herzen, zu der die deutsche Nation mit Bewunderung, Dankbarkeit und Liebe als zu einem Vorbilde für alle Zeiten aufblicken werde, und die Geschichte werde ihr ein Denkmal setzen, das niemand zu zerstören vermöge.

Wie der Kaiser aus Koblenz ein Huldigungstelegramm des Deutschen Katholikentags in Landshut mit herzlichem Danke erwidert hatte, so dankte er auch am 4. Oktober aus Rominten für die ihm von der Generalversammlung des Gustav Adolf-Vereins in Berlin ausgesprochenen Segenswünsche mit der Versicherung, daß er, gleich seinen Vorfahren an der Krone, als Protektor dieser Stiftung stets sein besonderes Interesse und seine Fürsorge gern zu teil werden lasse. Nachdem der Kaiser ferner am 5. Oktober Marienburg besucht und in Danzig bei der Taufe des großen Dampfers des „Norddeutschen Lloyd" auf den Namen „Kaiser Friedrich" anwesend gewesen war, leitete er am 17. Oktober in Berlin die feierliche Verleihung der 63 Fahnen an die neuen Regimenter. In seiner vor dem Denkmale Friedrichs des Großen und dem historischen Eckfenster Kaiser Wilhelms I. an die Regimenter gehaltenen Ansprache wies er auf diese geweihten Stätten und auf den Geburtstag seines Vaters hin, welcher die Regimenter zu Kampf und Sieg geführt habe, denen die Stämme für die neuen entnommen seien; daß in diesen die Haupteigenschaften seines Großvaters, völlige selbstlose Hingabe an das Ganze und rücksichtsloses Einsetzen der eigenen Fähigkeiten für den Ruhm des Heeres und die Sicherheit des Vaterlandes, weiterleben möchten, sei sein Wunsch. Am folgenden Tage, dem 18. Oktober, war das Kaiserpaar mit seinen drei ältesten Söhnen in Wiesbaden anwesend bei der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Friedrich. Beim Festmahle brachte der Kaiser ein Hoch auf seine Mutter aus, feierte seinen Vater als Vertreter des deutschen Idealismus und gedachte der hohen Verdienste, welche derselbe, wie im Kriege als Heerführer, so im Frieden stiller Arbeit mit seiner Gemahlin zur Hebung des Kulturlebens des deutschen Volks sich erworben habe; zur dauernden Erinnerung an diesen Tag habe er beschlossen, die Saalburg insoweit wieder aufbauen zu lassen, daß darin ein Museum für die hier und am großen römischen Grenzwalle aufgefundenen Altertümer errichtet werden könne. In Wiesbaden erhielten der Kaiser und die Kaiserin am 20. Oktober den Besuch des seit einiger Zeit in Darmstadt weilenden Czaren und seiner Gemahlin sowie des Großherzoglichen Paares von Hessen. Nachdem der Besuch folgenden Tags erwidert war, besichtigte der Kaiser das unlängst in Karlsruhe

errichtete Denkmal Kaiser Wilhelms I. und erwiderte auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Schnetzler mit dem Wunsche, daß jeder, vornehmlich die Jugend, beim Vorübergehen an diesem Standbilde darin eine Aufforderung zu freudiger Pflichterfüllung erblicken möge.

Die vom Minister v. Miquel in der Tischrede zu Solingen und im Abgeordnetenhause entwickelten Gedanken über die Notwendigkeit einer Sammlung der nationalgesinnten Parteien waren im Laufe der Zeit noch weiter vielfach besprochen, auch weithin freudig willkommen geheißen, ein Schritt in diesem Sinne ließ jedoch auf sich warten; vielmehr beherrschte Zerfahrenheit nach wie vor die innerpolitische Lage, und die Zwistigkeiten unter den Parteien hatten sich noch verschärft. Diejenigen, auf welche füglich noch am ehesten hätte gerechnet werden sollen, die Konservativen, versagten am meisten, es steigerte sich sogar der Gegensatz zu der hauptsächlich unter ihnen vertretenen Richtung des Bundes der Landwirte, dessen Organe den Konservativen im Juli bitter vorwarfen, vor den parlamentarischen Nachwahlen die Landwirtschaft mit schönen Versprechungen geködert und hinterher sie im Stiche gelassen zu haben. Der Streit, welcher sich insbesondere an die oben erwähnte Eingabe des Bundes der Landwirte knüpfte, gestaltete sich noch lebhafter durch ein gewisses Eingreifen des Fürsten Bismarck, zunächst am 31. Juli bei seinem Empfange des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte, sodann im Anfange des September durch Aussprüche, welche unter dem Titel „Bismarcks Glossen" in der Berliner „Zukunft" veröffentlicht, später freilich sehr abgeschwächt wurden. Im ersteren Falle sprach er sich dahin aus, der Bund der Landwirte habe in seinem Verhalten zu den Parteien augenscheinlich das Richtige getroffen und thäte wohl, alle Elemente, welche bereit seien, die Landwirtschaft zu schützen, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den politischen Parteien, um sich zu sammeln; in dem anderen Falle sollte sich der Fürst gegen die konservative Partei gewandt haben, in deren Natur es nun einmal liege, daß sie von der Fraktionsstreberei besonders leicht verseucht werde; da seine Standesgenossen vielfach recht bequem seien, pflegten die Strebsamsten die Herrschaft an sich zu reißen, und die Fraktion merke dann vielleicht zu spät, daß sie auf der schiefen Ebene angelangt sei; ihn selbst

hätten die Konservativen im Stich gelassen, als es darauf angekommen sei, zunächst einmal das Deutsche Reich vor der Welt auf die Beine zu stellen; dabei wäre viel Neid im Spiele gewesen, aber auch doktrinäre Beschränktheit und protestantisch-jesuitischer Eifer; die nach außen sichtbaren Leistungen dieser Fraktion könnten ihm nicht gerade Bewunderung abzwingen. Die konservativen Organe sahen in diesen Äußerungen eine Beleidigung und hielten den Fürsten für verärgert und völlig erbittert auf die Gegenwart, mit der er unheilbar brechen wolle; völlige Zustimmung aber fand der Fürst nicht bloß auf freisinniger Seite, wo sich die Ansicht hören ließ, es komme ihm darauf an, die Opposition gegen den neusten Kurs zu stärken, sondern auch bei den Christlich-Sozialen, wo es hieß, die konservative Partei habe es allerdings zu einem äußersten Maß der Unbeliebtheit in weiten Kreisen gebracht, sie hätte nur zu oft die Gefügigkeit bis zur Verleugnung aller eigenen Grundsätze getrieben und habe durch alleinige Verfolgung materiellen Interesses sich politisch bankerott erklärt, ihre Organisation liege fast ganz am Boden und ihr Bestand sei aufs schwerste erschüttert. Konnte man somit von den Konservativen allerdings nicht erwarten, daß sie mit der „Politik der Sammlung" vorangehen würden, so schien doch auch die vom Fürsten Bismarck angedeutete Inangriffnahme unthunlich, weil der Bund der Landwirte mit der auf vielen Seiten Anstoß erregenden Art und Weise des Vorgehens fortfuhr; wenn seine Organe den Trost, bis zum Ablauf der Handelsverträge zu warten, für nichtsnutzig erklärten, wenn sie ferner sagten, bisher sei noch durchaus nichts für die Landwirtschaft geschehen und, wenn die Forderungen des Bundes nicht bald erfüllt würden, werde auch des Reiches letzte Stunde geschlagen haben, wenn sie ferner mit Gleichgültigkeit vom Reichskanzler sprachen, so konnte schon deshalb auf dieser Seite kein Ansatz zu einer Neubildung aufkommen, wenn auch Graf Schwerin-Schwerinsburg öffentlich erklärte, der Bund der Landwirte befinde sich bereits auf dem Wege, eine politische Partei zu werden.

Gegen eine Verbindung mit den Gemäßigt-Liberalen sträubten sich die Konservativen nach wie vor, die „Kreuz-Ztg." rief sogar gegen die „liberale Phalanx" leidenschaftlich „die Klingen heraus!" Derbe Bauernfäuste würden den senilen Liberalismus zu Boden schlagen. Ganz anders verfuhren die Konservativen in Sachsen, welche

im Oktober, unter Hinweis auf die Kartellergebnisse ihrer Landtagswahlen, das Kartell aller Gemäßigten bei den Reichstagswahlen für sehr wünschenswert erklärten. Im Dezember zeigten sich die konservativen Organe sehr ungehalten über die Begünstigung der Antisemiten durch den Bund der Landwirte; der konservative Parteitag der Provinz Brandenburg am 9. Dezember hielt zwar sein Programm vom 8. Dezember 1892 aufrecht, die „Kreuz-Ztg." war jedoch der Meinung, die antisemitische Reformpartei sei überall zur Schutztruppe der Demokratie und des Judentums geworden.

Ohne entsprechende Änderung in der konservativen Partei sahen sich die anderen gemäßigten Parteien auch bei den im Herbst hier und da fortgesetzten Vorbereitungen für die nächstjährigen Parlamentswahlen außer stande, einen Schritt zur „Politik der Sammlung" zu thun, und unter diesen Umständen ertönte wiederum mitunter der Ruf nach einem festen Programme der Regierung als der Bedingung für alles Weitere. Die ersten Einrichtungen für die Neuwahlen wurden von der Freisinnigen Volkspartei getroffen, die am 3. September ihren Parteitag in Nürnberg hielt. Der Vorsitzende, Abg. Schmidt aus Elberfeld, wandte sich in der Eröffnungsansprache und in einem Trinkspruche beim Festmahle gegen einen etwa drohenden, auf das Junkertum gestützten Absolutismus und gegen ein unverantwortliches Gottesgnadentum; der Abgeordnete E. Richter hob sodann in längerer Tischrede hervor, die Partei, welche nach den Wahlen von 1893 für zerschmettert gegolten, habe sich einmütiger und kräftiger als je erhoben, denn die Zeit sei ihr günstig, die Thatsachen predigten laut, auch der vertrauensseligste, mattherzigste Bürger müsse sich aufgerüttelt fühlen und zu der Erkenntnis durchdringen, daß es so nicht länger weiter gehen könne; wir bedürften eines Reichstags, der kräftig und entschlossen sei, den Konstitutionalismus rückhaltlos zu sichern und gegen Bestrebungen nach Staatsstreich und Absolutismus, deren Vorhandensein im November in den „Preußischen Jahrbüchern" bestätigt wurde, zu verteidigen; auch die Wähler hätten eine Verantwortung, von der kein Fürst, kein Parlament sie entbinden könne; gehoben und getragen von einer wachsenden Strömung im Volk, werde diese Partei eine Kerntruppe abgeben zum „Sammeln" aller, welche gegen die eigensüchtige Interessenpolitik und gegen elenden Servilismus energisch

Front machen wollten. In der Versammlung selbst suchte Richter die vom Minister v. Miquel empfohlene Sammlung auf wirtschaftspolitischem Gebiete als eine Sammlung für Sonderinteressen auszugeben und schilderte sodann die schweren Belastungen Deutschlands durch das Militär- und Marinewesen; eine Unterstützung der Weltpolitik durch Erweiterung der Marine würde zum Nachteil des Handels gereichen, eine Politik des Staatsstreichs würde die Einheit gefährden; das für die Wehrkraft des Reichs Erforderliche habe die Partei genehmigt, so noch in diesem Jahre die große Forderung wegen Umgestaltung der Feldartillerie. Die Beschlüsse des Parteitags betrafen die bei den Reichstagswahlen in erster Linie ins Auge zu fassenden Forderungen, unter denen die Erhaltung des allgemeinen Reichstagswahlrechts, eine reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts auf freiheitlicher Grundlage, das Verhalten zu anderen Parteien bei den Wahlen und die Wahlagitation obenan standen. Auf einem am 3. Oktober in Remscheid stattfindenden Parteitage für Elberfeld, Barmen, Hagen teilte Richter in einer die Gesamtlage behandelnden Rede näheres über die bisher als Geheimnis (S. 3) behandelte Frage der Umgestaltung der Feldartillerie mit: infolge einer Rede des preußischen Kriegsministers in der Budgetkommission des Reichstags habe diese ihn schon im Dezember v. J. ermächtigt, für viele Millionen Mark Bestellungen auf neue Geschütze zu machen, worauf sodann der Reichstag 44 von den in Aussicht genommenen 150 Millionen Mark bewilligt habe; damit sei ein gewaltiger Vorsprung in der Armierung des deutschen Heeres erreicht, dessen an der Grenze stehende Korps bereits mit den neuen Geschützen versehen seien. Redner schloß mit den Worten: „So haben wir gehandelt, die vaterlandslosen Gesellen, wie man uns bezeichnet hat." Im Oktober geriet die „Freisinnige Volkspartei" in eine heftige Fehde mit der „Freisinnigen Vereinigung", weil deren Mitglied, der Abg. Barth in einer Rede die Notwendigkeit einer Vermehrung der Flotte anerkannt hatte.

Was sodann die Centrumspartei betrifft, so ging sie andauernd darauf aus, ihre im Reichstage ausschlaggebende Stellung durch eigene Kraft sich zu bewahren, nicht durch Anschluß an andere Parteien. In diesem Sinne fielen auch alle Reden und Beschlüsse auf dem vom 31. August bis 2. September zu Landshut in

Bayern stattfindenden Deutschen Katholikentage aus. Schon der Vorsitzende, Abg. Bachem aus Köln, führte in seiner Eröffnungsrede aus, daß das Centrum behufs Erhaltung jener Stellung fortgesetzt handeln und kämpfen müsse, um das öffentliche Leben mit dem katholischen Gedanken zu durchtränken; da die katholische Bevölkerung in vielen Bundesstaaten, namentlich in Preußen, sich in der Minderheit befinde, so erscheine die Vertretung der Katholiken in Berlin als eine Pyramide, die auf der Spitze stehe; den Luxus des getrennten Marschierens und gemeinsamen Schlagens könnten sich die Katholiken nicht erlauben, sondern Einigkeit sei ihnen dringend nötig in Hinsicht auf das wirtschaftliche und das wissenschaftliche Gebiet; es gebe eine katholische Politik, welche die Ausbreitung und Durchführung der Grundsätze der katholischen Kirche bezwecke; von diesem Gesichtspunkte aus sei die Schulfrage eine der wichtigsten. Die hauptsächlichsten Erklärungen, welche vom Katholikentage beschlossen wurden, betrafen die Herstellung der weltlichen Macht des Papstes, die Vereinigung der Lehrer zur Abwehr der Entchristlichung der Schule und das Studium der Freimaurerei. Die Redner auf der an diese Versammlung sich anschließenden Tagung des „Volksvereins für das katholische Deutschland" forderten zum Kampfe nicht bloß gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen deren „Schildträger", den bayerischen Bauernbund, auf, der Abg. Bachem insbesondere stellte den Kampf für die Wiederzulassung der Jesuiten obenan. Dasselbe that am 4. Oktober der Abg. Lieber in einer Rede zu Regensburg.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Partei in diesem Jahre stand nicht im Verhältnis zu der Erregung, in welcher alle Bevölkerungskreise ihretwegen begriffen waren. Die Parteiführer schienen eben alle Ausschreitungen ihrer Genossen für solange, als sie des Heeres noch nicht sicher wären, vermieden sehen zu wollen; die wahren Absichten traten aber doch hin und wieder genügend hervor, so verkündete Liebknecht im Januar in einer Rede zu Delft in Holland, die Zeit der Sozialdemokratie werde nach einer Niederlage des deutschen Heeres gekommen sein, und der Kampf um die Macht müsse blutig werden, wenn er auch vielleicht im Anfange unblutig sein werde. Freilich stieß die besonders durch Liebknecht vertretene extreme Richtung innerhalb der Partei im April auf eine Aufsehen

erregende Opposition, indem „Genosse" Dr. Schönlank in einem Leipziger Blatte mit der Erklärung auftrat, daß die lange Zeit durch die Partei gelaufene Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung der unteren Volksmassen nicht mehr zu halten sei, und diesen Satz gegenüber Liebknecht und der die Internationalität der sozialen Revolution auf die Fahne schreibenden Richtung mit großer Schärfe aufrecht erhielt, sodaß das national-soziale Organ sich bereits Hoffnungen hingab und Schönlanks Kampf „mit offener Sympathie" begleitete, die jedoch nicht bloß von Liebknecht derb zurückgewiesen, sondern auch in anderen Parteien als neuer Beweis der Naumannschen „Illusions-Politik" hingestellt wurde. Die Maifeier verlief überall so ruhig, daß man sich unwillkürlich zu einem Vergleich mit dem ersten Vorkommen derselben vor 7 Jahren veranlaßt fühlte, wo sich das Bürgertum vor dem Nahen des 1. Mai sehr geängstigt hatte. Der größte Lärm des sog. Weltfeiertags bestand nur in einem Aufrufe des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission zu gunsten des Achtstundentags, der internationalen Solidarität und des Völkerfriedens; und wenn auch der „Vorwärts" den „Schwur der Bundestreue mit den Proletariern aller Länder" erneuerte und andere Blätter der Partei mit dem lawinenartigen Wachsen derselben prahlten oder sich der Freude über das Verschwinden des „ohnmächtigen Nörgelgreises" im Sachsenwalde hingaben, oder mit ähnlich starken Worten gewaltig um sich warfen, so vernahm man doch in anderen Parteien wiederum die Ansicht, der reformatorische Charakter der Arbeiterbewegung werde über den revolutionären den Sieg davontragen, oder die Behauptung, die Parteiführer sorgten durch die Maifeier und ähnliche Dinge für Unterhaltung, damit die „Genossen" am Ende nicht auf das überflüssige Geschäft des Nachdenkens kämen; endlich fand sich die Meinung, die Parteiführer würden eine Gelegenheit, die Maifeier auf anständige Weise wieder loszuwerden, mit Vergnügen ergreifen, wenn sie nicht die Lächerlichkeit fürchteten, der sie alsdann verfallen würden; damit verband sich aber die Ansicht, daß in dem bemerkenswerten Maße von Selbstbeherrschung, welches sich jetzt in der Art des äußerlichen Auftretens der Sozialdemokratie zeige, gerade ihre Gefährlichkeit zu erblicken sei. Diese Ansicht wurde unterstützt u. a. durch die revolutionäre Aufhetzung der Studierenden gegen das Kapitalistentum mittels der

seit dem 1. Januar in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Der sozialistische Student", welche aufforderte: „Brecht mit dem Modekram, der Eures Geistes Schwingen niederhält!" Auch der am 6. Juni in Berlin stattgehabte polnisch-sozialistische Parteitag gab zu denken; nicht minder eine Rede des „Genossen" Pfankuch, der auf dem Parteitage in Wien namens der deutschen sozialdemokratischen Parteileitung mit einer Rede auftrat, in der er „die ganze Gesellschaft" als „geschworene Feinde" hinstellte. Weiterhin erregte es einiges Aufsehen, daß der „Genosse" Dr. Lütgenau am 13. Juni in einer Versammlung der Centrumspartei in Bochum mit dem Vorschlage eines Zusammengehens beider Parteien bei den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhause auftrat, wie auch der aus Anlaß der preußischen Vereinsgesetzfrage aufgetauchte Vorschlag einer Beteiligung der Sozialdemokratie überhaupt bei diesen Wahlen als des sichersten Mittels, „das reaktionäre Junkertum" unterzukriegen. „Vorwärts" meinte jedoch, es widerspreche dem ganzen bisherigen stolzen Verhalten der Partei, auf den Krücken einer anderen ein paar Mandate zu erlangen; eine große Parteiversammlung in Berlin am 22. Juni, in welcher der Privatdozent Arons die Vorteile einer solchen Wahlbeteiligung auseinandersetzte, sprach sich ebenfalls dagegen aus, nachdem Liebknecht auseinandergesetzt hatte, das Schlachtfeld der Partei sei der Reichstag, den preußischen Landtag solle man verfaulen lassen. Gebildete Leute wie die Doktoren Schönlank, Lütgenau, Arons wurden überhaupt von einem Teile der „Genossen" nicht gern gesehen; in einer Anarchisten-Versammlung zu Berlin am 16. Juni erklärte ein Genosse sogar, das größte Unglück für die Arbeitermassen bestehe darin, daß sich die Parias der Studierenden, das Literatengesindel und verpfuschte Akademiker in ihre Reihen drängten. Der am 18. September ausgegebene Jahresbericht der Parteileitung ließ einen Stillstand hinsichtlich des Umfangs und der Nachhaltigkeit der Parteiarbeit und keinen Fortschritt der sog. Landagitation erkennen. Der am 3. Oktober in Hamburg unter Vorsitz des Abg. Singer zusammentretende Parteitag erregte wohl nur Aufsehen durch seine Behandlung der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen. Der Abg. Auer führte in längerer Rede aus, daß es sich dabei um eine taktische Frage handele, daß der von einem

früheren Parteitage gegen diese Beteiligung gefaßte Beschluß ein Fehler gewesen sei, und daß jedenfalls durch die diesjährige Vereinsgesetzvorlage die Ansichten sich geändert hätten, denn es habe sich plötzlich gezeigt, welche Bedeutung der preußische Landtag haben könne; ein Erfolg bei diesen Wahlen erscheine freilich vorläufig sehr zweifelhaft, aber vielleicht nicht für immer, durch Fernhalten von den Wahlen habe man nur dem Junkertum das Übergewicht verschafft; die Taktik müsse geändert werden, die Partei müsse in die Schlachtlinie einrücken. Liebknecht sprach sich zwar sehr entschieden hiergegen aus, auf Antrag Bebels wurde jedoch, unter Aufhebung jenes früheren Beschlusses, entschieden, daß die Beteiligung an diesen Wahlen überall geboten sei, wo die Verhältnisse sie den Parteigenossen ermöglichten, und zwar sollte, falls die Wahl eigener Wahlmänner unmöglich erscheine, nur für solche einer bürgerlichen Oppositionspartei gestimmt werden dürfen, wofern diese ihre Kandidaten verpflichteten, für Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts, für die Wahlen zum Landtage und eventuell auch für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Dieser Beschluß erregte große Befriedigung bei den Freisinnigen, denen allein er zunächst zu gute kommen konnte. Im übrigen ist noch der Beschluß hervorzuheben, sofort in die Vorbereitung zu den nächstjährigen Reichstagswahlen zu treten und die Kandidaten für eine Reihe bestimmter Forderungen zu verpflichten.

Der den Sozialdemokraten am nächsten stehende Nationalsoziale Verein ging vielfach über die Schranken eines reformatorischen Verhaltens hinaus, wodurch er sich viele staatserhaltende Elemente verfeindete. Der Hauptführer, Pfarrer Naumann, fuhr fort, sich für den großen Hamburger Hafenstreik mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit zu begeistern, und erließ am 20. Januar mit dem Husarenoffizier a. D. v. Egidy und vier Professoren einen Aufruf zur Unterstützung der Ausständigen, worauf ihm in der Presse die längst feststehende Thatsache noch einmal extra vorgeführt wurde, daß dieser Streik nicht aus Not, sondern als frivole Kraftprobe gegen die Arbeiter von der Sozialdemokratie in Szene gesetzt war, und daß „nur Leute, die nachtwandeln" das Gefährliche solchen Beginnens nicht erkennen wollten. Gregory, Professor der Theologie in Leipzig, sprach indeß am 22. Januar in einer dortigen Versammlung von

Sozialdemokraten und unter deren großem Beifall von der Gerechtigkeit des Kampfs dieser Streikenden sowie von der Genugthuung, daß sie noch feststänben, wofür er sich von einem Leipziger Blatte sagen lassen mußte, daß er, wie einst Neander, seinen eigenen Schlafrock nicht sehe und wie hypnotisiert auf die Not der Streikenden starre, ohne zu bedenken, daß diese selbst Schuld an der Vernichtung von tausend Existenzen seien. Jene Vorgänge riefen namentlich auch den Unwillen gegen gewisse Universitäts-Professoren mehrfach aufs neue wach. Den Dank der Nation, hieß es wohl, verdienten diejenigen, welche dazu beitrügen, die aufdringliche Katheder- und Kanzelweisheit aus den Kämpfen unserer Tage zu entfernen; schade sei es, daß das Sozialistengesetz nicht mehr ermögliche, den sozialisierenden Professoren und Pastoren das Handwerk zu legen, bevor sie größeres Unheil stifteten; die gelindeste Strafe müßte ihre Ausschließung aus der bürgerlichen Gesellschaft sein; die „Konservative Korrespondenz" bezeichnete obigen Aufruf als ein direkt gemeingefährliches Schriftstück, und der Generalsuperintendent Ruperti in Kiel warnte die Pastoren, große Politik zu treiben, da dies eine große Gefahr für die Kirche enthalte und den Geistlichen „für solche sozialistische Agitation die Zeit, die Kraft und das Recht" fehle. Weiterhin ließ sich Herr Naumann in auffälliger Weise vernehmen: In der „Zeit" führte er am 19. Januar aus, „der soziale Kaiser" werde langsam zur geschichtlichen Notwendigkeit und eines Tages werde Lassalle vom Schlafe erwachen. In einer Versammlung zu Frankfurt a. M. führte er ferner in längerem Vortrage aus, die internationale Verständigung und Solidarität aller Ausgebeuteten sei der einzige Weg, auf dem das Ausbeutertum wirksam angegriffen werden könne. Die Rede schloß mit dem Aufrufe: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!" Diesen Ausführungen trat Sohm, Professor der Rechte in Leipzig, vollständig bei. Und wiederum regte sich der Unwille über gewisse Professoren; wie kann, sagte die „Deutsche volkswirtschaftliche Korresp.", ein Mann, der so etwas in einer großen Versammlung sagt, auf einem akademischen Lehrstuhl sitzen? wie lange noch wird es sich das deutsche Volk gefallen lassen, daß der Professoren- und Pastoren-Sozialismus sein Wesen treibt? Ebenso meinte die „Kreuz-Ztg.", daß die Staatsgewalt sich die Unterstützung der Sozialdemokratie vom akademischen Katheder

herab durchaus nicht gefallen lassen dürfe, und in demselben Sinne sprach sich am 31. Januar der Vorstand des nationalliberalen sächsischen Landesvereins dahin aus, daß die national-soziale Abart der Sozialdemokratie als nicht minder gefährlich wie diese bekämpft werden müsse. Auf dem ersten Kongresse der christlichen Bergarbeitervereine Deutschlands zu Bochum am 2. Februar empfahl Naumann deren Anschluß an den schon bestehenden Bergarbeiterverband, obwohl dieser, wie Redner selbst anerkannte, sozialdemokratisch ist. In der kurz vorher stattgehabten Delegiertenversammlung dieser Vereine hatte bereits Professor Wagner aus Berlin Aufsehn erregt durch Lehren wie die, daß die kapitalistischen Unternehmer durchaus nicht mehr zu haben brauchten, als eine mäßige Verzinsung ihres Kapitals. Das gesamte Auftreten Naumanns wurde nunmehr von den „Hamburger Nachrichten" als eine Reihe offener und verschleierter Kundgebungen für die Revolutionspartei hingestellt. Weite Kreise ergriff der Unwille, als die vom Pastor Kötzschke in Sangerhausen herausgegebene „National-soziale Volks-Ztg." in Erfurt ein Arbeiterlied brachte, in dem Anteil an dem Gute des Reichtums verlangt und gedroht war, sonst möge „zerbersten Stein um Stein", ein Erguß, welcher den Vorstand des Vereins deutscher Papierfabrikanten zum öffentlichen Ausspruch seines tiefen Bedauerns darüber veranlaßte, daß das Vorgehen der Professoren und Pastoren, die ohne Kenntnis des praktischen Lebens für den angeblich unterdrückten Arbeiterstand einträten, nur darauf hinauslaufe, unter der Firma „national-sozial" den sozialdemokratischen Bestrebungen die Wege zu ebnen. Es kam ferner vor, daß in dem Parteiorgan „Die Zeit" aus Anlaß einer Geweihausstellung im Borsighaus zu Berlin die Lehre aufgestellt wurde, man müsse das Eigentumsrecht an einer Sache verlieren, wenn man sie zum Schaden der Allgemeinheit schlecht oder gar nicht benutze; in solchen Fällen möchte der Staat die Enteignung vornehmen. Kein Wunder, daß Nauman und Genossen bei keiner Partei Zuneigung fanden; ja sogar von der Sozialdemokratie wurden sie abgewiesen, indem Bebel am 3. März in einer Berliner Versammlung seiner Partei auf Naumanns Versuch einer Annäherung erklärte, daß eine unüberbrückbare Kluft zwischen beiden Richtungen bestehe. Eine große Zahl von Pastoren und Gewerbtreibenden erließ am 7. März eine kräftige Verwahrung

gegen alle National- und Christlich-Sozialen, die im Namen des Christentums oder der Kirche bestimmte soziale Forderungen an den Staat stellten. Wohl im Bedürfnis einer Rechtfertigung veranstaltete der national-soziale Verein am 9. März in Leipzig eine Versammlung, in welcher Professor Sohm als Ziel desselben Kampf gegen die Sozialdemokratie, aber Zurückeroberung der einzelnen Sozialdemokraten für das nationale Bewußtsein bezeichnete, worauf ein Sozialdemokrat erwiderte, von den National-Sozialen müsse man sagen: „Es ist ka Fuchs, es ist ka Has, Potz Sakramentski, was ist das?" Pfarrer Naumann unternahm ferner am 14. April in der „Zeit" den Versuch, den katholischen Sozialismus zum Zusammengehn mit seinen Genossen zu gewinnen, wurde jedoch auch hier abgewiesen, da, wie die „Germania" sagte, die Stützen der National-Sozialen protestantische Professoren und Pastoren seien. Die Kritik dieses Vereins durch das offizielle Organ der Nationalliberalen ging dahin, daß er dieselben revolutionären Zielpunkte wie die Sozialdemokratie verfolge und daß alle Kundgebungen Naumanns wie seiner Mitarbeiter den Geist des Hasses atmeten, nur daß dieser Pfarrer als Fanatiker und Doktrinär das Ansehn größerer Ehrlichkeit genieße. Naumann erwiderte, dieses Gerede sei Unsinn und die Nationalliberalen seien Mammonsvertreter. Für Naumanns christliche Gesinnung trat Ende April der Generalsuperintendent Kaftan in Kiel auf, jedoch mit dem Bemerken, daß das, was Jesus wollte, etwas ganz anderes sei, als was die National-Sozialen erstrebten. Dem sozialdemokratischen Weltfeiertage des 1. Mai entbot Naumann in der „Zeit" einen begeisterungsvollen Gruß, mit dem er die Bemerkung verband, ein kluges und frei denkendes Unternehmertum hätte sagen müssen: „Ihr wollt den Tag, er sei euer!" Pfarrer Kötzschke feierte diesen Tag in seiner Erfurter Zeitung gar mit dem frohlockenden Rufe, aus Millionen mutiger Proletarier klinge der mächtige Schlachtruf des Achtstundentags und verkünde das große historische Prinzip der Herrschaft der Arbeit über alle Arbeitsbedingungen; die Bedeutung des Gedankens, daß die Arbeiterschaft das Zepter in der Fabrik schwingen wolle, breite über das Maifest einen heiligen Ernst und eine hohe sittliche Würde. Als sodann noch der Genosse Gerlach in einer Rede zu Charlottenburg verkündete, es schade nichts, wenn die Sozialdemokraten etwas Verkehrtes redeten oder gegen die Staats-

gesetze verstießen, sprach die „Konservative Korrespondenz" von den „anarchistischen" Grundsätzen der National-Sozialen. Als unklar und politisch unreif überall zurückgewiesen, wurde von den National-Sozialen in den „Grenzboten" gesagt, das lose Band, welches diese wunderliche Gruppe einige Zeit verknüpfte, werde nun wohl bald gelöst sein. In der That zeigte sich der am 27. und 28. September in Erfurt stattfindende zweite Parteitag kleinlauter als der vorige. Es trat hier vor allem der tiefe Gegensatz innerhalb der Genossen hervor, indem der eine Teil mit Professor Sohm an der Spitze sich sehr entschieden gegen die von der Parteileitung eingeschlagene Richtung aussprach, welche immer mehr nach links bis in unmittelbare Nähe der Sozialdemokratie geführt habe, die ein Gift für das deutsche Volksleben bilde; in die gegen die Junker ausgegebene Parole hätten, so führte Sohm aus, die Arbeiter jubelnd eingestimmt, diese aber gewinnen zu wollen, sei eine unrichtige Taktik. Die gegenteilige Ansicht wurde mit Lebhaftigkeit vom früheren Pfarrer Göhre verteidigt, welcher ausführte, die National-Sozialen seien gerade im Gegensatz zu den Konservativen geboren, und man müsse sich jetzt der von Osten heranziehenden Reaktion entgegenstemmen; die Sozialdemokratie sei ein Hort der Freiheit wie des Fortschritts und identisch mit der Arbeiterpartei. Trotz der tiefen Kluft zwischen diesen beiden Anschauungen wurden die auf eine bestimmte Stellungnahme zielenden Anträge Sohms und Göhres abgelehnt, dagegen ein den Riß verkleisternder Beschluß gefaßt. Ferner wurde sehr ausführlich über das allgemeine Wahlrecht verhandelt, wobei Naumann Anlaß nahm, das Verhalten der Partei zum Hamburger Streik klarzulegen. Günstige Urteile über diesen Parteitag fanden sich auf keiner Seite, vielmehr vernahm man nur Ausdrücke der Verwunderung darüber, daß Männer von so grundverschiedenen politischen Gesinnungen sich doch noch hätten verständigen können, ferner Aussprüche wie diese, die National-Sozialen könnten jetzt noch weniger als bisher für politische Charaktere gelten, der Vertretertag sei nur eine Posse gewesen, die Partei habe aus Programmlosigkeit und Konfusion abgewirtschaftet. Ihr Organ „Die Zeit" stellte am 1. Oktober ihr Erscheinen ein.

Die kirchlich-soziale Richtung trat am wenigsten hervor. Ihr Gründer, Hofprediger a. D. Stöcker, schilderte am 10. Januar in einer Rede zu Elberfeld, wie infolge des agrarischen Notstandes

und der Entwicklung der Sozialreform die Stimmung in den weitesten königstreuen Schichten kalt geworden sei. Daran knüpfte er, und ihm nach eine Reihe von Pastoren, heftige Angriffe auf den „Radikalismus" der National-Sozialen, der unpolitisch, unkirchlich und gefährlich sei. Allerdings war, einem alten Entwicklungsgesetze zufolge, die gemäßigtere Richtung Stöckers von der radikaleren sehr in den Hintergrund gedrängt worden. Am 27. April fand in Kassel die Jahreskonferenz dieser Richtung statt, unbekümmert darum, daß Stöckers Mitgründer, Professor Nathusius, und die „Konservative Korrespondenz" die Berufung der Konferenz für verfehlt erklärt hatten. Stöcker hielt einen Vortrag über Entstehung und Zweck dieser Vereinigung und sodann einen Vortrag über „die gefährdete Lage der Reformationskirche auch auf sozialem Gebiete", ein Thema, bei dessen Besprechung Pastor Dammann aus Essen sich heftig gegen den „Mißklang" wandte, der darin bestehe, daß die künftigen Diener der Kirche zu den Füßen ungläubiger Professoren säßen.

Auf dem Gebiete der evangelischen Kirche zeigte sich eine Bewegung gegen die Fortschritte des Ultramontanismus in Deutschland, insbesondere gegen die Art, wie sich der Papst in seinem dem Andenken des Jesuiten Canisius gewidmeten Rundschreiben vom 1. August über Luther und die Reformation ausgesprochen hatte. In der am 28. und 29. September in Berlin tagenden Generalversammlung des Gesamtvereins der Gustav Adolf-Stiftung trat daher der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats, Barkhausen, der „transalpinisch irrenden Unfehlbarkeit" entgegen, die ex cathedra schwere Schmähungen gegen die evangelische Kirche und den Helden der Reformation geschleudert habe, dessen Werk mit nichten ein Gift, sondern das scharfe Salz gewesen sei, welches weit über die Grenzen der evangelischen Kirche hinaus seine heilsame Wirkung geäußert habe; so wenig wie jene Schmähungen könne es aber die Evangelischen anfechten, „wenn fanatische Anmaßung sich erfrecht, den königlichen Schirmherrn der evangelischen Kirche zu verunglimpfen, weil er für das evangelische Märtyrertum einer glaubenstreuen protestantischen Stadt Worte ehrender Anerkennung gesprochen". Diese Bemerkung bezog sich auf obige (S. 151) Rede des Kaisers in Magdeburg, in welcher er der Leiden dieser Stadt im 30-jährigen Kriege gedacht hatte, und welche von der katholischen Presse dieserhalb

angegriffen war, die nun dem Präsidenten Barkhausen erwiderte, sie habe nur einer anderen Geschichtsauffassung als der Kaiser Ausdruck gegeben, Barkhausens Hauptzweck sei auch wohl gewesen, den Kaiser gegen Papst und Katholizismus einzunehmen. Ebenso entschieden wie Barkhausen, ging man in der am 4. und 5. Oktober in Krefeld tagenden Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Reden und Beschlüssen zur Abwehr des Ultramontanismus vor. Pfarrer Weber aus Gladbach sprach gegen die Meinung, daß auf dem Gebiete der sozialen Frage „katholisch" Trumpf sei; Pfarrer Thümmel aus Remscheid schilderte die Gefährlichkeit der Katholikentage; von anderer Seite wurde der neuliche Ausspruch des Bischofs Hafner von Mainz, Luther sei „vor Hochmut geplatzt", als Beweis mangelnder Bildung hingestellt; Pastor Schütz aus Krefeld behauptete, daß man auch in weiten katholischen Volksschichten Vorkehrungen gegen die Absichten des Papsttums treffe; Professor Kurze aus Bornhain hielt einen Vortrag über die Bedrohung der evangelischen Heidenmission durch die päpstliche Propaganda und der Vorsitzende, Graf Wintzingerode, führte aus, daß sich der Kampf des evangelischen Bundes nicht gegen die katholische Kirche richte, sondern gegen die Centrumspartei und den Ultramontanismus, dessen Endziel geistige Knechtschaft, Sittenverfall und Unduldsamkeit bilde, und daß das päpstliche Rundschreiben über Canisius eine Geschichtsfälschung sondergleichen enthalte. Konsistorialrath Hempel aus Bonn begrüßte die Versammlung im Namen des Oberkirchenrats und sprach von der Abwehr der Propaganda der römischen Kirche, der Schwierigkeit, mit diesem Nachbar in Frieden zu leben, von dessen Kühnheit, dies zu leugnen, und von dem Verrate an der evangelischen Kirche, wenn man dem ihr angebotenen Kampfe ausweichen wollte. Der altkatholische Bischof Weber sehnte die Zeit herbei, wo das deutsche Volk der ultramontanen Gefahr sich bewußt und diesen Feind über die Grenze jagen werde, der zielbewußt darauf ausgehe, den Staat der römischen Kirche zu überantworten und die Souveränetät der Fürsten zu untergraben. Sodann hielt Professor Nippold aus Jena einen Vortrag über die Hemmungen des deutschen Protestantismus in der Wahrung seiner Interessen, wobei er auf den katholischen Einfluß an deutschen Fürstenhöfen zu sprechen kam, von der „katholikenfreundlichen" verstorbenen Kaiserin Augusta an bis zum

Prinzen Max von Sachsen; ein Hauptzweck des ultramontanen Einflusses bestehe darin, durch Mischehen in den höchsten Kreisen die römische Dynastie der Zukunft zu schaffen. Als Belag für die Behauptung einer Einmischung der Kaiserin Augusta zu gunsten der Katholiken wurde, neben Fürst Bismarcks obigem (S. 160) Ausspruche, ein im vorigen Jahre veröffentliches Schreiben derselben v. 9. Dez. 1874 an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bezüglich der Schwestern vom heil. Franziskus angeführt. Pastor Kremers aus Kirchenhollenbach hielt einen längeren Vortrag über den Ultramontanismus als die schwerste Gefahr für das deutsche Volk. Der Papst habe seine Scharen zur Sammlung aufgerufen, und dieser Heerbann kämpfe nun als Schlachtengeier mit den Hyänen der Sozialdemokratie um die Beute; für edle Katholiken habe die römische Kirche keinen Raum, und der Ultramontanismus würde die soziale Frage, wenn man sie ihm überließe, vergiften gerade so wie er es am Ende des Mittelalters gethan habe; nationale Fragen seien nur Kauf-, Tausch- und Handelsgegenstände in der Hand des jüdisch denkenden und handelnden Centrumsgeistes; in Rom rechne man auf die soziale Revolution und begrüße sie, werde auch der Zertrümmerung der ganzen Welt ruhig zusehen, in der Hoffnung, daß nach dem großen Brande der Weltpapst emporsteige. Schließlich erhob die Versammlung entschieden Verwahrung gegen die „mit Unwahrheiten durchsetzte Beschimpfung des evangelischen Bekenntnisses" im päpstlichen Rundschreiben, welches den konfessionellen Frieden leidenschaftlich angreife. Die Centrumspresse ihrerseits sah in diesen Krefelder Kundgebungen „wahre Orgien konfessioneller Leidenschaft" und wies auf den Katholikentag hin, wo kein Wort gefallen sei, welches die Protestanten verletzen könnte. Dagegen hieß es auf der anderen Seite, die dort zur Schau getragene Friedfertigkeit vermöge niemanden zu täuschen, da in Landshut die Zurückführung der deutschen Protestanten unter die Herrschaft der römischen Kirche offen verkündigt worden sei, und die zündende Wirkung des päpstlichen Rundschreibens liege eben darin, daß der Ultramontanismus jetzt mit den Allüren einer Regierungspartei auftreten könne; dies habe eben in protestantischen Kreisen die Erkenntnis der Gefahr immer weiter und stärker verbreitet. In der That ergingen weitere lebhafte Proteste gegen das päpstliche Rundschreiben von der bayerischen General-

synode zu Bayreuth, der pfälzischen Generalsynode in Speyer, der württembergschen Landessynode, dem sächsischen Landesvereine des evangelischen Bundes und dem hessen-darmstädtschen Oberkonsistorium, während der Präsident des badischen Oberkirchenrats, Wielandt, der Oberkirchenrat in Weimar, das braunschweigsche und das altenburgsche Konsistorium dem Präsidenten Barkhausen in Berlin die wärmste Zustimmung zu seinem Proteste aussprachen. Vorübergehend fand der Unwille auf evangelischer Seite Ausdruck im öffentlichen Verlangen nach Aufhebung der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan; dagegen schien von katholischer Seite her eine im Anfang des Oktober vom Weihbischof Schmitz aus Köln gegen die konfessionelle Verhetzung in Krefeld gehaltene Rede ein wenig besänftigen zu sollen.

Die am 23. November in Berlin zusammengetretene vierte ordentliche Generalsynode der preußischen alten Provinzen begann, nachdem sie vom königl. Bevollmächtigten, dem Präsidenten Barkhausen, begrüßt worden, unter dem Vorsitze des Grafen Zieten-Schwerin, damit, daß sie sich am 24. November obigen von einer Reihe anderer deutschen Synoden gegen Behauptungen in dem sog. Canisius-Rundschreiben des Papstes erlassenen Verwahrungen kraftvoll anschloß. Der diesen Antrag stellende Superintendent Holtzheuer wies auf den lebhaften Wiederhall hin, welchen bereits der vom Präsidenten Barkhausen im Gustav Adolf-Verein erhobene Protest gefunden habe; nun müsse aber auch die oberste Vertretung der Kirche, sich zu einer Art gottesdienstlicher Handlung erhebend, gegen die Schmähungen und Anmaßungen des Papstes protestieren und ihn mahnen, endlich dem Worte Gottes Raum zu geben. Präsident Barkhausen dankte für diesen Antrag und für die vielen ihm zugekommenen Zustimmungen. Wegen der in der Landeskirche entstandenen großen Aufregung habe er es damals für nötig gehalten, unverzüglich ein Wort zu sprechen; er habe sich sagen müssen, daß die päpstlichen Schmähungen Luthers und der Reformation auf eine Niederschmetterung der evangelischen Kirche gemünzt seien, und da habe er, namentlich mit Rücksicht auf die in weiten Kreisen vorhandene Gleichgültigkeit, geglaubt, daß der rechte Augenblick zu einem Weckrufe gekommen sei. Hierauf wurde der Antrag ohne weiteres einstimmig angenommen, und die Versammlung sang stehend den letzten Vers des Lutherliedes. In der Protest-

erklärung, die nach Wunsch der Versammlung von allen Kanzeln verlesen werden soll, hieß es: was der Papst als unheilvolles Gift bezeichne, sei in Wahrheit das seligmachende Evangelium von der freien Gnade Gottes in Christo; der vom Papst als Aufrührer verdächtigte Luther habe nur schlicht und recht Gott die Ehre gegeben, indem er der auf Menschensatzungen gegründeten päpstlichen Autorität mit der Autorität des göttlichen Wortes Trutz bot; die weltliche Obrigkeit sei als selbständige Ordnung Gottes erst wieder erkannt, seit die angemaßte Oberherrlichkeit des Papstes über das staatliche Regiment bei den Evangelischen keinen Glauben mehr gefunden habe, und das Feuer der Revolution habe in den katholischen Ländern mehr Nahrung gefunden und Verheerungen angerichtet als unter den Völkern evangelischen Bekenntnisses. Von allgemeinerem Interesse war in der Generalsynode ferner ein am 26. November vom Hofprediger a. D. Stöcker gegen den Oberkirchenrat erhobener Vorwurf wegen dessen Erlasses von 1895 bezüglich der Teilnahme der Geistlichen an der Lösung der sozialen Aufgaben unserer Zeit. Die evangelische Kirche könne sich unmöglich von den sozialen und politischen Aufgaben des Lebens wegdrängen lassen, sonst würde sie sich unfähig und bankerott für das öffentliche Leben erklären, während die katholische Kirche ihre Priester hervorragend zu jenen Aufgaben heranziehe. Präsident Barkhausen erwiderte, niemals sei den Geistlichen verboten, soziale Arbeit zu treiben, und der Erlaß richte sich nur gegen die soziale Agitation, welche eine ganze Anzahl von jungen Leuten verwirrt habe. „Haben wir nicht gesehen, wohin Männer kommen, die ohne gehörige volkswirtschaftliche Vorbildung eine wichtige soziale Thätigkeit auf ihre Schultern laden und wenn sich solche junge Leute im Übereifer und mit dem Mangel an reifem Urteil in eine Thätigkeit begeben, die zum Verderben führen muß?“ Der Widerspruch dieses Erlasses mit dem die Geistlichen zu sozialer Thätigkeit anhaltenden Erlasse von 1890 erklärte Barkhausen durch das Bestreben, den damaligen Fehler wieder gut zu machen. Auf Stöckers Seite trat niemand, die Synode trat auf die Seite des Oberkirchenrats. In ihren bis zum 16. Dezember dauernden Verhandlungen genehmigte sie im übrigen Kirchengesetze über eine kleine Änderung der General-Synodalordnung, über die Errichtung eines Hilfsfonds für landeskirchliche Zwecke, über den liturgischen Gebrauch

der Perikopen, über das Diensteinkommen der Geistlichen und über Anstellungsfähigkeit und Vorbildung der Geistlichen, ferner eine Denkschrift des Oberkirchenrats über die Evangelisation. Im übrigen sprach sich die Synode aus für Beschränkung der Lustbarkeiten am Sonnabend Abend, für größere Sonntagsruhe der ländlichen Arbeiter sowie der in den Gast- und Schankwirtschaften sowie im Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen, weiterhin für Beschränkung der Konzessionen für Restaurationen und Schankstätten in den großen Städten, für gänzliche Beseitigung des Duells, für kräftige Unterstützung der evangelischen Deutschen in Rom, dagegen verhielt sie sich ablehnend gegenüber Bittschriften wegen Gestattung von Amtshandlungen der Geistlichen bei Feuerbestattungen.

Die vierte und letzte Session des Reichstags wurde am 23. November vom Kaiser im Weißen Saale des königlichen Schlosses durch eine Rede eröffnet, in welcher es hieß, die bevorstehenden Vorlagen ständen zwar an Umfang gegen den Arbeitsstoff der vorigen Tagung zurück, seien aber zum Teil von weittragender Bedeutung. Die Entwicklung der deutschen Kriegsflotte entspreche nicht den Aufgaben, welche Deutschland an seine Wehrkraft zur See zu stellen gezwungen sei; sie genüge nicht, um bei kriegerischen Verwickelungen die heimischen Häfen und Küsten gegen eine Blokade und weitergehende Unternehmungen des Feindes sicher zu stellen, und habe mit dem lebhaften Wachstum unserer überseeischen Interessen nicht Schritt gehalten. Während der deutsche Handel am Güteraustausche der Welt in steigendem Maße teilnehme, reiche die Zahl unserer Kriegsschiffe nicht hin, unsern im Auslande thätigen Landsleuten das der Stellung Deutschlands entsprechende Maß von Schutz und hiermit den Rückhalt zu bieten, den nur die Entfaltung von Macht zu gewähren vermöge. Wenngleich es nicht unsere Aufgabe sein könne, den Seemächten ersten Ranges gleichzukommen, so müsse Deutschland sich doch in den Stand gesetzt sehen, auch durch die Rüstung zur See sein Ansehen unter den Völkern der Erde zu behaupten. Hierzu sei eine Verstärkung der heimischen Schlachtflotte und eine Vermehrung der für den Auslandsdienst im Frieden bestimmten Schiffe erforderlich. Um für diese dringenden Maßnahmen einen festen Boden zu gewinnen, hielten die verbündeten Regierungen es für geboten, die Stärke der Marine und den Zeit-

raum, in welchem diese Stärke erreicht werden solle, gesetzlich festzulegen. Ferner sei es nach vieljährigem, ernstem Bemühen gelungen, für eine Reform des Militärstrafverfahrens eine Grundlage zu finden, welche, unter möglichster Anlehnung an den bürgerlichen Strafprozeß, den für die Erhaltung der Mannszucht unbedingt notwendigen Forderungen Genüge leiste. Die allgemeine Finanzlage zeige ein befriedigendes Bild. Um den für die künftige Gestaltung des Zolltarifs und der Handelsbeziehungen zum Auslande eine feste, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Richtschnur zu gewinnen, sei ein wirtschaftlicher Ausschuß gebildet worden. Weiterhin, sagte der Kaiser, die Ermordung deutscher Missionare und die Angriffe auf eine der unter seinem Schutze stehenden, ihm am Herzen liegenden Missionsanstalten in China hätten ihn genötigt, das ostasiatische Geschwader in die dem Thatorte nächstgelegene Kiaotschaubucht einlaufen und Truppen dort landen zu lassen, um volle Sühne und Sicherheit gegen Wiederkehr ähnlicher beklagenswerter Ereignisse zu erlangen. Die politischen Beziehungen zu den fremden Staaten seien durchaus erfreulich; wertvolle Bürgschaften hierfür hätten seine, des Kaisers, Begegnungen mit verbündeten und befreundeten Monarchen sowie der glänzende und herzliche, in Peterhof und Budapest ihm zu teil gewordene Empfang geliefert. Alle Anzeichen berechtigten zu der Aussicht, daß wir mit Gottes Hilfe auch fernerhin der friedlichen Entwicklung Europas und des deutschen Vaterlandes entgegensehen dürften.

An die Verlesung dieser Rede knüpfte der Kaiser noch folgende Worte: „Vor fast zwei Jahren habe ich an dieser Stelle auf das ruhmreiche Feldzeichen meines ersten Garderegiments z. F. den Eid geleistet: das, was der in Gott ruhende Kaiser Wilhelm d. Gr. geschaffen, zu erhalten und das Ansehen und die Ehre des Reiches überall zu schirmen. Sie haben bewegten Herzens und feuchten Auges diesen Eid entgegengenommen und sind dadurch meine Eideshelfer geworden. Im Angesichte Gottes des Allmächtigen und im Andenken an den großen Kaiser bitte ich Sie, mich durch ihre Mithilfe auch fernerhin in den Stand zu setzen, diesen meinen Eid zu halten und mir beizustehen, des Reiches Ehre nach außen, für deren Erhaltung ich nicht gezögert habe, meinen einzigen Bruder einzusetzen, kräftig zu wahren.“ Nach allgemeiner Annahme konnte in dieser

Ansprache nur eine warme Empfehlung der Flottenvorlage erblickt werden; im übrigen stellte sich bald hernach noch heraus, daß Prinz Heinrich zum Befehlshaber der nach Ostasien zu sendenden Verstärkungen ausersehen sei.

Der Reichstag begann am 30. November mit der in der vorigen Tagung so beliebt gewesenen Beschlußunfähigkeit und konnte daher seine Konstituierung erst am 1. Dezember vornehmen. Zum Präsidenten wurde wiederum der Freiherr v. Buol-Berenberg (Centr.), und zwar mit 228 von 264 abgegebenen Stimmen gewählt, zum ersten Vizepräsidenten Schmidt-Elberfeld (freis. Vp.), zum zweiten Spahn (Centr.). Diese Herren wurden am 5. Dezember in Schloß Friedrichskron vom Kaiser empfangen, der ihnen sodann mitteilte, sein Bruder habe sich soeben vom Großherzog von Baden und der Kaiserin Friedrich verabschiedet, um demnächst in den asiatischen Meeren seine Kraft für Deutschlands Größe einzusetzen. Der Kaiser betonte noch einmal seinen entschiedenen Willen, den Missionen kräftigsten Schutz angedeihen zu lassen, und äußerte sein Vertrauen, daß der Reichstag sich von der Notwendigkeit der geforderten Vermehrung der Flotte überzeugen werde; die allgemeine Weltlage lasse keinen Aufschub zu.

Zunächst befaßte sich der Reichstag am 3. Dezember mit drei auf dem Rechtsgebiete liegenden Gesetzvorlagen. Die erste derselben, betreffend die internationale Regelung einiger Fragen des Privatrechts oder das Abkommen mit einigen auswärtigen Staaten über die Zustellung gerichtlicher wie außergerichtlicher Schriftstücke, Sicherheit für Prozeßkosten und dergl. wurde gleich in erster und zweiter Lesung angenommen; die anderen beiden Vorlagen wurden an eine Kommission gewiesen, nämlich ein Gesetzentwurf, durch den die reichsgesetzlich den Gerichten übertragenen Angelegenheiten der nicht streitigen Rechtspflege, in Ergänzung des bürgerlichen Gesetzbuchs, einheitlich geordnet werden, und ein Gesetzentwurf wegen Entschädigung der im Wiederaufnahme-Verfahren freigesprochenen Personen. Diese Entschädigung sollte jedoch nur denjenigen, welche wegen ausdrücklicher Beweise ihrer Unschuld, nicht solchen, welche wegen eines non liquet freigesprochen sind, zu teil werden. Hauptsächlich um diesen Punkt drehte sich die Verhandlung. Der Vertheidigung der Vorlage durch den Staats-

sekretär Nieberding schlossen sich Pieschel (nat.-lib.) und v. Buchka (kons.) an, während Munckel (freis. Vp.), Roeren (Centr.) und Stadthagen (soz.) eine solche Unterscheidung zwischen den Freigesprochenen verwarfen.

Von den drei großen und wichtigen Vorlagen, Flottenvermehrung, Etat und Militärstrafprozeßordnung, bevorzugte der Reichstag die Flottenfrage, mit der er sich am 6., 7. und 9. Dezember befaßte. Nach der Vorlage soll der Schiffbestand der deutschen Flotte, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schul- und Spezialschiffen sowie Kanonenbooten, festgesetzt werden auf verwendungsbereite 17 Linienschiffe, 8 Küsten-Panzerschiffe, 9 große und 26 kleine Kreuzer, ferner als Materialreserven 2 Linienschiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Auf diesen Sollbestand kommen von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen in Anrechnung 12 Linienschiffe, 8 Küsten-Panzerschiffe, 10 große und 23 kleine Kreuzer. Die Mittel für die zur Erreichung des Sollbestandes erforderlichen Neubauten sollen so rechtzeitig in den Etat aufgenommen werden, daß die betreffenden Schiffe bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 fertiggestellt werden können, und die Mittel für die regelmäßigen Ersatzbauten sind so rechtzeitig in den Etat zu stellen, daß Linien- und Küsten-Panzerschiffe nach 25, große Kreuzer nach 20, kleine nach 15 Jahren ersetzt werden können. Dem Entwurfe war eine sehr ausführliche Begründung beigegeben.

Die Vorlage wurde im Reichstage in sehr vorteilhafter Weise vom Reichskanzler und den drei neuen Staatssekretären eingeführt. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe führte im wesentlichen Folgendes aus: Bisher sei versucht worden, den Ausbau der Marine dadurch einer gewissen Vollendung entgegenzuführen, daß man in jedem Jahr mit Einzelforderungen für Ergänzung und Vermehrung des Schiffbestandes an den Reichstag herantrat, wo dann wegen eines oder zweier Kreuzer sich Kämpfe entwickelten, deren Heftigkeit mit dem Gegenstande nicht im Einklang gestanden habe, und die verbitternd auf das politische Leben der Nation eingewirkt hätten. Infolge dessen habe sich die Marine nicht so entwickelt, wie Deutschlands Lebensinteresse es erfordere. Dieser Fehler im System müsse beseitigt werden; es gehe nicht an, ein festgefügtes Gebäude zu errichten, ohne daß die Bauleute über den Plan der Fundament-

legung und der Mauern-Aufführung klar seien. In dieser Hinsicht wolle die Vorlage Klarheit und Einheit schaffen. Die Friedensstärke des Heeres sei für eine Anzahl von Jahren fest bestimmt; wenn gleiches bisher bezüglich der Marine unterblieb, so habe dazu vielleicht der Umstand mitgewirkt, daß wir eine glänzende Machtstellung in der Welt ohne Mitwirkung der Flotte erlangten; aber der Gang der Ereignisse, die ungeheure Einwirkung unserer überseeischen Interessen und die für Deutschland ungünstige Verschiebung der Stärkeverhältnisse zwischen unserer und den fremden Kriegsmarinen habe allmählich in den weitesten Kreisen die Überzeugung gestärkt, daß unsere jetzige Flotte den ihr in den nächsten Jahren bevorstehenden Aufgaben nicht gewachsen sei. Freilich werde ja in der Vorlage eine gewisse Entsagung des Reichstags verlangt, eine Verletzung des Etatsrechts enthalte sie jedoch nicht; vielmehr könnten die Ausgaben für gewisse als dauernd erkannte Zwecke durch Gesetz für bestimmte Zeiträume oder für immer bewilligt werden, ohne daß das Wesentliche des parlamentarischen Bewilligungsrechts Einbuße erleide. Auch würde durch dieses Gesetz nicht bloß der Reichstag gebunden, sondern auch die Regierungen. Der Gedanke an eine Politik der Abenteuer liege fern, aber gerade „zur Führung einer friedlichen Politik, wie wir sie wollen", müsse die Flotte einen Machtfaktor bilden, der in den Augen von Freund und Feind ausreichendes Gewicht besitze.

Diese Ausführungen wurden vom neuen Staatssekretär des Reichsmarineamts, Kontreadmiral Tirpitz, entsprechend ergänzt. Die Technik und ihre Förderung stehe einer Festlegung des Schiffbestandes nicht im Wege, und die in Aussicht genommenen Formationen würden für sehr lange Zeit als Grundlage dienen können. Die Marineverwaltung könne jederzeit viel besser ihre Anordnungen treffen, wenn sie den Umfang der Neubauten genau im voraus kenne, auch lasse sich alsdann besser und billiger bauen. Schaffe man eine Schlachtflotte, wie sie hier verlangt werde, so würden wir einen Küstenschutz haben, gegen den selbst eine Seemacht ersten Ranges nicht anzugehen vermöge. Schönlank (sozialdem.) hob dagegen hervor, daß die Steigerung der Ausgaben für die Marine in anderen Ländern unverhältnismäßig geringer als bei uns sei; der Handel gebrauche keine Marine, wie er sich ja auch ohne sie entwickelt habe; durch die

Vorlage würde der Reichstag gebunden, alles zu bewilligen, was die Verwaltung als Ersatz für nötig erkläre.

Der neue Staatssekretär v. Thielmann suchte hierauf darzulegen, daß die Lage der Reichsfinanzen eine Verstärkung der Flotte gestatte, und er begegnete dem Einwande, daß die Forderung, die Bewilligung jetzt gleich auf 7 Jahre auszusprechen, einen Bruch des Etatsrechts enthalte, mit dem Hinweise darauf, daß der Reichstag schon oft so gehandelt habe. Graf Limburg-Stirum (kons.) vermochte in einer Festlegung der Ausgaben auf 7 Jahre keine Verletzung des Budgetrechts zu erblicken, eine Minderheit seiner Partei sei jedoch anderer Ansicht; die Handelsschiffe bedürften verstärkten Schutzes, auch die Landwirtschaft habe ein Interesse am allgemeinen Wohlstande. Staatssekretär Graf Posadowsky bemerkte, wenn es sich um die Landesverteidigung handele, dürfe man nicht fragen, um wieviel die Ausgaben stiegen; für unsere Ausfuhr werde die Lage immer schwieriger, die Notwendigkeit, sie zu schützen, stets größer, auch in England habe das Parlament für Marinebauten eine größere Summe zur freien Verfügung des Marineamts bewilligt. Der neue Staatssekretär des Äußern, Freiherr v. Bülow, nahm Veranlassung, sich über die beiden Fälle auszusprechen, in welchen es sich gerade um die Wahrung des Ansehens Deutschlands in fernen Erdteilen handelte. Die Regierung von Haiti werde den berechtigten Forderungen nach einer Sühne für das einem deutschen Reichsangehörigen angethane Unrecht umsomehr stattgeben, als wir die Macht und den Willen hätten, diesen Forderungen Nachdruck zu geben. Was Ostasien betreffe, so sei die Sendung unserer Schiffe nach der chinesischen Kiaotschau-Bucht erfolgt, um Sühne für die Ermordung deutscher Missionare und volle Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Fälle zu erlangen. Wir steckten nicht die Finger in jeden Topf, der uns nichts angehe; aber es dürfe sich nicht in China die Ansicht festsetzen, daß uns gegenüber erlaubt sei, was man anderen gegenüber nicht für erlaubt halte. Wir wollten niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangten auch unseren Platz in der Sonne. Barth (freis. Ver.) wollte nur die Kreuzer ohne weiteres bewilligt sehen und war bezüglich der Panzerschiffe für bescheidenere Ansprüche. v. Jazdzewski (Pole) stellte eine Zustimmung seiner Partei für eine angemessen zu ändernde Form der Vorlage in Aussicht. Die

Verhandlung am 7. Dezember begann mit einer langen Rede Richters (freis. Vp.), welcher die Vorlage gänzlich verwarf. Für Vertheidigungszwecke seien bereits enorme Summen bewilligt, namentlich die Marine sei außerordentlich gesteigert worden; da sei es verwunderlich, daß es so dargestellt werde, als müßten jetzt erst ihre Grundrisse geschaffen werden, schon Herr v. Caprivi habe vor 1888 erklärt, die Marine sei allen Aufgaben gewachsen. Wir könnten nicht für jede Unbill eintreten, welche Deutsche im Auslande erführen; entscheidend sei für uns nur die Wehrkraft zu Lande, während der Marine nur eine sekundäre Bedeutung zukomme; eine Bindung des Reichstags werde zweifellos gefordert; niemand denke daran, den Staat lahm zu legen, man wolle nur auf finanzielle Ordnung halten. Er lehne das Gesetz ab, weil er die Volksrechte nicht noch mehr geschmälert wissen wolle. Staatssekretär Tirpitz wies darauf hin, daß die Fälle in Haiti und China die Unzulänglichkeit unserer Flotte gezeigt hätten. Graf Arnim hielt die Vorlage für eine sehr gute Grundlage einer Verständigung. Lieber betonte, die Centrumspartei sei mit ihrem Urteile noch nicht fertig gegenüber einer so wichtigen Vorlage, die in der denkbar ungünstigsten politischen Lage nur mit Hängen und Würgen zu stande gekommen wäre. Leider sei das Versprechen bezüglich des Vereinsgesetzes in Preußen noch nicht gelöst und die Forderung des Reichstags hinsichtlich des Jesuitengesetzes vom Bundesrate nicht berücksichtigt. Trotzdem wolle das Centrum bei Prüfung der Vorlage sich nur von sachlichen Gründen leiten lassen. Die finanziellen Bedenken wären doch nicht ganz abzuweisen; wenn aber die Zusicherung gegeben werde, daß die Kosten denen auferlegt würden, welchen die Vorlage zu gute komme, so würden neun Zehntel des Widerstandes gegen sie gebrochen sein. Am dritten Beratungstage, den 9. Dezember, trat namens der gesamten nationalliberalen Fraktion Hammacher mit einer gewissen Begeisterung für die Vorlage ein, bei der sich die Regierung von einem dankenswerten Verantwortlichkeitsgefühl beseelt zeige; die nicht zu verkennenden finanziellen Bedenken müßten dem nationalen Empfinden nachstehen; 1870 hätten die Franzosen den ganzen deutschen Seehandel lahmgelegt, weil es uns in der Nord- und Ostsee an einer Angriffsflotte gefehlt habe; bei einer Ausfuhr von $3^1/_2$ Milliarden sei ein stärkerer Schutz zur See notwendig, und es drohe unserem

Absatz Gefahr durch Englands Bestreben, mit seinen Kolonien ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden, sowie durch ähnliche Bestrebungen Nord- und Mittelamerikas. Sodann erklärte Galler, daß die süddeutsche Volkspartei die Vorlage ablehne, weil sie ein wichtiges Volksrecht nicht preisgeben wolle und einen Marinedespotismus verabscheue. Zimmermann kündigte an, daß die deutschsoziale Reformpartei Bedenken in wirtschaftlicher Beziehung hege, aber eine wohlwollende Prüfung der Vorlage wünsche. Hilpert verkündigte die Ablehnung seitens der bayerischen Bauernbündler, Molkenbuhr erklärte, die sozialdemokratische Fraktion habe für solche Vorlagen kein Geld und halte den Handel für hinreichend geschützt. Endlich sprach sich Graf Stolberg (kons.) dahin aus, die Stimmung im Volke sei in den letzten Monaten eine entschieden flottenfreundliche geworden, man habe sich sogar über das Maßvolle der Forderungen gewundert. Hierauf wurde die Vorlage an die Budgetkommission gewiesen, welche im nächsten Jahre darüber beraten wird.

Im ganzen machte die erste Beratung der Flottenfrage einen recht günstigen Eindruck sowohl wegen der Entschiedenheit, mit welcher die Regierung für Forderungen aufgetreten war, gegen die sich stichhaltige Einwände kaum hatten vorbringen lassen, als auch, weil sich mehrere Parteien, unter Zurückdrängung kleinerer Gesichtspunkte, von nationalem Geiste erfüllt gezeigt hatten. Angeregt hierdurch, erließen verschiedene Volkskreise lebhafte Kundgebungen für die Flottenvermehrung. Mit Rücksicht auf die Rede Liebers wurde ziemlich allgemein angenommen, daß die Vorlage schließlich Genehmigung finden werde; am ehesten wurde dies auf freisinniger Seite ausgesprochen, wo durch diese Wendung das ganze, auf die Erwartung einer Auflösung des Reichstags gestützte Programm für die nächsten Reichstagswahlen hingefallen zu sein schien. In der Centrumspartei beeilte man sich freilich, die Erwartungen herabzustimmen; ein großer Teil derselben, hieß es, sei mit Liebers ohnehin nur als persönliche hingestellten Ansichten nicht einverstanden; auf der anderen Seite war man sehr geneigt, hierin nur eine Taktik zu erblicken und anzunehmen, daß die Centrumspartei auf ein Handelsgeschäft ausgehe, wie sie ja auch den Antrag wegen Aufhebung des Jesuitengesetzes bereits am 30. November im Reichstage eingebracht und die Centrums-

presse seitdem diese Angelegenheit wiederholt in den Vordergrund gerückt hatte.

Bevor der Reichstag sich zur zweiten großen Vorlage wandte, wurde er von der nationalliberalen Fraktion befaßt mit der Angelegenheit der Bedrohung der deutschen Petroleumkonsumenten und des deutschen Petroleumhandels durch die nordamerikanische „Standard-Oil-Company", welche den ganzen Handel beherrscht und eben dabei war, Verträge, die bis zum Jahre 1905 laufen, mit den Händlern unter der Bedingung abzuschließen, daß sie den Verkaufspreis festsetze und so die freien Händler zu Agenten auf Provision machen könne. Die Absicht der Company ging dahin, von 1905 an auch diese Agenten auszuschalten, Verkaufsbüreaus einzurichten und so, unter Beiseiteschiebung der bisherigen selbständigen Existenzen, die Preisbildung selbst in die Hand zu nehmen. Eine Verteurung von 1 M. auf den Hektoliter des amerikanischen Petroleums würde aber den deutschen Steuerzahlern 8 bis 10 Millionen M. kosten. Nachdem Bassermann das Nähere ausgeführt hatte, erwiderte der Staatssekretär Graf Posadowsky, es sei fraglich, ob die Gesetzgebung gegenüber solchen Privatverträgen einschreiten könne. Schon 1895 hätten Erwägungen darüber stattgefunden, ob es nicht möglich sei, mit Hilfe des Reiches die Firmen in Bremen und Mannheim in ihrem Konkurrenzkampfe zu unterstützen; es lasse sich zunächst der Weg einer Begünstigung des russischen Petroleums einschlagen. Die Angelegenheit wurde am 10. Dezember einer Besprechung unterzogen, bei welcher Redner der verschiedensten Parteien in der Schilderung der drohenden Gefahr übereinstimmten, ohne jedoch einen durchgreifenden Ausweg angeben zu können, worauf der Staatssekretär Graf Posadowsky einige Maßregeln zur Begünstigung des russischen Petroleums in Aussicht stellte.

Am 10. Dezember begann der Reichstag die erste Beratung des Etats für 1898—99, welche in Einnahme und Ausgabe mit 1437139979 M. abschloß. Der neue Staatssekretär Freiherr v. Thielmann gab einen Überblick über die Finanzergebnisse des Jahres 1895—96 und bemerkte ferner, es sei erwünscht, wenn hinfort die gesamten Überschüsse zur Schuldentilgung verwendet werden könnten. Vom Jahre 1896—97 sei ein Überschuß von 20 Millionen zu erwarten; die Überweisungen würden die Matrikularbeiträge um

53 Millionen übersteigen; davon würden nach dem Schuldentilgungsgesetze 13 Millionen an die Einzelstaaten fallen. Aus der Versammlung trat zunächst Fritzen (Centr.) der Ansicht entgegen, daß das Ansehen des Reiches und seiner Leitung gegen früher gesunken sei, und warf die Frage auf, ob sich wohl infolge der Kabinetsordre vom 1. Januar eine Abnahme des Zweikampfes im Heere bemerkbar gemacht habe. Der preußische Kriegsminister v. Goßler erwiderte, es seien seitdem nur zwei Duelle vorgekommen, bei denen es sich um die häusliche Ehre handelte; die Ehrengerichte machten sich schon recht wirksam bemerklich. v. Leipziger (kons.) war der Meinung, daß unter dem Reichskanzler Grafen Caprivi ein Rückgang in der entschiedenen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten eingetreten sei; der jetzigen Regierung könne man aber vertrauen, daß sie zum Regimente des Fürsten Bismarck zurückkehren werde. Bebel (soz.) glaubte eine Finanzkrisis vorauszusehen, deren Kosten die Arbeiter in Form sinkender Löhne und neuer Steuern zu tragen haben würden. Der Militäretat sei in 10 Jahren von 363 auf 493 Millionen, der Marineetat um 60% gestiegen, im ganzen wären in diesem Zeitraume 7537 Millionen für Heer und Marine ausgegeben. Weitere Ausgaben schienen wegen eines neuen Infanteriegewehrs und eines abermals neuen Artilleriegeschützes bevorzustehen; auch hinsichtlich der Marine sei schon von neuen technischen Erfindungen die Rede, von einem Geschütz, welches die dicksten Panzer glatt durchschlage und von einem Lufttorpedo, mit dem auf 15 Seemeilen ein starker Panzer in die Luft gesprengt werden könne, sodaß schon in nicht drei Jahren der Marineplan wohl ganz umgeändert werden müsse. Küstenschutz sei nicht nötig, denn unser Heer würde einen gelandeten Feind rasch vernichten; die finanziellen Kräfte für das Heer dürften nicht durch Schaffung einer Schlachtflotte geschwächt werden. Dagegen fehle es leider an Geld für Wege- und Kanalbauten, für Unterstützung der Überschwemmten in Sachsen und namentlich für Kultuszwecke. Die Verhältnisse der Lehrer in Oberschlesien bildeten eine Schmach und Schande für einen Kulturstaat. Bei der Rekrutenaushebung müsse man immer mehr auf die Industriebevölkerung, in welcher die Sozialdemokratie ihren Sitz habe, zurückgreifen. Das Versprechen wegen Aufhebung des Koalitionsverbots sei nicht gehalten; für Tagegelder an Abgeordnete habe man in Preußen eine halbe Million ausgegeben;

das seien Zustände, die der Ehre Deutschland nicht entsprächen; Arbeiter und Unternehmer würden mit zweierlei Maß gemessen; die Eröffnungsrede habe von sozialen Reformen nichts enthalten, dagegen werde dem Heere gegenüber noch immer vom inneren Feinde gesprochen, allein ohne die Sozialdemokraten könne man keinen Krieg mehr führen. In Erwiderung auf diese Rede erklärte der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe den Vorwurf wegen des Verbindungsverbots der Vereine für ungerechtfertigt; er habe nur die Zuversicht auf die Aufhebung des Verbots in den Einzelstaaten ausgesprochen. Kriegsminister v. Goßler erwiderte Herrn Bebel, der Staat sei nicht so schwach, daß er sich im Kriegsfalle auf die Sozialdemokratie angewiesen sehe. Staatssekretär Tirpitz erklärte die Behauptung Bebels, daß Fürst Bismarck ein Gegner der Marinevorlage sei, für falsch, vielmehr habe ihm der Fürst brieflich geäußert, er würde im Reichstage dafür stimmen. Staatssekretär Graf Posadowsky erwiderte Herrn Bebel, daß es den Regierungen ernst mit den sozialen Reformen sei. Bei der Fortsetzung der Beratung am 13. Dezember kam Graf Posadowsky nochmals und ausführlicher auf Bebels Rede zurück: Die bisherige Politik habe den Arbeitern höhere Löhne gebracht; an eine Durchbrechung der Freizügigkeit sei nicht zu denken, aber die Klagen der Landwirte über den Zug der Arbeiter vom Lande weg seien berechtigt; der neueste preußische Etat enthalte für Schulzwecke 136 Millionen; seit Bestehen der sozialen Versicherungsgesetzgebung hätten die Arbeitgeber eine Milliarde für sozialpolitische Zwecke ausgegeben, täglich betrage diese Ausgabe eine Million. Nachdem sodann der preußische Minister Brefeld Vorwürfe, welche von sozialdemokratischer Seite gegen die preußische Bergverwaltung erhoben waren, zurückgewiesen hatte, meinte Richter (freis. Vp.), daß für Kultuszwecke noch lange nicht genug ausgeworfen sei; er tadelte ferner die Sparsamkeit im Eisenbahnbetriebe, die Zugeständnisse an die Agrarier, das Zuckersteuergesetz, den Eisenbahnbau in Südwestafrika und den Plan einer Erweiterung des Postregals; in betreff der Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine habe der Reichskanzler in der That seinen Willen nicht durchzusetzen vermocht. Fürst zu Hohenlohe erwiderte, er habe die Hoffnung, daß bis zum Jahre 1900 Regierung und Landtag in Preußen sich hierüber verständigen würden. Kolonialdirektor Freiherr v. Richthofen verteidigte gegen Richter die

Notwendigkeit des Eisenbahnbaues in Südwestafrika. v. Kardorff (Reichsp.) bemerkte gegen Bebel, wenn nur der zehnte Teil dessen wahr sei, was in gewissen Broschüren gegen die Führer der Sozialdemokratie behauptet werde, so würden die Arbeiter es bald müde sein, sich von diesen Herren am Narrenseil führen zu lassen. Die am 14. Dezember in Anwesenheit von nur 70 Mitgliedern fortgesetzte und kaum um den Etat selbst sich drehende Verhandlung war im ganzen ohne Bedeutung; bemerkenswert ist nur, daß auf eine Anfrage Rickert's (fr. Ver.), welche die Thätigkeit des vorigen Reichskanzlers warm in Schutz nahm, der preußische Kriegsminister v. Goßler erklärte, es liege nicht in der Absicht, die zweijährige Dienstverpflichtung zu ändern und eine Vermehrung der Zahl der Infanteriebataillone eintreten zu lassen, dagegen bedürfe die Organisation der Feldartillerie dringend einer Änderung. Und auf eine Anregung von Paasche (nat.-lib.) eröffnete Staatssekretär Graf Posadowsky, mit England und Nordamerika fänden handelspolitische Verhandlungen statt, worüber jedoch Mitteilung noch nicht gemacht werden könne. v. Hodenberg (Welfe) sprach von den Verhältnissen in der „zur Zeit zum Königreich Preußen gehörigen" Provinz Hannover und kam auf die letzten Vorgänge in Österreich zu reden. Dies veranlaßte den Staatssekretär v. Bülow, die Festigkeit des Dreibundes und das gute Verhältnis zu Österreich-Ungarn zu betonen, welches deutscherseits jede Einmischung in die Angelegenheiten der Deutschen in Österreich ausschließe. Die zur Verhandlung stehenden finanziellen Fragen wurden nur von Zimmermann (Refp.) gestreift, und auch nur insoweit, als er zur Bestreitung der Kosten der Flottenvermehrung die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer vorschlug. v. Stumm (Reichsp.) bezeichnete das Verhalten des Reichskanzlers in der Frage des Verbindungsverbotes für Vereine als ganz korrekt. Am fünften Beratungstage rühmte Graf Kanitz (kons.), daß die Landwirte mit dem Terminhandelsverbote die bezweckte Gesundung der Preisbewegung erreicht hätten, und beklagte die Entvölkerung des platten Landes; ihr dürfe durch Personentarifermäßigungen nicht noch Vorschub geleistet werden. Bebel (soz.) hielt wegen Anwachsens des Proletariats die Forderung nach gleichen Rechten für die Arbeiter für immer begründeter, bedauerte ferner, daß der preußische Staat zu wenig für die Überschwemmten gethan

habe, hielt die Sozialreform für eingesargt und erblickte in den militärischen wie Flottenrüstungen einen Widerspruch gegen die Friedensbeteuerungen. Weiter kamen Hasse (nat.-lib.) und v. Czarlinski (Pole) auf die Lage der Deutschen in Österreich zu reden, letzterer mit dem Wunsche, daß man, wie in Österreich, so auch in Preußen den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen möge. Die Reden waren voll qualvoller Länge, und die ohnehin schon dünnen Reihen lichteten sich noch mehr, als Ahlwardt eine Volksversammlungsrede geringer Sorte hielt. Zum Schluß kam es zu scharfen Bemerkungen zwischen v. Stumm (Reichsp.) und Bebel (soz.), die einen derartig beleidigenden Charakter annahmen, daß der Präsident mehrmals einschreiten mußte. Der 16. Dezember war der sechste Verhandlungstag, an dem vom Beratungsthema, dem Etat, wieder nicht die Rede war. Förster (d. Resp.) kam nochmals auf die Lage der Deutschen in Österreich zu reden, worauf der nunmehrige Unterstaatssekretär Freiherr v. Richthofen vor Einmischung in die inneren Angelegenheiten des uns so befreundeten Reiches warnte. Lieber kam gar auf die Flottenfrage wieder zu reden, diesmal mit der Versicherung, daß das Centrum zur Aufklärung der öffentlichen Meinung eine ehrliche Prüfung wünsche. Graf Limburg-Stirum (kons.) warf zur österreichischen Frage ein, die dortigen Deutschen hätten, als sie zur Gründerzeit am Ruder gewesen, alles aufgeboten, um die Macht des Kaisers zu schwächen. Staatssekretär Graf Posadowsky wies die Behauptung von der Anstrebung eines Stillstandes der Sozialgesetzgebung zurück. Hiermit endete die erste Beratung des Etats.

Obwohl den Abgeordneten das Weihnachtsfest sichtlich schon stark in den Gliedern steckte, brachte die bis auf einen kümmerlichen Rest zusammengeschmolzene Reichstagsgemeinde es fertig, vor den Ferien die erste Lesung der Militärstrafprozeßordnung am 16. und 17. Dezember friedlich zu erledigen. Die Vorlage umfaßt 450 Paragraphen und 2 Anhängsel, ein Einführungsgesetz und einen Entwurf über die Dienstvergehen der richterlichen Militärjustizbeamten sowie ihre unfreiwillige Versetzung in eine andere Stellung oder in Ruhestand. Die Begründung der Vorlage umfaßt 200 Folioseiten. Die Vorlage enthält folgende Hauptpunkte: Weitgehendste Durchführung des mündlichen unmittelbaren Verfahrens, unter Zulassung der Öffentlichkeit und Hauptverhandlung nach bayerischem Vorbild; eine

scharfe Trennung der Aufgabe der Richter, Ankläger und Verteidiger; Ständigkeit der Gerichte in allen Instanzen in erheblichem Umfange; unbeschränkte Verteidigung in Fällen der höheren Gerichtsbarkeit, bei bürgerlichen Vergehungen auch durch die zugelassenen Rechtsanwälte; freie Beweiswürdigung auf Grund der vom Richter in der gerichtlichen Verhandlung gemachten Wahrnehmungen; gleicher Wert für jede Richterstimme; Gewährung der Rechtsmittel nach dem Vorbild der bürgerlichen Strafprozeßordnung; Zulassung der Beschwerde, Berufung und Revision, Einrichtung eines vollständigen Instanzenzugs; endgiltige Entscheidung des Gerichts über die Thatfrage und das Strafmaß, uneingeschränkte Selbständigkeit des erkennenden Gerichts; einheitliches Rechtsverfahren für Heer und Marine; endlich als oberste Spitze das Reichsmilitärgericht zur Sicherung übereinstimmender Auslegung und Anwendung der Gesetze. Die Beratung wurde vom Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe eröffnet, welcher die Hauptpunkte der somit auf modernen Rechtsanschauungen aufgebauten Vorlage hervorhob; eine weitere Annäherung an die Formen und Grundsätze des bürgerlichen Strafprozesses verbiete die Rücksicht auf die Einrichtungen des Heeres und auf die Aufrechthaltung der Disziplin; die Vorlage habe nicht zu stande kommen können, ohne daß des großen Zwecks halber von den Kontingentsherrn auf bedeutende Rechte verzichtet wäre. Hiernach gab der preußische Kriegsminister v. Goßler eine Darlegung der Vorgeschichte des Entwurfs, dessen Förderung der Kaiser ihm an's Herz gelegt habe, mit dem Bemerken, die Grundlagen der Vorlage dürften nicht verändert werden. Gröber (Centr.) dagegen hoffte auf Verständigung nur im Falle wichtiger Änderungen; auch erkannte er das bayerische Reservatrecht hinsichtlich des obersten Gerichtshofs an. Nach v. Puttkammer-Plauth ständen die Konservativen teils ablehnend, teils schwankend der Vorlage gegenüber, namentlich hätten sie das Bedenken, daß die Öffentlichkeit der Verhandlungen den Angriffen auf das Heer neue Nahrung zuführen werde. Schröder (fr. Ver.) wollte den Anspruch Bayerns nicht anerkennen, weil es eine eigene Militärgerichtsbarkeit eben nur solange besitze, als diese Frage nicht durch das Reich geordnet sei. Dagegen wahrte der bayerische Bevollmächtigte Graf Lerchenfeld Bayerns Anspruch auf einen obersten Militärgerichtshof, worüber, da er im Bundesrate nicht bestritten und nicht anerkannt werde, die Frage

offen gelassen sei. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe erklärte nunmehr ebenfalls, daß bezüglich dieses Punktes Meinungsverschiedenheiten obwalteten, die aber hoffentlich in freundlicher Weise würden ausgeglichen werden. v. Hertling (Centr.) war für Wahrung des bayerischen Sonderrechts, weil der föderative Grundsatz des Reichs aufrecht erhalten werden müsse. Am 17. Dezember trat zunächst Bassermann mit einer Anerkennung der großen Fortschritte auf, welche die Vorlage biete; die Nationalliberalen wünschten einige Änderungen, jedoch nicht solche, durch welche die Disziplin erschüttert werden könnte. Frohme (soz.) erhob gegen die Militärjustiz den Vorwurf gehässiger Parteilichkeit und wollte der Militärgerichtsbarkeit überhaupt keine Berechtigung zuerkennen. Diese Bemerkungen wies der Generalauditeur Ittenbach kräftig zurück; unter Disziplin sei unbedingte Treue gegen den obersten Kriegsherrn und Gehorsam gegen den Vorgesetzten zu verstehen. Graf Bernstorff war für unveränderte Annahme der Vorlage, wogegen Beckh (freis. Vp.) meinte, sie entspreche nicht modernen Anschauungen; das Urteil in Süddeutschland gehe dahin, es sei eine Sauce, nicht der Braten serviert worden. Nach Munckel endlich stehe die freisinnige Volkspartei der Vorlage kühl, aber nicht radikal ablehnend gegenüber. Die Beratung endete mit Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission. Beruhigt ging nunmehr der Reichstag in die Ferien bis zum 11. Januar.

Was die **Beziehungen** Deutschlands **zum Auslande** betrifft, so trat das gute Einvernehmen mit Rußland nicht bloß in den Zusammenkünften der beiden Kaiser hervor, sondern auch durch gemeinsame deutsch-russische Zollverhandlungen, deren in einem Schlußprotokoll niedergelegtes Ergebnis der „Reichsanzeiger" am 9. Februar veröffentlichte. Die Beziehungen zu Schweden wurden verstärkt durch die am 29. April erfolgte Eröffnung der Dampferlinie von Saßnitz auf Rügen nach Trelleborg; an den Festlichkeiten in Saßnitz, Malmö und Lund nahmen hervorragende Beamte beider Staaten teil. Im April wurden Handelsverträge mit Nikaragua und mit dem Oranje-Freistaat geschlossen. Bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika legte die deutsche Regierung im April Verwahrung ein gegen die vertragswidrige Differenzierung des Zuckerzolls in der neuen nordamerikanischen Tarifbill. Infolge der am 1. November stattgehabten Ermordung zweier

deutscher Missionare bei Yengtu im südlichen Teile der chinesischen Provinz Schantung wurden am 14. November von der unter dem Befehle des Vizeadmirals v. Diedrichs stehenden, aus dem Kreuzer erster Klasse „Kaiser", und den Kreuzern zweiter Klasse „Prinzeß Wilhelm", „Arkona" und „Kormoran" sowie dem Stationsschiff „Geyer" zusammengesetzten deutschen Kreuzerdivision 600 Mann in der dem Thatorte naheliegenden großen Bucht von Kiaotschau am gelben Meere gelandet. Die 1200 Mann zählenden chinesischen Truppen zogen aus ihren dortigen Lagern ab, welche ohne Blutvergießen von den deutschen Truppen besetzt wurden. Diese besetzten sodann am 3. Dezember auch die Stadt Kiaotschau. Bei dieser Unternehmung war es nicht bloß auf die Durchsetzung der infolge jener Ermordung von Deutschen gestellten Forderungen, sondern auch auf eine Garantie gegen die Wiederkehr ähnlicher Fälle abgesehen. Man mußte einen dauernden Stützpunkt haben, um alsdann sogleich mit Machtmitteln zur Stelle sein zu können. Infolgedessen stellte sich die Notwendigkeit einer Verstärkung der Landungsabteilung des Kreuzergeschwaders heraus, denn durch die Landung von Matrosen drohte die Manövrierfähigkeit der Schiffe beeinträchtigt zu werden. Diese Verstärkung bestand aus einem Bataillon Marine-Infanterie zu 4 Kompanien und in Stärke von 23 Offizieren, Ärzten, Zahlmeistern sowie 1200 Mann Unteroffizieren und Mannschaften, ferner aus einer Kompanie Matrosenartillerie, bestehend aus 200 Mann mit 4 Offizieren. Dem Transporte wurde eine Anzahl von Feldgeschützen und Maschinengewehren beigegeben. Die Abfahrt von Kiel nach Wilhelmshaven erfolgte unter patriotischen Kundgebungen am 14. Dezember; hier wurden die Mannschaften am 17. Dezember auf den dem „Norddeutschen Lloyd" gehörigen Dampfern „Darmstadt" und „Krefeld" eingeschifft. Für den 15. Dezember war die Abfahrt einer dem Kontreadmiral Prinzen Heinrich von Preußen unterstellten zweiten Kreuzerdivision festgesetzt. Bevor der Prinz zur Übernahme dieses Auftrags schritt, nahm er von der großherzoglich badischen Familie in Karlsruhe, von seiner Mutter in Kronstadt und am 8. Dezember vom Fürsten Bismarck in Friedrichsruh Abschied, sodann empfing er am 11. Dezember in Kiel Vertreter dieser Stadt, der dortigen Universität und der militärischen Vereine. Der Rektor der Universität gab in seiner Ansprache dem, wie er sagte, überall in

Deutschland herrschenden Gefühle Ausdruck, „daß wir vor einem für die gesamte Weltstellung des Reichs entscheidenden Wendepunkte stehen". Der Prinz erwiderte auf die verschiedenen Ansprachen, daß er dem Befehle des Kaisers gern Folge gebe, daß auch er die ihm gestellte Aufgabe als ein nationales Werk ansehe und daß er hoffe, zur Erweiterung der Macht und Größe Deutschlands beitragen zu können. Dem Prinzen gingen ferner aus vielen Teilen Deutschlands schwungvoll gehaltene gute Wünsche zu, denen allen das Gefühl zu Grunde lag, daß es sich um etwas Großes, um ein echt nationales Werk handele.

Der Kaiser begab sich am 14. Dezember nach Kiel, um sich von seinem Bruder zu verabschieden; auf der Fahrt dahin stattete er der Stadt Hamburg einen Besuch ab, wurde hier glänzend empfangen, im Rathausweinkeller bewirtet und sodann im Börsengebäude vom früheren Reichstagsabgeordneten Wörmann in einer Ansprache als „der mächtige Schirmherr des deutschen Reichs und der deutschen Flagge auf allen Meeren", unter Zustimmung einer vieltausendköpfigen Menge, begeisterungsvoll gefeiert.

Am 15. Dezember fand sich der Kaiser auf der im Kieler Hafen liegenden, mit der „Deutschland" zur Fahrt nach Ostasien bestimmten „Gefion" ein und ermahnte die Besatzung, eingedenk ihres Fahneneides sich brav zu halten. Am Abend dieses Tages fand im Kieler Schlosse zu Ehren des Prinzen Heinrich ein Abschiedsmal statt, bei welchem der Kaiser einen politisch bedeutsamen Trinkspruch ausbrachte. Ein ernstes Gefühl, sagte er, bewege ihn, da er sich der dem Prinzen gestellten Aufgabe wie der Verantwortlichkeit, welche er selbst trage, vollkommen bewußt sei; bewußt sei er sich aber auch seiner Verpflichtung, dasjenige auszubauen und weiterzuführen, was seine Vorgänger ihm hinterlassen hätten. „Die Fahrten, die du antreten wirst", so fuhr der Kaiser in der Anrede an seinen Bruder fort, „bedingen an sich nichts neues; sie sind die logischen Konsequenzen dessen, was mein hochseliger Herr Großvater und sein großer Kanzler politisch gestiftet und was unser herrlicher Vater mit dem Schwerte auf dem Schlachtfelde errungen hat; es ist weiter nichts, wie die erste Bethätigung des neugeeinten und neuerstandenen deutschen Reichs in seinen überseeischen Aufgaben. Dasselbe hat in der staunenswerten

Entwicklung seiner Handelsinteressen einen solchen Umfang gewonnen, daß es meine Pflicht ist, der neuen deutschen Hansa zu folgen und ihr den Schutz angedeihen zu lassen, den sie vom Reiche und vom Kaiser verlangen kann"; es gelte, den deutschen Brüdern kirchlichen Berufs im fremden Lande für immer Halt und Schutz zu verschaffen; die Aufgabe sei also wesentlich die eines Schutzes, nicht die des Trutzes; es solle unter dem schützenden Panier der deutschen Kriegsflagge dem Handel das von Fremden allen anderen Nationen zugestandene gleiche Recht zu teil werden; die alte Hansa sei wegen Mangels kaiserlichen Schutzes verfallen, jetzt aber sei dies anders; „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt, Seegewalt und Reichsgewalt bedingen sich gegenseitig so, daß die eine ohne die andere nicht bestehen kann". Jedem deutschen Kaufmann und vor allem dem Fremden draußen möge klar sein, daß der deutsche Michel seinen mit dem Reichsadler geschmückten Schild fest auf den Boden gestellt habe, um dem, der ihn um Schutz angehe, ein für allemal ihn zu gewähren; unsere Landsleute draußen möchten fest überzeugt sein, daß der Schutz des Reichs durch die kaiserlichen Schiffe ihnen nachhaltig werde gewährt werden. „Sollte es aber je einer unternehmen", so schloß der Kaiser die Anrede an den Bruder, „uns an unserem guten Rechte zu kränken oder schädigen zu wollen, dann fahre darein mit gepanzerter Faust! und, so Gott will, flechte dir den Lorbeer um deine junge Stirn, den niemand im ganzen deutschen Reiche dir neiden wird!"

Prinz Heinrich sagte in seiner Antwort, nach einem kurzen Rückblicke auf sein und des Bruders Leben, er wisse, wie schwer das Opfer sei, welches der Kaiser durch die Verleihung dieses schönen Kommandos bringe; für dieses Vertrauen sei er ihm zu tiefem Danke verbunden und versichere: „mich lockt nicht Ruhm, mich lockt nicht Lorbeer, mich ziehet nur eins: das Evangelium Eurer Majestät geheiligter Person im Auslande zu künden, zu predigen jedem, der es hören will, auch denen, die es nicht hören wollen".

Die in Form eines Scheidegrußes an den hinausziehenden Bruder gekleidete Verkündigung eines Regierungsprogramms fand in allen national gesinnten Teilen der Bevölkerung des Reiches den lebhaftesten Beifall; es atmete eine ruhige, friedliche Entschlossenheit, es knüpfte so unbestreitbar echt an die großen Vorgänge, aus

welchen das neue Reich entstanden war, und es war sichtlich von dem Geiste derer durchweht, welche dasselbe schufen, ja es war ganz geeignet, die streitenden Parteien nochmals auf die Notwendigkeit der Voranstellung großer Gesichtspunkte hinzuweisen. Jetzt lag endlich zu Tage, was unter der vielbestrittenen „Weltpolitik" Deutschlands verstanden werden sollte: es war eben nichts anderes, als die Einnahme einer Stellung, wie sie England in Hongkong, Frankreich in Tonkin, Rußland in der Mandschurei sich bereits gesichert hatten, nichts phantastisches und nichts chauvinistisches, sondern Schutz der deutschen Interessen, unter Erhaltung des Friedens mit den in ähnlicher Weise interessirten Mächten; nicht einmal mit China selbst, dem mitten im Frieden anscheinend ein Stückchen Land weggenommen werden sollte, konnte eine Mißhelligkeit darüber entstehen, vielmehr mußte angenommen werden, daß mit dieser nächstbeteiligten Macht wie auch mit Rußland eine Verständigung hierüber bereits erzielt worden sei. Auch von der dritten Macht, welche bei Revision des Vertrags von Shimonoseki gemeinsam vorgegangen und für China die große Halbinsel Liaotong gerettet hatte, von Frankreich, ließ sich eine Einsprache nicht erwarten. Der Eindruck der Eröffnung dieser großen Perspektive drückte sich mehrfach in der Presse aus; dagegen dauerte es einige Zeit bis er in die große Menge drang; immerhin erfolgten noch im Dezember eine Reihe beachtenswerter Kundgebungen der Zustimmung aus verschiedenen Bevölkerungskreisen, vornämlich aus denen des Handels. Die Erzbischöfe von Breslau und Posen befanden sich unter den ersten, welche dem Kaiser für die Beschützung der Missionen Dank sagten. Ersteren bezeichnete darauf der Monarch in seiner Antwort als einen dem Vaterlande wie der Kirche gleich treu ergebenen Mann, ein Satz, welcher in der Antwort an v. Stablewski nicht vorkam. Die Presse Österreichs pries den neuen Entschluß Deutschlands und die römische „Tribuna" bemerkte, die Reden in Kiel spiegelten wunderbar wieder das Bewußtsein einer auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angelangten Kraft, den „Schrei der Seele Deutschlands, das sich zu immer höherem Fluge rüstet, wie der Adler auf den Fahnen seines Heeres und seiner Flotte."

Am 16. Dezember, kurz nach 8 Uhr morgens verließ der Kreuzer „Gefion", unter den Salutschüssen und den Hurrahrufen

der Mannschaften sämtlicher Kriegsschiffe den Kieler Hafen um die Fahrt durch den Nordostseekanal anzutreten. An der Barbarossabrücke waren zahlreiche Offiziere der Marine und des Heeres versammelt, darunter die Admirale Tirpitz, v. Knorr, Koester, Thomsen, Bendemann, Oldekop und v. Arnim zur Begrüßung des Prinzen Heinrich, der, vom Schlosse kommend, in Begleitung des Kaisers, des Kronprinzen, der Prinzen Eitel Friedrich und Adalbert, von hier aus das Flaggenschiff „Deutschland" bestieg, die sich sodann ebenfalls langsam in Bewegung setzte. Von den Fenstern des Schlosses sah die Prinzessin Heinrich mit ihren Söhnen der Abfahrt zu. Der Kaiser und seine Söhne gaben das Geleit nur bis Rendsburg, während die Prinzessin Heinrich ihren Gemahl nochmals am Ende des Kanals, in Brunsbüttel begrüßte.

Die Kieler Rede des Kaisers bildete noch mehrfach den Gegenstand zahlreicher Besprechungen in der Presse. Von freisinniger Seite vernahm man, der kaiserliche Trinkspruch erwecke den Anschein, als ob bis dahin das Deutsche Reich seine überseeischen Aufgaben nicht erfüllt hätte, und wir würden uns durch dieses Vorgehen überall nur Feinde erwecken; die Centrumspresse meinte, das Reich sei auch ohne Seemacht gewaltig genug, um dem deutschen Handel neuen Aufschwung zu verleihen. Besonders auffallend fand man auf mehreren Seiten des Prinzen Heinrich Ausdruck vom „Evangelium" der geheiligten Person des Kaisers; es war damit aber offenbar nur dessen neues Programm gemeint; im übrigen klangen aus der Presse Äußerungen hervor, wie die, daß die Worte des Kaisers der Nation aus der Seele gesprochen seien und daß alle patriotischen Herzen die Empfindung hätten, vor einer That zu stehen, die aus dem Geiste geboren worden, der uns das Reich geschaffen hat; nicht willkürlich sei die neue Aufgabe ersonnen, sondern sie habe sich naturgemäß entwickelt, und sie habe der Kaiser gemeint, als er bereits am 30. November die Vertreter des deutschen Volks aufgefordert habe, ihm zu helfen; ein Volk ohne Flotte habe allerdings im 20. Jahrhundert Wert und Bedeutung für die Entwicklung der Kultur verloren, weil es dann vom Welttheater verschwinde, und dies gelte ganz besonders vom deutschen Volke, dessen Handel sich in neuester Zeit so großartig und für England so beängstigend entwickelt habe.

„Deutschland" und „Gefion" gingen nach einer Fahrt durch dicken Nebel am 20. Dezember bei Spithead vor Anker, Prinz Heinrich besuchte seine Großmutter, die Königin von Großbritannien, in Windsor, und Admiral Seymour veranstaltete in Portsmouth einen Ball für die deutschen Offiziere. Bis zum Jahresschluß gelangte das deutsche Geschwader bis in die Nähe von Port Said.

Die Bucht von Kiaotschau in der chinesischen Provinz Schantung ist sehr ausgedehnt, vollkommen geschützt, vermag Schiffe ohne Zahl aufzunehmen und bildet in jeder Beziehung den besten Hafen der ganzen nördlichen Hälfte Chinas; sie ist durch ihre geographische Lage unterm 36. Breitengrade ganz besonders geeignet, nicht nur ganz Schantung, sondern auch weite Gebiete der dahinter liegenden großen Ebene mit Handelsgütern zu versorgen, während die anderen Häfen dieser Halbinsel entweder am Fuße hoher, den Landtransport erschwerender Gebirge oder doch weit von den ebeneren Teilen der Provinz entfernt liegen. Dazu kommt noch, daß die Bai in der Zone niederen Wellenlandes sich befindet, welche das östliche und westliche Gebirgsland Shantungs scheidet, und daß sich an diese Scheide eine für die Binnenschiffahrt geeignete Wasserverbindung anschließt, sodaß sich, unter Benutzung früherer, liegengebliebener Arbeiten am Kiauluiho-Flusse, ein Kanal vom gelben Meere zum Meerbusen von Petschili bauen ließe. Nimmt man hinzu, daß sich in einer Entfernung von nur zwei deutschen Meilen ein Kohlenlager befindet, so bietet die Stellung in dieser Bucht für Deutschland alles, um ein noch gewichtigeres Wort als bisher in den ostasiatischen Verhältnissen mitsprechen zu können. In 17 Stunden vermag ein Geschwader von hier aus die Mitte der Straße von Petschili zu erreichen, in 25 Stunden die Mündung des Peiho vor Tientsin, in 23 Stunden den koreanischen Hafen von Chemulpo und in 30 Stunden die Straße von Korea sowie die Südwestspitze Japans. Freilich wird die Besitznahme zu vielen Kosten führen, sowohl behufs Ausbaggerung der Bucht, als auch zur Anlegung von Docks, Depots und Befestigungen auf den Vorsprüngen zu beiden Seiten des Eingangs der Bucht. Admiral v. Diedrichs hatte gleich nach der Landung, am 14. November, in einer Ansprache die Bewohner des Kiaotschau-Bezirks aufgefordert, friedlich ihren Beschäftigungen nachzugehen, und die Grenzen des in Besitz zu nehmenden Gebiets

genau angegeben. Chinas Verpachtung dieses Gebiets mit allen Hoheitsrechten an Deutschland auf die Dauer von 99 Jahren erfolgte erst in den ersten Tagen des folgenden Jahres.

Ein mit der Negerrepublik Haiti entstandener Streitfall nahm, weil die aus etwa 70 Köpfen bestehende deutsche Kolonie in Port-au-Prince schon seit längerer Zeit unter Unbilden der leidenschaftlich verhetzten einheimischen Bevölkerung zu leiden hatte, ein bedenkliches Aussehen an. Den Anlaß dieser Verwickelung bildete ein angeblich gestohlener Schraubenschlüssel. Der der That verdächtige Kutscher des Fuhrwerksbesitzers Emil Lüders, eines Reichsdeutschen, wurde durch zerlumpte Polizisten, welche gegen Recht und Gesetz auf sein Grundstück eingedrungen waren, verhaftet, Lüders aber, der sich dies nicht gefallen lassen wollte, wegen Widerstands gegen Beamte am 14. Oktober zu einjährigem Gefängnis und einer Geldstrafe von 100000 Mark gerichtlich verurteilt. Der Vertreter des abwesenden deutschen Ministerresidenten, Graf Schwerin, welcher den Gerichtsverhandlungen beigewohnt und dabei die Überzeugung gewonnen hatte, daß das Vorgehen der Polizisten ungesetzlich und das Urteil auf Grund unrichtiger Zeugenaussagen ergangen war, erstattete hierüber sofort telegraphisch Anzeige in Berlin, worauf er am 16. Oktober die Antwort erhielt, er solle die sofortige Entlassung des Lüders aus der Haft und die Bestrafung der schuldigen Beamten fordern. Der Graf begab sich zum Präsidenten der Republik, Sam, der ihn jedoch sehr kühl aufnahm und an einen Staatssekretär verwies. Dieser schickte ihm ein unverschämtes Schreiben und richtete am 21. Oktober an die dortigen Mitglieder des diplomatischen Korps ein Schreiben mit der Mitteilung, der deutsche Vertreter habe einen „schweren Verstoß gegen die internationalen Gebräuche" begangen, indem er, ohne vorher um eine Audienz nachgesucht zu haben, den Präsidenten durch den unerwarteten Schritt überrascht habe, „im Tone eines Ultimatums eine Reihe imperativer Vorschriften mitzuteilen", unter dem Vorwande der Verurteilung eines Herrn Lüders, der wesentlich als Haitianer angesehen werden müsse. Lüders wurde zwar am 22. Oktober aus der Haft entlassen, und zwar, wie die haitische Regierung verlauten ließ, infolge eines durch den Gesandten Nordamerikas veranlaßten Gnadenakts; Deutschland ließ jedoch nicht mit sich spaßen, sondern sandte die

Schulschiffe „Charlotte" und „Stein" ab, welche sich am 6. Dezember, unter der Drohung einer Beschießung, vor Port-au-Prince legten. Mit erstaunlicher Schnelligkeit gab nunmehr die haitische Regierung den vom Grafen Schwerin von Bord der „Charlotte" aus in Form eines Ultimatums gestellten, binnen vier Stunden zu erfüllenden Forderungen nach. Diese bestanden in der Zahlung von 20 000 Dollars, einem Entschuldigungsbriefe des Justizministers und der Umstoßung des Urteils gegen Lüders. Das haitische Flaggenschiff „Crête-à-Pierrot" hißte seine Flagge zur Begrüßung der deutschen Flagge; ein Musikkorps der haitischen Flotte spielte die deutsche Nationalhymne und folgenden Tags wurde Graf Schwerin in feierlicher Weise vom Präsidenten der Republik mit der Versicherung empfangen, daß an den betreffenden Beamten summarische Justiz geübt werden solle. Den Schluß bildete ein Festmahl beim schwarzen Präsidenten, der ein Glas auf das Wohl des deutschen Kaisers leerte.

Am 16. Dezember abends machte der Kaiser, von Rendsburg kommend, mit dem Prinzen Adalbert einen einstündigen Besuch beim Fürsten Bismarck, der ihn jedoch nur im Lehnstuhl sitzend empfangen konnte. Damit war die zweite Ungnade, in welche der Fürst gefallen zu sein schien, und welche im Frühjahre das Volk so lebhaft bewegt hatte, wieder gehoben. Dieser Umstand in Verbindung sowohl mit den erhebenden Vorgängen in Kiel, als auch mit der von der Regierung letzhin überhaupt gezeigten Festigkeit sowie mit durch den Staatssekretär des Innern erfolgten Verkündigung eines Ausbaues der sozialpolitischen Gesetze, trug sichtlich zu einer Hebung der Stimmung lange Zeit unzufrieden gewesener Bevölkerungsklassen bei, so daß man das Jahr schließlich doch nicht in düsteren politischen Verhältnissen schien verlassen zu brauchen, wenngleich die Vorbereitungen für die nächstjährigen politischen Wahlen auch noch im Dezember ein wirres Durcheinander darboten.

Der Kaiser war am 21. Dezember bei der feierlichen Einweihung der neuerbauten evangelischen Garnisonkirche in Thorn anwesend und besuchte gelegentlich dieses Ausflugs die Stadt Graudenz, wo er, in Beantwortung einer Ansprache des Bürgermeisters Kühnast, u. a. sagte, seine Fürsorge für die Stadt gehe dahin, sie als Festungsstadt immer reicher auszugestalten, damit sie bei einer künftigen

Bedrängnis widerstehen könne; er hoffe jedoch, daß es nie dazu kommen werde, „denn unser Nachbar im Osten, ein lieber und getreuer Freund von mir, hat dieselben politischen Ansichten, wie ich." Diese Worte schienen zu beweisen, daß auch in der ostasiatischen Frage keine Meinungsverschiedenheit mit Rußland obwalte.

Auf **militärischem** Gebiete war bemerkenswert, daß am 1. April die Aufstellung der neuen, aus den Halbbataillonen gebildeten Regimenter erfolgte. Das neue Geschütz der Feldartillerie ließ sich der Kaiser im Mai, als vier Armeekorps mit der Schnellladekanone ausgerüstet waren, von einer reitenden Batterie des 2. Garde-Feld-Art.-Reg. bei Berlin vorführen. Die Landesverteidigungs-Kommission wurde am 6. Mai aufgehoben. Bei Vereidigung von Rekruten der Marine in Wilhelmshaven am 4. März kam der Kaiser in einer Ansprache auf das bewunderungswürdige Verhalten der Mannschaft des untergegangenen „Iltis" zu reden, welches einer siegreichen Schlacht gleichwertig sei. Die Marine erlitt ferner Einbuße durch den Untergang der am 20. August vor Neufahrwasser von einem Torpedoboote gerammten Barkasse „Weißenburg" und am 22. September durch den Untergang des Torpedoboots Nr. 26 mit fast der gesamten Mannschaft, einschließlich des Befehlshabers, des jugendlichen Herzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, vor der Elbmündung; dagegen wurde sie vermehrt durch den in Bremen vom Stapel gelassenen, vom Erbgroßherzog von Oldenburg auf den Namen „Victoria Louise" getauften ersten Kreuzer neuer Sorte, ferner durch den am 14. April von der Werft des „Vulkan" bei Stettin vom Stapel gegangenen Kreuzer 2. Klasse, welchen, auf Wunsch des Kaisers, Prinz Ludwig von Bayern auf den Namen „Hertha" taufte, sodann durch den am 11. Mai in Danzig vom Prinzen Heinrich von Preußen „Freya" getauften Kreuzer, weiter durch das am 14. September in Wilhelmshaven auf den Namen „Kaiser Wilhelm II." getaufte Panzerschiff, alsdann durch den am 25. September in Kiel, in Anwesenheit von Mitgliedern der bismarck'schen Familie, von der Gräfin W. Bismarck getauften Panzerkreuzer „Fürst Bismarck". Bei dem hieran sich anschließenden Festmahle brachte der Staatssekretär Tirpitz einen Trinkspruch auf den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh aus und nachmittags führte ein Sonderzug die Staatssekretäre Tirpitz und v. Thielmann sowie

den Minister v. Miquel nach Friedrichsruh, wo bereits ein Modell des neuen Schiffes aufgestellt und ein Glückwunsch-Telegramm des Kaisers aus Rominten eingetroffen war. Endlich lief am 21. Dezember in Danzig ein Kreuzer vom Stapel, der vom Admiral Hollmann auf den Namen „Vineta" getauft wurde.

Es kamen in diesem Jahre folgende hervorragende **Veränderungen im Beamtenpersonale** vor: Im April wurde die erledigte Stelle eines Abteilungsdirektors im Kultusministerium dem Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Dr. Althoff übertragen, der als Nachfolger im Dezernat für die Universitäten den Prof. Elster aus Breslau erhielt. Der Generaloberst Freiherr v. Loë wurde im Mai von den Stellungen eines Oberbefehlshabers in den Marken und eines Gouverneurs von Berlin entbunden; letztere Stellung erhielt der General der Kavallerie Graf v. Wedel. Der frühere Minister des Innern, v. Köller wurde Anfang August zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ernannt. Der auf längere Zeit beurlaubte Staatssekretär des Äußern v. Marschall wurde anfangs vom Unterstaatssekretär, Freiherr v. Rotenhan, seit dem 9. August vom Botschafter in Rom, v. Bülow, vertreten. Der bisherige Botschafter in Washington, Freiherr Dr. v. Thielmann wurde zum Staatssekretär des Reichsschatzamts ernannt; seine bisherige Stellung wurde dem Gesandten in Stuttgart, dem Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Holleben übertragen, an dessen Stelle der bisherige Gesandte in Lissabon, v. Derenthall, trat. Dieser wurde wiederum durch den bisherigen Gesandten in Weimar, Raschdau, ersetzt. An Stelle des Freiherrn v. Gutschmid wurde Graf v. Leyden zum Gesandten in Japan, zu dessen Nachfolger als Gesandter in Bukarest der Wirkl. Geh. Rat Graf v. Bray-Steinburg, dieser aber als Gesandter in Stockholm an Stelle des Grafen v. Wallwitz, bisherigen Gesandten in Hamburg, ernannt. An Stelle des Präsidenten Bödiker trat der Direktor im Reichsversicherungsamte, Geh. Oberregierungsrat Gäbel als Präsident des Reichsversicherungsamtes. Kontreadmiral Tirpitz übernahm am 31. August die Geschäfte eines Staatssekretärs des Reichsmarineamtes. Die endgiltige Ernennung des Gesandten v. Bülow in Rom zum Staatssekretär des Äußern erfolgte am 20., die des bisherigen Inhabers dieses Amtes, des Freiherrn Marschall v. Bieberstein, zum Botschafter in Konstantinopel am 23. November. Zum

türkischen Botschafter in Berlin an Stelle Ghalib Bey's wurde im November der Generaladjutant des Sultans, Tewfik Pascha ernannt. Freiherr v. Rotenhan, seit 7 Jahren Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, wurde zum Gesandten in Bern an Stelle des zum Gesandten in Lissabon ernannten Grafen Tattenbach bestimmt, nachdem der bisherige dortige Gesandte Raschdau in Ruhestand getreten war. Die Stelle v. Rotenhan's erhielt Freiherr v. Richthofen, unter einstweiliger Beibehaltung seiner Stellung als Direktor der Kolonialabteilung. Als Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin trat White an Stelle von Uhl. Anfang Dezember wurde der Prinz von Ratibor und Corvey zum Gesandten in Weimar ernannt. An die Stelle des nunmehrigen Staatssekretärs v. Bülow trat der bisherige Botschafter in Konstantinopel, Freiherr Saurma von der Jeltsch als Botschafter in Rom. Am Ende des Jahres trat Präsident v. Bennigsen als Oberpräsident der Provinz Hannover zurück und erhielt zum Nachfolger den Grafen Konstantin zu Stolberg-Wernigerode, seit 1874 Regierungspräsidenten in Merseburg. An Stelle des aus dem Staatsdienste scheidenden Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, v. Pommer-Esche, trat der frühere Staatssekretär Dr. v. Boetticher.

Die **Totenliste** wurde eröffnet vom Oberstleutnant a. D. v. Blankenburg, viele Jahre hindurch geistigen Leiter der konservativen Partei Schlesiens, der am 6. Januar, 77 Jahre alt, in Breslau starb. Am 8. April verschied in Berlin der hochverdiente, eines Weltrufs genießende Staatssekretär Dr. v. Stephan, der große Reformator des Postwesens. Der Generalsuperintendent der Rheinprovinz, Baur, früher Hof- und Domprediger in Berlin, auch Mitglied des Oberkirchenrats, starb am 18. April in Koblenz. Der deutsche Ministerresident in Luxemburg, Prinz Franz von Thurn und Taxis starb hier am 4. Mai. Der General der Kavallerie und Generadjutant des Kaisers v. Albedyll, der im Feldzuge von 1870—71 im Militärkabinett des Kaisers thätig und seit 1872 Vorstand des Militärkabinetts war, starb am 13. Juni im 74. Lebensjahre zu Potsdam. Der Professor des Handelsrechts, Goldschmidt, 1875—77 Mitglied des Reichstags, starb am 17. Juli auf Wilhelmshöhe. Es folgte das nationalliberale Mitglied des Abgeordnetenhauses Max Weber, der am 10. August in Riga verschied. Fürst

Hugo zu Hohenlohe-Öhringen, Herzog von Ujest, früher Mitglied des Abgeordneten-, dann des Herrenhauses, auch Vizepräsident des ersten Reichstags, starb am 23. August im Schloß Slawentzitz in Schlesien. Am 7. September starb Graf Konrad v. Holstein-Neverstorff, ein hervorragendes Mitglied der konservativen Partei. Der bekannte frühere Abg. Petri starb am 13. November in Kassel als Senatspräsident beim Oberlandesgericht. Am 4. Dezember verschied auf Teneriffa der bekannte Afrikaforscher Dr. Eugen Zintgraff, am 6. Dezember v. Tiedemann auf Gut Kranz, seit 1879 freikonservativer Landtagsabgeordneter des posen'schen Bezirkes Meseritz-Bomst.

Von den deutschen **Schutzgebieten** trat in diesem Jahre besonders das von Togo an der afrikanischen Guineaküste hervor. Es handelte sich um die Ausdehnung und Abgrenzung des sog. Hinterlandes, um dessen Gewinnung schon längere Zeit eine Art Wettlauf deutscher und französischer Pioniere stattgefunden hatte. So große Erfolge die von Dr. Gruner geleiteten Unternehmungen auch gehabt zu haben schienen, so stellte sich bei der in Paris stattgehabten Konferenz deutscher und französischer Bevollmächtigten doch heraus, daß infolge ungünstiger Umstände weite Gebiete, auf welche deutscherseits bereits die Hand gelegt war, den Franzosen als Hinterland ihres eroberten Dahomeh-Reiches überlassen werden mußten. In dem von jener Konferenz am 9. Juli festgesetzten Protokoll wurde zwar das nördlich vom neutralen Gebiete Salaga liegende Land mit dem Hauptorte Sansanne-Mangu, auf Grund von Verträgen, die Gruner abgeschlossen hatte, dem Gebiete von Togo zugesprochen; was jedoch die Länder nördlich und westlich dieses eben erwähnten Gebietes betrifft, also die großen Reiche Gurma und Borgu, letzteres an den Nigerstrom grenzend, so waren die Franzosen von dem näher liegenden Dahomeh aus dem Dr. Gruner doch mehrfach zuvorgekommen, infolgedessen uns selbst seine Erreichung des Niger nichts mehr nutzen konnte; und da infolge Schwankens der Oberherrlichkeit einheimischer Häuptlinge, mit welchen beiderseits Verträge abgeschlossen waren, die deutschen Rechte auf Gurma sich als zweifelhaft herausstellten, so erschien es deutscherseits geratener, auf den Besitz dieses 800 Kilometer von der Küste entfernten Landes zu verzichten, wenn Frankreich eine annehmbare Gegenleistung biete. Diese fand sich im Südosten Togo's,

im Dreiecke des Monoflusses, sodaß nunmehr der Beförderungsweg der Landeserzeugnisse nach der Handelsstation frei werden mußte. Die Verbindung Dahomeh's mit dem Sudan zu erlangen, war eben Frankreich soviel wert, daß es dafür den Südwestzipfel Dahomeh's abtrat. Von Bedeutung für Deutschland ist es ferner, daß ihm, nach dem oben Erwähnten, der Thalweg des oberen Volta zufällt, denn hiermit ist eine Aktion Deutschlands eingeleitet, um später durch Vertrag mit England den ganzen Lauf des Volta als natürliche Grenze gegen die britische Goldküste und als Thalweg zu erlangen. Wenn wir England gegenüber auf unsere Rechte in Gandu in ähnlicher Weise verzichten, wie es Frankreich gegenüber in Gurma geschah, so könnte dies als hinreichende Gegenleistung für eine solche Regelung der Westgrenze von Togo erscheinen. Das Protokoll der Pariser Konferenz wurde am 23. Juli vom Botschafter Grafen Münster und dem französischen Minister Hanotaux unterzeichnet und am 19. Oktober, beim Zusammentritt der französischen Kammern, in Berlin amtlich bekannt gemacht.

Der Gouverneur des Schutzgebietes Kamerun kehrte am 27. Februar von einer am 31. Dezember v. J. begonnenen Unternehmung bis zum Sanaga zurück und eröffnete dadurch den Handelsweg von Süd-Adamaua nach Kamerun. Der größere Teil der Schutztruppe unternahm im Juni eine erfolgreiche Strafexpedition gegen Eingeborene, durch deren Räubereien der Handelsverkehr der größeren deutschen Geschäftshäuser empfindlich gestört worden war.

Was das Schutzgebiet in Südwestafrika betrifft, so wurde am 16. März vom Landeshauptmann ein Vertrag mit den Bastards von Grootfonteine im Namalande abgeschlossen, wodurch sie sich bereit erklärten, in ein festes Wehrverhältnis zur deutschen Regierung zu treten. Die Schutztruppe, über die Erfüllung von deren Dienstpflicht am 30. März eine kaiserliche Verordnung erging, hatte im Juli und August nicht unbedeutende, siegreiche Kämpfe mit räuberischen Hottentotten zu bestehen.

Im Schutzgebiete von Neu-Guinea wurde der stellvertretende Landeshauptmann v. Hagen auf einer Reise durch das Land von Eingeborenen getötet.

Die kaiserliche Disziplinarkammer für die Beamten der Schutzgebiete verurteilte am 24. April in erster, im November in zweiter

Instanz den früheren Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika, Dr. Peters, wegen Dienstvergehen zur Dienstentlassung und den Kosten des Verfahrens. Die „Deutsche Kolonialgesellschaft" sprach sich am 12. Juni in ihrer Hauptversammlung zu München, unter Vorsitz des Regenten von Mecklenburg, auf Antrag v. Kusserow's, für Wiederaufnahme der Bewegung für Verstärkung der deutschen Flotte mit dem Ziele aus, daß die Marine in einem durch die Leistungsfähigkeit deutscher Werften bedingten Zeitmaße in den Stand gesetzt werde, die ihr schon im Flottengründungsplane des Norddeutschen Bundes von 1867 vorgezeichneten, durch die mächtige Entwicklung von Handel, Industrie, Schiffahrt Deutschlands und den Eintritt des Reichs in die Reihe der Kolonialmächte gesteigerten Aufgaben zu erfüllen. In Hamburg wurde am 30. März eine Kolonialgesellschaft für Südbrasilien gegründet zwecks Leitung der Übersiedelung, Anordnung und Beaufsichtigung von Niederlassungen Deutscher in den Provinzen Parana, Santa-Katharina und Rio Grande do Sul; auch wollte sie die Erlaubnis für eine Eisenbahn von der San Franzisko-Bucht über die deutschen Kolonien Joinville und Blumenau bis zur Hauptstadt Desterro zu erlangen suchen.

In den Parteiverhältnissen des Königreichs **Bayern** vollzog sich eine bemerkenswerte Änderung indem der bayerische Bauernbund in immer mehr gesteigertem Unmute über die Annäherungsversuche der Centrumsfraktion des Reichstags an die Reichsregierung, Front gegen diese Fraktion machte. Es hatte schon in den letzten Jahren vielfache Angriffe der bayerischen Landwirte auf das Centrum gegeben, die Vorgänge in der letzten Reichstagssession ließen aber das Faß überlaufen. Als das Organ des „Niederbayerischen Bauernbundes" am 1. Juni eine sehr drohende Haltung gegen das Centrum eingenommen hatte, wurden zwar aus dessen Reihen einige Beschwichtigungsversuche unternommen, so von den Abgeordneten Pichler in Passau und Schädler in Bamberg, wie auch von der „Kölnischen Volks-Ztg."; am 9. Juni aber beschlossen die Gesamtvorstände aller christlichen Bauernvereine Bayerns in Regensburg die Gründung eines „Allgemeinen christlichen Bauernvereins für Bayern." Noch einmal versuchten die bayerischen Mitglieder der Centrumsfraktion des Reichstags Ende Juni durch eine von Berlin aus erlassene Erklärung eine Trennung zu verhindern, die sie als geradezu

verhängnisvoll bezeichneten, dies hatte jedoch nur eine noch schärfere Sprache der Organe des Bauernbundes zur Folge; es gebe, hieß es, weite Kreise in Bayern, welche sich vom Centrum abgewandt hätten, zahlreiche gebildete Elemente seien von einer tiefen Mißstimmung gegen es erfüllt, und nicht bloß in Bayern, sondern auch in den Rheinlanden, Westfalen und Schlesien. Nachdem sodann das Centrum durch den Katholikentag in Landshut sich gegen diese Bewegung gewandt hatte, war die Trennung entschieden; die Organe des Bauernbundes sagten, die Würfel seien nun gefallen und alle Brücken zu einer Verständigung abgebrochen, weil im Namen des Katholizismus zum heiligen Kampfe gegen den Bund aufgefordert worden sei; es werde ein lichterloher, wüster Kampf entstehen. Eine große Bauernbundsversammlung zu Wartenberg sprach sich im September für den entschiedensten Kampf bis zur völligen Vernichtung des Centrums aus. Ähnlich eine große Versammlung in der Nähe von Rosenheim, und am 26. September einigten sich die verschiedenen Bauernbünde, welche sich bisher eifersüchtig entgegengestanden hatten, zu einem einzigen „Bayerischen Bauernbund" mit einem bestimmten Programm. Folgenden Tags griffen die Führer dieses Bundes in einer auch vom Prinzen Ludwig von Bayern, dem ältesten Sohne des Prinz-Regenten, besuchten Versammlung die Vertreter der Regierung wie die Centrumspartei in Fragen der Notlage der Landwirtschaft in heftigster Weise an. Prinz Ludwig legte überhaupt ein lebhaftes Interesse an verschiedenen wirtschaftlichen Fragen an den Tag: am 2. April hatte er als Vorsitzender des Vereins für Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in München eine längere Rede über die Bedeutung der Kanalbauten für den bayerischen Verkehr gehalten; ferner hatte er sich am 16. Mai zu Wieden in der Oberpfalz für die Interessen der Landwirte ausgesprochen und die innige Verbindung des Volks mit seinem Fürstenhause hervorgehoben; in einer Ansprache an die Arbeiter der Maximilianshütte in Rosenberg am 22. Mai hatte er vom Zusammenwirken aller Stände und davon gesprochen, daß der Hochstehende ohne Unterstützung durch das Volk nichts vermöge; weiter hatte er in einer Versammlung von Landwirten zu Friedenfels den bekannten königlichen Ausspruch hervorgehoben „Ich fühle mich eins mit meinem Volke" und hatte sich gegen den Widerstreit

zwischen Industrie und Grundbesitz gewandt. In einer Rede zu Passau teilte er erfreut mit, daß der König von Preußen sich für die Fortsetzung des Mainkanals von Aschaffenburg nach Frankfurt a. M. interessiere. „Ich kann mir auch nicht denken", fügte der Prinz hinzu, „daß der bayerische Kanal an der Grenze Halt machen müsse, denn wozu haben wir ein Deutsches Reich, wenn ein Staat neben dem andern sich abschließt?"

Der Landtag trat am 29. September zu seiner dritten und letzten ordentlichen Tagung zusammen. Das Abgeordnetenhaus wählte den Abg. Walter, Rat am obersten Landesgericht, wieder zum Präsidenten, worauf der Finanzminister v. Riedel sowohl die Rechnungen für 1894/95, welche einen Überschuß von 31946950½ M. aufwiesen, als auch das Budget für 1898/99 vorlegte, welches 372 167 595 Mark in Einnahme und Ausgabe verzeichnete. Der Minister erörterte die einzelnen Mehrausgaben, unter denen sich 4 612 000 Mark an Matrikularbeiträgen befanden, mit dem Bemerken, eine Steuerhöhung sei nicht notwendig und eine Umwandlung der 3½ % Staatsschuldverschreibungen in 3 % werde von der Regierung nicht beabsichtigt. Schließlich legte er Gesetzentwürfe vor, welche die Revision der Einkommensteuer, Kapitalrentensteuer und der Gewerbesteuer sowie die Erleichterung der Bodenzinsen und Maßnahmen zu Zwecken der Landwirtschaft betreffen.

Bevor das Abgeordnetenhaus sich diesen Aufgaben widmen konnte, wandte es sich allgemeinen Fragen zu, welche in letzter Zeit die Aufmerksamkeit weiter Kreise erregt hatten, nämlich den im Herbste in Franken und bei Homburg stattgehabten großen Paraden wie Manövern, sodann der Frage der Reichs-Militärstrafprozeßordnung. Der erstere Gegenstand wurde am 6. Oktober angeregt durch die Anfrage Schädlers (Centr.), ob die Regierung Aufschlüsse erteilen könne zur Beruhigung über die Berichte der Presse, wonach bei jenen Übungen Anforderungen, welche alles bisher Geleistete weit überträfen, gestellt worden seien. In seiner Begründung sprach sich Schädler auch gegen „Prunkmanöver" aus und tadelte, daß bayerische Truppen dabei vom Kaiser geführt worden seien, dem sie doch nur im Kriegsfalle unterstellt wären; der Bevölkerung sei durch Leistung von Vorspann, Einquartierung

und gewährte Verpflegung eine große Last aufgebürdet, die Geschäftswelt habe durch Einstellung des Güterverkehrs großen Schaden gehabt und viele Soldaten seien durch Überanstrengung erkrankt. Der Kriegsminister v. Asch erwiderte, die Anstrengungen hätten das gewöhnliche Maß nicht überstiegen, die Notwendigkeit solcher Übungen werde auch in anderen großen Staaten anerkannt und der Prinz-Regent könne als oberster Kriegsherr das Kommando jedem übertragen, wem er wolle; Unterstellungen unter nichtbayerischen Befehl wären auch früher vorgenommen, ebenso wie diesmal die Unterstellung preußischer Truppen unter den Prinzen Leopold von Bayern; die Bahnverwaltung habe sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen gezeigt. Mit dieser Antwort des Ministers war die Sache noch nicht erledigt, sondern sie wurde am 7. und 8. Oktober in der Kammer nochmals eingehenden Besprechungen unterzogen. Burger meinte, der Minister sei über die Anstrengungen der Truppen nicht hinreichend unterrichtet, und tadelte die mitunter grobe Behandlung der Soldaten. v. Vollmar (soz.) erörterte die auffallend hohen Krankheitsziffern einzelner Regimenter, tadelte die langdauernde Begleitung des kaiserlichen Wagens durch Meldereiter sowie den stattgehabten Kavallerieangriff und wollte die Unterstellung bayerischer Truppen im Frieden unter kaiserlichen Befehl nicht als persönliche Sache des Regenten behandelt wissen, da es sich hier um Ausübung eines Rechtes des Landes handele; die relative Selbständigkeit der Bundesstaaten bilde vielleicht noch das einzige Schutzmittel gegen eine Katastrophe. Minister v. Asch erwiderte, die Manöver hätten mit voller Zustimmung Bayerns stattgefunden, ein Druck sei von Berlin aus nicht ausgeführt worden und die Hereinziehung des Kaisers in die Verhandlung erscheine ihm befremdlich. Sigl führte aus, die Beunruhigung über die Manöver beruhe auf Darstellungen preußischer Blätter, das Volk betrachte diese Übungen als Spielerei, man brauche in Bayern keine preußischen Kommandeure und wegen der Art der Führung müsse der Soldat bange Furcht vor dem Ernstfalle bekommen; Preußen gehe immer mit dem bösen Beispiele voran, und wenn man in Berlin wolle, pflege Bayern nachzugeben. Casselmann (lib.) trat allen Bemängelungen der Manöver entgegen, erinnerte daran, daß Ertragen der Unannehmlichkeiten patriotische Pflicht sei, wies auf das durch solche Übungen erhöhte Gefühl der

Sicherheit und hob Preußens Verdienst um die Hebung des deutschen Heeres hervor. Hiermit war im wesentlichen die Besprechung beendet, am 19. Oktober aber sprach die Kammer einstimmig den Wunsch aus, es möchten Erhebungen darüber angestellt werden, ob die Straßen und Wege im diesjährigen Manövergelände ungewöhnlich beschädigt worden seien, und es möchte den betreffenden Gemeinden ein Ersatz für etwaige ungewöhnliche Beschädigungen gewährt werden.

Zur Frage der Reichs-Militärstrafprozeßordnung wurde der Kriegsminister im Finanzausschusse der Kammer am 12. Oktober um Auskunft stark bedrängt und, als er dem Wunsche nicht weit entgegen kam, wurde die Sache am 25. Oktober von Schädler und Orterer in der Kammer selbst zur Sprache gebracht. Beide Redner versicherten der Regierung die volle Zustimmung des bayerischen Volks, wenn sie bezüglich des bayerischen obersten Militärgerichtshofs für die volle Wahrung ihres Reservatrechts eintrete. Im übrigen sprach sich Schädler gegen die deutsche auswärtige Politik und ihre „Einmischung" in fremde Angelegenheiten, wie die Transvaals, aus und sagte: „wir wünschen nicht, daß die Hohenzollernflagge, die auf der Burg Nürnberg weht, die bayerische Flagge völlig verdeckt." Orterer meinte, nicht das bayerische Reservatrecht, sondern das Festhalten an der Kabinetsjustiz verschulde, daß das ganze deutsche Volk um die Vorteile einer zeitgemäßen Militärstrafprozeßordnung gebracht worden sei. Bei Fortsetzung dieser Beratung am 26. Oktober trat v. Vollmar mit größter Entschiedenheit für die strengste Wahrung dieses Reservatrechts auf und drang auf offene Erklärung darüber, ob bei der im Gang befindlichen Reform die Grundsätze des bayerischen Verfahrens vollauf gewahrt seien. Nunmehr erklärte der Kriegsminister v. Asch, die Regierung sehe allerdings die Aufrechthaltung des obersten Militärgerichtshofs als ein auf Vertrag gegründetes Reservatrecht an.

Von allgemeinerem Interesse war ferner die vom Minister v. Crailsheim am 21. Oktober im Finanzausschusse der Kammer auf mehrere Anfragen gegebene Erklärung, das Befinden des Königs Otto habe sich im wesentlichen nicht geändert und der Prinz-Regent wünsche, daß an der bestehenden Regentschaft nichts geändert werde. Ein Antrag Sigls auf Einführung einer Klassen-Lotterie veranlaßte am 15. Oktober den Finanzminister v. Riedel

zu der Erklärung, sein Gewissen habe sich während seiner langen Amtszeit nicht so sehr verhärtet, daß er Geld für die Staatskasse ohne Rücksicht auf dessen Herkunft nehme; man könne zwar die Giftpflanzen nicht ausrotten, aber man pflanze sie auch nicht mit Absicht. Weiterhin sprachen sich, auf eine Anregung Ratzingers, die Minister v. Riedel und v. Crailsheim am 21. Oktober in der Kammer dahin aus, daß sich Bayern im Bundesrate gegen eine weitere Herabsetzung des Mehlausbeutungs-Verhältnisses erklären werde; bezüglich des Meistbegünstigungsvertrags mit Nordamerika dürfe man die Entschlüsse nur mit vorsichtiger Erwägung aller Interessen fassen. Am 20. Oktober sprach sich die Kammer für Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts mit proportionalem Wahlsystem aus.

Als sodann am 24. November über einen Antrag zu gunsten der Begnadigung der wegen Haberfeldtreiben Verurteilten verhandelt wurde, wehrte der Justizminister aus Besorgnis vor alsdann entstehenden neuen Unruhen ab. Von allen Rednern wurde hierauf eingeräumt, daß die Bevölkerung sehr erfreut sei, vom Terrorismus dieses Unfugs endlich befreit zu sein; Sigl dagegen behauptete, alle Leute, gegen welche dieses Treiben gerichtet worden, hätten es vollkommen verdient, das Volksbewußtsein stehe auf Seiten der Haberer, in deren Treiben noch ein bischen Idealismus liege, Äußerungen, welche Aub (lib.) und Orterer (Centr.) in scharfen Wendungen bekämpften. Großes Aufsehen erregte am 3. Dezember ein Vorfall bei der Etatsberatung. Als Heim (Centr.) den Ring der Kunstdüngerfabrikanten scharf angriff und bemerkte, es gehörten diesem Ringe „Protzen" an, die auf Gummirädern fahren, sagte Cafselmann (nat.-lib.), diese Äußerung erinnere an den Anarchisten Most. Hierfür wurde der Redner vom Präsidenten v. Walter (Centr.) zur Ordnung gerufen, er hielt jedoch den Ausdruck aufrecht; als er deshalb einen zweiten Ordnungsruf erhielt, legte er Berufung an die Kammer ein, welche den Tadel für ungerechtfertigt erklärte. Infolge dessen legte v. Walter das Präsidium nieder, worauf am 7. Dezember, nach heftigen Erörterungen über das Verhältnis der Fraktionen zu einander, der erste Vizepräsident, Kommerzienrat Dr. v. Clemm (nat.-lib.) zum Präsidenten und am 9. v. Keller (lib.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt wurde. Das Centrum war somit

aus dem Vorstande der Kammer entfernt. Die erste Beratung über einen die Beseitigung der Bodenzinse betreffenden Gesetzentwurf zeigte, daß verschiedene Elemente nicht sehr geneigt waren, auf das bisher solange wirksam gewesene Mittel einer Agitation gegen diese Lasten zu verzichten; jedoch wurde die Vorlage wegen Gründung eines Tilgungsfonds von 5 Millionen Mark zur Tilgung aller Bodenzinse am 17. Dezember angenommen.

Was die königliche Familie betrifft, so fand am 31. Mai in München die Vermählung der 25jährigen Prinzessin Maria, zweiten Tochter des Prinzen Ludwig von Bayern, mit dem 28jährigen Prinzen Ferdinand von Bourbon, ältestem Sohne des Grafen Alphons von Caserta (Bruders des 1895 verstorbenen früheren Königs Franz II. beider Sizilien) statt. Das Paar nahm seinen Wohnsitz im Försterhause bei Pfronten in den Allgäuer Alpen und gedachte später nach Madrid zu ziehen. Die einzige Tochter des Herzogs Ludwig in Bayern, jüngeren Bruders des bekannteren Herzogs Karl Theodor, die Gräfin Larisch-Moennich, geb. Freiin v. Wallersee, vermählte sich mit dem Kammersänger an der Münchener Hofbühne, Brucks, und nahm Wohnung in dessen Villa Wotansquell am Tegernsee. Herzog Karl Theodor brachte den Winter auf 1898 zu Biskra in Algerien zu.

Am 4. Mai starb der Präsident des bayerischen Oberkonsistoriums, v. Stählin, am 9. Juni der frühere Regierungspräsident von Oberbayern, Freiherr v. Ziegler, einst Kabinetssekretär Königs Ludwig II., am 25. Juni der Hausarchivar L. v. Trost, welcher auf die bayerische Politik in der Stille bedeutenden Einfluß gehabt hat, und am 19. Oktober der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Grillenberger, nachdem er noch kurz zuvor in der Abgeordnetenkammer eine längere Rede gehalten hatte. Am 16. November starb in München der Kulturhistoriker Riehl, welcher einst zur Tafelrunde des Königs Maximilian II. gehörte. Dr. Antonius v. Thoma, Erzbischof von München-Freising, starb am 24. November. Seine Stelle wurde im Dezember vom Reichsrat Dr. v. Stein, Bischof von Würzburg, eingenommen. Professor v. Marquardsen in Erlangen, nationalliberales Mitglied des Reichstags seit 1871, erlag am 30. November einem Schlaganfalle.

Im Königreich **Sachsen** konzentrierte sich das politische Interesse

auf die bevorstehenden, zum erstenmal in Gemäßheit des neuen Wahlgesetzes vom 28. März 1896 nach dem indirekten Dreiklassenwahlrecht vorzunehmenden Wahlen zur zweiten Kammer. Sachsen war das einzige deutsche Land, in welchem das 1887 zur Abwehr der Sozialdemokratie zwischen den staatserhaltenden Parteien geschlossene Kartell aufrecht erhalten, auch auf die Landtagswahlen ausgedehnt und ehrlich durchgeführt worden war. Da es nun darauf ankam, dieses Verhältnis bezüglich der neuen Kammerwahlen zu bewahren, so vereinigten sich im April Vertreter der nationalliberalen, der konservativen und der kammerfortschrittlichen Partei in diesem Sinne, unter Feststellung des Besitzstandes jeder dieser Parteien. Die Verständigung trug, dem übrigen Deutschland zum Vorbilde, gute Früchte, indem die Wahlmännerwahlen und die Abgeordnetenwahlen vom 9. Oktober zum Siege des Kartells führten, und zwar in der Art, daß die Zahl der nationalliberalen Mandate von bisher 16 auf 19, die der konservativen von 43 auf 48 stieg, wogegen die der Sozialdemokraten von bisher 15 auf 9, die der Fortschrittler von 6 auf 5, die der Antisemiten von 2 auf 1 sank. Die sozialdemokratischen Abgeordneten befanden sich nun nicht mehr in der Lage, selbständige Anträge zu stellen. Den staatserhaltenden Parteien in den anderen Bundesstaaten entging es nicht, welcher bedeutende Vorteil durch ihr Zusammenhalten gegen die gemeinsame Gefahr zu erzielen sein würde, und die „Sächsische Arbeiterzeitung" in Dresden erkannte offen an, daß ihre Partei bei den Reichstagswahlen vielleicht nicht einmal den zehnten Teil ihrer bisherigen Mandate würde erlangen können, wenn ihr alsdann überall ein solches Kartell gegenüberstände. König Albert eröffnete am 11. November den Landtag und kündigte in der Thronrede eine Vorlage wegen Weiterführung der Reform der direkten Steuern, Besteuerung des Vermögensbesitzes und einmalige Besteuerung des Vermögenserwerbs durch Erbschaften, Vermächtnisse und Schenkungen an. Ferner wurden in der Thronrede die fortdauernden Störungen der Finanzwirtschaft infolge noch immer nicht erfolgter Durchführung der Reichsfinanzreform beklagt. Der Etat sah außerordentliche Geldmittel für Verbesserung der Eisenbahnanlagen, für Zulage an Geistliche und an Lehrer der höheren wie der Volksschulen vor. Zur Vorlage kam ferner ein Gesetz wegen Aufhebung des Verbots der Verbindung der politischen Vereine unter einander. In

der ersten Sitzung der 2. Kammer begingen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Taktlosigkeit, sich unmittelbar vor Ausbringung des Hochs auf den König aus dem Saale zu entfernen, ein Benehmen, welches vom Präsidenten Ackermann sehr scharf gerügt wurde. Die erste Kammer genehmigte am 21. Dezember einen Gesetzentwurf über die Ausübung des Kirchenpatronats, welcher die Ausübung dieses Rechtes denen entzieht, die von der evangelischen zur katholischen Kirche übergetreten sind oder ein mit der Würde des Patronats nicht zu vereinbarendes Ärgernis gegeben haben.

In Leipzig wurde am 24. April, in Gegenwart des Königs Albert und mehrerer sächsischer Prinzen, eine sächsisch-thüringische Industrie- und Gewerbeausstellung eröffnet. Am 31. August fand hier die feierliche Enthüllung eines Denkmals des Kaisers Maximilian statt, zur Erinnerung an die Verleihung des Meßprivilegs vor 400 Jahren, und am 18. Oktober die eines ehernen Standbilds des Fürsten Bismarck.

Im Königreich **Württemberg** beschäftigten sich die politischen Parteien während der ersten Monate des Jahres sehr lebhaft mit den Fragen der im Dezember v. J. näher gerückten Verfassungsänderung. Die Volkspartei nahm bereits am 6. Januar Stellung zu dem damals vom Ministerpräsidenten v. Mittnacht den Delegierten der Kammerfraktionen auseinandergesetzten Plane, durch Einführung des Listen- und des Proportionalsystems einen eine konservative Garantie bildenden Ersatz für den Wegfall der privilegierten Sitze der Abgeordnetenkammer zu finden. Die Volkspartei sprach sich, nach einem Vortrage des Kammerpräsidenten Payer, für das Proportionalwahlsystem aus, weil es als das gerechteste aller zur Zeit bekannten Wahlsysteme erscheine, und verband damit nur den Wunsch nach einer möglichst einfachen und übersichtlichen Gestaltung des Verfahrens. Die Landesversammlung der „deutschen Partei" sprach dagegen am 7. Februar den Wunsch aus, daß von der Proportionswahl abgesehen und für die in eine „reine Volkskammer" umzuändernde Abgeordnetenkammer das bisherige Wahlsystem im wesentlichen beibehalten werden möge. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei endlich sprach sich am 20. April dahin aus, daß als alleinige Vertretung die reine Volkskammer zu erstreben sei, die, unter Beseitigung aller Vorrechte des Amts und der Geburt, lediglich

aus dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht hervorzugehen habe, unter Schaffung gleich großer Wahlbezirke.

Nachdem der am 18. Dezember v. J. vertagte Landtag am 4. März wieder zusammengetreten war, befaßte sich die Abgeordnetenkammer vom 9. März an mit dem von Hähnle (Vp.) erstatteten Kommissionsberichte über den Hauptfinanz-Etat für die Jahre 1897 bis 1899. Hiernach stellte sich das erstere Jahr um 395000, das zweite um 460000 M. günstiger als nach dem Entwurf, und die Kommission war der Meinung, daß es unter den obwaltenden Umständen angezeigt sei, die Steuerreform durchzuführen. Bei der Beratung des Etats wurden, dem Beispiele in Bayern folgend, die Verhältnisse im Reiche mehrfach berührt. So sprach Kiene (Centr.) gegen die wachsendenden Ausgaben für Militär, Marine, die „uferlosen Flottenpläne" und gegen Pensionen. Für eine große Reichsflotte habe das Volk kein Verständnis und kein Geld, es stehe überhaupt an der Grenze der Leistungsfähigkeit. Haußmann (Vp.) wünschte ebenfalls, daß aus einer Küstenverteidigungsflotte nicht eine Kriegsflotte gemacht werde. Dagegen machte Sachs (deutsche Reichsp.) darauf aufmerksam, daß diese Fragen ja noch nicht einmal dem Reichstage vorlägen, und Freiherr v. Wöllwarth betonte, daß auch der kleine Mann ein scharfes Schwert für das Reich haben wolle und daß wir zum Schutz des Handels einer starken Flotte bedürften. Der Ministerpräsident v. Mittnacht erklärte hierauf, die Regierung habe zwar dem Marineetat zugestimmt, sei aber für Zukunftspläne in keiner Weise gebunden; die Militärlast sei freilich zu bedauern, aber nach einem unglücklichen Kriege würden dem deutschen Volke viele Milliarden abgenommen werden; was die von einigen Rednern bereits zur Sprache gebrachte Frage der Proportionalwahl betreffe, so wäre es besser, einen Entwurf der Regierung abzuwarten; übrigens werde Württemberg, so lange er Minister sei, nicht in ein Eisenbahnverhältnis zu Preußen treten, wie Hessen es gethan habe. Freiherr v. Wöllwarth entgegnete, eine eiserne Notwendigkeit werde Württemberg hierzu schon zwingen. In der am 13. März begonnenen Beratung der einzelnen Etats kam es zu Klagen über die Ausübung des Begnadigungsrechts und zur Berührung der Duellfrage; der Justizminister v. Breitling übernahm jedoch für erstere die volle Verantwortung und bemerkte bezüglich

des Duells Wangenheim-Uexküll, welches am Ende des vorigen Jahres großes Aufsehen erregt hatte, daß dabei keine Personen beteiligt gewesen seien, die den bürgerlichen Gerichten unterstehen. Der Kanzler der Universität Tübingen, v. Weizsäcker, nahm hierauf Veranlassung, das Mensurenwesen auf den Universitäten als eine nützliche Übung in Schutz zu nehmen. Beim Etat der Finanzverwaltung kam es am 9. April zu längeren Verhandlungen über die Frage der Abschaffung der unter dem Namen des Umgelds bekannten, der Staatskasse jährlich 2300000 M. einbringenden Abgabe von dem Wein, welcher im Wirtshause getrunken wird.

Von den wichtigeren Angelegenheiten, mit welchen der Landtag ferner befaßt wurde, stand der schon im Mai 1895 vorgelegte Entwurf einer Änderung der Einkommensteuer obenan. Nachdem die Kommission, welche seit Dezember 1895 hierüber beraten, am 10. Juni durch Gröber (Centr.) Bericht erstattet hatte, wurde der Entwurf im wesentlichen nach den Kommissionsvorschlägen genehmigt. Hiernach setzt der 73 Stufen umfassende Tarif fest, daß die unterste Stufe bei 500 bezw. 650 und 800 M. beginnen soll, je nachdem der Steuerzahler ledig, verheiratet oder Vater von wenigstens zwei Kindern ist. Wer mehr als zwei Kinder hat, muß bis zu einem Einkommen von 3100 M. je eine Steuerstufe niedriger angesetzt werden. Ein Einkommen von 2100 M. wird mit 1%, eins von 4000 mit 2%, eins von 5000 mit $2^1/_2$, eins von 7000 mit 3, eins von 10000 mit $3^1/_2$, eins von 15000 mit 4, eins von 50000 mit 5, eins von 100000 mit 5,3, eins von 200000 M. mit 6% besteuert.

Eine andere höchst wichtige Vorlage war die über die Bestellnng und Amtsobliegenheiten der Ortsvorsteher. Hiernach sollen die bisher lebenslänglich gewählten Ortsvorsteher hinfort nur auf 10 Jahre gewählt werden. Wird einer der von jetzt an zu wählenden Ortsvorsteher, welcher der Pensionskasse angehört, nach Ablauf jener Frist nicht wiedergewählt, obwohl er sich dazu bereit erklärt hat, so hat er Anspruch auf Ruhegehalt für die Lebenszeit, wofern er sich wenigstens 20 Jahre im Dienst befindet. Bei kürzerer Dienstzeit hat er Anspruch auf ein Ruhegehalt für 3 Jahr; die jetzigen Ortsvorsteher haben das Amt niederzulegen, wenn sie es 10 Jahre bekleideten und nach Erlaß des Gesetzes 3 Jahre

verflossen sind. Diese einen lebhaften Wunsch der Volkspartei erfüllende Vorlage wurde am 23. Juni von der Kammer an eine Kommission gewiesen.

Am 30. Juni legte die Regierung die aus drei Gesetzentwürfen bestehende Revision der Verfassung vor, nachdem sich in einer am 17. März stattgehabten neuen Zusammenkunft des Ministerpräsidenten mit den Vertrauensmännern der Kammerfraktionen noch herausgestellt hatte, daß außer der Volkspartei auch das Centrum, mithin die Kammermehrheit, der Proportionalwahl zuneige. Der erste Entwurf betrifft die Änderung des „von den Landständen" handelnden Art. 9 der Verfassung und bestimmt folgendes: Die erste Kammer besteht, außer den bisherigen Mitgliedern, aus 8 Mitgliedern des ritterschaftlichen Adels, die aus seiner Mitte zu wählen sind, aus dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums, dem dienstältesten General-Superintendenten, dem katholischen Landesbischof, einem Vertreter der Landesuniversität und einem des Stuttgarter Polytechnikums. Standesherrliche und ritterschaftliche Adlige mit wenigstens 12 000 M. Rente können vom König zu erblichen Mitgliedern ernannt werden. Die zweite Kammer soll zusammengesetzt werden aus gewählten 3 Abgeordneten von Stuttgart, je einem der übrigen sog. 6 guten Städte, je einem der Oberamtsbezirke, aus 21 in den 4 Kreisen gewählten Vertretern, von welchem 7 auf den Neckarkreis, je 5 auf den Schwarzwald- und den Donaukreis, 4 auf den Jaxtkreis kommen. Die Wahlberechtigung beginnt mit dem 25. Lebensjahre. Bei der Wahl der Städte und Oberamtsbezirke entscheidet die relative Stimmenmehrheit, sonst das Los; dadurch sollen die Stichwahlen abgeschafft werden. Bezüglich der Etatsberatung soll über den Hauptetat zunächst die zweite Kammer beschließen; dann folgt eine Mitteilung an die erste Kammer über diesen Beschluß; sind $^2/_3$ der ersten Kammer für Änderung des Beschlusses der zweiten Kammer, so hat diese nochmals zu beraten; weicht dieser Beschluß mit $^2/_3$-Mehrheit von dem der ersten ab, so hat er Gültigkeit; kommt aber ein solcher Beschluß nicht zustande, so folgt eine Auszählung der bejahenden und der verneinenden Stimmen beider Kammern; bei Stimmengleichheit entscheidet alsdann der Präsident der zweiten Kammer. Im zweiten Entwurfe besteht das Wichtigste der die Stadt- und Bezirkswahlen betreffenden

Bestimmungen in der Abschaffung der Stichwahl und der Einführung amtlich gestempelter Wahlzettel-Umschläge nebst „einem Tisch oder einer Mehrzahl von Tischen", welche so aufzustellen sind, daß an ihnen der Wähler, gegen Beobachtung geschützt, den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken vermag. Der dritte Entwurf setzt für die Wahl der Abgeordneten der Kreise die Proportionalwahl. Die auf 6 Jahre erfolgende Wahl findet frühestens 20 Tage nach den Stadt- und Bezirkswahlen, auf Grund derselben Wählerlisten statt. Sie steht unter Leitung einer Kreiswahl-Kommission. Ein Bewerber muß wenigstens zehn Tage vor der Wahl vorgeschlagen sein. Der Vorschlag darf im Neckarkreise höchstens 10, im Schwarzwald- und im Donaukreise höchstens 8, im Jaxtkreise höchstens 7 Bewerber enthalten, muß von wenigstens 50 wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein und die Partei, von der er ausgeht, deutlich kenntlich machen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine schriftliche Erklärung über die Bereitwilligkeit zur Annahme der Wahl anzuschließen. Ein Bewerber darf sich nur einmal vorschlagen lassen. Die Stimmzettel enthalten je einen Wahlvorschlag nebst Parteibezeichnung; sie werden von Amts wegen hergestellt und gestempelt. Der Wähler kann einen Parteivorschlag, ehe er ihn abgiebt, nicht abändern, dagegen einen der darauf angegebenen Bewerber durch irgend ein vor dessen Namen gesetztes Zeichen bevorzugen. Hierauf wird durch die Kreiskommission die Zahl der auf jeden Wahlvorschlag gefallenen Stimmen und innerhalb der Vorschläge die Zahl der auf den einzelnen Bewerber fallenden Bevorzugungen erhoben. Die im Kreise verfügbaren Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge im Verhältnis der diesen zugefallenen Stimmenzahlen aufgeteilt. Das war der Inhalt der Gesetzentwürfe, auf dessen Verwirklichung man überall sehr gespannt ist; die Regierung machte von ihrem Rechte Gebrauch, sie zunächst der Kommission der zweiten Kammer zugehen zu lassen, worauf der Landtag am 6. Juli wieder vertagt wurde.

Nachdem er am 23. November wieder zusammengetreten war, unterzog die zweite Kammer vom 1. bis 6. Dezember die drei Gesetze zur Änderung der Verfassung einer ersten Beratung. Hierbei drehte es sich jedoch weniger um die Frage der Einführung der Verhältniswahl, wie man wohl angenommen hatte, weil bisher hierüber der Streit im Lande am heftigsten gewesen war, sondern

um eine von der ersten Kammer in Anspruch genommene Verschiebung des Budgetrechts zu ihren gunsten. Die deutsche Partei verlangte als Ersatz der Privilegierten eine Vermehrung der städtischen Abgeordneten, und zwar womöglich ohne die Verhältniswahl oder den sog. „Proporz", für den jedoch die Centrumspartei durch Nieder und die Volkspartei durch Haußmann auftraten. Hinsichtlich der Frage der Stichwahlen gingen die Ansichten ebenfalls auseinander, jedoch schien sich, nach dem Vorschlage des Ministerpräsidenten v. Mittnacht, in der Form des „romanischen Systems" ein Ausgleich vorzubereiten, der dahin ging: Wenn der erste Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht ergeben hat, so findet ein zweiter Wahlgang mit vollkommen freier Wahl der Kandidaten, worunter sich sogar neue befinden können, statt, bei dem sodann die relative Mehrheit entscheidet. Nach wiederholten Erklärungen v. Mittnachts hängt das Zustandekommen der ganzen Reform von obiger Budgetrechtsfrage ab; dies war jedoch gerade der Punkt, in welchem die zweite Kammer am wenigsten sich zum Nachgeben geneigt zeigte. Die Regierung unterstützt den Wunsch der ersten Kammer, nicht weil sie glaubt, daß in dieser die überwiegende Steuerkraft vertreten sei, sondern weil sie ein Gegengewicht gegen die Schwankungen und überwältigenden Einflüsse des allgemeinen Wahlrechts zu erhalten wünscht. Nachdem sodann noch die Gesetzentwürfe über Änderungen des Landtagswahlgesetzes und über die Wahl der Abgeordneten der Kreise zum Landtag einer ersten Lesung unterzogen waren, wurden diese drei Gesetzentwürfe behufs Vorbereitung der Beratung ihrer einzelnen Bestimmungen an die Verfassungskommission zurückgewiesen.

Bei der ersten Beratung der zweiten Kammer über den Entwurf des Ortsvorstehergesetzes in den Tagen vom 9. bis 11. Dezember begegnete die Einführung der periodischen Wahl kaum noch einem Widerspruche; sehr heftig umstritten wurden jedoch die anderen beiden grundlegenden Punkte. Die „Rückwirkung" d. h. das Ausscheiden der bisherigen Bürgermeister wurde von mehreren Abgeordneten als große Ungerechtigkeit bezeichnet, und der Minister des Innern, v. Pischek, gab zu, daß er sich vor zwei Jahren selbst dagegen ausgesprochen habe. Ferner beanstandete die Volkspartei die Zahlung des vollen Gehalts als Pension, weil darin für die Gemeinden ein Beweggrund liege, die Ortsvorsteher lieber nicht zu wechseln.

Im allgemeinen standen die Privilegierten, die National-Liberalen und das Centrum auf der einen, die Volkspartei auf der anderen Seite. Auch diese Vorlage wurde an eine Kommission gewiesen. Die Entscheidung über die wichtigsten Fragen der Gesetzgebung fällt also in das nächste Jahr.

Im übrigen nahm die zweite Kammer bis zu den am 22. Dezember begonnenen Ferien eine Novelle zum Polizeistrafgesetze und eine Notstands-Vorlage für die Hagelbeschädigten im Unterlande an, für welche in einem Nachtrage zum Finanzgesetze ein Betrag von 18 798 909 Mark angesetzt wurde. Die Steuergesetz-Entwürfe wurden in erster Beratung zu einem vorläufigen Abschlusse gebracht. Bezüglich des die Wandergewerbesteuer betreffenden Gesetzes war man auf allen Seiten damit einverstanden, daß die Auswüchse des Hausierwesens zu beschneiden seien und die kleinen Gewerbetreibenden Schutz beanspruchen dürften. Das Kapitalsteuer-Gesetz fand schließlich ebenfalls keinen erheblichen Widerstand, das Gesetz über die Ertragssteuern auf Grund und Boden und seßhafte Gewerbe stieß jedoch auf Schwierigkeiten.

Die fünfte evangelische Landessynode trat am 19. Oktober zusammen, um sich vorzugsweise mit der Frage der sog. Religionsreversalien zu beschäftigen, was der Regierung notwendig erschien, nachdem sie ihren der zweiten Kammer über diesen Gegenstand vorgelegten Gesetzentwurf im Mai 1896 hatte zurückziehen müssen, weil dieselbe die staatsrechtliche Verpflichtung der für den Fall der Zugehörigkeit des Königs zu einer anderen als der evangelischen Konfession vermöge ihres staatlichen Amts durch das kirchliche Gesetz in die Kirchenregierung berufenen drei Minister bezw. Mitglieder des Geheimen Rats abgelehnt hatte. Wie der Kultusminister Dr. v. Sarwey in der Eröffnungsrede näher auseinandersetzte, war nunmehr die Oberkirchenbehörde veranlaßt, mittelst einer Denkschrift die Synode von der Notwendigkeit zu überzeugen, jetzt den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, das Verlangen nach jener Verpflichtung der evangelischen Minister fallen zu lassen und sich mit der Freiwilligkeit ihrer Entschließung zu begnügen. Nach längeren Verhandlungen entschied sich die Synode am 17. November dahin, daß im Falle der Thronbesteigung eines katholischen Königs das evangelische Kirchenregiment gebildet werden soll aus zwei evangelischen Mit-

gliedern des Geheimen Rats, dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums, dem Präsidenten der evangelischen Landessynode und einem gewählten Generalsuperintendenten. Die zwei Mitglieder des Geheimen Rats sind in erster Linie aus den Staatsministern, in zweiter Linie aus den übrigen ordentlichen Mitgliedern zu nehmen. Der Minister für Kirchen- und Schulwesen soll, wenn er evangelisch ist, jedenfalls Mitglied sein, sonst entscheidet das Dienstalter.

Im übrigen ist hervorzuheben, daß die Synode, wie schon oben kurz angedeutet, am 21. Oktober, nach einem Vortrage und auf Antrag des Professors Hieber aus Tübingen, einmütig beschloß, „die Schmähungen gegen Luther und die deutsche Reformation, welche in dem anläßlich der Canisius-Feier ergangenen Rundschreiben des Papstes enthalten sind, als eine empörende Beschimpfung der evangelischen Christenheit zurückzuweisen", nachdem auch der Präsident der evangelischen Oberkirchenbehörde, Freiherr v. Gemmingen, deren vollstes Einverständnis mit diesem Antrage erklärt und die „Ausfälle" jenes Rundschreibens als „Unwahrheit und Anmaßung" bezeichnet hatte.

Am 2. Februar starb in Stuttgart Prälat v. Müller, der hervorragendste Vertreter der evangelischen Landeskirche, 80 Jahre alt.

Die politischen Verhältnisse im Großherzogtum **Baden** waren seit Beginn des Jahres wesentlich von Fragen bezüglich der im Herbst bevorstehenden Wahlen zur Erneuerung eines Teiles der zweiten Kammer beherrscht, und zwar war es vor allem die Centrumspartei, welche, unter dem Leitstern von Interessen der katholischen Kirche, mit großem Eifer darauf ausging, die bisherige nationalliberale Kammermehrheit zu brechen. Einen willigen Helfer fand sie dabei in der früheren „süddeutschen Volkspartei" oder den Demokraten, welche seit 1890 mit der freisinnigen Volkspartei durch gemeinsame Organisation verbunden war. Diesem demokratischen Teile der Volkspartei erschien jenes Ziel der Centrumspartei so verlockend, daß sie auf dem am 10. März in Offenburg stattfindenden Parteitage der gesamten Volkspartei sich von den Freisinnigen wieder völlig trennte, welche vom Zusammengehen mit dem Centrum und den Antisemiten nichts wissen wollten und sich am 25. April auf einer wiederum in Offenburg abgehaltenen Versammlung als „deutsche Volkspartei in Baden" neu konstituierten. Die Agitation der

Centrumspartei wurde von dem außerordentlich rührigen Geistlichen Rat Wacker geleitet, welchem daher die Delegiertenversammlung dieser Partei in Freiburg am 19. Mai einmütig ihr unbedingtes Vertrauen aussprach, nachdem er gewarnt hatte, etwaige wohlwollende Versicherungen des Ministeriums Nokk mit allzu großem Vertrauen entgegenzunehmen, da die eigentlichen kirchenpolitischen Gesetze nicht oder doch nur wenig geändert worden und jedes Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Kirchenregierung nur durch erhebliche Zugeständnisse derselben erreicht worden sei. Dagegen hieß es in dem vom Landesausschuß der nationalliberalen Partei am 8. August in Karlsruhe aufgestellten Wahlprogramm: „Wir werden alle kirchlichen Herrschaftsgelüste mit Energie bekämpfen, die im Interesse des konfessionellen Friedens nothwendigen Hoheitsrechte des Staats über die Kirche in vollem Umfange aufrecht erhalten". Eine sozialdemokratische Landesversammlung in Karlsruhe beschloß am 2. August, mit der Volkspartei ein Wahlbündnis einzugehen. In der That gelangten die verbündeten Parteien bei den Anfang November stattfindenden Neuwahlen zur zweiten Kammer zum Siege. Da von den vierjährigen Mandaten alle zwei Jahre die Hälfte erneuert werden muß, so fanden an Stelle der am 31. Juli Ausgeschiedenen 31 Wahlen statt, wobei die Nationalliberalen 5 Sitze verloren, von diesen jedoch nur einen an das Centrum, die übrigen an die Sozialdemokraten, die nunmehr auch die Hauptstadt Karlsruhe zu vertreten hatten. Wurde auch die bisherige nationalliberale Mehrheit von 32 Stimmen gebrochen, so blieb diese Fraktion mit 27 Stimmen doch immer noch die stärkste, und ihre Gegner hatten voraussichtlich nur dann die Mehrheit in der Kammer, wenn sie trotz des tiefen Gegensatzes ihrer politischen Grundsätze auch ferner zusammenzuhalten vermochten, denn die Kammer hatte im übrigen künftig 21 Mitglieder des Centrums, 6 Freisinnige und Volksparteiler, 5 Sozialdemokraten, 2 Konservative und 1 Antisemiten aufzuweisen. Daß unter einem Fürsten, der bei seinem Regierungsantritte dem klerikalen Regime ein Ende gemacht und später in kirchenpolitischen Gesetzen die Rechte des Staats gegen die römische Kirche kräftig gewahrt hat, die Ziele der Centrumspartei aussichtslos sind, lag auf der Hand. Dies schien auch angedeutet zu sein durch die am 27. September erfolgte Verleihung des Ritterkreuzes des Ordens

Bertholds I. an den durch seine gegensätzliche Stellung zur Centrumspolitik bekannten Geistlichen Rat Lender in Sasbach. Eine politische Bedeutung dieses Akts schien insbesondere hervorzugehen durch Lenders Gegensatz zu Wacker, der offen verkündet hatte, ein paar Sozialisten mehr in der Kammer würden den Staat nicht umwerfen, aber eine kulturkämpferische nationalliberale Mehrheit würde das ganze Land terrorisieren und das Centrum bis aufs Messer bekämpfen.

Die Session des Landtags wurde am 23. November von Dr. Nokk, dem Präsidenten des Staatsministeriums, eröffnet, der in seiner Rede die eingetretene Besserung der Finanzlage hervorhob und eine Beihilfe für Landwirtschaft und Gewerbe in Aussicht stellte. In der zweiten Kammer wurde am 6. Dezember von Wacker (Centr.) ein Antrag auf Einführung des direkten Wahlsystems und auf Änderung der Wahlkreis-Einteilung eingebracht. Eine am 13. Dezember von der Budgetkommission gestellte Anfrage, ob die Gerüchte wegen Gefährdung der Selbständigkeit Badens auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens begründet seien, wurde vom Minister v. Brauer entschieden verneint. Gegen Ende Dezember legte die Regierung in einer Denkschrift dem Landtage die Grundzüge einer schon in voriger Session in Aussicht gestellten Steuerreform vor, wonach die Realabgaben in eine reine Vermögenssteuer umgewandelt werden sollten.

Als die nationalliberale Partei wegen der Abgeordnetenwahl in Lörrach stark angegriffen wurde, machte ihr Führer, der Abgeordnete Fieser, als ein Zeichen, mit welchen Mitteln die katholische Geistlichkeit arbeite, einen Brief bekannt, in welchem der Repetitor am erzbischöflichen Priesterseminar in Freiburg i. Br., Hr. Schofer, im Auftrage des Domkapitulars Schmitt den jungen Vikar Duffner in Bonndorf ersucht hatte, dem „ärgerlichen Lebenswandel" seines „Prinzipals", des allgemein hochangesehenen Pfarrers Honold, der sich nicht als Werkzeug des klerikalen Führers, Geistlichen Rats Wacker, hatte zur Verfügung stellen wollen, nachzuforschen und darüber zu melden, was er erfahren, „selbst von Hörensagen," auch „mehr oder weniger begründete Vermutungen". Der Vorgang machte in weiten Kreisen einen um so übeleren Eindruck, als der Vikar in jenem Schreiben, um den Mut zu einem solchen Spionendienste zu erlangen, ermahnt war, vorher zu Gott und der Jungfrau Maria zu beten.

Dem Großherzoge wurde am 1. Februar bei seiner Rückkehr aus Baden-Baden ein besonders glänzender Empfang in Karlsruhe bereitet. Das großherzogliche Paar wohnte am 22. März der Feier des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. in Berlin bei; bald darnach erhielt die Großherzogin das Großkreuz des preußischen Louisenordens. Kurz nach dem oben erwähnten Besuche des deutschen Kaisers in Karlsruhe starb hier Prinz Wilhelm von Baden, der um drei Jahre jüngere Bruder des Großherzogs, der im Kriege von 1866 die badische Felddivision geführt und 1870 als Befehlshaber der 1. badischen Infanterie-Brigade sich bei Dijon ausgezeichnet, bei Nuits verwundet worden war. Er hinterließ zwei Kinder, den preußischen Rittmeister Prinzen Max und die Erbprinzessin von Anhalt. Am 2. August wies der Großherzog in einem Schreiben an den Abgeordnetentag des badischen Militärvereins darauf hin, daß man sich die Interessen des Reichs und des Landes nicht im Gegensatz denken dürfe; bei der Vorfeier zur Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I. in Karlsruhe hob der Großherzog wiederum, wie schon bei so manchen früheren Gelegenheiten, im Trinkspruch beim Festmahle hervor, daß jedermann darnach trachten müsse, die nationalen Errungenschaften von 1870—71 zu erhalten. Am 23. Oktober brachte der Hofbericht der amtlichen „Karlsruher Zeitung" die ungewöhnliche Mitteilung, die großherzoglichen Herrschaften hätten die Absicht gehabt, nach Darmstadt zu reisen, um dem Czaren und der Czarin einen Besuch abzustatten, der Großherzog habe aber auf Anfrage die Antwort erhalten, der Czar könne den Besuch nicht mehr empfangen, weil er schon über die Tage bis zu seiner Heimreise verfügt habe. Der Großherzog schien sich hierdurch beleidigt zu fühlen, und die Presse erging sich mehrere Tage lang in Vermutungen über den Grund anscheinend vorhandener Zerwürfnisse, sodann aber verlautete, das Einvernehmen sei wieder hergestellt; Bestätigung schien dies durch die im November erfolgte Errichtung einer eigenen russischen Gesandtschaft in Karlsruhe zu finden.

Am 16. Februar fand in Bretten eine Feier von Melanchthons 400-jährigem Geburtstag statt. Der Präsident des Oberkirchenrats, Wielandt, richtete im Oktober an den Präsidenten des preußischen Oberkirchenrats, Barkhausen, ein Schreiben voll wärmster Zustimmung zu dessen energischer Zurückweisung der im päpstlichen Rundschreiben

gegen Luther und die Reformation gerichteten „Verunglimpfungen". Großes Aufsehn erregte eine am 20. Juli vom katholischen Geistlichen Bunkofer in Wertheim veröffentlichte Erklärung über seinen Austritt aus der katholischen Kirche. Er habe, sagte er in seinem Schreiben an das erzbischöfliche Kapitelsvikariat, fortgesetzt die Erfahrung gemacht, „wie die vom Vatikanismus durchdrungene römische Kirche vielfach auch auf der Kanzel den Geist Jesu Schritt für Schritt zurückdrängt."

Am 21. Juli starb in Renchen Amand Gögg, Finanzminister der provisorischen Regierung Badens 1848—49, 77 Jahre alt.

Der am 10. Februar vom Großherzog Ernst Ludwig von **Hessen** mittels Thronrede eröffnete Landtag genehmigte Gesetzentwürfe über die Bildung einer besonderen Verwaltung der Staatsschulden, welche bis auf 60 Millionen M. gestiegen waren, und wegen Umwandlung der 4% Staatsanlehn in $3\frac{1}{2}$ %. Der Etat für 1897—1900 enthielt als ordentliche Ausgaben 37316000 M. fürs Jahr und schloß mit einem Überschuß von 2411000 M. ab. Dabei stellte sich heraus, daß die an die Verstaatlichung der Ludwigsbahn und den Eisenbahnvertrag mit Preußen geknüpften finanziellen Erwartungen sich erfüllt hatten, denn während der Staat bisher etwa 120000 M. zu den Staatseisenbahnbetrieben hatte zuschießen müssen, betrug jetzt Hessens Anteil an dem sich auf rund 478497900 M. belaufenden Überschusse der hessisch-preußischen Eisenbahn-Finanzgemeinschaft 9774990 M., und mit Rücksicht auf die zu erwartenden Steigerungen der Betriebsüberschüsse sah das Budget für die nächsten drei Jahre durchschnittlich 10227000 M. Überschuß vor. Die bisherigen Mehreinnahmen ermöglichten bereits die Einstellung von 600000 M. zur Durchführung einer neuen Gehaltsordnung der Beamten nach dem Grundsatze des Gruppen- und Dienstaltersstufen-Systems, nachdem der betreffende Gesetzentwurf vom Landtage genehmigt war, demzufolge auch die Witwen- und Waisenkassenbeiträge wegfallen und kein Beamter eine Verkürzung in seinem bisherigen Gehalt nebst Nebenbezügen erleiden darf.

Am 25. April wurde ein mit Preußen geschlossener Vertrag über die Fortführung der Kanalisation des Mains oberhalb Frankfurt bis Offenbach veröffentlicht, was für diesen Industrieplatz

von großer Wichtigkeit ist, der in Lederwaren, chemischen Erzeugnissen, Eisenguß- und Wagenfabrikation bedeutenden Handel nach dem Auslande treibt.

Bemerkenswert waren einige Vorgänge auf kirchlichem Gebiete. Bischof Haffner von Mainz empfahl in seinem Fastenhirtenbriefe den Katholiken, mit Rücksicht auf die 1898 bevorstehenden Kammerwahlen, Anschluß an die Centrumspartei, weil „die herrschenden Parteien" mit dem noch nicht beendeten sogen. Kulturkampfe „die Vernichtung der katholischen Religion erstrebten", und weil „die Hauptquelle der Volksvergiftung die liberale politische Gewaltherrschaft" sei, „welche die Ehe entheiligt, die Schule entchristlicht und den Frieden des christlichen Lebens stört." Anderseits wurde eine solche Störung vom evangelischen Oberkonsistorium in dem vom Papste zum Canisius-Jubiläum erlassenen Rundschreiben erblickt. Als die erste derartige Behörde in Deutschland richtete es daher am 10. September an die Pfarrämter ein Ausschreiben, in welchem die Anstoß erregenden Worte des Papstes nach Maßgabe der Uebersetzung im „Mainzer Journal", dem halbamtlichen Organe des Bischofs, mit dem Bemerken angeführt wurden, daß sie dort durch Sperrdruck recht augenscheinlich gemacht worden seien. Gegen eine solche Beschimpfung, aus welcher sicherlich nur unheilvolle Früchte ersprießen würden, werde hiermit ein öffentliches Zeugnis abgelegt. Hiergegen richtete sich am 18. September jenes bischöfliche Blatt mit der Behauptung, daß ein Reformator, der mit sich selbst unzählige Male in heillosesten Widersprüche geraten sei, dem die Demut gemangelt habe, „der aber vor Hochmut förmlich platzte," der sich nicht gescheut habe, die Bibel zu verfälschen, die Fackel der Zwietracht in das Vaterland geworfen habe und die Hauptschuld am brudermörderischen Kriege trage, unmöglich ein gottgesandter Erneuerer kirchlichen Lebens sein könne. Und im Anschluß an das päpstliche Rundschreiben erließ Bischof Haffner am 17. September einen Hirtenbrief, wonach die Worte des Papstes höchst beachtenswert seien in einer Zeit, in welcher ein dem Christentum und der Kirche feindlicher Geist sich der Schule bemächtigt habe und namentlich in den höheren Stufen des Unterrichts „der nackte Unglaube zur Herrschaft gelangt" sei. Auf der anderen Seite hob der hessische Hauptverein des evangelischen Bundes im Oktober in einem

Schreiben an das Oberkonsistorium hervor, daß dasjenige, was sich jüngst der Papst „an Schmähungen der hehrsten Überzeugungen und heiligsten Güter der evangelischen Kirche erlaubt hat, alle die zahlreichen, in letzter Zeit von Rom ausgegangenen Kränkungen des protestantischen Glaubens an Maßlosigkeit übersteigt". Nicht länger sei es zu ertragen, daß das auswärtige Haupt der deutschen Katholiken ohne entrüsteten Widerspruch der berufenen Stellen den Mann so maßlos schmähen dürfe, dem Deutschland im letzten Grunde seine Weltstellung verdanke.

Der am 7. Dezember auf kurze Zeit wieder zusammengetretene Landtag genehmigte ein Gesetz wegen Einrichtung eines Staatsschuldbuchs.

Der Landtag des Großherzogtums **Sachsen-Weimar** genehmigte am 12. März ein neues Einkommensteuergesetz, durch welches die Lasten gleichmäßiger verteilt, Härten beseitigt und Entlastungen geschaffen wurden; für die Einkommen von 3000 M. aufwärts wurde die Selbsteinschätzung eingeführt. Am 23. März starb die Großherzogin Sophie, Tochter des 1849 verstorbenen Königs Wilhelm II. der Niederlande, im 74. Lebensjahre und nach 55jähriger Ehe, eine der ausgezeichnetsten deutschen Fürstinnen, die vieles für Schulen, Hospitäler, wohlthätige und Kunstanstalten gethan hatte. Zum Leichenbegängnis am 29. März erschienen Kaiser Wilhelm, der König von Sachsen, die Regenten von Mecklenburg-Schwerin und Braunschweig sowie eine Mehrzahl sonstiger Fürstlichkeiten. Auf dem Wartenberge bei Eisenach wurde am 8. Juni feierlich der Grundstein zu einem Denkmal gelegt, welches die deutschen Burschenschafter dem Kaiser Wilhelm I., dem Großherzoge Karl August als dem Stifter der Burschenschaft und den im Kampfe für Deutschlands Einheit gefallenen Burschenschaftern zu errichten gedenken. Den erschienenen 300 alten Burschenschaftern, welche sich im Zuge nach dem Wartenberge begaben, wehte die schwarz-rot-goldene Burschenschaftsfahne voran, die 1816 am zweiten Jahrestage der Einnahme von Paris von Jenaer Frauen und Jungfrauen geschenkt war. Nach der Weiherede und nach Professor Onckens Verlesung der in den Grundstein zu legenden Urkunde wurde ein Schreiben mitgeteilt, in welchem das Interesse des Kaisers an diesem Werke zum Ausdruck kam. — Am 8. Dezember starb in Schwerstedt der langjährige Landtagsabgeordnete Wirkl. Geh. Rat v. Helldorf.

In der großherzoglichen Familie von **Mecklenburg-Schwerin** traten einige Änderungen ein. Die 18jährige Herzogin Alexandrine, älteste Tochter des regierenden Großherzogs, verlobte sich Ende März mit dem 27jährigen Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, ältestem Sohne des Kronprinzen Friedrich von Dänemark. Der Großherzog Friedrich Franz III., welcher seines asthmatischen Leidens wegen schon seit Jahren den Winter und das Frühjahr zu Cannes in Südfrankreich zugebracht hatte, starb hier plötzlich am 10. April, nachdem er, wie es in einer Bekanntmachung des Staatsministeriums hieß, wegen großer Atemnot frische Luft suchend, abends in sehr geschwächtem Zustande in den Garten seiner Villa getaumelt und über die nur wenige Schritte von der Thür entfernte niedrige Umfassungsmauer auf die in bedeutender Tiefe darunter führende Straße gestürzt und mit verletztem Rückgrate aufgefunden war. Er hatte ein Alter von nur 46 Jahren erreicht und hinterließ aus seiner Ehe mit der Großfürstin Anastasia Michaelowna drei Kinder, die obengenannte Herzogin Alexandrine, die Herzogin Cäcilie und den nunmehrigen Großherzog Friedrich Franz IV., geboren 1882 in Palermo. Da dieser am Tage vor dem Ableben seines Vaters erst das 15. Lebensjahr vollendet, des Verstorbenen nächstjüngerer Bruder aber, der im 45. Lebensjahr stehende katholische Herzog Paul Friedrich, auf das Thronfolgerecht verzichtet hatte, so übernahm der zweitjüngere Bruder, der im 41. Lebensjahr stehende Herzog Johann Albrecht, Schwiegersohn des Großherzogs von Sachsen, sofort die Regentschaft für den minderjährigen Landesherrn und kündigte dies am 11. April durch Proklamation dem Lande an. Der Regent war schon bisher als Freund der deutschen Kolonialfragen und seit Herbst 1894 als Präsident der deutschen Kolonialgesellschaft rühmlichst bekannt. Den dritten dieser Brüder, den 26jährigen Herzog Friedrich Wilhelm traf das schon oben berührte herbe Geschick, indem er am 22. September als Befehlshaber des deutschen Torpedoboots Nr. 26 mit diesem vor der Elbmündung unterging. Der am 11. November in Sternberg zusammengetretene Landtag beider mecklenburgschen Großherzogtümer lehnte die 2900000 M. betragenden Kosten für den Bau eines Kanals von Wismar nach Schwerin ab, genehmigte aber eine Verordnung wegen Vermehrung des mittleren und kleinen Grundbesitzes. Ein

Gesuch, den in den Besitzungen der Landesklöster und der Ritterschaft wohnenden Bauern das Recht der Aufnahme von Hypotheken auf ihre Grundstücke zu verleihen, wie es die Erbpächter im Domanium besitzen, wurde vom Landtage zurückgewiesen, der sodann am 18. Dezember geschlossen wurde.

Aufsehen erregte ein Aufsatz im „Mecklenb. Schulblatt" gegen den Naturkundeunterricht in der Volksschule. Es hieß da nämlich: „Hüte Dich vor dem ersten Schritt, noch stehst du unberührt von dem falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfaßt er nach und nach die ganze Hand, Du bist ihm rettungslos verfallen, mit geheimnisvoller Zauberkraft führt er Dich an den Baum der Erkenntnis; wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld".

Der im vorigen Jahre im Großherzogtum **Oldenburg** zwischen Landtag und Regierung entstandene heftige Streit wurde am 16. Januar dadurch beigelegt, daß die Regierung in einem der beiden Streitpunkte nachgab und darauf der Landtag die Meinungsverschiedenheit bezüglich des anderen Punktes nicht weiter trieb. Demgemäß sollte also nun das Eisenbahnwesen umgestaltet und vom Ministerium des Innern getrennt werden; dagegen blieb der Justizminister Flohr, obwohl ihm die stärkere Mißtrauenserklärung des Landtags gegolten hatte, wie auch der angeblich unerfahrene Theologe im Amte, den der Minister, im behaupteten Widerspruche mit den in seinem Namen dem Landtage gegebenen Zusagen, mit der eigens für einen pädagogischen Fachmann geschaffenen Stelle im höheren Schulwesen betraut hatte. Der Landtag sah sich auch, gegen seinen Wunsch, genötigt, am 3. März dem Entwurfe eines Volksschulgesetzes zuzustimmen, weil er die Reform der Lehrerbezüge nicht aufgeschoben sehen wollte. Der 70. Geburtstag des von der Bevölkerung sehr verehrten Großherzogs Peter wurde im ganzen Lande mit besonderer Feier begangen. Dem Erbgroßherzoge August, der sich im vorigen Jahre mit der Prinzessin Elisabeth, Tochter des verstorbenen Großherzogs Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin, wieder vermählt hatte, wurde am 10. August ein Sohn, Prinz Nikolaus, geboren. Die Freude hierüber war im ganzen Lande groß, weil der Erbgroßherzog aus seiner ersten Ehe mit der Prinzessin Elisabeth, Tochter des Prinzen Friedrich Karl von Preußen, nur eine Tochter besitzt, der zweite Sohn des Großherzogs,

Georg, unvermählt ist und sonstige erbberechtigte Prinzen aus dieser Linie des Fürstenhauses nicht vorhanden sind, mithin der Fall sehr nahe lag, daß der Thron dereinst auf die schon lange in Rußland lebende Linie überginge, deren thronberechtigte Mitglieder als Deutschland und deutschem Wesen völlig entfremdet gelten.

Im Herzogtum **Braunschweig** hat zwar während der 13 Jahre seit dem Ableben des Herzogs Wilhelm eine Welfenpartei öfters Kundgebungen erlassen; seit langer Zeit jedoch machte sie nicht soviel von sich reden, als im laufenden Jahre. Ein Organ dieser Partei glaubte im Februar freudig darauf hinweisen zu sollen, daß sie einen bedeutenden Aufschwung genommen habe, und die „Brunonia", Organ der Welfenpartei milderer Art, verlangte im März die Einsetzung eines Schiedsgerichts wie in Lippe zur Lösung der braunschweigschen „Thronfolgefrage". Weiterhin wurde auf einem im Mai in Braunschweig stattfindenden Parteifeste der „Rechtspartei" vom Festredner gemahnt, die Worte des Kaisers „Recht muß doch Recht bleiben" zu beherzigen und deshalb unausgesetzt für das Recht des Herzogs von Cumberland einzutreten. Ein anderer Redner, Graf Schulenburg-Hehlen, erinnerte an einen Ausspruch des Kaisers: „Ehrlos, wer seinen König verläßt"! In diesem Sinne sollten die Braunschweiger treu zu ihrem „verbannten" Fürstenhause halten; man dürfe nicht ohne Hoffnung sein, denn zur Hundertjahrfeier habe Fürst Bismarck nicht einmal einen Glückwunsch des Kaisers erhalten; daraus sei zu ersehen, daß nicht alle Handlungen des Fürsten dem Vaterlande zum Segen gereicht hätten. Sodann wurde Anfang Juli von der zu Harzburg tagenden „Vaterländischen Vereinigung des Herzogtums Braunschweig" an die Landtagsabgeordneten das Ersuchen gerichtet, in der nächsten Tagung des Landtags die Thronfolgefrage aufzunehmen. In der Begründung wurde davon ausgegangen, daß der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, wodurch der Herzog von Cumberland an der Ausübung der Regierung für behindert erklärt wurde, durch das vor Aufhebung des Welfenfonds vom Herzog an den Kaiser gerichtete Schreiben hinfällig geworden sei; unbeschadet aller Hochachtung und Dankbarkeit für den Regenten, Prinzen Albrecht von Preußen, sei es der lebhafteste Wunsch weitester Kreise des Landes, „daß unser angestammter Herzog recht bald den Thron seiner Väter besteigen möge". Neue Nahrung wurde diesen

Bestrebungen zu Teil durch ein am 8. Oktober vom Herzog Ernst August aus Gmunden an den hannoverschen Rittmeister a. D. v. Reden gerichtetes Schreiben, worin er die ihm und seiner Gemahlin anläßlich der Feier der Konfirmation ihres ältesten Sohnes in Gmunden „aus Hannover zugegangenen zahlreichen Beweise der Liebe und Anhänglichkeit" mit Dank und mit dem Bemerken beantwortete, er erwidere diese Treue aus warmem Herzen und in dem Bewußtsein, damit eine heilige Pflicht für sich und sein Haus zu erfüllen; er danke Gott, welcher dieses Band bisher kräftig erhalten habe, und bitte ihn, daß er es auch ferner stärken und dereinst nach seiner Gnade diese Treue lohnen wolle. Die welfischen Organe veröffentlichten dieses Schreiben in großem Sperrdruck sowie ohne Bemerkung und wohl in der Unterstellung, die Worte des Herzogs könnten nur den Sinn haben, daß er die auf Wiederherstellung des Königreichs Hannover gerichteten Bestrebungen billige und fördere. Die „Braunschweiger Landeszeitung" vertrat hierauf, unter Berufung auf den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, den Standpunkt, daß, wenn der Herzog oder sein Sohn die Reichsverfassung und den preußischen Besitzstand anerkennten, ein Grund zur Ausschließung von der Erbfolge in Braunschweig nicht mehr vorliege, eine Ansicht, die jedoch gerade aus jenem Beschlusse durchaus nicht folgt. Das hannoversche Welfenblatt aber fühlte sich jetzt dermaßen ermutigt, daß es Ende Oktober zum Geburtstage des Prinzen Georg Wilhelm, ältesten Sohnes des Herzogs von Cumberland, einen begeisterten Huldigungsartikel für „unser angestammtes Fürstenhaus und sein Volk" brachte, unter Hervorhebung der glänzenden Eigenschaften dieses Prinzen, was im Hinblick auf die Hoffnungen, welche das Volk auf ihn als den Erbprinzen des Welfenhauses so ganz besonders setze, auch von ganz besonderem Werte sei. Allen diesen welfischen Kundgebungen trat die Regierung im Anfange des November durch einen Erlaß an die Vorstände der Behörden entgegen, wonach diese den Beamten eröffnen sollten, daß ihre Zugehörigkeit zu den sog. vaterländischen d. h. welfischen Vereinigungen mit den allgemeinen Dienstpflichten unvereinbar sei. Weiterhin ließ die Regierung Anfang Dezember darauf aufmerksam machen, daß die welfische Agitation mit Unrecht die Meinung hervorgerufen habe, als bestehe die Regentschaft zu Unrecht; daß der älteste Sproß des Hauses Braunschweig zur

Thronfolge berufen sei, wäre auch jetzt noch unbestritten, eine Änderung des bestehenden Zustandes könne aber nur von Preußen und dem Bundesrate ausgehen.

Im Herzogtum **Sachsen-Koburg-Gotha** gab es lebhafte Verhandlungen zwischen Regierung und Landesvertretung. In einigen Punkten kam es zum Ausgleich, in anderen jedoch nicht. Dem namentlich von der Stadt Gotha geltend gemachten Wunsche nach Abzweigung des Herzogtums Gotha von dem Meininger Schwurgerichtsbezirke und nach Errichtung eines besonderen Schwurgerichts in Gotha, unter Anschluß des jetzt ebenfalls zu jenem Bezirke gehörenden Weimarschen Bezirks Eisenach, wurde im März durch Vorlage an den gemeinschaftlichen Landtag nachgegeben. Nachdem ferner im März der Koburgsche Landtag den Wunsch nach Aufhebung einer Ministerial-Instruktion von 1894 ausgesprochen, auch vom Minister v. Strenge darauf erklärt worden war, daß diese Aufhebung in Aussicht genommen sei, ließ es der Landtag dabei nicht bewenden, sondern bat um alsbaldige Änderung. Darauf wurde vom Herzoge Anfang April die Instruktion für Koburg mit dem Bemerken aufgehoben, daß nunmehr die Streitigkeit völlig beigelegt sein werde. Am 7. April lehnte der gemeinschaftliche Landtag einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab, nachdem der Minister v. Strenge erklärt hatte, daß die Regierung zwar einer Reform des Wahlgesetzes geneigt sei, daß sie aber auf indirekter Wahl und öffentlicher Abstimmung bestehen müsse. Ende Juni kam es zu einem Streite über die Dauer der Etatsperioden. Die Landtagskommission sprach sich für Herabsetzung der 4jährigen in 2jährige Perioden aus, und ihr Berichterstatter führte im Landtage aus, daß keine der bedeutenden Erwartungen, welche an die vor 6 Jahren erfolgte Ernennung eines neuen Ministers geknüpft waren, sich erfüllt hätten. Minister v. Strenge trat einer Verkürzung der Perioden mit dem Bemerken bestimmt entgegen, daß die Regierung keinen Konflikt wünsche. Der Abg. Liebetrau, Oberbürgermeister von Gotha, erklärte hierauf, die Regierung leide gewissermaßen an einer Systemlosigkeit, und es beständen große Mißstände, z. B. wegen des Beschwerdewegs; solche Zustände gebe es nicht einmal in Mecklenburg und Reuß ä. L. Hierauf wurde der Kommissionsantrag, mithin eine Mißtrauenserklärung,

einstimmig angenommen. Heftiger waren die Auseinandersetzungen mit dem Minister v. Strenge über die Kosten des Erweiterungsbaues des Domänengasthofs in dem viel besuchten Luftkurorte Oberhof. Der Landtagsausschuß hatte die ohne Zustimmung des Landtags erfolgte Ausführung des Baues getadelt, die Regierung hatte erwidert, die Kosten seien aus der Vermögenssubstanz der Domäne gedeckt worden, worüber der Landtag nicht mitzubeschließen habe; aber alle Redner ohne Unterschied der Parteien traten am 6. Juli den Rechtfertigungsversuchen v. Strenges entgegen, Liebetrau mit dem Bemerken, daß ein Vertragsbruch vorliege, Bock mit der Behauptung einer gewaltsamen Gesetzesauslegung. Schließlich erklärte der Landtag die Ausführung des Baues für ungesetzlich und legte Verwahrung gegen die Bestreitung der Kosten aus Domänenmitteln ein. Der am 25. Juli veröffentlichte Etat beider Herzogtümer für 1897—99 wies, bei 2 994 148 M. Ausgaben, einen Fehlbetrag von 675 815 M. auf.

Die 16jährige Prinzessin Dorothea aus der katholischen Nebenlinie von Koburg-Kohary verlobte sich im April mit dem Herzoge Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Die Braut ist die Tochter des österreichischen Feldmarschallleutnants Prinzen Philipp, Bruders des Fürsten von Bulgarien, und der Prinzessin Louise, Schwester des Königs der Belgier.

Im Landtage des Herzogtums **Sachsen-Meiningen** ertönte am 4. Februar bei der Etatsberatung ein bemerkenswerter Notschrei über die durch die Bedürfnisse des Reichs herabgegangenen Finanzen des Landes. Der Abg. Trinks machte darauf aufmerksam, daß die an das Reich zu leistenden Matrikularbeiträge im Laufe der Jahre sich immer mehr erhöht hätten; in den Jahren 1884—86 hätten sie 330000 M. betragen, während jetzt 1809770 M. einzustellen seien; und umgekehrt wären die Überweisungen aus der Reichskasse an die Einzelstaaten zurückgegangen; dieser Zustand werde auf die Dauer als unerträglich angesehen. Der Geh. Staatsrat Ziller konnte nur erwidern, es sei völlig ungewiß, wie sich künftig das Verhältnis zwischen den Matrikularbeiträgen und den Überweisungen gestalten werde; in den Einzellandtagen müsse das Bedürfnis allerdings zur Sprache gebracht werden, wodurch vielleicht im Reichstage eine günstigere Ansicht erwirkt werde. Es hatte einst über die Grenzen des Landes hinaus Aufsehen erregt, daß die Regierung das

vom Magistrate von Saalfeld erlassene Verbot der sozialdemokratischen Maifeier aufgehoben hatte; deshalb stellten am 10. Februar mehrere Abgeordnete im Landtag die Anfrage, welche Anschauungen und Erwägungen die Regierung hierzu veranlaßt hätten. Der Abg. für Saalfeld, Trinks, führte aus, daß die beabsichtigten Umzüge eine Aufreizung der bürgerlichen Parteien enthielten, und daß es höchste Zeit sei, den Agitationen der Sozialdemokratie, welche im Gemeinderate von Saalfeld die Macht bereits teilweise in der Hand habe, entschieden zu bekämpfen. Die Antwort des Vertreters der Regierung, des Staatsrats v. Butler, ging dahin, sie habe keine Veranlassung, ihre Handlungsweise zu bereuen oder zu beschönigen; sie werde zwar nicht zögern, Ungesetzlichkeiten mit allem Nachdruck entgegenzutreten, bis jetzt sei aber das Gesetz nicht verletzt worden, das Verbot der Maifeier enthalte daher eine ungerechte Beeinträchtigung gleichberechtigter Staatsbürger. Hiermit konnte sich Zeitz nicht einverstanden erklären, weil die Sozialdemokratie gar kein Recht auf dieselbe Behandlung wie die anderen Parteien besitze. Das Schlußwort dieses Redners „Landgraf werde hart!" wurde im Landtag und im Zuhörerraume mit stürmischem Beifall aufgenommen, worauf der Staatsrat v. Butler wiederholte, daß das Verbot des Umzugs eine gesetzlich nicht zu rechtfertigende Maßregel gewesen sei und daß man diese Bewegung überhaupt nicht mit polizeilichen Maßnahmen einzudämmen vermöge. Die Verhandlung endete damit, daß der freisinnige Abg. Thomas das Verhalten der Regierung billigte. Endlich wurde im Landtage am 12. Februar eine kleine Änderung des Landtags-Wahlgesetzes zu gunsten der Großgrundbesitzer abgelehnt.

Zum 100. Geburtstage Kaiser Wilhelm I. bestimmte der Herzog Georg für die kirchliche Feier die Behandlung eines Spruches aus Jesus Sirach 10,5, worin es heißt: „Es stehet in Gottes Händen, daß es einem Regenten gerate; derselbe giebt ihm einen löblichen Kanzler." Die Prinzessin Feodora, Tochter des Erbprinzen Bernhard, verlobte sich, 18 Jahre alt, am 2. April in Wien mit dem 33jährigen Prinzen Heinrich XXX. aus dem ersten apanagierten Aste der fürstlichen Familie von Reuß j. L.

Die Wahlen zum Landtage fielen am 28. Oktober auf 6 National-Liberale, 4 Sozialdemokraten, 3 Agrarier, und einen Freisinnigen.

Der Landtag des Herzogtums **Sachsen-Altenburg** lehnte einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ab, erklärte sich aber bereit zu einer Änderung des jetzigen umständlichen Wahlverfahrens; er genehmigte ferner eine an das sächsische Recht sich anlehnende Städteordnung, ein Gesetz über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage sowie eine Gesindeordnung. Prinz Ernst, Sohn des Prinzen Moritz, Bruders des Herzogs, verlobte sich mit der Prinzessin Adelheid, Tochter des Prinzen Wilhelm von Schaumburg-Lippe. In Schloß Hummelshain starb am 23. Oktober die Herzogin Agnes, eine Prinzessin von Anhalt, welche sich 1853 mit dem Erbprinzen, jetzigen Herzoge Ernst, vermählt hatte. Dem am 25. November wieder eröffneten Landtage wurde eine Änderung des Wahlgesetzes und ein Steuergesetz in Aussicht gestellt; es kam jedoch nur zur Vorlegung eines Ergänzungssteuergesetzes, nach dessen Ablehnung am 22. Dezember der Landtag geschlossen wurde.

Aus dem Fürstentume **Reuß ä. L.** liegt, abgesehen von dem (S. 72) oben bei Erwähnung der kaiserlichen Hundertjahrfeier erwähnten Vorfalle, nichts Bemerkenswertes vor. Die Greizer Fahnen-Angelegenheit fand, nach Mitteilung der „Nordd. Allg.-Ztg." v. 11. April, ihre Erledigung dadurch, daß der regierende Fürst Heinrich XXII. gleich nach seiner Rückkehr aus dem Süden in einem eigenhändigen Schreiben an den Kaiser sein lebhaftes Bedauern über das Vorkommnis ausgedrückt und dieser ihm hierfür brieflich Dank gesagt hatte. Der Fürst war auch ferner eifrig darauf bedacht, preußenfeindlichen Kundgebungen in seinem Lande entgegenzutreten, so in mehreren Verfügungen und durch sein Erscheinen in preußischer Generalsuniform, als ihm die Militärkapelle am 21. August ein Ständchen brachte. Eine in Greiz geplante Versammlung von Österreichern, in welcher von der bedrängten Lage der Deutschen in Österreich geredet werden sollte, wurde am 4. September verboten.

Der Landtag des Fürstentums **Reuß j. L.** hob am 12. März die Bestimmung des Vereinsgesetzes auf, daß politische Vereine mit einander nicht in Verbindung treten dürfen, und genehmigte eine Reihe von Vorlagen, worunter die eines Jagdgesetzes, dessen § 1 lautete: „Das Jagdrecht ist ein Ausfluß des Grundbesitzes". Der Erbprinz Heinrich XXVII. wurde am 7. April in Schleiz

wegen seiner in der Greizer Fahnenangelegenheit erlassenen patriotischen Kundgebung von einer großen Volksmenge aufs lebhafteste begrüßt. Am 7. Mai starb in Gera der frühere Minister Vollert.

Was das Fürstentum **Schwarzburg-Rudolstadt** betrifft, so vermählte sich am 25. Januar der im vorigen Jahre durch Gesetz als ebenbürtiges Mitglied des schwarzburgischen Fürstenhauses anerkannte Prinz Sizzo mit der Prinzessin Alexandra, jüngsten Tochter des Herzogs von Anhalt, nahm Wohnung in seinem Schlosse Hartau bei Dresden und wurde im Juli, bei einer Reise durch das Rudolstädter Land, von der Bevölkerung mit großen Ehren empfangen. Die vom Vororte des „Kyffhäuserkomitees" geplante Herstellung einer „deutschen Nationalfeststätte" im Kyffhäusergebirge wurde von der Regierung nicht genehmigt, weil sie sich geradezu verpflichtet fühle, „das bestehende großartige Naturbild als würdigstes Zubehör des erhabenen Kaiserdenkmals gegen ein solches Vorhaben zu schützen".

Der Landtag des Fürstentums **Schwarzburg-Sondershausen** genehmigte Vorlagen über Besteuerung des Wandergewerbes und der Versicherungsanstalten.

Der am 27. Oktober in Arolsen eröffnete Landtag der Fürstentümer **Waldeck** und Pyrmont genehmigte einen Gesetzentwurf, nach welchem bei der Klassensteuer Zwischenstufen eingeschaltet und eine dritte Beschwerde-Instanz geschaffen werden sollte. Ferner ersuchte er den Landesdirektor, bei der preußischen Regierung wegen Gehaltsgleichstellung der waldeckschen mit den preußischen Staatsbeamten vorstellig zu werden.

Im Fürstentum **Lippe** wurde mit steigender Spannung dem Urteilsspruche des am 30. Oktober 1896 zum erstenmal in Dresden zusammengetretenen Schiedsgerichts in der Thronfolgefrage entgegengesehen. Obwohl beide Streitteile ihre ausreichende Vertretung beim Schiedsgericht hatten, wurden noch im März und Juni Schriften zur Stütze der Ansprüche des Fürstenhauses von Schaumburg-Lippe veröffentlicht; in dem einen Falle von Dr. v. Kekulé, einem Mitgliede des preußischen Heroldsamts, welcher ausführte, daß der Vater der M. v. Unruh, der Stammmutter der Grafen zu Lippe-Biesterfeld, jener Familie des niederen Adels nicht angehört habe, eine Schrift, welche Professor Kahl in Berlin öffentlich als nicht erwidernswert erklärte, weil Kekulé Schriftstücke, welche lediglich zur Kenntnis der

am Schiedsgerichtsverfahren beteiligten Richter und Parteien bestimmt gewesen, benutzt und zitiert habe; in dem anderen Falle von Justizrat Reuling, welcher ein von ihm auf Veranlassung des Fürsten von Schaumburg-Lippe ausgearbeitetes Gutachten veröffentlichte. Am 22. Juni gab das aus 6 Mitgliedern des Reichsgerichts unter Vorsitz des Königs von Sachsen bestehende Schiedsgericht einstimmig seinen Spruch dahin ab, daß nach Erledigung des gegenwärtig vom Fürsten Karl Alexander innegehabten Throns des Fürstentums Lippe Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld zur Regierungsnachfolge berechtigt und berufen sei. Der Spruch war darauf gegründet, daß in den deutschen gräflichen und neufürstlichen Häusern die Ehe eines männlichen Mitglieds mit einer Dame von niederem Adel eine ebenbürtige sei, und daß für das Haus Lippe weder ein abweichendes Herkommen noch ein abweichendes Hausgesetz bestehe; die viel umstrittene Ehe des Großvaters des Grafen Ernst mit M. v. Unruh sei eine ebenbürtige, denn ihre Eltern seien der preußische General K. Ph. v. Unruh und eine geborene v. Kameke gewesen.

Nachdem dieses Erkenntnis am 10. Juli beiden Streitteilen zugestellt war, hatte der seit dem 20. März 1895 andauernde Thronfolgestreit sein Ende erreicht. Der bisherige Regent, Prinz Adolf zu Schaumburg-Lippe, legte infolge dessen sofort die Regentschaft nieder und verabschiedete sich von der Bevölkerung in einem freundlich gehaltenen Erlasse. Den Abschied nahm des Prinzen bisheriger Berater, Minister v. Oertzen, der, wie die „Köln. Ztg." behauptete, bei der Verabschiedung des Prinzen Adolf von den Beamten ein an diesen von dem Kaiser gerichtetes Telegramm verlesen habe, in welchem die Worte enthalten gewesen seien: „Deine Regentschaft ist gewiß für das schöne Land ein Segen gewesen; einen besseren und würdigeren Herrn und auch Herrin wird Detmold nie wieder erhalten". In der Presse wurde es Herrn v. Oertzen verdacht, daß er ein offenbar rein privates Telegramm veröffentlicht habe, worauf dieser in lippeschen Blättern erwiderte, es sei absurd, in jenen Worten eine Spitze gegen den Grafen Ernst oder das Schiedsgericht finden zu wollen. Der neue Regent erließ von seinem bisherigen Wohnsitze, dem Schlosse Neudorf im Posenschen, eine Ansprache mit der Mitteilung seiner Übernahme der Regentschaft und eine Danksagung für die ihm bereits zugegangenen Zeichen der Sympathie. Auch

seine 80jährige Mutter Adelheid, geb. Gräfin v. Castell-Castell, erließ, bevor sie das Land Lippe betrat, eine Danksagung für die von demselben ihrer Familie bewiesene Treue. Nachdem auch die übrigen Mitglieder der gräflichen Familie in Detmold angelangt waren, hielt der neue Regent von Schieder aus, in dessen Nähe das zu Rischenau gehörende Jagdschlößchen Biesterfeld liegt, seinen festlichen Einzug in das Land. Die Fahrt ging über die Höhen und Senkungen des Teutoburger Waldes mit dem Ausblicke auf die vom Standbilde Hermanns des Befreiers überragten bewaldeten Berge. In allen Ortschaften läuteten die Glocken, wehten die Fahnen, jubelte die Bevölkerung, sangen die Kinder Dankeslieder. In langsamem Trabe bewegte sich der Festzug über Wöbbel und Belle nach Bad Meinberg, wo die erste ländliche Huldigung stattfand; in der alten Stadt Horn wurde das gräfliche Paar von 20 Hünengestalten, Bürgern in altertümlichem Gewande mit Riesenschwertern empfangen, und auf dem Marktplatze, nach patriotischen Gesängen, vom Bürgermeister angeredet. Den Höhepunkt erreichte der Festjubel in Detmold, das in einem Walde von Fahnen und Laubgewinden glänzte. Die Bürgerschaft, die Turner, Kriegervereine bildeten Spalier, und durch diese freudig bewegten Massen fuhr der Wagen des Grafen nur langsam unter dem Geläute aller Glocken. Im Schloß trat dem Grafen seine alte Mutter entgegen, die ihm den Segen gab, sodann begrüßte ihn seine ganze Familie, und auf besondere Einladung, sein Rechtsbeistand, Prof. Kahle. Am Abend brachte die Bürgerschaft einen Fackelzug. Die erste Handlung des Regenten bestand in der Anordnung eines Gottesdienstes zum 18. Juli, die zweite in der Verleihung des lippeschen Ehrenkreuzes erster Klasse an seine Söhne und an Prof. Kahle, dessen Verdienste er bei der Tafel im Schlosse mit dem Bemerken hervorhob, diesem seinem Freunde sei es in erster Linie zu danken, daß in der Thronfolgefrage Recht doch Recht geblieben sei. Prof. Kahle sagte in einer längeren Erwiderungsrede, er habe unter schwierigen Verhältnissen die beste Kraft daran gesetzt, um der gerechten Sache zum Siege zu verhelfen; daß es ihm gelungen, verdanke er, nächst Gott, dem Könige von Sachsen und den Mitgliedern des Schiedsgerichts; der lippesche Thronstreit habe für das deutsche Volk einen großen Ertrag abgeworfen, denn er habe den Glauben und das Vertrauen in die sieghafte Macht des Rechts

gestärkt. Der Regent legte am 21. Juli den Eid auf die Verfassung feierlich ab und ernannte zu seinem leitenden Minister den Regierungsrat Miesitscheck von Wischkau zu Danzig, den Sohn eines 1866 gefallenen preußischen Oberstleutnants. Am 26. Juli wurde der Landtag durch Thronrede des von seiner ganzen Familie umgebenen Regenten im Schlosse feierlich eröffnet. In der ersten Sitzung des Landtags sprach sich der Präsident v. Lengerke dahin aus, derselbe habe die Erbschaft des vorigen Landtags angetreten, und der Erfolg habe dem maßvollen Verhalten Recht geben, welches der Landtag dem ihm angesonnenen Rechtsbruche entgegengestellt habe; der Spruch des Schiedsgerichts habe dem Rechtsinstinkte der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung entsprochen; dem Prinzen Adolf danke er für das dem Lande bewiesene Wohlwollen. Als der Abg. Schemmel den Ausdruck „Rechtsbruch" bedauerte, blieb der Präsident dabei, da dies doch eine nicht abzuleugnende Thatsache sei, Meier billigte den Ausdruck vollständig, Asemissen hielt ihn für zu gelind, um den Mißbrauch der Gewalt, die Zerstörung der Rechtsordnung, den geschehenen Gewaltakt zu bezeichnen, und Moritz meinte, Prinz Adolf habe sich an dem Rechtsbruche beteiligt. Dagegen warnte der Geh. Reg.-Rat Overbeck, in die Vergangenheit zu schauen, der Regent wünsche Ruhe und Frieden, und Prinz Adolf habe nur auf höchsten Befehl dem Rufe Folge geleistet. Der Landtag nahm sodann von einem eingegangenen Proteste des Fürsten von Schaumburg-Lippe Kenntnis, wonach die Söhne des Regenten Ernst aus unebenbürtiger Ehe stammten und daher nicht thronfolgefähig seien. Dazu ist thatsächlich zu bemerken, daß die Gemahlin des Regenten eine geborene Reichsgräfin v. Wartensleben ist und daß seine Ehe einst vom Fürsten Leopold zur Lippe ausdrücklich genehmigt war. Der Landtag beantwortete die Thronrede durch eine Adresse und vertagte sich. Am 28. Oktober ließ ihm die Regierung einen Gesetzentwurf über die Thronfolge und die Regentschaft zugehen, für den sich bei der ersten Beratung am 15. November die Mehrzahl der Redner aussprach. Hiernach besteht das Lippesche Gesamthaus aus den Linien Lippe-Biesterfeld, Lippe-Weißenfeld und der fürstlichen Linie von Schaumburg-Lippe, sodaß zur Krone berechtigt sind: Der jetzige Regent, seine Söhne, seine Brüder, die männlichen Nachkommen der

Vorgenannten aus deren zur Zeit bestehenden und allen künftigen auf Grund dieses Gesetzes zu sanktionierenden Ehen. Auch gegen diesen Gesetzentwurf erhob der Fürst von Schaumburg-Lippe einen Protest des Inhalts, das Schiedsgericht habe keineswegs das Thronfolgerecht der Nachkommen des Grafen Ernst ausgesprochen; dem Thronfolgerechte der Söhne desselben stehe der Umstand entgegen, daß ihre Mutter, geb. Gräfin Wartensleben, eine Dame aus niederem Adel sei, die mütterlicherseits der bürgerlichen Familie Halbach aus Amerika entstamme. Der Landtag erwiderte am 20. November, es lägen keine Bedenken gegen die Erbfolgefähigkeit der Söhne des Regenten vor, es sei aber die Herstellung dauernder Zustände dringend nötig; deshalb werde der Fürst aufgefordert, bis zum 1. Februar k. J. den Weg der gerichtlichen Entscheidung zu betreten; werde bis dahin die Klage nicht erhoben, so werde der Protest nicht weiter berücksichtigt werden; bis dahin bleibe die Beratung des Thronfolge-Gesetzentwurfs zurückgestellt.

Der Landtag des Fürstentums **Schaumburg-Lippe** genehmigte in seiner bis zum 13. April dauernden Tagung, außer dem mit rund einer Million M. abschließenden Etat, Gesetze gegen das Spielen in staatlich nicht genehmigten Lotterien und über die Erklärung des Bergbaus auf Steinsalze und Sole zum Staatsregal. Über ein Einkommensteuergesetz nach preußischem Muster wurde jedoch eine Einigung nicht erzielt. Der erst seit 1895 im Amt befindliche Staatsminister v. Wegnern starb am 20. November.

Was die **Freie Stadt Hamburg** betrifft, so wurde der am 11. November 1896 begonnene umfangreiche Streik der Hafenarbeiter dadurch beendet, daß sich 65 % der Ausständigen für und nur 35 % gegen Wiederaufnahme der Arbeit erklärten. Es kam infolge dessen zu starken Ausschreitungen am Hafen und in St. Pauli. Der Ausschuß der Arbeitnehmer, welcher den Ausstand geleitet, hatte eben, unter Hinweis auf Wintersnot und Geldmangel, die Rückkehr zu den Arbeitsstellen empfohlen. Im Resultate hatten also die Arbeiter garnichts erreicht, die Arbeitgeber hatten in keinem Punkte nachgegeben. Die Zahl der Arbeiter, welche gefeiert hatten, betrug, als der Ausstand in Blüte stand, ohne die Frauen und Kinder, rund 17 000, die Kosten des Ausstands wurden auf wöchentlich 150 000 M. veranschlagt. 170 große Schiffe hatten

im Dezember im Hafen brachgelegen. Das Staats-Budget Hamburgs für 1896 war zwar mit einem Fehlbetrage von $1^1/_2$ Millionen M. veranschlagt, in Wirklichkeit schloß es jedoch mit einem Überschuß von 163 760 M. ab. Der Voranschlag für 1897 wurde in betreff der Einnahmen um 8 Millionen höher veranschlagt. Für 1898 veranschlagte der Senat im November die Einnahmen auf 77 406 696, die Ausgaben auf 79 392 638 M. Bezüglich der freien Stadt **Bremen** ist nur ergänzend aus 1895 zu bemerken, daß in der Bürgerschaft die Einladung des Reichstags bedauert wurde, weil er dem Fürsten Bismarck die Ehrung versagt hatte.

Der Landesausschuß von **Elsaß-Lothringen** wurde am 28. Januar vom Statthalter mit einer Ansprache eröffnet, welche erfreuliche Überschüsse in den Finanzen während der Etatsjahre 1895/97 feststellte, und zwar als eine Folge der erhöhten Einnahmen aus den Überweisungssteuern des Reichs sowie einer beträchtlichen Steigerung der Erträgnisse der eigenen Einnahmequellen des Landes. So konnten zahlreiche gemeinnützige Unternehmungen zur Ausführung gelangen und in den Etat für 1897/98 reichliche Fonds für Eisenbahnen, Landwirtschaft und den Rheinschiffahrtsverkehr eingestellt werden. Der Landesausschuß nahm im März den mit 57095214 M. balanzierenden Etat ohne wesentliche Änderungen an. Da der Statthalter in einer Rede von der Aussicht auf strenge Maßnahmen gegen einen Teil der einheimischen Presse gesprochen hatte, so brachte dies Winterer am 16. Februar mit dem Wunsche zur Sprache, daß eine neue Anwendung des sog. Diktatur-Paragraphen vermieden werden möge. Der Staatssekretär von Puttkamer erwiderte, der Statthalter hege denselben Wunsch, ja er werde aufs äußerste bestrebt sein, jenen Fall zu vermeiden, aber er sei vor allem bestrebt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, welche durch böswillige, agitatorische Preßartikel einiger Elsässer Blätter gestört werde. Da diese, trotz aller Warnungen, in jener Art fortfuhren, so erließ der Statthalter am 26. März, auf Grund seiner außerordentlichen Vollmachten, ein Verbot des ferneren Erscheinens der „Kolmarer Ztg." und des „Mühlhauser Volksblatts", welche zur kaiserlichen Hundertjahrfeier, unter der Überschrift „Wir machen nicht mit!" das Andenken an Kaiser

Wilhelm I. verunglimpft, ihn als blutdürstigen Eroberer hingestellt hätten. Nach einer Darstellung der „Straßburger Post" hatten diese Blätter seit Jahren mit Feuereifer daran gearbeitet, die eingeborene Bevölkerung gegen alles, was deutsch ist und heißt, zu verhetzen, wobei ihnen deutsch gleichbedeutend mit protestantisch gewesen sei; es hätten sich diese mit der Mistgabel redigierten Blätter alle Mühe gegeben, die Vereinigung des Landes mit Deutschland den Eingeborenen zu verekeln. Ferner wurde am 9. April der französische Jesuitenpater Mury in Metz wegen seiner die gehässigsten Ausfälle gegen das deutsche Heer enthaltenden Vorrede zu dem in Nancy erschienenen Werke „Die Jesuiten in Metz" des Landes verwiesen.

Am 1. Mai feierte die Universität zu Straßburg ihr 25jähriges Bestehen, wozu sich zahlreiche frühere Besucher derselben eingefunden hatten. Für den jeweiligen Rektor wurde eine goldene Amtskette verliehen. Der Rektor Professor Windelband warf in der Festrede einen Rückblick auf die Geschichte der Anstalt. Bei einem folgenden Tags von Rektor und Senat der Universität gegebenen Festmahle schilderte der Statthalter die politische Bedeutung derselben und sprach den Professoren als den geistigen Baumeistern den Dank des Landes aus. Bei den Bezirkstagswahlen vom 8. August trat eine Gemeinschaft der klerikalen und der protestlerischen Elemente mit den Sozialdemokraten hervor, deren siegreicher Vertreter Bueb sodann bei einem Siegesmahle in warmen Worten einen Trinkspruch auf die klerikale Partei ausbrachte, auf deren weitere Unterstützung bei den nächsten Reichstagswahlen nun wohl auch zu hoffen sei.

Am 28. April starb in Straßburg der Unterstaatssekretär z. D. Hoseus, ein hervorragender Beamter und früherer Kurator der Universität.

Österreich-Ungarn.

Die politischen Vorgänge des Jahres pflegen für **Österreich** sonst mit den Verhandlungen der Landtage der einzelnen Länder zu beginnen; diesmal ging jedoch der Rest der Verhandlungen des

Reichsrats voran. Was ihm noch zu erledigen oblag, war nicht viel, und unter diesem wenigen trat besonders die Ablehnung des Budgetpostens von 12550 Gld. für das zweisprachige slovenische Gymnasium in Cilli seitens des Abgeordnetenhauses hervor. Der hierüber früher geführte heftige Streit war also noch nicht erledigt; die Deutschen, gegen deren heftige Proteste der Betrag früher bewilligt war, setzten diesmal ihre Sache durch, freilich wohl nur, weil die Italiener, Kroaten, die katholische Volkspartei und ein Teil der Polen, Jungczechen und bukowinischen Rumänier aus verschiedener Verstimmung gegen die Regierung an der Abstimmung nicht teilnahmen. Ferner richtete das Abgeordnetenhaus am 20. Januar an die Regierung die Aufforderung, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die durch die Presse begangenen Ehrenbeleidigungen nicht mehr durch die Geschworenengerichte abgeurteilt und daß sie mit strengeren Strafen belegt werden sollten. Das Herrenhaus genehmigte fast alle Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, worauf die Session am 22. Januar geschlossen wurde. Sie hatte sich ausgezeichnet durch Zustandekommen der Wahlreform, der Gewerbe- und handelspolitischen Gesetze, der Steuerreform, der Gesetze über das Eisenbahnwesen und zur Besserung der Lage der Arbeiter.

Von den Verhandlungen der Landtage der Einzelländer verdienen nur die des böhmischen Landtags hervorgehoben zu werden. Da nämlich seit einiger Zeit Anzeichen vorlagen, daß die Regierung mit dem Erlaß einer Sprachen-Verordnung für Böhmen umgehe, so gaben die deutschen Mitglieder des Landtags am 3. Februar einer gewissen Besorgnis Ausdruck. Lippert, Abg. für Schluckenau, hob hervor, die Deutschen seien gern erbötig, freundliche Verhältnisse mit dem czechischen Volksstamme herzustellen, allein zunächst müsse die Frage bezüglich eines geschlossenen deutschen Sprachgebiets entschieden werden. Hierauf erwiderte der Statthalter Graf v. Coudenhove beruhigend, der Weg zum Frieden unter den Volksstämmen Böhmens möge nicht durch Mißverständnis und hochgesteigertes Mißtrauen getrübt werden; die Loyalität der Bewohner Böhmens sei über jeden Zweifel erhaben, Gerüchte bezüglich einer bevorstehenden Sprachen-Verordnung könnten hier nicht berücksichtigt werden, aber er könne versichern, daß nichts unternommen werden würde, was in

kultureller oder nationaler Hinsicht die Deutschen schädige, auch würde in solchen Fragen nichts ohne vorgängige Fühlung mit den Vertretern beider Nationalitäten unternommen werden. Namens der czechischen Abgeordneten sprach sich sodann Herold scheinbar ebenfalls friedfertig aus: es sei keineswegs schwer, einen Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten Böhmens zustande zu bringen, für zwei wirtschaftlich so eng mit einander verknüpfte, auf gleicher Kulturstufe stehende Völker sollte eine Verständigung bezüglich der Sprachenfrage doch möglich sein; im näheren aber sprach sich der Redner in einer den Ausgleich völlig ausschließenden Weise aus: die Czechen könnten kein Zugeständnis machen, solange nicht beide Sprachen in allen Teilen Böhmens vollkommen gleiche Geltung genössen. Endlich erklärte Graf Buquoi, von dem Augenblicke an, wo die Vertreter beider Volksstämme das Bestreben nach Verständigung zeigten, würden die Großgrundbesitzer fördernd zur Stelle sein; der Ausgleich müsse und werde kommen, die Erklärung der Regierung lasse ja das ernste Streben nach Herbeiführung friedlicher Zustände erkennen. Wie wenig Aussicht auf Frieden aber in Wahrheit vorhanden war, ging aufs stärkste aus der am 9. Februar von Herold abgegebenen Erklärung hervor, die Czechen würden ihrem Leitsterne, der staatsrechtlichen Idee Böhmens, bis zur Durchsetzung dieses Verlangens folgen; sie entspreche den praktischen Bedürfnissen wie den materiellen Interessen der beiden Volksstämme, auch Deutschland sei von jeher ein Förderativstaat gewesen. Welchen Jubel, so schloß der Redner, werde es geben, wenn es dem Kaiser gelänge, den staatsrechtlichen Ausgleich zur Befriedigung beider Volksstämme auf Grundlage der Gleichberechtigung durchzuführen, und wenn er in Böhmen erschiene, um sich krönen zu lassen. Hiergegen hob v. Scharschmidt hervor, wie vergeblich und schädlich das abermalige Vorbringen dieses schon so oft als der ganzen geschichtlichen Entwicklung Österreichs widersprechend zurückgewiesene Verlangen sei. Böhmen dieselbe Stellung in der Monarchie zu geben wie Ungarn, schwäche das Ganze und schädige die Czechen selbst, die nur in einer starken Monarchie sicheren Bestand hätten; die Deutschen würden diese staatsrechtlichen Bestrebungen immer bekämpfen; und damit verließen die deutschen Abgeordneten den Sitzungssaal. In der Sitzung vom 5. März gab Schücker nochmals der Besorgnis und dem Mißtrauen gegen die

Regierung, daneben aber dem Vertrauen der Deutschen in die Weisheit des Monarchen Ausdruck.

Den vom 5. bis 24. März stattfindenden Wahlen zum Abgeordnetenhause des neuen Reichsrats wurde mit großer Spannung entgegengesehen, weil sie zum ersten Male nach dem neuen Wahlgesetze und somit zum Teil auf Grund des allgemeinen Stimmrechts stattfanden. In der That führten die Wahlen zu einem höchst überraschenden Ergebnisse, indem die deutsch-liberale Partei eine schwere Niederlage erlitt und die Antisemiten samt den Klerikalen stark anwuchsen; ferner wurden zum ersten Male Sozialdemokraten gewählt. Von den neuen 425 Abgeordneten kamen 140 auf 7 oppositionelle Parteien, denn es zählten die Christlich-Sozialen 27, die freie deutsche Vereinigung 12, die deutsche Fortschrittspartei 35, die deutsche Volkspartei 43, die Schönerergruppe 5, die polnische Volkspartei 3, die Sozialdemokraten 15. Zu den 3 Mittelparteien gehörten, abgesehen von 15 Wilden, 55, nämlich 30 Großgrundbesitzer, 6 von der polnischen christlichen Volkspartei und 19 Italiener. Die 7 regierungsfreundlichen Parteien wiesen zusammen 215 Abgeordnete auf, und zwar 60 Czechen, 59 Polen, 35 christliche Slaven, 19 böhmische konservative Großgrundbesitzer, 5 Rumänen, 6 vom Centrum und 31 von der katholischen Volkspartei.

Was insbesondere Wien betrifft, so vereinigten die Christlich-Sozialen etwa die Hälfte der 230 000 abgegebenen Stimmen auf sich, während 88 000 den Sozialdemokraten zufielen und 40 000 Wähler zu Hause blieben, wohl weil ihnen die Demagogie in jeder Form widerstrebte. Bevor der Reichsrat zusammentrat, sorgte der Kaiser für Verstärkung des konservativen Elements durch Ernennung von 19 neuen Mitgliedern des Herrenhauses. Hierzu gehörten der frühere Minister Graf Kálnoky, Prinz Rud. Lichtenstein und von bisherigen Parlamentariern: v. Chlumecky, Hofrat Beer, Baron Scharschmidt, die Grafen Kuenburg, Deym, Hohenwart und Coronini, der frühere galizische Landesminister von Zaleski und Dr. Rieger in Prag, dazu von Großindustriellen die Barone Liebieg und Krupp, auch die Wiener Universitätsprofessoren Grünhut und Pfaff.

Der neue Reichstag wurde am 29. März mit einer Thron-

rede eröffnet, in welcher der Kaiser die Erwartung einer fruchtbringenden Arbeit auf die nunmehrige Teilnahme breiter Bevölkerungsschichten stützte. Als die hauptsächlichsten Aufgaben wurden eine Reform des Krankenversicherungsgesetzes, Hebung des Gewerbestandes, Schutz der Landwirtschaft und Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit den Ländern der ungarischen Krone hervorgehoben. Bezüglich der auswärtigen Politik wurde darauf hingewiesen, daß dem Zusammenwirken aller Großmächte die Eindämmung der mit den jüngsten Wirren im Orient aufgetauchten Gefahren gelungen sei, woraus sich die Hoffnung auf eine gedeihliche Lösung dieser Fragen, namentlich der Kretas, gründen lasse; die Haltung Griechenlands könne keinenfalls auf Billigung der Großmächte zählen; andererseits müsse die Türkei beherzigen, daß sie eine große Verantwortung auf sich laden würde, falls sie, gegen den Rat der Mächte, sich der Beseitigung trauriger Mißbräuche entziehen würde.

Bevor der Reichsrat seine Beratungen begann, versuchte der Ministerpräsident Graf Badeni eine ihm sichere Mehrheit des Abgeordnetenhauses herbeizuführen, welche aus den gemäßigteren Gruppen, den Polen, den Feudalen, den Großgrundbesitzern und den durch die geplante Sprachenverordnung für Böhmen zu gewinnenden Jungczechen bestehen sollte, wogegen die Deutschfortschrittlichen Böhmens links liegen blieben. Hierbei kam es viel auf die Geneigtheit der verfassungstreuen Großgrundbesitzer Böhmens an, diese aber erklärten rundweg, daß sie auch um den Preis eines Ministersitzes nicht in der Lage seien, in jene Mehrheit einzutreten, denn weder hegten sie Vertrauen zum Grafen Badeni, noch wollten sie sich dem Falle aussetzen, mit anderen gemäßigten Deutschliberalen gegen ganz Deutschböhmen ausgespielt zu werden, wenn hier die in Aussicht stehende Sprachenverordnung große Opposition erwecken würde. Gleichzeitig mit diesem Scheitern der Bildung einer parlamentarischen Mehrheit entstanden im Ministerium selber Meinungsverschiedenheiten, indem drei Mitglieder desselben mit der Absicht des Grafen Badeni nicht einverstanden waren, der, auf das Drängen der Jungczechen hin, in der Sprachenverordnung auch die innere czechische Dienstsprache zugestehen wollte. Unter diesen Umständen hielt der Ministerpräsident die Einreichung des Entlassungsgesuchs für den einzigen Ausweg aus der verfahrenen Lage. Das gesamte Ministerium bat daher am

2. April um Gestattung seines Rücktritts, worauf jedoch der Kaiser am 5. April erwiderte, er lege Gewicht darauf, daß eine von ihm gewählte Regierung, unbeirrt durch zeitweilige Parteischwierigkeiten, ihre Thätigkeit ausschließlich durch das allgemeine staatliche Interesse bestimmen lasse; er lehne das Gesuch ab, die Minister besäßen sein vollstes Vertrauen, und er erwarte, daß sie an den Grundsätzen festhielten, welche in der bei ihrem Amtsantritt abgegebenen Erklärung sowie in der neulichen Thronrede enthalten seien.

Hierdurch ermutigt, erließen sofort am 5. April die Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaus die zwei schon so lange in Aussicht schwebenden Sprachenverordnungen für Böhmen. Die erste betraf die sprachliche Befähigung der bei den böhmischen Behörden angestellten Beamten und besagte, daß die nach dem 1. Juli 1901 angestellten Beamten obiger 5 Ressorts die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen hätten, entweder bei der bisher vorgeschriebenen praktischen oder in einer besonderen Prüfung, der sich der Bewerber spätestens drei Jahre nach seinem Dienstantritt unterziehen müsse. Für die Besetzung der Behörden durch sprachkundige Beamte solle nach Maßgabe des Bedürfnisses thunlichst Vorsorge getroffen werden. Die zweite Verordnung betraf den Gebrauch der Landessprache bei den böhmischen Behörden und bestimmte, daß im Zivil- und Strafgerichtsverfahren sowie bei allen Entscheidungen sowohl die Verhandlungen als die Erkenntnisse in derjenigen der beiden Landessprachen zu erfolgen haben, deren sich die Partei bediene.

Im Abgeordnetenhause wurden diese Verordnungen schon am 9. April zur Verhandlung gestellt infolge von Anträgen der deutsch-fortschrittlichen, der deutschen Volks- und der Schönererpartei. Der namens der letzteren auftretende Abg. Wolf nannte die Verordnungen ein frivoles Attentat auf das Deutschtum und die Schaffung einer Germania irredenta; aber dem deutschen Volke in Österreich werde die Geduld reißen, es werde einmal ein Exempel statuieren. Die letzte Ministerkrise schilderte er als eine Krisenkomödie. Funke, der zur Begründung des deutsch-fortschrittlichen Antrags auftrat, kennzeichnete die Verordnungen als Verfassungsbruch und führte aus, Graf Badeni sei seitens der deutschböhmischen Abgeordneten nicht darüber im Zweifel gelassen, daß diese Verordnungen die größte

Erregung in Böhmen hervorrufen würden und daß auf ihrer Grundlage niemals ein Ausgleich mit den Czechen stattfinden könne; das deutsche Volk Böhmens werde den Kampf aufnehmen. Der Deutschböhme Ritsche kündigte den Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtage an. Steinwender erklärte, die Sprachenfrage in Böhmen sei nach den thatsächlichen Bedürfnissen zu regeln, die Sprachenverordnungen würden aber die Ausschließung der deutschen Beamten vom öffentlichen Dienste zur Folge haben, sie seien ohne Zustimmung der Deutschen erlassen, enthielten ein Unrecht wie eine Beleidigung und bildeten ein Hindernis des Ausgleichs. Auf alle diese Angriffe erwiderte der Ministerpräsident Graf Badeni, die Bestimmung der Amtssprache der Staatsbehörden sei das Recht der vollziehenden Gewalt und werde von ihr seit Bestehen der Verfassung ausgeübt. So großen Wert die Regierung auf ihre Unterstützung durch die Czechen auch lege, so sei der Erlaß jener Verordnungen doch nicht etwa aus parlamentarisch taktischen Gründen erfolgt. Die Lösung der Sprachenfrage bilde die Voraussetzung einer gedeihlichen Lösung der böhmischen Frage, und in der Überzeugung, daß diese nicht durch Verständigung beider Volksstämme geregelt werden könne, habe die Regierung sich verpflichtet gefühlt einzugreifen. Dabei solle aber nicht der geringste Zweifel darüber aufkommen, daß die Regierung fest entschlossen sei, die berechtigten Interessen der Deutschen in Böhmen zu schützen. Im Sinne obigen kaiserlichen Schreibens werde er sich nur durch das allgemeine Staatsinteresse bestimmen lassen. Graf v. Palffy erklärte, die konservativen böhmischen Großgrundbesitzer sähen in den Sprachenverordnungen kein Zugeständnis an die Czechen und keine Reizung der Deutschen Böhmens, sondern einen Sieg der Gerechtigkeit und die Anerkennung der politischen wie nationalen Unabhängigkeit Böhmens. Iro rief der Regierung ein „bis hierher und nicht weiter" zu. Graf Pininski versicherte zwar die Deutschen der Wertschätzung seitens der Polen, kündigte aber deren Gegnerschaft wider die Anträge an. Endlich wurde mit 221 gegen 153 Stimmen die Dringlichkeit der Anträge abgelehnt. Zur Minderheit gehörten die liberalen Großgrundbesitzer, die Deutschfortschrittlichen, die übrigen Deutschliberalen, die deutsche Volkspartei, die Fraktion Schönerers, die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten.

Inzwischen hatte sich, wie vorausgesagt war, die Aufregung unter

den Deutschen in ganz Böhmen verbreitet, und sie war noch ganz besonders gesteigert durch eine von vier Abgeordneten am 7. April erlassene offene Erklärung, wonach sie von der Regierung zum 20. und 23. März nach Wien berufen gewesen seien, daß diese aber ihr Versprechen, die Einzelheiten bei der Ordnung der Sprachenverhältnisse erst nach einer mit den Parteien gewonnenen Fühlung festzusetzen, nicht gehalten, vielmehr in der Konferenz nur die allgemeinen Grundsätze der zu erlassenden Sprachenverordnungen angegeben und sie als unabänderlich bezeichnet habe; von den Einzelheiten hätten sie soviel wie nichts erfahren und hiernach den entschiedensten Einspruch gegen den beabsichtigten wuchtigen Stoß in das nationale Leben des deutschen Volks in Böhmen erhoben. In der zweiten Konferenz, welcher vier czechische Abgeordnete beigewohnt hätten, sei von den Deutschen die Hand zu einem Ausgleiche von Volk zu Volk in allen böhmischen Streitangelegenheiten geboten, nur mit dem Vorbehalte, daß nicht vorweg eine der schwierigsten Fragen zu ungunsten der Deutschen gelöst werde; darauf sei jedoch czechischerseits geantwortet, der gordische Knoten der Sprachenfrage müsse mit einem starken Schwertstreiche vorher durchhauen werden, und eröffnet worden, daß die Czechen bereits hinter dem Rücken der Deutschen das Verordnungswerk mit dem Minister zu stande gebracht hätten; die unversöhnlichen Gegner des österreichischen Einheitsstaats und seiner freiheitlichen Entwicklung fürchteten eben nichts mehr als einen Ausgleich von Volk zu Volk, deshalb hätten sie diesen reaktionären Vorstoß herbeigeführt.

Die ganze Empörung der Deutschböhmen trat am 2. Mai auf dem Parteitage hervor, welchen die Deutschfortschrittlichen in Teplitz, die Deutschnationalen in Reichenberg hielten. In Teplitz wies Eppinger nach, daß in dem deutscherseits als rein deutsches Sprachgebiet in Anspruch genommenen Teile Böhmens der Prozentsatz der czechischen Bevölkerung nirgends den 20. Teil ausmache; wenn man hier ein Bedürfnis nach doppelsprachiger Amtierung anerkennen wolle, so müsse man auch ganz Niederösterreich mit Wien für ein gemischtes Gebiet erklären; was aber die Beseitigung der deutschen inneren Amtssprache mit den praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung zu thun habe, sei vollends unerfindlich. In der von beiden Parteitagen beschlossenen Protesterklärung wurde namentlich auf die

Thatsache Gewicht gelegt, daß die innere deutsche Amtssprache im Verkehr der Behörden unter einander durch Gesetze verbürgt, die Regierung also zur Beseitigung dieser Einrichtung durch Verordnungen nicht berechtigt gewesen sei. Ferner fanden solche Protestversammlungen statt in Frankenthal, wo man der polizeilichen Aufforderung, auseinander zu gehen, alsbald folgte, in Eger, wo die Versammlung am Kaiser Joseph-Denkmal von Gendarmen vertrieben wurde, und in Wies, von wo man sich vor den Polizisten über die bayerische Grenze zurückzog. Weiterhin fanden sich, einer Aufforderung des deutschen Reichstagsabgeordneten Zimmermann folgend, viele Österreicher aus Wien, Prag, Reichenberg und zahlreichen anderen böhmischen Städten am 9. Mai in Dresden ein. Da die Polizeibehörde ihnen allen verboten hatte, in der Versammlung zu reden, so trat ein dortiger Redakteur als Redner in ihrem Sinne auf über „die Lage der Deutschen in Österreich und die Stellungnahme der Reichsdeutschen gegenüber den bedrängten Volksgenossen". Es wurde namentlich ausgeführt, daß der Kampf gegen die Sprachenverordnungen des Grafen Badeni eine gemeinsame Angelegenheit aller Völker deutscher Zunge bilde und daher auch vom reichsdeutschen Boden aus aufgenommen werden müsse. Die aus 2000 Personen bestehende Versammlung erklärte, jene Verordnungen enthielten nicht nur eine Kränkung der Deutschen in der Ostmark, sondern auch eine Demütigung des ganzen deutschen Volks, und angesichts dieser frevlen Vorstöße des Slaventums fordere sie das ganze deutsche Volk auf, den slavischen Gelüsten mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Inzwischen hatte die Opposition gegen die Sprachenverordnungen eine erhebliche Steigerung dadurch erfahren, daß die deutschen Mitglieder des Abgeordnetenhauses, mit der am 9. April erfolgten Zurückweisung ihrer Anträge sich nicht beruhigend, den Antrag einbrachten, die Minister Graf Badeni, Graf Gleispach, Glanz v. Eicha, v. Bilinski und Graf Ledebur wegen der durch Erlaß dieser Verordnungen begangenen gröblichen Pflichtverletzung in Anklagestand zu versetzen. Der Antrag, über den am 6. Mai verhandelt wurde, war darauf gestützt, daß nach Art. 19 des Staatsgrundgesetzes die Alleinberechtigung der Sprachen nur im Wege der Gesetzgebung, nicht durch Verordnungen durchgeführt werden dürfte, die in diesem Falle noch dazu wegen Nichtveröffentlichung im

Gesetzblatte unverbindlich seien. Der Ministerpräsident Graf Badeni stellte die Verfassungswidrigkeit in Abrede und schilderte die Zweckmäßigkeit der Verordnungen. Hiernach betonte Kaiser, die Regierung habe in ganz unverantwortlicher Weise Beunruhigung in die weitesten Kreise der Bevölkerung getragen, gab aber zu, daß von der aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Mehrheit kein Wahrspruch zu erwarten stehe. Wolf sagte, was Graf Badeni heute dem Hause zu bieten gewagt, sei die offenste und frechste Verhöhnung des deutschen Volks gewesen, welches in allen seinen Schichten die tiefste Erregung zeige. Als der Redner sodann versicherte, die Deutschen würden sich von Czechen, Slowenen „und anderen minderwertigen Nationalitäten" nicht alles bieten lassen, erhoben die Czechen großen Lärm; mehrere von ihnen nahten sich mit geballten Fäusten dem Redner. Als nun die Linke gegen diese Unterbrechung protestierte, wurde der Lärm immer größer, sodaß der Vorsitzende sich nicht zu helfen wußte. Wolf fuhr in der Rede fort und rief durch einen für die Czechen nicht schmeichelhaften Vergleich derselben mit den Deutschen neue heftige Szenen hervor, infolge deren die Sitzung eine Zeitlang ausgesetzt werden mußte. Nach ihrer Wiederaufnahme fuhr Wolf fort indem er die innere Politik der Regierung als eine für Österreich schädliche und gefährliche schilderte; auf dem Parteitage in Reichenberg sei Graf Badeni geradezu für den Zerstörer Österreichs erklärt worden; das deutsche Volk Österreichs ernte Undank für seine stets bewährte Staatstreue und sei um sein Recht betrogen, aber durch Graf Badeni auch aus einem gespaltenen zu einem geeinigten Volke geworden. Als Wolf endlich der Regierung vorwarf, daß sie es selbst mit dem Bündnisse mit Deutschland nicht ernst meinen könne, wurde ihm das Wort entzogen. Die Verhandlung setzte sich am 7. und 8. Mai fort. Als der Justizminister Graf Gleispach seine Darlegung der Zuständigkeit der Regierung zum Erlaß der Sprachenverordnungen mit der Bemerkung schloß, daß die Anklage nicht ernstlich gemeint sei, entstand wiederum ein außerordentlich heftiger Lärm, der zur Aufhebung der Sitzung führte. Nach ihrer Wiederaufnahme ließ der Justizminister durch den Präsidenten eine Erklärung verlesen, infolge deren zwar Ruhe eintrat, deutsche Abgeordnete bezeichneten jedoch diese Art von Entschuldigung für ungenügend und sagten einen

solchen Wiederhall der Worte aus allen deutschen Gauen voraus, daß die Fenster der Hofburg über diesen Zorn erzittern würden; Schönerer stellte sogar den Antrag, mit Rücksicht auf die mangelhafte Unterrichtung des Kaisers einen ständigen, von einem Erzherzog zu präsidierenden „Volksbeirat" zu schaffen, in welchen jede parlamentarische Fraktion Vertreter sende, und welchem jede wichtige Regierungsmaßregel zur Begutachtung vorzulegen sei; der Antrag wurde jedoch abgelehnt, ebenso der Hauptantrag auf Anklage der Minister, nachdem noch Groß erklärt hatte, die Deutschen würden die Sprachenverordnungen auch ferner aufs entschiedenste bekämpfen, weil sie in ihnen den ersten Schritt zur Errichtung eines böhmischen „Wenzel"-Reichs erblickten.

Diese Bekämpfung setzte sich allerdings weiter fort, zunächst am 12. Mai durch ein von 70 deutschen Professoren an österreichischen Universitäten an den Reichsrat gerichtetes Gesuch um Aufhebung der Sprachenverordnungen. Sie gaben Zeugnis von der tiefen Erregung, welche das deutsche Volk in Böhmen durchzittere, beklagten den Bruch der feierlichen Anerkennung seines Anspruchs auf nationalen Frieden, sprachen von der Empörung gegen „das Diktat einer Partei", welche die Zerstückelung Österreichs auf ihre Fahnen geschrieben habe, und von dem Streiche, die älteste deutsche Universität, die in Prag, der Verkümmerung preiszugeben.

Da im Reichsrate alle anderen Angelegenheiten durch die Frage der Sprachenverordnungen zurückgedrängt waren, gingen beide Kammern daran, sich in Adressen zur Beantwortung der Thronrede an den Kaiser zu wenden. Dies führte wiederum zu heftigen Verhandlungen in den Ausschüssen wie im Plenum. In dem des Herrenhauses drehte es sich vorzugsweise um die Sprachenverordnungen, welche v. Chlumecky heftig angriff, worauf der Ministerpräsident Graf Badeni erwiderte, die in diesem beispiellos leidenschaftlichen Kampfe vorgebrachten Klagen fänden in dem wahren Inhalte der Verordnungen nicht den geringsten Anhalt, der betreffende Rechtszustand sei schon 1880 geschaffen und habe seitdem keine Gefahren hervorgebracht; den Gedanken einer Regelung der Sprachenfrage im Wege der Gesetzgebung weise die Regierung ab.

Die Annahme der Adressen war eigentlich das einzige, was in der Session zu stande kam. Zwar wurde eine Regelung der Lage

im südslavischen Küstenlande, die Frage des Ausgleichs mit Ungarn und die Auflösung des ungerecht zusammengesetzten Legitimationsausschusses im Abgeordnetenhause angeregt, aber alles dies und vieles andere blieb liegen, weil es den Deutschen gelang, eine vollständige „Obstruktion" durchzuführen. Durch Erhebung von Lärm und durch äußerste Ausbeutung der Geschäftsordnung wie aller Formalitäten verhinderten sie am 18., 24., 26. und 28. Mai jeglichen ruhigen Gang der Verhandlungen. Selbst die erste Lesung des Gerichtsgebührengesetzes konnte nicht durchgeführt werden; ein Redner zu dieser Frage hielt stundenlang auf der Rednertribüne aus, um den Augenblick zu erhaschen, wo der Lärm es ihm erlauben würde, sich vernehmlich zu machen. Dazu verhöhnten die Lärmmacher sogar noch den Vorsitzenden als einen Greis auf dem Dache, der sich nicht zu helfen wisse. Die Herbeiführung von 15 namentlichen Abstimmungen über geringfügige Gegenstände bildete wohl den Gipfel der Obstruktion. Ab und zu regnete es auch Proteste und Versicherungen wie die: „Ja, wir müssen deutsch reden!", das deutsche Volk in Österreich sei kräftig und mächtig genug, sich zu schützen; v. Peßler rief, es seien 171 Schurken im Saale und Schönerer kündigte, das Präsidium bedrohend, eine neue Obstruktion der heftigsten Art an. Der Vorsitzende seinerseits beging aus Verzweiflung den parlamentarischen Staatsstreich, anzunehmen, daß jeder Redner, der sich wegen Lärms nicht vernehmbar machen konnte, auf das Wort verzichtet habe. Schließlich machte die Regierung am 2. Juni der ganzen Sache ein Ende indem sie die Session mit dem Bemerken schloß, daß das Abgeordnetenhaus durch jene Vorgänge in der Ausübung seiner ihm verfassungsmäßig obliegenden Thätigkeit gewaltsam verhindert worden, und es daher ein Gebot staatlicher Notwendigkeit sei, diesen Auftritten ein Ende zu setzen.

In ungeschwächter Weise setzte sich die Opposition gegen die Sprachenverordnungen außerhalb des Reichsrats fort. Eine aus 400 Vertrauensmännern der deutschliberalen und der deutschnationalen Partei Mährens bestehende Versammlung in Brünn richtete sich am 7. Juni, nach fulminanten Reden, scharf gegen diese Verordnungen, welche „offenkundig als der Anfang der Loslösung Böhmens und Mährens aus dem einheitlichen Staatsverbande" erschienen und sich als eine tiefe Demütigung sowie als eine schwere nationale und

wirtschaftliche Schädigung des ganzen deutschen Volks erwiesen. In demselben Sinne wurde am 27. Juni in Aussig die Hauptversammlung des „Bundes der Deutschen in Böhmen" abgehalten, und zwar, wegen Verbots des Redenhaltens, in der Form eines Volksfestes. Dem deutschen Reichstagsabgeordneten Zimmermann, welcher teilnehmen wollte, wurde an der Grenze das Betreten des österreichischen Gebiets untersagt. Ein trotz Verbots in Asch abgehaltener deutschnationaler Parteitag wurde am 29. Juni polizeilich aufgelöst. Die Deutschböhmen versuchten es ferner seit Anfang Juli mit dem Gemeindestreik, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Die Zahl der deutschen Gemeinden, welche sich an diesem Streik beteiligten, mehrte sich täglich.

Als ein in Eger abzuhaltender Volkstag verboten wurde, versammelten sich am 13. Juni in Wien 20 deutschböhmische Reichsrats- und Landtagsabgeordnete der deutschfortschrittlichen, deutschvolksparteilichen und der Schönererschen Richtung, welche eine nochmalige Berufung jenes Volkstags nach Eger zum 11. Juli beschlossen und sodann unter Begleitung von mehreren tausend Personen, deutsche Lieder singend, zum Kaiser Joseph-Denkmal zogen, wo der Abg. Iro eine Ansprache hielt und alle „Die Wacht am Rhein" anstimmten. Auf das nochmalige Verbot eines solchen Volkstags versicherten am 10. Juli 73 in Eger zusammengekommene „Abgeordnete des deutschen Volks in Böhmen" in einer Ansprache, sie würden alle Mittel mit der ihnen durch solches Vorgehen der Regierung zur Pflicht gemachten Rücksichtslosigkeit anwenden, um dem in seinem Rechte verletzten deutschen Volke Genugthuung zu verschaffen; solange die Sprachenzwangs-Verordnungen in Geltung bleiben, würden sie den entschiedensten Widerstand gegen jede Regierung fortsetzen. Darauf kamen, trotz des Verbots, am 11. Juli große Volksmassen aus ganz Böhmen in dem mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückten Eger an, der aus mehreren tausend Personen bestehende Zug von Abgeordneten, Bezirks- und Gemeindevorstehern begab sich ungestört vom Stadt- zum Schießhause, wo die Versammlung stattfinden sollte. Als hier Gewalt entgegengesetzt wurde, begab man sich nach dem Stadthause zurück, in dessen geräumigem Hofraume der Volkstag nun doch abgehalten wurde. Der Abg. Funke hielt eine packende Rede, die er mit den Worten schloß: „An dieser

historischen Stätte geloben wir, Deutsche zu bleiben und nicht zu ruhen und zu rasten, bis der Sieg unser und die Sprachenverordnung abgeschafft ist." Die Menge auf dem Marktplatze wurde vom Militär zurückgedrängt, sie vermehrte sich jedoch noch bedeutend nach der Ankunft der Bahnzüge; alles zog nun über die Grenze nach dem bayerischen Orte Waldsassen, die Versammlung wurde jedoch auch hier verhindert, worauf es beim Kaiser Joseph-Denkmal in Eger zu einer großen Kundgebung und infolgedessen zum Handgemenge mit Gendarmen kam. Auf czechischer Seite blieb man jedoch ebenfalls nicht unthätig, sondern eine Abordnung des Exekutivkomitees der jungczechischen Partei überreichte am 30. Juli dem Vertreter des Statthalters in Prag eine Verwahrung „gegen die Verfolgung der Czechen im sogen. geschlossenen deutschen Sprachgebiete". Darin war gesagt, der Kampf der Deutschen gegen die Sprachenverordnungen gestalte sich zu einem offenbaren Angriff auf die staatsrechtliche Existenz des Königreichs Böhmen, und es sei verwunderlich, daß die zum Schutz der bürgerlichen Freiheiten berufenen öffentlichen Organe den Angriffen auf die czechische Nation nicht steuern könnten oder wollten. Hiergegen nahmen wiederum die Vertreter der drei deutschen Parteien Böhmens am 8. August Stellung, indem sie das czechische System brandmarkten, unter dem Vorwande der Beschwerdeführung die Staatstreue des deutschböhmischen Volks zu verdächtigen.

Unterstützung fanden die Deutschböhmen durch die Deutschen in Kärnthen. Der zahlreich besuchte Parteitag der deutschen Volkspartei der Alpenländer in Klagenfurt am 11. Juli erklärte sich solidarisch mit den Deutschen Böhmens und Mährens und bezeichnete es als ein Gebot der nationalen Ehre, bis zur Zurücknahme der Sprachenverordnungen jeden Ausgleichsversuch zurückzuweisen. Von gleich patriotisch deutschem Sinne zeigte sich die Hauptversammlung des deutschen Vereins „Südmark" erfüllt, welche am 15. August in der eine Sprachinsel im slovenischen Sprachengebiete bildenden deutschen Stadt Gottschee in Krain stattfand. Der Reichsratsabgeordnete Hofmann v. Wellenhof trat hier als Redner auf. Die Versammelten wurden auf der Rückkehr am Bahnhof zu Laibach von einer slovenischen Volksmenge mit gehässigen Kundgebungen empfangen. Übrigens trat auf dem altslovenischen Kongresse in

Laibach am 14. September sehr drastisch hervor, daß es auch die Slovenen nicht mit der Regierung hielten; nach der Rede des Abg. Šusteršič freuten sich die Slovenen des Staats nur insofern, als sie mit anderen Slaven darin zusammenlebten, und die istrianer Slaven hätten sich früher unter der Herrschaft Venedigs doch besser gestanden.

Weiterhin trat der „Allgemeine deutsche Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande" in seiner Hauptversammlung zu Jena am 14. Juli mit großer Wärme für die Sache der Deutschen in Österreich auf. Er gab namentlich dem Bedauern Ausdruck, daß im Deutschen Reiche weite Kreise diesem schweren Ringen gleichgültig und teilnahmlos zusähen. Von größerer Bedeutung war es, daß, einer an der Universität Heidelberg erfolgten Anregung folgend, am 16. Juli 816 ordentliche Professoren der 21 Universitäten im Deutschen Reiche mittelst offener Erklärung ihren Kollegen in Prag die wärmsten und lebhaftesten Sympathien in dem schweren Kampfe ausdrückten, welchen die Deutschen Österreichs um ihre nationale Existenz führten. Der Rektor der Universität Prag, Prof. Marty, sprach für diese imposante Kundgebung tiefgefühlten Dank aus.

Inzwischen unternahm der Ministerpräsident Graf Badeni am 18. August einen Versuch zur Herbeiführung eines Ausgleichs beider Streitteile in Böhmen. Er lud zum 26. August nach Wien ein zu einer Konferenz über ein den Gebrauch beider Landessprachen bei autonomen Behörden und Organen betreffendes Landesgesetz, ferner über eine demselben angepaßte Ministerialverordnung zur Änderung der vielbesprochenen Sprachenverordnungen, endlich über Landesgesetze, über Änderung der Landtagswahlordnung und Errichtung nationaler Minoritätsschulen. Bevor es noch zu einer Entscheidung über Annahme dieser Konferenz kam, begingen die Czechen in Pilsen wieder grobe Ausschreitungen gegen die Deutschen, infolge dessen die Stadt militärisch besetzt wurde, und unternahmen 500 Personen aus Böhmen die Abhaltung des verbotenen Volkstags in Asch, jedoch ohne vielen Erfolg. Am 23. August lehnte die Versammlung der deutsch-böhmischen Abgeordneten Graf Badenis Konferenz-Einladung einstimmig ab. Bestimmend waren die bitteren Enttäuschungen, welche dem deutschen Volke in einem ähnlichen Falle

im Jahre 1890 bereitet waren; deshalb könne man sich vor Zurückziehung der Verordnungen vom 5. April auf nichts einlassen. Graf Badeni ließ darauf den Konferenzvorschlag wieder fallen, andererseits setzten die Deutschen ihren Kampf fort.

Eine Anzahl Deutschböhmen erschien am 1. September in Leipzig zur Teilnahme an einem Kommerse zur Vorfeier des Sedantags. Einer von ihnen, Advokat Karg aus Eger, schilderte hier die Bedeutung dieses Kampfes für die germanische Natur, und Hofer, Redakteur der „Egerer Nachrichten", sprang in seiner Rede sehr derb mit dem Grafen Badeni um, dem Polen, der es für möglich halte, auf dem mächtigen deutschen Eichbaume Kartoffeln zu pflanzen. Nach seiner Heimkehr wurde Hofer verhaftet, infolge dessen es zu einigen Unruhen kam. Stärkere Ausdrücke gebrauchte Prof. Mommsen in Charlottenburg, der in einem Wiener Blatte sagte, es sei für die Reichsdeutschen eine unsägliche Pein, dem Selbstmorde Österreichs, dem cisleithanischen Wahnsinn, dem Stumpfsinn der dortigen sog. Liberalen und der Entmannung der Katholiken zuzusehen, denen der Rosenkranz über das Vaterland gehe. Auf der anderen Seite sprach sich ein czechischer Parteitag in Prag am 5. September für Ausdehnung der Sprachenverordnungen auf Schlesien aus, und beschlossen am 28. September die jungczechischen Vertrauensmänner eine Scharfmachung ihrer Abgeordneten für Verwirklichung der staatsrechtlichen Forderungen des Czechenvolks.

Für die Sache der Deutschen war ferner von Bedeutung ein am 12. September in Tetschen stattgehabter, von 1300 Vertrauensmännern aus ganz österreichisch Schlesien besuchter deutscher Volkstag, auf dem die Abg. Haase, Menger, Kaiser, Türk und Schücker als Redner auftraten. Man beschloß vollständige Billigung der Haltung und Taktik der Deutschböhmen sowie lebhafteste Entrüstung gegen die Aufhetzung der Slaven Schlesiens durch Czechen und Polen.

Am 23. September wurde die neue Session des Reichsrats in Wien eröffnet. Zum Präsidenten des Herrenhauses war wieder Fürst Windischgrätz ernannt. Im Abgeordnetenhause wurde der Ministerpräsident Graf Badeni von der Gruppe Schönerer mit ironischen Zurufen empfangen. Die vom Alterspräsidenten, Konsistorialrat Zurkan aus Czernowitz geleitete Wahl des Präsidenten fiel, bei Stimmenthaltung der Opposition, mit 203 Stimmen wieder

auf den Landesadvokaten Dr. Kathrein (dsch.-kler.) aus Hall in Tirol. Während er den Vorsitz einnahm, wurde er bei seiner Ansprache von Mitgliedern der Schönerergruppe mit den stärksten, beleidigendsten Ausdrücken aufs rücksichtsloseste überschüttet. Daran knüpften Dr. Hofmann von Wellenhof, Wolf und Daszynski die lebhaftesten Erörterungen über die Frage, ob eine geheime polizeiliche Überwachung des Hauses stattfinde. Infolge der hierbei von Wolf gegen den Ministerpräsidenten Grafen Badeni gebrauchten Ausdrücke schwerer Beleidigung kam es am 24. September zwischen beiden zu einem Pistolenduell unter schweren Bedingungen, wobei Graf Badeni beim ersten Gange durch einen Schuß in den rechten Oberarm kampfunfähig gemacht wurde. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten fiel an diesem Tage mit 182 gegen 5 Stimmen wieder auf den Gutsbesitzer v. Abrahamowicz zu Siemianowka in Galizien, die des zweiten Vizepräsidenten auf den Schriftsteller Dr. jur. Kramař aus Semil in Böhmen, Abg. für Gitschin. Der auf Geschäftsordnungsfragen sich beziehende fernere Verlauf dieser Sitzung nahm einen heftigen Charakter an; Wolf redete, ohne daß ihm das Wort erteilt war, Berner (soz.) sprach teils deutsch, teils czechisch, Daszynski (soz.) bediente sich abwechselnd der polnischen und der deutschen Sprache.

Das am 1. Oktober dem Reichsrate vorgelegte Budget für 1898 wies ein Gesamterfordernis von 715920827 fl., eine Bedeckung von 719900282 fl., mithin einen Überschuß von 3979455 fl. auf. Der Finanzminister v. Bilinski legte im Abgeordnetenhause die einzelnen Posten des Etats eingehend dar, stellte mit Befriedigung fest, daß die Tilgungsrente bei ihrer Begebung einen bis dahin nie erreichten Kurs erhalten habe, und sprach die Hoffnung aus, daß die in vollem Zuge befindliche Steuerreform zum Wohle Österreichs gereichen werde.

Nachdem Graf Badenis Versuch eines Ausgleichs in der Sprachenfrage Böhmens gescheitert war, wurde nunmehr auf parlamentarischem Wege ein neuer Versuch angestellt, und zwar, zu allgemeinem Erstaunen, vom Freiherrn v. Dipauli, Grundbesitzer zu Kaltern in Tirol, Führer der klerikalen deutschen Volkspartei, die bisher Stellung für die Sprachenverordnungen genommen hatte, jetzt jedoch sich dem Drucke der deutschnationalen Sache nicht mehr völlig

entziehen konnte. Dipaulis Dringlichkeitsantrag ging dahin, „zum Zweck der Aufhebung der Sprachenverordnungen", mit Rücksicht auf die nationale Erregung, die thatsächlich in einigen Kronländern herrsche, einen Ausschuß niederzusetzen, um grundsätzliche Bestimmungen über die im Gesetzgebungswege anzustrebende Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfragen auszuarbeiten. Über diesen Vorschlag, welchen Dipauli in der Jahresversammlung des katholischen Volksvereins für Oberösterreich zu Linz am 11. Oktober näher begründete, fanden viele Besprechungen innerhalb der Parteien statt, die Sache scheiterte aber schließlich daran, daß einzelne Klubs der Rechten an die erste Lesung des Antrags die Bedingung knüpften, die Gruppen der Linken sollten ihre Obstruktion gegen die Beratung des Ausgleichsprovisoriums mit Ungarn aufgeben; hierzu konnte sich die Opposition nicht entschließen, weil sie damit ihre Hauptwaffe zum Sturze Graf Badenis und seiner Verordnungen aus der Hand gegeben haben würde.

Ein bedeutendes Gewicht für die deutsche Sache wurde eingelegt durch zwei Parteitage in Tirol: von dem von fast 300 Vertrauensmännern der Deutschnationalen und der Deutschfortschrittlichen Tirols besuchten Parteitage in dem mit Fahnen geschmückten Innsbruck am 17. Oktober wurde einmütig und entschieden Einsprache gegen die Sprachenverordnungen erhoben, der bisherigen oppositionellen Haltung der deutschen Abgeordneten vollständig zugestimmt und zu rücksichtsloser Entschlossenheit auf der weiteren Verfolgung dieses Weges aufgefordert. Ebenso scharf wandte sich der Parteitag gegen einen klerikalen Schulantrag Ebenhochs, des Genossen v. Dipaulis. Der deutsche Volkstag zu Bozen sprach sich am 31. Oktober ebenso aus und verband damit den Ausdruck sittlicher Entrüstung darüber, daß ein Teil der deutschen Abgeordneten in diesem Kampfe sich auf Seite der Regierung wie der Slaven gestellt, somit das deutsche Volk verraten habe.

Am 13. Oktober wandte sich das Abgeordnetenhaus fünf Anträgen zu, welche sich sämtlich auf Versetzung von Ministern in Anklagestand richteten. Vier dieser Anträge richteten sich nur gegen den Ministerpräsidenten und betrafen seinen geheimen Erlaß v. 2. Juni an die Landeschefs sowie wegen der Vorgänge in Eger, während der fünfte die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren betraf

und sich, außer gegen den Grafen Badeni, auch gegen die Minister der Justiz, des Handels, der Finanzen und des Ackerbaus richtete. Wegen des Geheimerlasses wurde ein Antrag sowohl von der Schönerer-Gruppe als auch von der deutschen Volkspartei gestellt, die sich in ihrer Begründung sehr ausführlich mit dem Erlasse befaßte, in welchem den Regierungsvertretern bei politischen, radikaldeutschnationalen Versammlungen die Weisung erteilt war, es erscheine nicht geboten, durch voreiliges Einschreiten zu verhindern, daß ein Redner sich ausspreche, da nur auf diese Art der Thatbestand eines Vergehens zu Tage treten könne. Die Antragsteller führten aus, daß, nach Lage der Dinge, der Erlaß allen nationalgesinnten Teilen des deutschen Volks in Österreich gelte und den Beamten gradezu den Gebrauch von zum mindesten unehrenhaften, tückischen Mitteln empfehle. Dem offenen, ehrlichen Kampfe der Deutschen mit Waffen zu begegnen, wie sie nur Hinterlist zu schmieden vermöge, bedeute eine Mißachtung des Gegners, gegen die Verwahrung eingelegt werden müsse; der Erlaß habe die Erregung nur steigern können. Die von Iro und Genossen sowie von Schücker und Genossen gestellten Anträge wegen der Vorgänge in Eger gingen davon aus, daß dieser „weitere Ausfluß der feindseligen Gesinnung" des Ministers des Innern gegen das deutschböhmische Volk sich als Verletzung des Versammlungsrechts darstelle. Der Antrag Funkes und deutschfortschrittlicher Genossen wegen der Sprachenverordnungen sah in diesen einen Verstoß gegen Art. 19 der Verfassung, wonach die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen nur im Wege der Gesetzgebung durchgeführt werden könne.

Die Verhandlung begann mit einer Rede des Advokaten Dr. v. Hohenburger (deutsche Vp.) aus Graz, welcher eine Lösung des Sprachenstreits erst von einem Reichsgrundgesetze erwartete. Sodann führte der Abgeordnete für Trautenau, Schriftsteller Wolf (Schön.-Gr.) aus, das Parlament dürfe sich das Umreißen der Säulen des Konstitutionalismus nicht gefallen und die Deutschböhmen würden sich nicht mundtot machen lassen. Dagegen entwickelte der Ministerpräsident Graf Badeni die Ansicht, daß der Geheimerlaß nichts Gesetzwidriges enthalte, sondern nur durch die erregten Vorgänge im Parlamente entstanden sei, welche in Versammlungen kräftigen Wiederhall gefunden hätten; Fallen hätten nicht gelegt, wohl

aber hätte den Beamten der Umfang ihrer Rechte und Pflichten genau angegeben werden müssen, zumal mit Rücksicht auf die bisherigen Klagen wegen voreiligen Einschreitens. Bei Fortsetzung der Verhandlung am 14. Oktober vermochte der Geh. Rat und Generalmajor Graf Dubsky aus Lissitz in Mähren in dem Geheimerlasse zwar keine Verfassungsverletzung zu erblicken, er sprach aber die entschiedenste Mißbilligung des Geistes und der Tendenz des Erlasses aus. Am 15. Oktober führte der Abgeordnete Dr. jur. Ruß aus Wien, Abgeordneter für Karlsbad-Joachimsthal (dsch.-fortschr.), aus, die Anklage sei begründet, der Text des Erlasses, der alle Merkmale der gegenwärtigen inneren Politik trage und sich zweifellos gegen die deutschböhmischen Abgeordneten richte, müsse vorgelegt werden. Der Maler Kozakiewicz, Führer der Sozialdemokraten in Lemberg, dankte der Linken für ihr jetziges Eintreten für die Redefreiheit; Advokat Dr. Schücker aus Eger, Abgeordneter für Saaz (dsch.-fortschr.) sagte, daß das deutsche Volk Österreichs die stärksten Mittel zur Bekämpfung der Sprachenverordnungen verlange. Die nächste Sitzung am 19. Oktober verlief in sehr lärmhafter Weise. Nachdem die Linke durch 13 namentliche Abstimmungen den Wiederbeginn dieser Verhandlungen hinausgezogen hatte, beging der den Vorsitz führende erste Vizepräsident v. Abrahamowicz den Fehler, unbekümmert darum, daß mehrere oppositionelle Abgeordnete sich zur Frage der Richtigstellung des Protokolls der vorigen Sitzung gemeldet hatten, dem Abgeordneten Herold das Wort zu den Ministeranklagen zu erteilen. Dieses Verfahren führte zu einer Explosion der auf der Linken angehäuften Erbitterung; mit Zornrufen, Trommeln auf den Pulten und geräuschvollem Niederklappen der Pultdeckel wurde auf deutscher Seite ein tobender Lärm herbeigeführt, wobei es zum Handgemenge mit czechischen Abgeordneten kam. Erst durch das Wiedererscheinen des Präsidenten Kathrein wurde die Ruhe hergestellt. Er schloß die Sitzung und bekannte bei Beginn der nächsten, am 20. Oktober, daß das Präsidium infolge des Lärms einen Fehler begangen habe. Der nunmehr zu Worte kommende Landesadvokat Dr. Herold aus Prag, Abgeordneter für Czaslau-Kuttenberg-Chrudim (Czeche) bezeichnete Graf Badenis Erlaß für weniger bedenklich, als frühere Erlasse deutschzentralistischer Regierungen gegen das Slaventum; man brauche nicht gerade für Badeni zu schwärmen, aber die Czechen wüßten, daß es

sich für die deutschen Obstruktionisten nur darum handele, durch Beseitigung der Sprachenverordnungen und des Kabinetts Badeni ihre eigene deutsche Oberherrschaft im Staate zur Unterdrückung des Slaventums aufrecht zu erhalten; dieses werde jedoch den Kampf nicht aufgeben, und wenn die Deutschen den Parlamentarismus zur Farce machten, so könne es den Czechen nur angenehm sein. Schließlich wurde über den Antrag auf Anklage wegen des Geheimerlasses mit 161 gegen 141 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen, welche am 21. Oktober speziell zu dem Antrag wegen der Vorgänge in Eger führte. Nach Reden von Türk, einem Arzt und Grundbesitzer zu Neu-Ebersdorf in Schlesien (Schön.-Gr.), und Schücker (dsch.-fortschr.) gab Graf Badeni eine Schilderung des Sachverhalts. Am 26. Oktober sprachen noch der Gymnasialprofessor Bendel aus Smichow bei Prag, Baernreither (verf. Grundb.), Dr. med. Kindermann aus Nixdorf in Böhmen, Wolf (Schön.-Gr.) und Dr. Fournier, Prof. der Geschichte an der Universität Prag, worauf auch über diesen Antrag auf Ministeranklage mit 172 gegen 145 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen wurde.

Vor der Entscheidung über den nur auf die Anklage gegen den Ministerpräsidenten gerichteten Antrag rückte ein heftiger und entscheidender Streitpunkt heran. Da die Erneuerung des wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen beiden Reichshälften noch nicht gelungen war, so handelte es sich um eine binnen gegebener Zeit zu bewirkende Begründung eines Provisoriums. Die Deutschen waren sachlich dafür, gingen aber darauf aus, diese kostbare Gelegenheit durch Hinausschiebung der Erledigung zu benutzen, um den Sturz des Grafen Badeni und seiner deutschfeindlichen Verordnungen herbeizuführen. Wegen des Zwiespalts, in welchen Kathrein als Präsident mit seinen Gefühlen als Deutscher voraussichtlich hierbei kommen mußte, legte er am 26. Oktober den Vorsitz nieder. Zum Danke hierfür brachte ihm die Bürgerschaft von Hall in Tirol am 30. Oktober einen Fackelzug.

Um der Obstruktion bezüglich des Ausgleichs mit Ungarn zuvorzukommen, beantragte der Großgrundbesitzer und Geheime Rat v. Jaworski aus Staromiescie, der frühere Minister für Galizien, am 27. Oktober, wegen der Dringlichkeit der dieses Provisorium betreffenden Regierungsvorlagen täglich Abendsitzungen zu halten.

Vergebens wurde von der Linken hiergegen eingewandt, daß die Geschäftsordnung ein solches Verfahren nicht gestatte; der Antrag wurde, nachdem die Linke den Saal verlassen hatte, von der gesamten Rechten angenommen. Beim Beginn der ersten dieser Sitzungen, am 28. Oktober, erklärte Dr. Hofmann von Wellenhof, die deutsche Volkspartei werde alles, was auf Grund des geschäftsordnungswidrigen Beschlusses zu Stande komme, als ungesetzlich ansehen. In ähnlicher Weise legten Funke namens der deutschen Fortschrittspartei und Daszynski namens der Sozialdemokraten Verwahrung ein. Vizepräsident v. Abrahamowicz erwiderte dagegen, seine erste Pflicht bestehe darin, dahin zu wirken, daß das Haus seine Aufgaben erfülle, die zweite darin, den Mehrheitsbeschlüssen Geltung zu verschaffen. Hierüber entstand großer Lärm, während dessen der Vorsitzende dem ersten Redner zur Ausgleichsfrage das Wort erteilt. Dieser, der Handelskammer-Sekretär Dr. Otto Lecher aus Brünn (dsch.-fortschr.), hatte anfangs längere Zeit Mühe, sich verständlich zu machen, besonders, weil Wolf, der vergebens seinen Antrag auf Sitzungsschluß zur Abstimmung bringen zu lassen suchte, durch Klappern des Pultes alles übertönte, abwechselnd auch neben Lecher eine lautere Rede zu halten begann. Bald aber stellte sich heraus, daß Lecher auf andere Art im Sinne der Obstruktion handelte, indem er seine durchaus sachliche Rede die ganze Nacht hindurch fortsetzte und nach 11 Stunden erst am 29. Oktober morgens gegen 9 Uhr schloß, nachdem sie von seinen eigenen Gesinnungsgenossen durch wiederholte, heftige, langdauernde Lärmszenen unterbrochen war, um dem Redner Gelegenheit zum Ausruhen zu geben. Die seltene und großartige Leistung Lechers machte das größte Aufsehen und führte allerdings eine nicht unwesentliche Hinausschiebung der Angelegenheit herbei. Lecher wurde am 31. Oktober in Brünn von einer zahlreichen Volksmenge hoch geehrt. Die Verhandlung wurde erst am 4. November wieder fortgesetzt, zunächst durch eine Rede des Bürgermeisters von Wien, Dr. Lueger (christl.-soz.), der jedoch durch die Obstruktionisten lange Zeit aufs empfindlichste unterbrochen und gehindert wurde, sodaß es zu einer Flut gemeiner Schimpfworte zwischen ihm und den Ruhestörern kam. Man hörte die Ausdrücke: Schandbube, Gassenjunge, Vaterlandsverräter, Schurke u. s. w. Diese Sitzung dauerte ebenfalls die

ganze Nacht hindurch, worauf am 5. November die Verweisung der Vorlagen an den Budgetausschuß beschlossen wurde. Hier sprach sich der Finanzminister v. Bilinski dahin aus, in den Verhandlungen mit Ungarn über den Ausgleich habe man sich gegenseitig Zugeständnisse gemacht, Streit bestehe nur noch über Ungarns Beitragsquote, die Österreich erhöht wissen wolle; die Errichtung von Zollschranken zwischen beiden Reichsteilen sei unzulässig und darum die eines Provisoriums eine Staatsnotwendigkeit; hoffentlich werde man die Regierung nicht zwingen, es auf anderem als dem parlamentarischen Wege in Kraft treten zu lassen. Der Ausschuß sprach sich am 18. November für Genehmigung des Provisoriums aus.

Während dieser Ausschußverhandlungen war das Abgeordnetenhaus am 8. November endlich dem Antrage auf Anklage der betreffenden Minister wegen der Sprachenverordnungen näher getreten. Advokat Funke, Bürgermeister von Leitmeritz (dsch.-fortschr.), führte in sechsstündiger Rede aus, daß es sich um die letzte Mahnung an die Regierung handele; das deutsche Volk werde nicht zurückweichen, auch in den Alpenländern mache sich das deutsche Nationalgefühl geltend; es handele sich überhaupt um die Freiheit und den Fortschritt des Staats, um die Verfassung und die Einheit des Reichs. Dr. Pacak, Advokat zu Kuttenberg in Böhmen (jungczech.), meinte dagegen, die Verordnungen entsprächen der Gerechtigkeit, eine Auseinandersetzung werde jedoch, und zwar nur im böhmischen Landtage, möglich sein, sobald die Überhebungen der Deutschen aufhörten. Freiherr v. d' Elvert, Landgerichtsrat in Brünn (dsch.-fortschr.), hielt die Opposition der Deutschen für gerechte Notwehr und verwahrte sie gegen die Unterschiebung anti-österreichischer Tendenzen. In Fortsetzung dieser Verhandlungen gab am 12. November der Ministerpräsident Graf Badeni die Erklärung ab, die schon in der Adresse des Herrenhauses vom 20. Mai angeregte Regelung durch Gesetz sei vom Kaiser mit vollster Befriedigung aufgenommen; derartigen Anträgen werde die Regierung bereitwillig entgegen kommen, nötigenfalls aber werde sie selbst die Sache fest in die Hand nehmen, jedenfalls werde sie aufrichtig alles einsetzen, um zu einem Erfolge zu gelangen. Dr. Kronawetter (demokr.) sprach sich für den Antrag aus, Dr. Ruß (dsch.-fortschr.) war gegen Verhandlungen, solange die Verordnungen beständen, Graf Dzieduszycki sah

hierin einen Beweis dafür, daß es sich bei den Deutschen um die Vorherrschaft im Staate handele. Schließlich wurde mit 177 gegen 171 Stimmen ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen. Die Wahl eines Präsidenten des Abgeordnetenhauses an Stelle Kathrein's fiel am 12. November auf v. Abrahamowicz, an dessen Stelle der Schriftsteller Kramař zum ersten Vizepräsidenten gewählt wurde, während die Wahl des zweiten auf den Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. v. Fuchs in Wien (kath. Vp.) fiel.

Obwohl der Budgetausschuß das Ausgleichs-Provisorium mit Ungarn am 18. November genehmigt hatte, wurde der Beginn der zweiten Lesung im Abgeordnetenhause durch fortgesetzte heftige Obstruktion der Minderheit weit hinausgezogen. Schon ein vor Übergang zur Tagesordnung am 24. November gestellter Antrag rief die wüstesten Szenen hervor. Der Advokat Dr. Dyk (jungcz.) aus Pilsen beantragte nämlich, daß von jeder Art der 56 gegen die Sprachenverordnungen gerichteten Bittschriften nur je eine verlesen werde; als hierüber ohne weiteres abgestimmt werden sollte, protestierte die Linke unter großem Lärm, indem sie den Antrag als neue Vergewaltigung und Gesetzwidrigkeit bezeichnete. Als Groß die formelle Unzulässigkeit des Antrags dargelegt, mehrere Abgeordnete Änderungsvorschläge zu demselben und Anträge auf namentliche Abstimmungen vorgebracht hatten, schnitt der Präsident fast allen, die sich noch gemeldet hatten, das Wort ab. Dies gab das Zeichen zu Szenen, wie sie wohl noch in keinem Parlamente vorgekommen waren. Schönerer ergriff die Präsidentenglocke, läutete und erteilte sich selbst das Wort, worüber er in heftigen Streit mit zwei Jungczechen geriet. Der Präsident enteilte dem wüsten Lärm, nach seiner Rückkehr nahm ihm Wolf eine zweite Glocke weg und schimpfte ihn „Badeknecht". Nach mehreren vergeblichen Versuchen, sich verständlich zu machen, forderte der Präsident die Ordner auf, ihn von den ihn umlagernden Abgeordneten zu befreien. Infolgedessen entstand im Saale ein entsetzliches Handgemenge zwischen Deutschen und Slaven, bis zuletzt der Präsident wieder erschien und „angesichts der Gewaltthaten" die Sitzung schloß. Um der Wiederkehr solcher das Ansehn des Parlaments gänzlich erniedrigenden Vorgänge vorzubeugen, stellte am 25. November der Geh. Rat Graf Falkenhayn aus Wien (dtsch.-kath. Vp.) den Antrag, die Geschäfts-

ordnung vorläufig dahin zu ändern, daß dem Präsidenten das Recht verliehen werde, einen Abgeordneten wegen Verletzung des parlamentarischen Anstands auf 3 Tage auszuschließen; das Haus selbst sollte ihn auf 30 Tage ausschließen dürfen, und die Regierung solle ersucht werden, die nötigen Vollstreckungsbeamten zur Verfügung zu stellen. Nach weiterem Lärm konnte sich der Präsident nur insofern verständlich machen, daß er sagte, er betrachte den Antrag als Notwehr gegen die Vernichtung und gegen eine Revolution des Parlaments. Im wiederentstandenen Getöse wurde es nur von wenigen bemerkt, daß der Präsident sofort zur Abstimmung schritt und sodann verkündigte, der Antrag sei einstimmig angenommen. Am 26. November gebehrdete sich die Linke noch wütender als zuvor, denn nach ihrer Meinung verstieß der vorgebliche Beschluß sowohl gegen den die Unverletzlichkeit der Abgeordneten gewährleistenden Artikel der Verfassung, als auch gegen den Satz der Wahlordnung, wonach ein Abgeordneter solange Sitz und Stimme hat, bis seine Wahl für ungültig erklärt wird, als auch endlich gegen die Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach Anträge auf deren Änderung selbständig eingebracht und in besonderer Verhandlung, ohne Abkürzung der Beratung, entschieden werden müssen. Bei Beginn der Sitzung übernahmen die Sozialdemokraten die Führung der Obstruktion; sie übersprangen die Ministerbank und erstürmten die Präsidententribüne, wo sie in heftigen Kampf mit Dienern und Czechen kamen. Nachdem auch auf anderen Stellen des Saals Kämpfe entstanden waren, ließ der Präsident eine große Zahl von Polizisten einrücken und die Abgeordneten Wolf und Schönerer gewaltsam entfernen. In einer Abendsitzung ließ der vorsitzende Vizepräsident Kramař auch sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten, als auf 3 Tage ausgeschlossen, abführen. Dieses Verfahren hatte jedoch solchen Eindruck gemacht, daß am 27. November die übrige Linke den Präsidenten mit betäubendem Lärm und den gemeinsten Schimpfworten empfing. Der wieder eingeschlüpfte Wolf ward abermals entfernt. Zu Verhandlungen konnte es nicht kommen, daher Kramař die Sitzung wieder schließen mußte.

Inzwischen hatten die gewaltthätigen Vorgänge im Parlamente das an sich sehr loyale und geduldige Volk der Hauptstadt aufs

höchste aufgeregt, sodaß vom 27. November abends an in Wien eine förmliche Revolutionsstimmung herrschte. Am 28. November wuchsen die Unruhen in Wien von Stunde zu Stunde. Zu vielen Tausenden durchzog man die Straßen unter den betäubenden Rufen: „Fort Badeni!“ Es kam zu mehrfachem Einschreiten von Polizisten und infolgedessen zu zahlreichen Verwundungen. Schon schlugen die Wogen einer entstehenden Revolution bis dicht an die Thore der Hofburg, als plötzlich der Kaiser das schon am 27. eingereichte Entlassungsgesuch des Ministeriums Badeni annahm, worauf die Volksstimmung umschlug und die Straßen nunmehr von Jubelrufen der eben noch empörten Menge ertönten. Der Reichsrat wurde vertagt, der Abg. Wolf der Haft entlassen. Abgesehen von der starken Empörung des deutschen Volks in Wien und anderen Städten, namentlich in Graz, wo es zum Einschreiten des Militärs kam, war die Entscheidung dadurch herbeigeführt, daß nach der gewaltsamen Entfernung derer, welche mit der Obstruktion im Abgeordnetenhause bisher vorangegangen waren, nun auch die übrigen deutschen Abgeordneten dieselbe in ähnlicher Weise aufzunehmen begannen, daß namentlich die Christlich-Sozialen es hinfort mit den Deutschen hielten, sogar der tyroler Teil der katholischen Volkspartei mit Dipauli und Kathrein an der Spitze von der Regierung abschwenkten, die Großgrundbesitzer einen scharfen Protest gegen die gewaltthätige Änderung der Geschäftsordnung erließen, daß ferner Regierung und Volk in Ungarn zu verstehen gaben, auf eine gewaltsam durchgedrückte Zustimmung zum Ausgleich sei kein Wert zu legen, vielmehr sei eine Loslösung Ungarns von Österreich, unter Belassung bloß einer Personalunion, vorzuziehen, endlich durch die Rücksicht auf den Bestand des Dreibunds, den man in Paris wegen der Bekämpfung des deutschen Elements bereits als gelockert anzusehen begann.

Bevor wir diese Entwicklung weiter verfolgen, ist es nötig, die ersten Beratungen der am 16. November in Wien zusammengetretenen Delegationen zu betrachten. In dem ihnen vorgelegten gemeinsamen Etat belief sich das Gesamt-Erfordernis auf 161 185 025 fl., das Netto-Erfordernis auf 158 385 748 fl. Am 17. empfing der Kaiser beide Körperschaften und erwiderte auf die Ansprachen ihrer Präsidenten, der Grafen Thun und Szapary,

die Lage im Orient habe zwar Anlaß zu manchen Besorgnissen gegeben, das europäische Konzert habe sich aber als mächtiger Faktor zur Beilegung dieser Wirren bewährt; das Bundesverhältnis zu Deutschland und Italien bilde die unverrückbare Grundlage der Politik der Monarchie, und zu den bisherigen Bürgschaften des Friedens sei die freundschaftliche Ausgestaltung des Verhältnisses zum russischen Reiche gekommen. Im Anschluß hieran gedachte der Kaiser seiner Zusammenkünfte mit dem Czaren und der vom deutschen Kaiser sowie dem Königspaare von Rumänien erhaltenen Besuche.

Der gemeinsame Minister des Äußern, Graf Goluchowski, gab am 21. November im auswärtigen Ausschusse der ungarischen Delegation eine Übersicht über die politische Lage. In der ersten Phase der Frage Kretas sei Österreich-Ungarn für sehr energische Maßregeln aufgetreten, der Vorschlag einer Blokade habe jedoch wegen Englands Ablehnung aufgegeben werden müssen; bei Erörterung der zweiten Phase beleuchtete der Minister eingehend die europäische Aktion zur Verhütung des Weitergreifens der kriegerischen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel. Bezüglich der türkisch-griechischen Friedensverhandlungen gehöre das von den Großmächten Erreichte zu den besten Leistungen diplomatischer Kunst. Griechenland habe allen Grund zur Dankbarkeit gegen die Mächte, da es ohne diese aus dem Abenteuer nicht mit so geringem Schaden hervorgegangen wäre. Österreich-Ungarns Verhältnis zu Deutschland und Italien bilde hoffentlich auf lange Jahre hinaus den Grundpfeiler seiner Politik; hinsichtlich Italiens insbesondere habe sich bei seinem Besuche am königl. Hoflager in Monza am 7. November sowie in Unterredungen mit den dortigen Staatsmännern die volle Übereinstimmung der politischen Fragen herausgestellt. Offene Aussprachen mit Rußland hätten ergeben, daß es jeden Gedanken an Eroberungen auf der Balkanhalbinsel zurückweise, womit der Boden zu einer Verständigung geschaffen sei. Rumänien habe sich durch eine korrekte und kluge Politik seit längerer Zeit eine hochachtbare Stellung erworben. Allem Anscheine nach sei Europa in seinem Entwickelungsprozesse an einem Wendepunkte angelangt, weil der vernichtende Konkurrenzkampf mit überseeischen Ländern rasche und durchgreifende Gegenwehr erheische, wenn nicht die Völker Europas in ihren Lebensinteressen die empfindlichste Schädigung erfahren

sollten; das 20. Jahrhundert sage sich für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an. Auf Grund dieser Übersicht verhandelte die österreichische Delegation am 23. November über die auswärtige Politik. Der Advokat Dr. Stransky aus Brünn (jungczech.) sprach sich befriedigt über das neue Verhältnis aus; Universitätsdozent Dr. Groß aus Wien, Abg. für Iglau, bezeichnete den Dreibund als Herzenssache für die Deutschen und Italiener in Österreich, besorgte jedoch eine nachteilige Rückwirkung der inneren Politik Österreichs auf den Dreibund. Der Alumnatsprofessor Dr. Scheicher, Abg. für St. Pölten (kler.), bestritt, daß das europäische Konzert sich bewährt habe. Kaiser, Professor an der landwirtschaftlichen Mittelschule zu Oberhermersdorf in Schlesien (dsch. Vp.), protestierte gegen die Aufteilung der gemeinsamen Beitragsleistung nach bisherigem Maßstabe und wünschte die Ausgestaltung einer zoll- und handelspolitischen Einigung mit dem Deutschen Reiche zu einem mittel- oder gesamt-europäischen Wirtschaftsbunde. Der Realitätenbesitzer Lupul aus Czernowitz (Rum.) schilderte die wohlthätige Wirkung des Dreibunds und freute sich der Beziehungen zu Rumänien. Kramař versicherte, die Czechen nähmen den Dreibund als Element des enropäischen Gleichgewichts an, zumal die Aussprache mit Rußland auch die wegen des Balkans gehegten Besorgnisse verscheucht habe. Redner schloß mit dem Wunsche nach Frieden zwischen Deutschen und Czechen. Minister Graf Goluchowski trat der Ansicht entgegen, daß Österreich-Ungarn sich bisher in offenem Widerspruche mit Rußland befunden und daß es auf jeden Einfluß in den Balkanstaaten verzichtet habe. Endlich beschloß der Ausschuß, den Minister zu seiner erfolgreichen und stets auf Befestigung des Friedens abzielenden Leitung zu beglückwünschen und ihm das vollste Vertrauen entgegenzubringen.

An Stelle des am 28. November zurückgetretenen Ministeriums des Grafen Badeni bildete der bisherige Unterrichtsminister Freiherr Dr. Paul Gautsch von Frankenthurn ein neues Ministerium, in welchem er selbst das Präsidium und das Innere übernahm. Im übrigen ging aus dem bisherigen Ministerium nur der Landesverteidigungsminister, Feldzeugmeister Graf Zeno Welsersheimb mit über, welcher somit diese Stelle im fünften Ministerium einnahm.

Zum Eisenbahnminister wurde Dr. Heinrich v. Wittek ernannt, welcher bereits 1895 Handelsminister im kurzlebigen Ministerium des Grafen Kielmannsegg gewesen war. Dr. Eugen Böhm, Ritter von Bawerk, übernahm die Finanzen, wie ebenfalls schon früher im oben genannten Ministerium; zum Handelsminister wurde Dr. v. Koerber, früherer Leiter der Staatsbahnen, berufen; Ackerbauminister wurde der bisherige Abteilungschef für Volksschulen, Graf Arthur Bylandt-Rheidt; das Unterrichtsministerium wurde dem Grafen Vincenz Baillet-Latour, bisherigem Leiter des gewerblichen Unterrichts, einem Sohne des Kriegsministers von 1848, die Justiz dem Dr. Ignaz Edler v. Ruber, bisherigem Abteilungschef in diesem Ministerium, übertragen. Dazu kam am 16. Dezember noch der Statthalter a. D. Geh. Rat Frhr. v. Loebl als Minister ohne Portefeuille.

Kaum daß durch die Berufung dieses neuen Ministeriums der Umschwung besiegelt war, begannen die Czechen ihrem Unmute Luft zu machen. Schon am 30. November sagte der Vollzugsausschuß der jungczechischen Partei in einer offenen Ansprache, das gesamte czechische Volk müsse jetzt seinen festen Willen kundgeben, nicht zu dulden, daß an Stelle des Rechts die Gewalt und an Stelle der Gerechtigkeit das Unrecht siege; von dem Kampfe, zu dem es gereizt werde, würde es nicht ablassen bis es ihn siegreich beendet habe. Für die Altczechen erließ Dr. Rieger in Prag eine ähnliche Erklärung mit der Aufforderung an alle Czechen, sich gegen die verübten, zum Himmel schreienden Gewaltthaten in eine einzige unzerstörbare Phalanx zusammenzuschließen. Diese Aufrufe wurden begleitet von großen Ausschreitungen in Prag. Unter dem Rufe „Gegen die Deutschen und die Juden!" wurden infolge von Aufhetzungen, nach entworfenem Plane, systematisch schwere Beschädigungen an Häusern von Deutschen verübt; der czechische Pöbel riß die deutschen Firmenschilder ab, plünderte 44 Geschäftsläden, drang in die deutschen Anstalten ein, zertrümmerte deren Apparate, verbrannte auf den Straßen die aus den Häusern geschleppten Sachen und kam mehrfach in Kampf mit Militär. Das deutsche Gymnasium auf dem Altstädter Ring und die Volksschule in Smichow wurden geplündert; eine 3000 Personen zählende Menge sang vor dem Rathause czechische Lieder und schlug sodann die Fenster der deutschen Turnhalle ein.

Zwar sprengten drei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Dragoner die Menge mehrfach auseinander, auch wurden die Anstalten der Prager Universität nunmehr militärisch bewacht, im ganzen aber machte es den Eindruck, daß rascher und energischer hätte eingeschritten werden können. Am 2. Dezember ließ das Ministerium durch den Statthalter das Standrecht über Prag und die Gerichtsbezirke Carolinenthal, Weinberge, Zizkow und Smichow verhängen. Sechs deutsche Abgeordnete aber sprachen dem Statthalter Grafen Coudenhove brieflich ihre Verwunderung darüber aus, daß er, nach der Erklärung des Bürgermeisters Podlipny, die Ausschreitungen in Prag und Umgegend in ursächlichen Zusammenhang mit Kundgebungen der deutschen Studenten gebracht und damit in gewissem Grade entschuldigt habe. Trotz des Standrechts kamen noch schwere Ausschreitungen von Czechen in Smichow, Braunau und Bodenbach vor.

Der Ministerpräsident v. Gautsch setzte sich bereits am 2. Dezember mit Vertretern der parlamentarischen Minderheit in Verbindung, welche sich am 30. November behufs weiterer Durchführung des Siegs der deutschen Sache zu einer geeinigten deutschen Opposition verbunden hatten. Es waren die deutsche Volkspartei, die deutsche Fortschrittspartei, die christlichsoziale Vereinigung und die freie deutsche Vereinigung, welche der neuen Regierung gegenüber gemeinsam vorzugehen beschlossen. Minister v. Gautsch erklärte diesen Parteien die Bereitwilligkeit der Regierung, die Wirksamkeit der Sprachenverordnungen auf das deutsche Sprachgebiet Böhmens bezüglich der inneren Dienstsprache zu suspendieren. Diese sollte fortan in den rein deutschen Bezirken oder Gemeinden ausschließlich deutsch, in den rein czechischen ausschließlich czechisch sein, während für die gemischtsprachlichen Bezirke die innere Sprache „utraquistisch" bleiben, als Kennzeichen der Gemischtsprachlichkeit aber das Vorhandensein von wenigstens 20% der anderen Nationalität bei Bezirken und von wenigstens 25% der anderen Nationalität bei Gemeinden gelten sollte. Dagegen wollte die Regierung den Grundsatz der Doppelsprachigkeit aller Staatsbeamten in Böhmen und Mähren nicht fallen lassen. Diese Vorschläge wurden jedoch von den Parteien der deutschen Opposition als ungenügend abgelehnt, und die Partei des verfassungstreuen Großgrundbesitzes sowie die deutsche Volkspartei

erließen am 10. Dezember Erklärungen im Sinne fester Einhaltung ihres Standpunkts im Sinne des Deutschtums. Ebenso entschieden beharrten jedoch auch die Parteien der Mehrheit des Abgeordnetenhauses in einer öffentlichen Erklärung auf ihrem Standpunkte. Weitere Kundgebungen gingen aus: am 12. Dezember von einem unter dem Vorsitze des Abgeordneten Wolf in Wien versammelten, aus 400 Vertretern deutscher Bezirke und Gemeinden bestehenden deutschen Volkstags sowie andererseits am 19. Dezember von der Versammlung der jungczechischen Vertrauensmänner Böhmens in Prag, welche sich gegen die Oberherrschaft der Deutschen in Österreich und für das feste Verharren beim Verlangen des gleichen Rechts der slavischen Sprachen vernehmen ließen. Sie wollten kein Tüpfelchen an den Sprachenverordnungen geändert wissen und kündigten andernfalls den „Widerstand des aufs äußerste erbitterten Czechenvolks" an. Daran schlossen sie den Ausdruck tiefster Entrüstung über „die deutscherseits versuchte Ausbeutung der bedauernswerten Vorfälle" in Prag.

Ende November und Anfang Dezember wurde der große Zwiespalt der Nationalitäten auch in die fortgesetzten Beratungen der österreichischen Delegation getragen. Als diese den Etat des gemeinsamen Ministeriums des Äußern beriet, nahm Graf Starhemberg Veranlassung, den Kampf der Deutschen als ein Ringen um die Großmachtstellung der Monarchie zu schildern, deren unerschütterliche Grundlage das deutsche Volk bilde, und Kaiser erklärte, es müsse vor allem den Deutschen in Österreich wieder ihr Recht zu teil werden, wogegen Kramar ausführte, Österreich könne kein deutscher Staat sein, ja es liege im Interesse der äußeren Politik, daß es nicht dazu proklamiert werde. Dem Minister des Äußern sprachen beide Delegationen ihr volles Vertrauen aus. Da ferner das Zoll- und Handelsbündnis zwischen beiden Reichsteilen bisher nicht hatte erneuert werden können, das wirtschaftliche Ausgleichsprovisorium aber ebenfalls auf beiden Seiten unerledigt war, die Quote daher für die Dauer eines Jahres durch die Krone allein festgestellt werden mußte, so faßten die Delegationen schließlich die diesem Zustande entsprechenden Beschlüsse. Darauf wurde die Tagung am 22. Dezember geschlossen.

Da infolge der Obstruktion im Abgeordnetenhause das Aus-

gleichs-Provisorium mit Ungarn im Reichsrate gescheitert war und das Budget auf parlamentarischem Wege nicht hatte zu stande kommen können, erging am 28. Dezember eine auf den Notstandsartikel der Verfassung gestützte kaiserliche Verordnung wegen Forterhebung der Steuern und Abgaben sowie wegen Bestreitung des Staatsaufwands für die erste Hälfte des Jahres 1898. Nach einem Schreiben des Kaisers an den Ministerpräsidenten sollte die Quote der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten beider Reichshälften im Sinne des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 für das Jahr 1898 unverändert bleiben. Die bisher nur vertagte 13. Session des Reichstags wurde durch kaiserlichen Erlaß vom 29. Dezember für geschlossen erklärt. Ein deutscher Akademikertag in Eger verlangte volle staatliche Garantie gegen Wiederholung der Ausschreitungen in Prag, Schutz der dortigen Studenten und volle Anerkennung der Gleichberechtigung der deutschen Sprache in Prag; andernfalls sei die Verlegung der Prager Universität notwendig.

Die Wahl eines ersten Bürgermeisters von Wien, welche im vorigen Jahre soviel von sich reden gemacht, war schon im Frühjahr wiederum in den Vordergrund getreten. An Stelle des Antisemitenführers und Abgeordneten Dr. Lueger, welcher im April v. J., auf Wunsch des Kaisers, auf seine Wahl zu diesem Amte verzichtet hatte, war damals Strobach gewählt und bestätigt. Nachdem dieser rasch wieder in Fortfall gekommen war, fiel am 8. April die Wahl mit 93 von 132 Stimmen abermals auf Lueger, der nunmehr bestätigt wurde und in seiner Antrittsrede vom Zusammenstehen in Treue zu Kaiser und Reich sprach.

Was die kaiserliche Familie betrifft, so wurde der Besuch des Erzherzogs Otto in Berlin schon oben erwähnt. Im März reiste der Kaiser zum Besuch seiner Gemahlin nach Kap St. Martin an der Riviera und besuchte am 16. März die Königin von England in Nizza. Für viele ihm hier erwiesene Aufmerksamkeiten sprach er dem Präsidenten Faure telegraphisch seinen Dank aus. Des Besuches, welchen er im April vom deutschen Kaiser erhielt, wurde ebenfalls schon unter Deutschland (S. 93) gedacht. Die Reise des Kaisers nach Petersburg siehe unter Rußland (S. 281). Im Juni erhielt der Kaiser den Besuch des Königs von Siam, der ihm einen goldenen Säbel verehrte. Dem seit 19 Jahren mit der Prinzessin Isabella v. Croy vermählten 42jährigen Erzherzog Friedrich auf Schloß

Weilburg unweit Baden bei Wien, dessen Ehe bisher mit 8 Töchtern gesegnet war, wurde am 24. Juli ein Sohn geboren.

Am 30. Juli starb in Wien der bekannte Geschichtschreiber Alfred Ritter v. Arneth, am 5. Dezember der langjährige Oberkommandant der Marine, Admiral Freiherr v. Sterneck, am 29. Dezember in Prag der gelehrte und um das Deutschtum in Böhmen verdiente Historiker v. Höfler.

Im Königreich **Ungarn** standen, wie gewöhnlich, die Verhandlungen des Reichstags im Vordergrunde, wenngleich sie nichts von besonderer Wichtigkeit darboten. Das Abgeordnetenhaus wurde am 15. Januar von radikaler Seite mit der Frage der Erneuerung des finanziellen Ausgleichs mit Österreich befaßt, worauf der Finanzminister Lukacs versicherte, daß man auch in Österreich die Wichtigkeit der Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen beiden Staaten anerkenne, und gegenüber den Radikalen, welche über das bisherige Scheitern dieser Verhandlungen nicht ungehalten zu sein schienen, hervorhob, man müsse auf beiden Seiten darauf ausgehen, nicht das Trennende, sondern das Vereinigende zu fördern. In der Budget-Beratung des Abgeordnetenhauses trat der Ministerpräsident Baron Bánffy vielen bezüglich der letzten Abgeordneten-Wahlen gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen entgegen und suchte im Gegenteil den Nachweis zu liefern, daß die Opposition sich bei diesen Wahlen im November v. J. Mißbräuche habe zu Schulden kommen lassen. Im übrigen spielte die auswärtige Politik eine große Rolle, weil sich das Land durch die in eine Krisis geratenen Dinge des Orients nahe berührt fühlte. Auf bezügliche Anfragen erteilte der Ministerpräsident am 27. Februar und 12. März beruhigende Aufschlüsse hinsichtlich der Lage Kretas. In Verbindung mit dieser Berührung der Orientfrage stand die bezüglich der Reise des Monarchen nach Petersburg. In dieser Beziehung erklärte der Ministerpräsident, das Verhältnis der Monarchie zu ihren Verbündeten habe sich nicht geändert; der Dreibund gehöre nicht zu den kurzlebigen politischen Kombinationen, welche so leichthin durch andere Abkommen ersetzt werden könnten; bei der allgemein bekannten friedlichen Natur dieses Bundes sei es nicht ausgeschlossen, daß seine Mitglieder auch mit anderen Mächten zu freundschaftlicher Eintracht gelangen könnten. Mit diesen Erklärungen glaubte man

sich allseits für die Zeit bis zu dem erst im Herbst stattfindenden Zusammentritt der Delegationen zufrieden geben zu können. Zu erwähnen ist noch, daß die Regierung dem Reichstage eine Reform der Wahlordnung mit Erweiterung des Wahlrechts in Aussicht stellte, daß das Abgeordnetenhaus am 14. Juni ein Gesetz über die Militärbildungsanstalten genehmigte, und sich am 19. Juni, anläßlich eines drohenden Ernteſtreiks, mit der Lage der Arbeiter eingehend beschäftigte, wobei die Regierung versicherte, daß sie alle, welche arbeiten wollten, schützen werde. Dabei möge erwähnt sein, daß ein Streik der Arbeiter der österreichisch-ungarischen Staatsbahngesellschaft, welche mit einer geplanten Änderung des für sie bestehenden Unterstützungs-Instituts nicht einverstanden waren, am 19. Januar in Anina durch das Ungeschick von Behörden zu einem Kampfe geführt hatte. Nach einer längeren Vertagung des Reichstags beschloß das Abgeordnetenhaus am 4. Oktober eine Huldigungs-Adresse an den König zum Dank für dessen an den Ministerpräsidenten gerichtetes Schreiben, wonach er in Pest Denkmäler zur Erinnerung an Männer, die sich auf verschiedenen Gebieten ausgezeichnet hatten, errichten lassen wolle. Am 21. Oktober genehmigte das Abgeordnetenhaus eine Regierungsvorlage wegen einstweiliger Verlängerung des Ausgleichs mit Österreich für die Dauer des Jahres 1898, jedoch mit dem Vorbehalte, daß dieses Provisorium in Österreich rechtzeitig, d. h. vor Jahresschluß, Genehmigung finde. Nach Äußerungen des Ministers Baron Bánffy mußte angenommen werden, daß die Regierung es unvereinbar mit dem Dualismus des Reichs halte, wenn in Österreich dieses Provisorium etwa mittels Notverordnung eingeführt werden sollte. Dasselbe wurde von Kossuth am 10. November geltend gemacht, nachdem der Minister v. Bilinski im Budgetausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses auf die eventuelle Anwendung des Notverordnungsgesetzes hingewiesen hatte.

Sehr freudig wurde die Bevölkerung Ungarns durch den Besuch bewegt, welchen der deutsche Kaiser und das Königspaar von Rumänien dem Könige Franz Joseph im September in Pest abstatteten. Schon die Mitteilung vom Bevorstehen des ersteren Besuches wurde vom Pester Gemeinderate mit großer Begeisterung aufgenommen, die übrigens zum Teil aus dem gehobenen Bewußtsein

hervorging, daß es der erste Fall sei, wo der Monarch einen westeuropäischen Herrscher in der ungarischen Hauptstadt begrüße, die somit der Cisleithaniens gleichgestellt werde. Die gesamte Presse Ungarns begrüßte den deutschen Kaiser schon bei seiner Ankunft zu den Manövern bei Totis in schwungvoller Weise. Das nähere über den Aufenthalt des Kaisers in Ungarn einschließlich der beim Prunkmahle am 21. September ausgetauschten Trinksprüche ist schon S. 158 erwähnt. Diese brachten die Begeisterung auf den Gipfel, und wiederum sprach sich die gesamte Presse in Ausdrücken höchster Anerkennung und Hinneigung zum Kaiser persönlich wie zu dem Dreibunde aus. König Karol von Rumänien traf mit seiner Gemahlin am 28. September, mit den höchsten Ehren empfangen, in Pest ein. Bei dem ihnen zu Ehren am 29. in der Hofburg veranstalteten Prunkmahle wurden wiederum bemerkenswerte Trinksprüche ausgebracht. König Franz Joseph sagte in seiner Begrüßung der Gäste, daß er besonders gerührt sei von dem unausgesetzten Streben des Königs Karol, den vorzüglichen Beziehungen zwischen den beiderseitigen Völkern den Charakter einer dauernden und engen Freundschaft zu verleihen, und er bitte Gott, Rumänien auf lange Jahre hinaus den Herrscher zu erhalten, dessen hohe Weisheit aus diesem schönen Lande ein Element der Ordnung und des Friedens in Europa gemacht habe. König Karol erwiderte, der vorjährige Besuch des Königs Franz Joseph in Rumänien habe mächtig dazu beigetragen, die zwischen beiden Staaten so glücklich bestehenden ausgezeichneten Beziehungen noch mehr zu festigen.

Im Dezember machten die anomalen parlamentarischen Verhältnisse Österreichs ihre Wirkung in Ungarn geltend. Im Abgeordnetenhause regte Kossuth am 2. Dezember die Notwendigkeit eines auf dem Grundsatze der Selbstbestimmung beruhenden Gesetzes mit dem Bemerken an, eine gewaltthätige Durchsetzung des Ausgleichsprovisoriums würde im österreichischen Volke den Irrtum erwecken, daß daraus für Ungarn große Vorteile erwüchsen, während das Gegenteil der Fall sei. Das Ministerium sah sich jedoch nicht in der Lage, zu einer Notverordnung zu schreiten, sondern legte, da der oben erwähnte Vorbehalt weggefallen war, am 6. Dezember wiederum einen Gesetzentwurf vor, wonach das bisherige wirtschaftliche Verhältnis zu Österreich bis zum Ende des Jahres 1898

unverändert aufrecht erhalten bleiben solle, ausgenommen den Fall, daß der neue Ausgleich früher zu stande kommen sollte; geschehe dies nicht bis zum 1. Mai k. J., so solle dem Reichstage eine Vorlage über die bis Ende des Jahres 1898 zu bewirkende endgiltige Regelung der jetzt nur provisorisch geregelten Fragen zugehen. Die über diesen Gesetzentwurf vom 7. bis 23. Dezember stattgehabten Beratungen drehten sich hauptsächlich um die Frage, ob nicht lieber jetzt schon mit Österreich wirtschaftlich gebrochen und das gegenseitige Verhältnis auf die Personalunion beschränkt werden solle. Die Unabhängigkeitspartei machte einen Anlauf, um dies vermittelst einer Art von Obstruktion zu erreichen indem sie bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Vorlage einen Antrag stellte, welcher ihre Erledigung bis zum Jahresschluß als zweifelhaft erscheinen ließ. Der ganze Plan wurde jedoch dadurch vereitelt, daß sowohl die National- als die Volkspartei wider Erwarten für die Vorlage auftraten. Kossuth wollte keinen Vertrag mit einer unparlamentarischen Regierung Österreichs und Andere glaubten, daß Ungarn bei getrennten Zollgebieten sich weit besser stehen würde; Graf Apponyi aber, wenn er auch die Trennung des Zollgebiets nicht für ein verhängnisvolles Unglück hielt, billigte die Vorlage aus politischen Gründen; es könne für Ungarn nur von Vorteil sein, wenn es zu einer Zeit, in welcher in Österreich Parteikämpfe mit elementarer Gewalt wüteten, für die Befestigung und Machtstellung der Monarchie eintrete. Mocsy, Redner der Volkspartei, machte darauf aufmerksam, daß der Standpunkt der Vorlage die Errichtung eines selbständigen Zollgebiets nicht ausschließe. Der Ministerpräsident Baron Bánffy gab zu, daß Ungarn das Recht habe, sich selbständig zu machen, wollte dies jedoch nicht als Ziel hinstellen, weil ein die Interessen des Landes berücksichtigender Ausgleich mit Österreich vorteilhafter sei. Die Regierung habe streng verfassungsmäßig erklärt, daß die Durchführung des Provisoriums in Österreich mittels des Notparagraphen den ungarischen Gesetzen zuwiderlaufe, nun aber möge man Österreich eine Erholungszeit gewähren, nicht aber die dortige Verlegenheit benutzen, um gerade dasjenige zu verwirklichen, was nicht in den gemeinsamen Interessen liege, denn Ungarn wolle auch weiterhin unter den aus der Verknüpfung der geschichtlichen Vergangenheit wie der Staatsgrundgesetze fließenden Vorteilen leben. Den Radi-

kalen gelang es, die Beschlußfassung im Dezember zu verhindern. Unruhen, welche im September in Ungarns Nebenlande Kroatien ausbrachen, stellten sich als Folge der Verarmung vieler kleiner Gemeinden und der allmählichen Entstehung eines ländlichen Proletariats heraus. Die von der radikalen Partei geschürte Unzufriedenheit machte sich besonders gegen Ungarn geltend, und es genügte ein Gerücht, daß irgendwo eine magyarische Fahne versteckt sei, um die Bevölkerung in Wut zu versetzen. Drei Beamte wurden getötet und ihre Leichen grausam behandelt; ein Bezirksvorstand wurde mit Heugabeln aufgespießt. Wegen dieser Verhältnisse wurde der Banus von Kroatien, Graf Khuen-Héderváry, nach Pest berufen. Im Landtage zu Agram kam es im Dezember zu einer Reihe von großen Lärmszenen, welche durch die Gereiztheit gegen Ungarn hervorgerufen waren.

Am 16. Mai fand auf dem Krönungshügel bei Preßburg die Feier der Enthüllung eines Denkmals der Königin Maria Theresia statt, welches die Bürgerschaft dieser Stadt zur Erinnerung an den 25. Jahrestag der Krönung des Königs Franz Joseph zu errichten beschlossen hatte. Dieser war anwesend und feierte in einer Ansprache die große Königin als ein Ideal der Herrschertugenden. Am 9. September starb in Pest Franz Pulszky, der diplomatische Vertreter der Revolutionsregierung von 1848, 83 Jahre alt.

Rußland.

Das dritte Regierungsjahr des Kaisers Nikolaus II. verlief ohne besonders hervorragende Ereignisse und zeigte eine Politik des Wohlwollens für die Bevölkerung, nach außen hin eine Politik der Bedächtigkeit und Klugheit. Bei strenger Aufrechterhaltung des Grundsatzes des absoluten Herrschertums sowie unter Fortsetzung der Russifizierung der westlichen Reichsteile kam die Regierung den Wünschen verschiedener Volksschichten weit mehr als zur Zeit Alexanders III. entgegen. Durch kaiserliche Verordnung wurde im April die Einsetzung einer Kommission zur umfassenden Aufklärung der Bedürfnisse des Adelsstandes und zur Erwägung der Maßnahmen eingesetzt, welche dem Adel die Möglichkeit geben sollten,

seine treuen Dienste, wie früher, dem Throne und dem Lande zu widmen. Die seit 1719 bestehende drückende Paßsteuer wurde am 5. Mai, die vom Immobilienbesitz der Personen polnischer Herkunft in den neun westlichen Gouvernements zum Besten der Krone erhobene Prozentsteuer wurde im Juni aufgehoben. Ferner wurde das vom heiligen Synod gestellte Verlangen, daß in den Schulen der deutschen Kolonisten die russische Sprache als Unterrichtssprache für alle Lehrgegenstände gelten solle, vom Kaiser abgelehnt, vielmehr verfügte er, der Unterricht in Religion und in der deutschen Sprache habe in der Muttersprache der Schüler zu erfolgen. Den Polen insbesondere wurde eine ganze Reihe von Zugeständnissen gemacht: In Litauen und der Ukraine sollten Polen wieder Grundbesitz erwerben können, was seit 1861 verboten war; es wurde ferner erlaubt, daß dem polnischen Dichter Mickiewicz auf einem öffentlichen Platze Warschaus ein Denkmal gesetzt werde; aus der dortigen Citadelle wurden viele Personen entlassen, die seit langer Zeit eingekerkert waren, ohne zu wissen, warum; die seit langen Jahren von einem Russen bekleidete Stelle eines Warschauer Theaterpräsidenten wurde einem Polen übertragen; vor allem aber wurden der polnischen Presse wesentliche Freiheiten gestattet; sie durfte wieder über „polnische Angelegenheiten" berichten und polnische Parteipolitik treiben; endlich bekundeten die Chefs der Verwaltungen in polnischen Bezirken im allgemeinen ein entschiedenes Entgegenkommen gegen örtliche Wünsche. Daß diese Maßnahmen in der polnischen Bevölkerung nicht ohne Eindruck blieben, zeigte der außerordentlich freundliche Empfang, welcher dem Kaiserpaare zu teil ward, als es am 30. August mit den Oheimen des Kaisers, den Großfürsten Wladimir und Paul, Warschau besuchte. Für diese Kundgebungen der Ergebenheit sprach der Kaiser seinen wärmsten Dank aus. Auch Finnland gegenüber bewies die Regierung größere Freundlichkeit als früher. Die vom Generalgouverneur am 25. Januar dem Landtage des Großfürstentums bei seiner Eröffnung verlesene kaiserliche Botschaft enthielt nicht den geringsten Anklang an die Mißlichkeiten, die noch vor wenigen Jahren das Verhältnis ziemlich stark getrübt hatten, vielmehr das Angebot der Überweisung von 9 Millionen zur Erleichterung der Lasten für Militär und Volksschulen.

Derselbe friedliche Zug, welcher die innere Politik kennzeichnete, zeigte sich auch in den Fragen der äußeren Politik, zu deren Leitung am 13. Januar der bisherige Gesandte in Kopenhagen, Graf M. Murawjew, berufen wurde, der 1893—94 Botschaftsrat in Berlin war. Geh. Rat Schischkin, der Verweser dieses Amts seit dem plötzlichen Tode des Ministers Grafen Lobanow-Rostowski, wurde zum Mitgliede des Reichsrats ernannt. Wie Schischkin, so wurde auch Graf Murawjew zunächst nur provisorisch bestellt, jedoch ward ihm schon am 25. April die Stelle endgültig übertragen. Gleichzeitig mit Graf Murawjews Berufung fiel die des Fürsten Imeretinsky zum Generalgouverneur von Polen an Stelle des erkrankten Grafen Schuwalow. Nicht lange hiernach wurde die Friedlichkeit der russischen Politik durch das Wiederaufleben der orientalischen Frage auf die Probe gestellt; aber, wie sehr man auch in Griechenland bei der Parteinahme für die Aufständischen auf Kreta und bei der Entfesselung des Kriegs gegen die Türkei auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des eigenen Fürstenhauses mit Englands und Rußlands Herrscherfamilien gerechnet haben mochte, so ließ sich die russische Regierung doch nicht im geringsten zur Unterstützung dieses leidenschaftlichen, bedachtlosen Ausbruchs verleiten; in voller Erkenntnis der für den Frieden der ganzen Balkanhalbinsel und damit für den Europas leichtfertig herbeigeführten Gefahr ging sie vielmehr, im Verein mit dem Deutschen Reiche, mit rücksichtsloser Entschiedenheit darauf aus, den Streit auf die beiden Gegner zu beschränken, auf Gewährung der Wünsche der Christen auf Kreta hinzuwirken und englische Versuche zur Durchkreuzung dieses Verhaltens zu hintertreiben. Der Erfolg dieser Politik trat u. a. sehr deutlich hervor durch die Reise, welche der Kaiser von Österreich am 25. April in Begleitung des Erzherzogs Otto und des Ministers des Äußern, Grafen Goluchowski, nach Petersburg unternahm. Galt auch diese Reise formell nur als Erwiderung des im vorigen Jahre vom neuen Czaren in Wien abgestatteten Besuchs, so gewann sie im Hinblick auf die Orientfrage thatsächlich hohe politische Bedeutung. Nachdem die österreichischen Gäste mit vieler Herzlichkeit und großem Glanze empfangen waren, brachte Kaiser Nikolaus am 27. April beim Prunkmahle im Winterpalais einen Trinkspruch aus, in welchem er sagte, die aufrichtige Freundschaft, von

welcher dieser Besuch einen Beweis ablege, sei befestigt durch eine Gemeinsamkeit der Ansichten und der Grundsätze, welche bezwecke, den beiderseitigen Völkern die Wohlthaten des Friedens zu sichern; der hohe Gast kenne die herzlichen Gefühle, von denen er für ihn beseelt sei, und den ganz besonderen Wert, den er auf eine vollkommene Solidarität unter ihnen lege; im Hinblick auf das gemeinsam verfolgte erhabene Ziel trinke er auf die Gesundheit des Kaisers Franz Joseph und seiner ganzen Familie. Dieser sagte in seiner Erwiderung, daß er in seinem herzlichem Empfange einen neuen Beweis der engen Freundschaft erblicke, „die uns umschlingt und die, gestützt auf die Gefühle gegenseitiger Achtung und Loyalität, für unsere Völker eine feste und sichere Bürgschaft des Friedens und des Wohlstands bildet"; unerschütterlich dem Siege dieser Sache hingegeben, werde er sich stets glücklich schätzen, auf die kostbare Mitwirkung des Czaren rechnen zu dürfen. Der Austausch dieser Versicherungen erfüllte alle Freunde des europäischen Friedens mit größter Befriedigung, und um so mehr, als gleichzeitig verlautete, daß es zu bestimmten politischen Verabredungen dieser Richtung gekommen sei. Wenn auch nichts Näheres hierüber in die Öffentlichkeit gelangte, so schien doch als sicher angenommen werden zu dürfen, daß die beiderseitigen Regierungen sich dahin einigten, eine Störung des allgemeinen Friedens, namentlich zunächst in den Fragen des Orients, gemeinsam abzulehnen, und zwar ohne daß Rußland sein gutes Verhältnis zu Frankreich aufgebe, das vielmehr ebenfalls für den Grundsatz der Friedenserhaltung zu gewinnen stände. Solchergestalt schien man eine Art von Zweibund vor Augen zu haben nach Art des früheren deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags, so daß, wie namentlich die ungarische Presse hervorhob, nunmehr der Dreibund Hand in Hand mit Rußland den Frieden sichere. Als eine Folge dieses Einverständnisses war es anzusehen, daß die beiderseitigen Minister des Äußern schon am 29. April von Petersburg aus in übereinstimmenden Noten nach Bukarest, Belgrad, Sofia und Cettinje unbesonnene Schritte zu verhindern suchten, zu denen man sich, aus Anlaß der griechisch-türkischen Wirren, in einzelnen dieser Balkanstaaten sonst möglicherweise hinreißen lassen könnte. Es geschah dies in der Form eines Ausdrucks der Befriedigung über die bisher bewahrte korrekte Haltung, welche den

Wünschen beider Kaiser um so mehr entspreche, als dieselben fest entschlossen seien, den allgemeinen Frieden, den Grundsatz der Ordnung, der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes zu befolgen.

Diese ganze äußere Politik Rußlands enthielt als solche eine gewisse Frontstellung gegen Großbritannien, ja Rußlands Gemeinsamkeit mit Österreich-Ungarn in den Angelegenheiten des Orients war wesentlich dadurch erleichtert worden, daß Großbritannien weniger als sonst am Bosporus, als vielmehr in Fragen Asiens Rußlands Widersacher zu sein schien. Deshalb hielt es die russische Regierung auch für geraten, ihren wegen des Einflusses in Korea entstandenen Streit mit Japan nicht weiter zu treiben, sondern am 24. Februar mit diesem Reiche ein Abkommen zu treffen, wonach beide Teile sich bereit erklären, den König von Korea bei Herstellung der Ordnung und bei Einführung einer einheimischen Heeres- und Polizei-Organisation zu unterstützen, die Etats in Einklang zu bringen und ausländische Anleihen zu garantieren; Japan solle seine dortige Telegraphenlinie behalten, Rußland ebenfalls eine solche errichten, jeder der beiden Teile solle 200 Gendarmen dort halten dürfen, und Mißverständnisse sollten friedlich beigelegt werden. Am 8. Oktober schloß Rußland mit Korea einen Vertrag, durch welchen die Leitung der koreanischen Finanzen russischen Beamten übertragen und somit eine gewisse Vorherrschaft Rußlands in diesem Reiche begründet wurde. Wohl behufs Vorbereitung einer dauernden Sicherung von Rußlands Stellung in Ostasien lief am 18. Dezember das aus 9 Kriegsschiffen bestehende russische Geschwader unter dem Befehle des Admirals Reunow von Wladiwostok in den chinesischen Hafen Port Arthur, um ihn, wie es in der amtlichen Meldung hieß, vorläufig als Winterhafen besetzt zu halten. Diese Südspitze der Halbinsel Liaotong, welche Japan 1894 erobert und durch den Friedensschluß von Shimonoseki sich zu sichern versucht, aber infolge der Einmischung Rußlands, Deutschlands und Frankreichs wieder herausgegeben hatte, beherrscht die Meeresstraße von Petschili und bildet den natürlichen Endpunkt der Eisenbahn, deren Weiterbau durch die chinesische Mandschurei, im Anschluß an die sibirische Bahn, Rußland sich gesichert hat. Durch das Erscheinen der russischen Flotte in Port Arthur fühlte sich Japan unangenehm berührt, welches zwar immer noch den chinesischen Hafen von Weihaiwei auf

der entgegengesetzten Seite der Straße von Petschili als Garantie für die noch ausstehende chinesische Kriegskostenentschädigung besetzt hielt, vor dem Zugang zu Peking jedoch nunmehr Rußland als Verteidiger des flottenlosen chinesischen Reiches aufgepflanzt und den durch das japanische Inselreich gegen den großen Ozean hin gebildeten großen Wall um Wladiwostok plötzlich durchbrochen sah.

Wie beim Besuche des österreichischen Kaisers, trat die friedliche Richtung der russischen Politik bei den Besuchen hervor, welche die Oberhäupter des deutschen Reichs und Frankreichs nach einander, und zwar ebenfalls zunächst als Erwiderung der vorjährigen Besuche des Czaren in Breslau und Paris, in Petersburg abstatteten.

Das deutsche Kaiserpaar traf, von Kiel kommend, in Begleitung eines deutschen Geschwaders auf der „Hohenzollern" am sonnenklaren Morgen des 7. August vor Kronstadt ein, begrüßt von zwei Dampfern mit den Mitgliedern der deutschen Kolonie Petersburgs sowie von zahlreichen anderen Privatdampfern. Von den Kronstädter Forts und allen russischen Kriegsschiffen ertönten Kanonensalven, in die sich der Gesang beider Nationalhymnen seitens der zahlreich an beiden Ufern befindlichen Menge mischte. Kaiser Wilhelm, in der Uniform des Wiborgschen Regiments. grüßte, auf der Kommandobrücke stehend, nach allen Seiten. Nun nahte, abermals unter Kanonenschüssen, von Peterhof her die „Alexandria", welche in der Nähe der „Hohenzollern" vor Anker ging. Kaiser Nikolaus und Großfürst Alexis, beide in deutscher Admiralsuniform, sowie die Kaiserin Alexandra schifften sich hierauf nebst dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin ein und wurden an der Falltreppe der „Hohenzollern" vom deutschen Kaiserpaare herzlichst begrüßt, worauf der Czar dem Kaiser Wilhelm alsbald seine Ernennung zum russischen Admiral mitteilte. Dann ging es nach Peterhof, wo die Großfürsten und Großfürstinnen nebst dem deutschen Reichskanzler und dem russischen Kriegsminister Wannowski zur Begrüßung erschienen. Am 8. August besuchte das deutsche Kaiserpaar das in Flaggen- und Blumenschmuck prangende Petersburg, wurde vom Stadthaupte in deutscher Sprache begrüßt, legte auf das Grab des vorigen Czaren in der Peter Pauls-Festung prächtige Kränze nieder und empfing eine Abordnung der Deutschen Petersburg, welcher er sagte, er sei bei den Kaisergräbern in der

Festung von neuem in der Überzeugung bestärkt worden, wie sehr die Aufrechthaltung der alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland sowie den beiderseitigen Herrscherfamilien im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Ordnung Europas liege. Beim Prunkmahl in Peterhof wurden die Trinksprüche ausgetauscht, in welchen, wie nun einmal üblich, die politische Bedeutung der Zusammenkunft in prägnanten Worten zum Ausdruck kam. Kaiser Nikolaus sagte in seinem Trinkspruche, diese neue Bekundung der alten vereinigenden Bande und der zwischen beiden Nachbarreichen so glücklich geknüpften guten Beziehungen bilde eine kostbare Bürgschaft für die Aufrechthaltung des Weltfriedens, welche den Gegenstand seiner beständigen Bemühungen und heißesten Wünsche bilde. Kaiser Wilhelm dankte in seiner Erwiderung für den prächtigen Empfang und für die Ernennung zum Admiral, worin er „einen neuen Beweis für die Fortdauer unserer traditionellen, innigen, auf unerschütterlicher Basis begründeten Beziehungen sowie der beider Reiche" erblicke, und fügte hinzu, des Czaren Entschluß, seinem Volke den Frieden zu erhalten, finde auch in ihm den freudigsten Widerhall; vertrauensvoll könne er in die Hände des Czaren das Gelöbnis niederlegen, daß er ihm bei dem großen Werke, den Völkern den Frieden zu erhalten, mit ganzer Kraft zur Seite stehen und ihm seine kräftigste Unterstützung gegen jeden angedeihen lassen werde, „der es versuchen sollte, diesen Frieden zu stören oder zu brechen." Abends begab sich das deutsche Kaiserpaar nach dem mit deutschen Fahnen geschmückten Lager von Krasnoje-Sselo, wo ein großer Zapfenstreich und von den Militärkapellen der „Sang an Ägir" aufgeführt wurde, während die Petersburger Stadtbehörde für die Besatzung des deutschen Schulschiffs „Charlotte" ein Fest im Grünen veranstaltete. Glanzvoll verlief die große Parade über 72 Bataillone Infanterie, 43 Schwadronen Kavallerie und 42 Batterien. Der Czar führte die Garden und das Preobaschenskische Leibgarderegiment dem Kaiser Wilhelm vor, welcher letzterem zurief: „Ich grüße Euch, meine Braven!" und sodann das Wiborgsche Regiment dem Czaren vorführte. Bei dem sich daran schließenden Frühstück brachten die Kaiser Trinksprüche auf die beiden Kaiserfamilien aus, worauf sämtliche Fürstlichkeiten auf der Olga-Insel eine märchenhafte Balletvorstellung bewunderten. Am 10. August wurde dem

deutschen Kaiser im Lager von Krasnoje-Sselo eine Gefechtsübung vorgeführt. Der Czar hatte eine längere Besprechung mit dem dem deutschen Auswärtigen Amte vorstehenden Freiherrn v. Bülow; Kaiser Wilhelm ernannte den Großfürsten Konstantin zum Inhaber des preußischen Garderegiments Nr. 5, stellte den Großfürsten Kyrill à la suite der deutschen Marine und verlieh den Ministern Witte und Wannowski den schwarzen Adlerorden. Die deutschen Gäste verließen am 11. August Petersburg und Kronstadt nach einer herzlichen Verabschiedung vom russischen Kaiserpaare, und allgemein war das Gefühl, daß die Innigkeit des Verhältnisses beider Kaiser und Reiche zu einander nichts weniger als den Gedanken aufkommen lassen könne, Rußland werde sich herbeilassen, den Franzosen wieder zum Besitze Elsaß-Lothringens zu verhelfen.

Aber der Gegenbesuch des Präsidenten der französischen Republik mußte ebenfalls angenommen werden; er war seit langer Zeit vorbereitet, ganz Frankreich sah diesem Vorgange mit Spannung und der Hoffnung entgegen, daß hierbei endlich das bisher immer noch vergeblich ersehnte „Bündnis" mit Rußland zum Vorschein kommen werde, und die russische Presse erging sich in der Betrachtung, daß Deutschland, nachdem es sowohl während des japanisch-chinesischen Streits wie jetzt in den Angelegenheiten des osmanischen Reichs eine volle Einmütigkeit mit Rußland und Frankreich bekundet habe, diese auch fernerhin erhalten werde, sodaß die beiden Hauptgegner in Europa durch Rußland einander näher gebracht würden und England gegenüber eine Art politischen Programms ermöglicht werde, welches Rußlands Beziehungen zu Abessynien, die Frankreichs zu Egypten und den Nigeruferländen und Deutschlands zu Mittel- und Südafrika enthalten könne. Präsident Faure wählte den Seeweg, schiffte sich mit dem Minister Hanotaux in Dünkirchen ein und traf, von französischen Kriegsschiffen geleitet, am 23. August auf dem „Pothuan" vor Kronstadt ein, wo er sich an Bord der Kaiseryacht „Alexandria" begab und glänzend empfangen wurde. Schon am Ankunftstage hielt der Czar beim Mahle in Peterhof eine Begrüßungsrede, in welcher er für den Besuche dankte, den „ganz Rußland mit lebhafter und einmütiger Freude" aufnehme; gern hoffe er, daß Faures Aufenthalt und die Aufrichtigkeit der Gefühle, welche er erwecke, „die so mächtigen Bande der Freundschaft und der

tiefen Sympathie nur noch enger werden knüpfen können, welche Frankreich und Rußland vereinigen". Faure sagte in seiner Antwort, er sei gekommen, „um die so mächtigen Bande zu bekräftigen und noch enger zu knüpfen, welche die beiden Länder vereinigen"; das Herz beider Völker schlage im „Einklang in dem gleichen Gedanken der gegenseitigen Treue und des Friedens". Das alles klang recht schön, genügte aber in Frankreich durchaus nicht, wo man mehr erwartet hatte als eine bloße Wiederholung der vorjährigen schönen Reden zu Paris und Chalons. Inzwischen wurden die Gäste, so weit nur irgend möglich, geehrt; ihr Empfang in Petersburg am 24. August war glänzend, auch wurden sie hier zur Grundsteinlegung der Troitzkybrücke geführt, wo Faure die ersten Hammerschläge that, und manches Einzelne der Festlichkeit nach dem Vorbilde der vorjährigen Brückeneinweihung des Czaren in Paris veranstaltet war. Der größte Glanz wurde am 25. August bei der großen Parade im Lager von Krasnoje-Sselo entfaltet. Das Paradefeld wurde durch einen eigenartigen Triumphbogen betreten, der aus 700 Küraſſen, Helmen und Lanzen in einer Höhe von 25 m aufgebaut war, und dessen Säulen in Goldschrift die in der französisch-russischen Verbrüderungsgeschichte wichtigen Namen Chalons, Kronstadt, Toulon, Cherbourg, Paris zeigten. Präsident Faure in Paletot und Cylinderhut, ein Spazierstöckchen in der Hand saß neben der Kaiserin in einem Zelte, vor welchem der Kaiser die Truppen vorüberführte. Sodann ließ man einen mit russischen und französischen Fahnen geschmückten, die Worte „Es lebe Frankreich!" tragenden Riesenballon unter den Klängen der Marseillaise steigen. Das sich anschließende Frühstück brachte wiederum Trinksprüche: Faure übermittelte den einstimmigen Wunsch des französischen Heeres, der russischen Armee „die stets aufrichtige Versicherung ihrer tiefen Freundschaft" zu erkennen zu geben, worauf Kaiser Nikolaus mit wenigen Worten seines Aufenthalts in Chalons gedachte. Am 26. August waren das Kaiserpaar und alle Großfürsten auf den „Pothuan" beim Präsidenten Faure zu Gast, der nunmehr mit dem Czaren Trinksprüche auswechselte, in welchen nachgeholt wurde, was man bisher in Frankreich etwa vermißt hatte. Faure sagte, vor seiner Abreise grüße er in tiefer Bewegung Rußland; die französische und die russische Marine könnten stolz sein auf den Anteil, den sie von

Beginn an den großen Ereignissen gehabt, welche die innige Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich begründet hätten. „Sie brachten die ausgestreckten Hände einander näher und ermöglichten den beiden vereinten und alliierten Nationen, welche von dem gemeinsamen Ideal der Zivilisation, des Rechts und der Gerechtigkeit geleitet werden, sich brüderlich in der loyalsten und aufrichtigsten Umarmung zusammen zu schließen". Der Czar ging in der That auf diesen Ton ein, denn er sagte, indem er ganz den Gefühlen nachgebe, welche ihn und ganz Rußland bewegten, schätze er sich glücklich, zu sehen, daß der Aufenthalt des Präsidenten in Rußland „unter uns ein neues Band zwischen unseren beiden befreundeten und alliierten Nationen schafft, welche gleichmäßig entschlossen sind, mit ihrer ganzen Macht zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens im Geiste von Recht und Billigkeit beizutragen". Der in Frankreich ersehnte und mit Jubel aufgenommene Ausdruck einer russisch-französischen „Allianz" war also endlich gefallen. Am Nachmittage des 26. August verabschiedeten sich die französischen Gäste und segelten wieder heimwärts. Rußland aber hatte die Gefälligkeit des Abschlusses eines offenbar ziemlich gleichgültigen Bündnisvertrags mit vielen tausenden von Übersetzungen der Marseillaise ins Russische bezahlt, die während dieser Festtage in vielen russischen Städten verbreitet waren.

Nicht minder als in inneren Angelegenheiten des Reichs, bewies der Kaiser sein versöhnliches Wesen innerhalb der kaiserlichen Familie selbst, indem er am 1. Februar den 35jährigen Großfürsten Michael, dessen Vater ein Bruder Alexanders II. war, wieder empfing und in alle seine Rechte wieder einsetzte, die ihm 1891 bei seiner Verbannung entzogen waren, weil er sich ohne kaiserliche Zustimmung mit der unebenbürtigen Gräfin Sophie von Merenberg, Tochter des Prinzen Nikolaus von Nassau, nachherigen Gräfin Torby, vermählt hatte. Am 10. Juli wurde das Kaiserpaar durch die Geburt einer zweiten Tochter erfreut, welche den Namen Tatiana erhielt. Am 5. Juli traf der König von Siam zu Besuche ein.

Baron v. Mohrenheim, welcher seit 1884, als Nachfolger des Fürsten Orlow, die Stelle eines Botschafters in Paris bekleidet hatte, wurde im Dezember abberufen; an seine Stelle trat der Gesandte in Brüssel, Fürst Urussow. Am 13. April starb in Wilna

der frühere Generalgouverneur des Nordwestgebiets, Orschewsky, ein zäher Träger der Politik des vorigen Czaren. Am 12. November verschied in Petersburg der Reichsrat Grot, einer der hervorragendsten Staatsmänner Rußlands.

Frankreich.

Das erste politische Ereignis in diesem Jahre waren die Wahlen zur Erneuerung eines Teils der Mitglieder des Senats. Es handelte sich um die Wiederbesetzung von 97 Sitzen, von denen 92 gemäß den Vorschriften des Gesetzes von 1875 und 5 durch den Tod ihrer Inhaber erledigt waren; von diesen 97 waren 66 Republikaner, 20 Monarchisten, 10 Radikale und 1 sozialistischer Radikaler. Der große Ansturm, welcher im vorigen Frühjahr gegen diese Körperschaft sich erhoben, weil sie ein radikales Ministerium gestürzt, hatte sich etwas gelegt, die Erklärung der Deputiertenkammer vom 23. April v. J., daß nur sie, die durch allgemeines Stimmrecht Erwählte, befugt sei, eine Änderung des Ministeriums herbeizuführen, war vollständig ins Wasser gefallen, und selbst die wildesten Radikalen konnten nicht umhin, zuzugeben, daß der nun einmal zu Recht bestehende Senat jederzeit durch Versagung verlangter Kredite im stande sei, ein Ministerium zum Rücktritt zu zwingen, wie damals das radikale Ministerium Bourgeois. Da nun auch der Senat sicherlich niemals seiner Aufhebung zustimmen würde, so blieben den Radikalen nur Versuche übrig, ihn von innen heraus umzugestalten. Sie hatten daher schon frühzeitig einen Wahlfeldzug begonnen, in welchem die Minister des durch den Senat gestürzten Ministeriums, besonders Bourgeois und Doumer, als Führer auftraten. Sie zogen in den Provinzen umher und hielten gar viele Reden, machten jedoch zu ihrer Bestürzung die Entdeckung, daß die meisten Wähler vorzogen, bei ihren gemäßigten Senatoren zu verbleiben, ja daß sogar das von Bourgeois in der Deputiertenkammer vertretene Marnedepartement seinen radikalen Kandidaten zurückwies. Auch für das radikale Programm einer Änderung des Senatorenwahlverfahrens zeigte sich keine Vorliebe, vielmehr betrachteten die Senatswähler ihr beschränktes Wahlrecht als einen Vorzug, den sie nicht dem schon so übermächtigen unbeschränkten

Wahlrechte opfern mochten. Etwas wurde durch die radikale Agitation freilich erreicht, denn die Wahlen, welche von den Vertretern der Gemeinden, den Generalräten und einigen Körperschaften am 3. Januar vorgenommen wurden, fielen auf 66 Republikaner, 12 Monarchisten und 19 Radikale, worunter 3 sozialistische. Ihre geringe Mehrzahl gegen bisher erfochten die Radikalen nur in der Haute-Garonne. Das Stärkeverhältnis im Senat blieb also unverändert, aber mit dem wesentlichen Unterschiede, daß nunmehr der Senat an Selbstbewußtsein der Deputiertenkammer gegenüber viel gewonnen hatte, zumal er der Unterstützung seiner Wähler versichert sein konnte. Übrigens zeichnete sich die Wahl vom 3. Januar durch eine große Ermüdung der öffentlichen Meinung aus.

Die beiden Kammern waren vom 12. Januar bis zum 20 Juli versammelt, mit Unterbrechung jedoch durch eine Vertagung vom 10. April bis 18. Mai. In beiden Sessionen wurden zum Teil dieselben Gesetzentwürfe beraten, weil die Sessionen einer und derselben Kammer in Frankreich logischerweise nicht, wie in einigen anderen Ländern, der rechtlichen Kontinuität entbehren. Zu den lediglich in der ersten Session verhandelten Gegenständen gehörte zunächst eine Regierungsvorlage über die Zuckersteuer, wonach die Ausfuhrprämie für die Fabrikanten bedeutend erhöht wurde, indem die Prämien, je nach der Art des Zuckers, 4 bis 4½ Fr. für 100 Kilo betragen sollten. Bei der Verhandlung vom 22. Januar hob der Ministerpräsident Méline hervor, daß es sich hier um eine Frage der nationalen Verteidigung handele und daß Ausfuhrprämien nötig seien, weil zwischen Frankreich und Deutschland eine wesentliche Ungleichheit hinsichtlich der Produktion bestehe, die dort billiger als in Frankreich sei; man verlange eben von den Konsumenten ein leichtes, zeitweiliges Opfer, bis durch eine internationale Konferenz ein neues Steuersystem aufgestellt sein werde. Durch die im Januar und März erfolgte Zustimmung der Kammern wurde der Fortbestand des Ministeriums, welches aus der Sache eine Vertrauensfrage gemacht hatte, für eine weitere Zeit gesichert. Auf diese solide Angelegenheit folgte in der Deputiertenkammer am 20. Februar ein Spektakelstück. Die Radikalen stellten nämlich durch Guesde an die Regierung eine Anfrage über die Ausweisung von Elsässern, welche am 6. September v. J. einer Versammlung in einem

französischen Grenzdorfe beiwohnen wollten, in der die deutschen Reichstagsabgeordneten Bebel und Bueb ihren Wählern Rechenschaft über die Ausübung ihres Mandats zu erstatten gedachten. Der Anfragende wunderte sich über die Maßregel um so mehr, als jene deutschen Sozialdemokraten einst gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens Verwahrung eingelegt hätten. Der Minister des Innern, Barthou, erwiderte, die Regierung habe damit keineswegs eine schwächliche Botmäßigkeit gegen Deutschland gezeigt, sondern sie wolle eben nicht eine Wiederholung von Kundgebungen sehen, wie sie im August v. J. auf dem Sozialistenkongresse in Lille stattgefunden, und weil das Auftreten von Bebel und Bueb in einer Versammlung, die im Elsaß verboten worden, diplomatische Verwicklungen hätte herbeiführen können. Als der Minister sodann die deutschen Sozialisten gute Patrioten nannte und den französischen riet, es innerhalb ihrer Landesgrenzen ebenfalls zu sein, geberdeten sich Chauvin und Jaurès sehr wild; es kamen aber sogar die gewöhnlich mit den Sozialisten stimmenden Boulangisten der Regierung mit der Erklärung zu Hilfe, sie habe ganz recht, wenn sie einen Unterschied zwischen wirklichen Elsässern und den von außen kommenden Kandidaten mache. Eine von Guesde beantragte Erklärung des Bedauerns, daß ein Minister der Republik gegen Elsaß und seine Erkorenen die gewaltthätige Maßregel der Ausweisung verhängt habe, wurde von der Kammer abgelehnt.

Von Wichtigkeit waren zwei militärische Regierungs-Vorlagen. Die eine, welche alsbald genehmigt wurde, betraf die Ermächtigung, bei den Subdivisions-Regimentern je ein viertes Bataillon in derselben Weise zu bilden, wie es nach dem Gesetze vom 20. Juli 1891 bei den Regionalregimentern geschehen war. Diese vierten Bataillone sollten die Rahmen bilden, welche die überschießenden Reservisten aufnehmen, es handelte sich also um eine Vermehrung der in erster Linie einzusetzenden Feldformationen, um Deutschland an Ziffer der aktiven, nur auf Kriegsstärke zu bringenden Einheiten zu überholen. Mit der Aufstellung dieser neuen Bataillone wurde im Juli bei der 11. Division in Troyes der Anfang gemacht. In Verbindung damit stand die Aufstellung einer neuen, der 42sten Division.

Die andere militärische Vorlage war schon am 20. Juni v. J.

eingebracht und betraf die Organisation eines selbständigen obersten Kriegsrats sowie die Schaffung eines neuen, dem Divisionsgeneral unter dem Titel „General der Armee" übergeordneten, an 12 Divisionäre zu verleihenden Grades, die einen ständigen Rat zur gegenseitigen Kontrollierung etwaiger bedenklicher Herrschaftsgelüste und zur Vorbereitung des im Kriege Nötigen bilden sollten. Der Heeresausschuß der Deputiertenkammer erklärte sich bei der Beratung vom 24. März mit dem Vorschlage einverstanden; eine scharfe Kritik erfuhr er aber von rechts und links, den Radikalen enthielt er viel zu weitgehende Zugeständnisse an den militärischen Kastengeist. Das größte Interesse boten diese Verhandlungen insofern, als in ihnen die Überzeugung hervortrat, daß die vom ersten deutschen Kaiser geschaffene Armee und ihre Einrichtungen, vor allem der Große Generalstab, die Muster seien, denen Frankreich zu folgen habe. So erinnerte der Berichterstatter des Ausschusses, Mézières daran, daß der preußische Sieg bei Königgrätz der Überlegenheit in der Methode und Vorbereitung des preußischen Heeres zuzuschreiben sei, und der Monarchist Graf Treveneuc führte aus, man müsse einen Großen Generalstab nach preußischem Muster schaffen, „ein unvergleichliches geistiges Element", das Hirn, welches die schwerfällige Muskulatur des modernen Heeres belebe und der Masse Bewegung gebe; diesen preußischen Generalstab sehe man „in Thätigkeit mit einer Einheitlichkeit der Ansichten, einer Beständigkeit der Lehren und selbst der Personen, die wahrhaft bewunderungswert sind und uns große, schmerzliche Fingerzeige geben." Chapuis bekämpfte die Vorlage, weil es unnötig sei, einen neuen Grad zu schaffen, der die versteckte Marschallswürde bedeuten würde. Vicomte de Montfort hielt es für einen Fehler und eine Unklugheit, die deutsche Organisation nachzuahmen und das ganze Räderwerk eines in politischer und sozialer Hinsicht gänzlich von Frankreich verschiedenen Staates sich anzueignen; nur zu oft habe dieses in mehr oder weniger glücklicher Weise nachgeahmt, was sich in Deutschland vollziehe, so als dem Lande die allgemeine Wehrpflicht auferlegt worden, ohne ein Offizierkorps und die Kaste der Unteroffiziere und ohne die Berufssoldaten zu besitzen, „die der deutschen Armee ihre Kraft und ihren bewunderungswerten Zusammenhang geben." Ein dritter Lobredner des deutschen

Heeres, Raiberti von der Linken, betonte, daß man in Deutschland die Frage des Oberkommandos, über die Frankreich sich den Kopf zerbreche, „in ebenso erfinderischer wie scharfsinniger und kühner Weise" dadurch gelöst habe, daß man der Initiative des Offiziers selbst in den untersten Chargen den weitesten Spielraum gelassen habe. Bei der Fortsetzung dieser Beratung am 8. April trat der Kriegsminister Billot einigen Rednern mit dem Bemerken entgegen, es dürften an dem Bestehenden nicht zu starke Änderungen vorgenommen werden; schwer sei es, ein Heer von 3 Millionen Mann zu organisieren, aber die bestehende Organisation würde sich im Kriegsfalle als ausgezeichnet erweisen, die Regierung wünsche nur, sie zu vervollständigen. Der frühere Kriegsminister Cavaignac tadelte die Vorlage, welche er für das Folgenschwerste hielt, was der Kammer seit 1870 unterbreitet worden; viel besser wäre es, den Kriegsminister mit größeren Vollmachten auszustatten und sein Amt nicht alle Augenblicke in andere Hände gelangen zu lassen. Vicomte de Montfort erwiderte als Berichterstatter auf mehrere Kritiken, sie entsprängen nur der Furcht vor einem neuen Staatsstreiche, den eine mächtige Militär-Oligarchie erleichtern würde, und der Widerstand eines großen Teiles der Kammer beruhe in der Befürchtung, daß die Landesverteidigung durch die Neuerung eher geschwächt als gefördert werden würde. Die Angelegenheit gelangte vorläufig nicht weiter, und im „Gaulois" wurde die ganze Frage und Stimmung also geschildert: „Daseinsberechtigung des Heeres ist der oberste Feldherr, aber die Republik will und kann keinen solchen dulden, denn nur der Präsident derselben könnte diese Stellung einnehmen, allein wenn er es wäre, gäbe es keine Republik mehr."

Am 18. März beschäftigte sich der Senat mit Madagaskar. Der frühere Justizminister Trarieux wollte wissen, warum der dortige Befehlshaber, General Gallieni, die Königin der Hovas, Ranavalo, vom Throne ihrer Väter gestoßen habe, obwohl ihre Erhaltung im Einverleibungsvertrage zugesichert war. Der Kolonialminister Lebon wußte keine Antwort zu geben, zeigte sich vielmehr ebenfalls erstaunt und teilte nur mit, Gallieni habe im Februar berichtet, die Königin lebe inmitten einer Umgebung, welche Unversöhnlichkeit gegen die Franzosen zur Schau trage, und sie werde nicht mehr lange in ihrer Stellung erhalten werden können. Als am

3. April dieselbe Frage in der Deputiertenkammer zur Sprache kam, billigte Pourquery die Maßregel Gallienis; nunmehr sprach sich auch der Minister Lebon dafür aus, und die Kammer billigte die Politik der Regierung.

Über eine andere Frage Afrikas, die egyptische, wurde am 8. Februar in der Deputiertenkammer verhandelt. Deloncle stellte nämlich eine Anfrage wegen einer vom englischen Schatzkanzler Hicks Beach am 5. Februar im Unterhause gehaltenen Rede, wonach es scheine, daß England, unter völliger Außerachtlassung der Verträge, sich allein für die Sicherheit Egyptens verantwortlich halte und aus der Gewährung eines Vorschusses an Egypten eine Verlängerung der englischen Besetzung des Landes folgere. Hierauf erwiderte der Minister des Äußern, Hanotaux, in beruhigender Weise und hob namentlich hervor, daß die französische Regierung, in Gemäßheit des ihr im Verein mit den anderen großmächtlichen Regierungen erteilten Auftrags zur Überwachung der Finanzen Egyptens, die dortige Regierung gewarnt habe, sich auf den Weg der Ausgaben für glanzvolle Unternehmungen zu begeben, denn gerade die Versuche früherer Vizekönige, den Sudan sich zu unterwerfen, hätten die Finanzen soweit zurückgebracht, daß Europa sich habe einmischen müssen. Frankreich habe möglichst für Erhaltung des Einvernehmens der Mächte gesorgt und hoffe, daß es auch durch den neuen Sudan-Feldzug nicht gestört werde.

Am 4. Mai ereignete sich in der Rue Jean Goujon zu Paris ein das Mitleid der ganzen Welt erregendes Ereignis: der Brand des Wohlthätigkeits-Bazars, der, wie alljährlich, von Damen der Aristokratie zum Besten der Armen veranstaltet war, und wobei 5 Kinder und 38 Erwachsene umkamen, darunter die Herzogin Sophie von Alençon, geborene Herzogin in Bayern und Schwester der Kaiserin von Österreich. Zwar bildete dieser Vorgang kein politisches Ereignis, es hatte aber einige bemerkenswerte politische Folgen. So oft Frankreich in neuerer Zeit durch das Hinscheiden einer seiner Notabilitäten oder durch das Hereinbrechen besonders schwerer Unglücksfälle in Trauer versetzt wurde, hatte der deutsche Kaiser seinem persönlichen Mitgefühle in würdiger und herzlicher Weise Ausdruck verliehen. So geschah es auch diesmal durch ein Telegramm an den Präsidenten Faure, ferner durch die Vertretung des

Kaisers durch den Prinzen Radziwill, den Gemahl einer Tochter des französischen Marschalls Castellane, bei der für die Opfer des Unglücks veranstalteten kirchlichen Feier und durch eine Geldspende für die von jenem Bazar unterstützten Anstalten. Während die weitesten Kreise dieses Verhalten des Kaisers dankbar anerkannten, wurde es von einigen Seiten in gehässiger Weise zur Unterschiebung schlimmer Absichten benutzt, es wurde auch daraus die Absicht des Kaisers, Paris zu besuchen, abgeleitet und hieran wurden sehr feindliche Äußerungen geknüpft, mit besonderer Feindseligkeit wurde die Spende an den Bazar besprochen. Die Beileidstelegramme der Kaiser von Rußland und Österreich erlitten nicht eine solche Behandlung. In eigentümlicher Weise wurde das Unglück seitens der katholischen Kirche benutzt. Nichts schlimmes ahnend, fanden sich am 8. Mai bei der Trauerfeier in Notre Dame Präsident Faure, sämtliche Minister und überhaupt das offizielle Frankreich ein, und nun nahm der Kanzelredner, der Dominikaner Pater Ollivier, Anlaß, dem ganzen modernen Frankreich den Text zu lesen. Weshalb, fragte er, hat Gott uns so geschlagen, die wir doch ein bevorzugtes Volk waren? Die Antwort lautete, die Züchtigung sei wohlverdient, „weil Frankreich, statt an der Spitze der christlichen Gesittung einherzuschreiten, die Sklavin von Lehren geworden ist, die seinem Genius und seiner Taufe widerstreiten." Vor 25 Jahren schon habe Gott Frankreich mit Krieg heimgesucht, jetzt aber habe sich gezeigt, daß die Sühne nicht ausreichend gewesen, die Reinsten hätten dem Sühnopfer noch gefehlt; nachdem er diese nicht in den Krieg habe treiben können, hätte er sich jetzt die Reinsten und Heiligsten gewählt, „um sie im Tode den Opfern des Kriegs beizugesellen und so die Sühne, die uns die Hoffnung gewährleistet, zu vollenden." Die Opfer des Brandes verglich der Pater mit Jeanne d'Arc auf dem Scheiterhaufen und rief ihnen zu: „Vergeßt nicht das Vaterland und zwingt Christus, den König der Franken, im Frieden seines Reiches diejenigen zu versammeln, die man von dem Reiche zu trennen versucht hat, damit es hinfür nur noch ein einziges, gegen alle seine Feinde durch die Einheit im Glauben unbesiegbares Frankreich giebt." Während alles aufs höchste über diese Rede erstaunt war und die Vertreter der Regierung ihr Befremden darüber kund werden ließen, richtete der Erzbischof von Paris, Kardinal Richard,

an den Präsidenten Faure einen Brief, in dem er sagte, er sei sicher, daß die Feier in Notre Dame einen neuen Zeitabschnitt, den der Einigung aller in der Hingebung an das Vaterland eröffne; dies sei der Herzenswunsch des Papstes. Das Brandunglück hatte eine dritte Folge insofern, als, infolge der Nachricht vom tragischen Tode der Herzogin von Alençon, der auf seiner Besitzung Zucco auf Sizilien weilende 75-jährige Herzog Heinrich von Aumale am 6. Mai starb. Mit diesem zweitjüngsten Sohne des Königs Ludwig Philipp verschwand das angesehenste Mitglied der Familie Orléans und ein Stück französischer Geschichte, indem er bis in die 1880er Jahre mit fast allen Ereignissen der wechselreichen Geschichte des Landes verknüpft war und oftmals einen wichtigeren Einfluß ausübte, als er nach außen hin hervortreten lassen konnte und durfte. Bei der Totenfeier für ihn am 17. Mai in der Madeleinekirche zu Paris erstrahlte das republikanische Frankreich in greller monarchischer Beleuchtung. Über dem Portal thronte das königliche Wappen Frankreichs, auswärtige Herrscher hatten Kränze gesandt und auf den Bänken knieten oder saßen die zahlreichen Mitglieder der königlichen Familie und ihre Verwandten aus dem Auslande, das diplomatische Korps, die royalistische Gesellschaft und Jugend sowie die Akademiker. Die Herzogin von Orléans, Gemahlin des verbannten Thronprätendenten, welche die Leiche des Herzogs nach Paris gebracht hatte, spielte sodann hier etwas voreilig die Rolle der Landesmutter. Sie empfing die Vertreter der „royalistischen Jugend" und forderte sie auf, ihrem Gemahl zur Rückkehr nach Frankreich zu helfen; das sei für das Heil des Landes notwendig, man würde es nicht zu bedauern haben. In ähnlicher Weise sagte sie zu einer Abordnung royalistischer Studenten: „Arbeitet für meinen teuren Gemahl, den ich so traurig an der Grenze zurückgelassen habe." Das rührendste war jedoch der Empfang einer angeblichen Abordnung der „Damen der Halle", welche der künftigen Königin einen von zwei Herzogen und mehreren jungen Royalisten bezahlten kostbaren Blumenstrauß mit den Worten überreichten: „Wir begrüßen in Ihnen die ausgesuchteste und reizendste Frau; wir wollen in Ihnen die neue Jeanne d'Arc und die Befreierin Frankreichs begrüßen." Daneben möge angefügt sein, daß noch ein anderes Mitglied der früheren Königsfamilie, der 30-jährige Prinz Heinrich von Orléans,

ältester der beiden Söhne des Herzogs von Chartres, vorübergehend die Augen auf sich zog. Er hatte nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Abessynien im Pariser „Figaro" über seine dortigen Erlebnisse Artikel voll schwerer Anklagen gegen die dort gefangen gewesenen italienischen Offiziere und Soldaten veröffentlicht. Nachdem er die Aufforderung des Generals Albertone zur Zurücknahme der Beschuldigungen unbeachtet gelassen hatte, wurde er vom 27-jährigen Grafen von Turin, zweiten Sohne des verstorbenen Herzogs von Aosta, einem Kavalleriemajor, zum Zweikampf gefordert, der am 15. August in einer Waldlichtung bei St. Cloud stattfand und damit endete, daß Prinz Heinrich im fünften Gange durch einen Säbelhieb in den Unterleib kampfunfähig gemacht wurde.

Beim Beginn der zweiten Session der Kammern hielten beide Präsidenten am 18. Mai Ansprachen zur Erinnerung an das pariser Brandunglück, der Senatspräsident Loubet in allgemeinen Ausdrücken der Trauer, der Kammerpräsident Brisson mit einer entschiedenen Einsprache gegen Pater Olliviers Rede in Notre Dame und gegen seine Sühnelehre. Diese Ansprache wurde, dem Beschlusse der Kammer gemäß, in allen Gemeinden Frankreichs durch Maueranschlag bekannt gemacht; einige Maires widersetzten sich zwar und mehrere Pfarrer rissen eigenhändig das Plakat ab oder donnerten von der Kanzel dagegen, sie wurden jedoch sämtlich abgesetzt. Solcherart zeigte die Republik, daß sie sich ihre Abkanzelung durch die Kirche nicht gefallen lasse. Auch in der Kammer kam das Brandunglück samt Olliviers Rede am 29. Mai zur Sprache, und der Ministerpräsident Méline verteidigte die Regierung mit Geschick gegen die von Berry und Goblet erhobenen Vorwürfe. Die in der ersten Session begonnene Beratung des Gesetzentwurfs über den Oberbefehl des Heeres rückte insofern etwas weiter, als der Heeresausschuß der Deputiertenkammer einen neuen Gesetzentwurf vorzuschlagen beschloß, wonach der oberste Kriegsrat vom Kriegsminister zu Rate gezogen werden solle, sodaß hierdurch eine größere Kontinuität der Ansichten und Entschlüsse in Bezug auf die Entwicklung des Heeres erzielt werde; der Kriegsminister solle seine Stellung als der eigentliche Chef des Heeres nicht nur hinsichtlich der Verwaltung, sondern auch der Kommandoangelegenheiten behalten, die neue Charge des „Generals" solle 25 Generalen verliehen werden können, die Zahl

der Divisionsgenerale aber solle vermindert, auch sollten Generalwaffeninspektionen errichtet werden. Über diesen Gegenvorschlag hat jedoch die Kammer bis zum Sessionsschluß sich nicht entschieden.

Nach längerer Pause nahte nunmehr der Deputiertenkammer wieder die unglückliche Panama-Angelegenheit, welche 1892—93 ganz Frankreich beschäftigte, aber trotz großen Lärms damit geendet hatte, daß die zehn verdächtigen Personen überhaupt nicht vor Gericht gestellt oder freigesprochen wurden, weil der Hauptschuldige, Baron Reinach, sich das Leben genommen und seine zwei Mitschuldigen, Herz und Arton, vom Auslande her nicht zur Stelle geschafft werden konnten, ersterer, weil England ihn nicht auszuliefern brauchte, letzterer, weil er sich angeblich nicht auffinden ließ. Inzwischen hatte im Dezember 1895 das Ministerium Bourgeois die Auslieferung Artons in London erreicht, sie erfolgte aber nur wegen Unterschlagungen, die ihn auch ins Gefängnis brachten. Hier entschloß er sich jedoch freiwillig, Angaben in der Panamasache zu machen, und in der nunmehr gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung gab er genauen Aufschluß über die von ihm einst für Bestechungen verwendeten zwei Millionen. Als sich hierüber in parlamentarischen Kreisen die schlimmsten Gerüchte verbreiteten, bat die Regierung, um einer Anfrage in der Deputiertenkammer zuvorzukommen, am 27. März in den Kammern um die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung einiger Mitglieder, im Senate zu der Levreys, in der Kammer zu der von Boyer, Maret und Naquet. In einem sofort von der Kammer eingesetzten Ausschusse teilte der Untersuchungsrichter mit, daß Arton 31 Parlamentarier beschuldige, von denen 9 nicht mehr lebten, 13 nicht wiedergewählt seien, einer gegenwärtig im Senate sitze und 4 dermalen der Kammer angehörten, nämlich außer obigen Dreien noch Jullien, Rouvier, Goirand und Clovis Hugues, gegen welche jedoch die Verdachtsgründe zur Anklage nicht ausreichten; zu den Bestochenen habe auch Casimir-Périers Freund, der frühere Minister Burdeau gehört, dessen Andenken durch Beerdigung auf Staatskosten und durch Aussetzung einer hohen Pension für seine Familie geehrt worden war; endlich teilte der Richter mit, daß eine politische Partei für die Auslieferung von Artons Notizbuch 150000 Fr. geboten habe. Nachdem sämtliche bezichtigte Abgeordnete in der Kammer ihre Unschuld beteuert hatten,

setzte diese im April eine parlamentarische Untersuchungskommission ein, der es jedoch, trotz ihrer Vernehmung vieler Minister, Polizeibeamten, Staatsanwälte und sonstig hervorragenden Personen, nicht gelang, Klarheit in der Sache zu schaffen. Da traf Anfang Juli beim Vorsitzenden dieser Kommission ein Schreiben von Reinachs zweitem Mitschuldigen, dem Cornelius Herz in London, ein, der sich erbot, wichtige Enthüllungen zu machen, wenn sämtliche Mitglieder der Kommission auf seine Kosten sich zu ihm begeben würden. Diese ließ sich in der That darauf ein und sandte zunächst zwei ihrer Mitglieder ab, denen Herz die Bedingung stellte, daß wenigstens die Mehrheit der Kommission sich bei ihm einfinde und daß sie sich verpflichte, ihm jede von ihm verlangte Genugthuung zu verschaffen, wenn sich seine Unschuld herausstellen sollte. Darauf hin beschloß die Kommission, sich vollzählig zu Herz zu begeben, nur der Abgeordnete Blanc hielt es mit ihrer Würde unvereinbar, einer solchen Persönlichkeit die Aufwartung zu machen. Einige Mitglieder, welche den zur Reise festgesetzten Tag nicht abwarten konnten, reisten am 25. Juli nach London voraus und bestellten für die übrigen in einem großen Hôtel 26 Zimmer. Auf diese Nachricht hin erklärte Herz dem Vorsitzenden der Kommission, er könne diese nicht vor dem 12. August empfangen und müsse vorher die schriftliche Bestätigung haben, daß sich die Mitglieder auf Ehrenwort verpflichteten, Licht in die Angelegenheit zu bringen. Dieser Ausgang erschien als eine wohlverdiente Strafe dafür, daß die Kommission mit einem solchen Privatmanne wie mit einer gleichstehenden Macht verhandelt und daß ihre Mitglieder sich die schöne Gelegenheit, kostenlos London zu besichtigen, sich nicht hatten entgehen lassen wollen. Als sie mit ihren Reisekoffern an der Versammlungsstätte ankamen, brach alles in größte Heiterkeit aus; die Lacher in ganz Europa aber hatte Herz auf seiner Seite, und mit diesem allgemeinen Gelächter endete der neue Akt dieser skandalösen Tragödie.

Weiterhin hatte am 5. Juni der Arbeitsminister Turrel in der Deputiertenkammer eine Anfrage über die Entlassung zahlreicher Arbeiter in den Minen von Grandcombe gestellt. Die Verhandlung hierüber gestaltete sich sehr lebhaft; als hierbei der Sozialist Gérault-Richard mehrere Abgeordnete Spitzel nannte, wurde er zeitweilig ausgeschlossen und mußte gewaltsam aus dem Saale entfernt werden.

Sein Genosse Jaurès erging sich in Klagen über die landwirtschaftliche Not, aus welcher nur der Sozialismus retten könne; die Kammer aber gab ihm durch den Beschluß, die Gegenrede Deschanels öffentlich anschlagen zu lassen, eine unzweideutige Antwort. Am 2. Juli genehmigte die Kammer einen Gesetzentwurf wegen Ausdehnung des Privilegs der Bank von Frankreich bis zum Ende des Jahres 1920. Bei der Beratung hierüber hatten Bascon, Millerand und Pelletan die Bekanntgebung der Bestimmungen des Vertrags über den Kriegsschatz verlangt, die Minister Cochery und Méline lehnten dies jedoch im Interesse der nationalen Verteidigung ab.

Der Heeresetat für 1898 wies mit Rücksicht auf die Errichtung von zwanzig neuen vierten Bataillonen eine Vermehrung um 7 Millionen Fr. auf; die Etatsstärke des aktiven Heeres betrug 28409 Offiziere und 561 141 Mann. Zur Kiellegung einer Anzahl von Kriegsschiffen, zur Beschleunigung der Ausbesserung der Flotte und zur Ausgestaltung des tunesischen Hafens von Biserta genehmigte die Kammer am 20. Juli ohne weiteres und mit 518 gegen bloß 18 Stimmen einen Kredit von 7 Millionen Fr. Das gesamte Budget für 1898 erreichte den Betrag von 629551397 Fr. In ihren beiden Sessionen befaßten sich die Kammern zu verschiedenen malen eingehend mit dem jeweiligen Stande der neu aufgetauchten Orientfrage, die Deputiertenkammer zum Teil in Anschluß an ein am 16. Februar vorgelegtes diplomatisches Gelbbuch. Das wichtigste bei allen diesen Verhandlungen bestand in den vom Minister des Äußern, Hanotaux, erteilten Aufschlüssen. Am 21. Februar hob er in der Deputiertenkammer, auf Anregung Cambons, hervor, Frankreich wolle die Erhaltung des Friedens, habe aber nicht die Aufgabe, allein die Aufgaben der Vergangenheit zu lösen; Kreta werde nicht unter der unmittelbaren Verwaltung der Türkei bleiben, wohl aber innerhalb dieses Reichs; eine Ermächtigung Griechenlands zu dieser Verwaltung würde unheilbare Folgen nach sich ziehen; nach und nach habe die europäische Diplomatie das Eindringen des europäischen Geistes in die rebellische Welt des muselmanischen Orients bewirkt und die Umgestaltung vorbereitet, durch welche diese Volksstämme in die allgemeine Harmonie der zivilisierten Völkerschaften eingeführt werden; so werde sich auch jetzt die Lösung um so eher vollziehen, je weniger die Aufmerksamkeit

Europas durch den nutzlosen Lärm eines unebenen Vorgehens abgelenkt werde; die Mächte hätten ein Recht zum Einschreiten, weil ein sonst überall der Sympathien sich erfreuendes Volk sich ohne Überlegung in einen Eroberungskrieg gestürzt habe, welcher auch das europäische Gleichgewicht zu stören drohe, indem es auch andere stets zum Hervorbrechen bereite Begehrlichkeiten anrege. Als sodann am 15. März Goblet die Angelegenheit abermals erregte und die Ansicht aufstellte, Frankreich dürfe an einem Zwangsakte gegen Griechenland nicht teilnehmen, insbesondere sei es auch durch die Allianz mit Rußland nicht dazu verpflichtet, erinnerte Minister Hanotaux daran, daß die Kammer die Politik der Erhaltung des europäischen Friedens und der Begründung einer Selbständigkeit Kretas gutgeheißen, die Politik der Enthaltung sich aber weder 1882 in Egypten, noch 1886 in Griechenland vorteilhaft für Frankreich erwiesen habe. Gleichwohl trat Millerand gegen Zwangsmaßregeln wider die Griechen auf, Minister Méline erwiderte jedoch, sicherlich wäre es angenehmer, für dieselben Partei zu ergreifen, die Regierung müsse aber dem höchsten Interesse Frankreichs Rechnung tragen, und es wäre unklug, zu einem Anfange zu schreiten, dessen Fortsetzung den allgemeinen Krieg bringen könne. Am 16. März, stellte Chauveau im Senate eine Anfrage bezüglich Kretas, worauf Hanotaux in ähnlicher Weise wie in der Kammer antwortete mit dem Hinzufügen, die kretische Frage bilde nur einen Zwischenfall in einem größeren Drama, welches sich in der Türkei abspiele; es stehe eben der Bestand des türkischen Reiches selbst auf dem Spiele, und daß dessen Fall zu einer Umwälzung führen würde, die leicht einen allgemeinen Weltbrand nach sich ziehe, halte jeder Staatsmann sich gegenwärtig. Freycinet war für versöhnliche Mittel gegen Griechenland, Hanotaux aber zeigte, daß nur noch Drohungen übrig geblieben seien. Die Politik der Regierung wurde hierauf auch vom Senate gebilligt. Nochmals gab am 3. April Hanotaux in der Deputiertenkammer, auf eine Anfrage Gauthiers, nähere Auskunft über die Behandlung der Angelegenheit Kretas. Sodann nahm der Minister des Äußern am 22. Mai, auf eine neue Anfrage hin, Anlaß, die Vorstellung von einem drohenden Scheitern der europäischen Vermittlung zurückzuweisen. Die Mächte, so versicherte er, seien vielmehr sorgsam darauf bedacht, vor allem ihr Einvernehmen zu

erhalten. Als die Lösung der Frage sich sehr in die Länge zog, stellte am 17. Juli nochmals Boyer in der Kammer seine Anfrage, worauf Hanotaux darauf hinwies, daß jene Tendenz der Mächte zu einer Verzögerung führe; Frankreich stehe nicht allein in Europa und sei nicht allein interessiert im Orient. Goblet gab sodann zu, die verfolgte Politik habe zwar den Krieg lokalisiert, aber zugelassen, daß Deutschland die vorherrschende Stellung eingenommen habe. Ministerpräsident Méline erwiderte, es sei nicht Schuld der französischen Regierung, wenn Griechenland, Eingebungen selbst aus der französischen Deputiertenkammer nachgebend, sich geweigert habe, auf den Rat Europas zu hören; Deutschland habe die feste Absicht gezeigt, dem Sultan den Willen der Mächte aufzudrängen, eine Politik, die zum Heile gereicht hätte, und ohne die es zum allgemeinen Kriege gekommen wäre. Zum Schluß billigte die Kammer abermals die Politik der Regierung.

Der Präsident der Republik, Faure, weilte am 21. April in Nantes bei der Feier der Eröffnung des Kanals nach St. Nazaire, der ein kleines Glied in der Kette der Pläne bildet, durch welche der Loire mittels systematischer Regulierung ihres Stromlaufs ein Teil ihrer früheren Bedeutung wiederverschafft werden soll. Am 27. April hielt Faure eine Rede in dem zu Saintes tagenden Kongresse der gegenseitigen Hilfsgenossenschaften, folgenden Tags wurde ihm in La Rochelle ein warmer Empfang zu Teil, und am 7. Juni war er bei der feierlichen Einweihung eines Denkmals in St. Quentin, wo er in einem Trinkspruche beim Festmahle sagte: „Dank der Aufopferung seiner Kinder hat Frankreich niemals die Todesangst durchgemacht, ohne durch neue Siege wieder aufzuleben.“ Am 13. Juni wurde in Paris eine Art von Mordanfall auf Faure verübt, als er sich zu dem großen Rennen um den „Grand Prix de Paris“ nach Longchamps begab. Der Thatort war derselbe, an dem vor elf Monaten der erste Mordanfall auf Faure stattfand und wo 1861 ein Pole auf den Czaren Alexander geschossen hatte; die Sache verlief jedoch nicht nur ohne Schaden, sondern hatte auch einen komischen Beigeschmack, weil dem Thäter ein mit Schießpulver gefülltes, primitiv zugehämmertes, auf der einen Seite mit einem Papierpfropfen verstopftes Gasrohr als Bombe gedient hatte, und nach diesem „Attentat“ im Fliederbusch ein ungeladenes, mit

kabbalistischen Inschriften versehenes Terzerol gefunden wurde. Rochefort war daher in seinem Blatte sofort mit der Behauptung bei der Hand, die Sache rühre von der Polizei her, und als folgenden Tags an derselben Stelle eine Röhre gefunden wurde, die allerdings hätte Unheil anrichten können, hieß es wohl, sie sei erst nachträglich hingelegt, um dem Vorfalle die Lächerlichkeit zu nehmen, die sonst dahin führen könnte, die Aufmerksamkeit vom Treiben der echten Bombenmänner abzulenken. Am 5. August erschien Faure zu Pferde bei dem Col Sollières nahe der italienischen Grenze, wo er dem Abschluß der Manöver beiwohnte. Sodann begab er sich von Thermignon nach Valence und fuhr zu Schiff die Rhone hinab nach Orange, wo ihm im großen antiken Theater glänzende Vorstellungen gegeben wurden. An allen diesen Orten nahmen die Beamten in ihren Ansprachen Bezug auf die bevorstehende Reise des Präsidenten nach Rußland.

Diese Reise zur Erwiderung des vorjährigen Besuchs des Czaren beschäftigte schon lange Zeit ganz Frankreich, das, ungeachtet aller damals gehaltenen schönen Reden, den Abschluß eines Bündnisvertrags mit Rußland vermißte und die Hoffnung darauf noch nicht aufgeben mochte, weil sie aufs engste mit dem Wunsche nach Wiedererlangung Elsaß-Lothringens zusammenhing. Bestärkt war diese Hoffnung sowohl durch den herzlichen Glückwunsch, welchen der Czar zu Neujahr an Faure gerichtet hatte, als auch durch den Besuch, den der neu ernannte russische Minister des Äußern, Graf Murawjew, Ende Januar in Paris abgestattet hatte, wie es hieß, um den gewünschten Abschluß eines Bündnisses vorzubereiten. Endlich ließ die Regierung am 30. Juni bekannt machen, Präsident Faure sei durch eigenhändiges Schreiben des Czaren nochmals eingeladen, im Laufe des Jahres nach Rußland zu kommen. Lange Zeit war in der französischen Presse von den Vorbereitungen für diese Reise die Rede, insbesondere beschäftigte man sich viel mit der vom Präsidenten einzuschlagenden Route; er konnte doch unmöglich den geradesten und einfachsten Weg, den durch Deutschland, einschlagen, andererseits erschien der alte Seeweg um das Skagerack herum als veraltet; so kam es wohl zum Vorschlag einer Reise mittels Ballons, aber dann bestand wieder die Gefahr eines Landens in Deutschland. Nachdem die Kammern die nötigen Reisekosten bewilligt, auch verschiedene von

Neidern aufgeworfene staatsrechtliche Schwierigkeiten beseitigt waren, trat Präsident Faure am 23. August „die große Reise“ an, und zwar von Dünkirchen aus, wo im Jahre 1887 der deutschfeindliche Toast des Großfürsten Nikolaus den ersten Grund zum Einvernehmen mit Rußland gegeben haben sollte. Bei Antritt der Reise Faures war in Frankreich der Wunsch nach einem Bündnis mit Rußland zu groß, als daß man nicht übersah, wie in Rußlands bisherigem Entgegenkommen nicht mehr lag, als darin liegen konnte und sollte; jedenfalls aber erwartete man endlich, Klarheit über das Verhältnis zu erlangen, und wie ein Denkzettel nahm es sich aus, daß bei Faures Abfahrt vom Pariser Nordbahnhofe eine 30 Centimeter lange Röhre attentatsartig explodierte. Es erschien nicht von guter Vorbedeutung, daß der zur Begleitung von Faures Reiseschiff „Admiral Pothuan“ bestimmte Dampfer „Bruix“ schon am 19. August mit zerbrochener Kolbenstange und eingestoßenem Zylinder zurückkehrte, um durch einen anderen Dampfer ersetzt zu werden. Von Faures und seiner Begleiter Ankunft und Aufenthalt in Rußland ist schon S. 286—288 näher die Rede gewesen. Die Nachrichten über seinen glänzenden Empfang wurden in Frankreich mit großer Genugthuung aufgenommen, sehr gedämpft wurde jedoch die Freude, als die ersten zwischen dem Czar und Faure gewechselten Toaste noch kein Zeichen eines enger gewordenen Verhältnisses beider Länder enthielten. Der russischen Regierung konnte es nicht gleichgültig sein, die so stark angetragene Freundschaft Frankreichs sich zu verscherzen; war sie auch nicht geneigt, gewisse französische Hoffnungen erfüllen zu helfen, so schien sie doch einen Schritt thun zu müssen, um nicht eine Verstimmung in Frankreich groß werden zu lassen, die ihr am Ende im Orient und in Asien einen Genossen gegen England entziehen konnte. Vielleicht ist es in Petersburg zum Abschluß eines Vertrags gekommen, dann aber wahrscheinlich eines für Deutschland ungefährlichen, höchstens zu einem, der die Erhaltung des allgemeinen Friedens in Aussicht nimmt. Jedenfalls opferte man in Rußland das Wort „Allianz“; dessen Gebrauch in den letzten Toasten zu Peterhof genügte aber den Franzosen vorerst vollkommen, wobei sie übersahen, daß schon das im Juli neu bekräftigte Verhältnis Rußlands zum deutschen Reiche die in Frankreich beliebte Auslegung ausschloß. Welcher Art das Verhältnis Rußlands zu Frankreich nun auch ist, jedenfalls zog

des letzteren innere Politik den größten Vorteil daraus, weil es die Republik in eine Richtung drängte, die einer Autokratie das Mitgehen nicht unmöglich machte. Dies ahnend, hatten die französischen Sozialisten schon im März eine gegen ein Zusammengehen mit Rußland gerichtete öffentliche Ansprache erlassen. Begleitet von deutschfeindlichem Jubel englischer Blätter, erging sich die Pariser Presse im Frohlocken über das Bündnis und „Figaro“ fragte höhnisch, welches Gesicht wohl Fürst Bismarck zu den Toasten an Bord des „Pothuan“ gemacht habe. Hieran anknüpfend, teilte Anfang September die Berliner Wochenschrift „Die Zukunft“ mit, der Fürst habe sich dahin ausgelassen, „nations alliées“ sei noch lange nicht „alliance“, der Ausdruck könne unter Umständen eine bloße Artigkeit sein; jedenfalls müsse man, um den Wert und die Tragweite der Allianz beurteilen zu können, erst den Inhalt des Vertrags kennen, und er glaube nicht, daß dieser den Franzosen gefallen würde; schwerlich werde sich die immer vorsichtig gewesene russische Politik ohne Not auf Abenteuer einlassen, bei denen für sie nichts zu holen sei; man überschätze überhaupt heutzutage vielfach die Bedeutung der Reisen, Besuche, Feste, Toaste; schließlich entscheidend sei nicht dieses Dekorative, sondern die Interessen, und es sei nicht einzusehen, welches Interesse die in politischen Dingen bedächtigen Russen, solange in Deutschland nicht ganz unklug gewirtschaftet werde, daran haben sollten, der französischen Revanchelust zu Hilfe zu kommen.

Auf seiner Heimfahrt kam „Admiral Pothuan“ mit dem Präsidenten Faure an Bord im Sunde zwischen Hyee und Seeland in die Nähe der den König von Schweden tragenden Yacht „Drott“, worauf beide Staatsoberhäupter sich Grüße signalisierten. Während alle Schleusen des Himmels sich öffneten, trat Faure mit seiner Begleitung am 31. August in Dünkirchen wieder ans Land, von der Volksmenge mit begeisterten Zurufen empfangen. Bei einem ihm und den entgegengereisten Ministern hier gegebenen Festmahle schrieb der Maire in seinem Toaste Faure einen wesentlichen Teil des Verdienstes am Zustandekommen der neuen Allianz zu, worauf der Präsident erwiderte, daß Frankreich das glückliche Ereignis vor allem der Mäßigung, dem politischen Geiste und der Loyalität seiner Demokratie verdanke. Faures Ankunft in Paris gestaltete sich zu einem Triumphzug, die Stadt war aufs festlichste geschmückt, die

Begeisterung schlug helle Flammen, aber eine Bombe mußte wieder dasein, sie platzte unter dem Säulengange der Madeleinekirche etwas verfrüht, als Faure noch auf dem Opernplatze festliche Ansprachen anhören mußte. In der Nacht zum 1. September endeten die Pariser Allianzfestlichkeiten mit einem Straßenunfug vor dem deutschen Botschaftsgebäude, der in Petersburg sehr übel vermerkt wurde, und Anlaß zu einer sichtlich von dort inspirierten Notiz der „Allgemeinen Zeitung" gab, wonach diese Kundgebung an maßgebender russischer Stelle den denkbar ungünstigsten Eindruck gemacht habe; die Auffassung der erregten Pariser Volksmassen über Rußlands Entgegenkommen sei durchaus irrig, durch nichts begründet und bekunde eine völlige Verkennung der thatsächlichen Lage. Nunmehr drangen die radikalen und oppositionellen Elemente immer ungestümer auf die Veröffentlichung des „Vertrags", zumal die „St. Petersburger Zeitung" versicherte, der Vertrag, den Faure etwa mit sich geführt, enthalte nichts zur Verwirklichung der Träume der französischen Revanche-Chauvinisten, und die Franzosen würden sich bald überzeugen, daß sich in Rußlands Beziehungen zu Deutschland nichts geändert habe. Inzwischen hatte der christlichsoziale Abbé Garnier dem wahren Urheber der neuen Allianz nachgeforscht und war zu dem Resultate gekommen, daß „das heilige Herz Jesu" sie zu stande gebracht habe.

Hieran reiht sich am geeignetsten die Notiz, daß die alljährlich in Orléans stattfindende Feier der Erinnerung an Jeanne d' Arc sich heuer zu einer der hervorragendsten Kundgebungen des französischen Katholizismus gestaltete. Der Hauptabschnitt dieser Feier bestand in der Einweihung von zehn neuen Fenstern, deren eins die Berufung der Jungfrau darstellt, indem St. Katharina ihr das Schwert reicht, St. Margarethe sie auf die Stirn küßt und St. Michael in goldener Rüstung ihr die zu erfüllende Aufgabe zeigt; ein anderes Fenster stellt Johanna auf dem Pferde dar, das von einem Engel geführt wird, während der „heilige Karl der Große" und St. Ludwig am Throne Gottes für sie beten. Zu diesen Bildern hielt der Erzbischof von Tours, Renau, in Gegenwart von 7 anderen Bischöfen und einer unzähligen Volksmenge eine Erläuterungsrede, in welcher er sagte: Wenn wir uns heute schon vor Johanna öffentlich auf die Kniee werfen könnten, würden wir zu ihr

sagen: „Jeanne, wir können ja den Krieg nicht herbeisehnen, wir verlangen ihn nicht; aber da es uns erlaubt ist, zu glauben, daß du da oben St. Katharina, Margarethe und Michael wiedergefunden hast und dich vertraulich über die französischen Angelegenheiten mit ihnen unterhältst, so vergiß nicht, daß ein Lappen Fleisch von der linken Seite Frankreichs losgerissen ist, aus der du hervorgegangen bist". Endlich verglich der Bischof von Laval das von Johanna auf dem Scheiterhaufen für die Loskaufung Frankreichs dargebrachte Opfer mit dem Opfer der Erlösung auf Golgatha. Durch diese Kundgebungen wurde der Johanna ganz der Charakter einer Rachegöttin beigelegt, ein Verfahren, durch welches die Franzosen wieder mehr an die Kirche schienen gefesselt werden zu sollen.

In der am 19. Oktober eröffneten neuen Session der Kammern kamen Gesetze zu stande über den Rückkauf des Kanal du Midi durch den Staat, über Unfallversicherung der Arbeiter und jenes oben erwähnte Gesetz über Erneuerung des Privilegs der Bank von Frankreich. Zur Vorlage gelangte sodann ein Gesetzentwurf wegen Teilung des sehr umfangreichen Bezirks des 6. Armeekorps. Durch eine Anfrage kam ferner am 16. November in der Deputiertenkammer die wiederaufgelebte Angelegenheit des Kapitäns Dreyfuß zur Sprache, welcher vor drei Jahren wegen Vaterlandsverrats zur Degradation und Deportation verurteilt war und seitdem auf der Teufelsinsel schmachtete. Die Sache lebte dadurch wieder auf, daß der Vizepräsident des Senats, Scheurer-Kestner, in einem veröffentlichten Briefe sein Bedauern über die in jenem Prozesse begangene Ungesetzlichkeit ausgesprochen hatte, sowie dadurch, daß der Genannte dem Kriegsminister Urkunden zum Beweise dafür vorgelegt hatte, daß der dem Dreyfuß zugeschriebene, die Anklage stützende Brief von demselben nicht herrühre. Dazu kam, daß fast gleichzeitig der Bruder des unglücklichen Verurteilten einen Brief an den Kriegsminister veröffentlichte, worin er den Major Grafen Walsin-Esterhazy als den Schuldigen bezeichnete. Auf die von d'Alsace in der Deputiertenkammer vorgebrachte Anfrage antwortete der Kriegsminister Billot, Scheurer-Kestner habe ihm, unter Vorweisung von Schriftstücken, die Absicht angezeigt, eine Revision des Prozesses Dreyfuß zu betreiben; nachdem ferner gegen einen Offizier offen eine schwere Beschuldigung erhoben sei, werde er als Hüter der Ehre des Heeres den Urheber

der Anzeige in den Stand setzen, seine Gründe vorzubringen. Auf nochmalige Anregung dieser Sache durch Castelin eröffneten am 4. Dezember die Minister Méline und Billot, es gebe keine Dreyfuß-Angelegenheit, die Verurteilung sei zu Recht erfolgt, das Verfahren gegen Esterhazy sei aber eingeleitet, worauf die Deputiertenkammer erklärte, daß sie das gesprochene Urteil achte, die Äußerungen der Minister billige und die Führer der widerwärtigen Campagne brandmarke. Der unermüdliche Scheurer-Kestner brachte gleichwohl am 7. Dezember die Angelegenheit noch einmal im Senate vor, jedoch mit keinem besseren Erfolge. Der Senat genehmigte am 30. November das die Zweiteilung des 6. Armeekorps betreffende Gesetz. Die Deputiertenkammer billigte am 2. Dezember den Vertrag mit Deutschland über das Hinterland von Togo (S. 205) und bewilligte am 22. Dezember zwei provisorische Budgetzwölftel.

Am 3. Dezember trat der Justizminister Darlan zurück und wurde durch den Rechtsanwalt Senator Milliard ersetzt.

Ein alter Streit mit England über Tunis wurde, nach langen Verhandlungen, endlich am 17. September durch Vertrag beendigt. Nachdem nämlich Frankreich durch Verträge mit allen europäischen Mächten die Kapitulationen in Tunis aufgehoben hatte, weigerte England ein gleiches, weil es in dem 1879 mit dem Bey von Tunis abgeschlossenen Vertrage als meistbegünstigte Nation anerkannt war. Jetzt leistete es endlich ebenfalls Verzicht, jedoch nur gegen das Zugeständnis, daß die englischen Baumwollenwaren, welche bisher einem Zolle von 8% unterlagen, 15 Jahre lang nicht mit einem höheren Zolle als 5% belegt werden.

Im übrigen wandte Frankreich mit gleichem Eifer wie England dem schwarzen Erdteile seine Aufmerksamkeit zu. Fünf französische Expeditionen begaben sich vom Kongobecken aus nach dem oberen Nil, wo sie die Kreise der Engländer störten. Vor Timbuktu erlitten die französischen Truppen von den Tuaregs eine Schlappe. Über das Hinterland von Togo kam es zu dem schon unter Deutschland erwähnten Vertrage. Schwieriger gestalteten sich die Verhandlungen der seit dem 20. Oktober in Paris tagenden Konferenz zur Beilegung der Besitzstreitigkeiten mit England im Bogen des Niger-stroms. Die Königin von Madagaskar wurde am 7. März nach ihrem Verbannungsort, der Insel Réunion, gebracht. Am Ende des

Jahres schien die Besitznahme der chinesischen Insel Hainan vorbereitet zu werden.

Die Totenliste Frankreichs wies, außer dem schon erwähnten Herzog von Aumale, folgende politische Persönlichkeiten auf: der frühere Präsident des Senats, Le Royer, 1879 Justizminister, starb am 21. Februar 81jährig in Paris. Am 22. Februar folgte der ehemalige Botschafter beim Vatikan, Lefèbvre de Behaine, am 2. Juni der Politiker Brisson, ein Zukunftspräsident der Republik. Der ehemalige König des jetzt französischen Cambodscha, Duong Chacr, starb am 25. März zu Djelfa in Tunis. Am 22. September endete das Leben des aus dem Kriege von 1870—71 bekannten Generals Bourbaki, der zuletzt in einer Villa bei Bayonne wohnte. Am 7. Dezember starb der frühere Minister de Fourtou.

Großbritannien und Irland.

Das Inselreich wurde in diesem Jahre zum überwiegenden Teile durch Fragen der auswärtigen Politik in Anspruch genommen, weil Regierung und Volk seit dem Augenblicke, wo vor Jahresfrist die Transvaal-Frage europäisches Aufsehn erregte, vor allem von dem Gedanken erfüllt waren, die Rolle fortzuführen, welche Großbritannien solange Zeit unangefochten gespielt, die aber wegen ihrer Rücksichtslosigkeit den anderen Völkern unerträglich geworden war. Obenan stand fortwährend eine feindselige Gesinnung gegen Deutschland, welches zuerst gewagt hatte, die Unantastbarkeit jener Rolle in Zweifel zu ziehen. Erschien auch eine verstärkte Opposition gegen die übrigen Großmächte nicht rätlich, so sollte doch das äußerste gethan werden, um sich in Afrika als maßgebende Macht geltend zu machen, ein Satz, nach welchem auch das Verhalten in den großen Fragen Europas eingerichtet wurde.

Schon die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments am 19. Januar befaßte sich an erster Stelle mit Beziehungen zum Auslande. Dem entsprechend drehten sich auch die Adreß-Beratungen beider Parlamentshäuser um die gerade brennend gewordenen Fragen des ottomanischen Reichs einschließlich Egyptens. Der Premierminister

Lord Salisbury erklärte bei der Adreßverhandlung des Oberhauses, die Großmächte seien einig in Bezug auf die Notwendigkeit, gemeinschaftlich vorzugehen und Mittel zur Rettung des türkischen Reichs zu finden; komme nicht eine Reihe wesentlicher Reformen zu stande, so werde der Untergang dieses Reichs nicht mehr lange hinausgeschoben werden können. Bezüglich Egyptens und des im vorigen Jahre nach dem Sudan unternommenen Feldzugs sprach sich der Premier für eine Besetzung Dongolas als einer Stufe zur Wiedererlangung Khartums aus. Die Adreß-Beratung des Unterhauses führte den ersten Lord des Schatzes, Balfour, zu dem Ausspruche, Großbritanniens erhöhte Rüstungen gälten nicht etwa der egyptischen Frage, sondern seien im Hinblick auf die ganze Weltlage notwendig, insbesondere zur Verteidigung des Reichs gegen die Möglichkeit von Zusammenstößen mit den Nachbarn in den verschiedenen Weltteilen; durch die Unternehmung nach dem Sudan würden die Schwierigkeiten der egyptischen Politik nicht vermehrt, und die Regierung werde einen Kredit verlangen behufs eines an Egypten zu leistenden Vorschusses zur Rückzahlung der aus dem Reservefonds entnommenen Summe.

Die Rücksicht auf den Wunsch, Englands Weltstellung stärker hervortreten zu lassen, machte sich auch in inneren Fragen bemerklich. Als der Schatzkanzler Hicks Beach am 29. April dem Unterhause das Budget vorlegte, in welchem die Einnahmen auf 103 360 000, die Ausgaben auf 101 791 000 Pfund eingestellt waren, hob er in seiner Begründungsrede hervor, die Regierung habe sich hierbei infolge der im Osten aufgestiegenen Kriegswolke zur Zurückhaltung genötigt gesehen, der Flottenetat sei jedoch um eine halbe Million Pfund erhöht, und es sei beschlossen, eine wesentliche Erhöhung der Garnisonen von Reichstruppen in Südafrika vorzunehmen, um hier Englands Stellung als vorherrschende Macht mehr hervortreten zu lassen. Sodann wurde, offenbar im Hinblick auf den Fall eines allgemeinen Kriegs, im April im Unterhause darauf hingewiesen, daß Englands Abhängigkeit von der fremden Einfuhr von Lebensbedürfnissen möglicherweise große Nachteile bringen könne, und daß sich deshalb die Einführung eines Zolls auf Weizen sowie die Errichtung staatlicher Getreidespeicher empfehle. Der erste Lord des Schatzes, Balfour, sprach sich jedoch hiergegen aus. Die Ansichten

über die Abhilfsmittel gingen weit auseinander, Kornspeicher seien zu kostspielig, und es bestehe nur geringe Wahrscheinlichkeit, daß Rußland und Amerika sich zur Zerstörung des englischen Handels vereinigten; endlich würden, im Falle eines Kriegs Englands mit Rußland und Frankreich, die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht zulassen, daß Weizen für Kriegskontrebande erklärt werde, überhaupt aber sei England im Verein mit Amerika stark genug, jeder denkbaren Vereinigung von Mächten zu begegnen; seine Sicherheit hänge von der Flotte ab; sei diese stark genug, so brauche es den Hunger nicht zu fürchten. Weiterhin gab im Oberhause der Staatssekretär des Kriegsamts, Marquis of Lansdowne, die Erklärung ab, die Regierung beabsichtige, behufs Beseitigung der Unfähigkeit des heimischen Heeres, den im Auslande stehenden Heeresteil zu unterstützen; deshalb sollten die 70 Bataillone im Auslande um 3, die 65 im Inlande um 4 vermehrt werden. Von inneren Angelegenheiten trat sonst nur die Genehmigung einer Bill hervor, wonach bedürftigen Volksschulen eine Unterstützung gewährt werden solle. Dagegen wurde vom Unterhause der Antrag abgelehnt, nur bedürftigen freiwilligen d. h. den von der anglikanischen und der römisch-katholischen Kirche unterhaltenen konfessionellen Schulen Staatszuschuß zu gewähren.

Die übrigen Verhandlungen des Parlaments drehten sich in umfangreicher Weise um die Fragen Egyptens, der Türkei und der südafrikanischen Republik. Die Frage Egyptens wurde im Unterhause veranlaßt durch den schon bei der Adreß-Beratung angekündigten Vorschlag der Regierung, der egyptischen Regierung die 733000 Pfund betragenden Kosten des britisch-egyptischen Feldzugs nach dem Sudan nebst den Kosten für die Weiterführung der Eisenbahn und der Telegraphenlinie von Saras bis Wady Halfa in Oberegypten, zusammen 798000 Pfund, zu $2^3/_4$% Zinsen vorzustrecken, ein Betrag, in welchem die 512500 Pfund betragende Summe enthalten sei, welche die egyptische Regierung zum Zweck des Feldzugs dem von ihr, auf Englands Rat, angesammelten Fonds entnommen, aber infolge Urteils des gemischten Gerichtshofs zu Alexandria wieder erstattet habe. Die Einrichtung, daß jedes Mitglied dieses Gerichts durch seinen Einspruch einen Beschluß desselben über eine ihm von den Großmächten zugewiesene Angelegenheit wieder aufheben könne, sei freilich beinahe

absurd; indes bleibe jetzt keine Wahl, als Rückerstattung der Summe und ihr Ersatz durch England. Eine Sicherheit für ihre Wiedererlangung bestehe nicht, „aber wir haben das Wort Egyptens und, wie die Dinge liegen, halten wir Egypten besetzt," Englands Schuldlosigkeit an dem verworfenen Geldvorschuß werde sogar diese Besetzung wahrscheinlich eher verlängern als verkürzen; seit England durch Gladstone in diese Besetzung hineingetrieben worden, sei es noch niemals möglich gewesen, sie in Ehren oder ohne Schaden aufzuheben; die Haupturſache der verlängerten Besitznahme bestehe jedoch darin, daß Frankreich niemals England freie Hand in Egypten gestattet habe; es habe abgelehnt, sich England anzuschließen, diesem vielmehr die alleinige Verantwortlichkeit für Egyptens Sicherheit überlassen; diese Sicherheit sei jedoch nicht vorhanden, solange sich eine feindliche Macht im Nilthale bis hinauf nach Khartum befinde; aus dieser Politik werde England sich nicht hinausdrängen lassen durch Schwierigkeiten, wie die Verweigerung jenes Vorschusses, sie werde dieselbe vor allem weiter verfolgen durch einen Vormarsch nach Abu Hamed, einem sehr wichtigen Punkte im Sudan. Gegen diese Erklärungen des Regierungsvertreters traten sowohl Morley als Sir Harcourt mit dem tadelnden Hinweise auf, daß sie von Rußland und Frankreich als eine äußerst unkluge Herausforderung würden angesehen werden und daß ja an eine Rückzahlung des Vorschusses durch Egypten garnicht zu denken sei; es frage sich überhaupt, ob die Absicht der Regierung, Egypten einst zu verlassen, aufrichtig gemeint sei. Ohne daß hierauf eine Antwort erteilt war, wurde der verlangte Kredit bewilligt. Diese Verhandlung lieferte einen genügenden Beweis, daß England den Feldzug nach dem Sudan nur eingefädelt hatte, um einen neuen Anlaß zum ständigen Verbleiben im Nillande zu gewinnen.

Die Erörterungen über die neue Orientfrage nahmen in beiden Häusern des Parlaments, namentlich im Unterhause, einen sehr breiten Raum ein, zum größten Teile freilich durch die Befolgung der Sitte der Regierung, baldmöglichst Mitteilungen über die betreffenden Ereignisse zu machen. Daneben aber nahm die Regierung öfters Gelegenheit, sich über ihre Haltung in diesen Angelegenheiten auszusprechen. Und hier begegnete man, trotz des nicht abzuweisenden Scheins, daß Griechenland in seinem Vorgehen von

maßgebenden Stellen in Großbritannien ermuntert oder unterstützt werde, den klaren Aussprüchen der Regierung über Griechenlands unvorsichtiges Verfahren wie über die festzuhaltende Einigkeit der großen Mächte. So erklärte der Premierminister Lord Salisbury am 15. Februar im Oberhause, die griechische Regierung habe nur unter dem Drucke der öffentlichen Meinung in ihrem Lande sich durch Sendung von Schiffen nach Kreta „höchst unbedacht" in die von den Mächten in die Hand genommene Frage der für die Insel einzuführenden Reformen eingemischt; schon auf die Anzeichen dieses Planes hin hätten die Mächte in sehr ernsten Worten Einsprache erhoben und sie blieben bei der Meinung, daß Griechenlands Vorgehen „im höchsten Grade unklug" sei. Zu noch weitergehenden Aussprüchen dieser Richtung wurde die Regierung veranlaßt durch verschiedene Provokationen seitens der griechenfreundlichen liberalen Opposition, welche zunächst am 16. Februar im Unterhause durch O'Connor ausführen ließ, daß das britische Volk im allgemeinen das Vorgehen Griechenlands billige, wogegen aber der Schatzkanzler Balfour darzulegen suchte, daß eine solche Politik direkt zum europäischen Kriege und zum Zerfall des türkischen Reichs führen würde; die Regierung halte am „europäischen Konzert" als dem einzigen Wege zu einer friedlichen Lösung fest. Sir Harcourt erwiderte zwar, falls die Politik der Regierung eine Verurteilung von Griechenlands Verhalten bedeute, so vertrete sie nicht die Gefühle des britischen Volks, O'Connor und die übrige liberale Partei zogen sich jedoch mit ihrer Opposition wieder zurück. Als sodann britische Schiffe sich an der gewaltsamen Einmischung in Kreta beteiligten, erhob Labouchère im Unterhause aufs neue Verwahrung hiergegen sowie gegen jede Aktion des Sultans, den er sogar einen elenden Schurken und einen Schandfleck für die Zivilisation nannte. Wiederum war es der Schatzkanzler Balfour, welcher darauf hinwies, daß die Regierung vor allem von dem starken Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit für die „über Europa als ganzes schwebenden Schwierigkeiten" erfüllt sei; denn wenn durch Irrtum oder Mißgeschick ein Funke in den nur zu weit über Europa ausgebreiteten Zündstoff falle, so würden wir „am Rande einer europäischen Katastrophe" stehen; es bleibe daher der durchaus einstimmige Wunsch einer jeden der Großmächte, alles, was einem Kriege gleiche, zu

vermeiden; wenn man selbst die Herren kolossaler Heere von der tiefsten Besorgnis vor einer Loslassung der schlachtbereiten Gegner erfüllt sehe, werde man nicht um großer internationaler Autoritäten, wie Labouchère, willen diese Befürchtungen für illusorisch halten; dagegen erkenne die Regierung an, daß es der von den Mächten übernommenen internationalen Aufgabe zuwider wäre, Kreta in einer Lage zu lassen, in welcher es der türkischen Regierung überlassen bliebe, aus eigenem Willen das gute Werk Europas umzustürzen. Dagegen trat wiederum Sir Harcourt mit der Behauptung auf, die Regierung scheine sich den Türken angeschlossen zu haben, um deren Herrschaft über Kreta gegen den Willen der Bewohner aufrecht zu erhalten. Unbeirrt um solche Angriffe blieb die Regierung bei ihrer Politik, und Lord Salisbury teilte am 25. Februar im Oberhause mit, England habe den Mächten die Errichtung einer Selbständigkeit Kretas in der Verwaltung, jedoch unter türkischer Herrschaft, und nötigenfalls die Anwendung von Gewalt, um dies der Türkei und Griechenland gegenüber durchzusetzen, empfohlen. Balfour gab im Unterhause eine ähnliche Erklärung ab. Als sodann am 2. März Sir Harcourt im Unterhause und Lord Kimberley im Oberhause gegen diese Politik aufs neue Sturm liefen, teilte Lord Salisbury im Oberhause mit, sie sei von den Mächten angenommen; diese brandmarkten Griechenlands Vorgehen als ungesetzlich und glaubten, daß im Falle seiner Nachahmung die Flammen des Bürgerkriegs da emporlodern könnten, wo jetzt Friede herrsche. Trotz alledem richtete etwa der sechste Teil aller Mitglieder des Unterhauses am 4. März ein ihre Sympathie für Griechenland ausdrückendes Telegramm an den König Georg. Balfour nahm folgenden Tags im Unterhause hiervon mit dem Bemerken Notiz, daß voraussichtlich keine ernstlichen Folgen daraus entstehen würden. Nachdem sodann Lord Kimberley in einer Rede zu Norwich die Politik der Aufrechterhaltung der Türkei zurückgewiesen hatte, trat der Premierminister Lord Salisbury am 19. März im Oberhause sehr entschieden gegen ein solches Verhalten eines früheren Ministers des Äußern auf und entwickelte nochmals, daß die Großmächte das Völkerrecht gegen einen sie unter besonders schwierigen Umständen verhöhnenden Staat verteidigten, welcher dem Einvernehmen der Mächte seine Existenz verdanke. Des weiteren

kündigte zwar Sir Harcourt am 9. April im Unterhause einen Antrag auf Erlaß einer Adresse an die Königin mit der Bitte, britische Streitkräfte nicht gegen Griechenland oder das Volk Kretas verwenden zu lassen, an, es kam jedoch nicht zu diesem Antrage, und bis zum Parlamentsschluß am 6. August wurde die ganze Frage kaum noch berührt.

Die größte Ausdehnung nahm in den Parlamentsverhandlungen die Frage Transvaals in Verbindung mit den Angelegenheiten des Kaplandes ein. Unbekümmert um die allgemeine Entrüstung Europas über die Sympathie, welche in England mit Jamesons völkerrechtswidrigem Eindringen in Transvaal an den Tag gelegt war, ging die Politik der britischen Regierung, neben formeller Verfolgung der vorjährigen Ruhestörer, darauf aus, nun erst recht den Einfluß Englands in Transvaal und ganz Südafrika rücksichtslos zur Geltung zu bringen. Damit hing zunächst die Reise zusammen, welche der als der geistige Urheber jenes Einbruchs geltende Cecil Rhodes, nunmehriger Verwalter des Betschuanalandes, im Januar nach London unternahm. Bevor er sich dahin aufmachte und während seiner Reise durch das Kapland wurde ihm von der Bevölkerung die größte Sympathie mit seiner ganzen Richtung in der allerlebhaftesten Weise kundgegeben, und in seinen hierbei gehaltenen Reden sprach er sich für die Politik rücksichtslosester Ausdehnung und Vereinheitlichung des gesamten Ländergebiets Südafrikas südlich vom Sambesi aus.

Die gegen Transvaal geradezu feindselige Hauptaktion wurde am 28. Januar eingeleitet durch einen vom Staatssekretär der Kolonien, Chamberlain, im Unterhause gemachten Vorschlag der Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission behufs Ermittelung des Ursprungs und der näheren Umstände des vorjährigen Einfalls von Scharen der britisch-südafrikanischen Gesellschaft in das Gebiet der Republik sowie behufs Prüfung der Verwaltung dieser Gesellschaft. Nach Chamberlains Begründungsrede sollte der Zweck keineswegs in der Ermittelung der strafbaren Schuldigen bestehen, sondern es sollte deutlicher als bisher an den Tag gebracht werden, daß die inneren Verhältnisse Transvaals ungesund seien, daß dieser Umstand den Einfall Jamesons hervorgerufen habe und daß noch immer auf Ausführung der versprochenen Reformen wie auf

Abstellung der Beschwerden der in Transvaal wohnenden Engländer, der Uitlanders, gewartet, auch daß der 1884 mit der Republik geschlossene Vertrag von ihr nicht inne gehalten werde. Das zu erwartende Ergebnis dieser Untersuchung sollte offenbar eine Hauptgrundlage zu einem entschiedenen Auftreten gegen Transvaal abgeben. Der Antrag wurde am 29. Januar angenommen, die Kommission wurde sogleich eingesetzt, und Chamberlain teilte, wohl um die Stimmung gegen Transvaal zu schärfen, am 18. Februar, kurz vor dem Zusammentritt der Kommission, im Unterhause mit, daß Transvaal soeben eine Entschädigungsforderung für Jamesons Einfall im Betrage von einer Million Pfund Sterling gestellt habe.

Die parlamentarische Kommission vernahm zuvörderst den inzwischen in London angelangten Rhodes, der von einer großen Volksmenge mit Begeisterung empfangen, von der Presse mit Huldigungen überschüttet und in den Kneipen als „Kap-Napoleon", auch als „Mehrer des Reichs" unter leidenschaftlichen Beifallsstürmen durch Reden und Gesänge gefeiert wurde, während er selbst durch endlose Besprechungen mit hohen Staatsbeamten und hohen Persönlichkeiten der Gesellschaft in Anspruch genommen wurde. Es fehlte der Kommission nicht an Mitgliedern, welche bei Rhodes' Vernehmung den Anlässen von Jamesons Einfall mit großem Ernste und ohne Schonung des Gefeierten nachgingen; es zeigte sich aber, daß ihnen die Macht gebrach, dem durch die Gunst mächtiger Personen und „Ringe" gedeckten Manne mehr Bekenntnisse zu entlocken, als er selbst zu machen für gut fand. Stand er doch auch mit Jameson und allen, welche für dessen Einfall mit verantwortlich waren, in ständigem Verkehr und empfing er doch sogar vor versammelter Kommission ermutigende Beweise der Anerkennung aus den höchsten Kreisen; der Prinz von Wales sogar schüttelte ihm vor Beginn der Sitzung vom 23. Februar huldreichst die Hand. Rhodes stellte in Abrede, daß Jamesons Einfall, den er mit „dem Flibustierzug der Griechen nach Kreta" verglich, von ihm ins Werk gesetzt sei, und erging sich hauptsächlich in einer Schilderung der durch Nichtberücksichtigung der Beschwerden der Uitlanders hervorgerufenen, angeblich verzweifelten Lage, angesichts deren die Anhänger der Reform die Hoffnung auf Abhilfe auf verfassungsmäßigem Wege gehabt hätten. Sehr bezeichnend war seine am 26. Februar gegebene Dar-

stellung, daß Präsident Krügers Politik dahingegangen sei, den Einfluß Deutschlands einzuführen, was u. a. aus einer Rede Krügers am Geburtstage des deutschen Kaisers im Jahre 1895 und aus einer Reichstagsrede des deutschen Staatssekretärs v. Marschall hervorgehe. Hiernach schien es wie eine patriotische Handlung Rhodes' aussehen zu sollen, daß er die englische Kolonie gegen eine Verschwörung des Präsidenten von Transvaal mit einer fremden Macht zu beschützen gesucht habe; die gegenwärtige Form der Regierung dieser Republik, so schloß Rhodes, bilde eine ernste Gefahr für den Frieden Südafrikas. In demselben Sinne sprach sich vor der Kommission am 12. März der Zeuge Bower aus, der sogar den Einfall Jamesons mit der Invasion Englands durch Wilhelm von Oranien auf gleiche Linie stellte. So sehr man jedoch in England darauf ausgegangen war, durch diese parlamentarischen Zeugenaussagen Beschwerdestoff gegen Transvaal zu Tage zu fördern, so wurde das bisherige Ergebnis wieder über den Haufen gestoßen durch die Zeugenaussagen eines ehrlichen Mannes Namens Schreiner, welcher zur Zeit von Jamesons Einfall Generalanwalt des Kapministeriums gewesen war. Seine Aussage ging dahin, er habe Rhodes gewarnt, sich mit den Reformleuten in Johannesburg einzulassen, nachher aber habe Rhodes niemals in Abrede gestellt, daß er für die durch Jamesons Vorgehen geschaffene Lage verantwortlich sei; dieser Einfall habe für die Kapkolonie eine beklagenswerte Wirkung gehabt, weil er das Vertrauen erschüttert und den Handel schwer geschädigt habe; die Beschwerden der Uitlanders, die ihren Zweck schon ohne auswärtige Einmischung erreicht haben würden, seien übertrieben; alle Afrikander hätten Rhodes für einen großen Führer und Versöhner beider Rassen gehalten, jetzt aber wüßten sie, daß er sie verraten habe; die Leute seines Schlages sähen jede kleine Beschwerde in Transvaal wie eine Gottesgabe an und machten aus ihr wer weiß wieviel; sie wünschten „den Topf im Kochen zu erhalten" und seien ständig bemüht, England von der Unerträglichkeit in Transvaal zu überzeugen. Der Zeuge gab auch zu, daß Präsident Krüger eine Konföderation Südafrikas wünsche, jedoch nur eine solche, in welcher die Flagge ein freies Volk repräsentiere; von einer oberherrlichen Macht Englands wolle man dort nichts wissen, sagte der Zeuge Herrn Chamberlain, auf seine Frage hin, vor den Kopf.

Der Zweck der parlamentarischen Untersuchung war zwar nicht im Sinne des Schatzkanzlers der Kolonien ausgefallen, darum ließ er aber von seinem Vorgehen nicht ab, vielmehr hielt er am 27. März in London bei einem zu Ehren des neuen Gouverneurs des Kaplandes, Sir Milner, veranstalteten Abschiedsmahle eine Rede, die sich wie eine Kriegserklärung gegen Transvaal ausnahm; er sprach von dessen Pflicht, die vom Vertrage von 1884 auferlegten Pflichten zu erfüllen, und von Englands Bestreben, seine vorherrschende Macht in Südafrika aufrecht zu erhalten; eine zufriedenstellende Regelung der dortigen Verhältnisse sei nicht möglich, solange ein unabhängiger Staatenbund mit vorherrschend holländischem Einflusse vorhanden sei.

Die im April und Mai von der parlamentarischen Untersuchungskommission vorgenommenen Vernehmungen erbrachten nichts wesentlich Neues, als allenfalls die Windungen des Zeugen Obersten Willoughby, um die in seinem verlesenen, an das Kriegsamt gerichteten Briefe enthaltene Erklärung umzudeuten, daß, nach Jamesons Mitteilung, dessen Unternehmung „die Zustimmung der kaiserlichen Behörden" habe. Auch war die Aussage von Rhodes' Anwalt bemerkenswert, daß dieser angenommen habe, es würde im Falle des Ausbruchs einer Bewegung besser sein, daß sie organisiert sei; den Einfall Jamesons verglich er mit Garibaldis Landung in Sizilien.

In der durch diese Vorgänge in ganz Südafrika entstandenen großen Aufregung kam es im Kaplande zu lebhaften Kundgebungen für und gegen die durch Chamberlain und Rhodes vertretene Tonart. Der Präsident der „Südafrikanischen Liga" stellte am 5. März in einer Rede zu Kapstadt als deren Hauptziel die Wahrung der britischen Oberherrschaft hin; der neue Premierminister des Kaplandes, Sir Sivewright, mahnte am 6. März in einer Rede zu Britstown die die Rassenversöhnung erstrebenden Afrikander, daß sie nur einen Zweig am mächtigen Baume des britischen Reichs bilden sollten; der Vorsitzende des Afrikanderbundes aber stellte bei dessen Jahreskongreß am 11. März fest, daß Rhodes sein möglichstes thue, um England zum Kriege gegen Transvaal zu reizen. Herrn Rhodes wurde am 20. April bei seiner Rückkehr aus England ein glänzender Empfang bereitet.

Inzwischen hatte die britische Regierung eine Flotte in die Delagoabai gesandt, wie zum Zeichen, daß sie von hier aus einen

Kriegszug gegen das nahe Transvaal, wenn auch durch portugiesisches Gebiet, leicht unternehmen lassen könne. Gleichzeitig traf die noch immer unter Rhodes' Einfluß stehende Kapregierung für alle Fälle auch ihrerseits kriegerische Vorbereitungen. Andererseits hatte die Regierung von Transvaal, seit Jahresfrist überzeugt, daß sie von britischer Seite auf das schlimmste gefaßt sein müsse, mit großen Kosten gerüstet, um jedem Angriffe Trotz bieten zu können. Hieraus nahm der Premierminister Springg am 23. April im Kapparlamente Anlaß zu der Erklärung, daß es die Schuld der südafrikanischen Regierung sein würde, wenn es zum Kriege kommen sollte, denn sie habe Forts errichten und Munition einführen lassen; der beste Weg zur Beseitigung der Erregung würde aber in der Erfüllung der Forderungen der Uitlanders bestehen; ohne britischen Schutz habe die Unabhängigkeit Transvaals keinen Wert. Diesen Äußerungen traten die Abgeordneten Schreiner und Sauer entschieden entgegen, das Parlament selbst sprach sich am 28. April ernstlich für Erhaltung des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens unter den Staaten Südafrikas aus. Aber schon zwei Tage hiernach gab's an derselben Stelle einen heftigen Zusammenstoß, indem der Abg. Merriman das Ministerium heftig tadelte wegen der täglichen Nachrichten über bevorstehende Verstärkung der Reichstruppen im Kaplande und wegen sonstiger von der Regierung ausgehender Aufreizungen Transvaals, in denen sie von der britisch-südafrikanischen Gesellschaft unterstützt werde, die ihrerseits nur ein wahnwitziger Steuermann sei, der das Schiff stracks in die Brandung führe. Minister Springg erwiderte, die Regierung müsse den auswärtigen, der britischen Oberhoheit hinderlichen Einfluß beseitigen, und fragte, wo die Regierung Transvaals sich jemals versöhnlich gezeigt habe. Es traten sodann noch mehrere Abgeordnete gegen die kriegerische Politik des Ministeriums auf, der Antrag aber, ihm das Vertrauen aufzusagen, kam nicht zur Annahme, weil bei Stimmengleichheit der Sprecher für die Regierung stimmte.

Was nun weiter die Behandlung der Transvaalsache im britischen Parlamente betrifft, so legte die Regierung am 24. April ein diplomatisches Blaubuch vor, in welchem sich eine bemerkenswerte Note der Transvaal-Regierung an den Gouverneur des Kaplandes befand. Darin hieß es nämlich, da die jetzt im Besitz der

britischen Regierung befindlichen Beweise es vollständig und zwingend rechtfertigten, so dringe sie darauf, nunmehr auch Herrn Rhodes und Genossen vor Gericht zu stellen und die gesamte Verwaltung der britisch-südafrikanischen Gesellschaft aus der Hand zu nehmen. Diese Forderungen hatte Chamberlain mit dem Bemerken abgelehnt, England könne sich die Zeit und die Art der Erfüllung seiner Verpflichtungen nicht diktieren lassen. Ferner enthielt das Blaubuch eine Reihe von Noten Chamberlains an den Präsidenten Krüger über Fälle, in welchen Transvaal den Londoner Vertrag von 1884 übertreten habe. Angesichts dieser Urkunden kam es am 29. April im Unterhause zu neuen Angriffen Sir Harcourts auf die kriegerische Politik wider Transvaal. Chamberlain habe sich alle Mühe gegeben, durch seine Reden die Gefühle in Südafrika aufzureizen. Der Staatssekretär Chamberlain nannte dagegen Harcourts Auftreten verderblich, gefährlich, unpatriotisch und der Sache des Friedens nachteilig, während die englische Politik, wie von jeher, nur auf Aufrechthaltung der Verpflichtungen und Verhütung angriffsweisen Vorgehens ausgehe; Transvaal habe in einer für Zwecke der Verteidigung durchaus nicht zu rechtfertigenden Weise gerüstet, wozu die britischen Verteidigungsmittel in Südafrika ganz außer Verhältnis ständen; es werde jetzt eine Summe verlangt, die nur hinreiche, eine Artillerie-Brigade und ein Regiment nach dem Kap zu senden, Transvaal aber habe bereits mehr als eine Million für Rüstungen ausgegeben. Als sodann Courtney im Sinne Harcourts auftrat, erwiderte der erste Lord des Schatzes, Balfour, er könne sich keine Reden denken, die geeigneter seien, die Beziehungen zwischen England und Transvaal zu verschlechtern, als die Harcourts und Courtneys, denn sie entflammten Gefühle, durch welche alle zu beschwichtigenden Schwierigkeiten gesteigert würden; jede Feindseligkeit mit Transvaal halte die Regierung für ein nationales Unglück. Die Untersuchung der südafrikanischen Parlamentskommission nahm ein klägliches Ende, indem sie in ihrem vom 13. Juli dem Unterhause erstatteten Berichte Chamberlain für unschuldig, Rhodes für schuldig erklärte. Von seiner Bestrafung war jedoch keine Rede, ja der Staatssekretär Chamberlain führte bei der am 26. Juli hierüber im Unterhause stattgehabten Verhandlung aus, der Charakter Rhodes' als eines Mannes von Ehre sei in keiner Weise berührt.

In der Nacht vom 19. zum 20. Juni waren 60 Jahre verflossen, seit die Prinzessin Viktoria von Kent durch den Tod ihres Oheims, König Wilhelms IV., auf den Thron von Großbritannien und Irland berufen ward. Das seltene Ereignis eines so langen Regierungsjubiläums wurde in allen fünf Erdteilen, wo Briten wohnen, mit außergewöhnlicher Feierlichkeit begangen, die Königin feierte den Tag, umgeben von ihrer ganzen zahlreichen Familie, vielen Mitgliedern ausländischer Fürstenfamilien, darunter ihren Enkelkindern, dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Preußen, dem Großherzog von Hessen und seiner Gemahlin. Den Glanzpunkt der Festlichkeiten bildete am 22. Juni ein großartiger, glänzender Zug vom Buckingham-Palast nach der St. Pauls-Kathedrale zum Dankgottesdienst vor derselben. Da saß die greise Herrscherin im Wagen, umgeben von ihren Söhnen, zur Linken standen die auswärtigen Fürstlichkeiten, zur Rechten der Lordmayor von London mit den indischen Fürsten. Die Musikkapellen stimmten die Nationalhymne an, worauf ein gewaltiger Chor sein „Dich Gott loben wir" in die gewaltige Volksmenge erbrausen ließ. Alle Häupter entblößten sich, die Königin neigte das Haupt, der Dechant sprach das Vaterunser, und darauf betete der Bischof von London, unmittelbar vor der Königin stehend, das besonders für diese Feier verfaßte Gebet; den Segen sprach der Erzbischof von Canterbury, sodann sang die ganze versammelte Menge das erhebende Lied der Old Hundreth; den Schluß bildeten endlose Jubelausbrüche der Menge. Am 23. Juni empfing die Königin die Mitglieder beider Häuser des Parlaments, welche Adressen überreichten, und nahm eine Huldigung von 10000 Londoner Schulkindern entgegen. An den nächsten Tagen folgte ein Gartenfest bei der Königin, eine Truppenparade bei Aldershot und am 26. Juni vor Spithead eine Flottenschau über 166 britische Kriegsschiffe. Der Lordmayor gab im Mansion House ein großes Festmahl, bei dem er auf die zahlreichen fremden Fürstlichkeiten einen Trinkspruch ausbrachte, welchen der Prinz von Neapel erwiderte.

Mit den zur Jubiläumsfeier eingetroffenen Premierministern der Kolonien pflog der Kolonialminister Chamberlain Verhandlungen über alle Zweige der kolonialen Sorgen und Wünsche, wobei sich herausstellte, daß der Schwerpunkt des britischen Gesamtreichs

jetzt mehr in den Kolonien liegt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bestand, einer Denkschrift Chamberlains zufolge, darin, daß die Premiers dringend die baldmöglichste Kündigung der Verträge empfahlen, welche die Handelsbeziehungen zwischen England und den Kolonien bereits festigten, und daß sie Verhandlungen wegen Gewährung einer Vorzugsbehandlung der englischen Erzeugnisse in Aussicht stellten.

In dieser Richtung gingen bald darauf die gesetzgebenden Faktoren in der Dominion of Kanada vor, welche, um dem neuen Zolltarife der Vereinigten Staaten von Nordamerika entgegenzutreten, einen neuen Zolltarif beschlossen, wonach englische Waren zu um 12 Prozent niedrigeren Zollsätzen, als die Waren anderer Länder, in Kanada zugelassen werden sollen, auch sollte dieser Tarif auf die Waren von anderen Ländern angewandt werden, sobald diese die Erzeugnisse Kanadas zu entsprechend günstigen Sätzen zulassen. Der Ausführung dieser neuen Zollpolitik stand jedoch als erhebliches Hindernis der Umstand entgegen, daß in dem 1865 zwischen Großbritannien und Deutschland geschlossenen sowie im britisch-belgischen Handelsvertrage von 1861 das Meistbegünstigungsrecht auch in Bezug auf die britischen Kolonien festgesetzt ist. Zur Beseitigung dieses Hindernisses kündigte die britische Regierung am 30. Juli diese Verträge zum 31. Juli 1898 auf. Der leitende Staatsmann von Kanada, Sir Laurier, unternahm eine Reise nach London und Paris, wo er in einer Rede bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Festmahle rühmte, daß Kanada, außer den eigenen, die Interessen Großbritanniens und Frankreichs beschütze, denn Kanada sei es zu verdanken, daß der Handelsvertrag mit Deutschland von der britischen Regierung „energisch aufgekündigt" sei. Im September beschloß die kanadische Regierung, daß bis zum 1. August 1898 Waren aus den meistbegünstigten Ländern zu den Vorzugszollsätzen zugelassen werden sollten, gleichviel ob sie direkt oder über englische Häfen eingeführt werden.

Am 6. August wurde die Session des Parlaments durch eine Thronrede der Königin geschlossen, welche darin sagte, sie habe die Handelsverträge mit Belgien und Deutschland gekündigt, weil sie gehindert hätten, innerhalb des Gesamtreichs mit den Kolonien fiskalische Abkommen zu treffen, wie sie ratsam erschienen; die An-

wesenheit der Vertreter der Kolonien und Indiens beim Regierungsjubiläum habe zur Festigung des Bandes zwischen allen Reichsteilen beigetragen; die fiskalische Gesetzgebung in Kanada und der Beitrag der Kapkolonie zur Reichsflotte lieferten einen neuen Beweis der Anhänglichkeit der Kolonien an das Mutterland.

Verhandlungen, welche am 12. Juli von Lord Salisbury, Lord Balfour, den Staatssekretären von Hicks-Beach und Hamilton mit dem nordamerikanischen Senator Wolcott zu London in der Silberfrage gepflogen wurden, verliefen ohne Ergebnis, weil das englische Kabinett sich, besonders infolge eines Gutachtens des Vizekönigs von Indien, gegen die Öffnung der englischen Münzen für unbeschränkte Silberprägung erklärte.

Bezüglich Irlands hoffte man auf eine versöhnliche Wirkung der Reise, welche der Herzog und die Herzogin von York vom 18. August bis 12. September durch die Insel unternahmen, und auf der sie herzlich aufgenommen wurden.

In Ostindien brachen seit Anfang Juni Besorgnis erregende Aufstände der Bergvölker an der Nordwestgrenze aus, anscheinend infolge von Aufhetzungen, die auf den im angrenzenden Afghanistan immer mächtiger werdenden Einfluß der Russen in dem nordöstlich an dieses Land angrenzenden Pamirgebiete zurückgeführt wurden. Die im Juli von Aufständischen in der Berglandschaft Tschitral, dem Puffer gegen russisch Pamirland, abgeschnittene Verbindung Indiens mit dem britischen Lager von Malakand wurde anfangs August von britischen Truppen wiederhergestellt; aber bald darauf erhoben sich die Grenzvölker, welche seit der 1895 vorgenommenen Besetzung Tschitrals für ihre eigene Unabhängigkeit fürchteten, an drei Punkten: erstlich in dem dem Lager von Malakand benachbarten Thale des Swat, eines westlichen Nebenflusses des oberen Indus; britischerseits konnte nicht verhindert werden, daß sich dieser Aufstand bis in die Nähe von Peschawur ausdehnte und daß die nach Afghanistan führenden Gebirgspässe des Kaibar nördlich und des Kohat südlich von dieser Stadt in die Hände der Aufständischen gerieten; zweitens erhoben sich die Waziris im Thale des Tochi, eines westlichen Nebenflusses des mittleren Indus und endlich noch weiter südlich, bei Quetta, von wo die Gebirgsstraße nach Kandahar in Afghanistan führt. In das Swatthal rückten 12000, in das Tochithal 7000

Mann britische Truppen ein; erstere schlugen die Aufständischen, die hierauf ihre Unterwerfung anboten, der mächtige Volksstamm der Afridis aber eroberte zwei Forts am Kaibarpasse. Zur weiteren Bekämpfung der Aufstände stellten im Anfange des September die Herrscher der sogen. Eingeborenen-Staaten ihre Truppen der Regierung zur Verfügung, die britischen Truppen erlitten jedoch mehrfache Niederlagen; diejenigen, denen die Bewachung der Forts auf dem Samana-Bergrücken anvertraut war, wurden vom Volksstamme der Afridis eingeschlossen, bis sie später entsetzt wurden. Der am 16. September unter großen Schwierigkeiten begonnene Marsch in das Gebiet des Volksstamms der Mohmands führte zu heftigen Kämpfen, bis nach der Einnahme des Bedmani-Passes der Widerstand gebrochen wurde. Nachdem die britischen Truppen um Mitte Oktober wieder schwere Verluste in einem Bergthale erlitten hatten, eroberte General Lockhart den Sempaghar- und den Archanga-Paß, worauf endlich der Abstieg in das Tirahland vor sich gehen konnte. Am 6. November wurde wieder eine Abteilung britischer Infanterie in einem Bergthale vollständig vernichtet, und am 15. November schlugen die Afridis eine britische Brigade zurück. Der weitere Fortgang des Feldzugs wurde durch den Eintritt der ungünstigen Jahreszeit unterbrochen, ohne daß er das Ziel, die Unterwerfung der Bevölkerung im Berggelände südlich des Kaibar-Passes, erreicht hatte. General Marshman Havelock-Allan wurde im Dezember von Afridis im Kaibar-Passe ermordet. Auf dem am 27. Dezember in Antraoti eröffneten 13. indischen Nationalkongresse wurde anerkannt, daß Indien unter britischer Herrschaft gewaltige Fortschritte gemacht habe.

Mwanga, König des unter britischem Schutze stehenden Reiches Uganda, hatte im Juli eine Erhebung gegen die Europäer zu stande gebracht, wurde jedoch am 20. Juli von den britischen Streitkräften geschlagen und floh nach Deutsch-Ostafrika. Die Ordnung wurde in Uganda bald wieder hergestellt. Der nicht im Besitze der Buren-Republik befindliche Teil des 1879 eroberten Zululandes, welcher bisher eine von Reichsbeamten verwaltete britische Schutzherrschaft bildete, wurde im Dezember in Natal einverleibt. Am 4. Oktober wurde die Kapstadt mit Bulawayo, die Hauptstadt von Rhodesia, verbindende Eisenbahn durch den Oberkommissar der Kapkolonie, Sir Milner, feierlich eröffnet.

Die schon im vorigen Jahre durch Eroberung des Aschantilandes vergrößerte britische Schutzherrschaft in Westafrika erfuhr eine weitere Ausdehnung durch die erfolgreichen Unternehmungen, welche von der Kolonie Lagos aus ins Innere unternommen wurden. Die eine war im Dezember v. J. von der Nigermündung aufgebrochen, den Strom aufwärts gezogen und hatte am 6. Januar bei Lokodja, gegenüber dem Einflusse des Benueflusses in den Niger, den Boden des Reiches Nupe betreten. Von hier hatte sie sich westwärts nach Rabba begeben, wo die Nigergesellschaft eine Station besitzt, und sodann nach Bidah, der Hauptstadt dieses muhamedanischen Staates, die nach heftigen Kämpfen am 27. Januar erobert wurde. Zufolge eines am 5. Februar mit Nupe geschlossenen Friedensvertrages wurde der bisherige Beherrscher abgesetzt und ein anderer zum Nachfolger bestimmt, der jedoch nur einen Teil des Landes behielt, während die Nigergesellschaft die Verwaltung des südlichen Teils und eines drei Meilen breiten Streifens am Norduser des Niger übernahm. Der an das andere Ufer angrenzende, mit Nupe verbündete Staat Ilorin wurde am 15. Februar durch Einnahme der gleichnamigen Hauptstadt unterworfen. Die zweite militärische Unternehmung richtete sich gegen den etwa 50 englische Meilen nordwärts von der britischen Kolonie liegenden Staat Benin, dessen grausamer Beherrscher, durch obigen britischen Kriegszug mißtrauisch geworden, im Januar die Mitglieder eines britischen Erforschungszugs nach der Stadt Alt-Benin hatte niedermetzeln lassen. Die Hauptstadt Neu-Benin wurde am 18. Februar nach heftigem Kampfe erobert, worauf die Nigergesellschaft die Verwaltung übernahm und durch Erlaß vom 11. März die Sklaverei abschaffte. Die Verhältnisse im Hinterlande von Lagos und der Goldküste wurden immer verworrener, indem von beiden wetteifernden Teilen, von englischer wie von französischer Seite, Expeditionen in das Innere abgesandt wurden, um vollendete Thatsachen von Besitzergreifungen herbeizuführen, bevor sich die in Paris tagende Konferenz zu tief in die Sache eingearbeitet habe.

Was die britischen Kolonien Australiens betrifft, so richtete der, wie alljährlich, zu Hobart in Tasmanien tagende Bundesrat an die Königin die Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß die britischen Interessen auf den Neuen Hebriden mehr als bisher Beachtung

fänden. Am 22. März trat in Adelaide eine erste australische Bundesversammlung zusammen, in welcher der Vertreter von Neu-Süd-Wales sehr entschieden Schritte der britischen Regierung verlangte, um auch den deutschen Teil Neu-Guineas „zurück" zu erhalten. Von besonderer Wichtigkeit war es, daß diese Versammlung am 31. März einstimmig gewisse Grundzüge einer australischen Bundesverfassung und am 23. April einen infolgedessen ausgearbeiteten Entwurf derselben mit der Bestimmung genehmigte, daß er der öffentlichen Meinung und den Parlamenten der einzelnen Kolonien unterbreitet werde. Im Parlamente von Queensland scheiterten jedoch drei auf Beteiligung an diesen Bestrebungen gerichtete Vorlagen, und das Parlament von Neu-Süd-Wales faßte sogar den für das Zustandekommen des Bundes bedenklichen Beschluß, die künftige Bundesverfassung müsse, um für die „Mutterkolonie" Geltung zu erlangen, in der Volksabstimmung von wenigstens 80000 Stimmen angenommen werden. Am Jubiläumstage der Königin wurde in Sidney ein Standbild des ersten Gouverneurs, Philipp, feierlich enthüllt.

Der Gouverneur der Fidschi-Inseln brachte es fertig, den deutschen Einfluß hier fast gänzlich zu vernichten.

Am 5. Juni kam ein Vertrag Großbritanniens mit China zu stande, wodurch neue Handelswege zwischen britisch Birma und China eröffnet werden sollten, und China sich mit allen an der birmanischen Grenze zu errichtenden Befestigungen einverstanden erklärte sowie einen an der Grenze Birmas liegenden Landstrich zu ewiger Pacht an Großbritannien überließ. Am 14. Mai wurde mit Abessynien ein Friedens- und Freundschaftsvertrag, unter genauerer Abgrenzung der britischen Schutzherrschaft über das Somali-Land, geschlossen.

Mit Nordamerika wurde am 11. Januar ein Schiedsgerichts-Vertrag, zunächst auf 5 Jahre, geschlossen, dem zufolge künftig jede Streitfrage, welche Gebietsansprüche in Amerika in sich schließt, einem aus je drei amerikanischen und englischen Richtern zusammengesetzten Gerichtshofe vorgelegt werden soll. Dessen Entscheidung ist endgiltig, wenn sie mit fünf gegen eine Stimme getroffen ist; sollte die Mehrheit geringer sein, so kann jede der beiden Mächte Einspruch erheben und die Vermittelung einer fremden Macht nach-

suchen. Eventuell soll ein Schiedsrichter vom Obersten Gerichtshof der Union in Gemeinschaft mit einem Gerichtsausschuß des Londoner Privy Council, und, wenn diese sich nicht zu einigen vermögen, vom Könige von Schweden ernannt werden.

Am 21. Juli starb in London einer der rührigsten britischen Staatsmänner der letzten 30 Jahre, Mundella, welcher 1880 im liberalen Ministerium an der Spitze des Unterrichtswesens und 1886 im vierten Ministerium Gladstones Präsident des Handelsamts war. Sir Rutherford Alcock, Senior der englischen Diplomaten, die im fernen Osten eine Rolle gespielt haben, starb am 2. November in London.

Italien.

Das am 10. März v. J. infolge der Niederlagen in Afrika ans Ruder gelangte Ministerium di Rudini hatte zuerst versucht, mit der unter dem vorigen Ministerium Crispi gewählten Deputiertenkammer zu regieren; als es aber nicht mehr recht gehen wollte, entschloß es sich, freilich nach längerem Zögern, sie aufzulösen und eine neue Kammer wählen zu lassen. Der betreffende Erlaß erging am 4. März, diesmal jedoch ohne die in solchen Fällen sonst übliche Beifügung eines die Maßregel begründenden Berichts an den König. Statt dieses Berichts wurde am 5. März ein Regierungsprogramm veröffentlicht, in welchem es zunächst hieß, das Ministerium habe, weil es aus der oppositionellen Minderheit hervorgegangen sei, schon längst die Absicht gehegt, Berufung an die Wähler einzulegen, es habe dies nur verschoben, um zuvor durch Beilegung des Kriegs in der erythräischen Kolonie die Möglichkeit einer ruhigen und ungetrübten Beurteilung zu geben. Die bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahmen seien so wichtig, daß es angezeigt erscheine, sie den Wählern vorzulegen, bevor man das Parlament damit befasse. Bezüglich der afrikanischen Frage handele es sich jetzt um die Frage einer Militärpolitik oder einer Wirtschaftspolitik; in der Frage des Orients wie überhaupt der auswärtigen Politik wünsche die Regierung die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten zur Vermeidung eines allgemeinen Kriegs. Alsdann verbreitete sich die Kundgebung über Fragen der Finanzverwaltung und des Schatzes, über Reformen zur Hebung der Produktion des Landes, über eine Verbesserung des Wahlverfahrens und den Schutz der Arbeiter.

Die Neuwahlen vom 21. und 28. März ergaben eine Mehrheit von 332 Ministeriellen und 149 Oppositionellen, worauf das Parlament am 5. April vom König mit einer Thronrede eröffnet wurde, in welcher er daran erinnerte, daß ein halbes Jahrhundert verflossen sei, seitdem König Karl Albert die freien Einrichtungen geschaffen habe, welche die Unabhängigkeit des Landes begründet hätten. Es folgte eine Danksagung für die Kundgebungen zur Vermählung des Kronprinzen, eine Anerkennung der vom Heere im Kriege gegen Abessynien bewiesene Tapferkeit und die Ankündigung einer Reihe von Gesetzentwürfen.

Beide Kammern bemächtigten sich zunächst der gerade die allgemeine Aufmerksamkeit erregenden Vorgänge im Orient, wobei die Sympathie der italienischen Bevölkerung für die Sache der Griechen eine große Rolle spielte. In der Deputiertenkammer regte am 12. April Sonnino diese Fragen an und riet, unbeschadet des Festhaltens am „Konzert" der Großmächte, Schritte an, welche Griechenland gestatten könnten, aus der Sackgasse herauszukommen. Der Ministerpräsident di Rudini bemühte sich, zu zeigen, daß die Regierung nicht gegen Griechenland Partei nehme, wenn sie für die Freiheit, die Gerechtigkeit, das Gleichgewicht auf dem Mittelmeere und für den Weltfrieden stimme; die Gefahren einer Isolierung Italiens würden sehr ernst sein. Eine erhebliche Mehrheit der Kammer sah dies vollkommen ein und genehmigte die Haltung der Regierung. Ebenso sprach sich am 13. April der Senat aus, nachdem der Minister des Äußern, Visconti Venosta, sich in ähnlicher Weise, wie di Rudini in der Kammer, ausgesprochen hatte. Zwar drückte nach Abschluß des griechisch-türkischen Waffenstillstands Imbriani am 31. Mai in der Kammer nochmals das Bedauern aus, daß die Regierung den hohen Idealen sich untreu gezeigt habe, welche den Daseinsgrund Italiens bildeten; nachdem aber der Minister Visconti Venosta nochmals gezeigt hatte, daß die Übereinstimmung der großen Mächte eine erhebliche Sicherheit für Europa herbeigeführt habe, blieb die Kammer bei ihrer praktischen Auffassung.

Was die inneren Angelegenheiten betrifft, so kam zunächst ein Gesetz zur Reorganisation des Heeres zu stande. Hiernach soll das Militärbudget jährlich 246 Millionen Lire betragen, wovon sieben auf Afrika kommen; die Truppenstärke soll 210000, im nächsten

Etatsjahre 215000, die Rekruten-Einstellung soll 100000 Mann betragen, von Leuten des Beurlaubtenstandes sollen 25000 Mann mehr einbeordert werden; im übrigen enthielt die Vorlage eine Reihe von Veränderungen bei den einzelnen Regimentern. Ein Antrag auf Umänderung der Benennung „Königliche Armee" in „National-Armee" war abgelehnt worden. Eine Forderung von 7 Millionen für Marinezwecke wurde im Juni genehmigt.

Die umfangreichsten Verhandlungen der Kammern fanden statt über die Fragen der erythräischen Kolonie. Am 14. Mai wurden in der Deputiertenkammer mehrere hierauf bezügliche Anfragen gestellt: von der einen Seite wurde die Zurückziehung der Truppen aus Afrika, von einer anderen das gänzliche Aufgeben sowohl Erythräas als auch der Küste El Benadir, von einer dritten Seite wurde nur Aufklärung über die Absichten der Regierung gewünscht. Auf alle diese Anregungen antwortete der Ministerpräsident di Rudini am 15. Mai, er habe es sich angelegen sein lassen, die Lage der Dinge in Afrika wieder auf den Stand zu bringen, auf dem sie sich nach den Gefechten von Coatit und Senafe befunden habe; auch nach dem Friedensschlusse mit Abessynien sei der Marebfluß die Grenze geblieben und die Garnison in Kassala gehalten, nur auf das früher beanspruchte Protektorat über Abessynien sei verzichtet; die Zeit habe aber gelehrt, daß die fernere Besetzung Kassalas unnötig und sogar eine große Last sei. Der bisherige rein militärische Charakter der Kolonie habe nur zu Kriegen geführt; die Hoffnung aber auf Umwandlung in eine landwirtschaftliche Kolonie habe sich als Täuschung erwiesen; zur Erhaltung der Kolonie auf ihrem gegenwärtigen Stande würde man noch 30 Millionen benötigen; wenn man aber gar Schoa angreifen wolle, würden zwei Armeekorps mit 80 Millionen Lire Kosten mobilisiert werden müssen; man müßte also eine große Kolonial-Armee schaffen, die 35 Millionen in Anspruch nähme. Beim Verbleiben auf dem abessynischen Hochplateau seien die dazu nötigen Summen durch Erhöhung der Grundsteuer um ein Zehntel und der Salzsteuer um 10 Cent. zu beschaffen; wolle man diese Steuererhöhungen nicht, so müsse die Kolonie eigentlich sofort aufgegeben werden, aber das italienische Nationalgefühl gestatte nicht, die jetzigen Besitzungen an Abessynien zurückzugeben, denn es würden ernste Verwickelungen daraus entstehen können; die

Regierung schlage daher vor, die militärische Besetzung auf das Mindestmaß, etwa auf Massauah, zu beschränken, ein Gebiet unter eingeborenen Häuptlingen zu schaffen und der Besetzung Kassalas ein Ende zu machen. Zur Ausführung dieses Programms müsse ein Einvernehmen mit Großbritannien getroffen, die Grenze gegen Abessynien neu geregelt und für 1897—98 ein Kredit von 19 Millionen Lire ausgesetzt werden. In der Sitzung vom 20. Mai fügte di Rudini noch hinzu, es bestehe kein geheimes Abkommen mit Abessynien, und er kenne sehr wohl die Stimmung des Landes, die von einer tiefen Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den Härten der Besteuerung zeuge; diese Unzufriedenheit könne jedoch nicht durch leichtsinnige Unternehmungen, sondern nur durch ernsthafte Sorgfalt beseitigt werden, die man dem italienischen Volke zuwende. Nachdem der Kriegsminister Pelloux sich in demselben Sinne ausgesprochen hatte, bekämpfte der frühere Minister Sonnino am 21. Mai das Programm der Regierung, weil Italien damit auf jede Kolonialpolitik verzichten würde. Der frühere Minister Colombo wollte das Regierungsprogramm als Anbahnung einer völligen Aufgebung der Kolonie angesehen wissen. Am 22. Mai endlich beantragte Cavalotti die Erklärung, daß das Aufgeben der Kolonie gewünscht werde. Dies sowie ein Antrag auf Aufschub der ganzen Entscheidung wurde abgelehnt, dagegen wurde von der Kammer beschlossen, sie nehme von den Erklärungen der Regierung Notiz und billige sie. Am 12. Juli gab darauf der Minister des Äußern, Visconti Venosta, in der Kammer die Erklärung ab, der Besetzung Kassalas solle nunmehr baldmöglichst ein Ende gemacht werden. Daran knüpfte er einige Bemerkungen über die auswärtige Politik im allgemeinen. Den Bündnissen werde Italien treu bleiben, aber auch mit Frankreich werde es ein den Anschauungen des Landes entsprechendes Verhalten beobachten, das nichts anderes wünsche, als mit der benachbarten Nation in Harmonie zu leben. Deshalb solle mit der französischen Regierung die Gesamtheit der Handelsinteressen beider Länder näher geprüft werden.

Wie in der Kolonialfrage, so erntete das Ministerium am 21. Juni auch bei der Beratung des Etats des Innern eine Vertrauenserklärung der Kammer, nachdem di Rudini ihr auseinandergesetzt hatte, daß das Ministerium sich genötigt sehe, sich auf

eine aus verschiedenartigen Parteigruppen bestehende Mehrheit zu stützen, wie dies ja in allen Parlamenten vorzukommen pflege. Schließlich sind noch zwei im Parlamente vorgekommene Kundgebungen zu erwähnen: am 22. Juni hoben Blaserna im Senate und Sonnino in der Deputiertenkammer hervor, daß das britische Volk den 60. Jahrestag des Regierungsantritts der Königin Viktoria feiere, und baten, die Präsidenten beider Häuser zu ersuchen, dem britischen Parlamente den Anteil des italienischen Volkes an dieser Feier auszudrücken. Die Präsidenten erklärten sich hierzu bereit. Am 24. Juni gedachte Imbriani in der Deputiertenkammer des Jahrestags der Schlacht von Solferino mit dem Wunsche, die beiden lateinischen Trikoloren möchten sich immer für die Unabhängigkeit und Freiheit der Völker vereinigt finden. Diese Worte fanden allgemeine Zustimmung. Am 15. Juli wurde die Deputiertenkammer bis zum November vertagt.

Am 22. April wurde in Rom ein Mordanfall auf den König verübt. Als er nachmittags in Begleitung eines Adjutanten nach dem Rennplatz von Campannella fuhr, näherte sich außerhalb des Thores von San Giovanni, etwa zwei Kilometer von der Stadt, ein Mann schnell dem königlichen Wagen und führte einen Dolchstoß gegen den König, der jedoch auswich, indem er sich erhob. Der Thäter, Pietro Acciarito, ein Schmiedearbeiter und seit zwei Tagen beschäftigungslos, hatte anscheinend keine Mitschuldige. Der König setzte die Fahrt fort und wurde auf dem Rennplatze mit stürmischen Kundgebungen der Volksmenge begrüßt; als auch die Diplomaten und andere hochgestellte Personen ihn auf der Tribüne beglückwünschten, erwiderte er lächelnd, dies seien die kleinen Freuden des Métiers. Abends strömte eine ungeheuere Menschenmenge auf dem Platze vor dem Quirinal zusammen und brachte dem Könige stürmische Huldigungen dar; auf Verlangen wurde von der Schloßgarde die Königshymne inmitten unbeschreiblicher Begeisterung mehrmals gespielt. Auch auf dem Colonnaplatze fand eine großartige Kundgebung statt. Die Kundgebungen im übrigen Italien waren nicht geringer. Es war dies der zweite Mordanfall auf den König, der schon im November 1878 bei seinem Einzuge in Neapel angefallen und leicht verletzt worden war. Die Gemahlin des Kronprinzen, Helene, vollzog am 29. April im Arsenal zu Venedig die Taufe eines vom

Stapel laufenden Schlachtschiffs erster Klasse auf den Namen „Saint Bon". Am 15. Juni war das Königspaar und das Kronprinzenpaar anwesend bei der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für König Viktor Emanuel in Rom. Ein anderes Denkmal wurde am 20. Juli zur Erinnerung an die Schlacht von Milazzo im Jahre 1860 enthüllt, wobei Crispi in längerer Festrede sich gegen den Vorwurf verteidigte, Italien ins Unglück gestürzt zu haben durch sein Bestreben, es groß zu machen. Eine Schlacht, sagte er, die durch Unvorsichtigkeit eines Führers, nicht durch die Schuld der Nation verloren worden, dürfe Italien auf seinem Wege nicht aufhalten; andere Völker hätten weit schwerere Prüfungen über sich ergehen lassen müssen und es doch verstanden, sich wieder aufzurichten. Am 2. September unternahmen der König und die Königin die Reise zum Besuche des deutschen Kaiserpaars nach Homburg v. d. H., von der schon oben unter „Deutschland" die Rede war, und welche von den angesehensten Blättern Italiens mit großer Genugthuung sowie als Zeichen ebenso fortdauernder Freundschaft beider Herrscherhäuser als des Bündnisses beider Regierungen aufgenommen wurde.

Das Ministerium di Rudini erlitt am 19. September insofern eine Änderung, als an Stelle des verstorbenen Justizministers Costa der bisherige Unterrichtsminister Gianturco, und an dessen Stelle der bisherige Minister ohne Portefeuille, Graf Codronchi, ernannt wurden. Am 11. Oktober war das Ministerium das Ziel einer von der Kaufmannschaft Roms in Szene gesetzten großartigen Kundgebung in Fragen der 145 Millionen Lire betragenden Höher-Einschätzung zur Einkommensteuer. Eine Meinungsverschiedenheit im Ministerium trat dadurch hervor, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten nach Rudinis im September an die Präfekten gerichteten Erlassen wider das staatsgefährliche Treiben der klerikalen Partei demonstrativ dem Erzbischof Ferrari von Mailand einen Besuch abstattete. Bei einem am 11. November den Ministern di Rudini und Brin in Turin gegebenen Ehrenmahle hoben beide die Notwendigkeit einer Vereinigung der liberalen Elemente hervor.

In der Deputiertenkammer gab der Schatzminister Luzzatti am 1. Dezember eine Darstellung der Finanzlage. Das Jahr 1896—97 habe mit einem Überschusse von 34 Millionen Lire ab-

geschlossen, das laufende Finanzjahr verspreche sogar einen Überschuß von 40½ Millionen, und zwar trotz Erhöhung der Heeresausgaben um 14 Millionen und der Verwendung von 4 Millionen für Schiffbauten; der Überschuß solle zur Einziehung der Staatsschuldscheine verwendet werden. Für 1898/99 sagte der Minister einen Überschuß von 44 Millionen Lire voraus. Die Lage des Etats im allgemeinen erlaube nicht nur, ohne Anleihe auszukommen, sondern auch die schwebende Schuld zu verringern. Die Ausgaben für die Kolonie Erythräa sollten von 9 auf 5 Millionen Lire herabgesetzt werden.

Nachdem die Deputiertenkammer am 3. Dezember bei Beratung eines Gesetzentwurfs über die Beförderungen im Heere einen vom Kriegsminister Pelloux nicht gebilligten Abänderungsantrag angenommen hatte, bat er um Entlassung. Diesen Umstand benutzte das ganze Ministerium di Rudini, sich durch Anschluß an dieses Gesuch eine bessere Stellung zu bereiten, denn es lagen Anzeichen dafür vor, daß es sich in der Deputiertenkammer nicht mehr wie bisher völlig auf die Unterstützung verschiedenartiger Fraktionen werde stützen können. Die Umbildung erfolgte am 14. Dezember in der Art, daß der angesehene Führer einer der Gruppen der Linken, Giuseppe Zanardelli, das Justizministerium übernahm, das er schon 1881/83 und 1887/91 bekleidet hatte. Zu seiner Gruppe gehörte der neue Unterrichtsminister Niccolo Gallo, früher Dozent der Ästhetik an der Universität zu Rom. Das Fach der öffentlichen Arbeiten übernahm Giuseppe Pavoncelli aus Apulien, Bankier und einer der größten Weinbauer Italiens. Der bisherige Advokat Francesco Cocco Ortu aus Sardinien wurde Minister für Ackerbau. Der neue Kriegsminister Graf Alessandro Asinari di San Marzano war 1887 Oberbefehlshaber gegen Abessynien. Di Rudini stellte am 20. Dezember dieses umgebildete Ministerium der Deputiertenkammer vor, ohne ein neues Regierungsprogramm zu entwickeln, woraus die Redner entnehmen zu dürfen glaubten, daß es dem nunmehr aus Mitgliedern der Rechten und der Linken zusammengesetzten Ministerium unmöglich sei, mit einem festabgeschlossenen Programme hervorzutreten. Alle Führer der Linken, Giolitti, Sonnino, Fortis und Baccelli, nahmen entschieden Stellung gegen die neue Regierung, und da auch eine Anzahl von Mitgliedern der Rechten sowie die äußerste Linke gegen dieselbe stimmte, so verfügte sie nur über eine Mehrheit

von 16 Stimmen, einschließlich der Stimmen der Minister und Unterstaatssekretäre, während die Mehrheit für das Kabinett di Rudini anfangs 120 betragen hatte. Der Ministerpräsident schien sich also bei seiner Umbildung des Kabinetts verrechnet zu haben.

Die erythräische Kolonie, mit deren zukünftigem Schicksale das Parlament sich so eingehend beschäftigt hatte, wurde am 16. Januar durch den Einbruch eines Heeres der Derwische beunruhigt, welche an Kassala vorbei bis in die Nähe von Agordat zogen. Es wurden rasch starke Verteidigungs-Vorkehrungen getroffen, worauf die Derwische ebenso unvermutet, als sie gekommen waren, schon am 26. Januar wieder abzogen. Um dieselbe Zeit nahm der bisherige Oberbefehlshaber und Zivilgouverneur, General Baldissera, längeren Urlaub um schließlich nicht mehr nach Afrika zurückzukehren. An seine Stelle als Zivilgouverneur wurde der Senator Bontadini ernannt. Die letzten Italiener kehrten anfangs Juni aus der abessynischen Gefangenschaft zurück. Der ungünstigen Schilderung, welche Prinz Heinrich von Orleans von ihrem Aufenthalte in Abessynien im Pariser „Figaro" entworfen hatte, trat Pater Oudin, der eine Karawane zur Unterstützung der Gefangenen nach Schoa geleitet und sich hier längere Zeit aufgehalten hatte, sehr kräftig entgegen. Von dem hieraus entstandenen Zweikampfe dieses Prinzen mit dem Grafen von Turin ist schon oben unter „Frankreich" die Rede gewesen. Das Bestreben der Regierung, die allmähliche Aufgebung der Kolonie, unter möglichster Schonung des italienischen Nationalitätsgefühls, vor sich gehen zu lassen, wurde empfindlich durchkreuzt durch das unerwartete Verlangen Kaiser Meneliks, die neue Grenze im Osten 35 km nördlich vom Marebflusse festzusetzen, womit zwei der fruchtbarsten Landschaften sowie die an die italienischen Siege vom Dezember 1894 erinnernden Punkte Coatit und Senafe und der wichtige Straßenpunkt Adi-Caie den Italienern verloren gehen mußten. Menelik sagte, von selbst würde er dies nicht verlangt haben, aber der Wunsch der betreffenden Bevölkerung nötige ihn dazu. Kassala wurde im Dezember an Egypten abgetreten.

Am 6. Februar starb General Cadorna in Turin, am 5. März Graf Ludwig von Aquila, Bruder des 1859 verstorbenen Königs Ferdinand II. beider Sizilien, im 74. Lebensjahre. Der frühere Minister Grimaldi starb in Rom am 16. März, am 15. Mai in

Petersburg der dortige italienische Botschafter Marchese Maffei di Boglio, am 12. August General Morozzo della Rocca in Luserna, am 15. August der Justizminister Costa in Ovada, der sterbend dem Könige seinen letzten Gruß sandte. Im Oktober starb in hohem Alter der gelehrte Benediktinermönch und langjährige Abt des Klosters Montecassino, Pater Luigi Tosti, der vor zehn Jahren den vergeblichen Versuch unternahm, eine Aussöhnung zwischen Italien und dem Papsttum herbeizuführen. Am 18. Dezember verschied in Florenz einer der größten Politiker Italiens, der Senator Carlo Alfieri, Verfasser zahlreicher politischer Schriften.

Papst Leo nahm am 7. März in Gegenwart vieler Kardinäle und des diplomatischen Korps die feierliche Eröffnung der glänzend wiederhergestellten Sala Borgia im Vatikan vor. Als er am 27. Mai in der Peterskirche die Heiligsprechung des Antonio Maria Zaccaria, der im 16. Jahrhundert den Barnabiten-Orden gründete, und des Peter Fourier vornahm, der im 17. Jahrhundert lebte und den Beinamen „Apostel von Lothringen" führte, wurde zum ersten Male wieder seit dem Aufhören der weltlichen Herrschaft des Papstes der volle Glanz und die kirchliche Pracht entfaltet, zu welcher tausende von Pilgern herbeigeströmt waren. Am 30. Juni richtete der Papst an einen spanischen Bischof ein Schreiben voll Anerkennung für das nun auch in Spanien begründete verdienstliche Werk zahlreicher Männer, an der Hand der päpstlichen Vorschriften und Ermahnungen „die Pest und Gottlosigkeit, welche die Freimaurersekte im Volke auszustreuen sich bemüht, mit vereinten Kräften abzuwehren." Es war dies jedoch nicht das erste Mal in diesem Jahre, daß die Abneigung des Papstes gegen die Freimaurer besonders hervortrat, sondern vorausgegangen war die wohl in allen Erdteilen das größte Aufsehen erregende Entdeckung eines seltsamen, kulturgeschichtlich sehr merkwürdigen Falles, welcher sich an den seit Jahren kundgegebenen Eifer des Papstes gegen die Freimaurer geknüpft hatte, und unter dem Namen „Taxil-Schwindel" bekannt wurde. Der Fall verhielt sich folgendermaßen:

Ein Franzose Namens Gabriel Jogard-Pagès, ein Schabernackspieler von Natur, der schon als junger Mensch in Marseille einen Haifischeinfall in den dortigen Hafen vorausgesagt und viele Gläubige dafür gefunden hatte, auch später auf dem Boden des Genfer Sees

eine Stadt entdeckt haben wollte, erwarb sich später in Paris durch schlüpfrige und religionsfeindliche Romane eine solche Anrüchigkeit, daß ihn die Kirche wegen seiner unglimpflichen Behandlung der Person Christi in den Bann that. Hierauf spielte er den reuigen Sünder, verdammte seine Romane, that bei den Jesuiten drei Monate lang Buße und bestrebte sich, durch seine Feder die Umtriebe und Schrecknisse der Freimaurer, der „Palladisten", die er aus eigener Erfahrung zu kennen behauptete, an den Pranger zu stellen. Er nannte sich Leo Taxil, wurde vom Papste empfangen, stand mit vielen Prälaten und Geistlichen, die fest an ihn glaubten, in Verbindung und spielte sodann als Triumph seiner Verdienste die Bekehrung einer angeblichen amerikanischen Millionärin, der Diana Vaughan aus, die er den Klauen der Freimaurer entrissen haben wollte. Für diese Dame interessierte sich daher die Geistlichkeit, zumal sie an Bischöfe und katholische Blätter schrieb, die merkwürdigsten Enthüllungen über die Freimaurer veröffentlichte und sogar von einer Verschwörung sprach, bei der nächsten Papstwahl mit Hülfe freimaurerischer Geistlichen den päpstlichen Stuhl mit einem Freimaurer zu besetzen. So ward Diana allmählich eine Berühmtheit, in der Sacré Coeur-Kirche von Montmartre stiegen Gebete für sie auf, Kardinal Parocchi schrieb einen anerkennenden Brief an sie, und der Hausprälat des Papstes ermunterte sie schriftlich, alles jedoch, ohne daß irgend jemand sie gesehen oder von ihrer Existenz sich versichert hätte. Unter ihrem Namen schrieb der sog. Taxil mit Hülfe seines Schulfreundes, des Marinearzts Hacks, das 800 Seiten umfassende Buch „Der Teufel im 19. Jahrhundert", ferner Bücher über „Die Denkwürdigkeiten der Expalladistin" und „Die neuntägige Abendmahlsandacht". Wohl aus Haß gegen die Freimaurer glaubte die Geistlichkeit alles hier Gesagte, einschließlich der Mitteilungen vom Teufel Bitru, von dem ihm aus seinem Schwanz gerissenen Haar und von dem Klavier spielenden Krokodil. Taxil sandte sogar eine Gassenhauerweise als Eingebung von Miß Vaughan nach Rom, wo man diese „Arie von der philharmonischen Klystierspritze" unter die Choralmelodien aufnahm, bei Gottesdiensten sang und spielte. Als eine neue Begünstigung der Sache mußte es erscheinen, daß 1895 römische Vereine in der Jesuitenkirche „Al Jesu" eine dreitägige Dankesandacht über die zur Förderung der katholischen

Interessen dienenden palladistischen Enthüllungen der Miß Vaughan abhielten. Der Kardinal-Vikar richtete am 16. Dezember 1895 ein Schreiben an dieselbe, worin er sagte: „Seine Heiligkeit hat mich beauftragt, Ihnen zu danken und Ihnen ihrerseits einen ganz besonderen Segen zu spenden." Daran knüpfte der Kardinal die Hoffnung auf einen Besuch der Miß in Rom, sobald die Verhältnisse ihr den Austritt aus der Zurückgezogenheit erlaubten. Sie zu empfangen, werde ihm „das größte Glück" sein; ihre Bekehrung sei einer der herrlichsten Triumphe der Gnade, die er kenne. Nun kam aber der Bischof von Charlestown, in dessen Stadt, nach den Mitteilungen der Miß, der Teufelstempel sich befinden sollte, eigens nach Rom, um dem Papste zu sagen, daß diese Angabe falsch sei. Auch der Vikar von Gibraltar schrieb dem Papste, die palladistische Angabe, daß die Freimaurer in Höhlen der Felsen von Gibraltar mit wirklichem Höllenfeuer ihre Teufelswaffen schmiedeten, sei Dichtung. Der Papst aber befahl ersterem zu schweigen und ließ am 27. Mai 1896 durch den General-Sekretär Verzichi der Miß schreiben, daß er „mit großer Freude" ihre „Eucharistische Novene" gelesen habe; ferner suchte der päpstliche Hausbeamte Villard durch Brief vom 16. Oktober 1896 die Miß „in ihrem erhabenen Werke" zu ermutigen, „das wirkliche Ziel des Freimaurerordens zu enthüllen: den Kultus des Teufels." Beim Antifreimaurer-Kongreß zu Trient im September v. J. tauchten jedoch erhebliche Zweifel auf, infolge deren es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Miß kam; und zwar erwiesen sich die Gründe der Gegner so stark, daß der Kongreß nicht wagte, sich offen für die Enthüllungen auszusprechen, sondern eine Kommission „zur Prüfung" der Sache einsetzte. Bald darauf wurden von Taxil selbst und von Hacks, der unter dem Namen „Bataille" schrieb, die Zweifel sehr stark vermehrt, lediglich um den an das Unglaublichste einmal festgenagelten Klerus nur um so tiefer hineinzulegen. Am 22. Januar d. J. fällte sodann jene Kommission ihren Spruch dahin, daß sie keinen entscheidenden Beweis für oder gegen die Existenz und Bekehrung sowie die Echtheit der Schriften der Diana Vaughan gefunden habe. Da trat endlich Leo Taxil am 19. April d. J. im Saale der Geographischen Gesellschaft zu Paris mit dem feierlichen Geständnis auf, daß er seit 12 Jahren die

katholische Geistlichkeit und den Papst mit seiner Bekehrung getäuscht habe und daß die ganze Vaughan-Geschichte nur eine Komödie gewesen sei, um Geld zu verdienen; der Teufelskultus der Freimaurer sei nur ein von ihm ersonnener Ulk, Diana nur eine Schreibmaschinen-Kopistin, der er seine Briefe an katholische Geistliche in der ganzen Welt diktiert habe, die Geistlichkeit habe aus Beschränktheit und Unehrlichkeit bei dem Schwindel mitgeholfen. Die Versammlung, vor welcher dieses mit den Briefen des Papstes und hoher Geistlichen belegte Geständnis abgelegt wurde, bestand aus den von Taxil eingeladenen eifrigsten Anhängern der „Miß", die nun ihre höchste Wut kundgaben, vorsorglich aber beim Eintritt alle Stöcke und Schirme hatten abgeben müssen. Ein Teil der deutschen katholischen Presse hat unbewußt den Schwindel unterstützt, so die „Germania", die am 28. Dezember 1886 schrieb, Taxils Enthüllungen hätten auch für Deutschland „ihren großen Wert", ferner die „Schlesische Volks-Ztg.", die am 25. November 1886 gesagt hatte, „der beste Beweis für die Zuverlässigkeit der Angaben Taxils" bestehe in dem Versuch der französischen Logenblätter, dieselben zu bestreiten, und die „Kölnische Volks-Ztg.", die am 11. Mai 1888 gesagt hatte, wenn irgend jemand die französische Freimaurerei kenne, so sei es Taxil. Die „Germania" war bis zur großen Enthüllung in diesem Fahrwasser geblieben, sie hatte sogar kurz zuvor, nichts Schlimmes ahnend, verwundert gesagt, sie habe noch immer keine Einladung Taxils erhalten, aber schon folgenden Tags freudig mitgeteilt, die „eigenhändig" von Diana unterzeichnete Einladung sei nun eingetroffen. Die „Kölnische Volks-Ztg." indes war das erste dieser Blätter, welches Unrat gewittert hatte, und das nach der Enthüllung wünschte, sie „möge in katholischen Kreisen wirken wie ein reinigendes Gewitter", ja auch die „Germania", welche anfangs hervorgehoben hatte, die Enthüllung schließe nicht aus, daß in Taxils Schriften „vieles Richtige" enthalten sei, rühmte am 9. und 11. Mai d. J., daß das Verdienst der Enthüllung bereits dem Pater Hermann Gruber (Hildebrand Gerber) wegen seines zweibändigen Werks „Taxils Palladinismus-Roman" gebühre. Dieses Verdienst galt vielleicht um so größer, als Gruber 1886 eins der Hauptwerke Taxils nicht nur ins Deutsche übersetzt und durch die Paderborner Bonifazius-Druckerei

in 100000 Exemplaren hatte verbreiten lassen, sondern dieses von ihm mit vielen Zusätzen versehene Werk in Bd. 34 der „Stimmen aus Maria Laach" angepriesen, auch in seinem Buche „Aberglaube und Unglaube bei den Anhängern des lutherischen bezw. reformierten Bekenntnisses" das Resultat seiner „Erkundigungen bei gewesenen Freimaurern" mitgeteilt hatte und ein ganzes Arsenal der drolligsten Freimaurer-Spielsachen entdeckt haben wollte. Grubers Nimbus der Enthüllung des Taxil-Schwindels wollte jedoch der Abbé de la Tour de Noé in Toulouse nicht anerkennen, der am 8. Mai d. J. eine Schrift veröffentlichte, in welcher er Gruber als Freimaurer hinstellte und Beweise dafür anführte, daß die Miß Vaughan dennoch existiere. In weiteren Kreisen hat jedenfalls erst Taxil selbst die Sache bekannt gemacht, welche nunmehr im Mai d. J. den katholischen Professor der Apologetik Hermann Schell in Würzburg veranlaßte, in der Schrift „Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts" darzulegen, daß „die ungeheure Verehrung und Verbreitung der Enthüllungen über den Satanismus und Palladismus der Loge, über die Absichten der Hölle, über die Freimaurerstellung des Teufels Bitru sowie über die Großmutter und Mutter des Antichristen" in neuerer Zeit bewiesen, wie gewaltig der romanische Geist die religiöse Vorstellungswelt der Katholiken und des katholischen Klerus zu beeinflussen vermag"; man sei seit einigen Jahrzehnten gelehrt worden, den derbsten romanischen Aberglauben für kirchlich-katholisch zu halten, hingegen allem, was von seiten der deutschen Theologie zur rationalen und ethischen Vertiefung der Glaubenslehren aufgeboten worden, mit Mißtrauen entgegenzutreten; die Folge sei Inferiorität im selbständigen Vernunftgebrauch; das Heilmittel hiergegen liege im Geiste des Katholizismus, in der Entfaltung aller katholischen Kräfte zu freiem, selbständigem Wetteifer auf wissenschaftlichem wie sozialpolitischem Gebiete. Bittere Klage führte Schell darüber, daß es dem deutschen Katholizismus an nationalem Selbstbewußtsein gegenüber der religiösen Ausländerei fehle. Es entstand nun in der katholischen Kirche eine lebhafte Bewegung für und gegen Professor Schell, jedoch wurde seitens der Kirche nicht wider ihn vorgegangen. Auf viele Angriffe hin wendete er sich in einem Nachtrage zu seiner Schrift mit Entrüstung gegen den Versuch, damit zu prunken, daß ein Jesuit zuerst den Vaughan-Schwindel enthüllt habe,

und führte eine Reihe von Beweisen dafür an, daß einzelne Jesuiten, die „Civiltà cattolica", die Schule, der Geist des Jesuitismus und die wohldressierte jesuitische Jüngerschaft im Weltklerus die Ermöglichung und Verbreitung des ganzen Taxilschen Lügensystems verschuldet hätten. Von seiten des Papstes erfolgte in dieser Angelegenheit nichts, als eben obiges Schreiben gegen die Freimaurerei in Spanien. Im November erschien in Berlin eine Schrift von Dr. Ricks über „Leo XIII. und der katholische Satanskult."

Am 15. Juli wurde ein an den Kardinal Oreglia di Santo Stefano gerichtetes Schreiben des Papstes veröffentlicht, worin er allen zu obiger Heiligsprechung (S. 335) nach Rom gekommenen Bischöfen für eine Adresse dankte, in welcher sie ihre unbedingte Anhänglichkeit an den päpstlichen Stuhl zum Ausdruck brachten. Zugleich ermahnte der Papst die Bischöfe, diese Gesinnung der ganzen katholischen Welt einzuprägen und dahin zu wirken, daß die Kirchen der orientalischen Dissidenten sich mit der römischen Kirche vereinigten, denn es erscheine täglich notwendiger, daß der apostolische Stuhl die ihm von der Vorsehung bestimmte Stellung wieder erlange. Am 1. August erließ der Papst ein Rundschreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands, Österreichs und der Schweiz über die 300jährige Gedächtnisfeier des unter dem Namen Petrus Canisius bekannten, 1521 zu Nymwegen geborenen Peter Kanes, welcher als Deutschlands zweiter Apostel (nach Bonifazius) die katholische Religion erfolgreich gefördert habe, indem er bemüht gewesen sei, durch geeignete Predigten, gelehrte Erörterungen, Einführung von Schulen und Herausgabe guter Bücher die durch Neuerungssucht und Ungebundenheit in der Lehre entstandene Schädigung des Glaubens und Verwilderung der Sitten von der Jugend fern zu halten. Welche gewaltige Aufgabe dieser Mann auf sich genommen, sehe derjenige leicht ein, „welcher den Zustand Deutschlands zur Zeit, in der Luther zuerst die Fahne des Aufruhrs erhob," ins Auge fasse; Entartungen der Sitten hätten den Irrtum und dieser wieder die Sittenverderbnis bis zum äußersten gefördert, infolgedessen nach und nach mancher vom katholischen Glauben abgefallen sei und „das unheilvolle Gift" sich allmählich fast durch alle deutschen Länder verbreitet, schließlich sich Menschen jeden Standes und jeder Lebensstellung mitgeteilt habe; da, als die Religion im deutschen

Reiche dem Untergange nahe gewesen, habe ihm Gott schleunige und die weitaus entschiedenste Hilfe gesandt „durch die damals gerade zur rechten Stunde entstandene Gesellschaft des h. Vaters Ignatius von Loyola", welcher, als erster unter den Deutschen, Canisius sich angeschlossen, der sodann auf den Hochschulen von Köln, Ingolstadt und Wien „den mächtigen Bau der scholastischen Theologie" vor dem Geistesauge der Deutschen habe erscheinen lassen. Welche Kundgebungen dieses Rundschreiben in Deutschland zur Folge hatte, ist schon oben (S. 174) erwähnt worden.

In seiner Antwort auf die Glückwünsche der Kardinäle zum Weihnachtsfeste führte der Papst aus, der soziale Friede sei in der Beobachtung des Gesetzes und in dem Vorbilde des Erlösers begründet; daß man dies vergessen habe, sei die Ursache der Beunruhigung und der Leiden der jetzigen Generation; hiernach beklagte der Papst die Ursache der Verwirrungen in dem Streite zwischen ihm und dem italienischen Staate und fragte, wann es für einen Staat unwürdig gewesen sei, den Weg gerechter Genugthuung zu betreten.

Am 3. Januar starb in Neapel der Kardinal Sanfelice di Acquavella, mit dem der deutsche Kaiser 1896 auf seiner Reise nach Süditalien eine längere Unterredung hatte; am 16. Mai starb in Montecassino der Kardinal Siciliano di Rende, Erzbischof von Benevent.

Spanien und Portugal.

Die öffentlichen Angelegenheiten im Königreiche **Spanien** wurden auch in diesem Jahre vollkommen beherrscht von der Fortdauer der Aufstände auf Kuba und den Philippinen-Inseln. Dem im Januar vorigen Jahres als Oberbefehlshaber nach Kuba gesandten General Weyler wollte es dort ebenso wenig glücken wie seinem Vorgänger, dem Marschall Martinez Campos. Freilich gewann er den Aufständischen gegenüber mehr Vorteile als dieser: am 5. Januar schlug er sie in den Provinzen Santa Clara und Pinar del Rio, am 28. Februar erstürmten die spanischen Truppen unter General Hernandez das verschanzte Lager der Aufständischen bei Cabezadas

de Rio Hondo und nahmen hier deren hauptsächlichsten Anführer, Ruiz Rivera, gefangen, endlich am 14. April besiegten sie die Aufständischen am Flusse Trocha; allein die größere Strenge des Generals Weyler schien dem ganzen Beruhigungswerke nicht förderlich zu sein, insbesondere schien sie die Erwartungen zu zerstören, welche an das am 4. Februar von der Königin-Regentin erlassene Dekret wegen Einführung von Reformen auf Kuba geknüpft worden waren. Durch diesen Erlaß war der Insel eine selbständige Verwaltung unter der fortdauernden Oberhoheit Spaniens verliehen. Die Gemeinden und Provinzen sollten selbst ihre Präsidenten und Bürgermeister wählen, die Provinzialvertretungen sollten in gewissen Fällen die Entscheidungen der Gemeinden aufheben dürfen, die Machtbefugnisse des Generalgouverneurs und der Civilgouverneure sollten sich nur auf Überwachung der Einhaltung der Gesetze und auf die Fürsorge erstrecken, daß die Budgets der Provinzen nicht überschritten werden. Ein für die ganze Insel einzusetzender Verwaltungsrat sollte den ordnungsmäßigen Gang aller Zweige des öffentlichen Dienstes überwachen, 21 seiner 35 Mitglieder sollten, wie die Gemeinderäte und Provinzialvertretungen, aus Wahlen hervorgehen, 5 sollten aus den Reihen der früheren Senatoren und Abgeordneten Kubas genommen werden; der Generalgouverneur sollte der Ehrenpräsident des Verwaltungsrats sein, während der wirkliche Präsident von dieser Körperschaft zu wählen sei. Diese hat das Budget, die Steuern, Abgaben und Zölle festzusetzen, der Generalgouverneur hat die öffentlichen Beamten aus den Eingeborenen der Insel und den wenigstens zwei Jahre hier seßhaften Eingewanderten zu ernennen; die Entscheidung über die gesetzliche Giltigkeit dieser Ernennungen sollte jedoch in den Händen des Verwaltungsrats liegen; auch in den Justizdienst sollten nur Personen, wie die eben bezeichneten, aufgenommen werden. Die gleichen Reformen sollten für Puerto Rico zur Anwendung gelangen.

Die Einführung dieser weitgehenden Zugeständnisse war natürlich erst für die Zeit nach vollständiger Beruhigung des Landes in Aussicht genommen; sie schienen jedoch vorläufig kaum Eindruck zu machen, höchstens den eines Zeichens von Schwäche der spanischen Regierung, der man um so mehr mißtraute, als das strenge Regiment des Generals Weyler nicht dazu zu passen schien. Infolgedessen

brach der Unwille der spanischen Liberalen mit der Kubapolitik der Regierung im Mai ziemlich heftig aus, der liberale Parteiführer Sagasta erging sich in einer vor seinen Anhängern gehaltenen Rede in einer starken Verurteilung der vom Ministerium Canovas angeblich begangenen Fehler, und in den am 20. Mai ohne Thronrede eröffneten Cortes begann man alsbald, sich mit den Angelegenheiten Kubas, anstatt mit den die Reform des Militärstrafgesetzbuchs und die Vermehrung der höheren Marine-Offizierstellen betreffenden Vorlagen, zu beschäftigen. Als im Senate Comas eine Anfrage wegen des Verhältnisses Nordamerikas zu den Aufständischen auf Kuba stellte, entstand eine äußerst lebhafte Verhandlung, und als das Gespräch hierüber unter den nach der Sitzung den Saal verlassenden Senatoren sich mit gleicher Heftigkeit fortsetzte, versetzte der Minister des Äußeren, O'Donnell, Herzog von Tetuan, dem greisen Senator, Professor Comas eine Ohrfeige. Darüber entstand großer Lärm und wüstes Durcheinander, der Herzog wurde alsbald von anderen Seiten geschlagen, und als es endlich gelungen war, die Kampfhähne nach verschiedenen Zimmern abzuführen, sprach der Minister ein Bedauern über sein Verfahren aus; Comas ließ ihn zwar zum Zweikampfe fordern, aber es wurde entschieden, die Sache sei durch die sofortige Wiedergabe ähnlicher Beleidigungen bereits ausgetragen. Für ihren geschlagenen Professor veranstalteten die Studenten eine lebhafte Kundgebung, bis dieser vom Balkon aus tiefgerührt seinen „lieben Kindern" dankte, sie jedoch unter thätiger Beihilfe eines eingetretenen Platzregens bat, ruhig nach Hause zu gehen. Übrigens war es seit dem Bestehen von Parlamenten der erste Fall, daß ein Minister seine Ansicht einem Abgeordneten durch Ohrfeigen einleuchtend zu machen versuchte; es stand jedoch nicht zu befürchten, daß diese Neuerung ihren Rundgang durch die Parlamente anderer Staaten machen werde. Auf die im Senate gestellte Frage wegen Nordamerikas Verhalten erwiderte der Ministerpräsident Canovas del Castillo am 21. Mai, der Präsident der Union werde wohl schon der Ansicht sein, daß die Erklärung der kubanischen Aufständischen als Kriegführende nicht dem dortigen Senate, sondern der ausübenden Gewalt zustehe. Am 22. Mai gab der Finanzminister in der Deputiertenkammer eine Übersicht über die Finanzlage, wonach sich ein Überschuß von 10 Millionen Pesetas ergebe.

Das sich steigernde Mißverhältnis zwischen ansehnlichen Gruppen beider Kammern und dem konservativen Ministerium führte am 2. Juni zu einer Ministerkrisis. Canovas del Castillo reichte angesichts der in den Cortes entstandenen schwierigen Verhältnisse das Entlassungsgesuch des Ministeriums ein. Die Regentin zog Sagasta und den Marschall Martinez Campos zu Rate. Ersterer betonte mit großem Nachdrucke die Notwendigkeit einer völligen Änderung der politischen Richtung und einer raschen Einführung der für Kuba verheißenen Reformen, unter Abberufung des Generals Weyler; die Regentin befolgte jedoch den Rat des Marschalls Campos und behielt das konservative Ministerium, einschließlich des Herzogs von Tetuan bei, welcher den Streit mit den Liberalen so brennend gemacht hatte. Nicht lange nachher fand jedoch der Wunsch der Liberalen infolge eines plötzlichen Vorganges Erfüllung: am 8. August wurde der Ministerpräsident Canovas del Castillo im kleinen Seebadeorte Santa Agueda in der Nähe der unweit der französischen Grenze liegenden Seestadt San Sebastian vom Anarchisten Michele Angiolitto aus Foggia in Italien ermordet. Fern von Madrid und seiner Schwüle pflegt die vornehme Welt die Sommermonate in diesen Badeorten zuzubringen; so war auch Canovas dort, der im Freien auf einer Bank sitzend die Zeitung las, als der Mörder, ohne daß jemand es zu hindern vermochte, auf drei Meter Entfernung rasch nach einander drei Schüsse auf den Ahnungslosen feuerte, die sogleich den Tod herbeiführten. Nach Aussage des Mörders war die That das Ergebnis einer Verschwörung zur Rache für die am 4. Mai auf dem Montjuich, der Festung Barcelonas, erfolgte Hinrichtung von vier wegen Bombenwerfen und Ermordung eines Polizeipräfekten zum Tode verurteilten Anarchisten. Der Fall hatte also Ähnlichkeit mit der 1894 erfolgten Ermordung des Präsidenten Carnot durch Caserio. Die That wurde in den weitesten Kreisen Spaniens sehr beklagt, denn Canovas, welcher so oftmals während langer Perioden an der Spitze der Regierung gestanden hatte, war in letzter Zeit unstreitig der hervorragendste Staatsmann des Landes gewesen. Die Regentin ehrte sein Andenken durch Verleihung des Herzogstitels an die Witwe. Der Mörder, welcher vor Gericht die Anarchie zu verteidigen versuchte, wurde am 20. August mittels Garotte hingerichtet. Zum Ministerpräsidenten wurde der

Kriegsminister, General de Azcárraga ernannt, wodurch angedeutet war, daß es sich nur um ein Provisorium handele.

Als nun die Lage auf Kuba sich nicht besserte, die Aufständischen unter Garcia am 30. August sogar die wichtige Stadt Victoria de las Tunes nach tapferem Widerstande der spanischen Besatzung einnahmen, kam es zu jenem von Sagasta angeratenen Umschwunge, der noch dadurch befördert wurde, daß der linke Flügel der Konservativen unter Führung Silvela's in der Bekämpfung der bisherigen Kubapolitik gemeinsame Sache mit den Liberalen machte. de Azcárraga bat am 30. September um Entlassung, worauf Sagasta am 4. Oktober ein neues Ministerium bildete, in welchem er selbst den Vorsitz übernahm, während Pio Gullon das Äußere, Groizard die Justiz, General Correa das Kriegswesen, Admiral Bermejo die Marine, Capdebon das Innere, Puigcerver die Finanzen, Xiquena Handel und Ackerbau, Moret die Kolonien erhielten. Es war dieses das fünfte Mal, daß der frühere Ingenieur Sagasta an die Spitze gestellt wurde, das erste Mal 1874 nach dem Staatsstreiche des Generals Pavia, das zweite 1881/83, zum dritten Male 1885/90, zum vierten 1892/95, während in die Zwischenräume die verschiedenen Ministerien Canovas gefallen waren.

Die erste Handlung des neuen Ministeriums bestand in der Abberufung des Generals Weyler am 10. Oktober und der Ernennung des Marschalls Don Ramon Blanco y Erenas, Marquis de Peña Plata, zum Oberbefehlshaber auf Kuba. Dieser erließ im Anfange des November eine Ansprache mit dem Hinweis auf die der Insel unter Spaniens Oberhoheit verliehene Selbständigkeit und unter Zusicherung von Gnade für die Aufständischen, welche die Waffen niederlegen würden. Daran schlossen sich am 26. November Dekrete, durch welche die Reformen für Kuba und Puerto Rico eingeführt wurden. Sie betrafen die volle Ausdehnung der spanischen Verfassung auf die großen Antillen und die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts. Zwar kam es im Anfang des Dezember nochmals zu Kämpfen, in welchen die Aufständischen unterlagen; Marschall Blanco aber setzte, unbeirrt um den noch vorhandenen Widerstand, am 22. Dezember ein Ministerium unter Vorsitz des angesehenen Advokaten José Maria Galvez ein. General Weyler kehrte in gereizter Stimmung nach Spanien zurück und überreichte

am 27. Dezember der Regentin einen Protest gegen einige Stellen in der Botschaft des Präsidenten der nordamerikanischen Union; es erscheine ihm, sagte er, unfaßbar, daß die Regierung diese Behauptungen nicht sofort streng zurückgewiesen habe, welche feige und grobe Beleidigungen der heldenmütigen spanischen Soldaten auf Kuba sowie ihres als brutal bezeichneten Generals enthielten; die Ehre Spaniens erfordere eine sofortige öffentliche, weitgehende Genugthuung. Der General wurde in diesem Vorgehen von dem Politiker Romero Robledo unterstützt, welcher hieraus Angriffe gegen das Ministerium entnehmen zu wollen schien.

Der im vorigen Jahre, aus ähnlichen Gründen wie auf Kuba, auf den Philippinen-Inseln ausgebrochene Aufstand machte auch in diesem Jahre den Spaniern viel zu schaffen. Am 19. Februar gelang es, den Aufständischen die Stadt Silang, ihr Hauptbollwerk in der Provinz Cavite, abzunehmen. Infolgedessen gelang es dem General Bachambra endlich, auf den nach Norden führenden Landstraßen vorzudringen und am 24. Februar eine 6000 Mann starke Abteilung Aufständischer unter Aguinaldo in einer Schlacht bei Perezdasmarinas zu besiegen. Anderseits wurde am 25. Februar die Kaserne der Karabiner in Manila von Aufständischen überrumpelt. Der Oberbefehlshaber General Polavieja kam seiner drohenden Abberufung durch ein Entlassungsgesuch zuvor und wurde im März durch den General Primo Rivera ersetzt. Bevor dieser eintraf, gelang es, die Stadt Noveleta auf der Insel Luzon einzunehmen. Unter Rivera kam es noch zu vielen Kämpfen, aber am 28. November boten die Anführer der Tagalen unter bestimmten Bedingungen, welche sogleich angenommen wurden, die Unterwerfung an. Die Aufständischen lieferten Waffen und Schießbedarf aus, gelobten feierlich, sich niemals wieder gegen Spanien erheben zu wollen, und erhielten Verzeihung, die Führer wurden nach der englischen Besitzung Hong-Kong gebracht. Die gesamte von Spanien gegen die Aufständischen auf Kuba und den Philippinen überhaupt aufgewandte Heeresmacht belief sich auf 49 Generale, 773 höhere, 7047 niedere Offiziere und 208 730 Mann, der Verlust 23000 Mann.

Im September erregte es großes Aufsehn, daß der damalige Finanzminister Reverter vom Bischofe von Mallorka, einem früheren Karlisten, mit dem großen Kirchenbanne belegt wurde,

weil er im Juli eine Verfügung der Regentin veranlaßt hatte, wodurch einem Geistlichen zu Gunsten des Staats die ihm aus Gefälligkeit überlassene Verwaltung eines früher einer frommen Stiftung gehörenden, 1855 säkularisierten Waldes wegen Mißwirtschaft entzogen wurde.

In der königlichen Familie ereigneten sich zwei Todesfälle: Am 1. Februar starb die Infantin Luise, geb. 1832 und jüngere Schwester der früheren Königin Isabella II., seit 1846 und gleichzeitig mit letzterer vermählt mit dem 1890 verstorbenen Herzoge von Montpensier, Sohne Ludwig Philipps, Königs der Franzosen. Sie hinterließ nur eine Tochter, Isabella, die 1894 verwitwete Gräfin von Paris. Die älteste Tochter war als erste Gemahlin König Alfonsos XII. früh verstorben. Anfang Juni starb in einem gewöhnlichen Gasthause zu Paris die Infantin Isabella, Schwester Franz's von Assisi, des Gemahls Isabellas II.

Im Königreiche **Portugal** trat im Anfange des Februar ein Systemwechsel in der Regierung ein. Das seit Februar 1893 im Amte befindliche, aus den Häuptern der Regeneratorenpartei bestehende Ministerium Hintze-Ribeiro hatte die bescheidenen Versprechungen, mit welchen es damals vor das Land getreten war, nicht erfüllt. Es hatte die Bevölkerung mit Steuern überbürdet, ohne den Forderungen der Staatsgläubiger gerecht zu werden und ohne für Hebung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Volkes etwas zu thun, ja es hatte Heer, Marine, Kolonien stark vernachlässigt. Unter dem Einflusse des sehr hohen Zolltarifs hatte sich das Leben in Portugal außerordentlich verteuert; freilich hatte sich unter diesem Zollschutze die heimische Industrie entwickelt, jedoch nicht zum Nutzen des Gemeinwohls, sondern nur zum Nutzen der teilweise mit jahrelangen Vorrechten ausgerüsteten Fabrikanten, welche nur ein wenig billiger verkauften, als die ausländischen Fabrikate einschließlich des Zolls zu stehen kamen. Dazu war infolge trockener Witterung die Ernte in Weizen und Mais mißraten, während die Ausfuhr des nach Güte und Menge vorzüglichen vorjährigen Weins beim Fehlen wirksamer Handelsverträge den vorhandenen großen Vorräten nicht entsprach. Die Notwendigkeit gesteigerter Getreideeinfuhr bewirkte eine Verminderung im Goldeingang, und der Ausfall in der allgemeinen Ausfuhr führte eine gesteigerte Goldausfuhr herbei, sodaß die Kurse rasch fielen und es der Regierung sehr erschwert wurde,

ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Endlich war dem Ministerium ein zu großes Entgegenkommen gegen England vorgeworfen. Es war daher gründlich reif zum Rücktritt. Der mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute Luciano de Castro hatte bereits 1886—90 an der Spitze gestanden und war seit zwei Jahren Führer der nunmehr wieder ans Ruder gelangenden Progressistenpartei. Das Finanzministerium wurde dem früheren Ingenieur Ressano Garcia übertragen, der 1886—90 Minister der Marine und der Kolonien gewesen war. Dieses Fach übernahm de Barros Gomes, später Dias Costa, das Kriegswesen General F. M. da Cunha, das Äußere der frühere Botschafter in Berlin, de Carvalhoe Vasconcellos, die Justiz F. da Veiga Beirão, die öffentlichen Arbeiten Augusto da Cunha. Der Rücktritt des bisherigen Ministers des Äußern, de Soveral, war auch für die deutschen Interessen wichtig, weil er den englischen Kolonialansprüchen, im Gegensatze zur öffentlichen Meinung Portugals, zu weit entgegengekommen war. Er wurde nun zum Gesandten in London ernannt.

In der Thronrede vom 10. Juni zur Eröffnung der Cortes wurde zwar ein reichhaltiges Programm für Angelegenheiten der inneren Politik verkündigt; die Kammern zeigten sich jedoch wenig geneigt, auf die Finanzpläne des Ministeriums einzugehen. Dessen Versuche, die Annahme derselben zu erzwingen, riefen große Unzufriedenheit hervor, namentlich erhielt die republikanische Bewegung dadurch neue Nahrung. Die Zustände gestalteten sich derart, daß zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Lissabon Militär aufgeboten werden mußte. Die Cortes wurden am 2. September geschlossen, nachdem sie von 12 Vorschlägen des Finanzministers nur drei genehmigt und einige der anderen garnicht zur Abstimmung hatten gelangen lassen.

Die ostafrikanische Kolonie Mosambique wurde begreiflicherweise durch den Widerstreit zwischen Großbritannien und Transvaal in Mitleidenschaft gezogen. Je gewaltiger sich Laurenço Marquez als Ausfuhrort der Kohlen aus Transvaal entwickelte und als der wichtigste Hafen Südafrikas herausstellte, um so mehr zeigten sich die Engländer geneigt zur Wiederaufnahme ihrer früheren Versuche, hier dauernd Platz zu nehmen. In der englischen Presse wurde dies ganz

ausdrücklich verlangt, und der englische Oberst Malleson suchte in einer Schrift nachzuweisen, daß der Besitz der Delagoabai eine unumgängliche Notwendigkeit für England sei. Anderseits kam aus Transvaal der Wunsch, daß dieses portugiesische Gebiet für neutral erklärt und unter die Garantie der Großmächte gestellt werden möchte. Durch solche öffentliche Besprechungen fühlten sich die Portugiesen in ihrem Nationalstolze gekränkt, und einige Blätter in Lissabon antworteten in einer Sprache, wie wenn Portugal noch auf derselben Höhe wie im 16. Jahrhundert stände. Immerhin nahm man in der Kolonie alle Kraft zusammen, um sich selbständig zu zeigen: mit Hülfe tüchtiger Beamten wurde den vielseitigen Mängeln im Hafen von Laurenço Marquez und beim Eisenbahnbetriebe abgeholfen, auch wurde für die Zeit vom 15. März an ein Kriegssteuergesetz für die ganze Kolonie erlassen. Als nun am 22. März ein aus 6 Kriegsschiffen bestehendes britisches Geschwader in die Bucht, ja sogar in den Laurençofluß einlief, glaubte man, in Erinnerung an das frühere Verhalten Englands, das Schlimmste gewärtigen zu können. Hatte es doch 1874 in schnödester Rechtsverletzung zwei in der Bucht liegende Inseln besetzt und erst infolge Schiedsspruchs des Präsidenten Mac Mahon 1875 wieder herausgegeben; hatte es doch ferner 1877 Portugal zum Verzicht auf seine alten Rechte im Schire-Gebiete, 1879 zu den weitgehendsten Zugeständnissen und 1883 durch abgesandte Kriegsschiffe zur Abtretung des Manikalandes genötigt. Glücklicherweise stellte es sich jedoch heraus, daß dem vierwöchigen Aufenthalte der britischen Flotte nur die Bedeutung einer Kundgebung zukam; allein ermutigt hierdurch, erhoben die Eingeborenen im Gasalande, dem südlichen Teile der Kolonie, die Fahne der Empörung, nachdem es erst 1896 nach der Gefangennahme des Königs Gunguehana völlig unterworfen zu sein schien. Jetzt stand dessen Oheim an der Spitze von acht Volksstämmen, deren Gebiet sich bis zum Limpopo oder Krokodilflusse ausdehnt, von wo sie auch Transvaal bedrohten. Infolgedessen wurde im Juli durch Sendung Alvaro da Costa Ferreiro's, des Generaladjutanten des Königs, nach Pretoria ein freundschaftliches Verhältnis mit der südafrikanischen Republik angeknüpft. Nachdem der Oberbefehlshaber von Mozambique, Major d'Albuquerque, im August den Aufstand niedergeworfen hatte, hielt er im Dezember, unter größtem Jubel der Be-

völkerung, einen feierlichen Siegeseinzug in Lissabon. Auch die Eingeborenen in der Kolonie an der westafrikanischen Guinea-Küste erhoben im März einen Aufstand, wahrscheinlich infolge von Aufhetzungen aus dem Auslande, denn 400 Jahre lang hatten sie Ruhe gehalten.

Belgien, Holland, Luxemburg.

Was das Königreich **Belgien** betrifft, so hoffte man auf vielen Seiten, daß der König beim Beginne des Jahres ein klärendes Wort über die durch den Streit der Parteien verworrene Lage reden werde, er beschränkte sich jedoch in seiner Antwort auf die Begrüßungen der Kammern darauf, in schönen, wahren und allgemein gehaltenen Worten die Notwendigkeit und den Wert patriotischer Gesinnung zu betonen.

In der Deputiertenkammer spielten sich gleich nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten sehr stürmische Szenen ab, bei welchen die Unduldsamkeit der klerikalen Mehrheit von neuem aufs deutlichste hervortrat. Den Anlaß gab eine Anfrage wegen der vom Unterrichtsminister verfügten Verhängung einer Disziplinarstrafe gegen zwei Lehrerinnen in Gent, weil sie ihre Zöglinge zur Zivil-Beerdigung einer Mitschülerin geleitet hatten. Der klerikale Minister Schollaert versuchte, den Nachweis zu erbringen, daß die Lehrerinnen ihre Befugnisse überschritten hätten. Der Abg. Anseele brandmarkte hierauf die Sprache der klerikalen Presse, die u. a. gesagt habe, die Familie des verstorbenen Kindes habe es wie einen Hund begraben lassen. Als hierbei lebhafte Zwischenrufe erfolgten, kam es zu solchem Tumulte, daß der Präsident die Sitzung aufheben mußte. Die erste größere Frage, welche die Kammern beschäftigte, war der von den Vlamen Coremans und de Vriendt vor geraumer Zeit in der Deputiertenkammer vorgeschlagene Gesetzentwurf, durch welchen der vlämischen Sprache, die in Belgien von der Mehrheit der Bevölkerung gesprochen wird, der Charakter einer Amtssprache, gleich der französischen Sprache, beigelegt werden sollte. Der Vorschlag entsprach so sehr den Gefühlen der Gerechtigkeit, daß selbst die sozialdemokratischen Abgeordneten, welche in der Kammer ausschließlich französische Wahlbezirke vertreten, nicht Anstand nahmen, zuzu-

stimmen. Zur großen Freude der Vlamen wurde der Vorschlag von der Kommission fast einstimmig angenommen; die Hoffnung auf Genehmigung durch den Senat wurde jedoch bitter getäuscht, denn die französische Partei, welche ihre bisher behauptete Oberherrschaft bedroht sah, benutzte die Zwischenzeit zur Veranstaltung einer tiefgehenden Agitation, wobei sie die kräftige Unterstützung amtlicher Kreise, insbesondere der Gerichtshöfe, fand, welche sämtlich an den Senat Eingaben mit der Bitte richteten, der vlämischen Sprache die Fähigkeit einer Gleichstellung mit der französischen abzusprechen. Die französischen Agitatoren riefen in den wallonischen Provinzen sogar eine Bewegung hervor, in der mit der Losreißung von Belgien gedroht wurde. So kam es, daß der Senat am 5. Februar den Gesetzvorschlag dahin änderte, daß nur eine amtliche Übertragung der nach wie vor in französischer Sprache abzufassenden Gesetze in das Vlämische erfolgen solle. Die Vlamen wurden hierdurch sehr aufgebracht, ihr lange erstrebtes, schon für so nahe gehaltenes Ziel war wieder in die Ferne gerückt; sie fühlten sich jedoch keineswegs entmutigt, sondern in ganz Flandern entstand eine immer mächtiger werdende Bewegung, um die Deputiertenkammer zum Festhalten an ihren Beschlüssen zu bewegen. Am 28. Februar veranstalteten sie in der Brüsseler Vorstadt Schaerbeek eine große Kundgebung. Durch die Straßen bewegte sich ein imposanter Zug mit Bannern und Inschriften, voran marschierten die Vertreter Antwerpens, sodann folgten die von Alost, Brügge, die Westflanderer und die aus Ostende, weiter die aus Tongres, Hasselt und dem Limburgschen. Sehr zahlreich waren die Genter, den Schluß bildeten Studenten aus Mecheln und Löwen. Dann und wann stimmte eine Gruppe einen Gesang an, mit Vorliebe den, in welchem es hieß: „Gij hebt ons schandelijk bedrogen, en ons in't aangezicht gespogen.“ Die Versammlung beschloß endlich, von den Kammern die völlige Gleichstellung der beiden Sprachen und Abstellung der Beschwerden der Vlamen zu verlangen. Ferner erschienen am 23. April in Antwerpen 150 Abgesandte aus allen vlamischen Landesteilen, welche als „Volksrat“ dieses Verlangen wiederholten und weiterhin die Sprachenkenntnis der Richter in Brabant sowie ein vlamisches Konservatorium forderten. Ein Redner verglich übrigens die Lage der Vlamen mit der der Czechen in Österreich. Der Sprachenstreit

rückte vorläufig nicht weiter, feindlicher aber als zuvor standen sich Wallonen und Vlamen gegenüber.

Ein anderer Zwiespalt unter beiden Kammern betraf einen Gesetzentwurf der Regierung wegen Verbots aller Hazardspiele und Spiele, bei welchem eine Bank gehalten wird, nur in Ostende und Spaa sollten die Spielhöllen erhalten bleiben. Der Senat genehmigte den Entwurf, die Deputiertenkammer lehnte ihn jedoch dieser Ausnahme wegen ab.

Die wichtigste Frage des Landes, die der Heeresreform, ruhte, seitdem im vorigen Jahre der Kriegsminister General Brassine im Hinblick auf die Weigerung des klerikalen Ministeriums de Smet de Nayer, die allgemeine Dienstpflicht anzunehmen, zurückgetreten war. Ein Militär konnte infolgedessen für das Amt des Kriegsministers nicht gefunden werden, und doch konnte die Bekleidung dieses Amts durch den Arbeitsminister Vandenpeereboom zu keiner Lösung führen. Dieser Minister kam sogar mit dem Könige in Streit, indem er sich weigerte, die von ihm im Einverständnis mit dem Generalstabe vollzogenen Ernennungen mehrerer Generale mit seiner Gegenzeichnung zu versehen. Er berief sich nämlich darauf, daß in Belgien nicht der König, sondern das Ministerium regiere. Darauf kam es am 13. Juni zu einer merkwürdigen Kundgebung: die ausgedienten Generale und Offiziere erschienen beim Könige, dem sie eine Denkschrift mit Protest gegen weiteren Aufschub der Heeresreform und mit der Bitte um eine öffentliche Zustimmung des Königs zur Einführung der persönlichen Dienstpflicht an Stelle des Loskaufsystems überreichten, während vor dem Schlosse Tausende aufgezogen waren, welche eine Wählerschaft vertraten, der die Generale mit ihrer Bitte aus dem Herzen sprachen. Der König ließ sich in seiner Antwort sehr scharf für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht aus und sagte „Sie predigen einem Bekehrten; was uns betrifft, die wir uns in unmittelbarer Nachbarschaft von Regierungsmittelpunkten befinden, die den vorherrschenden Einfluß auf die Geschicke Europas ausüben, so müssen unsere militärischen Einrichtungen denen der uns umgebenden Nationen nachgebildet sein". Das war eine Kundgebung des Königs gegen sein Ministerium, welches, ungeachtet seiner allgemeinen Zustimmung zur Heeresreform, der allgemeinen Wehrpflicht nicht hold war, weil die Bischöfe die Heranziehung

der Geistlichen zur Militärpflicht fürchten. Übrigens hatte der König auf die in der Bitte der Generale thatsächlich auch liegende Aufforderung, nach Auflösung der zweiten Kammer Neuwahlen unter dem Losungsworte der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auszuschreiben, erwidert: „Die Nation bestimmt selbst über ihre Geschicke, aber meine Pflicht ist es, zu warnen, und diese habe ich nie versäumt."

Die Rede des Königs gab dem Abgeordneten Delbeke in der Deputiertenkammer Anlaß zu einer Anfrage. Belgien, so begann er, ist eine mutige, aber keine militärische Nation, es ist neutral, und die Mächte haben ein Interesse daran, daß sein Gebiet unversehrt bleibt. Der Belgier liebt leidenschaftlich seine Freiheit, er will ein ausreichendes Heer, aber keine militärischen Thorheiten, auch dürstet er nicht nach militärischem Ruhme, trotzdem seien die Militärlasten gestiegen, es sei ein Heer von 130000 Mann vorhanden, und seit 1830 seien 3 Milliarden für militärische Zwecke verausgabt. Aber eine kleine, nur aus Militärpersonen bestehende Partei mit prätorianischer Haltung werde stets vom Könige gestützt, sie habe sich jedoch getäuscht, die große Mehrheit des Landes weise den persönlichen Militärdienst zurück; demgemäß habe das Ministerium als „Lösegeld" die Umgestaltung der Bürgergarde beantragt; hiermit nicht zufrieden habe sodann die Militärpartei, unter Mitwirkung des Königs, jene Kundgebung veranstaltet; allein die Einführung des persönlichen Regiments sei ebenso unzulässig wie ein Ausspruch des Königs als Befehlshabers des Heeres, denn auch als solcher habe er sich den Anschauungen der Minister zu fügen, sonst würde das Königtum gefährdet sein; in Wahrheit bilde die Rede des Königs das schroffste militärische Programm, das je ausgesprochen worden sei. Der Ministerpräsident de Smet de Nayer bemühte sich in seiner durch Widerspruch und höhnische Zurufe vielfach unterbrochenen Rede, die Auslassung des Königs jeder ernsten Bedeutung zu entkleiden; der Empfang der 7 Generale sei kein öffentlicher Akt, die Rede des Königs ändere nichts an der Politik des Ministeriums, enthalte nur einen persönlichen Wunsch und bekräftige nur die Achtung des Königs vor dem nationalen Willen; das Ministerium achte die Entschlüsse der Kammermehrheit, habe aber doch als „Ideal" die Beseitigung der Stellvertretung, und ein Ideal dürfe doch sogar jeder Lakai

haben, der König sei kein militärischer Minotauros, und seine Worte würden aufs übertriebendste entstellt. Der Fortschrittler Magnette rügte scharf die klägliche Haltung des Ministeriums; der Sozialist Turnémont rühmte den Stolz, Charakter und Mut des Königs, der jedoch ein starkes Heer nicht gegen den äußeren Feind, sondern gegen die Sozialisten haben wolle, die sich aber über die militärischen Gelüste insofern freuten, als jeder dem Pfluge entzogene, in die Kaserne geschickte Bauer Sozialist werde. Der Rechtenführer Woeste hielt die Rede des Königs für wirkungslos und verlangte ein festes Einschreiten gegen die militärischen Kundgebungen. Schließlich ging die Kammer einfach zur Tagesordnung über. Gegen Ende Mai unternahm der Senator Janson, Führer der Radikalen, noch einen Schritt zu gunsten der Heeresreform, und zwar mittels eines im Senate eingebrachten Antrags auf Veranstaltung einer Volksabstimmung über diese große Frage; das Ministerium sprach sich jedoch, anscheinend aus Besorgnis vor einem der Reform günstigen Ergebnis, dagegen aus, der Senat lehnte ab.

Mit dem oben erwähnten neuen Gesetze über die Bürgerwehr sollte das liberale Bürgertum bezüglich seines Verlangens nach Reform des Heeres abgefunden werden. Die Bürgerwehr sollte vollständig als Reserve des Heeres dienen zur Aufrechthaltung der Ordnung, zur Überwachung der Gesetze und zur Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit des Landes; bedenklich war von vornherein nur die von Coremans aus Antwerpen hineingebrachte Bestimmung, daß, außer den Belgiern, jeder Fremde, welcher wenigstens ein Jahr lang seinen Aufenthalt in Belgien hat, nach zurückgelegtem 21. Lebensjahre bürgerwehrpflichtig sein sollte. Coremans ging eben nur davon aus, daß die vielen jungen Deutschen in Antwerpen nicht besondere Vorteile vor den Einheimischen haben dürften. Die Sache war aber sehr unbedacht, und nach Unterzeichnung des Gesetzes durch den König wurde deutscherseits angefragt, wie sich die Regierung die Ausführung des Gesetzes hinsichtlich der in Deutschland noch dienstpflichtigen Reichsangehörigen denke, eine Militärpflichtigkeit in beiden Ländern sei doch nicht denkbar. Das Ende vom Liede war, daß sämtliche Ausländer wieder freigegeben werden mußten.

Auf dem an den Ostertagen in Gent stattgehabten Kongresse der belgischen Sozialisten zeigte sich, daß unter ihnen eine Spaltung

im Entstehen war. Am 15. August hielten 50000 Sozialisten, von denen ein großer Teil mit Sonderzügen aus den Provinzen angelangt war, einen Umzug durch die Straßen von Brüssel, um damit ihre Abneigung gegen eine Reform des Heeres zu bekunden. Alle ihre Musikkapellen spielten die Marseillaise, und unter einem Walde von roten Fahnen zogen sie in musterhafter Ordnung umher. Als aber im September die sog. „blutige" Louise Michel und ähnliche Damen in Brüssel eingetroffen waren, um Vorträge zu gunsten der Anarchisten von Barcelona zu halten, wurden sie ausgewiesen, ihre tumultuierenden Anhänger mit blanker Waffe polizeilich auseinander getrieben.

Wie in früheren Jahren, waren belgische Städte zu Sitzen internationaler Konferenzen gewählt. So tagte im Juli in Ostende eine Konferenz der Kommandeure der zum Schutz der Hochseefischerei befehligten Kriegsschiffe mehrerer Seestaaten, im August in Brüssel die interparlamentarische Schiedsgerichts-Konferenz und im September in Brüssel der internationale Kongreß für Arbeiterschutz. Am 1. März starb in Nivelles der Gesandte in Lissabon, de Burlet, welcher in den letzten zehn Jahren eine bedeutende politische Rolle gespielt hatte. Im Ministerium Beernardt war er von 1890—94 Minister des Innern und des Unterrichts, 1895 war er Minister des Äußern, sodann Ministerpräsident.

Im Königreiche der **Niederlande** beschäftigte sich die Landesvertretung zu Anfang des Jahres mit Gesetzen über die Zuckersteuer, über Errichtung von Arbeiterkammern und über eine Erbschaftssteuer. Dieser letztere Gesetzentwurf rief im Auslande großen Sturm hervor, weil auf Antrag des Klerikalen Kolkman von der zweiten Kammer die Höhe der Erbschaftssteuer für diejenigen Grundstücke, welche von Nichtholländern oder von den außerhalb Hollands wohnenden Holländern hinterlassen und vererbt werden, auf $8\frac{1}{2}\%$ festgesetzt war. Der Finanzminister Sprenger van Eyck versicherte jedoch, die Regierung werde diese Bestimmung nur gutheißen, wenn zuvor ein Gesetzentwurf wegen Abschaffung des Zuschlags von 38% genehmigt sein werde, wodurch jene Steuer thatsächlich auf 12% erhoben sein würde. Der Senat stimmte im Mai dem Gesetzentwurfe zu.

Mit großer Spannung wurde dem Ausfalle der Wahlen zur

zweiten Kammer entgegengesehen, welche am 15. und 25. Juni zum ersten Male nach Maßgabe des Wahlgesetzes stattfanden, das nach mehrjährigen heftigen parlamentarischen Kämpfen und nach Aufopferung des liberalen Ministeriums Tak van Poortvliet, durch das Ministerium Roell-van Houten im vorigen Jahre zu stande gekommen war und die bisher 280 000 zählenden Wähler auf etwa 600 000 erhöht hatte. Bei den ersten 50 Wahlen siegte die Rechte, die 50 Stichwahlen veränderten aber das Bild, denn im ganzen wurden 47 Liberale, 4 Radikale, 4 Sozialisten, 3 Christlich-Historische, 20 Antirevolutionäre und 22 Katholiken gewählt, sodaß die Linke mit 12 Stimmen die Mehrheit über die Rechte besitzt. Zwei Tage nach diesen Wahlen bat das Ministerium Roell-van Houten um Entlassung und erhielt zum Nachfolger ein vom früheren Minister Pierson gebildetes Kabinett, in welchem dieser selbst die Finanzen, der frühere Professor Cort van der Linden die Justiz, der Abgeordnete Goeman Borgesius das Innere, der frühere Minister Jansen die Marine, der Abgeordnete de Beaufort das Äußere, Generalmajor Eland das Kriegswesen, Lely Handel, Industrie und Bauten, der Abgeordnete Cremer die Kolonien übernahmen. Am 30. Dezember gab es in der neuen Kammer einen Skandal infolge des Auftretens der Sozialisten gegen den Budgetposten der „Zivilliste und der Dotationen." Erstere ist zwar ein für allemal bewilligt, aber die Summen für die Prinzen unterliegen der jährlichen Beschlußfassung. Die Sozialisten benutzten nun den Posten der 200 000 Fr. Jahresdotation des Grafen von Flandern, Thronfolgers und Bruders des Königs, zu den gemeinsten Angriffen auf diesen, die Dynastie und die Monarchie.

Das neugewählte Parlament wurde am 20. September durch eine Thronrede der Königin-Regentin Emma eröffnet, und selten mag eine Thronrede so ungeteilten Beifall gefunden haben, als diese, denn sie kündigte die Abschaffung des militärischen Stellvertretungssystems, die Einführung des obligatorischen Volksschulunterrichts und eine umfassende Arbeiterschutz-Gesetzgebung an. Die Feier wurde erhöht durch die Anwesenheit der jungen Königin Wilhelmine, welche somit zum ersten Male vor den Vertretern der Nation erschien. Nach dem vorgelegten Budget für 1898 betrugen die Ausgaben 141 $^{3}/_{4}$ Millionen Gld., was zu einem Fehl-

betrage von $6^1/_3$ Millionen Gld. führte. Die Adreßverhandlung der zweiten Kammer gewann durch das Auftreten der drei sozialistischen Abgeordneten einige Bedeutung. Am 15. Dezember lehnte diese Kammer mit 46 gegen 41 Stimmen die Forderung zum Bau eines vierten Panzerschiffs ab, worauf der Marineminister Jansen zurücktrat und sein Amt vorläufig auf den Kriegsminister überging. Dieser setzte am 19. Dezember in der zweiten Kammer das Nähere über die geplante Heeresreform auseinander.

Die Königinnen statteten im April dem königlichen Hofe zu Stuttgart einen Besuch ab. Am 28. Februar wurde der 100jährige Geburtstag des verstorbenen Prinzen Friedrich der Niederlande in Delft gefeiert. Am 9. Oktober starb in Amsterdam Dr. Heemskerk, welcher mehrfach eine hervorragende politische Rolle gespielt hatte.

Die Landesvertretung im Großherzogtume **Luxemburg** genehmigte Ende Februar, nach sechswöchigen Verhandlungen, das Budget für 1897, in welchem die Einnahmen auf 11 056 100 Fr., die Ausgaben auf 9 910 550 Fr. festgesetzt wurden; im Mai verwarf sie einen Antrag auf Herabsetzung des Wahlcensus von 15 auf 10 Fr. und in ihrer Wintertagung genehmigte sie eine Änderung des Schulgesetzes. Am 24. Juli feierte das Land den 80. Geburtstag des Großherzogs Adolf, welcher seit dem 23. November 1890 regiert, jedoch längere Zeit des Jahres auf seinem Schlosse Hohenburg bei Lenggries im Isarthale zuzubringen pflegt.

Dänemark, Schweden, Norwegen.

Im Königreiche **Dänemark** begann der durch den politischen Ausgleich von 1894 beseitigte langjährige Verfassungsstreit wieder aufzuleben, und zwar wegen ähnlicher Fragen, als um welche es sich damals gehandelt hatte. Die Beratungen des Folkethings über das Budget für 1898 waren glatt verlaufen, bis auf die den bisherigen Kriegs- und Marineetat übersteigende Summe von 203 997 Kronen für Anschaffung von Granaten und Vervollständigung der Seebefestigung Kopenhagens. Die hierauf am 12. März vom Ministerium

abgegebene Erklärung, daß die Regierung mit dem beschlossenen Heeresbudget die Verwaltung nicht fortführen könne, eröffnete die Aussicht auf Wiederkehr der einseitig erlassenen provisorischen Budgets. Zur Vermeidung dieses Falles einigte sich schließlich das Ministerium mit der Finanzkommission des Folkethings doch noch bis auf den Betrag von 11306 Kronen. Nun aber bereitete das Landsthing unter Führung Estrups, des Ministerpräsidenten in der früheren Konfliktzeit, Schwierigkeiten. Als auch am 8. Mai in beiden Kammern keine Einigung erzielt werden konnte, trat am 11. Mai das seit dem 11. August 1894 im Amte befindliche Ministerium v. Reedtz-Thott zurück, worauf der bisherige Minister des Innern Hoerring am 23. Mai ein neues Ministerium bildete. Das von ihm dem Reichstage vorgelegte neue Budget für 1898, in welchem alle von beiden Kammern abgelehnten Forderungen des vorigen Budgets bis auf einen kleinen Betrag für das Heer gestrichen waren, wurde genehmigt, worauf der Reichstag am 31. Mai geschlossen wurde. Die neue Session wurde am 4. Oktober eröffnet. Das Budget für 1898—99 wies, bei 68600000 Kronen Einnahme, einen Überschuß von 200000 Kronen auf. Unter den sonstigen den beiden Kammern vorgelegten 54 Gesetzentwürfen ragte besonders der wegen Befestigung der Masnetinsel zwischen Seeland und Falster hervor. Der Folkething sprach sich, wie im vorigen Jahre, für gänzliche Neutralität des Landes aus. Im November kam ein Gesetz wegen Umwandlung der $3^1/_2$ % Staatsschuld von 1886 in 3% zu stande.

Der Reichstag des Königreichs **Schweden** wurde am 19. Januar vom König Oskar II. mittels Thronrede eröffnet, in der er u. A. sagte, die Welt müsse wissen, daß Schwedens Freiheit des Handelns durch kein Land beschränkt sei, und daß es seine ursprüngliche Freiheit und Selbständigkeit liebe. Das vorgelegte Budget wies an Ausgaben 119 Millionen Kronen auf, also $7^1/_2$ Millionen mehr als bisher; die Einnahmen waren auf 102 Millionen Kronen veranschlagt, der Fehlbetrag sollte durch den Überschuß früherer Jahre und den der Reichsbank gedeckt werden, das Heeresbudget war mit 33 Millionen Kronen, also $3^1/_4$ Millionen mehr als bisher, das Marinebudget mit 14 Millionen, also eine Million Kronen mehr als bisher, bedacht. Der wichtigste Vorgang in der Session bestand im Scheitern der beantragten Verlängerung des gekündigten und am 12. Juli ab-

laufenden, unter dem Namen des Zwischenreichsgesetzes bekannten Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Norwegen. Im übrigen kam das Ministerium Boström mit dem Reichstage sehr gut aus, der u. A. ein Gesetz über Reform der Reichsbank genehmigte. König Oskar hielt am 28. Juni beim Festmahle, welches er den Mitgliedern des 4. internationalen Journalisten-Kongresses in Schloß Drottningholm gab, eine längere Rede, in welcher er Schweden als eins der Länder pries, in welchen die konstitutionellen Freiheiten die ältesten und tiefsten Wurzeln hätten, namentlich sei hier die Freiheit der Presse fast unbeschränkt. Am 17. September wurde im ganzen Lande das 25-jährige Regierungsjubiläum des Königs gefeiert. Den großartigen Festlichkeiten in Stockholm wohnten Prinz Friedrich Leopold von Preußen, die Erbgroßherzöge von Baden und Luxemburg, der Regent von Mecklenburg-Schwerin, der Fürst von Waldeck, das Kronprinzenpaar von Dänemark u. A. bei. Dem glückwünschenden Offizierkorps sagte der König, künftig dürfe das Schwert nur zur Verteidigung des Landes gezogen werden. Abordnungen der Universitäten von Straßburg, München, Leyden, Wien, Bologna und Oxford überreichten dem Könige Ehrendoktordiplome. Am 20. Juli wurde in Schweden der 500. Jahrestag der kalmarischen Union (aller skandinavischen Länder) und am 4. November der 83. Jahrestag der Union mit Norwegen gefeiert, gleichzeitig entstand aber zwischen beiden Reichen ein Grenzstreit. Am 30. Januar starb in Stockholm der frühere liberale Minister Themptander.

Der am 1. Februar durch Thronrede des Königs eröffnete Reichstag des Königreichs **Norwegen** nahm am 22. Februar einen Gesetzentwurf an, nach welchem Arbeitgeber mit Geldstrafe oder Gefängniß bestraft werden, welche versuchen, durch Entlassung, durch Androhung derselben oder des Verlustes des Arbeitsverdienstes u. dergl. auf das politische Auftreten ihrer Untergebenen Einfluß zu üben. Am 20. Mai endete die Session. Die vom September bis in den November sich hinziehenden Neuwahlen zum Reichstage endeten mit einem großen Siege der Radikalen, welche ihr lang erstrebtes Ziel, eine Zweidrittelsmehrheit, erlangten. Bisher zählten sie im Storthing 59 Stimmen gegen 55 der Rechten, während sie künftig mit 79 Mann auftreten werden.

Schweiz.

Das Schweizervolk hatte am 28. Februar über eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Fragen, über die Errichtung einer Bundesbank zu entscheiden. Der bisherige Zustand, wonach fast in jedem Kantone eine das Notenmonopol unter Bundesaufsicht ausübende Emissionsbank, ohne Beziehungen dieser Banken unter einander, besteht, genügte den Verkehrsbedürfnissen nicht mehr. Bei Begründung einer Centralstelle mußte ein eigentümliches Kompromiß zwischen der Kantonspolitik der Föderalisten und dem bundesfreundlichen Fortschritte eingegangen werden, wonach der Bund die Verantwortlichkeit für die Bank übernehmen, der ganze Reinertrag aber den Kantonen nach Maßgabe ihrer jeweiligen Wohnbevölkerung gehören sollte. Dieses Gesetz wurde mit 247500 gegen 192500 Stimmen abgelehnt, während 240000 Bürger nicht abgestimmt haben. Von den 25 Kantonen waren nur 9 dafür. Der nächstwichtige Vorgang war der am 11. März wegen der Frage von Lohnerhöhungen beschlossene, eine zeitlang dauernde Streik der Angestellten der Nordostbahn, infolge dessen dieses etwa 800 km lange Linien enthaltende Eisenbahnnetz außer Betrieb kam und auch der Betrieb auf dem Hauptnetze der Ostschweiz lahm gelegt wurde. Ein am 25. März vom Bundesrate beschlossener und mittels begründender Botschaft veröffentlichter Gesetzentwurf wegen Rückkaufs der 5 Haupteisenbahnen, der Jura-Simplon-, der Central-, der Nordost-, der Gotthard-, und der Wohlen-Braugarten-Bahn, wurde am 1. Juli vom Ständerate, am 28. September vom Nationalrate genehmigt. Am 11. Juli genehmigte das Schweizervolk durch Abstimmung zwei Verfassungsänderungen, wonach dem Bunde das Recht zur Gesetzgebung auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs eingeräumt wurde und die bisher nur auf die Hochgebirge beschränkte Aufsicht über die Wasser- und Forstpolizei auf das ganze Land ausgedehnt werden darf. Zum Bundespräsidenten für 1898 wählte die Bundesversammlung am 16. Dezember den Chef des Innern, Ruffy, aus Waadt. In den Kantonen Bern, Baselstadt und Freiburg herrschte eine lebhafte Bewegung für Verfassungsänderungen, in Unterwalden nid dem Walde wurde sie durchgeführt, Zürich entschied sich für Umbildung des

Polizeikorps, in Genf kamen die Radikalen ans Ruder. Freiburg sah im September die Wallfahrt von Mitgliedern des deutschen Katholikentages zum Grabe des Canisius; der Fortbestand der erst 1889 eröffneten dortigen Universität wurde ins Wanken gebracht, nachdem acht dem deutschen Reiche angehörige Professoren im Dezember ihre Entlassung nahmen, weil die ihnen bei der Berufung gegebenen Versprechungen nicht gehalten waren und ihre aus romanischen Dominikanermönchen bestehenden Kollegen überwiegenden Einfluß erlangt hatten. Am 4. Dezember starb in St. Gallen einer der bekanntesten schweizerischen Staatsmänner, Aepli.

Die Balkanstaaten und Griechenland.

Das Verhältnis der **Türkei** zu **Griechenland** gestaltete sich seit Beginn des Jahres wegen der Lage der Dinge auf Kreta in einer dem Frieden Europas gefährlichen Weise. Die im vorigen Jahre auf der Insel stattgehabten Kämpfe zwischen Christen und Muhamedanern setzten sich, ungeachtet der am 5. September v. Js. durch Vermittlung der Mächte zwischen beiden Teilen zu stande gekommenen Einigung, mit steigender Heftigkeit fort, hauptsächlich infolge zuerst geheimer, sodann immer offener werdender Unterstützung der christlichen Bevölkerung von Griechenland aus. Während des Januars kam es täglich zu Ermordungen und Raubanfällen, anfangs Februar zu Kämpfen in Kanea, wobei ein Teil der Stadt in Flammen aufging; auch der Ort Galata wurde von den Türken in Brand gesteckt. Als infolge des allgemeinen Schreckens die Ausländer auf die vor der Insel liegenden französischen und österreichischen Kriegsschiffe flüchteten, beeilte sich Griechenland mit der Sendung zweier Kriegsschiffe zur Aufnahme von Flüchtigen, nach dem Wunsche der hierüber begeisterten Bevölkerung Griechenlands jedoch mit der Absicht, sich in die Angelegenheiten der Insel einzumischen. Dies war denn auch in der That die eigentliche Bestimmung der griechischen Schiffe, und indem sie bei ihrer Ankunft vor Kanea die türkische Flagge nicht grüßten, gaben sie die wahre Absicht bereits kund. Der vom Feuer verschonte Teil dieser Stadt wurde von türkischen Truppen geplün-

dert, der Gouverneurpalast füllte sich mit fliehenden Christen, das Hauptkomitee der Aufständischen aber appellierte, unter Hissung der griechischen Flagge, in einem Aufrufe an seine Brüder in Griechenland und fand am 7. Februar zu Athen ein Echo in einer großartigen Kundgebung für die Vereinigung mit Kreta. Auf die Drohung der Pforte, neue Truppen nach der Insel zu schicken, ordnete König Georg die Einberufung der Rekruten in das eine verkappte Mobilisierung bedeutende ständige Lager bei Theben an, sandte am 10. Februar 6 Torpedoboote unter dem Befehl seines zweiten Sohnes, des Prinzen Georg ab, um eine Landung türkischer Truppen auf der Insel zu verhüten, und erklärte in einer Note den Großmächten, Griechenland könne, wegen seiner Pflichten und Gefühle für eine bluts- und glaubensverwandte Bevölkerung, den dortigen Vorgängen nicht als bloßer Zuschauer gegenüberstehen. Unter dem Jubel und unter begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung Athens segelte Prinz Georg nach Kreta ab, alle Welt aber sagte sich, daß dies ein gegen das Völkerrecht verstoßender Gewaltakt sei, dessen Frivolität sich für das bankerotte und dem Gegner durchaus nicht gewachsene kleine Land höchstens durch Anregungen von England aus oder durch den Glauben, von dieser Macht schließlich nicht verlassen zu werden, erklären ließe. Die Pforte erhob bei den Mächten Vorstellungen mit dem bitteren Bemerken, sie und ihre Reformprojekte hätten die schwierige Lage herbeigeführt. Am 15. Februar landeten griechische Truppen unter dem Obersten Vassos in der Bai von Kolymbari auf Kreta, an der Mündung des Platanias-Flusses, genau an derselben Stelle, an welcher am 24. Juni 1645 die Türken die Insel betreten hatten, um sie vom Joche der Venetianer zu befreien. Vassos sagte in einer vom Kloster Gonia aus erlassenen Ansprache an die Kretenser, ihre Leiden hätten eine so tiefe Bewegung im hellenischen Volke hervorgerufen, daß König Georg beschlossen habe, denselben durch militärische Besetzung Kretas ein Ende zu machen. Die nächste Folge dieser groben Herausforderung nicht bloß der Türkei, sondern auch der Großmächte bestand in der Besetzung Kanea's durch 500 Mann von den vor der Stadt liegenden russischen, englischen, österreichischen, italienischen und französischen Kriegsschiffen. Die Großmächte, im Interesse des allgemeinen Friedens aufs eifrigste bedacht, den Brand nicht auf die übrigen

Staaten der Balkanhalbinsel hinübergreifen zu lassen, einigten sich ferner dahin, auch die Orte Herakleion und Rethymo gemeinsam zu besetzen, die griechische Flotte von Kreta zu entfernen und die Landung türkischer Truppen zu verhindern. Infolgedessen drohte der Befehlshaber der britischen Kriegsschiffe dem Prinzen Georg Anwendung von Gewalt an, falls er zur Ausführung der ihm erteilten Befehle schreiten sollte; dem Obersten Vassos aber konnte man nicht beikommen, weil er sich, nachdem er das Fort Aphia erobert, in das Innere der Insel zurückgezogen hatte. Hier lehnte er die Aufforderung der Admirale, die Insel zu verlassen, ab und fuhr fort, dem Willen der Großmächte zu trotzen. In gleicher Weise verhielt sich der griechische Minister des Äußern ablehnend gegen die Vorstellungen der Gesandten zweier Mächte. Griechenland, sagte er, gehe nicht angreifend vor, sondern bezwecke nur die Beruhigung Kretas. Bei der Wirkungslosigkeit aller solcher Vorstellungen beschlossen die großmächtlichen Admirale die Anwendung von Gewalt gegen fernere Versuche, griechische Truppen zu landen, sowie im Falle von Kämpfen in den Küstenorten. Der deutsche Vorschlag einer Blockade Kretas war an Englands Widerspruche gescheitert. Griechischerseits wurde nunmehr noch größere Starrköpfigkeit als bisher entgegengesetzt. Die nationale Liga in Athen erklärte am 19. Februar, sie würde, wenn die Großmächte die vollendete Thatsache der Vereinigung Kretas mit Griechenland umstoßen sollten, eine allgemeine Erhebung des gesamten Griechentums herbeiführen, und am 20. Februar verkündigte Oberst Vassos auf Kreta die Einverleibung der Insel. Die vereinigten Admirale anderseits ließen am 21. Februar die Aufständischen beschießen, als diese die türkische Garnison in Halepa auf der Halbinsel Akrotiri angriffen. Ein englisches Schiff und das inzwischen angelangte deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta" eröffneten das Feuer, durch welches die Aufständischen vertrieben wurden. Auch jetzt nicht im geringsten nachgiebig, erklärte der um das Schicksal seiner Dynastie besorgte, gegen die Leidenschaft seines Volks widerstandsunfähige König Georg dem Gesandten einer auswärtigen Macht, seine Geduld sei erschöpft, er habe den Befehl erteilt, die Angliederung Kretas nicht aufzugeben; sodann erschien er auf dem Balkon seines Schlosses und erklärte einer 30000 Personen starken Volksmenge, er werde das Mandat des gesamten

Volkes ausführen. In gleicher Weise sprach sich die griechische Presse für Fortsetzung des Widerstands gegen Europa aus, sie verlangte Gerechtigkeit und bezeichnete die Gründung einer Selbstverwaltung Kretas als Narrheit. Diesem ganzen Verhalten gegenüber zeigten die Mächte nicht genügende Entschiedenheit, sodaß die Ansicht von einer unter ihnen herrschenden Meinungsverschiedenheit entstand. Die Admirale begnügten sich am 25. Februar mit einer Ansprache an die Kreter, wonach es ihnen nur auf Erhaltung der Ordnung bis zur Lösung der ganzen Frage ankomme. Am 1. März schienen die Mächte wieder Ernst machen zu wollen, denn sie ließen in Athen erklären, Kreta solle unter den gegenwärtigen Umständen in keinem Falle Griechenland einverleibt, sondern, unter völliger Aufrechterhaltung der türkischen Oberhoheit, mit einem vollständig durchgeführten Selbstverwaltungssystem ausgestattet werden. Als Vorbedingung verlangten sie die Zurückziehung der griechischen Schiffe und Truppen von Kreta; sollte dies nach Ablauf von 6 Tagen nicht geschehen sein, so würden sie vor keinem Zwangsmittel zurückschrecken. Die griechische Regierung ließ sich auch hierdurch nicht schrecken, sondern erwiderte am 8. März, sie habe den Kretern die Annahme der Reformen empfohlen, die Autonomie der Insel enthalte jedoch keine Lösung und die Zurückberufung der griechischen Land- und Seemacht würde dort das Zeichen zu neuen Ausschreitungen geben, denen gegenüber das griechische Volk nicht unthätig würde bleiben können. In Gemäßheit dieser Ablehnung des Ultimatums verlegte Oberst Vassos sein Lager nach Sphakia und häufte hier große Mengen von Lebensmitteln an, wie zum Zeichen, daß an sein Verlassen Kretas nicht zu denken sei. Die Großmächte würdigten die griechische Note keiner Antwort und einigten sich über die Verhängung der Blockade der kretischen Häfen bis zum 23. Grad 24 Min. ö. L. An dem Tage, an welchem die Blockade in Kraft trat, am 21. März, erhob Griechenland hiergegen Protest, rief indeß zwei Kriegsschiffe zurück. Die Admirale verbürgten in einer Ansprache an die Kreter jedem, ohne Unterschied der Abstammung und Religion, Freiheit und Sicherheit des Eigentums, stellten nochmals die Begründung einer Selbständigkeit der Insel in Aussicht und forderten die Aufständischen wie die griechischen Truppen auf, sich jeden Angriffes auf die türkischen Forts zu enthalten. Als gleichwohl die Aufständischen am

25. März die Entsetzung des türkischen Forts Malaxa zu hindern versuchten, wurden sie, wie schon vorher bei ihrem Sturm auf das Fort Hierapetra, durch das Feuer großmächtlicher Kriegsschiffe zum Rückzuge genötigt, und auch die Aufständischen, welche sich in die Berge zurückgezogen hatten, kamen bei Kandano in Kampf mit den großmächtlichen Truppen. Gegen Ende März bedrohten die Aufständischen sogar die Stadt Kanea, griffen das den Eingang zur Sudabucht beherrschende Fort Izzedin an, hatten beim Fort Spinalonga einen heftigen Kampf mit den türkischen Truppen und schlossen am 8. April das Fort Kissamo ein, während die Streitkräfte der Großmächte nichts durchgreifendes auszurichten vermochten und die Admirale sich am 31. März vom griechischen Befehlshaber Vassos in einem ausführlichen Protestschreiben wegen ihres Verhaltens abkanzeln lassen mußten.

Um dieselbe Zeit wurde der Schwerpunkt des griechisch-türkischen Streits nach Thessalien verlegt, an dessen Grenze die Pforte, je weniger sie sich um Kreta bekümmern konnte, nach und nach eine ansehnliche Truppenmacht zusammengezogen hatte. Infolgedessen rückte am 15. März die ganze Garnison von Athen an die Grenze ab, Scharen Freiwilliger aus Rumänien, Italien und anderen Ländern trafen mit Musik und Fahnen in Athen ein und begaben sich, nach ihrer Vorstellung vor dem Schlosse, ebenfalls dorthin, Kronprinz Constantin langte am 28. März in Volo an und teilte in einer Ansprache an das Heer mit, daß er zum Oberbefehlshaber ernannt sei. Prinz Georg begab sich mit den größeren Kriegsschiffen an die thessalische Küste; König Georg erklärte bei einer Festlichkeit, ein Zurückweichen Griechenlands sei unmöglich, und das ganze Land hallte wider vom begeisterten Rufe „Es lebe der Krieg!" Darauf ließen die Großmächte am 4. April die griechische Regierung wissen, daß der angreifende Teil die ganze Verantwortlichkeit zu tragen habe, und daß sie zur Erhaltung des allgemeinen Friedens fest entschlossen seien.

Der erste Zusammenstoß erfolgte zwischen griechischen Freischaren, welche am 8. April die Grenze Macedoniens überschritten hatten, und türkischen Truppen, und einige Tage darauf versuchten griechische Schiffe eine Truppenlandung bei Prevesa am Eingange des Golfes von Arta in Epirus. Am 14. April schilderte der

Ministerpräsident Delyannis in der Deputiertenkammer zu Athen die Lage dahin, die Mächte hätten bisher ihre Ansicht über die friedliche Lösung der Frage Kretas und über Griechenlands Vorschläge nicht kundgegeben, die Türkei aber habe durch eilige Rüstungen Griechenland zur Aufstellung eines Heeres genötigt, dessen Unvollkommenheiten nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollten. Zugleich verlangte der Minister die Bewilligung einer Anleihe von 23 Millionen Drachmen behufs Ausgaben für Heer und Marine. Eine Andeutung, wer dem bankerotten Staat Geld leihen solle, war nicht beigefügt.

Nachdem am 16. April wiederum griechische Freischaren und am 17. April nachts die ersten griechischen Truppen an sieben Stellen die Grenze Macedoniens überschritten hatten, sah sich die Pforte genötigt, am Ostersonntage, den 18. April, an Griechenland den Krieg zu erklären, worauf Delyannis in der Kammer sagte, Griechenland nehme den von der Türkei unter Vorwänden begonnenen Krieg an. Das griechische Heer stellte sich in der nach drei Seiten von hohen Gebirgen umgebenen, östlich durch das Thal Tempe und den Golf von Volo mit dem Meere in Verbindung stehenden Ebene um Tyrnovo, Larissa, Trikala und Kalabaka, also östlich von dem tiefen, vom Salambria durchflossenen macedonischen Einschnitt auf, während das türkische Heer unter Edhem Pascha den die Grenze bildenden Höhenkamm besetzt hielt. Um die Blockhäuser am nördlichsten der Gebirgspässe, bei Nezero, drehten sich die ersten Kämpfe. Die Griechen griffen an, wurden aber an zwei Stellen zurückgewiesen, zum Teil mittels Kruppscher Kanonen, welche vom hohen Olymp herab Tod und Verderben spien. Zu derselben Zeit beschoß eine griechische Flotille die türkischen Befestigungen am Vorgebirge Actium, nachdem von hier aus ein griechisches Schiff im Golf von Ambrakia in den Grund gebohrt war, durch welches der griechischen Westarmee in Akarnanien Zufuhr hatte gebracht werden sollen. Es folgte die Beschießung und Zerstörung des türkischen Forts Skadifadi bei Actium durch zwei griechische Kriegsschiffe, am 21. April die Beschießung der gegenüber liegenden Stadt Prevesa sowie die Einnahme von drei kleinen Orten in Epirus durch Oberst Manos, den Befehlshaber der Westarmee, und am 23. April die Beschießung des türkischen Forts von Aghioi Saranta gegenüber der Nordspitze Korfus.

Die Vorgänge auf dem Hauptkriegsschauplatze, in Thessalien, folgten sich rasch. Die Griechen kämpften an den Gebirgspässen mit großer Zähigkeit, erlangten auch einige unbedeutende Vorteile, im ganzen aber konnten sie der Übermacht der Türken nicht widerstehen, welche am 19. April die Paßhöhe von Papa Livado erstürmten und am 20. April den wichtigen Meluna-Paß sowie die übrigen die thessalische Ebene beherrschenden Höhen einnahmen. Die Griechen hatten an einigen dieser Punkte nur geringen Widerstand geleistet und zogen sich von dieser Paßhöhe in panikartiger Eile auf Tyrnovo zurück. Man erwartete nun eine Schlacht in der Gegend von Larissa, allein die Griechen wichen jedem größeren Kampfe aus, teils weil ihre Streitkräfte zu sehr verzettelt waren, teils weil ihnen die Disziplin in hohem Maße abging, während sich die türkischen Truppen gerade hierin vorteilhaft auszeichneten. Es wäre auch nicht anders geworden, wenn die von der griechischen Regierung am 20. April an alle Bürgermeister gerichtete Aufforderung, alle tauglichen Bürger mit Waffen nach dem Heere zu schicken, noch hätte zur Ausführung kommen können. Die Türken nahmen nach einem Artilleriekampfe am 24. April Tyrnovo ein und fanden folgenden Tags auch Larissa, die Hauptstadt Thessaliens, vom griechischen Heere wie von fast der ganzen Bevölkerung, unter Zurücklassung vieler Geschütze und reichlichen Proviants, verlassen.

Mit dem Rückzuge der Griechen nach Pharsalos und sodann nach dem noch südlicher, am Nordabhange des Othrysgebirges liegenden Domokos, schien ausgemacht zu sein, daß die Türken keinen ernstlichen Widerstand auf dem Wege nach Athen mehr finden würden, denn der einzige Punkt, an welchem er noch möglich war, der Thermopylenpaß, hatte nicht annähernd mehr die strategische Bedeutung wie zur Zeit der Perserkriege, weil die damals durch den schroff ansteigenden Kallidromon und den malischen Meerbusen eingeengte Straße durch Anschwemmungen von Gebirgsbächen und Zurücktreten des Meeres im Laufe der Zeit bedeutend verbreitert worden ist.

Die mißliche Wendung übte auf die Griechen einen um so niederschlagenderen Eindruck, als sie hochfahrend und leichtfertig den Krieg hervorgerufen hatten, und übte, wie 1870 bei den Franzosen, die Wirkung, daß der Unmut sich auf ein Opferlamm stürzte. Die Stimmung in Athen wurde derart, daß der Thron zu wanken schien.

Dem Drängen der leidenschaftlichen „Ethnike Hetairia" hatte der König wider alle Vernunft nachgegeben, um den Thron zu retten, und nun stand er im Begriffe, ihn gerade deshalb zu verlieren; wie Krösus, hatte er ein großes Reich zu zerstören geträumt und schien nun, wie dieser, sein eigenes verlieren zu sollen. Der delphischen Pythia gleich, hatten die Einsichtsvollen in aller Welt das Unternehmen von vornherein als ein kopfloses bezeichnet, nun aber mußte geerntet werden, was in Verblendung gesät worden war. Der Kronprinz wurde dermaßen angefeindet, daß seine Nachfolge in Zweifel kam, selbst auf seinem Gute in Achia fanden Kundgebungen gegen die Dynastie statt. Der Oppositionsführer Railli veröffentlichte eine scharfe Kritik der Mängel der obersten Kriegsleitung, und die zweifelhaften Freiwilligen aus aller Herren Länder schienen eine bedenkliche Stütze der Radikalen werden zu sollen. Unter diesen Umständen warf sich der König gerade den Radikalen in die Arme, das einzige Mittel, um vielleicht das schlimmste zu verhüten. Delyannis mußte zurücktreten, und am 1. Mai trat Railli als Ministerpräsident vor die Kammer mit der Erklärung, die erste Sorge der Regierung werde die Wiederaufrichtung des Heeres sein. Oberst Vassos wurde aus Kreta zurückberufen und zum Befehlshaber der Westarmee ernannt.

Das türkische Heer in Thessalien rückte nicht so eilig vor als das griechische sich zurückzog, sondern sicherte zunächst seine linke Flanke, indem es in Kämpfen vom 28. bis 30. April bei Velestino die Griechen aus der Gegend von Volo und dem Peliongebirge vertrieb. Nach einem Gefechte vom 5. Mai nahmen die Türken Pharsalos ein, die Griechen zogen sich auf Lamia zurück, Volo fiel am 10. Mai in die Hände der Türken.

Gänzlich darniedergeworfen, würde Griechenland alle Forderungen der Pforte haben erfüllen müssen, wenn sich nicht die Großmächte eingemischt hätten. Deren Anerbieten vom 8. Mai, einen Waffenstillstand zu vermitteln, wenn Griechenland die Truppen aus Kreta abberufe und der Gründung einer Selbständigkeit der Insel zustimme, wurde in Athen sofort angenommen; die Pforte zeigte sich jedoch nicht sogleich geneigt, hatte doch die griechische Westarmee es am 14. Mai noch zu einer Schlacht bei Gribowo kommen lassen; sondern sie nahm den Waffenstillstand erst an, nachdem

ihre Truppen am 17. Mai durch einen Sieg bei Domokos am Othrysgebirge eine bessere strategische Stellung erlangt hatten. Als Bedingung des Friedens aber verlangte der Sultan Herstellung der alten Landesgrenze in Thessalien und eine Kriegsentschädigung von 10 Millionen Pfund.

Nach vielen von beiden Teilen gemachten Schwierigkeiten kam durch Vermittlung der Mächte am 18. September die Schließung eines Vorfriedens zustande, wonach die Türkei, zwar nicht den von ihr früher abgetretenen Teil Thessaliens, wohl aber alle dortigen strategisch wichtigen Stellungen zurück erhielt, Griechenland eine Entschädigung von 4 Millionen Pf. = 75 Millionen M. zu zahlen hat und sich einer internationalen Kontrolle für die Verwaltung der zur Verzinsung der älteren Staatsanleihen sowie der Kriegsentschädigungs-Anleihe erforderlichen Einkünfte gefallen lassen muß. Am 1. Oktober setzte der König ein neues Ministerium ein, an dessen Spitze der bisherige Kammerpräsident Zaïmis stand, während der beliebte General Smolenski das Kriegsfach und v. Streit, bisher Direktor der Nationalbank, die Finanzen übernahm. Delyannis machte am 22. November einen vergeblichen Versuch, dieses Ministerium zu stürzen. Der endgültige Friedensschluß erfolgte am 18. Dezember, der internationale Finanzausschuß trat am 27. Oktober in Athen zusammen. Die Türkei ging aus dem Streite mit erhöhtem Ansehen ihres Heeres hervor; was dagegen Griechenland betrifft, so wurde die in einigen Ländern stark hervorgetretene Sympathie für es bedeutend abgekühlt, nur einzelne Episoden und Persönlichkeiten, worunter die begeisterten Heldenmädchen Helene Constantinidu und Katharine Wassarela, hatten an die Züge der früheren griechischen Freiheitskämpfe erinnert.

Eine Nationalversammlung auf Kreta erklärte am 28. Oktober ihre Bereitwilligkeit, an der Begründung einer Selbstverwaltung der Insel mitzuwirken, wofern die türkischen Truppen aus der Insel entfernt würden.

Im Fürstentum **Bulgarien** wurden, infolge des engen Anschlusses an Rußland, im Januar die nach dorthin desertierten oder in russischen Dienst getretenen Offiziere begnadigt, durch Gesetz wurden sie sogar für pensionsfähig erklärt. Besondere Aufmerksamkeit erregte das Land nur durch das Hervortreten einer unglaublichen Verderbnis

und Verrohung des öffentlichen Geistes in zwei Prozessen: Boitschew, Sohn eines Räuberhauptmanns, einer der Verschwörer, welche den Fürsten Alexander vertrieben hatten, Adjutant des Fürsten Ferdinand, und der Polizeipräfekt Novelitsch in Philippopel wurden zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt, weil sie des ersteren Geliebte, wie sie vorgaben, mit Einverständnis des Hofes, in der Maritza ersäuft hatten. In dem anderen Falle war der Volksdichter Konstantinow durch Schüsse ermordet, welche dem oppositionellen Abg. Tackew gegolten hatten, nachdem ein Beamter für die Mörder gesorgt hatte. Aus unbekannt gebliebenem Grunde stattete Fürst Ferdinand am 9. August dem Sultan in Konstantinopel einen Besuch ab. In der Thronrede zur Eröffnung der Sobranje hob der Fürst am 27. Oktober die Festigkeit des zwischen ihm und dem Volke bestehenden Bandes und die Fortschritte hervor, welche Bulgarien während seiner zehnjährigen Regierung auf dem Gebiete der Bildung und des Handels gemacht habe. Das Budget wurde in Einnahme und Ausgabe auf $84^1/_2$ Millionen festgesetzt.

Im Königreiche **Rumänien** trat am 12. April ein Wechsel des Ministeriums ein. An Stelle des erst im November v. J. eingesetzten Ministeriums Aurelianu bildete der damals zurückgetretene Senatspräsident Demeter Sturdza aus Mitgliedern der nationalliberalen Partei eine neue Regierung. Die lebensgefährliche Erkrankung des Kronprinzen Ferdinand rief eine Zeitlang ernste Sorgen wegen der Thronfolge hervor. König Karol erhielt 6. August den Besuch des Fürsten von Bulgarien, hielt am 24. Oktober in Plösci eine patriotische Rede bei der Enthüllung eines Denkmals für das Jägerbataillon, welches sich 1877 vor Plewna ausgezeichnet hatte, war am 2. November anwesend bei der Eröffnung der neuen Universität in Jassy und eröffnete am 27. November das Parlament mit einer Thronrede, in welcher er mit Befriedigung darauf hinwies, daß durch das Eingreifen der Großmächte in den türkisch-griechischen Streit der allgemeine Frieden gesichert sei, daß die Lage Rumäniens sich befestigt und daß die Beständigkeit seiner vorsichtigen Politik Anerkennung gefunden habe. Im Senate wegen der anfangs Dezember in Bukarest und Galatz gegen die Juden vorgekommenen Ausschreitungen befragt, erklärte Minister Sturdza, der Grund liege in der von den Juden seit einiger Zeit geführten

gereizten und aufrührerischen Sprache. Am 27. Februar starb der Senatspräsident Ghika, der eine hervorragende Rolle in der Entwicklung des modernen Rumäniens gespielt hatte, am 15. März in Paris der ehemalige Minister des Äußern, Lahovari.

Die Landesvertretung des Königreichs **Serbien** genehmigte im Juli, mit Rücksicht auf die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen, 9 Millionen Fr. zur Stärkung der Militärmacht. König Alexander, der im Oktober nach einem Aufenthalte zu Biaritz in Paris ankam, erfuhr hier zu seinem Erstaunen, daß das Ministerium Simitsch ohne sein Vorwissen über eine bedeutende Gewehrbestellung mit der französischen Regierung verhandele ohne eine Deckung der Kosten zu besitzen. Infolge dessen wurde an Stelle dieses Ministeriums ein neues unter dem Vorsitze des Dr. Georgiewitsch eingesetzt, welcher der Fortschrittspartei bis zu ihrer mit Anfang des Jahres eingetretenen Auflösung angehört hatte, und während des ganzen deutsch-französischen Krieges als freiwilliger Arzt im Armee-Feldlazareth zu Frankfurt a. M. thätig gewesen war. In einem Schreiben an Georgiewitsch sagte der König, die Entschlossenheit der Mächte, den Frieden zu erhalten, gäben Serbien Gelegenheit, den unfruchtbaren politischen Parteikämpfen ein Ende zu machen, es auf feste politische, ökonomische und militärische Grundlagen zu stellen und aus ihm ein starkes, verläßliches Element des Friedens wie der Ordnung auf der Balkanhalbinsel zu machen.

Das Fürstentum **Montenegro** feierte am 14. Januar das 200jährige Bestehen der Herrscherfamilie Petrowitsch-Njegosch. Der Fürst erhielt am 1. Mai wiederum den Besuch des Königs von Serbien. Prinzessin Anna vermählte sich bald darauf mit dem Prinzen Franz Joseph von Battenberg, Bruder des verstorbenen Fürsten von Bulgarien.

Außereuropäische Staaten.

In **Egypten** war die Bewegung gegen die englische Herrschaft im Steigen; eine Versammlung von mehreren tausend Eingeborenen in Alexandria forderte im Juni vom Sultan und von den Großmächten eine endliche Lösung dieser Frage. Der Unwille erhielt

neue Nahrung durch unverantwortliche Handlungen englischer Soldaten, die straflos ausgingen. Der im vorigen Jahre begonnene Feldzug britisch-egyptischer Truppen nach dem Sudan führte im August zur Erstürmung von Abu-Hamed und im September zur Besetzung von Berber, aus dem ganzen östlichen Sudan wurden die Derwische vertrieben. Der Khedive legte am 1. April feierlich den Grundstein zu einem neuen Museum bei Kaser-el-Nil behufs Aufbewahrung der ägyptischen Altertümer, wobei der Minister Fakri Pascha in seiner Festrede mit Stolz hervorhob, daß die aus ihrem 40 Jahrhunderte währenden Schlafe aufgeschreckten Herrscher Egyptens nunmehr in einem ihrer würdigen Aufenthaltsorte Ruhe finden würden. Die bei Abydos fortgesetzten Ausgrabungen förderten wieder viele interessante Gegenstände aus Gräbern zu Tage, deren Alter weiter als 3000 Jahre v. Chr. zurückliegen soll, darunter, nach chemischer Untersuchung, Rosinenkuchen, die jedoch nicht mehr genießbar waren.

Die am Küstensaume **Marokko's** zwischen Tetuan und Melilla hausenden Riffpiraten vergewaltigten im September ein italienisches und ein portugiesisches Schiff; die hierauf nach Fez gesandten Beschwerden der betreffenden Regierungen waren zwar in sehr entschiedenem Tone gehalten, es geschah jedoch nichts zur Sühne oder zur Abstellung des Übels, und Europa mußte sich vergegenwärtigen, daß nicht weit von Gibraltar und der spanischen Küste friedliche Seefahrer von muhammedanischen Piraten noch ebenso überfallen, geplündert, gefangen fortgeschleppt, gepeinigt und ermordet werden können, wie zur Zeit Kaiser Karls V.

Die Verhältnisse des **Kongostaats** nahmen keinen Fortschritt zum Bessern. Im Mai kam es im Uellegebiete zu einem erheblichen Aufstande der zum Teil aus den Stämmen der Eingeborenen genommenen Soldaten und infolgedessen zu einem furchtbaren Kampfe unter den 7000 Arbeitern an der Kongo-Eisenbahn. Die Brüsseler Kongoregierung, an deren Spitze der Artillerieoffizier Wangermée gestellt wurde, schickte den Major von Gèle nach dem Kongo, um ordentlichere Zustände herzustellen. Als von England aus aufs neue Beschwerden über die grausame Behandlung der Eingeborenen durch christliche Beamte des Kongostaats verbreitet wurden, erließ der Staatssekretär van Eetvelde eine offene Erklärung, wonach jene Behauptungen übertrieben seien. — Der Sultan von

Sansibar erließ im Mai eine Verordnung wegen Abschaffung der Sklaverei auf Sansibar und Pemba. — Um den bestimmenden Einfluß auf **Abessynien** bemühten sich, an Stelle Italiens, England, Frankreich und Rußland. Eine englische Expedition unter Renell Rood, welche durch Abschluß von Verträgen den anderen Mächten zuvorkommen sollte, mußte unverrichteter Sache wieder abziehen; die Franzosen, welche sich stark vordrängten, schienen beliebter zu sein, sie erstrebten die Herstellung einer bequemeren Verbindung von ihrer Kolonie Obok in das Herz Abessyniens und gingen durch einen seit langer Zeit beim Kaiser Menelik sehr angesehenen Ingenieur Verhandlungen mit ihm über den Bau einer Eisenbahn von Dschiluti nach Harrar ein. Auch Prinz Heinrich von Orléans unternahm seine Reise nach Abessynien im Interesse Frankreichs. Eine russische Expedition unter General Schoredow wurde ebenfalls freundlich aufgenommen, und in Rußland wurde durch freiwillige Beiträge ein kostbares Bild des h. Georg als Geschenk für die Siegeskirche hergestellt, welche der orthodoxe Kaiser Menelik auf dem Schlachtfelde von Adua zu errichten gedenkt. Im September brachte eine abessynische Gesandtschaft Geschenke an den Czaren. Am 23. März wurde der Ingenieur Ilg zum ersten Minister und der Franzose Lagarde zur Würde eines Herzogs erhoben. Der aus früheren Kämpfen bekannte General Ras Alula starb am 15. Februar.

Die **südafrikanische Republik** stand fortwährend gänzlich unter dem Eindrucke des im vorigen Jahre von Engländern unternommenen Einbruchs in ihr Gebiet, sie traute England die schlimmsten Absichten auf ihren Bestand zu und fuhr nach Kräften fort, sich in Verteidigungszustand zu setzen. Die herrschende Stimmung kam recht kräftig zum Ausdruck in einer am Neujahrstage vom Richter Jorrisen an den Präsidenten Krüger gerichteten Ansprache voll Dankes für die Errettung aus der vorjährigen Gefahr, voll Besorgnis wegen der Zukunft und voll tiefster Mißbilligung der feierlichen Veranstaltungen für Rhodes, der „wie ein Straßenräuber nächtlicher Weile" die Buren überfallen habe und nun im Kaplande als ein Held nicht bloß von heute, sondern auch von morgen gefeiert werde. Begreiflich war es auch, daß der Geburtstag des deutschen Kaisers in Pretoria und Johannesburg gefeiert wurde; hatte doch, wie die „Volksstem" sagte, die Freundschaft Deutschlands sich in den Tagen des englischen

Verrats in glänzendem Lichte gezeigt. Präsident Krüger hielt allen englischen Einschüchterungsversuchen gegenüber mit Festigkeit an dem Standpunkte und den Rechten der Republik fest, sprach wohl mitunter seine ernste Mißbilligung der öffentlichen Behauptungen des englischen Kolonialsekretärs aus, ließ sich aber möglichst wenig auf Erörterungen mit der englischen Regierung ein und suchte künftigen englischen vorwandsvollen Beschwerden frühzeitig den Boden zu entziehen. Solches geschah z. B. im Februar durch Erteilung des Bürger- und Wahlrechts an 862 Uitlanders im Randgebiete. Im Interesse der Unabhängigkeit des Landes setzte Krüger ferner, anläßlich eines Beschlusses des höchsten Gerichtshofes, im Februar ein Gesetz im Volksraade durch, wonach des letzteren sämtliche Beschlüsse von allen Behörden anerkannt werden sollen. Der Johannesburger „Star", Organ der Führer des Aufstandes, wurde auf drei Monate verboten. Das wichtigste Schutzmittel bestand in Verträgen, welche am 17. März zwischen beiden Buren-Republiken zu Bloemfontein geschlossen wurden. Der eine besagte, beide Staaten wünschten mit Rücksicht auf die zahlreichen, beide Völker vereinigenden Bluts- und Freundschaftsbande, einen Staatenbund mit einander zu errichten; da dieser aber erst in einigen Jahren verwirklicht werden könne, schlössen sie ein Bündnis, dem zufolge beide Staaten sich verpflichteten, sich gegenseitig mit allen ihren Kräften und Mitteln beizustehen, wenn die Unabhängigkeit des einen oder des anderen bedroht werde, und beide wollten sich gegenseitig über alle Angelegenheiten unterrichten, welche ihren Frieden und ihre Unabhängigkeit beeinträchtigen könnten. Chamberlain erklärte zwar, wegen Bestehens des Vertrags von 1884 sehe England diesen Vertrag als nicht bestehend an, es wollte dies jedoch nicht viel bedeuten angesichts der Thatsache, daß beide Republiken zusammen 43000 waffengeübte Buren ins Feld zu schicken vermögen. Nach dem zweiten Vertrage sollen die Bürger des einen Staats dieselben Rechte im Gebiete des anderen Staats genießen, wie die dortigen Bürger. Mit Rücksicht auf diese Bestimmung konnte die im Mai von Regierung und Volksraad in Pretoria beschlossene Zurücknahme des den Engländern mißliebigen Einwanderungsgesetzes, die im ersten Augenblicke als eine nicht begreifliche Nachgiebigkeit erschien, weniger auffallen. Ohne voraussichtlichen Nachteil war damit den Engländern wieder ein

Beschwerdepunkt entzogen. Zum Überfluß kam es im Juli zu einem Gesetze über die Ausweisung gefährlicher Ausländer. Das Jubiläum der Königin von England wurde in Transvaal gefeiert, aber der von ihrer Regierung aufs neue erhobene Anspruch einer Oberhoheit wurde vom Präsidenten Krüger am 25. August im Volksraade entschieden zurückgewiesen.

Die Bewohner des **Oranje-Freistaats** sahen die Transvaal drohenden Gefahren als die eigenen an. Demgemäß erhob Präsident Steyn in London und Kapstadt scharfen Einspruch gegen die die Burenstaaten beleidigenden Behauptungen des kapländischen Premier-Ministers Sir Sivewright und schloß im März mit dem im ganzen Oranjelande mit Begeisterung empfangenen Präsidenten Krüger die oben erwähnten Verträge. Steyn wies ferner im April Chamberlains Behauptung von einer Feindschaft der Republik gegen England zurück und bewirkte im Mai sowohl die Zurückziehung des Einwanderungsgesetzes, wie in Transvaal, als auch das Zustandekommen eines Gesetzes, wonach die Einwanderer am Oranjefluß angehalten und nach Kapstadt zurückgeschickt werden können. Im Juni kam ein Gesetz über die militärische Kooperation mit Transvaal zu Stande.

Persiens politische Lage gestaltete sich immer trostloser. Der neue Schah entsprach nicht den Erwartungen, die Regierung erwies sich als machtlos und unfähig, die Verarmung machte reißende Fortschritte. Der Emir Abdurrhaman von **Afghanistan**, dessen Haltung gegenüber den Aufständen der indischen Bergvölker von größter Wichtigkeit war, und von England sehr mißtrauisch angesehen wurde, nahm jede Gelegenheit wahr, diesen Aufständen gegenüber seine Hände in Unschuld zu waschen und pochte im September brieflich auf sein den Engländern einmal gegebenes Versprechen, denn, sagte er, am Tage der Auferstehung werde die erste Frage die über das Halten von Verträgen sein. Der 44jährige König Paramindr Maha Chulalongkorn von **Siam**, das älteste der 84 Kinder seines Vorgängers Phra Maha Mongkut, der einzige noch unabhängige Herrscher in Südasien, erzogen von einer englischen Gouvernante, war, seit er mit 13 Jahren den Thron bestiegen hatte, mit größtem Eifer darauf bedacht, seinem Volke die Vorteile der europäischen Kultur zu Teil werden zu lassen. Er hatte die Sklaverei abgeschafft, statt der

recht spärlichen eine halb europäische Kleidung eingeführt, das überlieferte Kriechen vor ihm auf allen Vieren verboten, hatte Schulen, Hospitäler, Eisen- und Pferdebahnen, sowie elektrische Beleuchtung eingeführt, und hegte nunmehr den Wunsch, Europa selbst kennen zu lernen. Im April fuhr er von Bangkok ab und langte am 17. Mai über Venedig in Genf an, empfangen von zahlreichen seiner Unterthanen unter dem roten Banner mit dem weißen Elefanten. Bei einem ihm von den Genfer Behörden gegebenen Mahle zeigte er sich bereits in der Sitte des Tischredens sehr bewandert und versicherte, sein lebhafter Wunsch sei es gewesen, Europa zu besuchen und Freundschaftsverbindungen anzuknüpfen mit Staatsmännern und Männern der Wissenschaft, deren Mitarbeit die Größe Europas begründet habe. Er bereiste sodann die Schweiz, Italien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Rußland, war in Berlin (S. 151), sah die Krupp'schen Werke in Essen, besuchte Dresden, den Fürsten Bismarck, Kiel, Kopenhagen, Hamburg, Brüssel und mehrmals Paris, überall von den Staatsoberhäuptern ehrenvoll empfangen. Vielleicht gelingt es ihm, durch vermehrte Kultur seinen Pufferstaat zwischen britisch Birma und französisch Cochinchina noch eine Zeit lang den Klauen der konkurrierenden Nachbarn zu entziehen.

In der Geschichte der Aufschließung **Chinas** bildete dieses Jahr einen wichtigen Abschnitt, denn es wurde die erste Eisenbahn dem Verkehr übergeben, nämlich die von Peking nach dem Hafen Tientsin, außerdem die Tayebahn und die Teilstrecke Tientsin-Tongkon-Schan-hai-kwan, zusammen 148 km. Von letzterem Orte soll eine Bahn nach Mukden in der Mandschurei zum Anschluß an die transsibirische Bahn gebaut werden. Von erheblichen Aufständen ist nur der hervorzuheben, welchen die im japanischen Kriege in der Mandschurei geschlagenen, seither arbeitslos sich umhertreibenden Soldaten erhoben. Am Ende des Jahres verhandelte China in Europa über die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen Taëls.

Das Parlament von **Japan** nahm in seiner Frühjahrstagung fast alle Regierungsvorlagen ohne weiteres und rasch an, darunter am 3. März ein Gesetz wegen Einführung der Goldwährung. Aus Anlaß des Todes der Kaiserin-Witwe Asako fand eine allgemeine Herabsetzung aller Strafen im Gnadenwege statt. Der Kronprinz Yoshihito Harunomia starb, 18 Jahre alt, im März, sodaß die

Thronfolge wahrscheinlich auf eine Seitenlinie übergehen wird. In seiner Thronrede zur Eröffnung der neuen Tagung des Parlaments erklärte der Mikado, die Beziehungen zu allen fremden Mächten seien freundschaftlich, löste jedoch, wohl um Nachfragen wegen des Verhältnisses zum Auslande zu entgehen, schon folgenden Tags die Versammlung auf. Des Vertrags mit Rußland über **Korea** wurde schon S. 283 gedacht. Der König von Korea nahm am 12. Oktober den Kaisertitel an. Tschinampo und Mokpo, Häfen an der Küste der reichsten Provinzen, wurden am 1. Oktober dem fremden Handel erschlossen.

Ein auf den **Gesellschafts-Inseln** gegen die französische Herrschaft ausgebrochener Aufstand wurde nur mit großer Mühe einigermaßen unterdrückt. Der von den drei Schutzmächten ernannte neue Präsident des Munizipalrats von Apia auf den **Samoa-Inseln** und Berater des Königs Malietoa, Dr. Raffel, trat am 14. Juni sein Amt an. Der neue nordamerikanische Oberrichter Chambers erweiterte eigenmächtig den Bezirk von Apia einigen Amerikanern und Engländern zu Liebe, wogegen deutscherseits Verwahrung eingelegt wurde. Die Bevölkerung der **Sandwichs-Inseln** zeigte sich hinsichtlich der von Nordamerika gewünschten Einverleibung derselben in die Union gespalten; der Minister des Äußern, Cooper, hielt im Januar in dem von 2000 Mitgliedern besuchten Annexionsklub einen Vortrag zur Begründung des auf Einverleibung gehenden Programms der Regierung des Präsidenten Dole, außerhalb Honolulus aber entstand eine lebhafte Gegenbewegung. Als die Regierung im März aus Gründen der Anschlußpolitik 600 japanischen Einwanderern die Landung versagte, kam sie mit Japan in Streit.

Am 4. März wurde in Washington Mac Kinley unter großen Feierlichkeiten als Präsident der **nordamerikanischen Union** eingeführt. Seine gewöhnlich als „Botschaft" bezeichnete Inaugural Addreß deckte sich nicht im erwarteten Maße mit dem von ihm als Kandidaten abgegebenen Erklärungen. Um der Bedrängnis des Staatsschatzes abzuhelfen, kündigte er, da der Bundesstaat eine direkte Besteuerung streng zu vermeiden habe, eine Erhöhung der Einfuhrzölle an, in der Währungsfrage drückte er sich weniger klar aus, in der auswärtigen Politik nahm er eine ungemein friedliche Haltung ein. Zu Ministern wählte der Präsident fast lauter

Millionäre, denn diese Bezeichnung kam zu dem Staatssekretär Sherman, dem Schatzamtssekretär Gage, dem Kriegssekretär Alger, dem Marinesekretär Long und dem Sekretär des Innern, Kaufmann Bliß. Ackerbauminister wurde Wilson. Dem bereits zum 15. März einberufenen 55. Kongresse wurde sofort eine Zollbill vorgelegt, in welcher die an sich schon sehr hohen Zölle um durchschnittlich über 70% erhöht waren, sodaß sie fast einem Einfuhrverbote glichen. Die Bill passierte, unter hervorragender Mitwirkung des Abgeordneten Dingley, mit Eilzugsgeschwindigkeit das Repräsentantenhaus, in dem sie mit bis 1. April rückwirkender Kraft am 1. April angenommen ward. Am 24. Juli wurde sie vom Senate, unter Streichung der Rückwirkungsklausel, endgiltig genehmigt und sogleich sanktioniert. Die gesamte Ausfuhr-Industrie Europas wurde hierdurch aufs schwerste betroffen. Gegen die Einführung der Differential-Zölle auf Zucker aus Ländern, welche Ausfuhrprämien zahlen, legte Deutschland Verwahrung ein. Eine Einwanderungs-Bill, wonach u. a. die Einwanderer in irgend einer Sprache sollen lesen oder schreiben können, kam nicht zu stande. Ein Monate langer Streik im pennsylvanischen Kohlenbezirke führte zu empörenden Gewaltthaten gegen die Arbeiter von Hazleton. Was die Beziehungen zum Auslande betrifft, so kam es am 30. Januar zu einem Vertrage mit England wegen genauerer Feststellung der Grenze Alaskas gegen Kanada. Eine von der Unions-Regierung vorgeschlagene Konferenz über die Robbenfrage im Beringsmeere wurde von England abgelehnt, weil Rußland und Japan teilnehmen sollten. Am 16. Juni kam es zu einem Vertrage mit der Republik der Sandwichsinseln, wonach die Souveränetät über sie auf Nordamerika übergehen, die Verwaltung jedoch von ihnen frei eingerichtet werden soll. Japan erhob sofort Verwahrung hiergegen, erhielt die Antwort, es würde dadurch nicht benachteiligt, erwiderte jedoch, die Anwendung der Zoll- und anderer amerikanischer Gesetze müsse Japans Interessen schädigen. Die Zustimmung des Kongresses ist noch nicht erfolgt. Der Aufstand auf Kuba wurde von Nordamerika aus reichlich unterstützt, und der Senat erklärte am 4. Mai, daß dort „Kriegszustand" herrsche, zu amtlichen Schritten im Interesse der Aufständischen kam es jedoch nicht. Mittelst Botschaft vom 6. Dezember sprach sich Präsident

Mac Kinley dem Kongresse gegenüber dahin aus, an eine zwangsweise Einverleibung Kubas könne nicht gedacht werden, sie würde ein verbrecherischer Angriff sein, auch die Anerkennung der dortigen Aufständischen als kriegführende Macht wäre gegenwärtig unklug und unzulässig, sondern man müsse, ohne die Geduld zu verlieren, Spanien eine angemessene Zeit zur Verwirklichung der Reformen auf Kuba setzen, über dies sei General Weyler, dessen Brutalität die Welt empört hätte, abberufen worden; gewaltsame Einmischung sei der Union erst geboten, wenn die Zivilisation, Menschlichkeit und die Zustimmung der gebildeten Welt es verlangten. Der Präsident befürwortete ferner die Durchführung der Einverleibung der Sandwichinseln, rühmte Japans Bereitwilligkeit zur friedlichen Verständigung über schwebende Fragen und stellte die Regelung der Währungsfrage als nächstes Ziel hin. Vom 5. Mai bis 15. Juni fand in Washington der 5. Weltpostkongreß statt. Das Gebiet des Weltpostvereins ist seit seiner Gründung (1874) auf mehr als 100 Millionen □-km angewachsen. Ein am Ufer des Hudson errichtetes Denkmal zu Ehren des früheren Präsidenten Grant wurde am 27. April eingeweiht.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten von **Mexiko** wurde am 16. September durch eine Botschaft des Präsidenten Porfirio Diaz eröffnet, wonach die Einnahmen für 1896—97 etwa $51\frac{1}{2}$ Millionen Pesos, also eine Million mehr als im Vorjahre betragen haben, für das laufende Etatsjahr aber wegen der Schwankungen des Silberpreises nicht auf einen so günstigen Abschluß zu rechnen sei. Als hierauf der Präsident, umgeben von seinem Stabe, sich nach dem maurischen Pavillon begab, um an der Jahresfeier der Unabhängigkeitserklärung Mexikos teilzunehmen, durchbrach der 32-jährige Mexikaner Arroyo die Umgebung des Präsidenten und versetzte ihm einen Faustschlag in den Nacken. Diaz blieb unversehrt, da der Hut die Wucht des Schlages minderte. Die Menge bereitete ihm lebhafte Kundgebungen. Was die 5 Republiken **Mittelamerikas** betrifft, so herrschte im April wegen Grenzstreitigkeiten Krieg zwischen Nicaragua und Costa Rica; ein Aufstand behufs Vertreibung des Präsidenten Bonilla von Honduras wurde im April durch Hilfe aus Nicaragua unterdrückt. Man konnte hoffen, daß den fast unaufhörlichen, aufreibenden Kämpfen der fünf Staaten

dadurch ein Ende bereitet werde, daß am 15. Juni Guatemala und Costa Rica dem am 20. Juni 1895 von den drei anderen Staaten geschlossenen Bunde, der „República mayor de Centro-América“ beitraten; dieser vermochte jedoch weder neue große Wirren im Staate Guatemala, noch dessen Streit mit San Salvador zu verhindern. Ein um die Frage der Wiederwahl des Präsidenten Reyna Barrios von Guatemala entstandener Bürgerkrieg zog sich monatelang hin. Barrios' Vetter und Kriegsminister Morales erhob im September den Aufstand, wurde in der Schlacht bei Totonicapan geschlagen, erhielt sodann Hilfe von San Salvador und wurde schließlich über die mexikanische Grenze gedrängt. Ferner brach im September eine Revolution in Costa Rica aus, die jedoch ihr Ziel, die Verhinderung der Wiederwahl des Präsidenten Iglesias, nicht erreichte. Die Republik **Haiti** zog durch ihren Streit mit dem deutschen Reiche (S. 200) nach langer Zeit wieder vorübergehend die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Die Wahl eines Präsidenten der **Dominikanischen Republik** fiel wieder auf den General Heureaux.

Die Verhältnisse in **Ecuador** waren traurig. Zwar gab sich der Präsident General Alfaro alle Mühe, das Land wirtschaftlich zu heben, es scheiterte jedoch alles an der Unehrlichkeit der Beamten, der durch die Aufkündigung des Konkordats erzürnten Geistlichkeit und der Unfähigkeit des Kongresses, dessen Präsident, wohl in Nachahmung des im spanischen Senate gegebenen Beispiels (S. 343), von einem Abgeordneten geohrfeigt wurde. Die Quellen der Einkünfte waren in Pfand gegeben, Schullehrer, Polizei und Militär blieben lange Zeit unbezahlt und der Bau der Eisenbahn von Guayaquil nach Quito blieb liegen. Zum Präsidenten von **Venezuela** wurde an Stelle Crespos General Andrade gewählt. Präsident de Pierola von **Peru** rühmte im August in einer Botschaft an den Kongreß die Regelmäßigkeit in der öffentlichen Verwaltung. Die Vereinigten Staaten von **Brasilien** können seit Abschaffung der Monarchie nicht zur Ruhe kommen. Im Mai wurde ein Aufstand der Kriegsschüler in Rio niedergeschlagen, im Kriege gegen den kommunistischen Propheten Conseilhero zogen jedoch die Regierungstruppen den kürzeren, zum Teil, weil die Offiziere und die Armeelieferanten sich dabei finanziell gut standen. Als hierauf der Kriegsminister Bitencourt durch Übernahme des Oberbefehls der Geld- und Kräfteverschleuderung ein Ende machen wollte, versuchte am 5. November

ein Soldat, den Präsidenten Moraes zu erschießen. Der Streich mißlang, aber Bitencourt wurde bei seiner Entwaffnung des Mörders getötet. Moraes verhängte am 13. November mit Zustimmung des Kongresses den Belagerungszustand über Rio und Nictheroy und verlängerte ihn im Dezember wegen Fortbestehens einer weitverzweigten Verschwörung. Für Ermordung ruthenischer Kolonisten im Staate Parana durch Botokuden wurde der österreichischen Regierung Genugthuung zugesagt. Am 20. April kam es zu einem Vertrage mit Frankreich wegen schiedsrichterlicher Lösung der Grenzfrage Guyanas. In **Uruguay** kam es im März zum Kriege der seit 35 Jahren nicht an der Regierung gewesenen Partei der Weißen gegen die herrschende Partei der Roten oder der Colorados, weil, wie erstere behaupteten, die Verwaltung nichts tauge und die Weißen von allen bedeutenden Staatsämtern ausgeschlossen seien. Die Sache stand übel für den Präsidenten Borda, weil sogar die einflußreichsten Führer der Colorados sich von ihm lossagten. Unterhandlungen zwischen beiden Teilen scheiterten am Verlangen von Bordas Rücktritt, eine 6-stündige Schlacht blieb unentschieden, da kam die Lösung: als Borda, umgeben von zahlreichen Offizieren in Galauniform von der Feier des Jahrestags der Unabhängigkeit aus der Kathedrale trat, wurde er vom Offizier Arredonda ins Herz geschossen. Der an Bordas Stelle tretende Senatspräsident Cuestas versprach größere Sparsamkeit, erschien aber durch die Art der Ausführung des mit den aufständischen Weißen geschlossenen Friedens den Roten so verdächtig, daß der frühere Präsident Herrera y Obes im November den freilich mißlungenen Versuch machte, sich Cuestas' zu bemächtigen und ihn abzusetzen. So schloß das Jahr mit der Aussicht auf weitere Wirren. Was **Argentinien** betrifft, so brachen im April in der Provinz San Louis wegen Säumigkeit der Regierung in Abhilfe der Hungersnot ernste Unruhen aus. In **Chile** mißlang ein Versuch des Generals Canto und anderer Offiziere, den General Körner aus der Stellung eines Chefs des Generalstabs zu verdrängen, vielmehr wurde diesem nunmehr auch die Stelle eines Befehlshabers des Heeres übertragen. Den deutschen Lehrern an der Universität, den mittleren und niederen Schulen ließ Präsident Errázuriz die Verträge kündigen, auf Grund deren sie geglaubt hatten, lebenslänglich angestellt zu sein.

Chronik

der

Ereignisse des Jahres 1897.

Tag		Seite
	Januar.	
1	Duell-Erlaß in Preußen	3
8	Etatsrede des Ministers v. Miquel	9
11	Britisch-nordamerikanischer Schiedsgerichtsvertrag	326
19	Thronrede zur Eröffnung des britischen Parlaments	309
20	Aufruf für die Streikenden in Hamburg	169
22	Schluß des österreichischen Reichsrats	244
27	Britische Eroberung des westafrikanischen Reichs Nupe	325
28	Beginn der Untersuchung der Transvaalsache in London	315
29	Die Polenfrage im preußischen Abgeordnetenhause	30
	Februar.	
2	Kongreß der christl. Arbeitervereine Deutschlands in Bochum	171
3	Die Grundbuchordnung im deutschen Reichstage	22
3	Die Sprachenfrage im böhmischen Landtage	244
4	Rede des Kaisers Wilhelm für Waffenbrüderschaft mit Rußland	33
4	Spanisches Dekret wegen Reformen auf Kuba	342
5—6	Die Polenfrage im deutschen Reichstage	15
7	Volkskundgebung in Athen für Einverleibung Kretas	362
8	Die egyptische Frage in der französischen Deputiertenkammer	294
8—10	Das Handelsgesetzbuch im deutschen Reichstage	22
10	Der meiningen'sche Landtag über den Erlaß wegen der Maifeier	235
15	Generalversammlung des Bundes der Landwirte	25
15	Lord Salisbury über die Kretafrage	313
15	Britische Eroberung des westafrikanischen Reichs Ilorin	325
15	Landung griechischer Truppen auf Kreta	362
18	Der deutsche Reichstag über Organisation des Handwerks	23
20	Die französische Deputiertenkammer über Ausweisung von Elsäßern	290
20	Oberst Vassos verkündigt Kretas Einverleibung in Griechenland	363
21	Beschießung der Aufständ. Kretas durch großmächtl. Schiffe	363

Tag		Seite
21	Die Frage Kretas in der französischen Deputiertenkammer	300
24	Russisch-japanischer Vertrag über Korea	283
25	Der deutsche Reichstag über die Wahlen zum Landesausschuß E.-L. .	27
26	Rede des deutschen Kaisers an die brandenb. Abgeordneten	35
27	Das ungarische Abgeordnetenhaus über die ausw. Politik	275

März.

5	Admiral Hollmann schenkt der Reichstagskommission reinen Wein ein	41
5	Programm des ital. Ministeriums di Rudini	327
8	Der Reichskanzler und die Marine-Denkschrift	44
9	Die Marinefrage in der württemb. zweiten Kammer	216
12	Der Plan einer Gedenkhalle fällt beim Reichstag ins Wasser . . .	56
15	Die Orientfrage in der französischen Deputiertenkammer	301
17	Der deutsche Reichstag über die Bäckerei-Verordnung	57
17	Bündnisvertrag zwischen den Buren-Republiken	374
20	Der deutsche Reichstag lehnt den Bau von Kriegsschiffen ab . . .	51
21	Beginn einer großmächtlichen Blockade Griechenlands	364
22	Feier des 100jährigen Geburtstags Kaiser Wilhelms I.	64
22	Ankunft eines britischen Geschwaders in der Delagoabai	349
22	Erste Bundesversammlung Australiens	326
24	Neuwahlen zum österreichischen Abgeordnetenhause	246
25	Schiffe der Großmächte schreiten gegen die Aufständ. auf Kreta ein .	365
26	Verbot von Zeitungen in Elsaß-Lothringen	242
27	Die Panama-Angelegenheit vor der französischen Deputiertenkammer.	298
28	Neuwahlen zur italienischen Deputiertenkammer	328
28	Ansprache des Kronprinzen Constantin an das griechische Heer . .	365
29	Die Polenfrage wiederum im deutschen Reichstage	90
29	Thronrede zur Eröffnung des österreichischen Reichsrats	247

April.

1	Umfassende Feier des Geburtstags des Fürsten Bismarck	76
3	Die Angelegenheit Kretas vor der französischen Deputiertenkammer .	301
4	Warnung der Großmächte an Griechenland	365
5	Erlaß von Sprachenverordnungen für Böhmen	248
9	Das österr. Abgeordnetenhaus über die Sprachenverordnungen . .	248
18	Türkische Kriegserklärung an Griechenland	366
20	Die Türken erstürmen den Melunapaß	367
21	Der deutsche Kaiser in Wien	93
21	Griechische Beschießung Prevesa's	366
22	Mordanfall auf den König von Italien	331
24	Friedensäußerung des deutschen Kaisers in Karlsruhe	93
24	Britisches diplomatisches Blaubuch über Transvaal	319
24	Einnahme Tyrnovo's durch die Türken	367
25	Preußisch-hessischer Vertrag wegen Kanalisierung des Mains . . .	226

Tag		Seite
27	Jahreskonferenz der kirchlich-sozialen Vereinigung	174
27	Allgemeiner deutscher Handwerkertag	102
28	Vorlage der Vereinsgesetz-Novelle an das preußische Abgeordnetenhaus	283
29	Österreichische und russische Noten an die Regierungen der Balkanstaaten	109
29	Die Transvaalsache vor dem britischen Unterhause	320
	Mai.	
1	Jubiläumsfeier der Universität zu Straßburg	243
1	Einsetzung des griechischen Ministeriums Railli	368
2	Protestversammlung gegen die Sprachenverord. in Teplitz und Reichenbach	250
4	Brand des Wohlthätigkeitsbazars in Paris	294
5	Einnahme von Pharsalos durch die Türken	368
6	Aufhebung der preußischen Landesverteidigungskommission	205
6—8	Frage der Ministeranklagen im österreichischen Abgeordnetenhause	251
8	Erklärung des deutschen Reichskanzlers bez. Revis. des Vereinsges.	99
9	Deutschböhmische Protestversammlung in Dresden	251
10	Einnahme Volo's durch die Türken	368
12	Der deutsche Reichstag über Majestätsbeleidigungsfragen	104
12	Erklärung von 70 österr. Profess. gegen die Sprachenverordnungen	253
14	Britisch-abessynischer Freundschaftsvertrag	326
14	Schlacht bei Gribowo	368
15	Ministerpräsident di Rudini über die italienische Kolonialfrage	329
17	Das orleanistische Frankreich in der Madeleinekirche	296
18	Die Vereinsgesetzfrage im deutschen Reichstage	115
18	1. Beratung der Vereinsgesetz-Novelle im preuß. Abgeordnetenhause	112
18—28	Obstruktion im österreichischen Abgeordnetenhause	255
18	Die Orientfrage in der französischen Deputiertenkammer	301
23	Ernennung des dänischen Ministeriums Hoerring	358
	Juni.	
1	Ende des Prozesses v. Tausch in Berlin	122
2	Schluß des österreichischen Reichsrats	254
7	Protest der Deutschen Mährens gegen die Sprachenverordnung	254
10 u. 11	Evangelisch-sozialer Kongreß in Leipzig	123
13	Kundgebung der Deutschböhmen in Eger gegen die Sprachenverordnung	255
13	Mordanfall auf den Präsidenten der französischen Republik	302
13	Kundgebung der belgischen Generale bez. der Heeresreform	352
16	Annexionsvertrag der Sandwichinseln mit Nordamerika	378
17	Rücktritt des Staatssekr. des deutschen Reichs-Marineamts Hollmann	134
18	Reden des deutschen Kaisers in Bielefeld und Köln	127
19	Der deutsche Kaiser in Maria Laach	129
20	60jähriges Regierungsjubiläum der Königin Victoria	321
22	Schiedsgerichtliche Entscheidung der lippe'schen Thronfolgefrage	238
25	Schluß des deutschen Reichstags	130

Tag		Seite
27	Protestversammlung des Bundes der Deutschen in Böhmen . . .	254
30	Die Vereinsgesetz-Novelle im preußischen Herrenhause	133
30	Schreiben des Papstes bezüglich der Freimaurer	335
30	Gesetzvorlage zur Änderung der württemb. Verfassung	218

Juli.

1	Personalveränderungen in den höheren deutschen Reichsämtern . . .	137
1	Besuch des Großherzogs von Sachsen-Weimar beim Fürst Bismarck	160
11	Unfall des deutschen Kaisers auf der Nordlandreise	150
11	Deutscher Volkstag in Eger	255
11	Deutsche Protestversammlung in Klagenfurt	256
13	Eingabe des Bundes der Landwirte an den Reichskanzler	143
13	Die brit. parl. Untersuchungs-Kommission erklärt Rhodes für schuldig	320
15	Rede des Ministers v. Miquel in Solingen	142
17	Einzug des Regenten Grafen Ernst in das lippe'sche Land . . .	239
17	Die Orientfrage in der französischen Deputiertenkammer	302
23	Minister v. Miquel im pr. Abgeordnetenhause für Polit. d. Sammlung	146
23	Deutsch-französ. Abkommen wegen des Hinterlands von Togo . .	206
24	Das preuß. Abgeordnetenh. lehnt die Vereinsgesetz-Novelle endgiltig ab	148
26	Eröffnung des 1. lippe'schen Landtags unter dem Regenten Ernst .	240
30	Rede des preußischen Ministers von Hammerstein in Poppelsdorf .	145
30	Englands Kündigung d. Handelsvertr. mit Deutschland und Belgien	322
30	Protest der Jungczechen gegen ihre Verfolgung	256

August.

1	Rundschreiben des Papstes wegen der Canisiusfeier	174 u. 340
6	Thronrede zum Schluß des britischen Parlaments	322
8	Trinksprüche des deutschen und des russischen Kaisers in Peterhof .	285
8	Ermordung des spanischen Minister-Präsidenten Canovas d. Cast. .	344
25	Rede des Kaisers Wilhelm in Magdeburg	151
26	Gr. Badeni's Versuch eines Ausgleichs in Böhmen	257
26	Trinksprüche des Czaren und des Präsidenten Faure über die Allianz	287
30	Trinkspruch des deutschen Kaisers in Koblenz	152
30	Kaiser Nikolaus in Warschau	280
30	Niederlage der Spanier auf Kuba	345
31	Denkmalsweihe und Rede des deutschen Kaisers in Koblenz . . .	153

September.

1	Trinksprüche des Pr.-Reg. v. Bayern u. d. deutsch. Kaisers in Würzburg	155
1	Straßenunfug vor der deutschen Botschaft in Paris	306
2	Begrüßung des deutschen Kaisers in Nürnberg	156
2	Schluß des deutschen Katholikentags in Landshut	165
3	Parteitag der freisinnigen Volkspartei in Nürnberg	164
4	Reden des Kaisers Wilhelm und des Königs von Italien in Homburg	157

Tag		Seite
7	Ankunft des Kaisers Wilhelm zu Totis in Ungarn	158
17	Regierungsjubiläum des Königs Oskar II. von Schwed. u. Norweg.	359
17	Französisch-britischer Vertrag über Tunis	308
21	Rede des Kaisers Wilhelm in Pest	159
23	Eröffnung des österreichischen Reichsrats	258
24	Duell des österreich. Minist.-Präsid. Graf Badeni mit Abg. Wolf	259
25	Glückwunsch des Kaisers Wilhelm an den Fürsten Bismarck	159
26	Einigung aller bayerischen Bauernbünde	208
28	Der König von Rumänien in Pest	277
27—28	Parteitag der national-sozialen Vereinigung in Erfurt	173
28—29	General-Versamml. der Evangel. Gustav Adolf-Stiftung in Berlin	174

Oktober.

3	Sozialdemokratischer Parteitag in Hamburg	168
4	Bildung des spanischen Ministeriums Sagasta	345
4 u. 5	Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Krefeld	175
6	Die bayerische zweite Kammer über die Manöver in Franken	209
9	Sieg des Kartells der gemäß. Partei bei den Wahlen in Sachsen	212
10	Marschall Blanco Oberbefehlshaber auf Kuba	345
13	Beginn der Verhandl. üb. d. Minist.-Ankl. im österr. Abgeordnetenh.	261
17	Weihe der Fahnen der neuen preußischen Regimenter	161
17	Deutscher Parteitag in Innsbruck	260
18	Weihe eines Denkmals für Kaiser Friedrich in Wiesbaden	161
21	Protest der württemb. Landessynode gegen die Canisius-Encyclica	222
21	Ungarisches Gesetz wegen Ausgleichs mit Österreich	276
25	Die Frage d. Reichsmilit. Strafproz.-Ordn. i. d. bayer. zweiten Kammer	211
29	Obstruktionsrede des Abg. Lechner im österreichischen Abgeordnetenhause	264

November.

1	Ermordung deutscher Missionare in China	193
7	Der österr.-ungar. Minist. Gr. Goluchowski am ital. Hofe zu Monza	269
11	Eröffnung des sächsischen Landtags	214
11	Eröffnung des mecklenburgischen Landtags	229
12	Wahl von Abrahamowicz zum Präsid. des österr. Abgeordnetenhauses	266
14	Deutsche Besitznahme der Kiaotschaubai in China	194
15	Der lippesche Landtag über die Regelung der Thronfolge	240
16	Die Dreyfußsache in der französischen Deputiertenkammer	307
17	Die württembergische Landessynode über die Religionsreversalienfrage	221
17	Kaiser Franz Josephs Ansprache an die Delegationen	269
21	Minist. Gr. Goluchowski in der ungar. Deleg. über die ausw. Lage	269
23	Eröffnung der vierten Session des deutschen Reichstags	179
23	Eröffnung des badischen Landtags	224
23	Die österreichische Delegation über die auswärtige Politik	270
24	Die preußische General-Synode gegen die Canisius-Encyclica	177

Tag		Seite
25	Geschäftsordnungsantrag d. Gr. Falkenhayn im österreichischen Abgh.	266
26	Stöcker geg. den Oberkirchenrat bez. der sozial. Aufg. der Geistlichen	178
26	Dekrete w. Einführung der spanischen Verf. auf d. großen Antillen	345
27	Wüste Szenen im österreichischen Abgeordnetenhause	267
28	Unruhen in Wien. Entlassung d. Minister-Präsidenten Grafen Badeni	268
30	Czechische Unruhen in Prag	271
	Dezember.	
1—6	Erste Beratung der Verf.-Änderung in der württemb. zweiten Kammer	219
2	Verhängung des Standrechts über Prag und Umgegend	272
2	Minist. v. Gautschs Versuch eines Ausgleich mit den Deutschböhmen	272
6—9	Die Flottenvorlage im deutschen Reichstage	182
6	Bedrohung von Port-au-Prince durch deutsche Kriegsschiffe	201
7	Wahl eines liberalen Präsidiums der bayerischen zweiten Kammer .	212
7—23	Das ungarische Abgeordnetenh. über den Ausgleich mit Österreich .	278
7	Die Dreyfußsache im französischen Senate	308
8	Prinz Heinrich v. Preußen beim Fürsten Bismarck	194
14	Umbildung des italienischen Ministeriums di Rudini	333
15	Rede des deutschen Kaisers in Kiel	195
16	Abfahrt einer deutschen Schiffsdivision nach Ostasien	197
16	Kaiser Wilhelm beim Fürsten Bismarck	201
16 u. 17	Die Militärstrafprozeßordnung im deutschen Reichstage	191
18	Friedensschluß Griechenlands mit der Türkei	369
21	Äußerung des Kaisers Wilhelm in Graudenz	202
22	Schluß der österreichisch-ungarischen Delegationen	273
22	Einsetzung eines einheimischen Ministeriums auf Kuba	346
28	Verordnungen bez. Österreichs Ausgleich mit Ungarn	274
28	Unterwerfung der Aufständischen auf den Philippinen	346

Alphabetisches Verzeichnis

der

hervorragenden Personen.

Abrahamowicz, v., Vizepr. d. öst. Abgh. 251, gegenüb. Obstruktion 264, Präsident 266.

Ackermann, Präs. der sächs. zweiten Kammer 215.

Adolf, Pr. v. Schaumb.-Lippe, Reg. v. Lippe, tritt zurück 238.

Albert, König v. Sachs., Thronrede 214.

Alexander, König von Serbien 371.

Althoff, Dr., pr. Minister.-Dir., über Kolleg.-Gelder 98.

Ancker, d. Reichst.-Abgeordn., üb. polit. Polizei 17.

Apponyi, Graf v., ungar. Abg., üb. Ausgleich mit Österr. 278.

Arton, Panama-Spezialist 298.

Asch, v., bayer. Kriegs-Minister, über Manöver 210.

Auer, d. Reichst.-Abg., üb. Strafvollzug 6, üb. Achtstundentag 24, über Majest.-Beleid.-Klagen 104.

Bachem, d. Reichst.-Abg., üb. Richtergeh. 10, üb. Flotte 51, Präsident d. dtsch. Kathol.-Tags 166.

Badeni, Graf v., öst. Min.-Präs., vers. Mehrh.-Bildung 247, Entlass.-Gesuch 247, vers. Ausgl. m. Böhmen 257, z. Min.-Ankl. 251, 261, üb. Sprachenver. 253, beschimpft im Abgh. 258, üb. Ausgl. m. Ung. 265, Rücktr. 269.

Balfour, 1. Lord d. brit. Schatzes, in Frage Egypt. 310, üb. Getreidespeicher 310, über Orientfrage 312, 314.

Bánffy, Baron v., ung. Minist.-Präs., über Orientfrage 275.

Barkhausen, Präs. d. pr. ev. Oberkirchenr., gegen Canisius-Enc. 174, in Gen.-Synode 177.

Barth, d. Reichst.-Abg., üb. Handelsvertr. 7, 18, 104, Streit mit freis. Vp 87, f. Flotte 165.

Barthou, franz. Min. d. J., üb. Ausweis. von Elsässern 291.

Bassermann, d. Reichst.-Abg., üb. Verb. der Verbind. polit. Vereine 116, über Petroleum-Handel 187, über Militär-Strafpr. 193.

Bebel, d. Reichst.-Abg., z. Mil.-Et. 18, über Bäckereiver. 58, üb. Anarchisten 85, über Majest.-Bel. 104, über Beteil. an Landtags-Wahlen 169, über Etat 188, gegen v. Stumm 191.

Bennigsen, v., Reichst.-Abg., üb. Flotte 50, z. Jesuitengesetz 92.

Bilinski, v., österr. Fin.-Minist., über Ausgl. m. Ungarn 265.

Billot, franz. Kriegs-Min., üb. oberst. Kriegsrat 293.

Bismarck, Fürst v., b. 100-Jahrfeier 62, 71, Briefe d. Kais. Wilh. I. 62,

Kundgeb. f. ihn 75—79, erh. Besuch des Reichskanzl. 136, empf. Vorst. d. B. d. Landw. 162, „B.-Glossen" 162.
Blanco, span. Marsch., Bef. auf Kuba 345, setzt Minist. ein 346.
Bödiker, Präs. d. d. R.-Versich.-Amts, Rücktritt 134.
Boetticher, v., deutsch. Staatssekr. d. J, üb. Irrenwesen 21, üb. Organisation des Handw. 23, über Margarine 26, über Bäckereiverordn. 57, erh. Wilh.-Orden 70, üb. Vereinsverb. 115, Rede in Hamburg 121, Rücktritt 137.
Bosse, pr. Unt.-Minist., z. Polenfrage 13, 95, 97, üb. Lehrerbesold. 31, geg. Ausspr. d. Centr. 95, üb. Dozenten 98, über Rede Prof. Wagners 98.
Brauer, bad. Min., üb. Eisenb. 224.
Brefeld, pr. Hand.-Min., üb. Börsenvers. 15, üb. Quebrachoholz-Zoll 58, z. Handwerkerfr. 59, z. Reichsetat 189.
Bülow, v., d. Botsch. in Rom, betr. m. Ausw. Amt 135, über Haiti und Kiaotschau 184, üb. Verh. z. Österr. 190.
Buol-Berenberg, v., Präsident des deutschen Reichstags 181.
Buquoy, Graf v., böhm. Abg., über Sprachenfr. 245.
Canovas del Castillo, span. Minist.-Präsid., in Frage Kuba's 343, ermordet 344.
Casselmann, bayer. Abg., z. Etat 212.
Cavaignac, franz. Abg., üb. obersten Kriegsrat 293.
Chamberlain, brit. Staatssekretär der Kolon., in Sachen Jamesons 315, in parl. Unters.-Komm. 317, in Frage Transvaals 320, verh. m. d. Minist. d. Kolonien 321.
Chlumecky, Frhr. v., im österr. Herrenh. über Sprachenver. 253.
Constantin, Kronpr. v. Griechenl., Ansprache a. Herr 365, angefeindet 368.
Coudenhove, Graf v., Statthalter von Böhmen, in Sprachenfr. 244, bei Prager Unruhen 272.
Crailsheim, v., bayer. Minist.-Präsid., über König Otto 211, über Landwirtschaft 212.
Crispi, ital. Abg., geg. Vorwürfe 332.
Czarlinski, v., Reichst.-Abg., z. Polenfr. 13, üb. Vereinsr. 30, üb. Auflöf. v. Vers. 90, üb. Deutsche in Österr 191.
Deloncle, franz. Abg., über Frage Egyptens 294.
Diaz, Präs. d. mexik. U., Botschaft 379.
Diedrichs, v., d. Kontre-Adm., Komm. in Ostasien 82, Vize-Adm. 194, Ansprache an Chinesen 199.
Dingley, nordam. Abg, in Zollfr. 378.
Dipauli, Frhr. v., österr. Abg., Antr. bez. Sprachenver. 259.
Dubsky, Graf v., österr. Abg., z. Min.-Ankl. 262.
Edhem Pascha, türk. Bef. im Kriege gegen Griechenland 366.
Emma, König.-Reg. der Niederl., eröffn. Gen. Staaten 356.
Ernst, Graf z. Lippe-B., Regent von Lippe 238.
Ernst August, Herzog v. Cumberland, Schreiben an die braunschweigische Welfenpartei 232.
Ernst Ludwig, Großhz. v. Hessen, eröffnet Landtag 226.
Eynern, v., pr. Abg., gegen Centr. 95.
Falkenhayn, Graf v., österreich. Abg., Antr. z. Gesch.-Ord. 266.
Faure, Präs. d. frz. Rep., b. Neuj.-Empf. 1, Reisen in Frankreich 302, erh. Schreiben des Czaren 303, nach Petersburg 303, Trinkspr. in Peterhof 287 und auf Kriegsschiff 288, Empf. nach Rückkehr 305.
Ferdinand, Fürst v. Bulgar., in Konstantinopel 370.
Fischer, sächs. Bew. z. Bundesr., über sächs. Vereinsgef. 6.

Förster, d. Reichst.-Abg., über Weltmachtpolitik 80, üb. Deutsche i. Österreich 191.
Friedberg, pr. Abg., üb. pol. Poliz. 11, üb. Besold. 12.
Franz Joseph, K. v. Österr., Trinkspr. in Petersburg 282.
Friedrich, Großh. v. Baden, Schreiben an Mil.-Ver. 225, Differenz mit Czaren 225.
Friedrich Franz III., Großherz. von Mecklenb.-Schwer., † 229.
Frohme, d. Reichst.-Abg. z. Militär-Strafproz. 193.
Funke, österr. Abg., üb. Sprachenver. 248, auf Volkstag in Eger 255, zu Min.-Ankl. 265.
Gallieni, franz. Gen., Bef. in Madagaskar 293.
Gautsch v. Frankenthurn, Frhr., Dr., österr. Min.-Präsid. 270, Konf. mit deutsch. Abgg. 272.
Georg, K. v. Griechenl., send. Truppen n. Kreta 362, Anspr. in Athen 363, kündigt Krieg an 365.
Georg, Pr. v. Griechenl., mit Flotte nach Kreta 362, an thessal. Küste 365.
Gleispach, Graf v., österr. Just.-Min., üb. Sprachenver. 252.
Goblet, franz. Abg., üb. Orientfr. 301.
Göhre, Pf. a. D., auf nat.-soz. Parteitag 173.
Goluchowski, österr.-ung. Minist. des Äuß., üb. die politische Lage 269, in Petersburg 281.
Goßler, v., pr. Kr.-Min., z. Mil.-Et. 19, üb. Duelle 188, üb. Feldartillerie 190, üb. Mil.-Strafproz. 192.
Goßler, v., pr. Ob.-Präs., Rede in Akad. d. Wiss. 63.
Gregory, Prof. in Leipz. üb. Hamb. Streik 170.
Gröber, d. Reichst.-Abg., üb. Militär-Strafproz. 192.
Groß, österr. Abg, über Sprachenver. 253, in Obstrukt. 266, üb. auswärt. Polit. 270.
Haffner, Bisch. v. Mainz, Hirtenbr. 227.
Hammacher, d. Reichst.-Abgeordn., üb. Flotte 45, 185.
Hammerstein, v., pr. Min. f. Landw., Rede in Poppelsd. 145.
Hanotaux, franz. Min. des Äuß., in Petersburg 286, üb. egypt. Fr. 294, üb. Orientfr. 300.
Harcourt, Sir, brit. Abg., üb. egypt. Frage 312, üb. Orientfrage 313, in Fr. Transv. 320.
Hasse, d. Reichst.-Abg., in Polenfr. 16, vert. d. d. Herr 19, üb. Deutsche in Österreich 191.
Haußmann, d. Reichst.-Abg., über Flotte 216, üb. württ. Proporz 220.
Heinrich, Pr. v. Pr., Kontreadm., erh. Dep. v. Kais. 83, Bef. v. Kreuzer-Div. 194, besucht d. F. Bism. 194, Antw. auf kaiserl. Trinkspr. in Kiel 196, Abreise nach Ostasien 198.
Heinrich, Pr. v. Orléans, üb. ital. Mil. u. Duell 297.
Herold, böhm. Abg., üb. Ausgl. mit Deutschen 245, österr. Abg., z. Min.-Ankl. 262.
Hertling, v., d. Reichst.-Abg., z. Mil.-Strafproz. 193.
Herz, Panama-Spezialist, 298.
Hicks Beach, brit. Schatzkanzler, zum Etat 310.
Hitze, d. Reichst.-Abg., üb. Achtstunden-Tag 24.
Hobrecht, pr. Abg., z. Vereinsgesetz-Nov. 130, 147.
Hoerring, bildet dän. Ministerium 358.
Hofmann v. Wellenhof, Dr., österr. Abg., auf Volkstag in Krain 256, in Obstrukt. 264.
Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst zu, d. Reichskzl., üb. Proz. v. Lützow 11,

üb. Polenfr. 16, 101, üb. pol. Poliz. 17, üb. Flottenfr. 44, 48, 50, 182, üb. Gedenkhalle 56, bei Fürst Bism. 136, üb. Mil.-Strafproz. 137, 192, üb. Verbind. von Vereinen 189; pr. Min.-Präs., Erkl. üb. Revis. d. Vereinsges. 99, 112.

Hollmann, d. Staatssekr., üb. Flottenfrage 35, 44, 46, 49, 81, üb. Denkschrift. zur Flottenfrage 42, Entlassung 48, 134.

Hompesch, Graf v., d. Reichst.-Abg., z. Jesuitenges. 91.

Humbert, König v. Ital., Mordanfall auf ihn 331.

Jaurès, franz. Abg., üb. Ausweis. v. Soz. 291.

Jazdzewski, v., d. Reichst.-Abgeordn., üb. Polenfr. 16, 28, 95, üb. Auflös. von Vereinen 90, üb. Schulwesen i. Posen 97.

Johann Albrecht, Herzog v. Mecklb.-Schwer., übern. Regentsch. 229.

Kahl, Prof. in Berl., b. Fest d. Reg. v. Lippe 239.

Kaiser, österreich. Abg., in Deleg. üb. ausw. Pol. 269, üb. Sprachenfr. 273.

Kanitz, Graf v., d. Reichst.-Abg., üb. amerik. Zoll 103, z. Etat 190; pr. Abg., üb. Emskanal 29, gegen Freisinnig. 58.

Kardorff, v., d. Reichst.-Abg., über Flottenfr. 49, über Bäckerei-Ver. 57, gegen Soz.-Dem. 190, z. Vereinsverbind. 115.

Karl Alexander, Großh. v. S.-Weim., bei F. Bism. 160.

Karl Theodor, Hz. i. Bayern, z. Kaiser nach Norwegen 150.

Karol, K. v. Rum., in Pest 276, Reden 370.

Kathrein, Dr., österr. Abg., legt Präs. des Abgh. nieder 263.

Kimberley, Lord, für Erhaltung der Türkei 314.

Klinckowström, Graf v., im preuß. Herrenh., üb. Vereinsges. 132.

Kötzschke, Pf., in soz. Fragen 171.

Kossuth, ung. Abg., über Ausgl. mit Österr. 276—278.

Kramař, 1. Vizepr. d. österr. Abgh. 266, schließt Abgg. aus 267, in Delegat. über Nationalit.-Fr. 273.

Krause, pr. Abg., z. Vereinsges. 113.

Krüger, Präs. d. südafr. Rep., Politik 373, schließt Bündnis 373.

Labouchere, britischer Abgeordn., über Orientfr. 312.

Laurier, kanad. Min.-Pr., üb. Handelsvertr. 322.

Lebon, französ. Kolon.-Minist., über Madag. 293.

Lecher, österr. Abg., in Obstrukt. 264.

Lender, Geistl. Rat in Baden 224.

Lenzmann, Reichst.-Abg., üb. Irrenw. 20, üb. Lage im Reichslande 27, üb. landw. Arb. 54.

Leo XIII., Papst, Canisius-Encycl. 174, 340, Heiligspr. 335, 340, gegen Freimaurer 335.

Leopold II., König d. Belgier, Neuj.-Ansp. 350, z. Heeresref. 352.

Lerchenfeld, Graf v., bayer. Bev. z. Bundesr., z. Mil.-Strafproz. 192.

Levetzow, v., d. Reichst.-Abg., über Organis. d. Handw. 23, Rede z. 100 Jahrf. 71, üb. Maj.-Bel. 106, z. Vereinsfr. 116.

Lieber, d. Reichst.-Abg., über Zolltarif 7, über Anleihen 8, Polenfr. 16, ausw. Fr. 20, Els.-Lothr. 27, Flottenfr. 41, 44, 46, 185, Kasernen in Württ. 85, Jesuitenges. 91, Majest.-Bel. 106, Vereinsfr. 115, Vertag. d. Reichstags 121, Etat 191; pr. Abg., üb. Vereinsges. 147.

Liebermann v. S., d. Reichst.-Abg., z. Marineetat 80, über konfess. Eid 91.

Liebknecht, d. Reichst.-Abgeord., über Anarchisten 85, Rede in Delft 166, gegen Beteil. an Landt.-Wahlen 168.

Limburg-Stirum, Graf v., d. Reichst.-Abg., über Stellung d. Kons. 10, Margarine 25, Polenfr. 28, Vereinsw. 30, Jesuitengef. 91, Flottenfr. 184, Deutsche in Österr. 191; pr. Abg., üb. Centr.-Anspr. 95, wirtsch. Notstand 99, Vereinsgef. 119, 130, 147.
Linden, Cort v. d., bild. holl. Minist. 356.
Ludwig, Prinz v. Bayern, Rede z. 100 Jahrf. 71, tauft „Hertha" 202, Anspr. in Bayern 208.
Lueger, österr. Abg., Wahl z. Bgstr. v. Wien 274, gegen Obstrukt. 264.
Luitpold, Pr.-Reg. v. Bayern, Erl. z. 100 Jahrf. 61, Erl. w. d. Kokarde 63.
Luzzatti, ital. Fin.-Min., über ital. Fin. 332.
Mac Kinley, Präsident der nordam. U., Botsch. 377, 378.
Manteuffel, v., d. Reichst.-Abg., üb. Leitung d. Kons. 10, Lage d. Landw. 25, über Vereinsgef. im pr. Herrenh. 133.
Marquardsen, v., d. Reichst.-Abg., üb. Elsaß-Lothringen 27.
Marschall v. Bieberstein, deutsch. Staatssekr., angegr. 10, vert. 17, üb. Handelsvertr. 104, Kretafrage 20, Flottenfr. 48, 50, Anarchisten 85, amerik. Zolltarif 103, beurl. 126, 135.
Méline, franz. Min.-Präs., üb. Zuckersteuer 290, paris. Brand 297, Kriegsschatz 300, Orientfr. 301, Dreyfußsache 308.
Menelik, K. v. Abessynien, üb. Grenzfr. 334.
Miquel, v., pr. Fin.-Min., Etatsrede 9, über Richterstand 12, poln. Presse 14, Ausgl.-Fonds 31, Kompetabil.-Ges. 59, Festst.-Etats 99, Urlaub 126, Frage seiner Stellung 135, Vizepr. d. St.-Min. 137, Rede i. Solingen 142, Programm i. Abgeh. 148, schließt Landtag 148, üb. s. Progr.-Rede 149, bei Fürst Bismarck 203.
Mirbach, Graf v., d. Reichst.-Abg., üb. Prozeß v. Lützow 18.
Mittnacht, v., württ. Min.-Präs., in württ. 2. K. über Marineetat 216, über Proporz 220.
Mohrenheim, v., russ. Botsch. in Paris, b. Neuj.-Empf. 1.
Motty, pr. Abg., über poln. Beschw. 13, 30, 97, Landeskultur 92, Vereinsgef. 114, 148.
Munckel, d. Reichst.-Abg., über Zeugniszw. 6, Majest.-Bel. 106, unsch. Verurt. 182, Mil.-Strafproz. 193; pr. Abg., üb. Auflös. v. Versamml. 29, Prüf.-Ordn. 28.
Murawjew, russ. Min. d. Äuß. 281.
Naumann, ev. Pf., üb. Vereinsgef. 117, auf christl.-soz. Kongreß 123, über Hamb. Streik 169, Agit. in „Zeit" 170, 172.
Nieberding, d. Staatssekr., üb. Straf. vollz. 6, üb. Rat Kayser 7, Handelsgef.-V. 22.
Nikolaus II., Czar, in Warschau 280, Trinksp. auf K. v. Österr. 281, auf deutsch. Kais. 285, auf Präs. Faure 286, 288.
Nokk, bad. Min.-Präs., über Fin. 224.
Orterer, bayer. Abg., über Mil.-Strafproz. 211, Haberfeldtr. 212.
Oskar II., König v. Schw. u. Norw., Anspr. an Journalisten 359, Reg.-Jubil. 359.
Oswalt, pr. Abg., z. Vereinsgef. 115, 118.
Palffy, Graf v., österr. Abg., über Sprachen-Ver. 249.
Pelloux, ital. Kr.-Min., über Kol.-Pol. 330, Heeresfr. 333.
Pischek, württ. Min. d. J., über Ortsvorst. 220.
Pininski, Graf v., österr. Abg., über Sprachen-Ver. 249.
Plötz, v., d. Reichst.-Abg., über Mar-

garine 25, 108, Flotte 50, Invalid.-Ges. 103.
Podbielski, v., d. Staatssekr. 137, 140.
Porsch, pr. Abg., über Begnad. 29, Vereinsges. 30, Taxilschw. 97.
Posadowsky-Wehner, Graf v., d. Staatssekr. d. Reichsschatzamts, über Hamb. Streik 5, Zolltarif 7, Quebrachoholz 7, Handelsvertr. 7, Anleihen 22, Flotte 49, 184; Staatssekr. d. J. 137; über Petroleumhandel 187, gegen Bebel 189, geg. Stillst. d. Soz.-Ges. 191.
Puttkamer, v., Oberpräs., i. Herrenh. über Vereinsges. 131.
Puttkamer-Plauth, v., pr. Abg., über pol. Poliz. 11; Reichst.-Abg., üb. Mil.-Strafproz. 192.
Puttkamer, v., Unt.-Staatssekr. für Els.-Lothr., über Diktat 243.
Ralli, bildet griech. Minist. 368.
Ratzinger, bayer. Abg., üb. Landw. 212.
Recke, v. d., v. d. Horst, pr. Min. d. J., über pol. Poliz. 11, 28, Polenfr. 28, Vereinsrecht 30, Anw. d. Vereinsges. i. Pommern 100, Vereinsges.-Nov. i. Abgeordnetenh. 114, 119, 131, 146, i. Herrenh. 132.
Reedtz-Thott, v., dän. Minist.-Präs., Rücktritt 358.
Rhodes, Cecil, brit. Gouv. v. Betschuanaland, vor Unters.-Komm. 316, empf. im Kapland 318, schuldig erkl. 320, Rede gegen ihn in Pretoria 373.
Rickert, d. Reichst.-Abg., für v. Marschall 18, z. Jesuit.-Ges. 91, Antr. bez. Vereinsges. 112, über Verbot der Verb. pol. Ver. 115, verteid. Caprivi 190; pr. Abg. über Vereinsges. 14, pol. Poliz. 28, Begnad. 29, Vereinsrecht 30, 99, Lehrerbesold. 31, Eing. d. B. d. Landw. 146, Vereinsges.-Nov. 131, 148.
Richter, d. Reichst.-Abg., f. v. Marschall 18, über Flottenfr. 45, 50, amerik. Zoll 104, Majest.-Bel. 106, pol. Vereine 116, Flottenvorl. 185; pr. Abg. z. Etat 12, über Vereinsges.-Nov. 131, 148; Streit m. freis. Ver. 86, Rede in Nürnberg 164, über Feldartill. 165.
Richthofen, Freih. v., Kol.-Dir., gegen Richter 189, üb. Deutsche in Österr. 191.
Riedel, v., bayer. Fin.-Min., über bayer. Etat 209, Klassenlotterie 211, Landw 212.
Rieger, Mitgl. d. österr. Herrenh., erl. Anspr. an Czechen 271.
Roeren, pr. Abg., über Rechte d. kirchenpol. Ges. 95.
Rudini, March. di, ital. Min.-Präs., über Orientfr. 327, Kolon.-Pol. 329.
Ruß, Dr. jur., österr. Abg, über Min.-Ankl. 262, Ausgl. mit Ung. 265.
Sagasta, span. Abg., in Frage Kuba's 343, Min.-Präs. 345.
Salisbury, Lord, brit. Min.-Präs., über griech.-türk. Streit 314.
Sarwey, württ. Min., eröff. Synode 221.
Sattler, pr. Abg., über Taxilschw. 97, Vereinsges.-Nov. 119.
Schädler, bayer. Abg., über R.-Mil.-Strafges. 209, 211.
Scharschmid, Freih. v., über böhm. Sprachenfrage 245.
Schell, Prof. d. Apolog. in Würzb. 339.
Scheurer-Kestner, Vizepr. d. franz. Senats, in Dreyfußsache 307.
Schmidt, d. Reichst.-Abg. für Elberf., Vizepr. 181; auf freis. Parteitag 164.
Schmoller, Prof. in Berlin, Rede zur 100 Jahrf. 66, Rede üb. Mittelst. 124.
Schönerer, österr. Abg., in Obstr. 266.
Schönlank, Dr., d. Reichst.-Abg., üb. sächs. Vereinsges. 6, Streit mit Liebknecht 167, über Flottenvorl. 183.
Schönstedt, pr. Just.-Min., über Zeugniszw. 6, Richterbesold. 12, Prüfungsord. 28, Begnad. 29, Vereinsges.-Nov. 114.

Schücker, Dr., böhm. Abg., in Sprachenfr. 245, beruf. in österr. Herrenh. 246, z. Min.-Ankl. 261—263.
Schwerin, Graf, d. Min.-Resid. in Port-au-Prince, im deutsch. Streit m. Haiti 200.
Sigl, bayer. Abg., üb. Manöver 210.
Singer, d. Reichst.-Abg., über Verbr. d. Verbind. pol. Vereine 115; Präs. d. d. soz.-dem. Parteitags 168.
Smet de Nayer, de, belg. Min.-Präs., über Heeresref. 353.
Sohm, Prof. i. Lpz., über Arbeiterfr. 170, 172, auf nat.-soz. Parteitag 173.
Spahn, Vizepr. d. d. Reichstags 181.
Stablewski, v., Erzb. v. Posen, Erl. z. 100 Jahrf. 63, Erl. w. Adalbertfeier 74, z. Send. n. Ostasien 197.
Steinwender, österr. Abg., z. Sprachenfrage 249.
Stephan, v., d. Staatssekr., üb. Briefporto 8, erh. Wilh.-Orden 70.
Stöcker, Hofpr. a. D., pr. Abg., über Presse 11, z. Vereinsges. 14, Armenien 28; Rede in Elberf. 173, in Gen.-Synode gegen Oberkirchenr. 178.
Stollberg, Graf v., d. Reichst.-Abg., über Els.-Loth. 27, Bäckerei-Ver. 57, Flottenvorl. 186, i. Herrenh. üb. Vereinsges.-Nov. 133.
Stumm, Freih. v., d. Reichst.-Abg., gegen Nat.-Soz. 6, über Flottenfr. 50, 53, über Verbot d. Verb. pol. Ver. 190, gegen Bebel 191; i. pr. Herrenh. gegen Kathedersoz. 101, 122, üb. Vereinsges.-Nov. 133.
Tausch, v., Poliz.-Komm. in Berl., Prozeß 121.
Thielen, pr. Minist. d. öff. Arb., z. Eisenb.-Etat 58.
Thielmann, Freih. v., d. Staatssekr. 137, zur Flottenvorlage 184, Reichsetat 187.
Tirpitz, d. Kontre-Adm. 82, 126, d. Staatssekr. 134, über Flottenvorl. 183, 185, gegen Bebel 189.
Trarieux, franz. Abg., über Madagaskar 293.
Treveneuc, Graf, franz. Abg., über oberst. Kriegsrat 292.
Vassos, griech. Oberst, landet auf Kreta 362, verkündet Kretas Einverl. in Griech. 363, Schreiben an d. großm. Admirale 365.
Victoria, K. v. Großbr., Reg.-Jubel. 321, Thronrede 322.
Visconti-Venosta, ital. Minist. d. Äuß., üb. Orientfr. 328, üb. Kolon.-Pol. 330.
Vollmar, v., d. Reichst.-Abg., z. Mil.-Etat 19, Flottenfr. 49; bayer. Abg., über Manöver 210.
Wacker, bad. Geistl. Rat, in Wahlbew. 223, in bad. 2. Kammer über Wahlsyst. 224.
Wagner, Prof. in Berlin, Rede in Bochum 98, 171, auf christl.-soz. Kongreß 123.
Walsin-Esterhazy, franz. Major 307.
Walter, v., Präs. d. bayer. 2. Kamm., Rücktritt 212.
Weyler, span. Gen., Bef. in Kuba 345.
Wilhelm II., d. Kaiser, K. v. Pr., in Ruhmeshalle 2, Erl. w. Duells 3, über Waffenbrüdersch. mit Rußl. 33, bei Diner v. Miquels 34, zeigt Marinetabellen 34, Anspr. an d. brandenb. Abgg. 35, b. 100 Jahrf. 65, Trinkspr. a. 22. März 65, Erl. v. 22. März 69, erh. Fackelzug 72, Dankerl. w. 100 Jahrf. 75, vers. Marinetab. 83, in Wilhelmshaven u. Bremen 93, in Wien 93, in Dresden 93, Ausspr. in Karlsruhe 93, in Kronburg u. Schlitz 94, b. Stapellauf in Bredow 94, in Straßb. u. Wiesb. 127, Rede in Köln 127, in M.-Laach, Bonn, Helgol. 129, in Kiel u. Norw. 150, in Petersburg

151, in Magdeb. 151, Trinkspr. in Coblenz 152, Rede in Coblenz 153, in Würzb. 155, Trinkspr. in Nürnb. 156, Trinkspr. in Hamb. 157, Trinksp. in Pest 158, in Bresl. u. Rominten 159, Tel. an F. Bism. 160, Tel. an Großh. L. v. Baden 160, in Marienb. u. Danzig 161, Anspr. b. Fahnenweihe 161, in Wiesb., Darmst., Karlsr. 161, eröff. Reichst. 179, in Hamburg 195, Rede in Kiel 195, bei. F. Bism. 201, in Thorn u. Graudenz 201, in Pest 277, in Kronstadt 284, Trinkspr. in Peterhof 285, Beileid f. paris. Brandungl. 294.

Winterer, d. Reichst.-Abg., üb. Wahlr. in Els.-Lothr. 27.

Wintzingerode, Graf v., in Vers. d. Ev. B. 175.

Wolf, österr. Abg., über Min.-Krise 248, Min.-Ankl. 252, in Obstrukt. 263, 264, 267, Haft 269.

Zaïmis, griech. Min.-Präs. 369.

Zedlitz, Freih. v., pr. Abg., über Vereinsfr. 14, 30, 119, 131, 147, über Dozentenfr. 98.

Druck von E. Buchbinder in Neu-Ruppin.

BIBLIOTEKA
Uniwersytecka
Gdańsk
1613